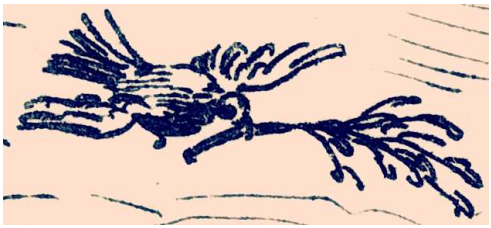
Peter Bürger (Hg.)

Katholische Diskurse über Krieg und Frieden vor 1914



kirche & weltkrieg

digitalbibliothek 1

Katholische Diskurse über Krieg und Frieden vor 1914

Ausgewählte Forschungen nebst Quellentexten

Herausgegeben
im Auftrag der katholischen
Friedensbewegung pax christi
von Peter Bürger

digitalbibliothek
kirche & weltkrieg

Impressum:

Peter Bürger (Hg.)
Katholische Diskurse über Krieg und Frieden vor 1914.
kirche & weltkrieg – digitalbibliothek 1.
Düsseldorf, 19.11.2020.
https://kircheundweltkrieg.wordpress.com/

Ergänzend zu dieser digitalbibliothek erscheint die gleichnamige Buchreihe *Kirche & Weltkrieg* bei BoD, in der nachträglich auch eine preiswerte Druckausgabe des jeweiligen Teils erhältlich ist, zumeist illustriert und mit neuer Seitenzählung.

Ankündigung zur Druckausgabe:

Peter Bürger (Hg.)
Katholische Diskurse über Krieg und Frieden vor 1914
Ausgewählte Forschungen nebst Quellentexten

Herausgegeben im Auftrag von
pax christi – Deutsche Sektion e.V.
Internationale Katholische Friedensbewegung

Kirche & Weltkrieg, Band 1
Herstellung & Verlag: BoD – Books on Demand, Norderstedt
ISBN der Buchausgabe: 978-3-7526-7268-8
Seitenumfang: 340; Preis 14,80 Euro.
Nach Erscheinen erhältlich über
https://www.bod.de/buchshop/
und überall im Handel.

Inhalt

EINLEITUNG DES HERAUSGEBERS 8

1. Jahrhundert der Widersprüche und Zweigesichtigkeiten 9
2. Ein „Friedensappell“ an das Konzil 1869/70 12
3. Katholischer Antimilitarismus ab 1866 17
4. Nach dem Kulturkampf: „Friedensmühen“ anderer Art 22
5. Die bittere Frucht des I. Vatikanums: Versagen der Kirche in zwei Weltkriegen 27

Geschichtsschreibung – Aufsätze

„KEINE FEIGE UND STRÄFLICHE ZUSTIMMUNG ZUM BLUTVERGIESSEN“
Ein Friedens- und Völkerrechtsappell
an das Erste Vatikanische Konzil
(Konzilsgeschichtsschreibung 1883) 35

Johann Friedrich

KATHOLISCHE MILITARISMUSKRITIK IM KAISERREICH
(Aus: „Den Krieg überwinden“, 2008) 42

Dieter Riesenberger

CHRISTENTUM UND MILITARISMUS
Was sagt Domkapitular Dr. Albert Stöckl (1823-1895)
zu diesem Thema?
(Faltblatt, ca. 1949/50) 61

Josef Griesbauer

EINSTELLUNGEN ZU KRIEG UND FRIEDEN
IM DEUTSCHEN KATHOLIZISMUS VOR 1914
(Aus: „Bereit zum Krieg“, 1986) 69

August Hermann Leugers

FRIEDENSLANDSCHAFT SAUERLAND VOR 1914
Antimilitaristische Spurensuche in einer katholischen Region 88

Peter Bürger

1. Das verklärte Herzogtum Westfalen 90
2. Katholische Neupreußen mit Anpassungsproblemen 99
3. Vom Kulturkampf bis zum frühen 20. Jahrhundert 108
4. Literatur (mit Kurztiteln) 124

REVOLTE IN DER SAUERLÄNDER ZENTRUMSPARTEI
Der Streit um die Besetzung des Reichstagsmandates
im Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe 1893 133

Jens Hahnwald

LOKALGESCHICHTE ALS MENTALITÄTSGESCHICHTE
Die Herausbildung eines katholisch-nationalistischen
Milieus in Sundern/Sauerland im Kaiserreich 1871-1914 153

Werner Neuhaus

1. Der Kulturkampf 154
2. Das Vereinsleben und seine Nähe zur katholischen Kirche 157
3. Katholisches Vereinswesen, Nationalismus und Militarismus 159
4. Die Einstellung gegenüber Sozialdemokratie und Juden 165
5. Ausblick 169

VERGESSENE ANFÄNGE IN FRANKREICH
Alfred Vanderpol (1854-1915) und die katholische
Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg 171

Karl-Heinz Wiest

Ausgewählte Quellentexte 1867 – 1914

DER SOGENANNTE „BERUF PREUßENS“
Aus der Schrift: „Deutschland nach dem Kriege von 1866“ (1867) 180

Wilhelm Emmanuel von Ketteler

SIND DIE KATHOLIKEN SCHLECHTE PATRIOTEN?
Broschüren-Cyclus für das katholische Deutschland 192

Anonymus [1866] / Soest: Nasse 1870

DER KRIEG UND DIE SOCIALE FRAGE
Aphorismen 206

Historisch-politische Blätter 1871

DIE WAHRE BEDEUTUNG DES CULTURKAMPFES
Aufsatz-Entwurf (nach dem 16. März 1875) 220

Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler

WOHIN GEHEN WIR?
Aufsatz-Skizze aus der Kulturkampfzeit 229

Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler

DER EUROPÄISCHE MILITARISMUS
(Auszüge aus der ersten Auflage, 1876) 230

Annuarius Osseg (Georg Michael Pachtler SJ)

Einleitung 230
Erster Abschnitt. Der Begriff des Militarismus 233
I. Was versteht man unter Militarismus? 233
II. Die Merkmale des Militarismus 237

Achter Abschnitt. Die einzige Hilfe 242
I. Ein oberstes Völkertribunal 242
II. Die Rückkehr des Staates zum christlichen Charakter 250
III. Wiederherstellung der christlichen Völkerfamilie 263
IV. Anerkennung des Papstes als Hauptes der christlichen Völkerfamilie 270
V. Die nächste Zukunft als Kampf der Barbarei gegen das Papstthum 278

DER HINTERGRUND DER HEERESVORLAGE
(Zuschrift) 284

Historisch-politische Blätter 1893

DAS SITTLICHE RECHT UND DIE PFLICHT DES KRIEGES
Lehrbuch der Moraltheologie, dritte Auflage 1910 294

Anton Koch

1. Begriff und Erlaubtheit des Krieges 294
2. Die sittlichen Grundsätze 296
3. Sittliche Würdigung des Krieges 301

KRIEG UND FRIEDEN IM URTEILE CHRISTLICHER MORAL
Eine Veröffentlichung des Verbandes für internationale Verständigung (1914) 304

Franz Xaver Eberle

*

Nachweise zu allen Beiträgen & Quellentexten 323

Zu den Autoren der Aufsätze & Quellentexte 325

Einleitung

PETER BÜRGER

Die Reihe „Kirche und Weltkrieg“, die dieser Band eröffnet, soll mit Blick auf das traurige Gedenkdatum „22. Juni 1941 – 22. Juni 2021“ Hintergründe und Formen der kirchlichen Kriegsbeihilfe in Deutschland erhellen. Hierbei scheint es aus christlich-pazifistischer Perspektive eine vorrangige Aufgabe zu sein, allen Interessierten – unabhängig vom ökonomischen oder akademischen Status – historische Originalquellen leicht zugänglich zu machen. Diskussionen mit der ‚apologetischen‘, oft als kirchenamtlich betrachteten Schule über Referate und Deutungen von Primärtexten (*Kriegsvoten der Kirchenleitungen*), die das Publikum gar nicht kennt, haben sich hingegen in zurückliegenden Debatten fast immer als unergiebig erwiesen.[1]

Wo nun soll die neue Reihe ihren Anfang finden? Eine Kritik der kirchlichen Kriegsassistenz müsste – Schritt um Schritt – siebzehn Jahrhunderte zurückgehen, was für unsere Edition nicht praktikabel ist. Wer die kirchliche Beihilfe für den Rasse- und Vernichtungskrieg des Deutschen Reichs 1939-1945 besser verstehen will, kommt auf jeden Fall nicht umhin, sich auch den kriegstheologischen Produktionen 1914-1918 zuzuwenden und – nolens volens – dem „langen neunzehnten Jahrhundert“ (Eric Hobsbawm).

---

[1] Das Dogma nötigt zur Annahme, dass die Kirchenleitung im Weltenlauf Garant für die Wahrung eines authentischen, also an Jesus von Nazareth orientierten Christentums sei. Die entsprechende ‚kircheneigene‘ Geschichtsschreibung hat dies zu erweisen, was regelmäßig – unabhängig vom z. T. beträchtlichen akademischen Aufwand – auf einen *fundamentalistischen* Ansatz hinausläuft. Zumal für die verbliebenen kritischen Forscher*innen, die in der Frage des Krieges den Standort der vorkonstantinischen Kirche beibehalten und auf keine großkirchliche Forschungsfinanzierung zurückgreifen können, empfiehlt es sich an dieser Stelle nicht mehr, die kurze Lebenszeit auf Erden mit der Absolvierung von Scheindebatten zu vergeuden. Nützlich bleibt es hingegen, mit alternativen Editionen für demokratische Diskurse und mehr Aufklärung unter Christenmenschen zu sorgen.

Wir schauen zunächst nur auf die römisch-katholische Konfession und beginnen mit dem Jahrzehnt der deutschen ‚Einigungskriege', das mit der Vorphase des I. Vatikanischen Konzils zusammenfällt. Zwei Textspenden von Dieter Riesenberger und August H. Leugers-Scherzberg stehen im Zentrum des Bandes. Sie vermitteln, ergänzt durch eine vom Herausgeber besorgte Quellenauswahl im Anhang, erstaunliche Diskurse und Widersprüche der Zeit von den 1860er Jahren bis 1914. Programmatische Texte mit überregionaler Reichweite sind ohne Zweifel Zeitansagen. Exemplarische Beiträge – hier zur *regionalen* Geschichtsschreibung Südwestfalens (P. Bürger, Jens Hahnwald, Werner Neuhaus) – führen sodann zur Frage, welche Entsprechungen oder Kontraste zu den skizzierten Tendenzen und Entwicklungen sich im leibhaftigen Leben ‚katholischer Landschaften' aufzeigen lassen.

Schließlich erinnert ein Beitrag von Karl-Heinz Wiest über ein französisches Beispiel uns daran, dass einige europäische Katholiken – weithin ohne deutsche Beteiligung – sich schon in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg zu einer Friedensbewegung verständigt haben.

Das Rad wird in der vorliegenden Sammlung nicht neu erfunden. Die Leser*innen sollen aber mittels der *Zusammenschau* Ursprünge und Dramatik der (deutschen katholischen) Kriegskirchlichkeit des 20. Jahrhunderts besser verstehen können. Das ist durchaus kein ganz bescheidener Anspruch.

1. Jahrhundert der Widersprüche und Zweigesichtigkeiten

Einen forschen, sehr anregenden Überblick über die Jahre 1870 – 1918 in Deutschland bietet Thomas Nipperdey mit seiner Studie „Religion im Umbruch".[2] Auf den rund 50 Seiten der in diesem Werk enthaltenen Darstellung zum Katholizismus begegnet uns auf Schritt und Tritt die Schwierigkeit, die unterschiedlichen Akteure, Lager und Strömungen mit Hilfe vertrauter Koordinatensysteme widerspruchsfrei einzuord-

[2] Thomas NIPPERDEY: Religion im Umbruch. Deutschland 1870-1918. München: C.H. Beck 1988, S. 9-66. [Kurztitel: NIPPERDEY 1988]

nen. Vielleicht gilt für das „lange 19. Jahrhundert“ in besonderem Maße, was für jede Epoche zu beachten ist: Lager-Zuschreibungen dürfen uns nicht dazu verführen, unsere Schubladen, die zweifellos ein wichtiges Hilfsmittel sind, schon für die Wirklichkeit zu halten und nach erfolgter „Ablage“ auf das genaue Hinsehen zu verzichten. Durch einige Anmerkungen sei vorab in einer noch eher allgemeinen Weise angedeutet, warum ein entsprechendes Problembewusstsein für jede sachgerechte Geschichtsbetrachtung unerlässlich ist:

Biographische *Wandlungen* und soziale, kulturelle, politische … *Entwicklungen* machen es immer notwendig, Momentaufnahmen nicht schon für das „Ganze“ zu halten. Der gleiche Akteur oder die gleiche „Partei“ kann – sei es aus Überzeugung, sei es aus Opportunismus, sei es aufgrund gewandelter Kontexte – wenige Jahre vorher oder nachher deutlich andere Positionen vertreten als in einem datierten Zeugnis, das wir gerade sichten. Der gleiche Akteur oder die gleiche „Partei“ kann in einer bestimmten Frage eine Haltung annehmen, die wir als fortschrittlich betrachten, während er/sie gleichzeitig (!) auf einem *anderen* Feld mit ausgesprochen reaktionären Vorstellungen imponiert. Eine bestimmte Position oder Forderung, die gestern fortschrittlich und menschenfreundlich war, könnte sich morgen – unter anderen Umständen – auch ebenso eindeutig als rückschrittlich und inhuman erweisen (z.B. aufgrund neuer Sacherkenntnisse, Missbrauch der Argumente etc.).

Was ist überhaupt Fortschritt? Sind die Sachwalter des großen Staatswesens progressiv, während man die Anwälte der Kleinräume stets als Ewig-Gestrige zu identifizieren hat? Gehören militärtechnologische Revolutionen, die das Massenmorden im Krieg in einer vormals undenkbaren Weise perfektionieren, zum Fortschritt? Kommen wir nicht in Teufels Küche, wo wir darauf verzichten, das Fortschreiten in Technik und Beherrschungswissen sprachlich *scharf* zu unterscheiden von einem Fortschreiten hin zu Verhältnissen, in denen die Würde des Menschen in einer Weise geachtet wird, die die Menschen auch leibhaftig erfahren? Wenn Barbarei und Menschenverachtung, Rassenlehre oder ‚Eugenik‘ … in einer bestimmten Phase der Geschichte gerade besonders „modern“ sind, ist es dann nicht die schönste Auszeichnung, von den Zeitgenossen im entsprechenden Zeitkontext als „Antimoderner“ oder „Fortschrittsfeind“ betrachtet zu werden?

Schließlich dürfen wir nicht vergessen, dass ein bestimmtes „Label“ (z.B. Freiheit, Liberalismus) völlig gleichlautend von verschiedenen Akteuren oder Strömungen beansprucht werden kann, obwohl diese geradezu *gegensätzliche* Ziele verfolgen. Zudem erweisen sich Kollektive manchmal als wenig homogen, wenn man sie mit der Lupe betrachtet (was dann einer „Sippenhaftung“ oder kollektiven „Heiligsprechungen“ entgegensteht). Gruppen suchen sich auch nicht immer zwingend nur solche Bündnispartner, die der eigenen Programmatik besonders nahestehen. Wo Akteure oder Strömungen im gesellschaftlichen, kulturellen, politischen … Gefüge die Vorherrschaft erringen, haben sie – systemisch, intuitiv, strategisch oder sonst wie – fast immer schon oppositionelle Komplexe, Positionen etc. in ihr Gefüge integriert (und somit meist „unschädlich“ gemacht, gezähmt). In diesem Zusammenhang gilt es später – bei der Betrachtung des Kriegskirchentums 1914-1945 – auch zu bedenken: Man kann mit höchst unterschiedlichen, ja konträren Ausgangspunkten und Wegrouten zu gleichen Ergebnissen (Kriegskollaboration) kommen bzw. in die gleichen Abgründe geraten.

Als roter Faden durchzieht das 19. Jahrhundert die Frage, wie sich die unterschiedlichen Kräfte zur Französischen Revolution verhalten. Da diese Revolution viele Gesichter und mehr als nur eine Richtung oder Phase aufweist, kann es nicht verwundern, dass auch die Auseinandersetzung mit ihr voller Zweigesichtigkeiten und Widersprüche ist. Ein menschenfreundliches Fortschreiten ist verbunden mit dem Ringen um ein Ende der Bedrückung im Feudalismus und dem Eros der Aufklärung, mit dem Bekenntnis zu universalen Menschenrechten, mit der Republik unter dem Vorzeichen von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ … Die Privilegien der adeligen Klasse sollen entfallen, doch wie steht es mit der Heiligsprechung eines vermeintlichen Rechtes auf unbeschränkte Vergrößerung des privaten Besitzes, dessen Reichweite über die Unantastbarkeit der ganz persönlichen Habe, die Wahrung eines individuellen Wohlergehens und die Mehrung von privatem Komfort *weit* hinausgeht! Ist dieses *ökonomische* „Freiheitsrecht“ einer neuen besitzenden Klasse auf Dauer überhaupt vereinbar mit der Entwicklung eines freien Gemeinwesens – oder erweist es sich am Ende als Totengräber des demokratischen Ideals? Was bleibt von den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten übrig, wenn im 19. Jahrhundert eine neue Stufe der Un-

freiheit, Knechtung und Verelendung der Massen gerade von sogenannten „Liberalen“ verteidigt wird?

Gehört andererseits auch die hochwissenschaftlich konstruierte Guillotine zum Fortschritt, jenes blutige Erkennungszeichen von Revolutionären, die sich subjektiv für „links“ halten, obwohl sie längst die Seiten gewechselt oder niemals wirklich auf Seiten der Liebhaber des Humanen gestanden haben? Kopf ab bei den störenden Elemente im Inneren, das sollen wir als einen ganz rationalen und schmerzarmen Lösungsansatz zu sehen lernen. Sodann bewaffnet sich die gute Sache der Republik; es gilt jetzt für die Bürger in Uniform, die Größe der Nation zu preisen und ihrer „Mission“ zu folgen – hinein in aller Herren Länder. Auch anderswo werden „Freunde der Freiheit“ zu Patrioten. Über Nacht können sich ihre Freiheitslieder aber in Hymnen an die Gewalt und Hassgesänge wider sogenannte ‚Volksfremde‘, Feinde etc. verwandeln. Es bleibt als mächtiger Fetisch übrig die „Nation“: ein massenmörderischer Fetisch, in dessen Kultstätten sich diverse ‚Konfessionen‘ der gleichen Religion einfinden – zugleich ein mächtiger Feind von Freiheit und Menschenrecht eines jeden Individuums.

2. Ein „Friedensappell“ an das Konzil 1869/70

Ein Reformpapst wie Benedikt XIV. (Amtszeit 1740-1758) hatte noch den Austausch mit Voltaire und eine Aussöhnung mit der Aufklärung gesucht. Das blieb – von der Inquisition beargwöhnt – eine Episode. Den nachfolgenden Herausforderungen der Französischen Revolution war die Kirche deshalb nicht gewachsen. Papst Pius VI. hat am 10. März 1791 nicht etwa nur die kirchlichen Regelungen der französischen Republik (Zivilkonstitution) verworfen, „sondern – sehr zur Bestürzung der meisten französischen Bischöfe – auch die Menschenrechte und die Prinzipien der neuen politischen Ordnung“[3] verurteilt. Die nächste Papstwahl erbrachte noch einen Lichtblick. Gewählt wurde Kardinal Chiarimonti (Pius VII., Amtszeit 1800-1823), der – immerhin – „die demokratische

[3] Klaus SCHATZ: Vaticanum I. 1869-1870. Band I. Paderborn u.a.: Schöningh 1992, S. 7. [Kurztitel: SCHATZ 1992]

Regierungsform als mit dem Evangelium vereinbar erklärt, ja, der Religion eine besondere Bedeutung in der Demokratie zugesprochen"[4] hatte. (Durchsetzen sollte sich indessen die finstere Linie. Die Papstkirche unter Pius IX. wird Aufklärung, Freiheitsstreben und universale Menschenrechte mit hohem Verbindlichkeitsanspruch *verdammen*.) In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gibt es unter jenen, die ihre Augen auf Rom – ultra montes (jenseits der Berge) – richten, noch viele Suchende, die sich gerade vom Papsttum eine *übernationale Anwaltschaft zugunsten von Freiheit und Menschenrecht* erhoffen!

Die Wegbereiter der „Neuscholastik", die einem machtvollen theologischen Programm der Vergangenheit (christlicher Aristotelismus, Thomismus) in ‚moderner' Fassung zur Monopolstellung für alle Zeiten verhelfen soll, sind zur gleichen Zeit bereits regsam. Einer von ihnen, der Jesuit Luigi Taparelli d'Azeglio (1793-1862), hängt noch immer einer symbiotisch verstandenen Einheit von Kirche und Staat an, stellt aber Sinn für die großen Fragen der Zivilisation unter Beweis. Taparelli entwirft auf naturrechtlicher Grundlage eine weltweite Friedensordnung, beharrt hierbei freilich noch auf der Doktrin des sogenannten „gerechten (gerechtfertigten) Krieges". In einem neueren Forschungsband wird er als Inspirator des Friedenswirkens der Päpste Leo XIII. (sein Schüler) und Benedikt XV. (mittelbarer Einfluss) vorgestellt.[5]

Aus christlich-pazifistischer Sicht scheint mir die Erinnerung an eine Friedensinitiative im Zusammenhang mit dem ersten Vatikanischen Konzil 1869/70 dringlicher zu sein. Der – Klaus Schatz zufolge später konvertierte – Anglikaner David Urquhart (1805-1877), „welcher eine anti-militaristische, anti-kolonialistische und gleichzeitig ausgesprochen theokratische Linie vertrat", „erwartete vom Papst und ebenso vom Konzil die Einschärfung des Völkerrechts und die klare Entscheidung, welche Seite in Kriegen im Recht oder Unrecht sei, ja die Exkommuni-

---

[4] Karl-Egon LÖNNE: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M. 1986, S. 30.

[5] Vgl. Birgit ASCHMANN / Heinz-Gerhard JUSTENHOVEN (Hg.): Dès le début. Die Friedensnote Papst Benedikts XV. von 1917. Paderborn: Schöningh 2019, S. 49-89 (Beiträge von Marco Schrage und H.-G. Justenhoven). – Zu den Kriterien gehört zumindest implizit: Der Krieg darf keine Übel bewirken, die schlimmer sind als jene, zu deren Abstellung er geführt wird.

kation der im Unrecht befindlichen Seite. Sein Vorstoß löste in England und Frankreich eine innerkatholische Diskussion über Wehrdienstverweigerung in ungerechten Kriegen aus."[6] (Ein Dominikaner Suffield führte gegen die pazifistisch ambitionierten Christen eine „klassische Lehre des Obrigkeitsvorbehaltes" ins Feld.) Gewichtige Akteure kommen nicht zufällig aus dem angelsächsischen Raum, denn dieser war – im Gegensatz etwa zu deutschen Landen – schon ab dem frühen 19. Jahrhundert Schauplatz einer sich ausformenden Friedensbewegung gewesen.[7]

Hier sind wir mitten drin in den oben schon angekündigten Ambivalenzen einer verkehrten Welt: Der *„pazifistische Ultramontanismus"* ist zutiefst reaktionär, weil er dem Papst eine hoheitliche Priesterherrschaft im weltlichen Gefüge zuschreibt und sogar den unseligen „Syllabus" (1864) als Urkunde einer päpstlichen Verurteilung der modernen Außenpolitik heranzieht. Andererseits bringen David Urquhart und seine Gefährten die dringlichste Zivilisationsfrage auf die Tagesordnung – einschließlich der Frage nach einer tauglichen Überprüfung vorgeblich ‚gerechter' Kriegsprojekte und einer christlichen *Verweigerung* gegenüber der Kriegsapparatur. Sie scheinen damit zunächst nicht völlig erfolglos gewesen zu sein. Klaus Schatz fasst zusammen:

> Eine Konzilseingabe, „hinter der einerseits armenische Bischöfe, andererseits […] David Urquhart standen, befaßte sich mit Völkerrecht und Kriegsethik. Sie war von 40 Konzilsvätern aus aller Welt (von

---

[6] SCHATZ 1992, 130. Als eigenständige Veröffentlichung vgl. Klaus SCHATZ: Ultramontanismus, Bellum iustum und Kriegsdienstverweigerung (= Beiträge zur Friedensethik. Nr. 20). Stuttgart: Kohlhammer 1994. – Dass dieser Diskurs in der Christenheit nicht wirksam wurde, das ist an Dramatik kaum zu überbieten. Im August 1939 wird Karl Barth anregen, „die Ökumene möge ein Wort verfassen, das Hitlers Krieg als ungerechten Krieg kennzeichnen und die Christen in Deutschland auffordern sollte, sich nicht zu den Waffen rufen zu lassen". Den katholischen Theologen oder bekenntnistreuen Lutheranern fehlte aufgrund der nachkonstantinischen staatstheologischen Ideologie *jeglicher* Horizont zum Verständnis einer solchen Initiative. Vgl. Helmut KURZ / zus.m. H. DONAT: In Gottes Wahrheit leben. Religiöse Kriegsdienstverweigerer im Zweiten Weltkrieg. Bremen 2020, S. 30-31.

[7] Vgl. Dieter RIESENBERGER: Den Krieg überwinden. Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung. Bremen: Donat Verlag 2008, S. 9-25: ‚Zur Geschichte des Pazifismus von 1800 bis 1933'. [Kurztitel: RIESENBERGER 2008]

den Deutschen Martin [Paderborn, Unfehlbarkeits-Anhänger – leidenschaftlicher Antisemit] und Ketteler [Mainz]) unterzeichnet und wurde am 10. Februar [1870] eingereicht. Sie stellte die lateinische Übersetzung einer Eingabe von 12 armenischen Bischöfen dar, die bereits am 20. Dezember [1869] in Armenisch und Französisch eingereicht war. Angesichts der steigenden Belastung der Völker durch die Rüstung und des Zerfalls der internationalen Moral fordert sie eine authentische Erklärung des Teiles des Kirchenrechts, welches das Völkerrecht und die Kriegsethik betreffe. Dieses Votum wurde der armenischen Patriarchalsynode vom 20. Oktober 1869 zur Kriegsethik beigefügt, welches an den Papst gerichtet war und ihn bat, durch das Konzil die Prinzipien des Völkerrechts gemäß dem kanonischen Recht erklären zu lassen. Dieses wendet sich gegen die Emanzipation des Kriegsrechts von der Moral, bezieht sich dafür freilich ausdrücklich mit wörtlichen Zitationen auf *Unam Sanctam*[8] […]. Es werden dann im einzelnen die Bedingungen eines gerechten Krieges erklärt. Die Patriarchalsynode schlug sogar vor, bei dem Sitz Petri ein Tribunal des Völkerrechts zu errichten, welches, von der unfehlbaren (!) Autorität des Papstes bestätigt, für die Gewissen verbindlich entscheidet."[9]

Mit Blick auf die hierokratische Fassung des Anliegens spricht Klaus Schatz von der „Tragik eines an sich zeitgemäßen und dringend notwendigen kirchlichen Widerstandes gegen Nationalismus, Militarismus und imperialistische Machtpolitik"[10] in den Jahren 1869/1870. Die meisten Mitglieder der kritischen Konzilsminderheit (nicht jedoch W. E. Ketteler)

---

[8] [Bulle von Papst Bonifatius VIII., 1302 n. Chr.: Das weltliche Schwert untersteht dem geistlichen Schwert – des Papstes, dem überhaupt alle Kreatur um der Seligkeit willen untertan sein muss.]

[9] Klaus SCHATZ: Vaticanum I. 1869-1870. Band II. Paderborn u.a.: Schöningh 1993, S. 130-131. [Kurztitel: SCHATZ 1993] Ebd., S. 131 (Anm. 279) als Referat zu den bellum-iustum-‚Kriterien': „Kriegserklärung; gerechte Gründe – nicht nationales Prestige! – es muß um Vertheidigung gegen einen ungerechten Angriff oder um Wiedererwerb notwendiger Rechte gehen; Schonung der Zivilbevölkerung; ferner müßte es in den Staaten gesetzlich verankert sein, daß zur Frage der Gerechtigkeit eines Krieges rechtschaffene und kundige Männer konsultiert werden."

[10] SCHATZ 1993, S. 131.

mögen den anglikanischen Friedensboten als einen „Ewiggestrigen“ abgetan haben; auf der Gegenseite „wurde Urquhart von den maßgeblichen ultramontanen Wortführern zwar als willkommener Bundesgenosse“ wider die Gegner der Unfehlbarkeitslehre „geschätzt, jedoch in seinem anti-militaristischen Anliegen nicht ernst genommen“[11].

Den zweiten Punkt hat schon der – zum Widerstand gegen die neuen Papstdogmen von 1870 zählende – Döllinger-Schüler Johann Friedrich (1836-1917) so eingeschätzt. Die entsprechenden Ausführungen aus dem 1. Band (1883) seiner voluminösen Konzilsgeschichte[12] sind in der vorliegenden Publikation nachzulesen. Der bienenfleißige Pionier der deutschsprachigen Konzilsgeschichtsschreibung, seit ultramontaner Kampfzeit immer wieder pauschal als ‚unzuverlässig‘ denunziert (bzw. nur stillschweigend ohne Quellenangabe konsultiert), bringt eine andere Ambivalenz der zeitgenössischen Lager zum Vorschein: Er steht zweifellos auf Seiten von Aufklärung und Freiheit. Mit seinen akademischen Mühen entspricht er der Verantwortung, als Kirchenhistoriker die eigene Zeitzeugenschaft und Quellenkenntnis zu vermitteln. Doch wie fern steht dieser Münchener Professor dem ultramontanen ‚Leute-Standort‘. Heruntergekommene Bettelmönche (‚Ordensproletariat‘) in Rom und Sinti oder Roma vor den Toren der Heiligen Stadt, die sich vom Papst als Heimatsuchende einen väterlichen ‚Schutzbrief‘ erhoffen, finden bei ihm wenig Mitgefühl. Die Opposition gegen vatikanische Selbstherrlichkeit und Finsternis verlegt sich darauf, mit Döllinger das sog. ‚Germanische‘ gegen das sog. ‚Romanische‘ auszuspielen. Pazifismus ist keine Option, wenn man sich staatsnah positioniert …

Gleichwohl, Johann Friedrich referiert 1883 ausgiebig und detailfreudig die ‚anglikanische Friedens-Initiative‘. Zu Beginn des 20. Jahrhundert widmet ihr dagegen der Jesuit Theodor Granderath (1839-1902) im ersten Band seiner ultramontanen ‚Geschichte des I. Vatikanums‘ nur noch wenige Sätze: „Zu den Zeichen freundlicher Gesinnung gegen das Konzil ist eine Schrift Urquharts – und ein Brief mehrerer englischer

---

[11] SCHATZ 1993, S. 131.

[12] Johann FRIEDRICH: Geschichte des Vatikanischen Konzils. Zweiter Band. Die Geschichte des Konzils. Bonn: Verlag von P. Neusser 1883, S. 325-334. Beachte auch die Hinweise auf englischsprachige Literatur und eine Konzilsschrift des Italieners P. Capecelatro.

Protestanten an den Papst [vom 7.4.1869] zu rechnen; Urquhart tritt in seiner Schrift für die Wiederherstellung des Völkerrechtes ein. Nur die katholische Kirche, so sagt er, sei im stande, diese Aufgabe zu lösen, und das Konzil müsse das Völkerrecht proklamieren. Der Brief mehrerer Protestanten enthält die Bitte an den Papst, daß er für die Beobachtung des Völkerrechtes gegen die noch nicht kultivierten [sic!] Nationen Sorge trage."[13] Wir werden im nächsten Abschnitt sehen, dass ein anderer Jesuit des deutschsprachigen Raums während der Kulturkampfzeit noch weitaus mehr zu sagen wusste über die Bedeutung des Vorgangs.

3. Katholischer Antimilitarismus ab 1866

Der Beitrag über *„Katholische Militarismuskritik im Kaiserreich"* von Dieter Riesenberger kann den Leser*innen dieses Bandes nicht nachdrücklich genug empfohlen werden.[14] Hier kommt eine Linie des Widerspruchs zur Kriegsapparatur zum Vorschein, die sich im Katholizismus dann leider nicht durchgesetzt hat. In den 1860er Jahren waren die deutschen Katholiken „durchaus noch vom romantischen Nationalismus ergriffen, sie fühlten sich in der Tradition des alten Reiches, national und universalistisch zugleich, und sie hatten an der Einheitsbewegung von 1848 durchaus teilgenommen. Aber angesichts der alternativen Lösungsmöglichkeiten der deutschen Frage, der klein- und der großdeutschen, standen sie klar im Lager der Großdeutschen. Darum war 1866 auch eine Niederlage des deutschen Katholizismus, und so wurde das empfunden."[15] Der von Preußen angeführte Krieg gegen das katholische Öster-

---

[13] Theodor GRANDERATH SJ (Autor) / Konrad Kirch SJ (Hg.): Geschichte des Vatikanischen Konzils von seiner ersten Ankündigung bis zu seiner Vertagung. Nach den authentischen Quellen dargestellt. Erster Band: Vorgeschichte. Freiburg i.Br.: Herder 1903, S. 335. David Urquhart wird in den Namenregistern des dreibändigen Werkes nicht berücksichtigt.

[14] Ebenso das gesamte Buch, dem der Aufsatz entnommen ist: RIESENBERGER 2008.

[15] NIPPERDEY 1988, S. 46. Ebd., S. 47-48: „Die großdeutsche Nationalidee war 1866 vergangen, wenn man von ein paar Nostalgie-Erfüllten absieht. Für ihre Erben blieb die Wendung in den Partikularismus, gerade im Süden und besonders in Bayern. […] Oder sie mündete in eine reine Antihaltung, die antiborussische Opposition, die sich gegen den preußischen Militarismus, den preußischen Fiskalismus und die Gewerbefreiheit und gegen den antikatholischen Charakter des norddeutschen Kernstaates wandte und bekanntlich breite

reich im Jahr 1866 mag von den Katholiken nicht überall als regelrechter Weltuntergang erlebt worden sein[16], doch manch einen – wie etwa dem mit Bischof W.E. Ketteler verwandtschaftlich verbundenen Grafen Clemens August von Westphalen (1805-1885) – zwingt das scharf kritisierte Militärunternehmen zu schmerzhaften Einschnitten und zum Einfinden in eine ganz neue Rolle. Der Kriegsdiskurs 1866 war nicht etwa rein akademisch, sondern Tagesgespräch unter Katholiken.

Der Mainzer Bischof will nach ‚Königgrätz' eine realistische bzw. pragmatische Haltung gegenüber der preußischen Führungsrolle im *kleindeutschen* Einigungsprozess einnehmen, er macht jedoch keineswegs kurzerhand „seinen Frieden mit Preußen". 1866 beginnt eine profilierte katholische Preußen- und Militarismuskritik, die sich unter dem – aus pazifistischer Perspektive: *günstigen* – Vorzeichen von Staatsferne der Kirche während der Kulturkampfjahre weiter entfalten kann. Auf der Gegenseite gibt es (noch) keinen geschlossenen nationalprotestantischen Komplex von Preußenverehrern. Bekenntnistreue „Konservative" aus dem evangelischen Lager werden von der katholischen Kritik als ‚Zeugen' angeführt.

Wilhelm Emmanuel Ketteler tritt sofort hervor mit einer imponierenden Ideologiekritik, welche den „Borussianismus" als eine ganz *bestimmte* Erscheinungsform des Preußentums beleuchtet und die Gefährlichkeit providentieller Berufungen (Missionen) von Nationen in einer zeitlos gültigen Weise aufzeigt. Auf dem I. Vatikanum gehört der Mainzer Bischof als Unterzeichner der ‚Völkerrechtseingabe' längst zu den

---

volkstümliche Resonanz fand. Aber wichtiger ist, was 1870 dann herauskommt, nämlich daß die Opposition gegen die kleindeutsche Nationalstaatsgründung sich abschwächt, ja zerfällt und zergeht. Die rheinischen Katholiken z.B., so die Brüder Reichensperger, stellen sich jetzt, national wie sie waren, auf den Boden der preußisch-deutschen Tatsachen. Die bayerische Protestposition gerät in die Minderheit, selbst hier stimmen 32 von 79 Patrioten im Landtag im Januar 1871 für die Bundesverträge und sichern damit die Zweidrittel-Mehrheit. […] Nicht also Protest, sondern beginnende Integration in den werdenden kleindeutschen Nationalstaat, das ist die Hauptsache."

[16] NIPPERDEY 1988, S. 47 meint relativierend: „Es ist freilich nicht so, wie es lange im deutschen Geschichtsbild erinnernd oder reflektierend aufbewahrt schien, daß die Katholiken insgesamt 1866 von einer Art Weltuntergangsstimmung ergriffen worden seien. Das war schon deshalb nicht der Fall, weil die nationale Frage im politischen Bewußtsein der Katholiken nicht so dominant war wie bei den Protestanten."

orientierten Leuten (s.o.). Seine weitsichtigen Warnungen vor exemter Militärseelsorge, „Militärpriestern“, „neuen Eiden“ und Militärflitter an Soutanen verhallen ungehört (sie waren später den Verantwortlichen 1914-1918 und 1939-1945 aber mit einiger Sicherheit noch bekannt). In seiner Schrift *„Die wahre Bedeutung des Culturkampfes“* stellt Ketteler klar, wovon man in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann nichts mehr wissen will: „Auch wir leisten dem König Gehorsam wegen Gottes, d.h. weil Gott es will; wir bestimmen aber den Umfang des Gehorsams gegen den König nach dem Willen Gottes, nicht umgekehrt den Umfang des Gehorsams gegen Gott nach dem Willen des Königs. Das Letztere thut aber das echte Preußthum.“

1871 konstatiert ein katholischer Anonymus in den Historisch-politischen Blättern: „Wo ist überhaupt ein Zweig der menschlichen Thätigkeit welcher nicht mittelbar oder unmittelbar dem Kriege dienstbar gemacht worden wäre?“ (→*Ausgewählte Quellentexte 1867-1914*). Der Zusammenhang von ‚Krieg‘ und ‚sozialer Frage‘ ist maßgeblicher Ausgangspunkt. Die von Dieter Riesenberger beleuchtete und in diesem Band auch durch umfangreiche Textauszüge dokumentierte Militarismuskritik des Jesuiten *Georg Michael Pachtler SJ* von 1876 versetzt uns ob ihrer Schärfe – sowie dem mannigfachen Rekurs auf Fakten – in Staunen. Hier sichten wir das wohl bedeutsamste Zeugnis eines ‚ultramontanen Pazifismus‘ der Kulturkampfjahre. Wirkungsgeschichtlich ist es von großer Bedeutsamkeit, wie warmherzig der Verfasser friedensbewegte Voten aus England oder Frankreich anführt – und hierbei wiederholt auf den im letzten Konzil hervorgetretenen David Urquhart Bezug nimmt. (Pater Pachtler beschwört als leidenschaftlicher Ultramontaner im Übrigen große Gefahren durch Sozialisten und die Freimaurerei, in welcher er Juden besonders stark vertreten glaubt.)

Die Aufsätze und Primärtexte unserer Sammlung bergen unbequeme Erinnerungen. Sie erhellen zum Beispiel, dass man es lange vor Benedikt XV. (Pontifikat 1914-1922) schon als unannehmbar betrachtete, für die private und die öffentliche (staatsbezogene) Moral je unterschiedliche – ja gegensätzliche – Prinzipien zu konstruieren und insbesondere die Weisungen Jesu zum Zwischenmenschlichen für den Verkehr zwischen den Völkern außer Kraft zu setzen.

Die Zeugnisse der ultramontanen Militarismuskritik im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zeigen einen Katholizismus in deutschen Landen, der in seinen Kriegsdiskursen wirklich noch katholisch ist (d.h. auf das Ganze schaut) und auch deshalb mit Blick auf notwendige Klärungen der ‚Kriegsethik' ein ausgeprägtes Problembewusstsein unter Beweis zu stellen vermag.

Indessen kann unser Beifall nicht ungeteilt und ungetrübt sein. Die profilierten Militarismuskritiker ab der Kulturkampfzeit sind fast immer zugleich auch Vertreter des – von Olaf Blaschke gründlich erforschten – ‚ultramontanen Antisemitismus'[17] im Kaiserreich, so namentlich Heinrich Hansjakob (1837-1916), Albert Stöckl (1823-1895), Alban Stolz (1808-1883), Georg Michael Pachtler SJ (1825-1889) oder Georg Ratzinger (1844-1899). – Wie bei Bischof W. E. Ketteler begegnet uns zudem immer wieder eine überzeugende Kritik am „*sogenannten* [!] Liberalismus", welcher sich unberührt zeigt vom sozialen Elend und im Bedarfsfall – alles Freiheitliche verratend – den autoritären Staat zur Sicherung der eigenen ökonomischen Interessen einspannt, Repressionen einfordert etc. Was wir in der Regel aber *nicht* finden, sind klare Bekenntnisse zur Freiheit und zu einem freiheitlichen Katholizismus im Sinne etwa eines Charles de Montalembert (1810-1870).

Eine verquere Gemengelage ist aus der ultramontanen Neuerfindung der Kirche hervorgegangen. Die Widersprüche auf Seiten der innerkirchlichen Opposition sind nicht minder irritierend. Über den Kirchenhistoriker Franz Xaver Kraus (1840-1901), „graue Eminenz der ‚liberalen' Katholiken", schreibt Thomas Nipperdey: „weil die Ultramontanen sich auf die Demokratie, das Volk beriefen und in deren Namen die Freiheit ‚beseitigen', wurde er politisch ein konservativ-liberaler Parteigänger der etablierten Mächte; ein Gegner auch des Vereins- und Milieukatholizismus mit seinem ultramontan-integralistischen Kollektivismus"[18].

---

[17] Der Terminus ‚Antijudaismus' ist in diesem Zusammenhang zumeist unsachgerecht, zudem durch eine unwahrhaftige apologetische Literatur sehr belastet. – Auch bei Ketteler und den in diesem Band herangezogenen anonymen Beiträgen aus den Historisch-politischen Blättern fallen Bezugnahmen auf ‚Juden' nicht freundlich aus. – Als Literatur sei hier lediglich die ‚Erstlingsstudie' angeführt: Olaf BLASCHKE, Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1997.

[18] NIPPERDEY 1988, S. 32-33.

In den Quellenanhang habe ich neben Volltexten oder Auszügen der von Dieter Riesenberger angeführten Schriften auch einen – wohl bereits 1866 verfassten – Broschüren-Text *„Sind die Katholiken schlechte Patrioten?"* aufgenommen. In diesem sehr aussagekräftigen Werk sind zwei unterschiedliche Teile vereinigt, zunächst eine Apologie über *„die patriotische Gesinnung der Katholiken"*, die – für sich genommen – durchaus zu den ab 1900 gängigen Bezeugungen der Vaterlandstreue ausgebaut werden könnte. Es folgt indessen eine unmissverständliche Eingrenzung des Staatsgehorsams: *„wozu wir Katholiken durch den Patriotismus uns NICHT verpflichtet halten*!" Dieser zweite Teil enthält ohne Abstriche das katholische Bekenntnis zur Einheit des Menschengeschlechts und folgende Klarstellung namentlich zum kirchlichen Selbstverständnis: Im „geistlichen Verbande kennen wir weder ‚Juden noch Nationen, weder Griechen noch Barbaren', weder Deutsche noch Italiener noch Franzosen noch Polen". Wo diese Linie[19] später im deutschen Kriegskirchentum 1914-1918 und 1939-1945 verlorengegangen ist und gar einer ‚Blutsbande-Gemeinschaft' zwischen den ‚deutschen Bischöfen' und ihren ‚deutschen Schwestern und Brüdern' das Wort geredet wird, kann von Katholizität sinnvoller Weise nicht mehr gesprochen werden.[20]

---

[19] NIPPERDEY 1988, S. 48-49 würdigt sie so: „Freilich, es gab das Element reservierter Distanz. Der großdeutsche Nationalismus und der Partikularismus verbanden sich zum betonten Föderalismus und Antizentralismus im werdenden Nationalstaat; der Antiborussismus, der Widerstand gegen die Verpreußung Deutschlands, blieb bestehen und auch die wachsende Sorge vor den nationalprotestantischen und nationalliberalen Tendenzen und der Bedrohung der Freiheiten der katholischen Kirche. Darum war für die Katholiken das Reich von 1871 nicht eine nationale Erfüllung, die man mit einhelligem, ungeteiltem Jubel begrüßte oder gar wie die Protestanten theologisch rechtfertigen konnte. […] Die katholische Kirche ist darum, anders als die evangelische, auch auf Dauer keine aktive Kraft des Nationalismus, der Intensivierung des nationalen Bewußtseins geworden. Sie feierte nicht den Sedantag und andere nationale Feste; die Katholiken bauten keine nationalen Denkmäler. Reich und Nation sind anerkannt, aber sie haben gerade in den ersten Jahrzehnten des Reiches gegenüber Papst und Kirche wie gegenüber Region und Partikularstaat, zumal sofern er katholisch ist wie Bayern, keinen Vorrang. Theologie und Predigt betonen, wo es um Vaterland und patriotische Pflichten geht, mehr den Staat als die Nation, und die Moraltheologie hält an der Relativierung des Nationalismus, des ‚Völkeregoismus' fest (so der Theologe Joseph Mausbach 1912); eine Theologie der Nation gibt es im Katholizismus vor 1914 nicht."

[20] Vgl. zur *Blutbande-Predigt* des Paderborner Erzbischofs anlässlich der Fuldaer Bischofskonferenz 1943: Peter BÜRGER, Lorenz Jaeger – Kriegsbischof der deutschen Blutsgemein-

4. Nach dem Kulturkampf: „Friedensmühen" anderer Art

Thomas Nipperdey schreibt nach seinem Überblick zu den beharrlichen katholischen Vorbehalten gegenüber dem Nationalen ab 1866: „Dennoch ist die Geschichte des Katholizismus in Deutschland zwischen 1871 und 1914 auch eine Geschichte seiner Nationalisierung, das wirkt von den Laien her auch in die Kirche zurück. Das großdeutsche Reichsbewußtsein verschwindet. Kaiser und Reich gewinnen an Gewicht. Flotten-, Kolonial- und Weltpolitik werden auch von Teilen des Katholizismus aufgenommen. Die katholische Mission, die anfangs vor allem der Intensivierung der Kirchentreue diente, war nach dem Kulturkampf vor allem in den deutschen Kolonien tätig. Das war auch ein Kampf um Parität, aber vor allem wuchsen hier Missionseifer und Kolonialbegeisterung zusammen. Internationalismus schrumpfte de facto auf die Loyalität gegenüber dem Papst zusammen, die Reformkatholiken betonten gegenüber dem Römisch-Romanischen das Eigenrecht des Nationalen, des Deutschen. Katholische Studentenverbindungen waren vor 1914 kaum weniger national als andere. Kriegervereine und Kriegerdenkmäler sind auch in katholischen Provinzen und Ländern, wie in Bayern, Vehikel der Nationalisierung, gerade der kleinen Leute, gewesen. Und auch der Klerus wird deutlich nationaler. Das Ergebnis: 1914 stand der deutsche Katholizismus einhellig und emphatisch zur nationalen Sache und nahm am enthusiastischen Aufbruch der Nation vollen Anteil. Nationalisierung und nationale Integration des Katholizismus wurden nun offenkundig."[21] Zu ergänzen bliebe die blasphemische Kriegstheologie 1914-1918, der wir uns in einem späteren Band dieser Reihe noch zuwenden werden und die keine Ausnahme, sondern der Normalfall war.

Wie konnte es so weit kommen? Ein bedeutsames Feld war die nationalistische Aufladung katholischer Milieus im Kaiserreich (Gratifikationen, Kriegervereinswesen etc.), die nach der heißen Phase des Kulturkampfes rapide fortschreitet – in der Regel doch wohl unter Anleitung

---

schaft. 2020. (IKvu-Sonderdruck eines Sammelband-Aufsatzes vom Juni 2019.) https://www.ikvu.de/fileadmin/user_upload/IKvu_Sonderdruck_Lorenz_Jaeger_2020-08-07.pdf.

[21] NIPPERDEY 1988, S. 49-50.

von Klerus und staatstreuen Honoratioren. In seiner lokalen Friedensstudie „*Innenansichten einer westfälischen Kleinstadt: Salzkotten im Kaiserreich*“ konstatiert Dieter Riesenberger: „Zu Beginn der 1890er Jahre war von einer Entfremdung zwischen katholischer Bevölkerung und protestantischem Kaiserreich nichts mehr zu spüren. Der Kriegerverein regte die Errichtung eines Kriegerdenkmals an […]; unter Beteiligung der benachbarten Kriegervereine und unter Militärmusik wurde es am 12. August 1894 eingeweiht. In den neunziger Jahren nahm der katholisch grundierte Patriotismus auch in Salzkotten betont kämpferische Züge an, eine Folge der maschinellen und industriellen Produktionsweise und der damit verbundenen Öffnung der Stadt.“[22] (Nicht nur im Kriegerverein gilt es nämlich, die nunmehr nahegerückten ‚sozialdemokratischen Gefahren‘ abzuwehren.)

Es wäre nun aber ein Trugschluss, die nationalistische Empfänglichkeit der meisten Katholiken in den letzten Jahren vor Beginn des ersten Weltkrieges einfach als Ergebnis eines ‚von unten‘ her bewirkten Prozesses zu deuten. In den 1890er Jahren ist ja jene *leutenahe* Linie des geschlossenen Katholizismus noch wirksam (und bei Wahlen erfolgreich), die in politischen Auseinandersetzungen Ausgaben für Menschen statt für die Aufrüstung des kostspieligen Imperialismus einfordert.[23] Ultramontane Populisten wie der geistliche Politiker Georg Friedrich Dasbach (1846-1907) profilieren sich noch immer eher antimilitaristisch (und leider auch antisemitisch). Doch müssen wir uns die Akteure stets genau anschauen. Der ehemalige Arbeitersekretär Matthias Erzberger – nachmalig Annexionist und dann gewandelter Botschafter des Friedens – wird im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts scharf angefeindet wegen seiner – durchaus nicht radikalen – Kritik am völkermörderischen Kolonialkomplex des Kaiserreiches. Der Volksverein für das katholische Deutschland (Zentrale Mönchengladbach) ist derweil schon eine moderne Massenorganisation mit Medienkompetenz etc., die bei der nationalistischen Aufladung und einem militärfreundlichen Kurs des Katho-

---

[22] RIESENBERGER 2008, S. 59-88, hier S. 66.

[23] Vgl. auch für das folgende: Wilfried LOTH, „Freiheit des Volkes“. Katholizismus und Demokratie in Deutschland. Frankfurt: Campus 2018, S. 62-71 (ländlicher Populismus), S. 71-77 (Der bürgerliche Aufbruch), S. 88-89 (am Vorabend des 1. Weltkrieges), S. 196-214 (Zentrum und Kolonialpolitik).

lizismus mitmischt[24] (was eine sozialkatholische Verklärung des Vereins gerne übersieht).

Jene Zentrumspolitiker, die die katholische Partei schließlich ohne Not zur nützlichen Gehilfin des deutschen Militarismus und Imperialismus werden lassen, zählen zum *„bürgerlichen Aufbruch"* (Wilfried Loth) im politischen Katholizismus. Eine heterogene ‚moderne' Richtung der Aufsteiger und Aufstiegswilligen, die aus dem Ghetto heraus und Anschluss finden will, Randständigkeit und Minderwertigkeitskomplexe überwinden möchte, tritt auf den Plan. (In theologische Grundsatzdiskurse mischt man sich nicht ein, das würde nur unnötige Scherereien bringen.) – Die *liberale* Öffnung, so Thomas Nipperdey, geht mit der *nationalen* Öffnung Hand in Hand – „progressiver und nationaler Katholizismus" liegen „ganz dicht beieinander".[25] Das gilt gerade auch auf dem kulturellen Sektor[26]; die als progressiv bewertete, 1903 gegründete katholische Zeitschrift „Hochland" stimmt 1914 ein in die nationalistische Kriegspropaganda. Wie fragwürdig bezogen auf die *anti-ultramontanen* (romkritischen) Kräfte Bezeichnungen wie „progressiv", „offen" etc. sind, mag das Beispiel des Rechtskatholiken Martin Spahn illustrieren. Dieser votiert für „Entklerikalisierung", weil das besser zum Germanentum passe. (Abgesehen von irreführenden „Etiketten"[27] für die Zeitgemäßen in unseligen Zeiten ist der ganze Komplex noch verwickelter, was an dieser Stelle nicht ausgeführt werden kann: Zur vaterländischen Weltkriegssache finden Vertreter der gegensätzlichen Lager jeweils auf *ihre* Weise, Thomisten wie Sympathisanten des Idealismus, Ultramontane wie Reformkatholiken, „Modernisten" wie Antimodernisten …)

---

[24] Die geistlichen Brüder August und Lorenz Pieper aus dem Sauerland, tätig für den Volksverein, sind keine ‚Ultramontanen', sondern papstkritische Reformkatholiken mit extrem rechten Potenzen (wie sich nach 1919 und nach 1933 erweisen wird)! Vgl. demnächst unseren Band zu Lorenz Pieper, NSDAP ab 1922 (edition leutekirche sauerland).

[25] NIPPERDEY 1988, S. 36 und 38.

[26] Vgl. Ausschnitte aus diesem uferlosen Feld in: Otto WEIß, Kulturkatholizismus. Katholiken auf dem Weg in die deutsche Kultur 1900 – 1933. Regensburg: Pustet 2014.

[27] Die – nicht nur begriffliche – Problematik erhellt Friedrich Wilhelm GRAF: Moderne Modernisierer, modernitätskritische Traditionalisten oder reaktionäre Modernisten? Kritische Erwägungen zu Deutungsmustern der Modernismusforschung. In: Hubert Wolf (Hg.): Antimodernismus und Modernismus in der katholischen Kirche. Beiträge zum theologiegeschichtlichen Vorfeld des II. Vatikanums. Paderborn: Schöningh 1998, S. 67-106.

Der deutsche Katholizismus im späten Kaiserreich ist, wie in unserer Sammlung der Beitrag von August Hermann Leugers-Scherzberg erhellt, sehr mit seinem Krisenstatus und *inneren* Kontroversen – also mit sich selbst – beschäftigt. Für pazifistische Regsamkeit – gar im Kooperationsgefüge friedensbewegter Katholiken aus anderen Ländern – bliebe da gar keine Zeit, selbst wenn man anders wollte. Doch will man? Der Präsident des Aachener Katholikentages 1912 proklamiert: „Wir lassen uns von Niemandem an Liebe zu Fürst und Vaterland übertreffen." Zwei der von Leugers-Scherzberg angeführten Theologenvoten zur Kriegsfrage – vollständig nachzulesen auch im Anhang dieser Sammlung – vermitteln traurige Einblicke in den moraltheologischen Diskurs der Zeit vor 1914.

Der als Reformkatholik geltende Tübinger Hochschullehrer Anton Koch (1859-1915) legt erstmals 1905 und in dritter Auflage 1910 sein *„Lehrbuch der Moraltheologie"* vor (→Ausgewählte Quellentexte). Zwischen „§135 Das Recht auf Notwehr" und „§137 Das Recht und die Pflicht der Todesstrafe" finden wir darin den Eintrag „§136 *Das Recht und die Pflicht des Krieges*". Trotz durchaus solider Literaturangaben (Harnack 1905) wird kirchengeschichtlich nur die nachweislich falsche Selbstrechtfertigung des nachkonstantinischen Kriegskirchentums referiert: Die Kirchenväter hätten nur wegen der „sittlichen Gefahren des damaligen Soldatenlebens" die Übernahme des Kriegsdienstes verboten. Die Kirche muntere aber in Wirklichkeit „sogar auf zu dem gerechten Kriege". Es erfolgt unter Berufung auf die traditionelle Lehre vorbeugend eine Apologie möglicher *Präventivkriege*: „Ein solcher Angriffskrieg (bellum offensivum) ist begrifflich und tatsächlich nichts anderes als ein Verteidigungskrieg." Man darf aber im Krieg nicht alles machen (Verbreitung von Giftstoffen, Antastung von Privateigentum). Es ist namentlich „die Verwendung wilder Völkerschaften, z.B. der Turkos und Zuaven (Kabylen, Neger), oder eigentlicher Verbrecher und Sträflinge (Zephire), selbst wenn sie nur als ‚Kanonenfutter' dienen sollten, sittlich bedenklich, weil [!] sie das Kriegsrecht nicht achten". Es steht dem „militärpflichtigen Soldaten" freilich nicht zu, „die Gerechtigkeit oder Erlaubtheit des Krieges zu untersuchen" (gegenüber der Erstauflage wird dies 1910 durch eine Ergänzung aus dem Werk von Kochs Lehrer F.X. Linsenmann noch unterstrichen). „Es ist sodann nicht zu leugnen, daß

im Kriege sich edle Tugenden entfalten, z.B. Mut, Entsagung, Opferwilligkeit, Aufopferung, Tapferkeit und treue Pflichterfüllung, und daß durch einen Krieg die moralische und religiöse Kraft, namentlich der Patriotismus eines Volkes geweckt und gestählt werden kann. Ferner kann ein Krieg, welcher gegen einen den echten Kulturfortschritten hartnäckig widerstrebenden Staat oder gegen wilde Völker geführt wird, den Zwecken der wahren Zivilisation und den berechtigten Bedürfnissen der Kolonisation dienen". (Z. B., denkt man, gegen Hereros oder Nama.) Eine wohlwollendere Expertise konnte sich das militaristische, imperialistische und durch Völkermordverbrechen hervorgetretene Kaiserreich 1905/ 1910 kaum noch wünschen. Die kritischen Friedensdiskurse des 19. Jahrhunderts waren an diesem geistlichen Autor ebenso vorbeigegangen wie die Kunde des Jesus von Nazareth.

Für das Jahr 1914 führt A. H. Leugers-Scherzberg eine als Veröffentlichung des ‚Verbandes für internationale Verständigung' erschienene Schrift *„Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral"* (→Ausgewählte Quellentexte) des Moraltheologen Franz Xaver Eberle (1874-1951) an. Fast möchte man bei oberflächlicher Lektüre glauben, der Verfasser wolle sich – freilich fern vom schändlichen Pazifismus – modernen Friedensbestrebungen öffnen. Er findet Ausführungen anderer Autoren zu Präventivkriegen etwas heikel und pflichtet mitnichten in seinem Referat explizit jenen protestantischen Ethikern bei, die „auch Eroberungskriege als gerechte gelten lassen" wollen. Er weiß um eine schweizerische (1908), französische (1910), britische (1911) und holländische (1912) Friedensliga der Katholiken (aber eben keine deutsche). Gleichwohl: „Die katholische Moral verwirft den Krieg als solchen nicht." Über Hochrüstung und deren – kaum vorteilhafte – Folgen zu urteilen, das sei nun nicht Aufgabe des Moraltheologen. Eberle wünscht sich statt Völkerverhetzung einen „wahren Patriotismus, der […] in unerschütterlicher Liebe […] am Vaterlande hängt, der aber, von aussen gezwungen, auch das gottgegebene Schwert zu führen weiss". „Die christliche Moral wird sich frei halten müssen von utopistischen Schwärmereien, sie wird auf realem Boden stehend das Recht des gerechten Krieges anerkennen müssen". Es sollte uns nicht verwundern: Noch im Erscheinungsjahr dieser Schrift steigt der Verfasser dann als Armeegeistlicher und glühender Kriegsprediger auf die Kanzel, was ungezählte Zeitgenossen alsbald

z.B. im Propagandawerk „Sankt Michael“ nachlesen können. Seit 1934 ist Franz Xaver Eberle Weihbischof von Augsburg[28], aber spätestens nach 1945 nicht mehr mit einem guten Ruf. (Der durchaus „moderne“, romkritische Kirchenmann hatte den von ihm verehrten Adolf Hitler ohne Absprache im Episkopat persönlich getroffen und galt gar als „V-Mann“ der Nationalsozialisten.)

5. Die bittere Frucht des I. Vatikanums: Versagen der Kirche in zwei Weltkriegen

Der Syllabus, den PIUS IX. 1864 – ein Menschenalter nach der Französischen Revolution – in die Welt schickt, verbietet jedem Katholiken, sich anzufreunden: mit den Menschenrechten (der Gleichheit aller Menschen, der Gewissens-, Glaubens- und Religionsfreiheit, der Meinungsfreiheit), der Freiheit der Wissenschaft, der Trennung von Staat und Kirche (sowie der Trennung von päpstlich-geistlicher und weltlicher Macht), dem Gedanken, dass die in einem Staat lebenden Menschen der einzige Souverän sind und es ein legitimes Recht zu Gehorsamsverweigerung und Widerstand gegenüber der Obrigkeit gibt … Pio Nono (Giovanni Maria Mastai-Ferretti) zeichnet sich durch jene *notvolle* Selbstbezüglichkeit aus, die in Forschungen zum ‚Kleriker-Psychogramm‘ durchaus nicht nur als Ausnahmephänomen ansichtig wird. Darf man von ihm allen Ernstes erwarten, dass er der globalen Christenheit angesichts der düsteren Entwicklungen des Jahrhunderts auf Zukunft hin Wege eröffnet, auf denen sie einen Beitrag zur Abwendung von Katastrophen der menschlichen Zivilisation angehen könnte? Auf dem I. Vatikanum kreist eine im Papst kulminierende Klerikerkirche *um sich selbst*

---

[28] Vgl. zu ihm Hubert WOLF: Der Rheinische Reformkreis. Dokumente zu Modernismus und Reformkatholizismus. Paderborn 2001, S. 134 und 388 (nur knappe Hinweise); Wolfgang DIERKER: Himmlers Glaubenskrieger. Der Sicherheitsdienst der SS und seine Religionspolitik 1933-1942. Paderborn 2002, S. 449 (mit wenig Forscherneugier); Georg DENZLER: Widerstand ist nicht das richtige Wort. Katholische Priester, Bischöfe und Theologen im Dritten Reich. Zürich: Pnedo 2003, S. 165-177 (Quellenangaben nur summarisch im Anhang); Kevin SPICER: Hitlers's Priests. Catholic Clergy and National Socialism. Dekalb, Illinois: Northern Illinois University Press 2008, S. 78, 113ff, 119ff, 123, 126ff, 176f., 217, 221f.

und rüstet sich auf zum unbeweglichen Kriegsschiff wider die Moderne.[29] Es geht hierbei um besitzstandswahrende Abschottung, nicht aber um einen Dienst für die ganze Menschenwelt.

Die ‚ultramontanen Völkerrechtspazifisten' erhofften sich, der Stuhl Petri könne ein Bollwerk werden wider den Zerfall der internationalen Moral – ein Nothelfer angesichts von Nationalismus, Militarismus, Aufrüstung, Rassenreligion und imperialistischer Barbarei. Doch diese Menschenfreunde unterlagen einem großen Irrtum. Mitnichten waren die neuen Papstdogmen (Unfehlbarkeit, Universaljurisdiktion) dazu ersonnen worden, zur Wahrung des Friedens und der Menschenrechte in der Weltgesellschaft beizutragen. David Urquhart findet 1869/70 in Rom freundliche Aufnahme, weil das selbstverliebte Papsttum es gerne hört, wenn ein Nichtkatholik ihm eine so große – zivilisatorische – Bedeutung zumisst. Das Friedensanliegen des Anglikaners landet indessen nicht in der Agenda des Konzils – gar oben auf der Tagesordnung, sondern alsbald in einer unbedeutsamen Ablage. Dringlich war für den Papst bekanntlich ein anderes, ihn selbst betreffendes Vorhaben.

Obwohl man es dann in den Abgründen des 20. Jahrhunderts anders hätte erwarten dürfen, sind unfehlbare Lehrgewalt und totale Machtbefugnis des Papstes (noch im letzten Winkel der Weltkirche) niemals zum Zuge gekommen zur Verteidigung des verwundbaren Menschen. Pius XII. wird es während der Shoa und des deutschen Rasse- und Vernichtungskrieges 1939-1945 gar nicht in den Sinn kommen, alle Getauften durch ein Dogma *„Humani generis unitas"* (Die Einheit des Menschengeschlechts) aufzuklären und gegen eine Kollaboration mit der Massenmordapparatur zu immunisieren. 1950 jedoch sieht er es als seine dringliche Mission an, den Faden von Pius IX. weiterzuspinnen und dem ganzen Erdkreis unfehlbar die ‚Aufnahme Mariens in den Himmel mit Leib und Seele' zu verkünden. (Die italienischen Kommunisten sind unter dem Beistand der Gottesmutter schon exkommuniziert, die Agenten der Atombomben-Infrastruktur nicht.) Wie sollte man hier als Katholik mit halbwegs intaktem Verstand und Gefühl nicht irre werden?

---

[29] Vgl. auch die kleine Skizze zum I. Vatikanum in Peter BÜRGER: Die fromme Revolte. Katholiken brechen auf. Oberursel: Publik-Forum 2009, S. 27-62.

LEO XIII. (Amtszeit 1878-1903) wäre, mit der Tiara gekrönt, durchaus geneigt gewesen, „von oben her“ das Amt eines höchsten Schiedsrichters über Krieg und Frieden in der Menschenwelt auszuüben.[30] Aber da zeigt sich im Detail eine wirklich unschöne Geschichte. Seine Kurie bearbeitet die katholische Partei in Deutschland, damit diese endlich den kaiserlichen Aufrüstungsplänen assistiert und im Gegenzug von der Kulturkampf-Gesetzgebung verschlossene kirchliche Wirkungsfelder wieder eröffnet werden.[31] Rückblickend muss man zu diesem versuchten Deal sagen, dass die *vatikanische* Intervention genau jenen Komplex begünstigen sollte, der in den ersten Weltkrieg mündete. Im Zweifelsfall, so wird man es noch oftmals sehen, sind die eigenen *Interessen des 1870 neu erfundenen Kirchenapparates* (Einfluss, staatliche Anerkennung, Privilegien, Konkordate usw.) stets wichtiger als die Friedensbelange des ‚weltlichen Bereichs‘ und der menschlichen Familie. – Dieser Zusammenhang betrifft insbesondere die Linie von *„ultramontanen Militär- und Kriegsassistenten“*.

Unter PIUS X. (Amtszeit 1903 bis 1914) kommt der mit dem I. Vatikanum verbundene theologische Ideologiekomplex so zum Zuge, dass die Weltkirchenleitung geradezu von einer Paranoia erfasst wird. Getaufte, die sich ihres eigenen Verstandes bedienen wollen, bekommen die Maßregelung Roms bitter zu spüren. Die geheime Theologenpolizei des

---

[30] Vgl. B. ASCHMANN / H.-G. JUSTENHOVEN (Hg.): Dès le début. Paderborn 2019, S. 69.

[31] Der Vorgang wird im Beitrag von A.-H. Leugers-Scherzberg im vorliegenden Band berücksichtigt. – Nach den Reichstagswahlen von 1880 ist es nicht mehr möglich, an der als „bündnisunfähig“ und sogar „reichsfeindlich“ verschrieenen Zentrumspartei vorbei zu regieren. Als Papst Leo XIII. 1887 bei der endgültigen Beilegung der Konflikte zwischen Staat und Kirche das katholische Zentrum dazu bewegen will, gleichsam als Gegenleistung der Heeresvorlage Bismarcks zuzustimmen, stößt dies in der Partei allerdings noch auf Widerstand – ähnlich auch 1893. Doch in der Folgezeit wird der Katholizismus immer staatstragender. Zunächst stützen vor allem die konservativen katholischen Aristokraten in der Partei – noch zum Entsetzen des bürgerlichen Flügels und erst recht vieler Zentrumsanhänger unter den kleinen Leuten – die Heerespolitik des Kaiserreiches. 1898 stimmt das Zentrum sogar der Tirpitzschen Flottenvorlage zu; „die nationale Großmacht- und Aufrüstungspolitik wurde von ihm voll mitgetragen“ (Klaus SCHATZ: Kirchengeschichte der Neuzeit. Zweiter Teil. 3. Auflage. Düsseldorf 2008, S. 112 und 132; vgl. Karl-Egon LÖNNE: Politischer Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt 1986, S. 172 und 179-180).

Vatikans will durch ihre Netzwerke von Spitzeln und Denunzianten verhindern, dass eine weltweite Verschwörung von sogenannten „Modernisten" das wahre Dogma zerstört. Somit hat der Papst natürlich Wichtigeres zu tun, als sich mit Diskursen über akute Weltkriegsgefahren herumzuschlagen. Man ist also auch in Rom wieder einmal ganz mit dem eigenen Tempel-Inneren beschäftigt. – Schon im Verlauf der 1860er Jahren hatten sich freie katholische Geister angesichts der ultramontanen Kirchendiktatur in Staatsnähe begeben und nationalen Idealen gehuldigt. Im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts sorgt die vatikanische Ketzerjagd unter Pius X. dafür, dass sich bei zurückgesetzten Forschern wie z.B. dem Paderborner Exegeten und nachmaligen Kriegstheologen Norbert Peters ein überzeugender *weltkirchlicher* Sinn kaum mehr ausbilden kann. Von den ‚zeitgemäßen' Vertretern der Moraltheologie, wir haben es im letzten Abschnitt gesehen, ist am Vorabend der menschengemachten Katastrophe ein Bollwerk wider die Kriegsdoktrin der Nation gar nicht zu erwarten. (Hier begegnen wir dem Komplex der *„modernistischen Bellizisten"*, welcher nur wenig später seine Offenheit auch für völkische Heilslehren unter Beweis stellen wird.) – Ob nun die Kurie das katholische Österreich im Juli 1914, als es um Krieg oder Frieden ging, schlecht beraten hat, vermag ich nicht zu beurteilen.[32] Pius X. stirbt am 20. August 1914: an gebrochenem Herzen und wegen des Leids der Welt, so wollen es manche Hagiographen wissen.

---

[32] In einem – explizit antikirchlichen – Werk wird vorgetragen: „‚Böse Tage' kamen heran, nicht ohne daß die Kurie ihr Erscheinen stark gefördert hatte. Schon seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts ließ sie erkennen, daß sie kraft Österreichs Hilfe ihren Einfluß über den Balkan bis hin zur Türkei auszudehnen wünschte. Das Telegramm des bayerischen Geschäftsträgers beim Heiligen Stuhl, Baron von Ritter, 26.7.1914, wirft bezeichnendes Licht auf die Stellungnahme des Papstes in der Juli-Krise: ‚Der Papst billigt ein scharfes Vorgehen Österreichs gegen Serbien. Der Kardinalstaatssekretär hofft, daß dieses Mal Österreich standhalten wird.' Ein Bericht aus demselben Monat: ‚Der Papst und die Kurie sehen in Serbien eine nagende Krankheit, die das Mark der Monarchie' – Österreichs – ‚langsam zerstört … Die Vernichtung dieses Bollwerks würde für die Kirche den Verlust des festesten Stützpunktes in ihrem Kampf gegen die Orthodoxie und damit auch den Verlust ihres stärksten Vorkämpfers bedeuten'. Konsequent […] agierte der gesamte Episkopat Österreich und Deutschlands während des ganzen Krieges zugunsten der Mittelmächte" (Wolfgang BEUTIN: Religiöse Besessenheit Europas bis zu den Weltkriegen. In: Karlheinz Deschner, Hg.: Kirche und Krieg. Der christliche Weg zum Ewigen Leben. Stuttgart: Hans E. Günther Verlag 1970, S. 466-467).

Wenn man wie sein unmittelbarer Nachfolger BENEDIKT XV. (Amtszeit 1914-1922) – fern von spirituellem Narzissmus und mystischer Überspanntheit – mit ganz prosaischem Mitgefühl (‚Menschlichkeit' genannt) auf die Leiden der Menschengeschwister antwortet, gibt es freilich wenig Aussicht, postum Gegenstand von Hagiographie oder Heiligsprechung zu werden. Das (sogenannte) Scheitern der Friedensmission dieses Papstes hat wiederum sehr viel mit dem Konzil von 1869/70 zu tun. Nicht zentral, aber doch bedeutsam ist folgender Zusammenhang: Pius IX., der ‚Unfehlbare' und Selbstbespiegelnde, hat dafür gesorgt, dass der Heilige Stuhl und das geeinigte Italien in einen jahrzehntelangen Gesprächsabbruch bzw. ‚Kriegszustand' geraten würden. Benedikt XV. konnte schon allein deshalb mit seiner Friedensnote von 1917 nicht durchdringen, weil „die Italiener sich im Londoner Vertrag zusichern ließen, dass das Papsttum aus allen Friedensverhandlungen herauszuhalten sei"[33]. – Gewichtiger ist etwas anderes: Benedikt XV. greift die doch schon weit zurückreichenden Diskurse über ein neues Gefüge der Völkerwelt mit großem Ernst auf. Doch es geht ihm nicht darum, von oben herab – als Hoherpriester – ein globales Schiedsrichteramt über Krieg und Frieden auszuüben. Vielmehr erinnert er, wie es einem Bischof von Rom wohl zukommt, die Kirchenleitungen allüberall an die Friedenskunde des Heilands und wendet sich an die Christ*innen in allen Ländern. Es geht ihm nicht um Dekrete der Spitze im Vatikan, sondern er wünscht sich die Kirche in der Breite als Werkzeug bzw. Resonanzboden des Friedens. Doch nun sehen wir: Das I. Vatikanum und speziell auch sein Vorgänger, der Ketzerjäger Pius X., haben ihm eine Weltkirche beschert, in der er gar nicht gehört wird! Man versichert überall salbungsvoll Papsttreue, geht aber augenblicklich wieder über zur ‚eigenen' – nationalen – Sache (und heuchelt Mitleid mit dem Papst, den man als Opfer und armen, alten Tattergreis hinstellt u.a.m.).[34] Gehorchende und Gemaßregelte sind eben keine Geschwister, im Ernstfall auch keine Verbündete. Das auf dem I. Vatikanum perfektionierte Sys-

---

[33] B. ASCHMANN / H.-G. JUSTENHOVEN (Hg.): Dès le début. Paderborn 2019, S. 38.

[34] Ultramontane Massen-Events, die Grußadressen an den Stellvertreter des Friedensfürsten senden, wurden bekanntlich nicht initiiert. Diese Mobilisierungsform hätte, insbesondere wegen der nonkonformen Botschaft, vermutlich auch gar nicht mehr funktioniert.

tem einer zentralistischen – und repressiven – Kirchenleitung ist nie geeignet, eine umfassende und *lebendige Weltkirchlichkeit* (Katholizität) hervorzubringen. Nur ein freiheitliches, dialogisches und kooperierendes Gefüge der Kirchen auf dem ganzen Erdkreis (global-lokal) kann mit wirklicher *Verbundenheit* (auch im theologischen Sinne) einhergehen und von „unten her" auch dem nationalen Kriegsfetisch widerstehen …

Dem Freiheitsringen des 19. Jahrhunderts zum Trutz hatte sich die katholische Kirche beharrlich als Anwältin gottgewollter Obrigkeiten und als Bollwerk wider revolutionäres Aufbegehren verstanden. Im 20. Jahrhundert zeigt sich die dunkelste Spur der auf dem I. Vatikanum zementierten *innerkirchlichen* Machtanbetung da, wo der Katholizismus sich bereitwillig einfügt in autokratische und faschistische Herrschaftszusammenhänge, gar – wehmütig zurückblickend auf die Zeit „katholischer Staaten" – eigene Regime mit ‚gut katholischer' Faschismus-Tendenz hervorbringt. Zu denken ist an Italien, Österreich, Spanien, Kroatien, viele Militärdiktaturen Lateinamerikas … und natürlich das Deutsche Reich. 1933 gehen sogenannte ‚Brückenbauer' damit hausieren, dass die Römische Kirche sich doch schon 1870 *gegen* die Demokratie und *für* das Prinzip der Autorität (i.S. eines uneingeschränkten Führertums) entschieden habe. Man empfiehlt sich dem neuen Nationalsozialistischen Staat, in dem man aufgrund dieser Weichenstellung *Geistesverwandtschaft* reklamiert! Sechs Jahre später ist von solch eifriger Anbiederung nur wenig übriggebliebenen; doch jetzt predigen die Bischöfe den Gläubigen Gehorsam gegenüber der Kriegsobrigkeit. Mit dem Autoritätskomplex des I. Vatikanums hängen Versagen sowie Schuldigwerden der Kirche im Vorfeld und während des zweiten Weltkriegs zusammen.

*

Vor dem hier skizzierten Hintergrund lässt sich ermessen, wie unsäglich verkehrt (bisweilen auch albern) der gegenwärtige Kirchenreform-Diskurs in deutschen Landen abläuft. Unter vollständigem *Desinteresse* der breiten Öffentlichkeit vollzieht sich nichts weniger als eine neue Reformation für das 3. Jahrtausend. Eine Minderheit ‚ultramontaner' – Opus-Dei-affiner – Kirchenfürsten unterstellt den Reformern ein Konzept von *Nationalkirchlichkeit*, denkt hierbei jedoch an eigene Privilegien, nicht an Weltkirchlichkeit. Als wenn die dringende Beratschlagung über Kleri-

kalismus, Exkommunikation von Freiheit und Aufklärung, Dienstrolle bzw. Ausschluss der Frauen im zementierten Männerbund, kirchliche Sexualneurosen mit langem Gewaltschatten, Lügenapparatur des Zwangszölibats, Geldmacht … und Ökumene in irgendeiner Weise etwas exklusiv Deutsch-Nationalkirchliches wäre! – Auf der anderen Seite dürfen wir allerdings in der Tat nicht erwarten, dass staatlich besoldete Bischöfe und Laiengremien unter dem gewohnheitsmäßigen Einfluss der staatstragenden Politikkräfte heute auf die unselige Vorgeschichte der deutschen Kriegskirchlichkeit mit einem entschiedenen *friedenskirchlichen* Kurswechsel antworten. Es wird wieder – wie gehabt unter fehlender Beteiligung der christlichen Pazifisten und mit einem arroganten Alleinvertretungsanspruch des nachkonstantinischen Standpunktes – ein Traktat zum ‚Gerechten Frieden' vorgelegt werden, der die Tabus der nationalen Militärdoktrin (geostrategische & ökonomische Interessen, freier Handel, Grenzmauern für den Wohlstand …) überspringt und keiner katholischen Militärministerin auch nur ein Augenzwinkern abverlangt. Zu befürchten bleibt, dass das Militärkirchenwesen trotz Ächtung in der gesamten Ökumene auch wieder ein Schlupfloch findet für die deutsche Atombombenteilhabe, *exklusive* Interessensbündnisse …

Besser würde es laufen, wenn die „Liberalen" zunächst sich als überzeugende Vorreiter erweisen, wo es um die Agenda der *Humani generis unitas*, des Friedens und der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen[35] geht, – sodann aber dem Stuhl Petri mit einem guten Argument ins Angesicht widerstehen: Die Kirche muss sich ohne Verzug im Inneren durchgreifend ändern, denn die *reformunfähige* und zentralistische Kirche des I. Vatikanums wird aus systemischen Gründen ewig um sich selbst kreisen, in jedem Jahrzehnt durch neue Altlasten blockiert sein … Wir aber wollen eine *weltweit verbundene Kirche* der Christenheit, die imstande ist, der menschlichen Familie als Teil einer Ökumene der Liebhaber*innen des Lebens zu dienen und die in den überzeugendsten Enzykliken zusammengeführten Visionen wahr werden zu lassen.

---

[35] Zu einer ‚Theologie im zivilisatorischen Ernstfall' vgl. die Skizze Peter BÜRGER: Jesus von Nazaret – Befreiung zum Frieden. Friedenstheologie im zivilisatorischen Ernstfall. In: Thomas Nauerth / Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.): Was ist Friedenstheologie? Ein Lesebuch. Norderstedt 2020, S. 19-39.

GESCHICHTSSCHREIBUNG – AUFSÄTZE

„Keine feige und sträfliche Zustimmung zum Blutvergiessen“

Ein Friedens- und Völkerrechtsappell an das Erste Vatikanische Konzil[1] (Konzilsgeschichtsschreibung 1883)

JOHANN FRIEDRICH

Einer grösseren und anhaltenderen Aufmerksamkeit erfreute sich der Anglikaner URQUHART, welcher sich während des Konzils [1869/70] auch in Rom aufhielt und mit viel Freundlichkeit vom Papste behandelt wurde. Als Herausgeber der Zeitschrift *„Diplomatic Review“* sah sich derselbe, nachdem Pius IX. beim Zentenarium die Berufung des Konzils angekündigt, veranlasst, seine Aufmerksamkeit auch diesem zuzuwenden. [//328//] Schon im März, April und Mai 1868, also noch vor der Berufung des Konzils, erschienen von ihm mehrere Abhandlungen[2], welche fol-

---

[1] Textquelle (Überschrift redaktionell, pb) | FRIEDRICH 1883 = Johann Friedrich: Geschichte des Vatikanischen Konzils. Zweiter Band. Die Geschichte des Konzils. Bonn: Verlag von P. Neusser 1883, S. 327-334. – Vgl. ebd. auch S. 325-326, wo Friedrich nach Referaten der *Civiltà cattolica* eine Konzilsschrift des Italieners P. Capecelatro (*Perchè il Concilio*, Napoli 1869) thematisiert: „Aber so viel geht wirklich aus derselben hervor, dass Capecelatro von einer Nothwendigkeit, die päpstliche Universalgewalt und Unfehlbarkeit zu definiren, nichts sagte. Seine Vorschläge treffen vielmehr ganz andere Punkte und wirkliche Uebelstände. […] Von *Gewissensfreiheit, Toleranz* gegen die verschiedenen Religionen, Pressfreiheit sprach man zur Zeit der Trienter Synode kaum, um so mehr beherrschen sie unsere Zeit; mit ihnen muss sich darum auch das Konzil auseinandersetzen. Die Revolution, ein Faktum und eine Idee zugleich, nimmt von Tag zu Tag weitere Dimensionen an und bedroht die menschliche Gesellschaft; auf der anderen Seite wachsen ebenso die grossen *stehenden Heere*, die Herrschaft der *Gewalt* und die Leichtigkeit des *Krieges* ohne ein *internationales Recht*; auch hier kann das Konzil helfend eingreifen, indem es der christlichen Gesellschaft jenes Höchste zurückgibt, das ihr mangelt, die *Nahrung der Wahrheit und Gerechtigkeit*.“

[2] [1] *How the oecumenical Council may act on the human race*. March 1868. – *The Oecumenical Council - Restoration of the Law of Nations*. April 1868. – *Appeal of a Protestant to the Pope to restore the Law of Nations*. May 1868.

gende Gedanken[3] entwickeln: Die Ursachen der politischen Uebel unserer Zeit kommen aus dem allgemeinen Verfall des Rechts, und die Möglichkeit besserer Zustände liegt in der Herstellung der Achtung vor dem Gesetz der Nationen oder des Völkerrechts. Diese Herstellung der Achtung vor dem Völkerrecht kann nur der Papst oder jetzt das Konzil, das freilich nicht einmal dazu nothwendig ist, bewirken. Kurz stellt er in einem einleitenden Briefe seine Anschauung zusammen: die katholische Kirche, mit dem Papste an der Spitze, ist die einzige Macht, welche diese Anerkennung des Rechts, damit die Gesellschaft wieder hergestellt werde, zu erzwingen vermag; das herannahende Konzil ist die Zeit, in welcher diese Arbeit bewirkt oder doch begonnen werden soll; die Errichtung eines diplomatischen Kollegs zu Rom ist ein theilweises Mittel für den angegebenen Zweck. Das Gesetz selbst ist nach Urquhart gegründet, und zwar für Nation und Individuum, auf die zehn Gebote, besonders aber auf deren vier: Du sollst nicht tödten etc. Soll die Gesellschaft wieder in bessere Zustände eintreten, so muss die Idee des Rechts ihre Macht wieder gewinnen, und haben alle Menschen die Pflicht, dafür nach ihren Mitteln und Kräften zu arbeiten – vor Allem aber hat sie das Oberhaupt der katholischen Kirche, der Papst. Die Worte, welche der Papst (im Syllabus) gesprochen, enthalten eine Zusage, und darum haben sie auch eine Furcht erregt, die Furcht, dass die Kirche aus ihrer politischen Untüchtigkeit heraustrete, indem sie eine Gerichtsbarkeit, für Berufung zuständig, anspricht. Vier Jahre sind seit der Erklärung verflossen; kein Schritt ist gethan worden, um den Vollzug vorzubereiten, und [//329//] doch ist, nachdem der Papst seine Worte gesprochen, die Lage der Dinge eine andere geworden; denn von dieser Stunde an muss die Genehmigung der Kirche angenommen werden in allen Fällen, in welchen sie nicht eine Missbilligung ausgesprochen hat. „Einer jeden hoffenden Seele, welches ihr religiöses Bekenntniss sein möge, ob sie einen Glauben anerkenne oder jeglichen verneine, müssen die Beispiele von Gregor d. Gr., Gregor III., Innozenz III. sich darstellen, denn in unserer Zeit sind die Päpste für sehr grosse Zwecke nothwendig.“ Der Papst als König hat die Pflicht zu protestiren gegen die Gewaltthaten, an welchen er in keiner Weise betheiligt ist, und von welchen er das Opfer

[3] [2] Nach zwei ausführlichen Artikeln der *Hist-pol. Bl.* 1869. 65, 493-512 und 612-631.

werden soll; der Papst als Haupt der römisch-katholischen Kirche hat die Pflicht, einen jeden Erwachsenen und ein jedes Kind in seiner Heerde zu belehren über Gewaltthat, Verbrechen und Unrecht in dem öffentlichen Leben, und die Gnaden der Religion zu verweigern einem Jeden, welcher mittelbar oder unmittelbar Antheil genommen an der Anordnung, der Ausführung oder der Unterstützung eines völkerrechtlichen Verbrechens. So hat er gethan gegen die Fenier wegen politischen Mords. Nur eine Regierung könnte helfen, wenn sie hätte Rechtschaffenheit, Fähigkeit und festen Willen. Wenn eine solche Regierung die Lage der Dinge und die sittliche Gewalt der Wahrheit verstände, könnte sie – wie klein auch ihr eigenes Gebiet – der Menschheit den grössten Dienst leisten. „Wäre der Papst diese Regierung, so würde mit einem Sprung der römische Hof der mächtigste auf Erden. Er hat auch wirklich schon Stellung genommen gegen die Macht, welche alle anderen in der Hand hält, um sie zu gegenseitiger Vernichtung zu führen“ (Russland).

Man kann nicht sagen, dass Pius IX. in der Berufungsbulle, welche dem Konzil als Aufgaben auch die Besserung der Sitten, den gemeinsamen Frieden und die Eintracht der ganzen Welt, Entfernung aller Uebel von der Kirche und bürgerlichen Gesellschaft bezeichnete, auf die Ideen Urquhart's Rücksicht genommen hat, aber soviel steht fest, dass dieselbe unter den Anhängern Urquhart's neue Hoffnungen erregte. [//330//] Schon im September 1868 unterzeichneten englische Katholiken eine Petition an den Papst und das Konzil, worin es heisst: Die Unterzeichneten „verlangen, dass die Grundlagen des Völkerrechts durch den h. Stuhl und das Konzil erklärt werden, insbesondere aber die Prinzipien, welche den legitimen von dem illegitimen Kriege unterscheiden, die Prinzipien, welche dem bewaffneten Bürger die Garantie bieten, dass er nicht seinen Charakter eines Vertheidigers des Rechts gegen den eines Angreifers und Mörders vertauschen muss“. „Sie verlangen, dass die wechselseitigen Beziehungen zwischen Staat und Bürger sowie zwischen den Staaten unter einander so definirt und regulirt werden, dass diejenigen, welche auf die Stimme der Kirche hören, keine feige und sträfliche Zustimmung zum Blutvergiessen geben; dass die Fürsten und Nationen eingeladen werden, mit Unterstützung der hervorragendsten Bürger Institutionen und Gesetze zu gründen oder wiederherzustellen, welche die Gerechtigkeit in den hohen Regionen der Politik handhaben. … Der Frie-

den oder der Krieg wird nicht mehr von dem Wortstreit der F[*r*]aktionen, sondern von einer juridischen Enquête abhangen, es wird nicht mehr in der Macht der Leidenschaft oder des Despotismus stehen, den Krieg zu unternehmen und über das menschliche Leben zu disponiren." „Die Petenten erklären, es gebe hier für sie einen Gewissensfall und sie haben das Bedürfniss aufgeklärt zu werden. Das Leben der Nationen hängt von dieser Kapitalfrage ab. Der h. Stuhl und die weltliche Macht des Papstes sind dabei tief interessirt, ebenso wie die Integrität und Ehre der Religion. So verlangen die Petenten obligatorische Erklärungen für die Christen und wünschen, dass ein Appell an alle christlichen Gesetzgeber gerichtet werde, damit sie ihre nationalen Institutionen mindestens auf das Niveau erheben, welches seit Langem unter dem Naturgesetze erreicht ist. Sie reklamiren ausserdem mit inständiger Bitte die Schaffung eines Kollegs in Rom unter der Protektion des apostolischen Thrones, dessen Aufgabe die Unterweisung im Völkerrecht sein wird, und welches in diesen Materien ein Herd der Wissenschaft und ein oberster [//331//] Schiedsrichter sein soll. Die höchsten und verwickeltesten Fragen würden sich so beleben im Kontakte mit den unveränderlichen Wahrheiten des Glaubens vor dem erhabenen Tribunal der christlichen Autorität." In einem Zirkular forderten sie zum Beitritt zu einem *Oeuvre apostolique* auf, dessen Zweck sein sollte, die ungerechten und nicht nothwendigen Kriege zu beseitigen[4].

Die Tendenz der Urquhart'schen Vorschläge zielte zu augenscheinlich auf eine Erhöhung des Papstthums ab, als dass dieselben nicht sofort von der Partei in ehrender Weise berücksichtigt werden sollten. Um die Mitte Septembers 1868 beschäftigten sich auch bereits deren Pressorgane mit denselben[5]. Es erschien ihr der Appell des Anglikaners an den Papst als ein merkwürdiges Zeichen der Zeit: „vor dem h. Stuhle öffnen sich breitere Horizonte und neue Bestimmungen. Man bestreitet ihm das Recht, zwei oder drei Millionen Menschen zu regieren, und siehe! von dem protestantischen England aus beschwört man ihn, seine väterliche und friedfertige Jurisdiktion über die ganze Welt zu üben." Und wenn

---

[4] [1] CECCONI, *Doc*. 297.

[5] [2] *Monde* 15.; *Univers* 18; *Unità catt*. 18.; *Bien public* von Gent (schon vor dem 15.) Sept. 1868; *Univers* 18. Okt. 1868. Vgl. CECCONI, *Storia* II, 329 ff.

auch die *Unità cattolica* kurzweg erklärte: „Es handelt sich nicht darum, Pius IX. um Verkündigung der Prinzipien zu bitten, sondern darum, ihm starke Hand zu bieten, dieselben zur Geltung zu bringen", so hatten doch die anderen Parteiorgane nicht Unrecht, wenn sie behaupteten: die von Urquhart verkündigte Idee gewinne täglich an Boden. Noch 1868 erschien in Genf von Katholiken eine Schrift, welche das schon erwähnte *Oeuvre apostolique* bespricht und die Idee Urquhart's in weitere Kreise trug[6]. Die *Civiltà cattolica* sprach nunmehr auf Grund dieser Genfer Schrift ebenfalls in ihrem ersten Januarheft 1869 von dem [//332//] „Appell eines Protestanten an den Papst"; denn sie sah darin einen Beweis, „wie sehr in diesen Jahren die moralische Autorität des Papstes und der Kirche gewachsen ist, weil die Protestanten selbst nunmehr den Papst zum obersten Richter und Schiedsrichter aller Völker und Nationen erhöhen wollen. Gewiss war die Idee, welche sich das Mittelalter von dem Papste machte, nicht grösser und keine andere; sie war vielmehr kleiner, sofern man nicht weiss, dass damals die Häretiker ihn als Richter und Schiedsrichter riefen"[7]. Zu gleicher Zeit, als die Jesuiten dies druckten, richtete aber Urquhart selbst eine vom 1. Januar 1869 datirte lateinische Eingabe an Pius IX.[8]; der Bischof Delalle von Rodez nahm in einem Hirtenbrief über das Konzil vom 25. Februar 1869 Veranlassung, seinen Diözesanen von der Idee dieser Anglikaner zu sprechen, welche „nach einer Epoche der Erneuerung rufen und anfangen zu begreifen, dass sie nur von Rom kommen könne"[9], und am 7. April 1869 folgte nun auch eine an Pius IX. gerichtete Petition von Anglikanern in Betreff des zu begründenden Völkerrechts: sie wenden sich, sagen sie, an ihn, nachdem ihre Geistlichen und Prälaten ihre Bitten unbeachtet liessen, und verlangen sogar von ihm, er möge wie mit den Feniern mit den Königen und ihren Ministern, welche jetzt durch kein Tribunal kontrolirt sind, verfahren, d. h. ihnen die Segnungen der Religion verweigern[10]! [//333//]

---

[6] [3] *L'Oeuvre apostolique. Le but de cette association est de faire cesser les guerres non justes.* Génève 1868. Vgl. CECCONI, Stor. II, 329 n. 1.

[7] [1] *Civ. catt.* 1869. V, 134 sq.

[8] [2] CECCONI, *Doc.* 298.

[9] [3] L. c. *Stor.* II, 331.

[10] [4] L. c. *Doc.* 299. – Das Ganze ist nicht weniger naiv, als die Hoffnungen, welche um die gleiche Zeit die Zigeuner auf das Konzil setzten. Unter ihnen hatte sich nämlich das

Die Jesuiten konnten sich jedoch nie für den Plan Urquhart's besonders erwärmen. Erst im Mai 1869 sprechen sie, gedrängt von ihrem englischen Korrespondenten, lediglich referirend davon[11], und ebenso verfuhren sie im September, als sie den von Urquhart auch in's Französische übertragenen Appell[12] zur Anzeige brachten. Sie wollen sich gar nicht auf eine Prüfung einlassen, es genügt ihnen, zu sehen, dass von einigen protestantischen Publizisten eine direkte Aktion des Konzils in Bezug auf soziale und politische Fragen angerufen werde, während einige liberale katholische Publizisten eine Furcht vor demselben zeigen, welche sogar *The Spectator* (July 17) lächerlich finde. Uebrigens gestehen sie doch, dass die Ideen Urquhart's, gereinigt von Uebertreibungen, Utopien und protestantischem Geiste, in und ausser England bei den Katholiken günstig aufgenommen werden. Sie schreiben es ferner auch dem *Diplomatic Review* zu, dass Month in einem Artikel des Maihefts die Idee des römischen Bischofs als Schiedsrichter und Friedensstifter der christlichen Nationen (*the peace-maker of the nations*) sogar in einer den Protestanten annehmbaren Weise darstellte[13]. Die Maria-Laacher Jesuiten sprachen schliesslich ebenfalls nur davon, weil sie „in der That nicht wüssten, welch' ehrenvolleres Zeugniss dem römischen Stuhl und der katholischen Kirche noch gegeben werden könnte"[14]. Diese Haltung der Jesuiten ist jedoch begreiflich. Sie wollten allerdings das nämliche Ziel erreichen, aber auf einem anderen Wege: der Papst musste erst als unfehlbar anerkannt sein, wenn sich die Fürsten und Völker vor ihm unbedingt beugen und ihm das *sacrifizio dell' intelletto* bringen sollten. Die mittelalterliche Idee vom Papste war beiden Theilen das zu erstrebende Ideal, nur sollte nach dem Willen der Jesuiten das Haupt des römischen

---

Gerücht verbreitet, dass der Papst zur Zeit des Konzils eine neue Vertheilung der Erde unter die verschiedenen Völker vornehmen und dabei die Zigeuner nicht vergessen werde. Sie wollten noch rechtzeitig ihre Rechte geltend machen, und so zogen zwei Zigeunerbanden gegen Rom. In der heiligen Woche (1869) kamen sie an den Thoren der ewigen Stadt an, aber die römische Polizei hiess sie an der *Porta Cavalleggieri* kampiren und gestattete ihnen nur, sich in der Umgebung bis auf günstige Zeit aufzuhalten. So *L'Av. cath.* I,124.

[11] [1] *Civ. catt.* 1869. VI, 485 sq.

[12] [2] *Appel d'un Protestant au Pape, pour le rétablissement du droit public des nations. Cinq propositions sur l'oeuvre du futur Concile oecuménique.* Paris 1869.

[13] [3] *Civ. catt.* 1869. VII, 730 sq.

[14] [4] *Maria-Laacher Stimmen* I. 4, 130 f.

Bischofs [//334//] noch mit dem dogmatischen Glänze der Unfehlbarkeit umgeben werden.

Obwohl sich aber Urquhart keiner besonders warmen Protektion der eigentlichen Leiter des Konzils zu erfreuen hatte, erlahmte er doch nicht sofort in seinem Eifer. Es erschien noch von ihm zu Genf eine *Explication de l'Appel d'un Protestant au Pape*, und er hatte die Genugthuung, dass die armenischen Bischöfe sich sein Thema auf ihrer Synode vom 18. Oktober 1869 zu Konstantinopel aneigneten, und zwar, wie Cecconi selbst sagt, sogar nach Motiven und Form[15]. Doch davon sowie von anderen darauf bezüglichen Akten während des Konzils kann erst später gesprochen werden.[16]

---

[15] [1] CECCONI, *Storia* II, 333 sqq.

[16] [Anmerkung pb: Im Fortgang seiner Konzilsgeschichtsschreibung kommt J. Friedrich zwar noch vereinzelt auf den Anglikaner David Urquhart zu sprechen, doch geht es hierbei nicht mehr um die Friedensinitiative, sondern um dessen Rolle bei Beratungen zur Geschäftsordnung des Konzils und seine Voten zugunsten des Unfehlbarkeitsdogmas. Vgl. Johann FRIEDRICH: Geschichte des Vatikanischen Konzils. Dritter Band I/II. Bonn 1887, S. 478, 656, 732, 734, 801, 824 (Anm.).]

Katholische Militarismuskritik im Kaiserreich

(Aus: „Den Krieg überwinden“, 2008)

DIETER RIESENBERGER

In seiner im Jahre 1951 erschienenen Dissertation über „Die publizistische Diskussion um den Militarismus“ stellt Erhard Assmus fest: „Es ist bisher vollständig übersehen worden, daß die ersten ausführlichen Streitschriften der siebziger Jahre von katholischer Seite gegen den Militarismus geschrieben wurden. In der Zeit des Kulturkampfes bot sich das eben aufgekommene Wort Militarismus geradezu für die Verwendung gegen das Bismarckische Preußen an.“[1] Assmus verweist dabei auf die Schriften des hessischen Politikers Philipp Wasserburg[2] und des Jesuiten Georg Michael Pachtler.[3] Historiker wie Volker Berghahn und – etwas ausführlicher – Michael Geyer erwähnen zwar die Existenz einer katholischen Militarismuskritik[4], reduzieren sie jedoch auf die Person des Jesuiten G. M. Pachtler; über ihre Entstehung, Ausprägung und Verzweigung erfährt man jedoch kaum etwas.

Die katholische Militarismuskritik war aber nicht, wie E. Assmus annimmt, eine Begleiterscheinung des Kulturkampfes, sondern eine Folge des preußischen Krieges gegen Österreich und der Gründung des Nord-

---

[1] E. ASSMUS, Die publizistische Diskussion um den Militarismus unter Berücksichtigung der Geschichte des Begriffs in Deutschland und seiner Beziehungen zu den politischen Ideen zwischen 1850 und 1950, Diss. Erlangen 1951, S. 41.

[2] Zu Ph. Wasserburg siehe Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 43, S. 777.

[3] Zu G.M. Pachtler siehe D. RIESENBERGER, Georg Michael Pachtler. In: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon. Bd. 10, Herzberg 1997, S. 1420 f.

[4] Siehe M. GEYER, Deutsche Rüstungspolitik, Frankfurt am Main 1984, S. 27, und V.R. BERGHAHN, Einleitung zu: Ders. (Hrsg.), Militarismus, Köln/Berlin 1975, S. 10.

deutschen Bundes unter Führung Preußens. In der nationalliberalen Zeitschrift „Die Grenzboten“ wurde im Jahre 1867 die Haltung der „radikalen und ultramontanen Presse“ in Süddeutschland gegenüber dem Norddeutschen Bund heftig kritisiert; die Taktik der „antinationalen Parteien“ gehe dahin, die Ansicht im Volk zu verbreiten, die „Schöpfung des Norddeutschen Staatswesens sei ein ephemeres Werk der Gewalt, sei ein Kartenhaus, das zusammenfallen werde, sobald man in Paris oder in Wien nur anfange zu blasen. Die Österreichisch-französische Allianz ist das tägliche Brod, von dem diese Presse lebt; so repräsentieren diese beiden Länder die Freiheit gegen den in Norddeutschland verkörperten Absolutismus, Cäsarismus, Militarismus, Corporalismus.“[5] Gegenstand der Kritik in Süddeutschland war die nach 1866 auch auf süddeutsche Länder übertragene „Durchführung der allgemeinen dreijährigen Wehrpflicht im Rahmen des stehenden Heeres“ in Preußen.[6] Dieser Vorgang, in der Publizistik heftig diskutiert und kritisiert, ist jedoch von der Geschichtsschreibung kaum zur Kenntnis genommen worden.[7] In die Diskussion griff auch – was noch weniger geläufig ist – der Mainzer Bischof Wilhelm Emanuel von Ketteler frühzeitig ein.

Ketteler setzte sich in seiner umfangreichen Schrift *„Deutschland nach dem Krieg von 1866“* für einen deutschen Bundesstaat „unter Führung des Königs von Preußen mit Wahrung der rechtmäßigen Selbständigkeit der deutschen Fürsten und Länder und in engem und unauflöslichem Bündnisse mit Österreich“ ein. Dies sei die einzige realistische Möglichkeit, durch welche „bei den bestehenden Thatsachen das, was von den Hoffnungen aufrichtiger Vaterlandsfreunde noch übrig geblieben, gerettet und das größte unter allen Übeln, nämlich der völlige Ruin Deutschlands und dessen schmachvolle Abhängigkeit vom Auslande, abge-

---

[5] Zitiert nach E. ASSMUS, Die publizistische Diskussion, S. 37. Offensichtlich hat Assmus die Bedeutung dieses Artikels für die Existenz einer katholischen Militarismuskritik vor dem Bismarckschen Deutschen Reich nicht erkannt, da er nicht weiter darauf eingeht.

[6] M. GEYER, Deutsche Rüstungspolitik, S. 28. Geyer verweist darauf, dass die Kritik an der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den 1860er Jahren sich nicht auf Katholiken beschränkt hat, sondern dass auch Republikaner, Regionalisten und Vertreter der Arbeiterschaft wie V. Hugo, Proudhon, Garibaldi und Bakunin dagegen protestiert haben (Deutsche Rüstungspolitik, S. 31).

[7] Vgl. dazu die Angaben in: K.-G. FABER, Die nationalpolitische Publizistik Deutschlands von 1866 bis 1871. Bd. 1, Düsseldorf 1963, S. 310-314.

wendet werden kann."[8] Wenn Ketteler die Führung Preußens in einem Bundesstaat akzeptierte, dann jedoch nur mit großen Bedenken gegenüber dem „Borussianismus". Darunter verstand der Mainzer Bischof die „fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorstellung einer Preußen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Überzeugung, daß dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut nothwendige sei und daß es daher unstatthaft sei, dieser Weltberufe sich im Namen des Rechtes oder der Geschichte entgegenzustellen. Bei den Anhängern des Borussianismus steht dieser Beruf Preußens obenan, höher als alle Rechte, und Alles, was sich ihm entgegenstellt, ist deshalb Unrecht. Es vollzieht sich mit absoluter innerer Nothwendigkeit."[9] Eine solche Vorstellung bezeichnete Ketteler als „ihrer ganzen Natur nach aggressiv gegen Alles, eine Art Kriegserklärung gegen Alles, was sich diesem naturnothwendigen Berufe entgegenstellt … Wo ist bei solcher Willkür noch eine Grenze? Solchen Theorien gegenüber ist kein Recht und kein Staat mehr gesichert. Warum soll dieser naturnothwendige Gedanke am Main stehen bleiben, warum an der Donau u.s.f.?"[10] Als Repräsentanten dieser „fixen Idee" nannte Ketteler den Historiker Johann Gustav Droysen, der in der vierhundertjährigen Geschichte Preußens eine „Stätigkeit des Wachsens, eine Bestimmtheit der Richtungen, einen geschichtlichen Charakter" gefunden zu haben glaubte, wie sie „nur die lebensvollsten staatlichen Bildungen haben … Was diesen Staat gegründet hat, was ihn trägt und leitet ..., ist eine geschichtliche Nothwendigkeit."[11]

Die größte Gefahr des Borussianismus bestand für Ketteler darin, dass er „alle Mittel für erlaubt" halten müsse, die zu dem „naturnothwendigen Ziele" führten. Er warnte vor einer Doppelmoral, die davon

---

[8] W E. von KETTELER, Deutschland nach dem Krieg von 1866. In: Sämtliche Werke und Briefe. Hrsg. von E. Iserloh. Abt. 1, Bd. 2: Schriften, Aufsätze und Reden 1867-1870, Mainz 1978, S. 49. Diese Einsicht fiel Ketteler nicht leicht; er war sich auch bewusst, dass er damit einer „unpopulären Pflicht" nachkam; vgl. dazu E. ISERLOH, Wilhelm Emanuel von Ketteler – sein Kampf für Freiheit und soziale Gerechtigkeit. In: Akademie der Wissenschaften und der Literatur [= Abhandlungen der Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Klasse, Nr. 8], Mainz 1987, S. 13. Zu den Reaktionen auf die Schrift siehe K.-G. Faber, Die nationalpolitische Publizistik, S. 49-55.

[9] W.E. von KETTELER, Deutschland nach dem Krieg von 1866, S. 22.

[10] Ebd.

[11] Ebd., S. 25.

ausgehe, dass „im Privatleben schlecht, unrecht und verwerflich sein könne, was in der höheren Politik recht, gut, ja nothwendig sei.“ Die Folge sei eine „niedere Nützlichkeitspolitik“, eine Politik, bei welcher „der Egoismus das einzige und maßgebende Gesetz ist.“[12] Die Doktrin des Borussianismus stellte Ketteler in den Kontext einer innenpolitischen Entwicklung in Preußen, die einen „monarchistischen Absolutismus, ein absolutes preußisches Königthum“ anstrebe und sich auf Kräfte stütze, die „mit dem preußischen Königthum eine Art religiösen Cult treiben und die Überzeugung haben, daß das preußische Königthum etwas Einziges in der Welt sei, das durch eine besondere göttliche Vorsehung das Heilmittel für alle Übel der Welt in sich trage. Es gehört diese Anschauung einer eigenthümlichen Färbung des Protestantismus in Preußen an.“[13] Damit verwandt sei schließlich eine Tendenz in Preußen, die „von einem preußischen Militärstaat, einem absoluten preußischen Kriegsherrn das Heil für Preußen und für Deutschland erwartet.“ Bischof Ketteler hielt die Vorstellung für gefährlich, dass „ein solcher preußischer Militärstaat, wo das Volk in Waffen, das aber auch deshalb, weil es unter dem Gewehre steht, keinen eigenen Willen haben darf, als das allein maßgebende Volk betrachtet würde.“ Es sei ein Irrtum, zu glauben, dass ein „preußisches Militärkönigthum“ befriedigende innere Verhältnisse schaffen könne: „Ein reiner monarchischer Militärstaat würde bald in sich selbst zu Grunde gehen.“[14] Die Entwicklung Preußens zu einem Militärstaat hielt Ketteler für bereits weit fortgeschritten, die Militärorganisationen seien „mehr und mehr selbständige Körper mit einem eigenen Geiste und einer bis zum höchsten Punkt getriebenen Centralisation und Disciplin“ geworden.[15]

Ketteler setzte sich mit der innenpolitischen Entwicklung in Preußen so intensiv auseinander, weil er davon überzeugt war, dass innenpolitische Zuspitzungen sowie die gegenseitige Blockade bei der Heeresreform zu „äußeren Eruptionen“ führen könnten. Nach seiner Beobachtung traten Kriege „in unserer Zeit hauptsächlich ein nicht der äußeren

---

[12] Ebd., S. 29.
[13] Ebd., S. 54.
[14] Ebd.
[15] Ebd., S. 337.

Verwicklungen, sondern der inneren Lage wegen und haben nicht mehr in sich selbst den Grund, sondern in den inneren Verhältnissen."[16] Fast beschwörend wies er darauf hin, dass die innenpolitischen Fragen die „größten Zeitfragen" seien, von deren Lösung „die Zukunft der europäischen Staaten abhängt. Nur wenn Preußen in seiner inneren Politik die rechten Wege einschlägt und diesen Impuls auch jenen Staaten mittheilt, die sich seiner Führung hingeben, kann es dauernde Verhältnisse begründen und eine bleibende Machtstellung gewinnen; sonst wird die Revolution die Rache für Königgrätz übernehmen."[17] Mit dieser Prophezeiung und geradezu modern anmutenden Diagnose der preußischen Lage wollte der Bischof dazu beitragen, dass es in einem künftigen deutschen Bundesstaat unter preußischer Führung doch noch gelänge, für die innere Politik „wahre, gerechte, gesunde Grundsätze zu finden, die, getragen von einer starken Regierung, wahrhaft zu einem inneren Frieden führen können: Nicht äußere Siege, sondern innere Siege thun uns Noth."[18]

Der „rechte Weg" war für Ketteler die Rückbesinnung auf christliche Werte, die Orientierung an einer föderalistisch-monarchischen Staatsordnung und an einer ständisch gegliederten Gesellschaft, verbunden mit der Bekämpfung sozialistischer und liberaler Anschauungen. Wenn sich Ketteler trotz seiner Kritik an den absolutistisch-militaristischen Tendenzen in Preußen für die kleindeutsche Lösung unter preußischer Führung aussprach, dann vor allem deshalb, weil er das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und preußischem Staat positiv beurteilte. So ist es auch nicht erstaunlich, dass sich seine Kritik noch verschärfte, als Bismarck den Kulturkampf auslöste. Dabei griff der Bischof zurück auf die katholische Kritik an der sich seit dem 17. Jahrhundert durchsetzenden „absolutistischen Staatsidee" und an der „schrankenlosen Machtfülle" des modernen Staates, die sich „nirgendwo vollständiger als in Preußen" entwickelt hätten.[19] Mit der Etablierung des monarchischen Absolutismus korreliere eine „Aufhebung der vielen corporativ gestal-

---

[16] Ebd., S. 52.
[17] Ebd., S. 53.
[18] Ebd.
[19] W. E. von KETTELER, Die wahre Bedeutung des Culturkampfes. In: Ders., Sämtliche Werke und Briefe. Abt. 1, Bd. 5: Nachgelassene und anonyme Schriften, Mainz 1985, S. 445.

teten Organe“ und die „Auflösung der ganzen gesellschaftlichen Ordnung“. Der somit „desorganisierten“ Volksmasse stehe nunmehr der Staatsverband unmittelbar gegenüber, der die aufgelöste gesellschaftliche Ordnung durch eine „militärische Organisation“ ersetzen wolle: „Ein ganzes Volk unter dem Militärgesetz, das scheint das Ideal vieler unserer Zeitgenossen zu sein, welches in ihren Augen besser als jede bürgerliche Gliederung des Volkes geeignet sei, es im Zaume zu halten.“[20] Das Instrument dieser militärischen Organisation war nach Kettelers Auffassung die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht; die Folge musste der Verlust der Freiheit sein.[21] Mit der Eröffnung des Kulturkampfes ging es Bismarck, so Kettelers Überzeugung, um die Beseitigung der Freiheiten, die man der katholischen Kirche im Jahre 1837 eingeräumt hatte. Damit versuche Bismarck, die „germanische Freiheit“, die Ketteler als „Freiheit des einzelnen in eigenständigen Corporationen“ verstand, auszulöschen und den monarchisch-absolutistischen Staat „in seiner ganzen Integrität“ wiederherzustellen.[22] Kulturkampf und allgemeine Wehrpflicht waren für Ketteler gleichermaßen Ausdruck wie Mittel dieser Absicht. In einer Notiz aus der Kulturkampfzeit hielt Ketteler fest: „Wohin gehen wir? Einem militärischen Despotismus entgegen, unterstützt von einem Scheinchristentum, unter dem sich eine confessionslose Staatskirche, ein serviles Pfaffentum, mit allem äußeren Glanz ausgestattet, verstecken würde als Polizeiventil. Das antike Heidenthum mit christlichem Flitter. Werden wir dahin kommen? Nein, weil Gott lenkt … Es sind aber diese Gefahren, welche in der Entwicklung unserer Verhältnisse liegen.“[23] Noch in den neunziger Jahren bemängelte die katholische Militarismuskritik heftig die Staatsnähe des preußischen Protestantismus; das protestantische Preußen galt als „Aufsaugung und Zusammenfassung aller geistigen, sittlichen und sonstigen Kräfte eines Volkes, um sie für den Staatszweck zu schulen und auszunützen.“[24] Diese Charakterisierung lehnte sich stark an die durch

---

[20] DERS., Die Katholiken im Deutschen Reiche. In: Ebd., Abt. 1, Bd. 4, Mainz 1977, S. 217.
[21] DERS., Die wahre Bedeutung des Culturkampfes, S. 447.
[22] Ebd., S. 441.
[23] DERS., Wohin gehen wir? In: Ders., Sämtliche Werke und Briefe. Abt. 1, Bd. 5, S. 449.
[24] (ANONYMUS), Der Hintergrund der Heeresvorlage. In: Historisch-politische Blätter, 1893, S. 121.

Pachtler bekanntgewordene Definition des Militarismus als „Beanspruchung aller lebenden und todten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges". Preußischer Staat, preußischer Protestantismus und Militarismus wurden damit weithin gleichgesetzt.

Kettelers Haltung blieb nicht ohne Wirkung; sie beeinflusste in hohem Maße das Standardwerk des katholischen Antimilitarismus, die von dem Jesuiten Georg Michael Pachtler verfasste *„Kritik am europäischen Militarismus"* (1875). Pachtler war Bischof Ketteler dem Namen nach bekannt; ob sich die beiden Männer auch persönlich begegnet sind, lässt sich nicht mehr feststellen.[25] Pachtler war Feldkaplan der Vorarlberger Landesschützen und 1869/70 Militärgeistlicher einer deutschen Truppenabteilung des päpstlichen Heeres. Nach Deutschland zurückgekehrt, übernahm er die Redaktion der „Stimmen aus Maria Laach", die er zu einer regelrechten Zeitschrift ausbaute und später in „Stimmen der Zeit" umbenannte. In den 1870er Jahren veröffentlichte der kämpferische Jesuit Schriften gegen den Sozialismus, den Liberalismus und gegen die Freimaurer. Seine „Kritik am europäischen Militarismus" wurde mindestens zweimal aufgelegt; die Auflagenhöhe ist nicht bekannt.[26] Pachtler darf jedoch nicht isoliert gesehen werden; er steht im Kontext einer nach 1870/71 neu belebten katholischen Militarismuskritik, die sich u.ä. in den „Historisch-politischen Blättern" und den „Stimmen aus Maria Laach" artikulierte. Anlässe dazu bot nicht nur der von Bismarck inszenierte Kulturkampf, sondern auch das von der Reichsregierung angestrebte Septennat (1874) und die unmittelbare Erfahrung des Krieges 1870/71.

Noch im Jahre 1871 erschien in den „Historisch-politischen Blättern" ein Artikel, der den Deutsch-Französischen Krieg als Scheitern des bürgerlich-liberalen Fortschrittsgedankens bezeichnete; die Hoffnung, dass Technik und Wissenschaft, Handel und Verkehr zu einem allgemeinen Weltfrieden führen würden, habe getrogen: „Die Eisenbahnen, anstatt den Krieg zu hindern, machen allein den jetzigen Massenkampf …

---

[25] Siehe den Brief Monfangs vom 26.2.1869 an Bischof Ketteler, in dem Pachtler lobend erwähnt wird. In: W.E. von KETTELER, Sämtliche Werke und Briefe. Abt. 1, Bd. 3, Mainz 1982, S. 49.

[26] Vgl. D. RIESENBERGER, Georg Michael Pachtler, Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon.

möglich. Deshalb besitzt das Heer im Felde, das wandernde Volk, seine Eisenbahnabtheilungen, seine Feldtelegrafen und Feldpost, und dazu noch seine bürgerlichen Beamten, um die besetzten Länder zu verwalten … Kunst, Wissenschaft und Gewerbe dienen mehr als je dem mordenden Völkerkampfe … Die Vervollkommnung der Stahlerzeugung hat eigentlich nur der Geschützkunst wesentlich genützt … Selbst die Fortschritte der Heilkunde und ihrer Hilfsmittel dienen der Kriegsführung. Die Kochkunst macht sogar eigene Erfindungen zum Zwecke der Ernährung des Krieges … Wo ist überhaupt ein Zweig der menschlichen Thätigkeit, welcher nicht mittel- oder unmittelbar dem Kriege dienstbar gemacht worden wäre?"[27] Die entscheidende Voraussetzung dafür, dass der Krieg „in einer nie gekannten Weise in alle Verhältnisse eingreift", sei die allgemeine Wehrpflicht, die wiederum auf dem staatlichen Schulzwang und auf einer zentralistischen Verwaltung beruhe. Die vom Staat erzwungene „Inanspruchnahme aller lebenden und todten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges und des entsprechenden Staatsgedankens" – eine Formulierung, die von Pachtler übernommen ist – führte zu einer radikalen Kritik am modernen Staat überhaupt, dessen „materielle Einheit sich durch Zusammenfassung und wohlgeordnete Ausnutzung aller Kräfte zu dem Kriegszwecke in der überraschendsten Weise" entwickelt habe: „Der vielgepriesene moderne Staat ist weiter nichts als das vollkommenste Kriegswerkzeug, das es geben kann. Alle Ergebnisse des Arbeitens und Denkens dienen Zwecken der Vernichtung."[28] Der Grund dafür, dass „die Staaten sich selbst Zweck geworden sind", liege in der Missachtung der Religion und in der Spaltung der Kirche.

Wenn der moderne Staat auch nicht mehr in dieser Radikalität an den Pranger gestellt worden ist, so blieb doch die Kritik an der allgemeinen Wehrpflicht als Kern des Militarismus weiterhin bestehen; sie meldete sich immer dann besonders laut zu Wort, wenn neue Heeresvermehrungen anstanden.

Im Jahre 1874 veröffentlichte der hessische Politiker Philipp Wasserburg eine Schrift gegen den Militarismus, die er dem „hohen Reichstage

---

[27] (ANONYMUS)., Krieg und Societät. In: Historisch-politische Blätter, 1871, S. 281 f.
[28] Ebd., S. 283.

zur Debatte über den Militärgesetzentwurf“ widmete und in der er die Stellung des Monarchen als oberster Kriegsherr heftig angriff; sie sei mit dem Konstitutionalismus nicht zu vereinen. In der exemten Stellung „des Königs als oberster Kriegsherr und somit auch des Militärs“ lagen für den katholischen Politiker die Gründe für „die militärischen Standesvorzüge, die militärischen Ehrenrechte, die Bevorzugung vor den bürgerlichen Elementen. Darin wurzeln … der militärische Übermuth und die Säbelaffären … So wird es denn auch erklärlich, wenn in dem ganzen Staatsleben das Militärwesen die erste und vorzüglichste Rolle spielt, wenn die Anforderungen an Geld und Menschen mit jedem Jahr zunehmen, sodaß wir in der That, wenn nicht verfassungsgemäß, doch thatsächlich bald an dem Standpunkt angelangt sein werden, in welchem Person und Vermögen der Bürger lediglich noch als militärische Objekte einigen Werth besitzen.“[29] Damit sei das Deutsche Reich in Gefahr, ein Militärstaat zu werden, in dem „das Volk wegen des Militärs da ist“.[30] Indem Wasserburg die Einbindung des Königs und der Armee in die Verfassung forderte, berief er sich auf den Staatsrechtler Constantin Frantz, der in der exemten Stellung der Armee die Voraussetzung für ihre allmächtige Bedeutung im Staatsleben erkannt hatte. Diese außergewöhnliche Rolle der modernen preußischen Armee war für Frantz das entscheidende Kriterium eines militaristischen Systems, das sich auch durch Armeereduktionen nicht beseitigen lasse; das Übel liege „tiefer, so gewiß als dieser Militarismus selbst das ganz natürliche Produkt eines langen Entwicklungsprozesses ist und insbesondere der letzten achtzig Jahre.“[31] Frantz und in seiner Nachfolge Wasserburg haben in der engen Verschränkung der bestehenden Staats- und Verfassungsordnung mit dem Armeesystem das Grundübel des Militarismus preußischer Provenienz diagnostiziert.[32]

Die allgemeine Wehrpflicht lehnte Wasserburg ab; sie bewirke, dass „der Mensch als Soldat denkt. Er soll aber nicht aufhören, als Bürger zu

---

[29] Ph. WASSERBURG, Gedankenspäne über den Militarismus – Dem hohen Reichstage zur Debatte über den Militärgesetzentwurf gewidmet, Mainz 1874, S. 4 f.

[30] Ebd., S. 4.

[31] C. FRANTZ, Die Naturlehre des Staates als Grundlage aller Staatswissenschaft, Leipzig / Heidelberg 1870, S. 260.

[32] E. ASSMUS, Die publizistische Diskussion, S. 40.

denken. Er soll sich bewußt bleiben, daß er eine bürgerliche Pflicht erfüllt und nicht aufhört, Bürger zu sein, wenn er Soldat ist."[33] Den Gegensatz zwischen dem Soldaten als „Kriegsmaterial" und dem Bürger, der auch als Verteidiger seiner Heimat „seinem Herde, seinem Berufe, seiner Familie" nicht entrissen werden dürfe, betonte er eindrucksvoll – fast gleichlautend stellte Georg Michael Pachtler dann dem „Kriegsknecht" den „Bürger" gegenüber.[34] Als Kronzeugen führte Wasserburg den nationalliberalen und protestantischen Staatsrechtler Johann Caspar Bluntschli an, der erklärt hatte: „Ein Staatszwang, welcher die Individuen ohne Noth aus ihren bürgerlichen Verhältnissen, aus ihrer Wirthschaft, ihrem Gewerbe, ihren Studien herausreißt und denselben auf viele Jahre hin entfremdet, ist ein sehr bedenklicher Eingriff in die persönliche Freiheit."[35] Die Bedrohung von Familie und Ehe durch allgemeine Wehrpflicht und Kasernierung sollte denn auch ein immer wiederkehrendes Element der katholischen Militarismuskritik bleiben.

Wasserburg empfahl anstelle der allgemeinen Wehrpflicht, dem „Volk in Uniformen", eine Berufsarmee als Kader für ein im Notfall agierendes „Volk in Waffen"; dem Reichstag schlug er folgende Maßnahmen vor:

- Einführung der parlamentarischen Kontrolle des Heeres und der Zuständigkeit des Parlaments für Kriegserklärung und Friedensschluss;
- Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit und Unterstellung des Militärs unter die allgemeine Gerichtsbarkeit;
- Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes. Das Tragen von Uniformen sei freizustellen;
- Vergütung aller Leistungen der Bürger für Militärzwecke durch den Staat, Aufhebung des Rayon- und des Einquartierungsgesetzes;
- Entwaffnung Europas durch internationale Abkommen und Senkung der drückenden Militärlasten;

---

[33] Ph. WASSERBURG, Gedankenspäne über den Militarismus, S. 13.

[34] Annuarius OSSEG (i.e. G.M. PACHTLER), Der europäische Militarismus, Amberg 1875. Zitiert wird nach der zweiten Auflage von 1880, S. 268.

[35] Zitiert bei Ph. WASSERBURG, Gedankenspäne über den Militarismus, S. 13.

– Reduzierung des Militärdienstes und der Präsenzzeit. Gamaschen-, Parade- und Wachdienst seien keine Beschäftigung für Männer, die „zu Hause ihre Zeit für sich und den Wohlstand des Staates besser zu verwenden den Trieb haben“.[36]

Neben den materiellen Belastungen durch die allgemeine Wehrpflicht verurteilte Wasserburg die moralischen Schäden, die „auf das Engste mit dem Militarismus verbunden“ seien. Er kritisierte die Schulen, die den Gedanken an „kriegerische Thaten und an kriegerische Erfolge“ pflegten; der junge Mensch wachse in das Militär geradezu hinein: „Sein Vater ist Soldat, der Meister, zu dem er in die Lehre kommt, ist Soldat, seine Freunde sind Soldaten.“ Der Eid des Soldaten auf unbedingten Gehorsam sei unsittlich, weil er die „Dressur der Bestie“ anstrebe.[37]

Die Bedeutung der von Pachtler 1875 veröffentlichten Schrift „Der europäische Militarismus“ besteht darin, dass sie die seit 1866 erschienene Literatur gegen den preußisch-deutschen Militarismus und die allgemeine Wehrpflicht als dessen Kern ausgewertet und systematisiert hat; insofern stellt Pachtlers Werk den Höhepunkt, nicht jedoch den Beginn der katholischen Militarismuskritik dar. Er übernahm die Definition des Militarismus als „Beanspruchung aller lebenden und todten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges“ und verurteilte das neue Landsturmgesetz von 1875 als „höchste Stufe des Militarismus in Deutschland“. Nunmehr sei nur noch „eine einzige Steigerung“ denkbar, nämlich dass man, um „die Zahl der Kombattanten zu erhöhen, das weibliche Geschlecht für gewisse, bisher von Männern versehene Heeresleistungen beizöge. Schon bald hat man den Anfang mit sogenannten Lazareth-Gehilfinnen gemacht.“[38] Tatsächlich begann in den siebziger Jahren die systematische Einbeziehung von Frauen in logistische und pflegerische Dienste zur Unterstützung der Heeressanität durch die Rotkreuzorganisation.

Im Mittelpunkt von Pachtlers Verurteilung des Militarismus steht, wie nicht anders zu erwarten, die allgemeine Wehrpflicht. Mit ihrer

---

[36] Ebd., S. 16-19.

[37] Ebd., S. 13.

[38] A. OSSEG, Der europäische Militarismus, S. 51.

Einführung habe Preußen die anderen Nationen gezwungen, ebenfalls aufzurüsten. Die Staaten seien „unermeßliche Kasernen, unsere Heere sind Nationen in Waffen“.[39] Der Allgemeinheit des Wehrzwangs habe sich „das Reich der Natur und Gnade, die Familie und das Privateigentum, Leib und Seele“ beugen müssen.[40] Wie schon Bischof Ketteler betrachtet und bekämpft auch Pachtler die allgemeine Wehrpflicht als Folge des religiösen, politischen und wirtschaftlichen Individualismus einerseits und des staatlichen „Zentralismus von oben“ andererseits, als Mittel der staatlichen Einheit und als „Zusammenfassung aller Kräfte des Volkes“. In Verbindung mit einem neuen Nationalitätsprinzip sei der Militarismus der „verkörperte Offensivkrieg“ und stelle eine „bleibende Kriegsgefahr“ dar.[41]

Konstitutives Merkmal des Militarismus ist für Pachtler, dass „das Kriegswesen oberster Staatszweck“ ist und der Kriegsdienst bzw. der „Wehrzwang“ zur wichtigsten Bürgerpflicht erklärt wird. Als wesentliche Charakteristika des Militarismus führt er an:

- eine übergroße Friedensstärke des Heeres, da es nur so möglich sei, alle waffenfähigen Männer des Staates militärisch zu schulen; die „Heranziehung aller nur irgendwie Tauglichen zur Heeresfolge im Kriegsfall“;
- eine damit verbundene Konzentration der Staatseinkünfte auf die Vorbereitung des Krieges. Folge sei eine „Überbürdung des Volkes mit Steuern“;
- die Ausrichtung des politischen und des „ganzen gesellschaftlichen Lebens der Völker“ auf den Krieg.[42]

Als weitere Merkmale des Militarismus nennt Pachtler den „Geist des cäsaristischen Absolutismus“ in Form der Militärdiktatur oder des modernen Konstitutionalismus. Politische Fragen würden nicht mehr vom Standpunkt der Sittlichkeit und des Rechts, sondern als Machtfragen

[39] Ebd., S. 44.
[40] Ebd., S. 140.
[41] Ebd., S. 164.
[42] Ebd., S. 15.

behandelt und „zufolge der physischen Übergewalt“ entschieden; maßgeblich sei das Recht des Stärkeren.[43] Vehement wendet sich Pachtler gegen den Staatsphilosophen Adolph Lasson (1832-1917) und dessen Reduzierung staatlichen Handelns auf Machterweiterung; der Krieg „ohne hinreichenden Grund gegen Nachbarvölker, der Krieg ohne Gewissen, ohne Religion und ohne Reue, die Gewalt als einziges internationales Gesetz: das sind die Errungenschaften des modernen heidnischen Staates.“[44] Als erschreckende Folgen der allgemeinen Wehrpflicht führt Pachtler an:

> „Die ideale Richtung der Völker, Kunst und Wissenschaft gehen nieder, die Kultur der rohen Kraft, kriegerischen Tüchtigkeit und des physischen Muthes steigt.
> Mißbehagen über Kriegspflicht und hohe Besteuerung bemächtigt sich der Bürger, Mißtrauen voreinander beherrscht die Völker in ihrem gegenseitigen Verkehre.
> Handel, Industrie und Ackerbau leiden, weil ihnen zu viele und gerade die kräftigsten Arme entzogen werden, und das Vertrauen auf dauernden Frieden, demnach die Grundlage jeder größeren Unternehmung, erlahmt.
> Die edlere Civilität, feiner Umgangston, die bürgerliche Höflichkeit, die Herzlichkeit im Umgange weichen täglich mehr; an ihre Stelle tritt ein barscher Kasernenton, Kommandir- und Kritisirsucht gegen Seinesgleichen und Untergebene, Servilismus gegen alle Gewaltbefehle, und Rebellirsucht, wo es an genügender Macht von oben gebricht.“[45]

Im Jahre 1882 – das zweite Septennat stand zur Diskussion – wandte sich auch der Jesuit Victor Cathrein (1845-1931), ein bedeutender Vertreter des Neothomismus, gegen die allgemeine Wehrpflicht, da sie nicht nur den Staat „in eine große Kaserne“ verwandele, sondern auch „erschütternd in die Grundlage der Familien“ eingreife. Die Wehrpflicht führe zwangsläufig zum Militarismus, der wiederum „den Schwerpunkt des

[43] Ebd., S. 17.
[44] Ebd., S. 107.
[45] Ebd., S. 18.

staatlichen Lebens in den Krieg verlegt, ja den Krieg zu einer unentbehrlichen, bleibenden Institution macht."[46] Dadurch werde der Staat in einen erdrückenden Zentralismus getrieben, der „kein freies selbständiges Leben aufkommen läßt". Der Militarismus erzwinge immer höhere Steuern und verhindere die Lösung der sozialen Frage. Zu ähnlichen Einsichten war bereits Bischof Ketteler gelangt.

Während sich Cathrein mit einer allgemeinen Charakterisierung des Militarismus und seiner Auswirkungen begnügte, setzte sich Pachtler auch mit der Politik Bismarcks auseinander, die er als „massive Realpolitik" verurteilte. In der „Krieg-in-Sicht-Krise" (1875) habe sich das Deutsche Reich durch sein „barsches Auftreten" überall Misstrauen eingehandelt; das Land sei „isoliert, ohne Freunde. Wohl stark genug gegen jeden Staat im disjunktiven Sinne, muß es dennoch vor einer Kollektiv-Allianz gegen sich bange sein." Die Krise des Jahres 1875 verdeutlichte Pachtler aber auch, dass man künftig weder die Deutschen noch die Franzosen „mit dem europäischen Frieden" spielen lassen dürfe. Die Zeit der lokalisierten Kriege sei „unwiederbringlich vorüber. Der europäische Frieden darf von gar Niemandem mehr gestört werden … Der nächste Krieg wird ein Krieg der europäischen Koalition gegen den friedenstörenden Staat sein."[47]

Die katholische Kritik machte den Militarismus, wie er „namentlich in Preußen-Deutschland sich ausgebildet hat", verantwortlich für „die Neigung zur Gewaltthätigkeit und Willkür sowie zur Überhebung gegenüber dem Bürger." Sie berichtete über die systematische Soldatenschinderei eines Seconde-Lieutnant und seiner Unteroffiziere oder über Militärexzesse gegenüber der Bevölkerung bei Requirierungen. Solche Vergehen entsprachen zwar nicht den bestehenden Vorschriften, seien aber dem militaristischen System inhärent; es werde auch dadurch gefördert, dass in Preußen die Öffentlichkeit bei Militärprozessen ausgeschlossen sei.[48]

---

[46] V. CATHREIN, Die Aufgaben der Staatsgewalt und ihre Grenzen. Eine staatsrechtliche Abhandlung. 21. Ergänzungsheft zu den Stimmen aus Maria Laach, Freiburg i.Br. 1882, S. 128 f.

[47] A. OSSEG, Der europäische Militarismus, S. 280.

[48] (ANONYMUS), Militär-Exzesse und Militär-Gerichtsverfahren. In: Historisch-politische Blätter, 1879, S. 517-526.

Die Kritik flammte erneut auf, als zwischen 1890 und 1893 die Verabschiedung eines neuen Gesetzes diskutiert wurde, das „alle vorangegangenen Rüstungsmaßnahmen in den Schatten stellte“.[49] Die Härte der Kritik zeigt, dass man die Bedeutung des Rüstungsprojekts durchaus erkannt hatte. Die Militärvorlage sei der „erste Schritt zu endlosen Folgen“; ihre Bewilligung führe zu einer „allgemeinen Wehrpflicht bis zum Äußersten“. Die Militarisierung der Monarchie sei inzwischen so weit fortgeschritten, dass man sie sich im Volk den Monarchen „kaum mehr anders als in Generalsuniform“ vorstellen könne. Die Folgen der „fortwährenden Erhöhung der Armeestärke zwingen von selbst zur Zurückdrängung des bürgerlichen Lebens und zur Beschlagnahme des Civil.“ Die Rüstung sei an dem von Helmuth von Moltke prophezeiten „todten Punkt“ angelangt, wo es „überhaupt nicht weiter geht“.[50] An eine Umkehr des Rüstungsprozesses glaubte man nicht mehr; ein Schritt zur „Wiederherstellung menschlicher Zustände“ sei nicht zu erwarten. Die „preußischen Überlieferungen“ hätten dazu geführt, dass „der Militarismus Selbstzweck geworden ist, Selbstzweck im Dienste einer besonderen Kaste.“[51]

Allgemeine Wehrpflicht, Beamtentum und „Großgeldmacht“ waren für die katholische Kritik die drei Machtmittel, auf die sich der preußisch-deutsche Staat stützte. Die allgemeine Wehrpflicht und die „militärische Drillung“ bildeten das Ferment der staatlichen Einheit; als Ersatz für die „fehlende moralisch-religiöse Einheit“ seien sie „eine Staatsnothwendigkeit: die unentbehrliche – Erziehungsanstalt.“[52] Gleichwohl erkannte man, dass der Staat „seiner in allen Fugen krachenden Gesellschaft rathlos gegenübersteht.“[53] Die Diagnose, dass das Kaiserreich mit Militarismus und Nationalismus seine innere Unsicherheit und seine

---

[49] M. GEYER, Deutsche Rüstungspolitik, S. 53.

[50] Zeitläufe. Liberalismus und Militarismus an der Zeiten Wende. III. In: Historisch-politische Blätter, 1893, S. 401.

[51] Zeitläufe. Die politische Seite beim Handelsvertrag und der Militarismus. In: Historisch-politische Blätter, 1894, S. 454.

[52] (ANONYMUS), Der Hintergrund der Heeresvorlage. In: Historisch-politische Blätter, 1893, S. 122.

[53] Zeitläufe. Liberalismus und Militarismus an der Zeiten Wende. II. In: Historisch-politische Blätter, 1893, S. 307.

gesellschaftlichen Widersprüche überspielen und kompensieren wollte, erscheint erstaunlich modern. Zusammenfassend lässt sich feststellen:

- Die katholische Militarismuskritik entstand nach dem Krieg 1866 im Zusammenhang mit der Diskussion über eine Lösung der deutschen Frage unter Führung Preußens. In den Schriften Kettelers zwischen 1866/67 und 1875 finden sich bereits fast alle Argumentationsmuster der späteren Haltung. Die Kritik war seit 1866 Bestandteil einer – wie Thomas Kühne es nennt – historischen Alternative zum preußisch-autoritär-militaristischen Modell.[54]
- Sie richtete sich in erster Linie gegen die allgemeine Wehrpflicht. Ihre Einführung in Preußen und ihr Ausbau im Kaiserreich wurden als Ersatz für eine verloren gegangene geistig-moralische Einheit bekämpft; in der internationalen Politik hat sie zu einer bisher unbekannten Aufrüstung geführt. Sie war grundsätzlich, umfassend und konkret; ausführlich stellte sie die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sittlichen Schäden der allgemeinen Wehrpflicht dar und artikulierte sich immer dann besonders heftig, wenn es um Heeresvermehrungen ging.
- Ihre Standpunkte entwickelten Persönlichkeiten wie Wasserburg und Pachtler vor dem Hintergrund eines konservativen und rückwärtsgewandten Staats- und Gesellschaftsbildes. Vielleicht gelang ihnen gerade deshalb eine eindrucksvolle und hellsichtige Einschätzung der bestehenden Verhältnisse, die sie als „faulen Frieden" charakterisierten. Statt dessen empfahlen sie eine Rückkehr des Staates zur christlichen Lehre. Pachtler hielt es für notwendig, dass der Staat wieder Gott „als höchsten Gesetzgeber und Urquell des Rechts" und als „obersten Herrn des Menschenlebens" anerkenne; damit würden „Massenmord, Raub und Plünderung" ausgeschlossen.[55] Die „barbarische Mißachtung des Menschenlebens" durch den Staat bezeichnete er als „schreiendes Vergehen gegen die Gerechtigkeit". Krieg sei nichts anderes als ein „Todesurteil gegen unbestimmt viele freie Bürger … Das ist eine schauerliche Allmacht über Leben und Tod,

---

[54] Th. KÜHNE, Das Deutsche Kaiserreich 1871-1918. In: Neue Politische Literatur, 43/1998, Heft 2, S. 210.

[55] A. OSSEG, Der europäische Militarismus, S. 283.

die sich der moderne Staat zuschreibt."[56] Schließlich forderte Pachtler die Anerkennung der „Selbstregierung der einzelnen Körperschaften". Je freier die einzelnen Korporationen und je unabhängiger die einzelnen Provinzen und Gemeinden seien, desto mehr schütze die Gemeinschaft sich selbst. Die „soziale Atomisierung" und „kopflose Centralisierung" zwinge den Staat, allein für die öffentliche Sicherheit zu sorgen.[57]

Auf internationaler Ebene sah man in der Anerkennung des Rechts und in der Rückkehr zur Gerechtigkeit die einzige Möglichkeit, den Zustand der „Anarchie" zu überwinden und die christliche Völkerfamilie wieder aufzubauen. Unter dieser Voraussetzung könnten auch Technik und Wirtschaft, Handel und Verkehr einen wichtigen Beitrag zu einem „brüderlichen Neben-Einander-Wohnen der Völker" leisten.[58] Pachtler forderte die Wiedereinführung des Völkerrechts auf der Grundlage der Zehn Gebote, um den „schnöden Macchiavellismus der doppelten Moral" zu überwinden, der für die „Schrecken der Massenbewaffnung und des Völkermordes" verantwortlich sei.[59] Wie schon Ketteler betrachtete auch er die Doktrin des europäischen Gleichgewichts als ein Surrogat für die verlorene Einheit der christlich-europäischen Völker, das durch Napoleon III. unwirksam gemacht und durch die militärische Macht des Deutschen Reiches obsolet geworden sei. Die gegenwärtige Situation hielt er für ausweglos: „Entwaffnen hieße die Sicherheit des Staates bloßstellen; die schauerliche Waffenmacht beibehalten, heißt dem Bankrotte entgegengehen." Der paradoxen Situation sei nur durch die Herrschaft des Rechts über die Gewalt zwischen Menschen und Staaten beizukommen. Die Staaten müssten sich einem Kodex von Grundregeln unterwerfen, aufgestellt von der Kirche als einer „neutralen, sittlich-religiösen Behörde".[60] Bei internationalen Streitigkeiten solle ein oberstes Völkertribunal entscheiden, dem der Papst als „Haupt der christlichen Völker-

[56] Ebd., S. 288.
[57] Ebd., S. 291.
[58] Ebd., S. 303.
[59] Ebd., S. 271.
[60] Ebd., S. 303.

familie“ vorstehe – ein Vorschlag, den Matthias Erzberger in seinem Buch „Der Völkerbund“ (1918) wieder aufgriff.

Seinen Plan eines „Friedenstribunals auf christlicher Grundlage“ kontrastierte Pachtler mit der machtpolitischen Variante einer europäischen Friedensordnung, die Moltke auf der Sitzung des Norddeutschen Reichstages am 15. Juni 1868 entworfen und mit folgenden Worten begründet hatte: „Welcher vernünftige Mensch würde nicht wünschen, die ungeheuren Ausgaben, die in Europa in Voraussicht des Krieges gemacht werden, für Werke des Friedens verwendet zu sehen? … Ich sehe, um den erwähnten Zweck zu erreichen, nur ein Mittel, und dieses ist, daß sich im Herzen Europas eine Macht bilde, welche, ohne selbst erobernd zu sein, stark genug sei, um ihren Nachbarn den Krieg zu verbieten. Auch habe ich den Glauben, daß, wenn dieses segensreiche Werk erfüllt werden soll, es von Deutschland ausgehen muß, aber nur dann, wenn Deutschland genügend stark, d.h. einig sein wird.“[61] Das aber bedeutete für Pachtler die Vertreibung des Teufels durch Beelzebub. Die Folge wäre ein übermächtiges Militärreich in Europa, bereit und fähig zur Führung eines Universalkrieges, zum Aufbau einer „asiatischen Universalmonarchie und [zum] Despotismus des Säbels.“[62]

Ob und in welchem Umfang die Militarismuskritik die Politik der Zentrumspartei beeinflusst hat, ist hier nicht zu beantworten, weil entsprechende Untersuchungen fehlen; nur wenige Hinweise sind deshalb möglich. So formulierte das Programm des Zentrums vom Juni 1870: „Der Militarismus lastet auf dem ganzen Kontinente Europas mit der Wucht einer politischen und sozialen Kalamität. Er ist politisch von Übel, weil er den Frieden mehr gefährdet als sichert. Er ist aber auch ein soziales Übel, weil er dem Lande gerade seine tüchtigeren Arbeitskräfte im Übermaße entzieht … und weil er die Steuerkraft der Bürger in solchem Maße absorbiert, daß die übrigen Aufgaben des Staates darunter leiden müssen.“[63] Die Zentrumspartei lehnte bis in die neunziger Jahre alle Militärvorlagen im Reichstag ab. Im Jahre 1890 schlossen die soge-

---

[61] Ebd., S. 279.

[62] Ebd., S. 230.

[63] W. MOMMSEN/G. FRANZ (Hrsg.), Deutsche Parteiprogramme, Leipzig 1931, S. 20; siehe auch E. ASSMUS, Die publizistische Diskussion, S. 54.

nannten „Windthorstschen Resolutionen“ eine „strangulierende Durchführung des Grundsatzes der allgemeinen Dienstpflicht, welcher die Militärvorlage freie Bahn brechen sollte, unbedingt aus.“[64] Spätestens mit dem beginnenden 20. Jahrhundert scheinen die Kritiker im katholischen Lager zu verstummen. So heißt es in einer Stellungnahme des Volksvereins für das katholische Deutschland aus dem Jahre 1903[65] zu „Militarismus und Marinismus“: „Das Zentrum muß der modernen Entwicklung unseres Wirtschaftslebens Rechnung tragen, auch durch die Zustimmung zu entsprechenden militärischen Rüstungen.“ Die Existenz einer überaus lebhaften Militarismuskritik bis zur Jahrhundertwende belegt jedoch, dass die in der Literatur vertretene Auffassung, von einem „dezidierten Antipreußentum“ im deutschen Katholizismus könne keine Rede sein, nicht richtig ist.[66] Der Kern der Kritik war antipreußisch, weil Preußen und das „verpreußte“ Deutschland als Verkörperung des Militarismus galten.

Textquelle:
Dieter RIESENBERGER: Katholische Militarismuskritik im Kaiserreich. In: Dieter Riesenberger: Den Krieg überwinden. Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung. (= Geschichte & Frieden 14). Bremen: Donat Verlag 2008, S. 44-58, 372-375.

Erneute Darbietung in diesem Sammelband mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlegers Helmut Donat.

---

[64] Zeitläufe. Die inneren Kämpfe in der Zukunft des Reiches, an der Schwelle der Entscheidungen. In: Historisch-politische Blätter, 1893, S. 717.
[65] Zitiert nach: H. GRÜNDER, Nation und Katholizismus im Kaiserreich. In: A. Langer (Hrsg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 71.
[66] So H. GRÜNDER, Nation und Katholizismus, S. 69. – Es ist auch schlicht falsch, wenn Gründer Bischof Kettelers Trinkspruch auf den Kaiser aus dem Jahre 1871 allgemein als Aussöhnung mit „Preußen“ interpretiert.

Christentum und Militarismus

Was sagt Domkapitular Dr. Albert Stöckl (1823-1895) zu diesem Thema?[1]

JOSEF GRIESBAUER

[Der nachfolgende Beitrag von Pfarrer Josef Griesbauer, etwa in der Zeit 1948-1950 als Faltblatt für den wiederbegründeten Friedensbund deutscher Katholiken gedruckt, vermittelt am Beispiel von Albert Stöckl (1823-1895), welche antimilitaristischen Positionen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im Raum der römisch-katholischen Kirche vertreten werden konnten. – Nicht unberücksichtigt bleiben darf an dieser Stelle, dass der geistliche Zentrumspolitiker Stöckl sowie die ebenfalls im Aufsatz genannten Alban Stolz und Heinrich Hansjakob nach Ausweis u.a. von Olaf Blaschkes Studie „Katholizismus und Antisemitismus im deutschen Kaiserreich" (Göttingen 1997) zweifelsfrei den Vertretern des ‚katholischen Antisemitismus' zugeordnet werden müssen. pb]

Im Oktober 1947 wurde im bayerischen Landtag ein pazifistisches Gesetz angenommen mit folgendem Wortlaut:

„Bayern bekennt sich zu Frieden, Freiheit und Völkerverständigung. Der Krieg ist durch das Völkerrecht geächtet. Die bayerische Volksvertretung steht zu den Grundsätzen des Völkerrechts und erläßt das folgende Gesetz: Kein Staatsbürger kann zu Militärdienst oder zur Teilnahme an Kriegshandlungen gezwungen werden. Aus der Geltendmachung dieses Rechtes darf ihm kein Nachteil erwachsen."

---

[1] Textquelle | Josef GRIESBAUER (Pfarrer in Großalfalterbach): „Christentum und Militarismus. Was sagt Domkapitular Dr. Albert Stöckl zu diesem Thema?" – Als Manuskript gedruckt für den Friedensbund deutscher Katholiken. Vertrieb: Pfarramt Großalfalterbach (Landkreis Neumarkt/Oberpfalz), Post Batzhausen. Ohne Jahresangabe [ca. 1948-1950?] [Faltblatt, 4 Seiten; benutzt: Exemplar aus dem Nachlass des Publizisten Georg D. Heidingsfelder in der „Sammlung Stankowski" – Archiv der Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn.]

Dieses fortschrittliche Gesetz beweist, daß der bayerische Landtag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung [ca. 1948-1950] ganz zu Unrecht als Hort der Reaktion verrufen ist. Es ist natürlich, daß die Anhänger der sogenannten Kriegsdienstverweigerung zunächst in der jüngeren Generation zu finden sind; sie werden selbstverständlich von den unverbesserlichen alten Militaristen empört abgelehnt, oder auch mit pharisäischer Geste ignoriert. Man sagt mitleidvoll, diese jungen Leute habe der Krieg verdorben und radikal gemacht; ja man geht so weit, daß man sie als Schwärmer und Phantasten brandmarkt und für unzurechnungsfähig erklärt.

Zwischen den beiden Weltkriegen stand den Förderern der militärischen Aufrüstung eine kläffende Pressemeute zu Diensten. Unheilvoll wirkten auch die kleinen Provinzwinkelblättchen durch ihre naive Propaganda für die *Wehrhaftmachung des Volkes*, wie man das in so harmlos-famoser Weise damals nannte. Militaristische Fanatiker wird es allerdings immer wieder geben, aber der obige Parlamentsbeschluß gegen die allgemeine Wehrpflicht läßt trotz allem eine weitgehende Gesinnungs- und Stimmungsänderung für die Zukunft im Sinne einer konsequenten pazifistischen Entwicklung erhoffen. Bei dieser Gelegenheit sei an die Tatsache erinnert, daß es schon vor 60 und 70 Jahren, also in einer gewissen Blütezeit des speziell preußischen Militarismus, deutsche Männer gegeben hat, die den Mut fanden, gegen das militaristische System Stellung zu nehmen. Bedeutungsvoll sind in dieser Beziehung die vielgelesenen Werke der badischen Volksschriftsteller Alban Stolz[2]

---

[2] [In ihrem Beitrag „Friedensbemühungen" für einen regionalen, ökumenischen Kirchengeschichtsband weist Barbara Henze aber auch auf folgende Ausführungen von Alban Stolz hin, die am 16. August 1914 im *St.-Lioba-Blatt* erneut abgedruckt worden sind: „Es kann unter Umständen Gott gefällig sein, in den Krieg zu ziehen. Vor allem ist es ein heiliger Krieg, wenn man gegen Feinde kämpft, welche das Christentum und die katholische Kirche zugrunde richten wollen; wer in einem solchen Kampfe sein Blut vergießt, der verdient einigermaßen den Märtyrern beigezählt zu werden. Aber auch dann, wenn das Vaterland ungerechterweise angegriffen wird von auswärtigen Feinden, so ist es nicht nur erlaubt, daß man Gewalt mit Gewalt abtreibt, wie man sich auch gegen einen Räuber zur Wehr setzen darf, sondern es ist zugleich ein verdienstvolles Werk. Denn wer den Feind vom Vaterland austreibt oder abwehrt, der befreit zahllose Familien von Plünderung, Mißhandlung und Gewalttätigkeit aller Art." Literatur: Barbara HENZE: Friedensbemühungen. In: Blümlein, Klaus / Feix, Marc / Henze, Barbara / Lienhard, Marc / ACK (Hg.): Kirchenge-

[1808-1883] und Heinrich Hansjakob [1837-1916]. In der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt sind die wissenschaftlichen Abhandlungen des Eichstätter Philosophieprofessors Dr. Albert Stöckl [1823-1895], der im Jahre 1895 als Domkapitular in der Bischofstadt Eichstätts gestorben ist.

Im Jahre 1880 veröffentlichte dieser hervorragende Gelehrte ein dreibändiges Werk: *Das Christentum und die großen Fragen der Gegenwart*. Im dritten Band dieses Werkes ist auf den Seiten 60 bis 87 eine interessante Studie zu finden über den Militarismus in den modernen Staaten. Die Einleitung hierzu lautet:

> „Eine charakteristische Signatur unserer modernen Staaten ist der Militarismus. Er hat in einer Weise sich entwickelt und hat eine Ausdehnung angenommen, wie die ganze Geschichte davon kein Beispiel kennt. Man kann sagen, daß unsere modernen europäischen Staaten förmlich in Waffen starren. Ungeheure Armeen werden gebildet und stehen jeden Tag kampfbereit da, um auf den Gegner sich zu stürzen und Blut in Strömen zu vergießen. Riesige Summen werden aufgewendet, um diese Armeen zu erhalten und mit allen Kampfmitteln auszurüsten, die der fortgeschrittene Menschengeist nur immer ersinnen mag. Bajonette blitzen durch das ganze Land und der Donner der Kanonen erdröhnt auch in Friedenszeiten mit mächtiger Gewalt allüberall. Das Volk erlustigt sich an dem militärischen Gepränge; auch jene, die nicht mehr unter den Waffen stehen, sammeln sich in Kriegervereinen, um den militärischen Geist nicht erlöschen zu lassen; selbst, die Kinder leben sich bereits in das Waffenspiel hinein und lieben es, mit den äußeren Zeichen des Militarismus zu paradieren. Das Militärische nimmt an Ansehen und Rang die erste Stelle im Staate ein; die militärische Uniform gilt als die erste und vornehmste. Den Militärgewalten muß alles übrige weichen. Wie erklären wir uns diese Erscheinung?“

In eingehender Untersuchung werden dann die Begriffe „Volksheer“ und „Berufsheer“ behandelt. Bezüglich des Systems der allgemeinen

---

schichte am Oberrhein – ökumenisch und grenzüber-schreitend. Ubstadt-Weiher / Heidelberg / Basel: verlag regionalkultur 2013.]

Wehrpflicht wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß Preußen mit seinem Beispiel vorangegangen ist und die anderen Staaten gezwungen waren, diesem Beispiele zu folgen. Der Zusammenhang zwischen allgemeiner Wehrpflicht und Krieg wird auf Seite 67 folgendermaßen dargelegt:

„Es ist klar, daß die Anwendung und Durchführung des Prinzips der allgemeinen Wehrpflicht den Staat, in welchem solches geschieht, zu einem einzigen großen Militärlager, zu einer einzigen großen Kaserne machen muß. Werden alle Volkskräfte, die nur überhaupt waffenfähig sind; in einem einheitlichen militärischen Organismus zusammengefaßt, und bleiben sie diesem Organismus einverleibt, solange sie überhaupt noch eine Muskete tragen können, so ist das Volk im Grunde nur eine große Armee; der Begriff des Volkes geht nahezu in dem Begriffe der Armee auf.

In dem Maße aber, als solches geschieht, wächst auch die Militär-Macht eines solchen Staates; er kann ja im Falle eines Krieges nicht etwa Tausende, sondern Hunderttausende von Kriegern dem Feinde entgegenwerfen; und dabei bleibt seine Macht doch noch immer unerschöpft, weil er im Notfalle noch bis zum Landsturm zurückgreifen und die letzten Kräfte des Volkes auf das Schlachtfeld führen kann. Und das ist noch nicht alles. Wenn der Jüngling schon von dem Augenblicke an, wo er nur ein Gewehr tragen kann, in die militärische Uniform gesteckt wird, und diese im Grunde genommen bis in sein hohes Alter gar nicht mehr ablegt, so kann es nicht anderes kommen, als daß in einem solchen Volke, das beständig uniformiert einherschreitet, der militärische Geist obenauf kommt und das ganze Volksbewußtsein für sich in Beschlag nimmt.

Die Bürger eines solchen Staates werden sich in erster Linie als Soldaten fühlen; der Soldatengeist wird den bürgerlichen Geist absorbieren, und wenn dann die staatliche Autorität den Ruf zum Kriege ergehen läßt, dann wird ihr nicht bloß eine ungeheuere militärische Macht zu Gebote stehen, sondern es wird ihr auch der militärische Geist des Volkes entgegenkommen; jauchzend wird ihr das uniformierte Volk in den Krieg folgen, möge nun die Veranlassung und der Zweck des Krieges sein, welcher er wolle. Denn der Soldatengeist

fragt nicht, ob der Krieg gerecht oder ungerecht sei; der Soldat will nur Gelegenheit zur Ausübung seines kriegerischen Handwerkes, und wenn ihm diese gegeben wird, sei es auf was immer für eine Weise, dann ist es ihm ganz gleichgültig, was Vernunft und Gerechtigkeit dazu sagen mögen. So ist ein solcher Staat schon in Kraft seiner militärischen Einrichtung auf den Krieg gestellt; er ist im eigentlichen Sinne ein Kriegsstaat; es ist gar nicht möglich, daß er auf eine lange Zeit Frieden halten könne; er muß von Zeit zu Zeit seiner Militärmacht Beschäftigung, dem militärischen Geiste des Volkes Befriedigung geben, schon aus dem Grunde, weil sonst die Gefahr nahe stünde, daß dieser militärische Geist des Volkes sich abschwäche und dann gegebenenfalls nicht mehr auf die volle Energie und auf den vollen Elan desselben gerechnet werden könnte."

Das System des Militarismus und der allgemeinen Wehrpflicht führt nach Dr. Stöckl notwendig zur Negation allen Völkerrechtes und damit zu einem allgemeinen Wettrüsten der Staaten. Sein Urteil über die Entwicklung des Militarismus faßt er auf Seite 70 folgendermaßen zusammen: „Die Art und Weise, wie er entstand und die Ursachen, welche ihn notwendig machten, weisen schon daraufhin, daß der Militarismus schlechterdings im Widerspruch steht mit der natürlichen und christlichen Ordnung, und daß er daher von diesem Standpunkt aus als eine ganz unberechtigte Institution betrachtet werden müsse."

Zur Untersuchung des Verhältnisses zwischen Militarismus und Naturrecht wirft Dr. Stöckl die Frage auf:

„Ist die staatliche Autorität berechtigt, den Söhnen des Volkes die Pflicht aufzulegen, persönlich, sei es auf längere oder kürzere Zeit, Waffen- und Kriegsdienste zu leisten? Oder beschränkt sich vielmehr ihre Berechtigung nur darauf, die Staatsbürger auf dem Wege der Besteuerung zur Beschaffung der notwendigen Geldmittel heranzuziehen, um damit ein Heer von Berufssoldaten zu bilden und zu unterhalten, die als solche freiwillig den Waffendienst als ihren Lebensberuf wählen?" Schon die Art der Fragestellung läßt erkennen, daß die Antwort zugunsten des Berufsheeres gegen die allgemeine Wehrpflicht ausfällt. „Die staatliche Autorität ist dazu da, um das Leben,

die Gesundheit und die Wohlfahrt der Staatsangehörigen zu schützen, nicht aber, um diese Güter für staatliche Interessen, die noch dazu gar häufig nur *vorgeblich* im Interesse der Gesamtheit liegen, in Anspruch zu nehmen."

Ein geradezu katastrophales Urteil über den pädagogischen Wert des militärischen Systems finden wir auf Seite 73:

„Wir wollen von den sittlichen Schäden des Kasernenlebens gar nicht sprechen, die liegen ja so offen vor Augen, daß sie nur ein Blinder nicht sehen könnte. Aber das sagen wir, daß eine bloß äußere Disziplin – und eine solche ist ja bloß die militärische Zucht – allerdings den Anstand und die Propretät [*Sauberkeit, Reinlichkeit*] in der äußeren Haltung fördern und den jungen Menschen zu einem geordneten äußeren Leben erziehen, niemals aber einen sittigenden Einfluß auf ihn ausüben, niemals ihn moralisch erziehen kann … Aber wenn auch alle die gedachten Vorteile wirklich gegeben wären, so könnten solche Utilitätsgründe doch nie ein Recht begründen, d.h. sie könnten niemals für die staatliche Autorität ein Recht schaffen, das sie an und für sich nicht besitzt und nicht besitzen kann, das vielmehr in Kraft ihrer wesentlichen Stellung und ihres Verhältnisses zu den Untertanen ausgeschlossen ist. Um ein Recht zu begründen, dazu gehören andere Rechtstitel als die bloßen Rücksichten der Utilität, selbst wenn diese letztere nicht so fraglich wäre, wie es hier des Fall ist."

Auf Seite 78 ff. wird der Militarismus noch beleuchtet in seinen destruktiven Wirkungen auf *Kultur* und Volksleben:

„Der Militarismus vernichtet aber nicht bloß die Volksfreiheit, sondern er ist auch verhängnisvoll für die höheren, idealen Bestrebungen des menschlichen Geistes auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Kunst … Der Militarismus kann nur eine ganz nüchterne und ideenlose Weltanschauung zur Folge haben … Wir können dreist sagen, daß wir die ungeheure Ausbreitung der materialistischen Weltanschauung … zum guten Teile der Überwucherung des Militarismus … zu verdanken haben.

Nicht minder empfindlich wie Kunst und Wissenschaft leidet unter dem Einflusse des Militarismus das eigentliche Volksleben … Den Beleg dazu bietet die Erscheinung, daß heutzutage die Kriegervereine wie Pilze aus der Erde hervorschießen und sich im Volksleben immer mehr Terrain erobern. Kriegerische Reden und chauvinistische Expektorationen werden in solchen Kreisen am liebsten gehört."

Als Abschluß seiner ausgiebigen Studie stellt Dr. Stöckl den militaristischen Staaten und Völkern gleichsam das Horoskop mit folgendem Ausblick:

„Sollen die modernen Staaten wieder in einen Zustand zurückkehren, welcher der natürlichen und christlichen Ordnung entspricht, dann müssen sie wie so vieles andere so auch den Militarismus darangeben. Sie müssen alles daransetzen, um das internationale, das Völkerrecht wieder aufzurichten und damit wieder geordnete internationale Zustände herzustellen. Und sind diese wieder hergestellt, dann müssen sie abrüsten, aber nicht etwa bloß derart abrüsten, daß bloß die Präsenzzeit der Soldaten abgekürzt wird, im übrigen aber alles in statu quo bleibt, das würde gar nichts nützen; denn wer das Prinzip beibehält, für den sind auch die Konsequenzen unvermeidlich. Nein, es muß das Prinzip aufgegeben, es muß die Wurzel des Militarismus abgeschnitten werden, wenn gründlich geholfen werden soll. Und dieses Prinzip, diese Wurzel ist das Konskriptionssystem mit seiner allgemeinen Wehrpflicht. Wenn diese Wurzel nicht ausgerissen wird, dann ist schlechterdings gar keine Änderung zum Besseren zu hoffen; der Militarismus wird stehen bleiben nach wie vor und fortfahren, mit seiner ganzen Wucht auf die Völker zu drücken, bis er sie erdrückt hat. Diese Zumutung wird manchem als ungeheuerlich erscheinen; aber wir sind gewohnt, die ganze und volle Wahrheit zu sagen, weil nur dadurch, daß die ganze und volle Wahrheit erkannt und ins Leben eingeführt wird, eine gründliche Heilung schwebender Mißstände ermöglicht ist. Wir wissen allerdings, daß wir vorläufig tauben Ohren predigen; aber wir sind der Überzeugung, daß die immer mehr steigenden Übel, mit denen der unablässig fortschreitende Militarismus die Gesellschaft überschüttet, die

Völker und die Gewalthaber zuletzt zwingen wird, dem von uns ausgesprochenen Gedanken Raum zu geben und auf die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und des Konskriptionssystems überhaupt zu denken. Es müßte nur sein, daß die Kulturperiode der europäischen Völker bereits zu Ende und die Zeit bereits gekommen ist, wo sie ins Grab des militärischen Despotismus hinabsinken sollen. Die Stellung, in welche sie sich zum Christentum als zu ihrem Kulturprinzip tatsächlich gestellt haben, möchte solches allerdings vermuten und befürchten lassen.

Aber wir glauben es doch nicht und hoffen daher unentwegt auf ein endliches Erwachen des wahren und echten Volksgeistes, der die Ketten des modernen Militarismus abschütteln und auf dem Boden der Freiheit eine neue, segensreiche soziale Entwicklung inaugurieren wird."

Wenn wir am Schlusse dieser Skizze nochmal uns vor Augen führen, daß die dargelegten Anschauungen und Überzeugungen schon vor einem reichlichen Menschenalter zur Blütezeit des preußischen Militarismus niedergeschrieben und gedruckt worden sind, so kommt uns so recht zum Bewußtsein, daß nur ein Mann von der überragenden Geistesgröße eines Dr. Albert Stöckl sich solch kühne Vorstöße gegen die öffentliche Meinung leisten konnte.

Wenn dieser prominente Eichstätter Gelehrte erst den Wahnsinn der beiden Weltkriege erlebt hätte, so würde er heute erst recht ein durchaus vernichtendes Urteil fällen über jede Art von Militarismus und er würde zweifellos als geistiger und geistlicher Kämpfer in den vordersten Reihen der pazifistischen Front stehen, um das volle Gewicht seiner Gelehrsamkeit in die Waagschale zu werfen im Kampfe für Völkerverständigung und für das Recht zur Kriegsdienstverweigerung.

Josef Griesbauer, geb. 20.5.1892 in Röttenbach
Pfarrer in Großalfalterbach / Landkreis Neumarkt (Oberpfalz)

Einstellungen zu Krieg und Frieden im deutschen Katholizismus vor 1914

(Aus: „Bereit zum Krieg“, 1986)

AUGUST HERMANN LEUGERS

Die Sorge um die Sicherung des Friedens war für den deutschen Katholizismus[1] vor dem Ersten Weltkrieg, auch noch nach der Agadir-Krise von 1911, als die Kriegsgefahr immer greifbarer wurde, praktisch kein Thema. Gewerkschaftsstreit, Zentrumsstreit, Literaturstreit und Modernismus[2] waren die Themen, die die deutschen Katholiken bewegten und sie vor immer neue innere Zerreißproben stellten. Dahinter verbarg sich eine tiefgreifende Identitätskrise, die durch eine sich immer stärker säkularisierende Gesellschaft hervorgerufen worden war. Die alten Antworten der katholischen Tradition konnten die neu aufbrechenden Fragen der Zeit nicht mehr beantworten, und die, die wie die Theologen des Reformkatholizismus eine Vermittlung versuchten, gerieten allzu schnell in den Verdacht der Häresie. Zwar wuchs die Einsicht, daß sich der Katholizismus von innen heraus modernisieren müsse, um auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit dem Zeitgeist konkurrieren zu können,[3] doch gelang es dem Katholizismus dabei selten, die Beschäfti-

---

[1] Eine kurze Übersicht über die Haltung der europäischen Katholizismen zur Kriegsfrage vor 1914 gibt Roger AUBERT, Der Ausbruch des 1. Weltkriegs, in: ders. u.a., Die Kirche in der Gegenwart, 2. Halbbd., Freiburg 1973 (Handbuch der Kirchengeschichte VI/2), S.538-545.

[2] Vgl. dazu Rudolf BRACK, Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900-1914, Köln/Wien 1976; Horstwalter HEITZER, Georg Kardinal Kopp und der Gewerkschaftsstreit 1900-1914, Köln/Wien 1983; Norbert TRIPPEN, Theologie und Lehramt in Konflikt. Die kirchlichen Maßnahmen gegen den Modernismus im Jahre 1907 und ihre Auswirkungen in Deutschland, Freiburg 1977; Wilfried LOTH, Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschlands, Düsseldorf 1984, S. 232-277.

[3] Vgl. dazu etwa Karl BACHEMS „pro not“ vom 29. August 1906; in: Historisches Stadtarchiv Köln, Abt. 1006, Nr. 22 f.

gung mit sich selbst zu überwinden und sich den Problemen der Welt zuzuwenden.

Hinzu kam das starke Bedürfnis nach nationaler Anerkennung. Die Kulturkampf-Ära hatte eine Aussöhnung der Katholiken mit dem 1871 unter protestantischen Vorzeichen geschaffenen Nationalstaat lediglich verzögern können. Seit den neunziger Jahren bildete sich auch im Katholizismus ein Patriotismus heraus, der dem Patriotismus anderer Staatsbürger zwar in nichts nachstehen sollte, aber niemals den Charakter des extremen Nationalismus alldeutscher Couleur annahm.[4] Dennoch war eine kritische Auseinandersetzung mit dem drohenden Krieg undenkbar. Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs stimmten so die Katholiken in den überschäumenden nationalen Begeisterungstaumel mit ein, und nicht wenige empfanden den Krieg als Bewährungsprobe, um ihre Treue zu ‚Kaiser, Volk und Vaterland' unter Beweis zu stellen.

Den Ausgangspunkt für die Frage nach der Kriegsmentalität der deutschen Katholiken vor 1914 muß die Lehre vom gerechten Krieg bilden, wie sie von den katholischen Moraltheologen um die Jahrhundertwende vertreten wurde.[5] Da diese Lehre von der Fragestellung ausging, unter welchen Bedingungen ein Krieg sittlich erlaubt wäre, lenkte sie das Augenmerk mehr auf die Rechtfertigung als auf die Verhinderung von Kriegen. Die Zulässigkeit des Krieges wurde in der „Thatsache des Unrechtes im Völkerleben […] und in der Unmöglichkeit, dem willkürlichen Rechtsbruch anders entgegenzutreten"[6] erblickt. Damit konzentrierte die moraltheologische Diskussion die Kriegsproblematik von vornherein auf die Frage nach der Verwirklichung der Gerechtigkeit im zwischenstaatlichen Verkehr und lehnte den Expansionskrieg und die

---

[4] Vgl. Rudolf MORSEY, Die Deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch 90 (1970), S. 31-64, erneut in: Gerhard A. RITTER (Hg.), Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 270-298; Horst GRÜNDER, Nation und Katholizismus im Kaiserreich, in: Albrecht Langner (Hg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800, Paderborn 1985, S. 65-87.

[5] Vgl. dazu Heinrich PESCH, Krieg, in: Wetzer und Welte's Kirchenlexikon, Bd. 7, Freiburg [2]1891, Sp. 1177-1191; Anton KOCH, Lehrbuch der Moraltheologie, Freiburg 1905, S. 466-473; Franz Adam GÖPFERT, Moraltheologie, Bd. 2, Paderborn [5]1906, S. 221-224; Joh[ann] Ev[angelist] PRUNER, Katholische Moraltheologie, Bd. 1, Freiburg [3]1902, S. 534-536.

[6] PESCH, Krieg, Sp. 1179.

Kriegführung zur Lösung innenpolitischer Schwierigkeiten ab.[7] Der Krieg wurde als ein zulässiges Mittel zur Wiederherstellung des Rechts angesehen, und nur in dieser Funktion galt er als erlaubt, aber auch als eine „sozialethische Pflicht".[8] „Der Private mag zuweilen aus Liebe zur Tugend auf Geltendmachung seines Rechtes Verzicht leisten; der Verzicht auf die Rechte des Staates seitens der Staatsgewalt wäre in der Regel ein unerlaubtes Preisgeben des öffentlichen, Allen gemeinsamen Wohles."[9]

Als unbedingt zu schützende Rechtsgüter des Staates bezeichnete der Würzburger Moraltheologe Göpfert in diesem Zusammenhang: „Wiedereroberung eines usurpierten Landes, Abwehr einer schweren Beleidigung gegen Staat oder Fürsten, […] Züchtigung derer, welche einen anderen in einem ungerechten Kriege unterstützt haben, oder Abweisung derjenigen, welche die Bestrafung großer Verbrecher hindern, Züchtigung eines bundesbrüchigen Volkes, Erlangung dessen, was das Völkerrecht z.B. im Handel und Verkehr einräumt und was mit Unrecht vorenthalten wird, Schutz der Religion gegen ungerechte Angreifer".[10] Zwar wurde darauf hingewiesen, daß alle friedlichen Mittel zur Beilegung des Konflikts ausgeschöpft sein müßten, bevor es zum Krieg kam; als Bedingung für die Gerechtigkeit eines Krieges wurde dies jedoch nicht gefordert.[11] Für die Rechtmäßigkeit eines Krieges war allein entscheidend,

- daß er durch die oberste staatliche Autorität erklärt worden war;
- daß ein gerechter Grund vorlag;
- daß er in der rechten Art und Weise geführt wurde.[12]

---

[7] KOCH, Moraltheologie, S. 469: „geradezu verbrecherisch wäre ein Krieg, der aus bloßer Eroberungslust oder Ruhmessucht oder sogar nur zu dem Zwecke, um innere Spannungen nach außen zu entladen, unternommen oder weitergeführt würde".

[8] Ebd., S. 467.

[9] PESCH, Krieg, Sp. 1178f.

[10] GÖPFERT, Moraltheologie II, S. 221.

[11] Neuerdings wird als Bedingung für einen gerechten Krieg gefordert: „alle friedl[ichen] u[nd] vernünftigen Mittel müssen ausgeschöpft sein"; René COSTE, Krieg, in: Karl Rahner (Hg.), Herders Theologisches Taschenlexikon, Bd. 4, Freiburg 1972, S. 258.

[12] Vgl. die unter Anm. 5 genannten Werke. Diese Anschauung basiert auf THOMAS VON AQUIN, S. th. II II q. 40 a. 1.

Die pauschale Forderung nach einem gerechten Kriegsgrund zeigte allerdings schon eine Schwachstelle der Lehre auf. Auch wenn Göpfert versuchte, gerechte Kriegsgründe namhaft zu machen, so spiegelte sich in seiner willkürlichen Aufzählung doch mehr seine eigene und die öffentliche Meinung wider als etwa eine autorisierte katholische Lehre. Der katholischen Theologie kam es mehr auf die Herausarbeitung allgemeingültiger Grundsätze an, als alle nur erdenklichen Möglichkeiten im Vorhinein auf ihre Zulässigkeit zu überprüfen. Detaillierte Verhaltensmaßregeln wurden nur auf dem Gebiet der Sexualmoral aufgestellt.[13] So blieb auch der Souverän, der nach der Lehre vom gerechten Krieg die Kriegsentscheidung zu fällen hatte, letztlich auf sein subjektives Gerechtigkeitsempfinden angewiesen.

Verhängnisvoll war dabei, daß auch der Präventivkrieg unter der Bedingung, daß ein Angriff „mit unzweifelhaften Tendenzen" in unmittelbarer Vorbereitung begriffen sei,[14] nach Meinung aller Moraltheologen als gerechter Krieg anzusehen war. Auf die Gefahr dieser Anschauung angesichts der Hochrüstung wies der Passauer Moraltheologe Eberle noch wenige Monate vor Kriegsausbruch 1914 hin: „Bei dem heutigen Stande des fortwährend ‚bis an die Zähne gewappnet seins' wird man moraltheologisch dem Präventivkrieg das Feld sittlicher Erlaubtheit immer enger stecken müssen, damit er nicht das offene Tor für die Rechtfertigung jeden Krieges wird."[15]

Bei der Forderung nach der rechten Art der Kriegführung verwies man auf das allgemeine Sittengesetz und das Völkerrecht und illustrierte eine unerlaubte Kriegführung anhand einiger markanter Beispiele.[16] Zwar war es einem Soldaten nicht erlaubt, in einem ungerechten Krieg zu kämpfen, doch blieb dies ein theoretisches Problem, da es dem einfachen Soldaten auch nicht erlaubt war, unaufgefordert Untersuchungen

---

[13] In polemischer Absicht gibt eine Blütenlese zur katholischen Sexualmoral [Paul] v. HOENSBROECH, Das Papstthum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit, Bd. 2, Leipzig 1902, S. 299-415.

[14] PESCH, Krieg, Sp. 1184.

[15] Franz Xaver EBERLE, Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral, Stuttgart 1914, S. 11.

[16] Vgl. die unter Anm. 5 genannten Werke. Als unerlaubt galt etwa: Tötung von Kriegsgefangenen und Nicht-Kombattanten, Plünderung, Geiseltötung.

über die Zulässigkeit eines Krieges anzustellen.[17] Er mußte von der Legitimität des Krieges ausgehen, wenn der oberste Souverän seines Staates sich zur Kriegführung entschlossen hatte.

Konnte Eberle in einer Broschüre des *Verbandes für internationale Verständigung* auch auf die Fruchtbarkeit dieser Lehre für eine Versachlichung der Diskussion über den Krieg hinweisen,[18] so blieb die Lehre vom gerechten Krieg in der öffentlichen Diskussion doch faktisch bedeutungslos. Es war schon bezeichnend, daß das von der katholischen Görresgesellschaft herausgegebene Staatslexikon in den verschiedenen Vorkriegsauflagen im Artikel über den Krieg nicht einmal die Lehre vom gerechten Krieg referierte, geschweige sie denn zur Grundlage seiner Reflexion machte. So findet sich im Artikel von Resch in der ersten Auflage des Werkes die Anschauung, daß die Gerechtigkeitsfrage „an sich praktisch unwichti[g]"[19] sei. Und auch Ebers äußert 1912 in der dritten Auflage, daß die Gerechtigkeitsfrage „praktisch meistens zweifelhaft bleiben" dürfte, weil „jede Partei vom Unrecht der anderen überzeugt sein wird",[20] und hält sie daher für wenig ergiebig.

Die naturrechtliche Sicht der Moraltheologie war im Grunde nichts anderes als die Übertragung der Notwehrproblematik aus dem zwischenmenschlichen in den zwischenstaatlichen Bereich. Während der einzelne jedoch sein Recht vor den nationalen Gerichtshöfen einfordern konnte, fehlte im zwischenstaatlichen Verkehr eine vergleichbare Institution. Folgerichtig gelangten so einige Moraltheologen – wie auch die zeitgenössische Friedensbewegung – zu der Anschauung, daß nur ein internationales Schiedsgericht einen Ausweg aus der latenten Kriegsgefahr

---

[17] KOCH, Moraltheologie, S. 471: „Da jedoch der einzelne selten imstande ist, über Recht oder Unrecht eines Krieges sicher zu urteilen, und es dem von der Staatsgewalt ausgehobenen oder *militärpflichtigen* Soldaten (miles subditus) auch nicht zusteht, die Gerechtigkeit oder Erlaubtheit des Krieges zu untersuchen, so hat er selbst im Falle des Zweifels an der Gerechtigkeit des Krieges einfach Folge zu leisten."

[18] Vgl. Anm. 15.

[19] [Peter] RESCH, Krieg, Kriegsrecht, in: Adolf Bruder (Hg.), Staatslexikon, Bd. 3, Freiburg 1894, Sp. 865.

[20] [Godehard Josef] EBERS, Krieg, Kriegsrecht, in: Julius BACHEM (Hg.), Staatslexikon, Bd. 3, Freiburg ^{3}1910, Sp. 498.

bieten könne.[21] Das war für Teile des Katholizismus in den neunziger Jahren auch der Anknüpfungspunkt, die Bestrebungen zur Bildung eines internationalen Schiedsgerichts zu unterstützen. Neben dem ehrlichen Wunsch, die Militärlasten zu senken und Kriege überflüssig zu machen, spielte dabei in katholischen Kreisen aber auch die Hoffnung eine Rolle, daß der Papst mit dem Schiedsrichteramt betraut werden könne. Nachdem Papst Leo XIII. 1885 im Streit um die Karolinen-Inseln zwischen Spanien und dem Deutschen Reich als Vermittler angerufen und der Konflikt durch seinen Schiedsspruch friedlich beigelegt worden war,[22] gewann die Idee einer päpstlichen Friedensmission zunehmend an Boden. Es gehörte fortan zum Selbstverständnis des Papstes, „der Diener und der Bote des Friedens von Europa und der ganzen Welt"[23] zu sein. Daher ermutigte er 1889 zum Kampf gegen den Krieg und äußerte, daß „jedes Streben in dieser Richtung […] als ein löbliches Wirken im Sinne der christlichen Anschauung und zum allgemeinen Besten betrachtet werden"[24] müsse. Er sparte auch nicht mit Kritik an der Hochrüstung und äußerte sich im September 1895 gegenüber einem Zeitungskorrespondenten: „Gegenwärtig haben wir keinen wahren Frieden; alles stützt sich auf Bajonette, daher befinden sich alle Staaten im Zustande bewaffneter Lager. Die Ideen, die Kunst, die Wissenschaft und die Gewerbe können sich nicht entwickeln. Welch großartige Erscheinung aber wäre es, wenn eine Ära des wirklichen Friedens anbräche, wenn die Geschütze, die Gewehre beiseite geworfen und internationale Fragen durch

---

[21] Zu den Zielen der deutschen Friedensbewegung siehe Karl HOLL, Die deutsche Friedensbewegung im Wilhelminischen Reich. Wirkung und Wirkungslosigkeit, in: Wolfgang Huber/Johannes Schwerdtfeger (Hg.), Kirche zwischen Krieg und Frieden. Studien zur Geschichte des deutschen Protestantismus, Stuttgart 1976, S. 321-372. PESCH, Krieg, Sp. 1179, beurteilt die Idee der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit skeptisch, ohne sie abzulehnen; für KOCH, Moraltheologie, S. 473, würde ein internationales Schiedsgericht „nicht absolut jeden Krieg verhüten, aber doch den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögern und der Vernunft Gelegenheit bieten, den erhitzten Leidenschaften gegenüber das letzte Wort zu sprechen".

[22] Oskar KÖHLER, Der Weltplan Leos XIII.: Ziele und Methoden, in: Roger Aubert u. a., Kirche in der Gegenwart II, S. 22.

[23] So LEO XIII. in der Weihnachtsansprache 1894. Hans WEHBERG, Das Papsttum und der Weltfriede. Untersuchungen über die weltpolitischen Aufgaben und die völkerrechtliche Stellung des Papsttums, München-Gladbach 1915, S. 48.

[24] Ebd., S. 47.

freie Beratung der Herrscher und des Papstes entschieden würden!"[25] Da die Kurie selbst allerdings im Septennatsstreit die Rüstungspolitik der deutschen Regierung offenkundig gegen das Zentrum unterstützt hatte[26] und auch 1893 das Zentrum davon ausgehen mußte, daß der Papst insgeheim aus kirchenpolitischen Opportunitätsgründen (Jesuitengesetz) die Unterstützung der gouvernementalen Militärforderungen wünschte[27], mußten die öffentlichen Abrüstungsermahnungen des Papstes an Wirkung verlieren.

In Deutschland war es Fürst Löwenstein, der Kommissar der Katholikentage, der die Idee des päpstlichen Schiedsrichteramtes seit 1893 propagierte. Nachdem die Diskussion um die Militärvorlage seit Anfang des Jahres die Emotionen breiter Bevölkerungsschichten aufgewühlt hatte und die ablehnende Haltung des katholischen Wählervolkes auch das Zentrum zur Ablehnung der Vorlage bewegt hatte,[28] sprach sich Fürst Löwenstein am 19. Dezember 1893 in der bayerischen Reichsratskammer energisch gegen die Fortführung des Rüstungswettlaufs aus. Die übergroßen Militärlasten brächten „unzweifelhaft eine Schädigung des nationalen Wohlstandes" und „einen Zustand, der auf die Dauer unerträglich wird",[29] mit sich. „Schließlich wird das Ende doch der Weltbrand sein."[30] Aus dieser Situation sehe er keinen anderen Ausweg als die Errichtung eines „ständigen, völkerrechtlich anerkannten Welt-

---

[25] Ebd., S. 50.

[26] Vgl. Christoph WEBER, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876-1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfs, Mainz 1970, S. 148-158.

[27] Nach einer Notiz Karl Bachems vom 28. August 1895 gewann Ballestrem auf seiner Romreise 1893 diesen Eindruck, vgl. Christoph WEBER, Quellen und Studien zur Kurie und zur vatikanischen Politik unter Leo XIII., Tübingen 1973, S. 522 f. Auch Huene meinte, mit seinem Vermittlungsversuch im Sinne des Papstes zu handeln, da er am 23. April 1893 bei Kopp anfragte, ob er der Fraktion offenlegen dürfe, „daß ich damit auch den Wünschen des h. Vaters und deren Ew. Eminenz entsprechend handeln würde, was mir durch Euer Eminenz Mittheilungen bekannt sei". Archiwum Archidiecezjalne we Wroclawiu (im folgenden zitiert AAW), Nl Kopp 37.

[28] LOTH, Katholiken, S. 49-51.

[29] Paul SIEBERTZ, Karl Fürst zu Löwenstein. Ein Bild seines Lebens und Wirkens nach Briefen, Akten und Dokumenten, München 1924, S. 200.

[30] Ebd.

schiedsrichteramtes“,[31] wofür er den Papst als die einzig geeignete Persönlichkeit vorschlug.

Diese Worte eines herausragenden Repräsentanten des katholischen Deutschlands erregten großes Aufsehen. Auch Bertha v. Suttner und andere Pazifisten wurden dadurch auf den Fürsten aufmerksam und versuchten, ihn für ihre Friedensgesellschaften zu gewinnen.[32] Fürst Löwenstein lehnte dies jedoch ab, indem er erklärte, daß es besser sei, „nach dem Spruch vorzugehen: getrennt marschieren, vereint schlagen“.[33] Die tieferen Gründe für seine Ablehnung werden jedoch deutlich, wenn wir uns seine Zielsetzung vor Augen halten. Zwar erkannte er, daß von dieser Frage das „Heil der Welt […] in materieller Beziehung“[34] abhing, doch gleichzeitig erhoffte er sich, daß der Papst das erstrebte Schiedsrichteramt ausfüllen werde, um dadurch eine „Erhöhung der Macht und des Ansehens des Hl. Stuhles“[35] zu erreichen. So konnte er die Rolle der Friedensgesellschaften auch nur in Beziehung zu diesem Ziel einschätzen. „Wenn [die Friedensgesellschaften] auch das Schiedsrichteramt des Papstes nicht speziell anstreben“, erklärte er Mitgliedern des Komitees für römische Angelegenheiten, „stehen sie doch diesem Gedanken nicht feindlich gegenüber und fördern unsere Sache, indem sie überhaupt ein internationales Schiedsgericht als notwendig erkennen und verlangen.“[36] Schließlich ebbte das Engagement des Fürsten in der Schiedsrichterfrage ab, nachdem der Papst auf Betreiben Italiens nicht einmal zur Ersten Haager Friedenskonferenz 1899 eingeladen worden war und damit die Aussichtslosigkeit des Kampfes für ein päpstliches Schiedsrichteramt allzu deutlich geworden war.[37] Zuvor hatte Löwenstein zu seiner großen Enttäuschung bereits erfahren müssen, daß seine

---

[31] Ebd.
[32] Ebd., S. 202.
[33] Ebd., S. 203.
[34] Ebd., S. 204.
[35] Ebd.
[36] Ebd. Die sich dahinter verbergende Taktik geht auch aus einem Schreiben von Dr. Gratzfeld an Löwenstein vom 11. November 1895 hervor, der riet, man „müsse bei den Erörterungen nicht von der Stellung des Papstes ausgehen, sondern umgekehrt zuerst die Nützlichkeit resp. Notwendigkeit eines internationalen Schiedsrichteramtes im Allgemeinen behandeln“, ebd., S. 206 f.
[37] KÖHLER, Weltplan Leos XIII., S. 23.

Bestrebungen von Zentrumsseite beargwöhnt und manche seiner Initiativen auf Druck der Zentrumspolitiker unterbunden worden waren.[38]

Die wiederholten Friedensappelle Leos XIII. hatten dazu geführt, daß der 7. allgemeine Friedenskongreß in Budapest 1896 eine Dankadresse an den Heiligen Stuhl richtete.[39] Der Mailänder Weltfriedenskongreß wiederholte 1906 gegenüber dem neuen Papst Pius X. diese Geste, was den Papst dazu veranlaßte, durch seinen Kardinalstaatssekretär den internationalen Friedensgesellschaften ein Lob für ihre Arbeit auszusprechen.[40] Auch in der Folgezeit nahm er noch zweimal die Gelegenheit wahr, die Arbeit pazifistischer Gruppen lobend zu erwähnen.[41] Der Wunsch der Pazifisten nach einer Friedensenzyklika wurde zwar nicht erfüllt, dennoch ist es bemerkenswert, daß die Bemühungen der Friedensgesellschaften in Rom Unterstützung fanden, zumal Pius IX. noch 1867 dem Genfer Bischof ausdrücklich für die Verachtung gedankt hatte, die dieser dem in Genf tagenden Friedenskongreß zuteil werden ließ.[42]

Bei der katholischen Kirche in Deutschland stießen die Bestrebungen der Friedensbewegung dagegen auf Desinteresse und Ablehnung. Geradezu symptomatisch war es, als der Breslauer Religionslehrer Hermann Hoffmann 1908 dem Papst in einer Privataudienz einige Jahrgänge der von ihm herausgegebenen *Friedensblätter* überreichte. Der Papst hielt sie für eine Antikriegszeitschrift, und Hoffmann mußte ihm erklären, daß es sich dabei lediglich um ein den konfessionellen Frieden förderndes Organ handle.[43] Dies war in der Tat der Denkhorizont in Deutschland, wo die Erfahrungen der Kulturkampfzeit für die Katholiken zu einem Trauma geworden waren. Die Wortführer des Katholizismus beschworen immer wie-der die Gefahr eines erneuten Kulturkampfes. Genährt wurden diese Ängste durch die zahlreichen konfessionellen Konflikte, die die Geschichte des Wilhelminischen Deutschlands wie ein roter

---

[38] SIEBERTZ, Löwenstein, S. 205 f.

[39] WEHBERG, Papsttum, S. 52-54 gibt den Text dieses Schreibens.

[40] Ebd., S. 57-59 der Brief Merry del Vals.

[41] Ebd., S. 59-61.

[42] Ebd., S. 52, Anm. 1.

[43] Hermann HOFFMANN, Im Dienste des Friedens. Lebenserinnerungen eines katholischen Europäers, Stuttgart 1970, S. 80f.

Faden durchziehen: z.B. der Streit um die Canisius-Enzyklika, der Fall Spahn und die Borromäus-Enzyklika, um nur einige Konflikte zu nennen.[44] Während sie den Gegnern des politischen Katholizismus einen Vorwand lieferten, um die Zusammenarbeit von Zentrum und Konservativen zu bekämpfen,[45] veranlaßten sie die politischen Führer des Katholizismus zu einer konsequenten Aussöhnungspolitik mit dem Nationalstaat. So mußten auch konfessionelle Interessen, wie die Wiederherstellung des Kirchenstaates oder der Einsatz für ein päpstliches Schiedsrichteramt, staatspolitischen Interessen untergeordnet werden; es galt bei der Politik gegenüber dem Papst, die Dreibund-Politik des Deutschen Reiches nicht zu gefährden.[46]

Dennoch hinterließen die permanenten Anschuldigungen, besonders der Vorwurf der mangelnden Staatstreue, bei den Katholiken tiefe Narben und forderten ihren Patriotismus geradezu heraus. Justizrat Schmidt faßte als Präsident des Aachener Katholikentages 1912 prägnant zusammen, was viele Katholiken fühlten: „Wir lassen uns von Niemanden an Liebe zu Fürst und Vaterland übertreffen."[47] Katholikentagsredner betonten deshalb immer wieder mit Blick auf die protestantische Führungsschicht des Reiches die Nützlichkeit des Katholizismus zur Erhaltung des monarchischen Staatswesens. Meist unter Hinweis auf Röm. 13,1ff wurde die Religion als das „festeste Fundament für [die] Staatstreue"[48] bezeichnet. Aber nicht nur das paulinische Gebot zum Gehorsam gegen alle weltliche Obrigkeit, sondern auch die streng hierarchi-

---

[44] Vgl. dazu Gisbert KNOPP, Die Borromäus-Enzyklika von 1910 und ihr Widerhall in Preußen, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 86 (1975), S. 41-77; Christoph WEBER, Der „Fall Spahn" (1901). Ein Beitrag zur Wissenschafts- und Kulturdiskussion im ausgehenden 19. Jahrhundert, Rom 1980; Karl-Josef RIVINIUS, Die Canisius-Enzyklika „Militantis Ecclesiae", in: Remigius Bäumer (Hg.), Reformatio Ecclesiae. Beiträge zu kirchlichen Reformbemühungen von der Alten Kirche bis zur Neuzeit. Festgabe für Erwin Iserloh, Paderborn 1980, S. 893-909.

[45] Zur Funktion der konfessionellen Polemik um die Jahrhundertwende werde ich demnächst eine kurze Studie vorlegen.

[46] Vgl. dazu Karl BACHEM, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815-1914, Bd. 9, Köln 1932, S. 1-64; WEBER, Quellen und Studien, S. 397-428.

[47] 59. GENERAL-VERSAMMLUNG DER KATHOLIKEN DEUTSCHLANDS IN AACHEN, Aachen 1912, S. 204.

[48] 57. GENERAL-VERSAMMLUNG DER KATHOLIKEN DEUTSCHLANDS IN AUGSBURG, Augsburg 1910, S. 347.

sche Struktur der katholischen Kirche wurde als Garant für die Staatsloyalität der Katholiken angesehen.[49] Das Bekenntnis zur unbedingten Treue mündete nicht selten in die Bereitschaftserklärung, den Status quo der politischen und gesellschaftlichen Ordnung mit Waffengewalt verteidigen zu wollen.[50] Dabei richtete sich das Augenmerk jeweils gleichgewichtig auf die Abwehr innerer (sozialdemokratischer) und äußerer Feinde.[51] Dies mußte den Katholiken um so leichter fallen, als die potentiellen Feinde des Reiches zugleich auch als Feinde der katholischen Kirche betrachtet wurden. Die Sozialdemokratie galt als atheistisch, das russische Zarentum war hinlänglich durch die Unterdrückung der polnischen Kirche diskreditiert, und in Frankreich hatte man in den Augen der deutschen Katholiken nach der Trennung von Kirche und Staat 1905 „wie die Canaille gewütet gegen Mönche und Nonnen, gegen Bischöfe und Priester, gegen Kreuz und Christentum".[52]

Da die Lehre vom gerechten Krieg – entgegen böswilligen Unterstellungen des Evangelischen Bundes[53] – von den katholischen Untertanen

---

[49] Bischof v. KEPPLER (Rottenburg) auf dem Katholikentag 1912: „daß die Autorität des Primates der Hort und der Schutz jeder Autorität ist, daß der Felsen Petri auch dem Fundament des Staates, auch den Thronen der Regenten von seiner Festigkeit mitteilt". 59. GENERAL-VERSAMMLUNG, S. 216.

[50] Ebd., S. 436 erklärte der Jesuit COHAUSZ: „mögen wiederum die Sturmglocken läuten, mag wiederum das Flintenfeuer in den Straßen knattern, mögen wiederum Barrikaden von Bürgerblut träufeln, wir kennen den Platz, den uns der Glaube weist; Mann an Mann werden wir da stehen, eine heilige Phalanx zum Schutz von Thron und Altar (Anhaltender donnernder Beifall)".

[51] Auf dem Katholikentag 1911 erklärte der Weingutsbesitzer Siben: „Und möge nun das Vaterland rufen zum Kampfe gegen äußere Feinde [...] – wir werden zur Stelle sein." BERICHT ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DER 58. GENERAL-VERSAMMLUNG DER KATHOLIKEN DEUTSCHLANDS IN MAINZ vom 6. bis 10. August 1911, Mainz 1911, S. 131. Ein Jahr später hielt der Jesuit Cohausz die Rede „Der Atheismus und die soziale Gefahr", die mit dem Vierzeiler endete: „Die Glocke dröhnt, auf, auf ihr Völker auf, / Der Aufruhr höhnt, wohlauf zum Sturmeslauf. / Hoch flattre unsre Fahne, hoch der deutsche Aar, / Auf, auf, ihr Völker auf, für Thron und für Altar!" 59. GENERAL-VERSAMMLUNG, S. 436f.

[52] 58. GENERAL-VERSAMMLUNG, S. 131.

[53] [Oskar] HERMENS/Oskar KOHLSCHMIDT (Hg.), Protestantisches Taschenbuch. Ein Hülfsbuch in konfessionellen Streitfragen, Leipzig 1905, Sp. 1230: „Vor allem muß jedenfalls den wehrpflichtigen Unterthanen eines Staates das Recht abgesprochen werden, aus der vermeintlichen oder wirklichen Ungerechtigkeit eines K[rieges] Folgerungen zu ziehen, wie sie z.B. der Jesuit Lehmkuhl […] verlangt."

keineswegs ein kritisches Verhältnis zum Krieg forderte, sondern die Kriegsentscheidung allein dem Souverän überließ, konnten auch die Katholiken ausrufen: „Wir sind bereit, wenn der Kaiser uns ruft, Gut und Blut zu opfern für unser Vaterland.“[54]

In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg wurden darüber hinaus katholischerseits auch konkrete Anstrengungen zur Förderung der Wehrhaftigkeit unternommen. Die Rekrutenfürsorge wurde intensiviert, um in der Armee ein Bollwerk gegen Unglauben und Sozialdemokratie zu errichten. So regte der Katholikentag 1910 an, alle katholischen Rekruten vor dem Diensteintritt in Rekrutenexerzitien durch „religiös-sittliche Vorträge, militärische Unterweisung, ärztliche Warnung sowie Anleitung zum Turnen und Schwimmen“[55] auf ihre Dienstzeit vorzubereiten.

Der Würzburger Reichstags- und Landtagsabgeordnete Gerstenberger konnte sogar auf dem Katholikentag 1912 berichten, daß, noch „ehe die offiziellen, von den Behörden geförderten Wehrkraftbestrebungen eingeführt wurden, in die Satzungen des Vereins der Lehrlingsabteilung des katholischen kaufmännischen Vereins, des Jünglingsvereins, des Lehrlingsvereins und wie sie alle heißen, Bestimmungen aufgenommen [wurden], welche genau den Satzungen der Wehrkraftvereine entsprechen, sodaß auch in diesen Vereinen offiziell die Wehrkraftbestrebungen gefördert werden“.[56] Stets spielte bei diesen Maßnahmen auch die Überlegung eine Rolle, daß hier die Begeisterung der Jugend für alles Militärische einen Ansatzpunkt für das pastorale Wirken der Kirche biete.[57] Im Hinblick auf staatliche Stellen wurde besonders betont, daß dadurch die Jugendlichen von sozialdemokratischen Jugendvereinen abgehalten würden.[58]

---

[54] 59. GENERAL-VERSAMMLUNG, S. 204.

[55] 57. GENERAL-VERSAMMLUNG, S. 602.

[56] 59. GENERAL-VERSAMMLUNG, S. 306.

[57] So nennt Gerstenberger als Grund für die Förderung der Wehrkraftbestrebungen in katholischen Vereinen, daß in nichtkonfessionellen Wehrkraftvereinen „keinerlei Rücksicht […] auf die religiösen Pflichten genommen“ wird (ebd.).

[58] Gerstenberger: „und viele junge Leute, die zum Teil den sozialdemokratischen Jugendvereinen, Turnvereinen und dergl. beigetreten sind – gegen diese richten sich ja zum Teil diese Wehrkraftbestrebungen – gehen jetzt zu den katholischen Jugendvereinen“ (ebd., S. 306f.).

Auch wenn der Krieg als solcher auf den Katholikentagen nicht eigens thematisiert wurde, so läßt doch die Vorliebe der Redner für die Verwendung von Metaphern aus dem militärischen Sprachgebrauch einen Rückschluß auf die bei den Teilnehmern latent vorhandene Kriegsbegeisterung zu. Nicht zufällig bildete die in einer extrem martialischen Sprache vorgetragene Rede des Berliner Dominikanerpaters Bonaventura am letzten Tag des Metzer Katholikentages von 1913 den Höhepunkt der gesamten Veranstaltung; und als der Dominikaner seine ‚Kreuzzugspredigt' mit dem klassischen „Gott will es!" ausklingen ließ, dankten ihm seine begeisterten Zuhörer durch „minutenlange[n], stürmische[n], sich immer wiederholende[n] Beifall".[59] Hier wurde der Versuch unternommen, die Kampfbereitschaft der Hörer für den ‚Kampf um den Glauben' zu aktivieren. Auch die Fastenhirtenbriefe von Bischof Vollmar, dem Feldpropst des deutschen Heeres, aus den Jahren 1912[60] und 1913[61] zielen in diese Richtung. Freilich wurde damit aber auch die Begeisterung für den ‚vaterländischen Krieg' geschürt.

Was auf den Katholikentagen, die von den Gegnern auch bissig als ‚Herbstmanöver des Zentrums' bezeichnet wurden, als pathetisches Bekenntnis formuliert wurde, wurde von der Zentrumspartei im Reichstag in praktische Politik umgesetzt. Bereits Ernst Maria Lieber hatte in den neunziger Jahren wesentlichen Anteil am Gelingen der deutschen Flottenpolitik.[62] Erzberger als Vertreter der jüngeren Generation von Zentrumspolitikern war nach einer steilen Parteikarriere bereits seit 1906 regelmäßiger Berichterstatter über Militärvorlagen in der Budgetkommission des Reichstages. Für die Regierung wurde er unersetzlich, da er es verstand, sein energisches Eintreten für die großen Heeresvermehrungen der Jahre ab 1911 mit populären Forderungen nach Besserstellung des einfachen Soldaten und verschiedenen anderen Reformen des Heerwesens zu verbinden, so daß er auch die Zentrumswähler von der

---

[59] 60. GENERAL-VERSAMMLUNG DER KATHOLIKEN DEUTSCHLANDS IN METZ VOM 17. BIS 21. AUGUST 1913, Metz 1913, S. 409.

[60] Über Rekrutenexerzitien, in: HIRTENBRIEFE DES DEUTSCHEN EPISKOPATES ANLÄßLICH DER FASTENZEIT 1912, Paderborn 1912, S. 248-255.

[61] Nutzen der Rekruten-Exerzitien, in: HIRTENBRIEFE DES DEUTSCHEN EPISKOPATES ANLÄßLICH DER FASTENZEIT 1913, Paderborn 1913, S. 175-181.

[62] Vgl. MORSEY, Katholiken und Nationalstaat, in: RITTER (Hg.), S. 281-284.

Notwendigkeit der enormen Rüstungsausgaben zu überzeugen vermochte. Dabei stellte er Deutschland als das „unschuldige Opfer eines Wettrüstens“ dar, „das seine potentiellen Feinde begonnen hätten“.[63] Gerade durch die Hochrüstung werde der Friede gesichert. „Ein schwaches Deutschland war stets die größte Kriegsgefahr für ganz Europa […]. Das starke Deutsche Reich ist dagegen ein Hort des Weltfriedens geworden“,[64] wußte Erzberger die jährlich steigenden Militärlasten zu rechtfertigen. Jede noch so berechtigte Kritik eines Fachmanns aus den eigenen Reihen an der Rüstungspolitik wie die des bayerischen Generals und Zentrumsabgeordneten Hauesler wurde als skandalös empfunden. 1913 meldete Hauesler im Reichstag seine Bedenken vorsichtig an und erntete dafür bei den Sozialdemokraten Beifall, beim Zentrum betretenes Schweigen und bei der Rechten einen Sturm der Entrüstung.[65]

Obwohl über 40 katholische Abgeordnete des Reichstags, darunter auch Erzberger, der *Interparlamentarischen Union* angehörten,[66] hat sich dies nicht mäßigend auf ihre Rüstungspolitik ausgewirkt. Dies war um so entscheidender, als das Zentrum aufgrund seiner Mittelstellung im Reichstag letztlich den Ausschlag für die forcierte Hochrüstung gab, so daß ein Pazifist 1913 das Zentrum als den „einflußreichsten Feind“[67] des Pazifismus in Deutschland bezeichnen konnte.

Die Zentrumspolitik wurde auch vom *Volksverein*,[68] dem sozialpolitischen katholischen Massenverein zur Bekämpfung der vordringenden Sozialdemokratie, flankierend unterstützt. Im April 1913 wurde in

---

[63] Klaus EPSTEIN, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Frankfurt [2]1976, S. 96.

[64] Ebd., S. 97.

[65] Reichstagssitzung vom 9. April 1913, STENOGRAPHISCHE BERICHTE ÜBER DIE VERHANDLUNGEN DES DEUTSCHEN REICHSTAGES, Bd. 289, Berlin 1913, Sp. 4583ff. Siehe dazu auch Lerchenfeld an Hertling vom 10. April 1913, in: Ernst DEUERLEIN (Hg.), Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld 1912-1917, T.1, Boppard 1973, S. 241 ff. Tucholsky nahm den Vorfall zum Anlaß, im „Vorwärts“ vom 13. April 1913 eine bittere Satire zu schreiben, abgedruckt in: Kurt TUCHOLSKY, Gesammelte Werke in 10 Bänden, hg. v. Mary Gerold-Tucholsky/Fritz J. Raddatz, Reinbek 1975, S. 91.

[66] Roger CHICKERING, Imperial Germany and a World Without War. The Peace Movement and German Society, 1892-1914, Princeton 1975, S. 244.

[67] Ebd.

[68] Horstwalter HEITZER, Der Volksverein für das Katholische Deutschland im Kaiserreich 1890-1918, Mainz 1979.

Millionenhöhe ein Flugblatt unter dem Titel *Wehrlos = brotlos!* vertrieben, worin das Bild eines von neiderfüllten Feinden umlauerten Deutschlands entworfen wurde, das zur Sicherung seiner wirtschaftlichen Prosperität einer starken Militärmacht bedürfe.[69]

Während das Papsttum, wie wir gesehen haben, keine Berührungsängste mit dem Pazifismus hatte, waren namhafte deutsche Katholiken lediglich bereit, sich an einem Verband zu beteiligen, der wie der *Verband für internationale Verständigung*[70] nichts „mit dem politischen Alkoholismus der Alldeutschen noch mit der Abstinenz der Pazifisten"[71] zu tun hatte. Und hier war es der zum linken Flügel der Partei gehörende Kölner Publizist Julius Bachem, der schon frühzeitig die Bildung des Verbandes unterstützte.[72] Im Laufe der Zeit traten mit Peter Spahn,[73] Karl Bachem, Karl Trimborn, Michael Sir, August Trendel und Richard Müller[74] auch andere Zentrumsleute der Vereinigung bei. Die Mitgliedschaft Julius Bachems öffnete dem Verband sogar die Spalten des einflußreichen Zentrumsorgans *Kölnische Volkszeitung*.[75] Wie der Einfluß des Verbandes jedoch auf die deutsche Öffentlichkeit gering blieb,[76] so auch in der katholischen Öffentlichkeit.

Neben dem katholischen Historiker Martin Spahn[77] publizierte in der Schriftenreihe des Verbandes auch der schon erwähnte Moraltheologe Eberle. In Eberles Schrift *Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral*[78] schlägt sich die Grundhaltung des Verbandes nieder. Sie ist bestrebt, sich sowohl vom Chauvinismus wie vom Pazifismus zu distanzieren, poin-

---

[69] AAW, N1 Porsch III, 7.

[70] Vgl. dazu Roger CHICKERING, A Voice of Moderation in Imperial Germany: The „Verband für internationale Verständigung" 1911-1914, in: journal of Contemporary History 8 (1973), S. 147-164.

[71] NIPPOLD, in: Friedenswarte 15 (1913), S. 364, zit. n. CHICKERING, Imperial Germany and a World Without War, S. 159.

[72] Seit Frühjahr 1910, vgl. CHICKERING, Imperial Germany and a World Without War, S. 152, Anm. 100.

[73] Ebd., S. 153, Anm. 106.

[74] Ebd., S. 246.

[75] CHICKERING, Voice of Moderation, S. 160.

[76] CHICKERING, Imperial Germany and a World Without War, S. 161 f.

[77] Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes zur Nation, Stuttgart 1913.

[78] Vgl. Anm. 15.

tiert die Lehre vom gerechten Krieg in ironischer Absicht, ohne jedoch irgendwelche Abstriche von der Grundannahme der Notwendigkeit des Krieges zu machen. Auch kommt sie nicht zu klaren friedenspolitischen Forderungen, wie etwa die nach einer verbindlichen Schiedsgerichtsbarkeit, die, wie wir gesehen haben, eine logische Konsequenz der Lehre vom gerechten Krieg darstellen konnte. So kann es auch nicht verwundern, wenn Eberle sich im Ersten Weltkrieg unter die Theologen einreihte, die den Krieg geistig-moralisch unterstützten.[79]

Während die katholischen Laienverbände und die naturrechtlich argumentierende Moraltheologie zu politisch-praktischen Konzepten in der Behandlung des Kriegsthemas kamen, bot die primär metaphysisch orientierte Theologie ein von Gott her gedachtes Interpretationsmuster des Krieges, das zwar kaum einen Bezug zu oder eine Relevanz in der politischen Diskussion hatte, durch seine Breitenwirksamkeit aber von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Einstellung der katholischen Gläubigen gegenüber dem Krieg war.

Wenn das Thema Frieden in einem explizit theologischen Text wie dem Fastenhirtenbrief des Speyerer Bischofs v. Busch aus dem Jahre 1910 überhaupt angesprochen wurde, wurde es unter den drei Gesichtspunkten Frieden mit Gott, mit dem Nächsten und mit uns selbst abgehandelt, wobei die Frage im Vordergrund stand, wie die Gläubigen ihren individuellen Frieden finden könnten.[80] Der politische Frieden zwischen den Staaten spielte dabei keine Rolle.

Dagegen brachte die Theologie mit dem Kriegsmotiv als paränetischem Mittel für die Gemeindepredigt einen Aspekt in die Behandlung des Kriegsthemas ein, der im Ersten Weltkrieg zum beherrschenden Motiv wurde.[81]

---

[79] Heinrich MISSALLA, „Gott mit uns". Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914-1918, München 1968, S. 57, 98, 112.

[80] Konrad v. BUSCH, Von der herrlichen Friedensgabe und von dem göttlichen Friedensspender, in: Hirtenbriefe des deutschen Episkopats anläßlich der Fastenzeit 1910, Paderborn 1910, S. 195-204.

[81] Vgl. dazu MISSALLA, „Gott mit uns"; Karl HAMMER, Deutsche Kriegstheologie (1870-1918), München 1970, bietet neben einem kurzen historischen Abriß auch eine systematisch-theologische Darstellung und eine Reihe wichtiger Quellen des Protestantismus, geht aber auch kurz auf den Katholizismus ein.

Auf dem Hintergrund einer nicht nur in katholischen Kreisen verbreiteten Endzeitstimmung sah man „die Zügellosigkeit in den Sitten, die Gleichgültigkeit in der Religion und [den] Abfall vom Glauben in erschreckender Weise zunehmen“.[82] Daß Gott den Abfall breiter Gesellschaftsschichten nicht ungestraft zulassen werde, stellte Erzbischof Nörber in seinem Fastenhirtenbrief von 1912 heraus. Deutlich gab er zu verstehen, indem er an geschichtstheologische Vorstellungen des Alten Testaments anknüpfte, daß auch der Krieg ein Mittel Gottes zur Durchsetzung seines Heilsplans sei. Für ihn stand außer Frage, daß „wenn die drohenden Stürme ausgekämpft sind, dann [werde] es offenbar werden, daß auch sie im letzten Ende bestimmt waren, dem Wohl und der Verbreitung der Kirche zu dienen“.[83] In ähnlicher Weise konnte auch Bischof Vollmar anläßlich der Hundertjahrfeier der Freiheitskriege von 1813 die Niederlage Napoleons durch die Strafgewalt Gottes erklären. Der Kaiser der Franzosen habe sich „an der Kirche Gottes und ihrem geheiligten Oberhaupte vergriffen“; sei er auch zunächst die „Gottesgeißel für ganz Europa“ gewesen, so kam nach der Annexion des Kirchenstaates „die Geißel Gottes über ihn“.[84]

Diese Sichtweise ließ kaum noch Platz für ein aktives politisches Gestalten des Menschen, so daß Nörber schließlich seinen Hörern nur den Rat erteilen konnte: „Können wir die Welt in ihrem Laufe nicht aufhalten, so steht es doch in unserer Macht, unsere Seelen zu retten.“[85] Dagegen mußte es ein vergebliches Unterfangen bleiben, „durch Gesetzgebung, Kongresse, Organisationen, das Unheil“ abwenden zu wollen, da das Übel in der „Gottentfremdung“ wurzelte.[86]

Stimmen wie die des sozial-romantischen, antiliberalen bayerischen Geistlichen und Bauernbündlers Georg Ratzinger aus den neunziger Jahren, der gegen das Diktum Moltkes von der Notwendigkeit des Krieges zur Erziehung und Entwicklung der Menschheit den Heroismus der christlichen Caritas setzte, verhallten nach der Aussöhnung der katholi-

---

[82] Michael Felix KORUM, Über die schlechte Lektüre, in: Hirtenbriefe 1910, S. 22.

[83] Thomas NÖRBER, Stimmen Gottes für unsere unchristliche Zeit, in: Hirtenbriefe 1912, S. 146.

[84] Nutzen der Rekruten-Exerzitien, in: Hirtenbriefe 1913, S. 177.

[85] NÖRBER, Stimmen Gottes, S. 147.

[86] Ebd., S. 142.

schen sozialen Bewegung mit der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung des wilhelminischen Reiches ungehört. Die Förderung der Wehrkraftbestrebungen in katholischen Vereinen seit 1912 waren das genaue Gegenteil von dem, was Ratzinger gefordert hatte: „Um vor Erschlaffung und Genußsucht, vor Materialismus und Thatenlosigkeit zu schützen, gibt es die edelsten und wirksamsten Mittel in den Werken der christlichen Liebe. […] Die Feigsten bringen es über sich mit dem Feinde um das Leben zu spielen; dem Feinde zu verzeihen und ihn zu lieben, dazu fehlt den meisten die sittliche Kraft."[87]

Auch wenn der Katholizismus sich vom extremen Chauvinismus fernhielt, leistete er andererseits auch keinen wesentlichen Beitrag zur Verhinderung des drohenden Krieges. Dagegen stellte die – uns heute erschütternde – massive geistig-moralische Unterstützung des Ersten Weltkriegs durch den Katholizismus, wie sie etwa Missalla in einer kurzen Studie aufgezeigt hat,[88] keinen Bruch im Selbstverständnis des deutschen Katholizismus dar, sondern die konsequente Fortführung und Entfaltung dessen, was vor dem Krieg in unzähligen Reden beteuert worden war: bis zum letzten Atemzuge ‚mit Gott für Kaiser, Volk und Vaterland' zu kämpfen.

Textquelle:
August-Hermann LEUGERS: Einstellungen zu Krieg und Frieden im deutschen Katholizismus vor 1914. In: Jost Dülffer / Karl Holl (Hg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Kriegsforschung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1986, S. 56-73.

Erneute Darbietung in diesem Sammelband mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages Vandenhoeck & Ruprecht.

---

[87] G[eorg] RATZINGER, Die Volkswirtschaft in ihren sittlichen Grundlagen, Freiburg [2]1895, S. 551.

[88] Vgl. Anm. 79; Günter BAADTE, Katholischer Universalismus und nationale Katholizismen im Ersten Weltkrieg, in: Langner (Hg.), Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa, S. 89-109; Richard VAN DÜLMEN, Der deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg, in: Francia 2 (1974), S. 347-376.

Ich habe oft von Männern, die am Christus-Ekel kränkeln, den Einwurf gehört: was denn doch die Religion Jesu viele nütze und genützt habe? Die europäischen oder christlichen Nationen seien ja doch in Ansehung ihrer sittlichen Vervollkommnung um keinen Grad besser, als von jeher auch andere gebildete Völker gewesen sind. – Im Ganzen genommen ist freilich etwas dran: die Staatspolitik ist noch immer eben so pfiffig [...], und unsere Kriege haben durchgehends so wenig Christliches, daß man eine europäische Armee wohl schwerlich von Nebukadnezars oder Alexanders Heeren [...] würde unterscheiden können."

JOHANN HEINRICH JUNG-STILLING:
„Auch eine heilige Familie"[1] [1795]

[1] Erschienen in der Zeitschrift *„Urania"* (Leipzig: Voß & Compagnie), 4. Band, viertes Stück, S. 242-320. Textzugang: http://www.jung-stilling-forschung.de/Urania.pdf

Friedenslandschaft Sauerland vor 1914

Antimilitaristische Spurensuche in einer katholischen Region[1]

PETER BÜRGER

Es ist die Befähigung zum Frieden, die konkrete Lebensräume zur *Heimat* von Menschen werden lässt und darüber hinaus den nach uns kommenden Mitgliedern der menschlichen Familie eine Zukunft auf der Erde eröffnet.[2] Das von mir in mehreren Publikationen vermittelte Geschichtsprojekt „Friedenslandschaft Sauerland"[3] stellt einen Versuch dar, den Nebel des Kriegsdenkens auch durch Beiträge zum *regionalen Geschichtsgedächtnis* und die Erinnerung an „nahe Vorbilder"[4] zu durch-

---

[1] Der Beitrag basiert – mit Änderungen – auf ausgewählten Kapiteln meines Taschenbuches: Peter BÜRGER, Friedenslandschaft Sauerland. Antimilitarismus und Pazifismus in einer katholischen Region. Ein Überblick – Geschichte und Geschichten (= edition leutekirche sauerland 1). Norderstedt: BoD 2016. (Kurztitel: BÜRGER 2016a) – Darin greife ich bereits für die Zeit bis 1919 auf meine älteren Forschungsarbeiten zurück, ohne dies immer durch Anführungszeichen kenntlich zu machen. Besonders ausführlich sind in dem Band jedoch jene Abschnitte, die auf neuen Studien beruhen und sich auf die Zeit des deutschen Faschismus beziehen. Ich lege Wert darauf, den eigenen antimilitaristischen Standort offenzulegen (was ich auch von militärfreundlichen Autoren erwarte, die ja ebenfalls mitnichten nur unter einer ‚voraussetzungslosen Objektivität' ihre Forschungen betreiben). Zum *familiären* Hintergrund meines pazifistischen Ansatzes vgl. BÜRGER 2007b*. In beiden (!) Weltkriegen sind aus meiner Geburtskommune jeweils „Franz und Anton Bürger" als Soldaten ums Leben gekommen; es handelt sich a) um zwei Brüder meines Großvaters und b) um zwei Brüder meines *Vaters*. Mein Großvater *mütterlicherseits* hat im 1. Weltkrieg drei Brüder verloren und wurde selbst als Soldat verwundet; im 2. Weltkrieg hat dann auch meine Mutter zwei zum Kriegsdienst eingezogene Brüder verloren.

[2] Zur „Friedenstheologie im zivilisatorischen Ernstfall" vgl. BÜRGER 2020.

[3] Zuerst: DAUNLOTS NR. 77* (Beiträge von 18 Autorinnen und Autoren; 525 Seiten).

[4] BÜRGER 2016b; BÜRGER 2018a. Die Arbeit an beiden Publikationen widme ich einem ehemaligen Soldaten aus dem Sauerland, der mich wegen der Friedenstaube an meiner Jacke angesprochen und seine Geschichte unter bitteren Tränen erzählt hat. Bewaffnet hatte man

brechen. Im Vordergrund steht das Ermutigende, doch Abwege und Abgründiges gehören mit zum Gesamtbild.

Unter der Überschrift „Friedenslandschaft Sauerland" der eigenen Herkunftsregion eine besondere Immunität gegenüber der Kriegsreligion und den Heilsversprechen des Militarismus zu bescheinigen, das wäre freilich verlockend. Indessen halten Heimatpatrioten jedweder Schattierung allzu leicht ihre Wunschbilder schon für historische Wirklichkeiten und merken nicht mehr, wenn sie im Netz der eigenen Konstruktionen festhängen. Gewiss, die allermeisten Menschen zu allen Zeiten wollen aus naheliegenden Gründen keinen Krieg. Ausgesprochene Antimilitaristen und Pazifisten, die das Übel der Menschenschlächterei nicht für ein unvermeidliches Naturereignis halten, sind im katholischen Teil des Sauerlandes – wie anderswo – jedoch immer eine *Minderheit* geblieben! Auch nach zwei Weltkriegen bekamen Mitläufer und Kollaborateure des Militärapparates viel eher eine Chance, im Scheinwerferlicht des öffentlichen Geschichtsgedächtnisses zu stehen, als jene, die sich verweigert hatten.

So stellt sich, um einen Buchtitel von Dieter Riesenberger aufzugreifen, zunächst die Herausforderung einer regionalen „Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens"[5] – und gegen das Vergessen. Die Überschrift „Friedenslandschaft" markiert also noch kein besonderes Gütesiegel, sondern steht für eine bestimmte Blickrichtung.[6] Es ergeht die Einladung zu Erkundigungen über geschichtliche, soziale und kulturelle Kontexte sowie zu Persönlichkeiten und Initiativen, die der menschlichen Gattung jenseits des selbstmörderischen Programms „Krieg" Lebensperspektiven eröffnen.

---

ihn in Afghanistan in ein Gebäude geschickt. Bewaffnete, Feinde wären darin – hatte man gesagt … Es folgten nach diesem Einsatz mehrere Monate Aufenthalt in einer Psychiatrie und ein Ausscheiden aus der Armee. Die öffentliche Debatte über die in den Medien nicht vermittelten Abgründe auch der deutschen Beteiligung an tötender Militärgewalt im Rahmen des US-amerikanischen „Antiterror-Kriegskomplexes" steht noch immer aus!

[5] RIESENBERGER 2008.

[6] Als positives Beispiel für ein entsprechendes Augenmerk in der Regionalforschung ist die ökumenische „Kirchengeschichte am Oberrhein" zu nennen, die ein stattliches Kapitel „Friedensbemühungen" enthält: HENZE 2013; vgl. auch ein Ausstellungprojekt: PAX CHRISTI ESSEN 2015*.

Das ehedem kurkölnische – „katholische" – Sauerland ist deckungsgleich mit jenem Großteil des alten Herzogtums Westfalen, der von der südlichen Territorialgrenze her bis oben zum Haarstrang im Norden reicht.[7] (Der Haarstrang genannte Höhenzug gilt als eine der schärfsten *natürlichen Landschaftsgrenzen* in Mitteleuropa.) Wenn wir uns unter heutigen Gegebenheiten orientieren wollen, so suchen wir auf der Karte zur Gänze die Kreise Olpe und Hochsauerlandkreis, einen südlichen Teil des Kreises Soest sowie Menden und Balve im Märkischen Kreis auf. (Der nördlich der Haar gelegene Teil des alten Herzogtums, der nicht mehr zur Mittelgebirgslandschaft gehört, wird heute jedoch aufgrund der politisch-historischen wie konfessionellen Gemeinsamkeit oftmals auch zum „Heimatgebiet kölnisches Sauerland" gezählt: Erwitte, Geseke, Rüthen, Werl.)

Die lange Geschichte dieses *kölnischen* Sauerlandes beginnt spätestens mit der Verleihung des Titels „Herzog von Westfalen" an den Kölner Erzbischof (1180) und verfestigt sich mit dem Verkauf der Grafschaft Arnsberg nach Köln (1368). Seit Beendigung der Soester Fehde (1449) ist das „sauerländische" Herzogtum Westfalen dann durch Grenzen abgesteckt, die ohne große Veränderungen das Gebiet für 350 Jahre als kölnisch ausweisen werden. Anders als im märkischen Teil des Sauerlandes wird sich die Reformation hier – trotz mannigfacher Sympathien vor Ort – am Ende nicht durchsetzen können. Aus den unterschiedlichen politischen Besitzverhältnissen folgt auch eine konfessionelle Spaltung der Landschaft: „Heiligenbildchen" und „Evangelium", so der plattdeutsche Leutespott in späterer Zeit, stehen sich nunmehr gegenüber (gemeinsam bildet man den ‚südlichsten Zipfel' des niederdeutschen Sprachraumes). Der protestantische Teil, zur schon 1609 territorial an Preußen gefallenen Grafschaft Mark gehörend, öffnet sich früher der modernen Industrialisierung, während der katholische Teil in den Jahrhunderten nach der Reformation eher eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung durchmacht und in der Breite länger kleinbäuerlich geprägt

[7] Vgl. BÜRGER 2010, S. 552-555 (mit weiterer Literatur); nachfolgend übernehme ich unter Streichung der Literaturangaben auch eine Passage aus: BÜRGER 2006, S. 570.

bleibt. (Das kölnische Sauerland gilt bis weit ins 19. Jahrhundert hinein als ausgesprochen arme Landschaft.)

Mit dem von einem konvertierten (und sodann trotz Ehestand in Köln zum römisch-katholischen Priester geweihten) Historiker konzipierten Sammelwerk „Das Herzogtum Westfalen“[8] liegt inzwischen eine beachtliche Rekonstruktion der regionalen *Herrschaftsgeschichte* (!) vor. Am Ende kann man nur eine nüchterne, ja vielfach traurige Bilanz zur Geschichte des geistlichen Territoriums ziehen. Machtstreben und wirtschaftliche Privilegien-Sicherung erscheinen über Jahrhunderte hin als die maßgeblichen Triebfedern der politischen Geschäfte, wobei gerade auch die höchste Obrigkeit, die Kölner Bischöfe, und katholische „Edelherren“ keine Skrupel verspüren, das Kriegshandwerk für die eigenen Interessen – und stets auf Kosten der einfachen Untertanen – in Bewegung zu setzen. So mancher sogenannte ‚Erzbischof‘ verzichtet auf alle heiligen Weihen, hat mit Jesu Botschaft, Seelsorge oder Priestertum rein gar nichts am Hut und steht ganz gewiss nicht in einer apostolischen Nachfolge. „Wie viele Bistümer kann man unter einer Mitra vereinen?“ Dieser Frage hat man in den adeligen Familienclans angeblicher Oberhirten zeitweilig die größte Aufmerksamkeit geschenkt. Von geistig-kulturellen oder gar geistlichen Reichtümern, die aus dem Herzogtum Westfalen selbst hervorgegangen sind oder hervorgegangen sein sollen, kann man in der Geschichtsschreibung von oben kaum etwas finden. Ob sich aus der ‚priesterlichen Herrschaft‘ (im fernen Köln) etwa eine besonders profilierte Armensorge – in der Nachfolge Jesu – hergeleitet hat, diese Frage bleibt noch offen (viele Klöster verfolgten jedenfalls andere, nicht immer löbliche Hauptzwecke).

Schließlich wäre manches, was dem „ultramontanen“ Chronisten ungelegen kommt, doch noch anschaulicher zu vermitteln, darunter z.B. irritierende Zustände im Klosterleben und erhebliche Irregularitäten hinsichtlich des *obligaten* Zölibats für alle Priester, der ja eigentlich in allen Jahrhunderten als Zwangsnorm nicht „funktioniert“ hat. So manche Lanze wurde – unter dem Vorzeichen eines neuen Traditionalismus – noch in unserer Zeit gebrochen für die katholische Adelswelt, die sich selbst in einem heidnischen Ahnenkult um ihr „Familienblut“ verherr-

---

[8] KLUETING/FOKEN 2009.

licht hat. Doch von den Mentalitäten, von den Lebenswirklichkeiten der einfachen Leute oder gar von *deren* Blick auf die Herrschaftsverhältnisse wissen wir bislang so gut wie nichts. Das vorerst maßgebliche ‚Standardwerk' ist an ihnen wenig interessiert.

Als Soest sich vom Kölner Bischofsstuhl lossagte und dem Herzog von Kleve-Mark unterstellte, ging für das kölnische Herzogtum Westfalen im Zuge der Soester Fehde 1444-1449 das maßgebliche stadtbürgerliche Kulturzentrum als Bezugspunkt verloren.[9] Die Soester Fehde ist Thema einer umfangreichen – kriegerischen – Schriftüberlieferung. Den berühmten Fehdebrief der Stadt Soest beantwortet der autokratische Kölner Erzbischof Diederich von Moers (Amtsjahre 1414-1463) mit einer Kriegsmaschinerie sondergleichen, wobei er für das Quälen und Totmachen von Menschen professionelle Söldner heranzieht. Aber auch die Soester Stadtväter hegen keine Skrupel, in der Umgebung völlig unbeteiligte Menschen blutig „abzustrafen". Christenmenschen schlagen sich gegenseitig ihre Schädel ein und empfinden dies offenbar nicht als ein Problem. Nach Ende der Gemetzel durch einen Friedensspruch hat ein Soester Dominikanerbruder, der seinen Namen nicht nennt, 1449 ein mittelniederdeutsches Weihnachtsgedicht[10] bzw. Lied verfasst (gedruckt erst 1516 in Köln und nur in einem einzigen Darmstädter Druckexemplar erhalten). Die Kriegsfehde hatte wohl bei vielen Menschen eine Sehnsucht geweckt, „uit dussem dale gruwlicke" (aus diesem fürchterlichen, greulichen Tal) in ein besseres Land ohne Anbetung der Gewalt zu gelangen (Strophe 34). In Strophe 12 wird die weihnachtliche Friedensbotschaft (Lukas-Evangelium 2,14) so wiedergegeben:

Der Engel schar was al daerby	*Der Engel Schar war schon dabei,*
Sey sungen algelicke	*Sie sangen allzugleich:*
Loff ere heyl und wunne sy	*Lob, Ehre, Heil und Wonne sei*
Gode in synem hogen ricke	*Gott in seinem hohen Reich.*
Den luden mote vreden syn	*Den Leuten muss Frieden sein,*
Dey van guden wyllen syn	*Die von gutem Willen sind,*
Hyr op dusser erden	*Hier auf dieser Erde,*

[9] Vgl. zum Nachfolgenden (mit Literaturangaben): BÜRGER 2012, S. 77-81.
[10] JUCHHOFF 1969; Textzugang auch im Internet: DAUNLOTS NR. 45*.

Und geloven an dat kyndelyn	*Und glauben an das Kindelein*
Und halden dey gebode syn	*Und halten die Gebote sein,*
Dey sullen selick werden	*Die sollen selig werden.*

Eine Militär- und Kriegsgeschichte des alten Herzogtums kann ich an dieser Stelle nicht darbieten. Es versteht sich von selbst, dass den Stadtoberen und Ständevertretern an Abgaben für übergeordnete Kriegszwecke des ‚externen' Landesherrn in Köln selten gelegen war.[11] Man pochte auf althergebrachte Rechte und Selbstverwaltungskompetenzen. Für die frühe ‚Neuzeit' darf man nicht unterschlagen, dass die Parteigänger der Reformation und die Re-Katholisierer gleichermaßen vor Gewalt nicht zurückschreckten.[12] Nur die Bewohner der Landschaft, die wurden – wie überall – nicht gefragt, welche Richtung eingeschlagen werden sollte.

Eine leidenschaftliche Abrechnung mit dem Feudalismus hat Eduard Raabe (1851-1929), ein geborener Soester und ‚Bürgerkatholik' der feinsten Sorte, in seiner plattdeutschen Chronik von Hamm[13] (1903/1904) vorgelegt. Von einer Verklärung der ‚guten alten Zeiten', in denen bürgerliche wie politische Versklavung der Menschen gewaltet haben, hält er rein gar nichts. Wo er auch von den Abgründen der Geschichte ‚pläsierlich erzählt', geschieht das oft genug in Form einer bitterbösen Ironie: Die Herren sprechen von Leibeigenschaft, was in Wirklichkeit Sklaverei bedeutet. Schon zur Zeit Karls des Großen verbindet man auf lästerliche Weise Menschenschlächterei und Küsse auf das heilige Kreuz. Die hohen Kleriker unter den adeligen Herren üben sich dann jahrhundertlang in Messelesen und gleichzeitigem Kriegshandwerk; das geistliche Amt wird zwar mitunter als Hemmnis für Liebesfreuden (Zölibat) betrachtet, nie jedoch als eine Einschränkung der eigenen Habgier. Die ‚sogenannten geistlichen Herren' geben fromme Werke vor, doch genau besehen geht es meistens nur um rücksichtslose Selbstversorgungspolitik des

---

[11] Vgl. für das letzte Jahrzehnt des Herzogtums: SCHUMACHER 1967, S. 99-116.

[12] Vgl. als neuere Darstellung zum fast zwei Jahrzehnte währenden „Kölnischen Krieg" ab 1583: CONRAD 2014.

[13] Vgl. BÜRGER 2012, S. 293-302, hier bes. S. 296. – Ausführlich beschäftigt sich Eduard Raabe in späteren Kapiteln mit der Menschenschinderei des preußischen Militärs und beschreibt u.a. nach Aufzeichnungen eines lutherischen Bischofs, wie Soldaten des Königs *evangelische* Kirchengemeinden terrorisieren (vgl. ebd., S. 298).

Adels. Opfer sind stets die Kleinen, z.B. die armen Bauern. ‚Lustiges Rauben und Morden' – ausgeführt auch von den Bürgern der Stadt Hamm – wird in den Urkunden euphemistisch als „Schaden tun" abgehandelt. Gegen all das entwickelt Raabe seinen *christlichen* Einspruch: Das sollen Nachfolger des Heilands gewesen sein, diese ‚hochwürdigsten Erzbischöfe und Bischöfe: im Panzer, zu Pferde und mit der Mordaxt in der Faust'? Kaum einer der Theologen der Zeit, so wird geklagt, bedeutete den weltlichen oder geweihten Größen, dass ihr machtbewusstes Kriegstreiben auf Kosten der Untertanen ‚nichts anderes als hundsgemeiner Massenmord' war. In seinen engagierten Kommentaren erinnert der Chronist an jene Auferstehung, ‚in der alle Schläfer – ohne Ansehen des Standes – aufwachen' müssen; der Friedensgruß der Messe und die Weihnachtsbotschaft stehen dem Treiben der Herrschenden entgegen.

Große Grausamkeit gegenüber den eigenen Untertanen (bzw. Kirchenschäfchen) war auch in absolutistischer „Neuzeit" aus der Herrschaftsperspektive heraus kein Problem. Der prachtliebende und jagdbesessene Kurfürst Clemens August, von 1723 bis 1761 Erz-„Bischof" von Köln, verfügte strafverschärfend, dass ertappte Wilddiebe ein Spießrutenlaufen durch 100, 200, 300 (!) Bauern zu absolvieren hätten und man auf flüchtende Vertreter des in seinen Augen illegalen Jagens „sogleich Feuer geben" solle.[14] Die Mitra als Signum der Menschenverachtung?

Im Sauerland selbst muss man kritische Anmerkungen zur „geistlichen Obrigkeit" früherer Jahrhunderte förmlich mit der Lupe suchen. Immerhin bin ich auf eine Anekdote gestoßen, der zufolge ein sauerländischer Bauer den stolz auftretenden geistlichen Landesherrn unverblümt gefragt haben soll: „Wann de Duiwel maol diän Kurfürsten haolen deiht, wo bliff dann de Erzbiskopp?"[15] (Wenn der Teufel einmal den Kurfürsten holen wird, wo bleibt dann der Erzbischof?) Das *ideale* Bild des alten Herzogtums Westfalen im Heimatschrifttum trägt ansonsten meistens folgende Züge: Köln achtet die „Freiheiten" bzw. Stadtrechte, lässt seine Unterherren – den sauerländischen Adel – recht frei walten und übt unter dem bischöflichen Krummstab eine milde Herrschaft aus.

---

[14] Vgl. BÜRGER 2018b, S. 18-20.

[15] KURFÜRST UND BAUER 1957.

Die große „Milde“ der kölnischen Herrschaft, die sich in mancherlei Hinsicht doch auch als „Laissez faire“ betrachten ließe, wird jedenfalls später immer wieder zur maßgeblichen Überschrift der Geschichtserinnerung. In Arnsberg sagte der Leutemund: „De Kurfürste hiät us mestet, de Hesse hiät us schlachtet un de Pruiße friätet us met Hiut un met Hore op.“ (Der Kurfürst hat uns gemästet, der Hesse hat uns geschlachtet und die Preußen fressen uns mit Haut und Haaren auf.)

Die nachfolgenden Gebietsherren sprechen vor allem von einem „kölnischen Schlendrian“ im Sauerland und sehen ihr Pauschalurteil über die rückständigen geistlich regierten Territorien auch hier am Ort bestätigt. (Max Franz von Österreich, der letzte Kurfürst von Köln, war jedoch stark von der Aufklärung geprägt und durchaus gesonnen, Reformen in die Wege zu leiten.)

Allerdings findet man – kurz vor der Säkularisierung – auch ein günstiges Fremdurteil bezogen auf Hörigkeit und Kriegsbedrückung ausgerechnet bei dem scharfen Kritiker Justus Gruner: „Nirgends ist das Leibeigenthum weniger wahrhaft drükkend [als hier im Herzogthum Westphalen]. Hier ist der Eigenbehörige ein Erbpächter; er bezahlt keine unbestimmten Gefälle, sondern nur einige billige, nie zu erhöhende Kolonialabgaben, und genießt dabei einer, zwar nicht absoluten, aber doch eventuellen Freiheit vom Soldatenstand: denn nur zur Erfüllung seiner reichsständischen Obliegenheiten darf der Landesfürst Soldaten ausheben“[16]. Unter hessischer und später preußischer Herrschaft, so werden wir im nächsten Abschnitt sehen, kann dann von einer „eventuellen Freiheit vom Soldatenstand“ für die kölnischen Sauerländer keine Rede mehr sein.

*

Ein kleiner Exkurs sei an dieser Stelle erlaubt zu der Frage, ob aus dem alten Herzogtum denn am Ende nur rückwärtsgewandte, gar finstere Gesinnungen in das frühe 19. Jahrhundert mitgeschleppt worden sind. Der ‚deutsche Jakobiner‘ *Friedrich Georg Pape* (1763-1816) ist vor seinem öffentlichen Auftreten in der Mainzer Republik ein stark von der Auf-

[16] GRUNER 1803*, S. 405.

klärung geprägter Prämonstratensermönch im Herzogtum Westfalen (Arnsberg-Wedinghausen) gewesen.[17] Dieser sauerländische Anhänger der Französischen Revolution hat an eine Vereinbarkeit von ‚Katholizismus' und Republik geglaubt und erklärte sich dem preußischen Herrscher so: „Dein und aller Könige Feind." Den Landgrafen von Hessen-Darmstadt attackierte er, weil dieser Untertanen als Soldaten verkaufte. Berühmtheit hat Friedrich Georg Pape in seiner Heimat nie erlangt.

Dass lokale Unruhen im Zuge der 1848er Revolution später vorzugsweise als groteske Komödien in der Überlieferung geschildet werden und man der eigenen Demokraten aus dem katholischen Sauerland – bis heute – nicht mehr gedenkt, entspricht wohl dem gelenkten Geschichtsgedächtnis in ganz Preußen.[18] Natürlich hatte namentlich auch der Klerus im Sauerland – wie anderswo – im Regelfall keine Sympathien für den Freiheitsdrang im Volk.[19]

Der „Bauernadvokat" und Abgeordnete *Johann Friedrich Joseph Sommer* (1793-1856) wurde von den Preußen, denen er unter Verweis auf die Verfassungsgeschichte des alten Herzogtums Westfalen[20] Selbstverwaltungskompetenzen abtrotzen wollte, als Fortschrittler oder gar „Adelshasser" beargwöhnt und muss – auch wegen seiner Schriften zur

---

[17] GRÜN 1996.

[18] Vgl. BÜRGER 2012, S. 106-108 und 302-313. – Der Sauerländer Hermann Grashof (1809-1867), geboren in Brilon, wurde als freiheitsliebender Student zum Tode verurteilt und saß nach seiner Begnadigung zusammen mit dem Mecklenburger Fritz Reuter ab 1836 in Magdeburger Gefängnishaft. Reuter hat seinem berühmten Mundartwerk „Ut mine Festungstid" 1862 eine warmherzige Freundschaftswidmung für Grashof vorangestellt. Dass z.B. mit dem Juristen und Demokraten Johann Matthias Gierse (1807-1881) aus Gellinghausen bei Meschede ein geborener Hochsauerländer zu den westfälischen Führungsgestalten der Revolutionsjahre 1848/49 gehört, ist nur wenig bekannt.

[19] Vgl. z.B. SCHERER 1998: Der Olper geistliche Rektor Peter Joseph Hesse (1815-1875) gab „1849 zur Bekämpfung der Revolution die Wochenschrift ‚Der Volksbote' heraus". – Pfarrer Johannes Dornseiffer schreibt noch 1896 in seinem Buch „Geschichtliches über Eslohe" über den nachmaligen Sozialdemokraten Carl Wilhelm Tölcke (1817-1893), eine im Revolutionsjahr 1848 „verdiente" Festungshaft „zur Abkühlung" sei bei diesem Anhänger des „Gedankenchaos" offenbar erfolglos gewesen. (Dornseiffer war ein väterlicher Freund des Paderborner Bischofs Wilhelm Schneider.) – Vgl. in der ‚edition leutekirche sauerland' zur 1848er Revolution jetzt auch den Band: NEUHAUS 2019.

[20] Sommer meint ausdrücklich: „Der Geist des Christenthums ist durchaus nicht knechtisch [...], die geistlichen Länder hatten ja grade bis auf die neueste Zeit hin die freiesten Verfassungen" (Zitat: WESTPHALUS EREMITA 1819*, S. 143).

Verfassung der Kirche[21] – durchaus als ‚frühliberaler Katholik' bezeichnet werden (Tendenz zum Konziliarismus im Sinne einer kollegial geleiteten Weltkirche, jedoch strikte Ablehnung eines Nationalkirchentums). Die seit der Französischen Revolution sich durchsetzende allgemeine Wehrpflicht empfindet das Volk, so der sauerländische Jurist, als „eine ungeheure Freiheitsbeschränkung, eine neue Personal-Leibeigenschaft"; der „Dienst im [Kriegs-]Gefolge" sei „bei uns kein Stand vorzüglicher Ehre. Die Zeit ist nicht soldatisch gesinnt"[22]. – 1819 hatte Sommer noch einen Artikel „Ueber die Glaubwürdigkeit des deutschen Juden" veröffentlicht, in dem sich eine judenfeindliche Einstellung offenbart.[23] In Fragen der Judenemanzipation vertrat er 1827 jedoch in Opposition zum preußischen Staatsbeamten Freiherr von Stein eine andere, fortschrittlichere Position.[24] Johann Friedrich Joseph Sommer wollte eine moderne Verfassung und Freiheit für die Kirche. Indessen versagte er sich in der Preußischen Nationalversammlung 1848 doch vehement der Sache der Demokraten, weshalb dann Arnsberger Bürger vor seinem Haus demonstrierten und sogar Fensterscheiben einschlugen.

Dass im ersten Drittel und dann noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die gebildeten Katholiken im kölnischen Sauerland durchaus freiheitlich gesonnen waren, bezeugt auch das Beispiel des Juristen *Johann Suibert Seibertz*[25] (1788-1871). Als Nestor der regionalen Geschichtsschreibung pflegt Seibertz größte Anhänglichkeit an sein ‚Vaterland' – *nicht* die Nation, sondern: das kleine Herzogtum Westfalen. Dessen Vertreter, so heißt es bei ihm 1823, hätten stets erfolgreich „jeden Versuch zur Einführung einer willkürlichen Herrschergewalt zu vereiteln vermocht". Der Katholizismus huldige „in allem den großen Anweisungen unseres Meisters, der keineswegs das heiligste Gut des Menschen, ver-

---

[21] Vgl. seine unter Pseudonym erschienene Schrift „Von der Kirche in dieser Zeit": WESTPHALUS EREMITA 1819*, bes. S. 35, 44, 51, 71, 74, 78, 143, 148. Der Bischof von Rom steht der versammelten Kirche vor „als primus inter pares, ist aber nicht unfehlbar, sondern nur die ganze Kirche ist dies". Bei der Wahl eines Bischofs soll Freiheit walten und auch der „niedere Klerus" beteiligt werden; denkbar ist sogar eine Beteiligung von ‚Laien' („Wahl a clero et populo").

[22] WESTPHALUS EREMITA 1819*, S. 91 und 97.

[23] BÜRGER 2012, S. 572.

[24] WOLF 1979, S. 64-65.

[25] Vgl. zu Seibertz, mit Quellennachweisen: BÜRGER 2012, S. 129-132.

nünftige Freiheit, in Fesseln legen wollte". Seibertz gesteht zu, dass bei den Katholiken eine „oftmals übereifrige Sorge um Rechtgläubigkeit" walte. Jedoch, so will er wissen: es *„herrschte vielleicht in keinem katholischen Lande Deutschlands so viel Toleranz, als von jeher grade im Herzogthum Westfalen"*[26]. (Jüdische Schriftsteller der Landschaft werden bei Seibertz gleichberechtigt berücksichtigt, im Einzelfall auch gegen „boshafte Verläumdung" verteidigt.[27]) Am Ende ist gar Christus selbst ein Demokrat? In einem Brief vom 7. Juni 1849 an Georg Josef Rosenkranz, den Vorsitzenden des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens – Abteilung Paderborn, schreibt Johann Suibert Seibertz:

> „Ich hoffe zu Gott, dass das Studium der Geschichte aus den Erschütterungen der Gegenwart ebenfalls verklärter hervorgehen wird, wenn diese überhaupt dazu beitragen, uns von so manchem alten Kindersprech zu reinigen, dessen Abführung durch die bisherigen Mittel unmöglich war. Die Aussichten dazu sind zwar in neuerer Zeit wieder sehr getrübt worden, sowohl durch die destructiven Tendenzen anarchischer Revolutionäre, welche nicht wert sind, zur Fahne der Demokratie, wozu [sich] ja auch Christus unser Herr bekannte, gerechnet zu werden. Als durch die servilen Bestrebungen reactionärer Absolutisten, welche sich mit vollestem Unrecht conservativ und wohl constitutionell nennen. Ohne Fortschritt kein Leben, Stillstand ist der Tod [...]."[28]

1819 – also schon zu ‚preußischer Zeit' – hat Seibertz über kriegerische Eroberer angemerkt: „Die Geschichte verewigt manche Menschen, welche über den Trümmern eines eroberten und zertretenen Welttheils

---

[26] Der protestantische Beamtensohn Carl Wilhelm Tölke (1817-1893), „Vater der westfälischen Sozialdemokratie", wird nach seiner Geburt in der kath. Pfarrkirche zu Eslohe „ökumenisch" getauft und soll als Schulknabe „mit Eifer und Freude […] zur heiligen Messe" gedient haben. In den 1830er Jahren arbeiten bei der Arnsberger Regierung der evangelische Pfarrer Ferdinand Hasenklever und der katholische Pfarrer Friedrich Adolf Sauer als Schulreformer in engster persönlicher Verbundenheit zusammen.

[27] BÜRGER 2012, S. 570.

[28] Zitiert nach: BRUNS 1992, S. 320. (Für den Hinweis auf diese Textstelle danke ich Jens Hahnwald.)

frohlockten und welche ihre eigenen Kräfte vertausendfachten, um nur desto mehr Uebel zu stiften. Die Nachwelt richtet freilich gerecht; sie entgöttert einen Alexander, der Welten verwüstete, und sagt es unverhohlen, daß der Mensch, der seiner Ruhmsucht und seinem persönlichen Interesse das Glück und die Ruhe von Jahrhunderten zu opfern klein genug ist, der seine Größe nur nach der Zahl der Leichen mißt und das Feld seines Ruhmes nur mit Menschenblute düngt, daß ein solcher Mensch selbst für unsere Verachtung zu klein sey."[29]

2. Katholische Neupreußen mit Anpassungsproblemen

Mit der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte durch die Französische Revolution wird 1789 in Europa das Ende des Feudalismus eingeläutet.[30] Die Losung lautet: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!" Während das Ideal einer „brüderlichen Gesellschaft" schnell in Vergessenheit gerät, sind aufgrund der Heiligsprechung eines förmlich uneingeschränkten Rechtes auf private Besitzstandsicherung und Reichtumsvermehrung längerfristig vor allem die nichtadeligen besitzenden Klassen als Gewinner des neuen Zeitalters anzusehen. Napoleon Bonaparte exportiert über seine Kriegspolitik die bürgerliche Rechtsordnung in die von Frankreich abhängigen Länder. Mordwaffen sind der Motor, nicht Vernunftargumente. Die wunderbare Vision der Republik ist auf unselige Weise von Anfang an mit dem blutigen Heilsaberglauben an Militärgewalt verquickt.

Anders als in der Grafschaft Mark war die Stimmungslage im kölnischen Teil der Landschaft zumindest im Vorfeld nicht prinzipiell franzosenfeindlich. Die Bauern von Rösenbeck (Brilon) scheinen sich 1794, inspiriert von dem neuen „Freiheitsgeiste", ihrer geistlichen Grundherrschaft vom Kloster Bredelar widersetzt zu haben. Der Preuße C. F. Knesebeck schreibt in seinem Bericht über das Herzogtum Westfalen 1797, mehrere Bewohner hätten mit Blick auf Adel und Mönche laut

---

[29] Zitiert nach: BÜRGER 2012, S. 132.

[30] Quellenangaben zu diesem und dem nächsten Kapitelabschnitt: BÜRGER 2012, S. 102-106.

geäußert, „sie wünschten, die Franzosen möchten nur kommen; denn wenn diese ihnen ihr Hab und Gut auch einmal nehmen, so könnten sie dieses doch wieder erwerben“. – Willkommen waren französische Soldaten 1797/98 im kölnischen Sauerland allerdings nicht, und der Widerstand wäre zweifellos stärker ausgefallen, wenn die Bewohner um den noch zu erbringenden Blutzoll auf den Kriegsschauplätzen des Franzosenkaisers gewußt hätten. Bei Friedrich Wilhelm Grimme, Christine Koch und anderen gibt es jedoch vereinzelte Hinweise auf eine Napoleon-Verehrung, und Kinder sollen sogar öfters den Vornamen „Napoleon“ erhalten haben. Die Mundart vor Ort nahm auch über originelle Neuschöpfungen Wörter aus der Sprache der Besatzer auf. Selbst Jahrzehnte nach der preußischen Inbesitznahme des Sauerlandes „hingen in heimischen Häusern Bilder Napoleons“, auch als „Protest gegen die […] neuen Verhältnisse einer reaktionären Zeit“ nach dem Wiener Kongress (Josef Rüther).

Militärverweigerung unter hessischer Herrschaft

Mit der Inbesitznahme des Herzogtums Westfalens durch den Landgrafen von Hessen-Darmstadt endet 1802/1803 im katholischen Südwestfalen die jahrhundertelange „geistliche“ Territorialherrschaft der Kölner Bischöfe. „Das Fehlen einer Wehrpflicht galt als Segnung der kurkölnischen Zeit. Als sie nun kam, haben die Einwohner des Herzogtums sie wie ein großes Unglück aufgenommen. Der neue Herr führte sie am 1.II.1804 ein. [...] Dieser Erlaß mußte die jungen Männer im Herzogtum hart treffen. Sie, die bisher relativ unabhängig und von der Obrigkeit unbehelligt geblieben waren, sollten auf einmal zehn ihrer besten Jahre für den Staat opfern, und das in einer Zeit, da in Europa viele Soldaten gebraucht und verbraucht wurden.“[31] Die Verkündigung der allgemeinen Wehrpflicht stieß auf keine freudige Resonanz, so dass das Oberkriegskollegium 1809 bestimmte, „daß im Fall der Widersetzlichkeit ganzer Gemeinden diese mit Waffengewalt zu Paaren getrieben, und daß einzelne, welche mit Waffen oder lebensgefährlichen Instrumenten in der Hand – der Konskription entgegensträubend – ergriffen werden,

[31] SCHÖNE 1966, S. 136-137.

als Rebellen von einem Kriegsgericht sofort zum Tode verurteilt und erschossen werden sollen. Bei Entweichungen einzelner Konskriptionspflichtiger sollen, außer dem Eintritt der gesetzlichen Vermögenskonfiskation, auch noch ihre älteren, wenn auch schon etablierten oder verheirateten Brüder ausgehoben, und in Ermangelung derselben, die Väter oder Mütter der Pflichtvergessenen bis zur Sistierung der letzten verhaftet werden."[32]

Manfred Schöne konstatiert: „Die Quellen verraten nicht, ob es zu Todesurteilen und Sippenhaftungen gekommen ist. Fest steht jedenfalls, daß die Zahl der *Desertionen* ungewöhnlich hoch gewesen sein muß. Mit allen Mitteln versuchte man, ihrer Herr zu werden".[33] Unzufrieden war die neue Landesherrschaft 1811 namentlich auch mit der Zuarbeit der Pfarrer, die auf dem Wege „einer gut geführten Pfarrstatistik" die Erfassung der Wehrpflichtigen erleichtern sollten.

Kein Geringerer als der ‚sauerländische Nationaldichter' *Friedrich Wilhelm Grimme* (1827-1887) wird später die Erinnerung an diese bedrückende Seite des Herrschaftswechsels wachhalten.[34] Für die hessisch-darmstädtische Zeit des kölnischen Sauerlandes berichtet er in seiner Schrift *„Das Sauerland und seine Bewohner"* (1866/86) von großen Vorbehalten gegenüber den protestantischen und obendrein Hochdeutsch sprechenden Beamten aus Hessen. Er ergänzt: „Wache stehen und Gewehrpräsentieren in Darmstadt und Rockeburg ging unseren sauerländischen Söhnen ebenfalls schwer ein – die befohlene ‚freiwillige' Landwehr bot in ihren Übungen, z.B. auf dem Bigger Bruche, mehr Komik als strammes Exercitium. Bei Aushebungen, für Frieden wie für Krieg, war die Desertion massenhaft, und manche militärpflichtige Jünglinge hielten sich monden- und jahrelang auf Heuböden und in Scheunen, ja, wenn es sein mußte, in ausgetrockneten Kalkgruben versteckt." Die Komik der Landwehr bei Bigge hat der Dichter übrigens auch in einem Mundartschwank anschaulich in Szene gesetzt.

---

[32] Zitiert nach: SCHÖNE 1966, S. 137.

[33] SCHÖNE 1966, S. 137.

[34] Vgl. BÜRGER 2007a, S. 100-103, 127 und 130-132; BÜRGER 2012, S. 798.

Für seine eigene Gegenwart – als Untertan des preußischen Königs – beschreibt Grimme schon Unterhaltungsangebote mit Militärthematik. Im Lustspiel *„Jaust un Durtel oder de Kiärmissegank“* (1861) können die Sauerländer nämlich auf der Dorfkirmeß in einem Guckkasten Napoleon bei Austerlitz, den alten Fritz bei Leuthen und sogar Soldaten sehen, die auf der Erde herumliegen: ohne Kopf und Beine. Man könnte schon bei der bloßen Ankündigung weinen. Das ist wohl einen Groschen wert! („Saldoten legget op der Eer' / Un het nit Kopp, nit Bäine mehr.“ „Me söll sau gryinen, wamm' et hört! / O Jaust! dat is 'ne Grosken wert.“)

Das einzige Mundartwerk Grimmes mit promilitärischer Tendenz – *„De Musterung, oder Gehannes Fiulbaum un seyn Suhn“* (1862) – führt genüsslich vor, wie ein fauler „Taugenichts“ aus der Unterschicht, der sich drücken will, am Ende doch noch zum Militärdienst muss (was ihm dann immerhin Vorfreude auf die vielen Wirtshäuser in Berlin hervorlockt).[35] Nach seiner Verbeamtung hat der Dichter, der sich doch im Frühwerk ganz solidarisch mit dem Leben der ‚kleinen Leute' seiner Herkunftslandschaft zeigt, einige unsympathische kleinbürgerliche Seiten entwickelt. Gleichwohl, eine seiner besonders oft zitierten Sentenzen lautet: „Patriotismus, blasse Phrase, / Brauchbar sehr bei Sekt und Biere […]. Schale Speisen kann ich dulden, / Auch Gerüche schlechte, faule – / Aber zum Erbrechen reizt mich / Patriotismus mit dem – Maule.“[36]

Nach nicht einmal vierzehn Jahren hessen-darmstädtischer Herrschaft war das ehemals kurkölnische Südwestfalen 1816 Preußen zugeschlagen worden.[37] Über einen katholischen Arnsberger Handwerker

---

[35] Ob Grimmes *„De Musterung“* später zum deutsch-französischen Krieg von 1870/71 noch einmal eine besondere Rezeption erfuhr, wäre zu erforschen. Am 5. August 1888 bestreitet das Stück beim Grimme-Fest in Eslohe jedenfalls die erste Programmstelle. Ein Jahr vor dem Ersten Weltkrieg wird es 1913 erneut in Eslohe dargeboten, wo unter Anwesenheit der Gattin des verstorbenen Dichters am zweiten Pfingsttag die dortige Abteilung des Sauerländischen Gebirgsvereins in der Schützenhalle zu einer plattdeutschen Theaterveranstaltung einlädt.

[36] Aus Grimmes Lyrikband „Deutsche Weisen“ (1881, S. 177); zitiert z.B. 1921 auch noch von „Heimatbund-Gründer“ Franz Hoffmeister (PRÖPPER 1949, S. 83). Vgl. jetzt auch das *„Friedrich Wilhelm Grimme Lesebuch*“ (Bearb. P. Bürger; aisthesis-Verlag 2019).

[37] SCHÖNE 1966, S. 138: „Bei der Übergabe des Herzogtums an Preußen umfaßte die Landwehr in der ersten Klasse 13.095, in der zweiten 7.927 und in der dritten 8.550 Mann,

der Revolutionszeit liest man in der Festschrift „Arnsberg 700 Jahre Stadt“ (1938): „General Klappka war ein ehrsamer Schlossermeister an der Bergstraße, deren Bewohner damals alle waschechte Republikaner und ‚48er‘ waren. [...] Die traditionelle Preußenfeindschaft, die vielfach noch im Sauerlande zu finden war, pflegte er aus ‚Prinzip‘, wie er sagte. Als er einmal Musterungsjungens in der Nähe des Muttergotteshäuschens traf, sagte er: ‚Daut twintig Pänninge drin, dat ey nit bey de Pruißen kuemet!‘ [Jungens, werft 20 Pfennige in den Opferstock, damit ihr nicht zu den Preußen kommt].“[38]

Für mein Spezialgebiet in der Regionalforschung, die Mundartliteraturgeschichte, ist ein auffälliger Befund zu referieren: Im märkischen (‚protestantischen‘) Landschaftsteil des Sauerlandes gibt es seit Aufkommen der neuniederdeutschen Dichtung zur Jahrhundertmitte z.T. sehr ausgeprägte vaterländisch-militaristische Tendenzen, während Vergleichbares bis zur Zeit um 1900 bei plattdeutschen Produktionen im kurkölnischen (‚katholischen‘) Landschaftsteil fehlt.[39] Das sozial- und mentalitätsgeschichtlich äußerst interessante Neheimer Mundartbüchlein *„Hiärmen Slaumayers Liäwensläup“* von Franz Ostenkötter (1855-1918), gedruckt etwa um 1885-1890, thematisiert auch den Militär- und Kriegsdienst eines Kleineleute-Sohnes in den 1860er Jahren.[40] Nach seiner ersten militärischen Züchtigung mit Prügeln bestellt Hiärmen Slaumayer seine Mutter in die Kaserne nach Hanau, wo diese – couragiert und unter Androhung einer Schiedsmannklage – gegen die Misshandlung ihres Sohnes Protest einlegt! Offenkundig ist es im Jahre 1862

---

eingeteilt in 12 Regimenter mit 409 Offizieren, 452 Spielleuten, 1.710 Unteroffizieren und 27.448 Gemeinen.“ Westfalens preußischer Oberpräsident von Vincke meint zu dieser Zeit gar, die Westfälinger (Bewohner des Herzogtums Westfalens) hätten sich stets als „vorzüglich gute Soldaten“ ausgezeichnet (ebd.).

[38] Zitiert nach: BÜRGER 2012, S. 311.

[39] BÜRGER 2012. – Zugeben muss man allerdings, dass plattdeutsche Leuteüberlieferungen (Alltagsreime, Lieder) mit antimilitaristischer Tendenz im bislang gesichteten Textkorpus kaum ins Gewicht fallen; vgl. BÜRGER 2006, S. 44, 65, 92, 128-129, 148, 367, 477. – Umgekehrt verhält es sich übrigens mit Zeugnissen zu Judenfeindlichkeit, die spätestens ab ultramontaner Zeit in den plattdeutschen Produktionen des kölnischen Landschaftsteils Schule machen, während sie im märkischen (protestantischen) Sauerland weithin fehlen (vgl. BÜRGER 2012, S. 553-787).

[40] Vgl. sehr ausführlich BÜRGER 2012, S. 251-279.

bis zu den ‚kleinen Leuten' im kölnischen Sauerland noch nicht durchgedrungen, dass beim preußischen Militär andere Regeln gelten als im zivilen Leben. 1864 kommt es zum Krieg gegen Dänemark[41], und Hiärmen muss mit in die Schlacht. Er weint bittere Tränen und ist sehr darauf bedacht, die eigene Haut zu retten (die Waffenbediener übersehen nämlich auf fahrlässige Weise, dass in ihrem Schussfeld leibhaftige *Menschen* stehen). Gleichwohl erwischt eine feindliche Kugel seinen Fuß. Es folgen ein Vierteljahr im Lazarett und die Entlassung wegen Untauglichkeit. Das nächste Kapitel: Invalidenrente, Hilfsarbeiterstelle in der Fabrik, Trunksucht, Gewalttätigkeit gegen Mutter und Ehefrau ...

Preußens Krieg gegen den Deutschen Bund und das katholische Österreich 1866 findet im Sauerland ein sehr geteiltes Echo.[42] Im „Westen" der Landschaft, der zur Grafschaft Mark gehört, teilt man ohne Abstriche den preußischen Kriegsenthusiasmus. Im katholischen Teil ist man dagegen wenig begeistert. Vor der Schlacht gab es auch im Altkreis Brilon eine Zeitungsannonce zur Volkspetition an den preußischen König: „Keinen Krieg – Frieden!" Alfred Bruns zufolge reagierten Mütter auf die Mobilmachung mit Klagen und Weinen. Clemens August Reichsgraf von Westphalen (Laer bei Meschede) sagt sich aus Protest am 28. Juli 1866 aus dem preußischen Untertanenverbande los (sein vierter Sohn hat sich zu diesem Zeitpunkt als Offizier dem Waffengang Preußens gegen Österreich durch Emigration entzogen). Es zeigen gar „katholische Einwohner Westfalens mehr oder weniger offen ihre Sympathien für den Gegner Preußens" (M. Wolf). – Namentlich in Münster, so berichtet Landois, heißt es: „Nu kriegt de Prüßen auk ehr Fett!" – Die Mescheder Soldaten kehren dann „still und wehmütig aus dem Bruderkriege nach

---

[41] In diesem Kriegsjahr 1864 ist einer meiner Verwandten, der Schmied Caspar Bürger (1842-1927) aus Eslohe-Bremscheid, vom Militär desertiert. Er versteckte sich am Heimatort, wurde vom preußischen Militär im Heu des Elternhauses gesucht („mit Säbel und Bajonetten") und floh vor Juni 1864 bei „Nacht und Nebel" in die Vereinigten Staaten von Amerika (*Feldmann*, Anna: Bremscheider Familienchronik [Bürger]. Erster Band. Paderborn: Selbstverlag 1984, S. 43-44).

[42] Vgl. (mit Literaturnachweisen): BÜRGER 2007a, S. 102 und 131; BÜRGER 2012, S. 108-109; ebd., S. 298 beachte auch den Kommentar des Katholiken Eduard Raabe von 1903/04: „Selten sind wuol prüißiske Saldoten mit wenniger Lust un Begeisterunge in einen Kryig trocken, as in düsen" (Selten sind wohl preußische Soldaten mit weniger Lust und Begeisterung in einen Kriege gezogen als in diesen).

Hause zurück“ (Peter Wiese). Friedrich Grimme vermerkt im Vorspruch seinem Büchlein „*Galantryi-Waar'!*“ (1867), den Lesern sei im Vorjahr vor Krieg und Schrecken das Lachen vergangen: „De ganze Welt makete en lank Gesichte, / Kein Menske mehr was syines Liäwens frauh [...] / Niu awer is Friede – Guatt Luaf un Dank!“ (Die ganze Welt machte ein langes Gesicht, / Kein Mensch war seines Lebens mehr froh … / Nun aber ist Friede – Gott Lob und Dank!)

Die endgültige Verdrängung von Österreich als der „Vormacht des Katholizismus“ aus dem deutschen Einigungsprozess war 1866 „über viele Katholiken wie eine Katastrophe“ hereingebrochen (Karl-Egon Lönne); auch auf der Ebene der Kirchenleitung herrscht noch Skepsis hinsichtlich der seelsorgerlichen Dienstleistung für das preußische Militär[43]. Nach dem Deutsch-Französischen Krieg kommt es fünf Jahre später 1871 zur deutschen Reichseinheit, und der König von Preußen wird Kaiser. In der so ausgeführten „kleindeutschen Lösung“ dominieren Preußentum und Protestantismus. Noch sind keineswegs alle katholischen Neupreußen durch den verlockenden Ruhm gewonnen. Bei der allgemeinen Illumination der Stadt Meschede nach dem Sieg in der Schlacht bei Sedan schließt sich ein bejahrter Bürger, dessen Söhne alle „im Felde“ stehen, vom allgemeinen Festjubel aus: „Wat, ieck sall immageneuern wiägen diäm Max Maum un diäm Kummerjanten van Stroßburg?“[44] (Was, ich soll illuminieren wegen dem Mac Mahon [also: wegen der Sedanschlacht] und dem Kommandanten von Straßburg?)

„Was hälfe es meinem Vaterlande, wenn es die ganze Welt gewänne?“

Im Vorjahr war in Soest bei Nasse in sechster Auflage eine kleine Schrift „*Sind die Katholiken schlechte Patrioten?*“ [verfasst 1866] erschienen, ohne Verfasserangabe.[45] Die ganze erste Hälfte dieses Heftes besteht in einer staatsbürgerlichen Rechtfertigung: Die Katholiken seien *an sich* die allertreuesten Staatsbürger und zuverlässigsten Patrioten. Doch diesen Be-

---

[43] 1869 verfasst der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler eine weitsichtige Denkschrift über „die Gefahren der exemten [von der Jurisdiktion der Ortsbischöfe unabhängigen] Militärseelsorge“. Die Militärkirchlichkeit konnte er leider nicht aufhalten.

[44] WIESE 1932*.

[45] BROSCHÜREN-CYCLUS 1870*. [Vollständige Textdokumentation im →Quellenteil.]

schwörungen folgt auf zehn Seiten eine Grenzziehung, wie man sie in beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts leider nicht mehr hören wird: „Aber ein Patriot, der nur Patriot wäre und keine höheren Pflichten kennte, als Vaterlandsliebe – ein solcher Patriot ist der grundsätzliche Katholik nicht und darf es nicht sein. Es gibt noch ein höheres und erhabeneres Gebiet, als das des natürlichen Lebens. Es gibt noch ein anderes Vaterland für uns auch auf dieser Welt, ein viel wichtigeres, größeres, erhabeneres, heiligeres und heilbringenderes. Dieses ist die Kirche. In diesem geistlichen Verbande kennen wir weder ‚Juden noch Nationen, weder Griechen noch Barbaren', weder Deutsche noch Italiener noch Franzosen noch Polen. In diesem Vaterlande ruhen unsere höchsten Güter, unsere ewigen Interessen, unsere letzten und unzerstörbaren Hoffnungen. In diesem ‚Staate' ist unser Oberhaupt Christus ..." (S. 11). „Unter Patriotismus verstehen wir Katholiken nicht Staatsvergötterung." (S. 12) Denn in der Schrift steht ja geschrieben: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen." (S. 13) Der Katholik müsse Nein sagen zu einem Patriotismus, der „auswärtige Völker und fremde Staaten beschimpft, verläumdet und verlästert" (S. 16). „Der Katholik erkennt in jedem Menschenkinde seinen Nächsten, seinen Mitbruder, mag er wohnen, wo er will, und welchem Staate auch immer angehören." (S. 17) In nachfolgenden Ausführungen wird diese Grundhaltung gerade auch auf das Verhalten im Kriegsdienst bezogen. Der beste Patriotismus spreche (mit dem Protestanten Gerlach): „Was hälfe es meinem Vaterlande, wenn es die ganze Welt gewänne, und nähme doch Schaden an seiner Seele?" (S. 19) Bezogen auf das Jahr 1866 heißt es frank und frei: „Wir sind Katholiken – darum war auf unsern Kanzeln ‚zum Gebete für Oesterreichs Sieg aufgefordert worden' [...] Wir sind – *Katholiken* – darum sind wir [in den Augen der Hetzer, Anm. pb] ‚keine Patrioten'. Wir sind *Katholiken* – da liegt der Hase im Pfeffer!" (S. 20)

Von einer widerstrebenden kirchlichen Haltung im Umfeld des „Kulturkampfes" zeugt auch das Beispiel des in Donogge bei Medebach-Glindfeld geborenen Priesters *Karl Friedrich Trippe* (1823-1899). Dieser ehemalige Divisionspfarrer war „ab September 1870 Gefangenenseelsorger für ca. 11.000 französische Kriegsgefangene, beherrschte perfekt die französische Sprache, [war] ebenfalls Seelsorger für ca. 1.000 Kranke und Verwundete in französischen Lazaretten", nahm „trotz ministeriellen

Verbots [...] den französischen Militärgeistlichen Abbé de la Guibourgère als Hilfsgeistlichen“ und leistete einen persönlichen Beitrag in Höhe von 177 Talern zu der auf seine Initiative zurückgehenden „Errichtung eines Ehrenmals für die in Erfurt verstorbenen französischen Soldaten in der Nikolaikirche“; für die späteren Jahre 1876 bis 1880 bescheinigt ein Nachschlagewerk zur Militärseelsorge diesem Sauerländer eine „Weigerung, zu persönlichen Gedenktagen der preußischen Monarchie Glocken läuten zu lassen oder Gottesdienste zu feiern“.[46]

Erinnerungen an eine durchaus nicht kriegsfreundliche Mentalität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wirken bis heute in der Region nach. Im Februar 2015 hat mir der Heimatdichter Jupp Balkenhol (Jg. 1929) vom Möhnesee folgendes Gedicht[47] zugesandt:

Der Fahnenträger
1870 schrieb Fernand seiner Mutter:

„Mama, wie soll ich es Dir sagen?
Sei stolz, ich darf die Fahne tragen!
Ich bin der allererste hier –
ich bin jetzt Fahnenoffizier,

und jeder hier im Regiment
mich einen großen Glückspilz nennt.
Ich habe es sehr weit gebracht –
und morgen geht es in die Schlacht!“

Da schrieb die Mutter ihm zurück:
„Junge, die Fahne bringt kein Glück.

---

[46] BRANDT/HÄGER 2002, S. 839. – 1894 wurde Trippe, der 1886 eine Pfarrstelle in Bigge angetreten hatte, Dechant des Dekanates Brilon.

[47] Auf Rückfrage hat mir der Verfasser zu diesem Text mitgeteilt: „Laiwer Poiter, Geschichte – wat frögger passoiert ies – wat Mesken erliäwet hät – un wat se dao met Luien maket hät, dao hewwick mi liuter all wahne füör intressoiert. Füör diän ‚Fahnenträger‘ har iek keine Vorlage un Anregung noirig. Säo ies dat imme Kruige 1870/71 wiäsen: Dai Mann met der Fahne, dai marschoiere allen vüöriut – un wann dai fallen was, dann hiät dai Näöchste de Fahne häoge haollen ...“ (E-Mail, 12.02.2015). Vgl. zur antimilitaristischen Tendenz bei J. Balkenhol auch: BÜRGER 2013, S. 635-636.

Du schreibst von Deiner großen Ehre,
denk an die feindlichen Gewehre!

Mein Sohn, viel junges Blut wird fließen –
die Feinde werden auf Dich schießen.
Mein lieber braver Ferdinand,
Gott schütze Dich in Feindes Land!“

Die Mutter hatte es geahnt
und ihren Sohn umsonst gemahnt:
Weil Ferdinand die Fahne trug,
wurde sie ihm zum Leichentuch.

3. Vom Kulturkampf bis zum frühen 20. Jahrhundert

Ab 1871 eskalieren die Auseinandersetzungen des preußischen Staates mit der Papstkirche von Pius IX. (jetzt unter den Bedingungen des neuen Kaiserreiches). Dieser „Kulturkampf“ wird auch in den katholischen Kreisgebieten des Sauerlandes ein Jahrzehnt lang den Alltag mitprägen. Die Gläubigen verstecken ihre vom Staat abgesetzten Priester, halten das kirchliche Leben durch ‚Laienliturgien‘[48] aufrecht und nutzen Prozessionen zur ‚politischen‘ Willenskundgebung. „Durch die Betreuung der ihrer Pfarrer beraubten Kirchen wuchsen die Laien in die Pfarrleitung hinein. Wallfahrten nach Werl und zum Wilzenberg oder Papstjubiläen und Heiligenfeste wurden weithin sichtbare Symbole einer wohl unterdrückten, aber standhaften und vielfach noch gestärkten Kirche und ihres Kirchenvolks.“[49] Die 1870er Jahre waren geprägt von einem mitunter sehr erfinderischen zivilem Ungehorsam gegen Maßnahmen von Staat und weltlicher Obrigkeit am Ort.

---

[48] Vgl. SCHULTE 1875* (Taufe, Beerdigung, Eheschließung); HEITMEYER 1999/2008*; ERNESTI 2005*; BÜRGER 2012, S. 111-112; MÜLLER 2013 (Darstellung für das Eichsfeld; mit Hinweisen auf Handbuch und Gebetbuch „Gemeinden ohne Seelsorger“, Paderborn 1874 und 1876).
[49] BRUNS 1987, S. 13.

„Bismarck hat einen Vorz gelassen, danach stinkt es in ganz Europa“

In einem Buch aus dem Nachlass des katholischen Reister Lehrers Johann Friedrich Nolte (1809-1874), des Großvaters der Dichterin Christine Koch (1869-1951), habe ich einen höchst interessanten, handschriftlichen Faltzettel entdeckt.[50] Von innen entfaltet liest man den Text:

Der Minister von Bismark hat schnell und recht
energisch gehandelt, hat dadurch seine Stellung
gekräftigt. Er hat einen bedeutenden Vorzug vor anderen Staats-
männern, weil er gelassen alle Schmähreden über sich
ergehen ließ, und sich darnach auch nicht im Mindesten richtet.
Ihm sagte sein Instinkt es, daß er schließlich doch der
popularste Mann in ganz Europa werden würde.

Klappt man den oberen Teil des Zettels, aus dem ein Fenster in Form des „Eisernen Kreuzes“ herausgeschnitten ist, zu, so bleibt von diesen Zeilen nur noch das Folgende zu lesen:

Bismark
hat
einen bedeutenden Vorz
gelassen
darnach
stinkt es,
in ganz Europa.

Es geht im „Kulturkampf“ in erster Linie um die nach Verkündigung der neuen Papstdogmen (1870: Unfehlbarkeit, universale Befehlsgewalt) einsetzenden Repressionen gegen die mit Rom verbundene Kirche. Aber auch alte antipreußische Ressentiments leben wieder auf, und namentlich gegen den Militarismus wird polemisiert. Dies lässt sich z.B. aufzei

[50] Aus einem Nachlassteil, den mein Vater Bernhard Bürger (1927-2005) bei Handwerksarbeiten in Eslohe-Reiste vor dem Verbrennen bewahrt hat. Die Abbildung folgt einer Kopie vom 14.9.2000. Der Archivort für das Original ist leider z.Zt. nicht zu ermitteln. – Zu Nolte, dem der Sohn Joseph (Jg. 1843) als Reister Lehrer nachfolgte, vgl. BÜRGER 1993, S. 25-28.

gen anhand der Jahrgänge des römisch-katholischen – „ultramontan" ausgerichteten – „Olper Kreis-Blattes" (ab 16.12.1874: Olper Intelligenz-Blatt; ab 1.3.1876: Sauerländisches Volksblatt).[51] Zum Teil sehr kämpferische Artikel werden in Olpe aus anderen Blättern übernommen, so am 21. August 1875 in der „Politischen Rundschau" ein Text zum deutschnationalen Sedansfest (der Beitrag stammt aus der „Frankfurter Zeitung"): „Die Herren [Kriegsfestredner] verschweigen, daß wir in einem Heerlager leben", sonst „könnte den Leuten z.B. die Frage beifallen, ob nicht der Krieg an sich ein Uebel sei, das fortzeugend in neuen Kriegen neue Uebel gebäre". – Den „St. Sedantag" (Verlästerung) als Nationalfeier eines *Schlachtendatums* mit vielen Toten empfand man im organisierten Katholizismus damals noch als grobe Geschmacklosigkeit. So konnte man 1876 im „Mainzer Journal" lesen: „Feiert euer [sic!] Nationalfest am Tage des Frankfurter Friedensschlusses oder am Tag der Kaiserproklamierung zu Versailles oder an einem beliebigen Tage, nur nicht an dem Schlachtentage von Sedan …".[52]

Sehr kritisch fällt ein als Serie gedruckter – wohl fingierter – plattdeutscher Briefwechsel im Olper Blatt aus. In der Folge vom 30.6.1875 werden die katholischen Leser mit Blick auf die betrüblichen „Zeitverhältnisse" zu einem Boykott von Schützen- und Kriegerfesten ermuntert. Am 14.7.1875 zerpflückt einer der beiden „Briefpartner" ein neues Schulbuch, in dem vermutlich das Gedicht *„Deutscher Trost"* (1813) von Ernst Moritz Arndt abgedruckt war: „Sieh mal hier, wie das Buch mit unserem Herrgott umgeht: Was? ‚deutsche Freiheit – *deutscher* Gott! Lieber Gott, magst ruhig sein.' Ich sollte es zu sagen haben, was würde das Buch in die Ecke fliegen." (Mundartanteile hier übersetzt.) Am 7.8.1875 gibt es ein Lob für den Fürsten von Lichtenstein wegen der Abschaffung des Militärs: „dai well kainen Kryeg un hiät dai ganze Armai uphafft un seggt, dai Saldoten söllen niu Roggen schnyen, Hawer mäggen un

---

[51] Vgl. BÜRGER 2012, S. 160-170.

[52] Vgl. auch HAMMER 1974, S. 198. – Franz Heinrich Reusch erinnert in seinem Artikel über „Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler" für die Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 15 (1882), S. 670-676 folgendermaßen an die Distanzierung des Mainzer Bischofs von den Sedan-Feiern zu: „Im J. 1874 trug K. durch ein sehr heftiges ‚Ausschreiben, die Sedanfeier betreffend' (Briefe S. 482) wesentlich dazu bei, diese Feier wenigstens am Rhein in nicht ultramontanen Kreisen populär zu machen."

opbingen un sau födder“ [‚der will keinen Krieg und hat die ganze Armee abgeschafft und sagt, die Soldaten sollten nun Roggen schneiden, Hafer mähen und aufbinden und so weiter‘].

Es kommt auch zu mehreren Presseprozessen gegen den Olper Redakteur Gottfried Ruegenberg (1842-1891), zuletzt wegen Abdrucks des scherzhaft gehaltenen, aber wohl durchaus im Sinne einer ernsten Kritik verbreiteten *„Glaubensbekenntnisses eines Altkatholiken, verfaßt von einem Ultramontanen“* am 16.6.1875:

> „Ich glaube an den Deutschen Kaiser, den mächtigen Schöpfer des einigen Deutschen Reiches, und an den großen Kanzler, einen eingeborenen Preußen, unsern Herrn, der uns richtet mit seinem Geiste […], aufgefahren bis zur höchsten Stufe des Reiches […], sitzet er zur Rechten des Kaisers, von dannen er Strafanträge stellt und richten läßt über die Schwarzen und Rothen. Ich glaube an den großen Geist der deutschen Wissenschaft, an eine altkatholische Staatskirche, Gemeinschaft der Freimaurer, Vermehrung der Steuern, Vertheuerung des Fleisches und ein *ewiges Soldatenleben*. Amen.“

Die Altkatholiken, die die beiden ‚von oben‘ neu konstruierten Papstdogmen nicht anerkannten und vom preußischen Staat gefördert wurden, zeichneten sich schon zu diesem Zeitpunkt durch den größeren ‚Patriotismus‘ aus (‚germanisch‘ versus ‚romanisch‘). Im ultramontanen Sauerland, aus dem verblüffend viele ihrer geistigen Wortführer stammten[53], sind sie von der Mehrheitspartei mitunter sogar in äußerst *gewalttätiger* Weise geschmäht worden: ein beschämendes Kapitel der heimatlichen Kirchengeschichte.[54]

---

[53] Gemeinhin werden München und Bonn als maßgebliche Zentren genannt; die mindestens eben so große Bedeutung der Südwestfalen werde ich 2021 in einer „Relektüre: Vatikanum I“ in Erinnerung rufen.

[54] Vgl. FRANZEN 2005, S. 445-451; BÜRGER 2012, S. 112-113, 163, 165, 300, 652 (mit Literaturverweisen). Gewalttätige Auseinandersetzungen gab es namentlich in Attendorn und – gerichtet u.a. gegen den alt-kath. Kriegervereinsvorsitzenden – in Lippstadt. – Auch der in Meschede geborene Priester Dr. phil. Friedrich Kayser (1833-1881), ab 1867 in Düsseldorf Divisionspfarrer, soll „vorübergehend Sympathisant des Altkatholizismus“ gewesen sein (BRANDT/HÄGER 2002, S. 387).

Ein wirklicher Sonderfall begegnet uns bei dem Sauerländer *Joseph Pape*[55] (1831-1907). Dieser Dichter und Jurist lehnte – wie schon die frühliberalen Katholiken der Landschaft – insbesondere eine unbeschränkte universale Jurisdiktion des Papstes über alle Bistümer der Welt ab, wechselte jedoch nicht ins Lager der Altkatholiken. Seine Anschauungen über das recht verstandene Petrusamt (Erster unter Brüdern: ‚primus inter pares' im Bischofskollegium) veröffentlichte er auch in einem großen Versepos, doch diese literarische Freimütigkeit brachte ihm keine Exkommunikation ein. Als römisch-katholischer Intellektueller – als gläubiger und politischer Mensch – ist Pape im 19. Jahrhundert ein Nonkonformist, der zwischen allen Stühlen sitzt: Konservatismus und progressive Geistigkeit gehen in seinen Arbeiten eine merkwürdige Mischung ein: Im Bürener Wohnhaus des Dichters steht eine Miniatur des Hermannsdenkmals. Die Tendenz zur Verklärung des alten Herzogtums fällt bei ihm moderat aus. Ultramontane *und* kulturkämpferische Interessen werden gleichermaßen nicht bedient (anders als bei F. W. Grimme fehlen auch antisemitische Töne). In seinen frühen hochdeutschen Werken verschreibt sich Pape noch ganz dem großen, siegreichen Vaterland, huldigt dem antifranzösischen Zeitgeist und will später sogar mit Blick auf das Jenseits von einer besonderen Dignität des Soldatentodes wissen. Doch wäre er gleichwohl als ‚Nationalkatholik' völlig missverstanden! In seiner – höchst problematischen, ja z.T. gefährlichen – politischen Geschichtstheologie ist die ‚deutsche Rolle' am Ende doch nur eine vorübergehende, denn die geradezu eschatologische Vision des Reiches zielt auf eine umfassende Gemeinschaft der Völkerwelt, auf ein ‚*Weltfriedensreich der Gotteskindschaft und Humanität*'.[56] Indessen gehört Pape eben nicht zu jenen – ‚ultramontan' (oft auch judenfeindlich) ausgerichteten – Katholiken, die sich wie der Eichstätter Domkapitular Albert Stöckl (1823-1895) im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts als ausgesprochene *Antimilitaristen* zu erkennen geben.[57]

---

[55] Es besteht eine verwandtschaftliche Verbindungslinie zu dem oben genannten Ex-Prämonstratenser und ‚deutschen Jakobiner' Friedrich Georg Pape (1763-1816) aus Fehrenbracht, heute Gemeinde Finnentrop.

[56] Vgl. DAUNLOTS NR. 55*, S. 148-155.

[57] Vgl. GRIESBAUER o.J. (Text im vorliegenden Band – und auch sonst online nachlesbar in: DAUNLOTS nr. 77*, S. 430-434).

Zeitlebens stark vom Kulturkampf geprägt blieb der aus Elspe stammende Priester und Dichter Peter Sömer (1832-1902).[58] Im Jahr 1892 erscheinen in Paderborn seine *„Hageröschen aus dem Herzogtum Westfalen"*[59]. Einige hochdeutsche Texte in dieser Sammlung legen eine militärkritische Lesart bei Kriegsthemen nahe und spiegeln damit die Abneigung der kölnischen Sauerländer gegenüber dem soldatischen Zwangsdienst unter Hessen und Preußen wider. Über den auferstandenen Pest-Scheintoten von Attendorn heißt es z.B., er habe „Tod" geheißen, als Landsknecht bei Prag gefochten bzw. Tod verbreitet und Gott vergessen (*„Der Tod von Attendorn"*). Das Soldatenleben in alten Zeiten wird hier mit einem Abfall von Gott assoziiert. – In den von Albert Groeteken zusammengestellten „Sagen des Sauerlandes" (Auflage 1926) gibt es mit dem „Pilger von Silbach" übrigens ein Gegenbild zu Sömers Landknecht. Der Silbacher focht „jahrzehntelang in aller Herren Länder" und gelobte Gott, nachdem sein Kriegsmut gebrochen war, fortan „ein frommes Pilgerleben zu führen". – Der Schäfer Wilm von Werl ist Sömer zufolge noch zu Kölner Zeiten des Herzogtums ein Held, weil er die unerbittlichen Soldatenanwerber des preußischen Königs an der Nase herumführt und ein freier Vogel bleibt (*„Wie man einen Vogel im Neste fangen wollte"*). In einem der „Hageröschen"-Gedichte erfahren wir, wie ein junger Westfale im Krieg gegen die Welschen „sein Blut in reichem Strahle" vergießt; aber am Ende steht – anstelle des Blutkultes – eine gute Nachricht: „Gott Lob und Dank, sie sehn ihn wieder, / Er braucht nicht mehr ins Feld zu ziehen!" (Gedicht *„Die Heimkehr aus der Schlacht"*). – An anderer Stelle brüllen die Teilnehmer eines Kriegerfestes schwerbewaffnet Kriegslieder, doch bei der Heimkehr ins Dorf verstummen die mutigen Maulhelden augenblicklich – aus Angst vor ihren Frauen (*„Vom Kriegerfeste"*). Diese „stilbildende Szene" mit Spott über soldatische Traditionspflege bei Veteranen wird in der sauerländischen Mundartliteratur der ersten beiden Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts noch mindestens zweimal auftauchen.[60]

---

[58] Vgl. BÜRGER 2007a, S. 236-239 (mit Quellenangaben); im Internet zu ihm: DAUNLOTS NR. 26*.

[59] Im Internet abrufbar: SÖMER 1892*.

[60] FRANZEN 2005, S. 274-275.

Die Kriegervereine[61] sind nun aber einer jener Motoren gewesen, die zur Veränderung der Einstellungen zu Krieg und Militär im katholischen Sauerland führten. Werner Neuhaus hat im Rahmen seiner Forschungen zur Mentalitätsgeschichte „die Herausbildung eines katholisch-nationalistischen Milieus in Sundern im Kaiserreich 1871-1914" beschrieben.[62] Nach Ende der Konflikte zwischen Staat und Kirche tragen auch Geistliche (wieder) stolz ihre königlichen Orden.[63] Längst abgeschlossen ist die Verdrängung der ausgelassenen Kirchweih kurkölnischer Zeiten durch ein Schützenfest, auf dem dann ob einer Zunahme militärischer Elemente und einer Formung des Umzugs nach „preußischem Hofzeremoniell" der so eigentümliche sauerländische „Geck" (eine ganz unkriegerische, ‚demokratische' Narrengestalt) schließlich als Störfaktor empfunden werden konnte.[64] Im 19. Jahrhundert hat es ja auch noch so etwas wie einen *„Kulturkampf anderer Art"* gegeben, in welchem sich Vertreter eines neuen, humorlosen Katholizismus (Ultramontanismus) und Sachwalter der Preußen-Polizei *Seite an Seite* gegen ein allzu tanzfreudiges Leuteleben in der Landschaft in Stellung brachten.[65] Friedrich Wilhelm Grimme kennt für die Zeit vor der Kaiserkrönung noch das anarchische Element im ‚sauerländischen Selbstbewusstsein' der kleinen Leute (Armut und Katholischsein bedürfen keiner ‚Rechtfertigung'). Doch wie

---

[61] Vgl. exemplarisch die Gründungsgeschichte in Beringhausen: BÖDGER 1999, S. 270-279. Für das „Kriegervereinswesen" im mehrheitlich katholischen, eichsfeldischen Kreis Heiligenstadt liegt eine sehr erhellende Gesamtdarstellung vor: DEGENHARDT/DEGENHARDT 2013. Ein wesentlicher Motor für den Brückenbau ins konfessionelle Milieu war die *antisozialdemokratische* Zielrichtung der vom Staat protegierten Kriegervereine!

[62] NEUHAUS 2008* (überarbeiteter Text im vorliegenden Band – und auch sonst im Internet nachlesbar: DAUNLOTS NR. 77*, S. 435-444).

[63] Ab Ende des 19. Jahrhunderts ist an den meisten Orten mit ausgesprochen königstreuen Seelsorgern zu rechnen, wozu wohl eine stattliche Reihe von Priesterbiographien zusammengestellt werden könnte. Vgl. z.B. BÜRGER 2006, S. 576 (Christoph Grothof 1805-1895 in Berghausen, Johannes Dornseiffer 1837-1914 in Eslohe); BASSE 1996 (Rektor Josef Bauer 1881-1945 in Medebach, Richtschnur „Pro Deo et Patria").

[64] Vgl. BÜRGER 2013, S. 363-378.

[65] Vgl. BÜRGER 2012, S. 116-129. Ein Äquivalent dazu: In ultramontanen Schriften gegen den preußischen Militarismus kann sehr wohl die disziplinierende Erziehungsschule des Militärs gelobt werden. Vgl. im →Quellenteil: *„Der Krieg und die sociale Frage"* (1871).

lange würde man immun bleiben gegenüber der Versuchung, den latenten ‚Minderwertigkeitskomplex' durch Einstimmen in das allgemeine „Hurra"-Geschrei zu übertönen?

Für den Ort Kirchhundem-Herrntrop illustriert sehr anschaulich Claus Heinemann den zwischen 1870/71 und 1914 auch im ehemaligen Herzogtum Westfalen zunehmend durchgesetzten „sozialen Militarismus" – in Abgrenzung zu vorhergehenden Jahrzehnten.[66] Zunächst gibt er eine Erinnerung des Artilleriesergeanten Anton Behle senior zur Teilnahme am Deutsch-Dänischen Krieg 1864 wieder: „En komisken Krieg was datt! Wann Rauhe was, dann kreop me binein un deilte Breaut un Toback. Wann'et dann awwer wiër lossgong, dann mogte me wiër op enander scheiten!" (Ein komischer Krieg war das! Wenn Ruhe war, dann rückte man zusammen und teilte Brot und Tabak. Wenn es dann aber wieder losging, dann musste man erneut auf einander schießen!) Doch „fast noch unbegreiflicher wurde dem einfachen Soldaten aus dem [katholischen] Sauerland der Feldzug gegen Österreich", was u.a. in einem Soldatenbericht im Olper Kreis-Blatt vom 20.10.1866 zum Ausdruck kommt. In dem Beitrag, der gleichzeitig mit einer Siegesfeier-Einladung für das Amt Bilstein erscheint, schildert ein Kriegsteilnehmer, wie er als Schwerverwundeter nach dem Rückzug der eigenen Kompanie plötzlich mitten unter den Österreichern am Boden liegt. Ein *österreichischer* Kaiserjäger will ihm auf seine Bitte hin die Feldflasche mit Wasser füllen („Wart, Kamerad, sollst's scho hab'n!"), bekommt jedoch bei diesem Liebesdienst den Kopf von einem preußischen Füsilier zerschmettert. Der sauerländische Soldat bekennt: „… meine Wunde brennt vor Schmerz, wenn ich des braven Jägers gedenke". Die Heimkehrer des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 rufen dann aber auf die Siegesrede des Amtmanns von Kirchhundem hin begeisterte Hochrufe aus. Ab der Gründung des Kaiserreiches vollzieht sich „eine bis dahin für unsere Gegend beispiellose Heroisierung von Krieg und Kriegern". In der Schule werden Veteranen mit Eisernem Kreuz, auch wenn sie sonst im Dorf als „Taugenichtse" gelten, als große Vorbilder herausgestellt. Der Kriegervereinskult wird immer stärker etabliert. Die Jugend, selbst ohne eigene

[66] Vgl. für das Folgende die genauen Literaturangaben in: BÜRGER 2012, S. 428-431; zu Herrntrop die vorzügliche Ortschronik: HEINEMANN 1981.

Kriegserfahrungen, ist beeindruckt. Josef Lindemann, Zeitzeuge des Kaiserreiches, wird so zitiert: „Dat was'n greauten Eogenblick fiär uss Kinger, wann dei allen Veteranen opmascheierten tau oiner Beerdigunge, un der Wind diär ehre Bärte gong ase diär oin reip Korenfeld." (Das war ein großer Augenblick für uns Kinder, wenn die alten Veteranen aufmarschierten zu einer Beerdigung und der Wind durch ihre Bärte ging wie durch ein reifes Kornfeld.) Immer mehr Wert legt man nun auf das „Gedienthaben", und von Deserteuren in der eigenen Familiengeschichte will man auf einmal nichts mehr wissen. Die „in der Wilhelminischen Ära aufwachsende Generation" verschweigt verschämt, „daß noch die Väter und Großväter kaum ein Risiko gescheut hatten, um dem Gestellungsbefehl zum Militär zu entgehen, und die Beamten der Militärbehörden als ‚Bluthunde' bezeichnet worden waren".

Einem Mundartschwank zufolge singt die Olper Jugend im späten 19. Jahrhundert schon am Tag der Musterung Soldatenlieder und zwar *„knuakenhart"* (knochenhart); anschließend übt man sich in ersten Gefechten, wobei einstweilen noch die Drolshagener Nachbarn den Feind abgeben müssen. „Plattdeutsche Preußenfreundlichkeit", wie man sie in der Grafschaft Mark früh und reichlich antrifft, ist in der Mundartliteratur des katholischen Sauerlandes allerdings – wie schon oben angemerkt – im 19. Jahrhundert noch nicht nachweisbar. Bezeichnenderweise enthält auch das Paderborner Gesangbuch „Sursum Corda!" erst in den Auflagen nach 1900 – und dann über zwei Weltkriege bis 1948 – den vollen ‚deutschen Urtext' des Liedes „Großer Gott wir loben dich" (Tedeum) mit der gruseligen Zeile *„Heilig, Herr der Kriegerheere!"*[67]

Von einer unglaublichen Patriotisierung und Militarisierung schon der Kindheit im Kaiserreich legen u.a. erhaltene Spielzeugsammlungen ein Zeugnis ab, ebenso die Schulliederbücher im Regierungsbezirk Arnsberg oder Fotoalben, in denen die Kleinen in Soldatenuniform, Marine- bzw. Matrosenanzug (Erstkommunionkleidung!) etc. zu sehen sind (1987 konnte man in einer Ausstellung des Museums Holthausen religiöse *und* vaterländische Bildwerke aus dieser Epoche zur Schmückung des Wohnraums sehen[68]). Seit 1854 waren Patriotismus und Königstreue

[67] CORDES 2000.
[68] BRUNS 1987.

als höchste Lernziele im preußischen Schulwesen immer mehr in den Vordergrund gerückt. Ein Zeugnisheft aus Wenholthausen trägt um 1900 den Aufdruck: „Fürchte Gott, ehre den Kaiser, liebe das Vaterland dein ganzes Leben lang!“ Der katholische Gewerkschaftssekretär Franz Neuhaus aus Olpe (1896-1984) erzählt 1969 in einer plattdeutschen Skizze: „Als wir kurz nach 1900 als I-Männchen in der Schule saßen, wurde auf die Religionsstunde besonders großer Wert gelegt. Die zweitwichtigste Geschichte aber war die Geschichte des Vaterlandes. Schon nach ein paar Wochen in der Schule konnten wir ohne Fehler und knochenhart das Lied singen: ‚Der Kaiser ist ein lieber Mann ...‘ Es war, so sieht es jetzt aus, eigentlich komisch, dass dann später, wenn vom Kaiser erzählt wurde, alles mäuschenstill war, während so mancher sonntags beim Herrgott in der Kirche ganz andere Geschichten im Kopf hatte.“ Neuhaus hat 1966 in einem Mundartschwank für die Zeit seines Berufslebens allerdings auch vermittelt, daß ein vom Militarismus der Kaiserära geprägter Möchtegern-Kerl mit eingebildeten breiten Schultern bei Arbeitskollegen Heiterkeit auslösen konnte.

Die Erinnerungen von *Ferdinand Tönne* (1904-2003) aus Velmede legen ebenfalls nahe, daß wir uns am Vorabend des ersten Weltkrieges die Verhältnisse im katholischen Teil des Sauerlandes kaum weniger „preußisch“ vorstellen dürfen als in der protestantischen Nachbarschaft: In den ersten Schuljahren singen die Kinder besonders gerne „Der Kaiser ist ein lieber Mann“, und eine Geschichtsbuchlegende wie „Der Kronprinz und das arme Kind“ verstärkt das märchenhafte Traumbild vom Kaiserhaus. „Die gesamte schulische Erziehung hatte neben dem religiösen Faktor auch einen betont vaterländischen, militärischen“. Die wichtigsten Königs- und Kriegsdaten der Preußen muß man im „Geschichtsunterricht“ auswendig parat haben. Truppenbewegungen der bedeutsamsten Schlachten sind an der Tafel nachzuzeichnen! In einem Gedicht wird anschaulich die soldatische Zweiteilung eines Türkenschädels beschrieben. Ein regelmäßiger Diktattext zur Rechtschreibübung handelt von der 1866er Schlacht bei Königgrätz. Die Schüler fühlen sich, orientiert durch das einschlägige Liedgut, „mehr als Preußen denn als Deutsche“. Bei schulischen Anlässen jubelt man dem Kaiser zu: „Heil dir im Siegerkranz!“ Während des ersten Weltkrieges hängt dann im Klassenraum ein rundes Nagelschild von ca. 70 cm Durchmesser, „das wir mit

Hilfe unserer Sparpfennige benageln mußten. Auf dem Schild war ein großes gemaltes Schwert zu sehen, und rundherum stand der Satz: ‚*Das höchste Heil, das letzte, liegt im Schwerte*'. Und das in einer christlichen, katholisch ausgerichteten Schule."

Nach dem Kulturkampf: Sozialkatholizismus und militärfreundliche Tendenzen

Das katholische Milieu war aus dem Kulturkampf gestärkt hervorgegangen, und als die mit Abstand maßgeblichste politische Kraft etablierte sich in Gebieten wie dem kölnischen Sauerland die Zentrumspartei. Die Überwindung des Kulturkampfes unter dem Pontifikat von Leo XIII. (1878-1903) wurde jedoch zentrales Vorzeichen für gravierende Veränderungen im Bereich des politischen Katholizismus[69]: Nach den Reichstagswahlen von 1880 ist es nicht mehr möglich, an der als „bündnisunfähig" und sogar „reichsfeindlich" verschrienen Zentrumspartei vorbei zu regieren. Als der Papst (!) 1887 bei der endgültigen Beilegung der Konflikte zwischen Staat und Kirche das katholische Zentrum dazu bewegen will, gleichsam als Gegenleistung der *Heeresvorlage* Bismarcks zuzustimmen, stößt dies in der Partei allerdings noch auf Widerstand (der Vorgang wiederholt sich 1893). Doch in der Folgezeit wird der Katholizismus immer staatstragender. Man hatte die Katholiken in Preußen und im Kaiserreich oft genug als „vaterlandslose Gesellen" betrachtet, jetzt aber wollen sie ihr „Deutschsein" unter Beweis stellen – und wie. Die antimilitaristischen Traditionen geraten in der *Wilhelminischen* Epoche immer mehr in Vergessenheit, und die an sich gerade im Katholizismus enthaltenen Potenzen zu einer Kritik der Religion des Nationalismus kommen letztlich nicht zum Zuge. Vor allem die konservativen katholischen Aristokraten in der Partei stützen zum Entsetzen des bürgerlichen Flügels und vieler Zentrumsanhänger unter den kleinen Leuten die Heerespolitik des Kaiserreiches. 1898 stimmt das Zentrum sogar der Tirpitzschen Flottenvorlage zu; „die nationale Großmacht- und Aufrüstungspolitik wurde von ihm voll mitgetragen" (Klaus Schatz). – Im Vorfeld des ersten Weltkrieges scheint dann auch die *innerkirchliche* Verunsicherung durch den 1907 einsetzenden „Modernismusstreit" und die „Theo-

[69] Vgl. (mit Literaturbelegen): BÜRGER 2012, S. 234-235.

logenpolizei“ unter Papst Pius X. eine staatskirchliche, nationale Haltung in Teilen des deutschen Katholizismus begünstigt zu haben. (Der Sauerländer und Alttestamentler Norbert Peters war – im Kontext von bis in aufgeklärte Zeiten zurückreichenden Frömmigkeitslinien seiner Familie – so etwas wie ein ‚Modernist‘. Er gehörte zu den Bedrängten und profilierte sich 1914 als einer der schlimmsten röm.-kath. Kriegstheologen.)

Zwei kleinere Nachrichten aus der Nähe mögen die neue Entwicklung illustrieren: Die Herausgeberin des katholischen „Sauerländischen Volksblattes“ verpflichtet sich 1895 gegenüber dem Olper Landrat, „für eine loyale, reichs- und preußenfreundliche Haltung des Blattes Sorge zu tragen“. Am 5. Dezember 1898 kauft die fromme katholische Wanderhändlerin Elisabeth Agnes Becker[70] (1858-1932) aus Hellefeld, die nach ihrem Tod als „Bueterbettken“ zur Legende geworden ist, für fünf Mark ein Bildnis des ‚großen Bismarck‘.

Doch war der politische Kurswechsel wirklich im Interesse der kleinen Leute im kölnischen Sauerland? Zwei profilierte katholische Sozialanwälte aus der Landschaft sind in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hervorgetreten. Der im Altkreis Brilon geborene Priester Wilhelm Hohoff (1848-1923) zeigt offen seine Sympathie für die Sozialdemokratie, auch wenn er damit in einer 1874 publizistisch ausgetragenen Kontroverse bei August Bebel zunächst auf wenig Gegenliebe stößt und später vom Paderborner Generalvikar A. J. Rosenberg an den Pranger gestellt wird.[71] Hohoff steht ein für die vielleicht früheste katholische Auseinandersetzung mit dem „Kapital“ von Karl Marx, dessen ökonomische Analyse er in zentralen Punkten teilte. Gegen Bebel (und die kirchenamtliche Verurteilung des demokratischen Sozialismus) beharrt er darauf, dass nicht Christentum und Sozialismus, sondern „Kapitalismus und Christentum sich einander gegenüberstehen wie Wasser und Feuer“. Für den Linkskatholizismus ist dieser Sauerländer wirkungsgeschichtlich eine äußerst bedeutsame Gestalt. Von seiner Sozialismus-Rezeption

---

[70] Vgl. zu ihr ein eigenes Kapitel in: BÜRGER 2013.

[71] KREPPEL 1973; HERR 1983; HERR 1989. – 1921/22 bedrängt der aus Olpe stammende Paderborner Generalvikar Rosenberg den schon betagten Hohoff wegen dessen Nähe zur – damals noch antikapitalistisch/sozialistisch ausgerichteten – Sozialdemokratie und sorgt ein Jahr vor Hohoffs Tod für eine rücksichtslose Warnung im kirchlichen Amtsblatt.

beeinflusst wurden z.B. Josef Rüther (nach 1919 Nestor des Friedensbundes deutscher Katholiken im Sauerland), Walter Dirks und schließlich ein für den Weg hin zur ‚Kirche der Armen' so wegweisender katholischer Sozialethiker wie Theodor Steinbüchel.[72]

Federführend beim Kampf für Arbeiterschutzrechte tritt dann – in Auseinandersetzung mit Bismarck – der aus dem Kreis Olpe stammende Priester und Sozialpolitiker *Franz Hitze* (1851-1921) in Erscheinung, auch er schon als Gymnasiast in Tuchfühlung stehend mit Hohoff[73]. Hitzes Einsatz, anfänglich noch sehr stark von sozialromantischer Rückschau und einer Ablehnung vermeintlich „staatssozialistischer Ansätze" bestimmt, verhilft der Zentrumspartei endgültig zum sozialpolitischen Profil.[74] – In den Altkreisen Arnsberg, Meschede, Brilon und Olpe kam die christliche Gewerkschaftsbewegung, die allein von den Geistlichen toleriert wurde und besonders auch der Abwehr sozialdemokratischer Erfolge dienen sollte, freilich erst zur Jahrhundertwende zum Tragen, wobei u.a. im Olper Raum auf Seiten des Volksvereins der Arbeitersekretär Matthias Erzberger beteiligt war. Bergleute und Metallarbeiter des kölnischen Sauerlandes fanden ab 1897 ihren Platz im christlichen Zweig der organisierten Arbeiterbewegung und sorgten so mit für ein sozialkatholisches Gepräge der Landschaft: „Schwarze Brüder in rotem Unterzeug"[75]. Die soziale Anwaltschaft im politischen Katholizismus ist gerade auch in der südwestfälischen Region von *unten* erkämpft worden, wie die Vorgeschichte zeigt: Das Spektrum der Zentrumsgefolgschaft war höchst heterogen. Nach dem Ende des Kulturkampfes, der das ganze katholische Milieu fest zusammengeschweißt hatte, wurde immer deutlicher, dass konservativer – besitzstandwahrender – Adel, rheinisches Industriebürgertum, etablierter Klerus und ‚kleine Leute' trotz

---

[72] LUDWIG/SCHROEDER 1990, S. 55 (W. Dirks), 87 (Steinbüchel); BLÖMEKE 1992 (s. Namensregister); LIENKAMP 2000*, bes. S. 277-297 (Steinbüchel).

[73] WEBER 1972, S. 572.

[74] LUDWIG/SCHROEDER 1990, S. 21 und 39; PETERS 2009. – Leider zeigt es sich auch bei diesem berühmten Sauerländer, dass die katholischen Sozialpioniere der Kaiserzeit außerordentlich oft auf judenfeindliche Kapitel in ihren Schriften nicht verzichten mochten: vgl. HITZE 1877*, S. 242, 244, 245.

[75] HAHNWALD 2001; HAHNWALD 2012.

ihrer gemeinsamen konfessionellen Identität durchaus nicht überall gemeinsame Interessen verfolgten!

Eine diesbezügliche Klärung ist ziemlich spektakulär im Wahlkreis Arnsberg-Olpe-Meschede erfolgt. Dort konnte der Zentrumspolitiker und Zeitungsmacher *Johannes Fusangel* aus Hagen nach dem Tod des Abgeordneten Peter Reichensperger erstmals 1893 mit Stimmen der Kleinbauern, Arbeiter und Handwerker – gegen das konservative Zentrums-Establishment und die klerikalen Wahlempfehlungen – ein Reichstagsmandat erringen.[76] Fusangel, 1893 als Gegner der Militärvorlage im Reichstag hervorgetreten, war ‚Linkskatholik' und Zentrumsdemokrat. Für seine Gegenkandidatur hatten sich zunächst katholische Arbeiter aus Attendorn eingesetzt. Diesem am Ende recht erfolglosen „Drachentöter", der Kritikern zufolge auch antisemitische Töne angeschlagen haben soll[77], folgt 1907 im Wahlkreis ein offizieller Arbeiterkandidat des Zentrums nach: *Johannes Becker*. – Die Sozialdemokratie, zu deren Pionieren mit *Carl Wilhelm Tölcke* (1817-1893) aus Eslohe und *Wilhelm Hasenclever* (1837-1889) aus Arnsberg auch zwei ‚kölnische Sauerländer' zählen, kann weiterhin noch nicht Fuß fassen.[78]

Das konfliktreiche Ringen um die ‚Soziale Frage' zeigt sich übrigens auch im Werdegang des späteren Esloher Pfarrers *Philipp Hille* (1862-1915), dessen Bruder Peter zu den bekannten Dichtern Westfalens gehört.[79] Als er 1900 in Paderborn auf den Lehrstuhl für Moraltheologie

---

[76] Vgl. BÜRGER 2012, S. 238-239, 275, 393; besonders aber: HAHNWALD 2011 (stark gekürzt im vorliegenden Band und zudem online nachzulesen in: DAUNLOTS NR. 77*, S. 445-466).

[77] Vgl. jedoch für das Jahr 1911 später den Hinweis auf einen explizit „*judenfreundlichen* Beitrag" in der von Fusangel begründeten Zeitung „Der Sauerländer": BÜRGER 2012, S. 563.

[78] SPD-UNTERBEZIRK 2013.

[79] PADBERG 1987; FRANZEN 2005, S. 262-263, 443-445. Hille – schon früh das Problem des gerechten Lohnes wissenschaftlich bedenkend – behandelt die ‚Soziale Frage' keineswegs als pures Samaritertum, sondern als Frage des Rechts. Aus christlicher Sicht entwickelt er auch psychosoziale Kontexte: Obdachlose sollen beispielsweise an erster Stelle ein Gefühl für ihre eigene Menschenwürde und Selbstbewusstsein entwickeln können. In einem dargereichten Spiegel, so meint Hille ganz wörtlich, lernen sie ihr eigenes *unverwechselbares* Gesicht zu sehen, zu erkennen und anzunehmen. – J. Dornseiffer weist in seiner Reihe „Kirchengeschichtliches aus dem Sauerlande" für die Mescheder Zeitung noch hin auf den Jesuiten Heinrich Koch (geb. 25.5.1870 Meschede), der z.T. in Eslohe-Sallinghausen aufgewachsen ist und 1905 in den „Stimmen aus Maria Laach" eine Abhandlung über „Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Großindustrie" veröffentlicht hat.

berufen wurde, hatte er sich zuletzt in Berlin und kurzzeitig auch als Reichstagsabgeordneter für die katholische Arbeitersache stark gemacht. Da er die ‚Soziale Frage' im Rahmen der katholischen Morallehre behandelte, verlor er seine Lehrerlaubnis bereits Mitte 1902 wieder. Seinem Lehrstuhlvorgänger, dem Paderborner Bischof Wilhelm Schneider (1847-1909) aus Gerlingen bei Olpe, war Hilles leidenschaftlicher Sozialkatholizismus offenbar ein Dorn im Auge (Schneider selbst beschäftigte sich selbst während des Kaiserreichs vorzugsweise mit Esoterik und exotischen Themen der vom Kolonialismus ins Visier genommenen Völkerwelt[80]).

Bischof *Wilhelm Schneider*, Sohn eines Leinewebers und Bauern, trat trotz seiner Prägung durch den Kulturkampf längst als preußischer Patriot und treuer Untertan des Kaisers in Erscheinung, wenn „er auch kein Freund von betontem Militarismus, von den großen stehenden Heeren"[81] war. Im Februar 1904 wirkte dieser Paderborner Oberhirte mit an der Weihe von Feldpropst Dr. theol. Heinrich Vollmar (1839-1915) zum Titularbischof von Pergamon.[82] Dieser neue „Feldpropst der Königlich-preußischen Armee, Probst der Kaiserlichen Marine und Feldprobst der deutschen Kaiserlichen Schutztruppen" stammte aus seinem Bistum, war ein geborener Paderborner. Dr. Vollmar feierte zwar 1907 für den während des „Herero-Krieges" in Deutsch-Südwestafrika verstorbenen Feldgeistlichen Hermann Iseke aus der Diözese Paderborn die Exequien, doch ein Protest von ihm gegen den von den Kaiserlichen „Schutztruppen" 1904-1908 begangenen ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts – an etwa 90.000 Ova-Herero und Nama auf dem Gebiet des heutigen Namibia – ist nicht überliefert (diese rassistische und massenmörderische

---

[80] Vgl. KRAUSE 1989, S. 458-463, bes. auf S. 460-461 folgende Titel von Schneiders Veröffentlichungen: Das andere Leben (1879); Neuerer Geisterglaube (1882); Die australischen Eingeborenen (1883); Kulturfähigkeit des Negers (1885); Die Naturvölker (1885/86); Die Religion der afrikanischen Naturvölker (1891); Göttliche Weltordnung und religionslose Sittlichkeit (1900).

[81] SCHMALOR/HÄGER 1999, S. 108 (vgl. ebd., S. 109-110 auch Schneiders „Kaiserhuldigungen" 1879-1905).

[82] Vgl. BRANDT/HÄGER 2002, S. 356-357, 861-863. – Der neue Feldprobst wird dann auch im 1. Jahrgang der Paderborner Theologenzeitschrift publizieren: *Vollmar*, H.: Wie sind die jungen Männer von ihren Seelsorgern auf den Eintritt in die Militärzeit vorzubereiten? Theologie und Glaube 1. Jg. (1909), S. 249.

Blutbrunst des Kaiserreiches auf einem anderen Kontinent ist noch immer kein nennenswertes Thema für das öffentliche Geschichtsgedächtnis in unserem Land; die kirchenamtlich genehme Geschichtsschreibung des römisch-katholischen Militärkirchenwesens verlegt sich an dieser Stelle ganz auf Schweigen). – Festzuhalten bleibt hier die Beobachtung, dass ein besonderes Engagement des Bistums Paderborn auf dem Feld der Militärseelsorge weit zurückreicht.

Für die Zeit nach 1900 ist davon auszugehen, dass auch im kölnischen Sauerland Nationalismus und Militarismus des Kaiserreiches wie in anderen Landschaften feste Wurzeln geschlagen haben.[83] Sehr anschaulich illustriert diese Entwicklung das 1904 aufgestellte Grevenbrücker Kriegerdenkmal mit dem Germanenfürsten „Mälo der Sugambrer", der nach Ansicht von „Heimatfreunden" vom Sauerland aus gegen die Römer gekämpft haben soll. Dieses „Helden"-Denkmal ist den toten Soldaten aus dem Amt Bilstein in den preußischen Kriegen von 1866 und 1870/71 gewidmet. Als am 15. September 1907 in Assinghausen das wuchtige Friedrich-Wilhelm-Grimme-Denkmal unter Anteilnahme von sechstausend Menschen – darunter „Vertreter der Staats-, Provinz- und Kommunalbehörden" – eingeweiht wird, sind auch zahlreiche Kriegervereine mit Fahnen zugegen. In den 1903 und 1905 erschienenen Mundartbüchern des römisch-katholischen Lehrers Johann Hengesbach (1873-1957) aus Bödefeld findet man alle reaktionären Komplexe der Zeit gespiegelt (so Sachsenkult, Antisemitismus / Rassismus, Militarismus, Imperialismus). Im Sauerländischen Gebirgsverein, der allerdings auch den gesamten protestantischen Landschaftsteil einbezieht, gedenkt man 1913, die Jugend „gegen das schleichende Gift des Internationalismus, der Vaterlandslosigkeit und des Weltbürgertums" zu feien.

Ab 1914 werden vorzugsweise die Kleriker – ‚Ultramontane' und ‚Moderne' gleichermaßen – die sogenannten ‚kleinen Leute' im Sinne der kaiserlichen Kriegspropaganda bearbeiten.[84] 1919 sehen sich die eifrigsten geistlichen Kriegsprediger um ihren redlich verdienten Lohn betrogen und fürchten die Demokratie wie einen Weltuntergang – d. h. als Ende der sie – unter geschlossener Himmelskuppe – tragenden „Welt".

---

[83] Vgl. BÜRGER 2012. S. 247-248 und 343-353.

[84] Vgl. BÜRGER 2016a, S. 47-60.

4. Literatur
(mit Kurztiteln)

Die in der Bibliographie vorangestellten Kurztitel ermöglichen ein schnelles Auffinden der in den Fußnoten angeführten Literatur. Beiträge, die auch im Internet abgerufen werden können, sind mit einem Sternchen* gekennzeichnet.

BASSE 1996 = Basse, Hans-Joachim: Josef Bauer – engagierter Pädagoge und Theologe. Rektor in Medebach 1914-1938. In: Jahrbuch HochSauerlandKreis 1996, S. 27-31.

BLÖMEKE 1992 = Blömeke, Sigrid: Nur Feiglinge weichen zurück. Josef Rüther (1881-1972). Eine biographische Studie zur Geschichte des Linkskatholizismus. Brilon: Demokratische Initiative 1992.

BÖDGER 1999 = Bödger, Johannes: Beringhausen. 150 Jahre Schützengeschichte und Vereinsleben in einem Sauerländer Dorf. Marsberg: [St.-Markus-Schützenbruderschaft Beringhausen] 1999.

BRANDT/HÄGER 2002 = Brandt, Hans Jürgen / Häger, Peter (Hg.): Biographisches Lexikon der Katholischen Militärseelsorge Deutschlands 1848-1945. Paderborn: Bonifatius 2002.

BROSCHÜREN-CYCLUS 1870* = Sind die Katholiken schlechte Patrioten? 6. Auflage. (= Broschüren-Cyclus für das katholische Deutschland. Erster Jahrgang, Elftes Heft). Soest: Nasse 1870. [20 Seiten] Internet-Ressource: http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/content/titleinfo/2547265

BRUNS 1987 = Bruns, Alfred (Red.): Volksfrömmigkeit und Vaterlandsliebe. Bilder aus sauerländischen Stuben 1850-1930. Hg. Schieferbergbau- und Heimatmuseum Schmallenberg-Holthausen. Schmallenberg: [Grobbel] 1987.

BRUNS 1992 = Bruns, Alfred (Bearb.): Geschichtsforschung im Herzogtum Westfalen. Der historische Verein zu Arnsberg. Eine Dokumentation. (= Landeskundliche Schriftenreihe für das kurkölnische Sauerland Band 9). Brilon: Podszun 1992.

BÜRGER 1993 = Bürger, Peter (Bearb.): Christine Koch. Liäwensbauk. Erkundungen zu Leben und Werk. (= Christine Koch-Werke. Ergänzungsband). Eslohe, Fredeburg: Grobbel 1993. [Bezugsadresse www.museum-eslohe.de]

BÜRGER 2006 = Bürger, Peter: Aanewenge. Plattdeutsches Leutegut und Leuteleben im Sauerland. Eslohe: Museum Eslohe 2006.

BÜRGER 2007a = Bürger, Peter: Strunzerdal. Die sauerländische Mundartliteratur des 19. Jahrhunderts und ihre Klassiker Friedrich Wilhelm Grimme und Joseph Pape. Eslohe: Museum Eslohe 2007.

BÜRGER 2007b* = Bürger, Peter: Morden und Sterben in aller Welt. Zum Anti kriegstag 2007 ein etwas anderer Zugang: Einblicke aus Heimatgeschichte und Familienalben. In: Telepolis, 01.09.2007. http://www.heise.de/tp/r4/artikel/ 26/26068/1.html

BÜRGER 2009 = Bürger, Peter: Die fromme Revolte. Katholiken brechen auf. Oberursel: Verlag Publik-Forum 2009.

BÜRGER 2010 = Bürger, Peter: Im reypen Koren. Ein Nachschlagewerk zu Mundartautoren, Sprachzeugnissen und plattdeutschen Unternehmungen im Sauerland und in angrenzenden Gebieten. Eslohe: Museum 2010.

BÜRGER 2012 = Bürger, Peter: Liäwensläup. Fortschreibung der sauerländischen Mundartliteraturgeschichte bis zum Ende des ersten Weltkrieges. Eslohe: Museum 2012.

BÜRGER 2013 = Bürger, Peter: Fang dir ein Lied an! Selbsterfinder, Lebenskünstler und Minderheiten im Sauerland. Eslohe: Museum 2013.

BÜRGER 2016a = Bürger, Peter: Friedenslandschaft Sauerland. Antimilitarismus und Pazifismus in einer katholischen Region. Norderstedt: BoD 2016.

BÜRGER 2016b = Bürger, Peter: Sauerländische Friedensboten. (=Friedensarbeiter, Antifaschisten und Märtyrer des kurkölnischen Sauerlandes. Erster Band.) Norderstedt: BoD 2016.

BÜRGER 2018a = Bürger, Peter: Sauerländische Lebenszeugen. (=Friedensarbeiter, Antifaschisten und Märtyrer des kurkölnischen Sauerlandes. Zweiter Band.) Norderstedt: BoD 2018.

BÜRGER 2018b = Bürger, Peter (Hg.): Krieg im Wald. Forstfrevel, Wilddiebe und tödliche Konflikte in Südwestfalen. Norderstedt: BoD 2018.

BÜRGER 2020 = Bürger, Peter: Jesus von Nazaret – Befreiung zum Frieden. Friedenstheologie im zivilisatorischen Ernstfall. In: Thomas Nauerth / Ökumenisches Institut für Friedenstheologie (Hg.): Was ist Friedenstheologie? Ein Lesebuch. Norderstedt: BoD 2020, S. 19-39.

CONRAD 2014 = Conrad, Horst: Der Kölnische Krieg und die Landstände im Herzogtum Westfalen. In: SüdWestfalenArchiv 14. Jg. (2014), S. 51-93. [Erschienen: 2015]

CORDES 2000 = Cordes, Werner F.: Die Erstausgabe des „Sursum corda!“ 1874 und das „Gesangbuch für altkatholische Gemeinden“. In: Sauerland Nr. 1/2000, S. 9-11.

DAUNLOTS NR. 26* = Vorgestellt: Peter Sömer (1832-1902). Lennestadt-Elspe, Werl-Büderich. (= daunlots. internetbeiträge des christine-koch-mundartarchivs am maschinen- und heimatmuseum eslohe. nr. 26). Eslohe 2010. www.sauerlandmundart.de

DAUNLOTS NR. 42* = Joseph Anton Henke (1892-1917), Finnentrop-Frettermühle. Dokumentation zu Leben & Werk. Redaktion: Peter Bürger. (= daunlots. inter

netbeiträge des christine-koch-mundartarchivs am maschinen- und heimatmuseum eslohe. nr. 42). Eslohe 2011. www.sauerlandmundart.de

DAUNLOTS NR. 45* = „Den luden mote vreden syn". Ein Soester Weihnachtsgedicht von 1449. Hintergrund, Edition des mittelniederdeutschen Textes und Übersetzung. (= daunlots. internetbeiträge des christine-koch-mundartarchivs am maschinen- und heimatmuseum eslohe. nr. 45). Eslohe 2011. www.sauerlandmundart.de

DAUNLOTS NR. 55* = Bürger, Peter: Joseph Pape (1831-1907) als Theologe. Ein Kapitel der „katholischen Laientheologie" in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. (= daunlots. internetbeiträge des christine-koch-mundartarchivs am maschinen- und heimatmuseum eslohe. nr. 55). Eslohe 2012. www.sauerlandmundart.de [Zuerst 1998, Druckausgabe]

DAUNLOTS NR. 77* = Bürger, Peter (Hg.): Friedenslandschaft Sauerland – Beiträge zur Geschichte von Pazifismus und Antimilitarismus in einer katholischen Region. (= daunlots. internetbeiträge des christine-koch-mundartarchivs am museum eslohe. nr. 77). Eslohe 2015. www.sauerlandmundart.de

DEGENHARDT/DEGENHARDT 2013 = Degenhardt, Mathias / Degenhardt, Andreas: „Mit Gott für König und Vaterland!" Das Eichsfelder Kriegervereinswesen am Beispiel des Kreises Heiligenstadt. In: Eichsfeld-Jahrbuch 21. Jg. (2013), S. 303-343.

ERNESTI 2005* = Ernesti, Jörg: Priestermangel. In: Brixner Theologisches Forum – Beiheft 4 (2005), S. 32-42. [Als Internet-Ressource: http://www.joerg-ernesti.de/inhalt/pdf/priestermangel.pdf]

FRANZEN 2002 = Franzen, Rudolf (Hg.): Politik und Verwaltung im Esloher Raum. (= Esloher Forschungen Band III). Eslohe: Selbstverlag 2002.

FRANZEN 2005 = Franzen, Rudolf (Hg.): Esloher Forschungen Band IV. Kunst und Kultur im Esloher Raum. Eslohe: Selbstverlag 2005.

GAMBERONI 1989 = Gamberoni, Johannes: Norbert Peters (1863-1938). Sein Eintreten für die Freiheit der katholischen Exegese. In: Theologie und Glaube 79. Jg. (1989), S. 498-516.

GRIESBAUER o.J. = Griesbauer, Josef (Pfarrer in Großalfalterbach): „Christentum und Militarismus. Was sagt Domkapitular Dr. Albert Stöckl zu diesem Thema?" – Als Manuskript gedruckt für den Friedensbund deutscher Katholiken. Vertrieb: Pfarramt Großalfalterbach (Landkreis Neumarkt / Oberpfalz), Post Batzhausen. Ohne Jahresangabe [ca. 1948-1950?]. [Faltblatt, 4 Seiten; „Sammlung Stankowski" – Archiv der Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn]

GRÜN 1996 = Grün, Wolf-Dieter: Dein und aller Könige Feind… Das aufregende Leben des Friedrich Georg Pape aus Fehrenbracht. In: An Bigge, Lenne und Fretter. Heimatkundliche Beiträge aus der Gemeinde Finnentrop Nr. 3 (Juni) 1996, S. 7-15.

GRUNER 1803* = Gruner, Justus: Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung oder Schilderung des sittlichen und bürgerlichen Zustande Westphalens am Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Zweiter Theil. Frankfurt a.M.: Guilhauman 1803. [books.google.com]

HAHNWALD 2001 = Hahnwald, Jens: „Schwarze Brüder in rotem Unterzeug …". Arbeiter und Arbeiterbewegung in den Kreisen Arnsberg, Brilon und Meschede 1889-1914. In: Ellerbrock, Karl-Peter / Bessler-Worbs, Tanja (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft im südöstlichen Westfalen. Dortmund: Gesellschaft für Westfälische Wirtschaftsgeschichte 2001, S. 224-275.

HAHNWALD 2011 = Hahnwald, Jens: Revolte in der Sauerländer Zentrumspartei. Der Streit um die Besetzung des Reichstagsmandates im Wahlkreis Arnsberg – Meschede – Olpe zwischen 1893 und 1907. In: SüdWestfalenArchiv 11. Jg. (2011), S. 231-261.

HAHNWALD 2012 = Hahnwald, Jens: Tagelöhner, Arbeiter und Arbeiterbewegung im kölnischen Sauerland des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Klueting, Harm / Foken, Jens (Hg.): Das Herzogtum Westfalen. Band 2. Teilband 1. Münster: Aschendorff 2012, S. 539-589.

HAHNWALD 2015 = Hahnwald, Jens: Die „Heimatfront" während des Ersten Weltkrieges im Sauerland. Erscheint in: SüdWestfalen Archiv 14. Jg. (2014), S. 275-335. [Erschienen 2015]

HAMMER 1974 = Hammer, Karl: Deutsche Kriegstheologie 1870-1918. München: dtv 1974.

HEINEMANN 1981 = Heinemann, Claus: Ein kleines Dorf und die große Geschichte. Herrntrop im Sauerland. Werl-Hilbeck: Selbstverlag 1981.

HEINEMANN 1999 = Heinemann, Claus: Endzeit. Teil VII. Die Flut der Kriege. Werl-Hilbeck: Selbstverlag C.H. 1999.

HEITMEYER 1999/2008* = Heitmeyer, Erika: Sursum Corda – Vom Wesen und Wirken eines geistlichen Bestsellers. [Beitrag zur Ausstellung „Sursum Corda Zur Geschichte des Paderborner Diözesangesangbuches" 1999.] Internetseite des Erzbistums Paderborn, [neu] veröffentlicht am 13.05.2008. http://www.eab-paderborn.de/index.php/ausstellungen/1999-sursum-corda/134-heitmeyer-sursum-corda-1999

HENZE 2013 = Henze, Barbara: Friedensbemühungen. In: Blümlein, Klaus / Feix, Marc / Henze, Barbara / Lienhard, Marc / ACK (Hg.): Kirchengeschichte am Oberrhein – ökumenisch und grenzüberschreitend. Ubstadt-Weiher / Heidelberg / Basel: verlag regionalkultur 2013, S. 391-443. [Seitenangabe nach einem Ausdruck, der noch nicht das endgültige Layout wiedergibt.]

HERR 1983 = Herr, Theodor: Pfarrer Wilhelm Hohoff (1848-1923) und der Konflikt mit der kirchlichen Behörde. Die Aktenlage des Diözesanarchivs. In: Theologie und Glaube 73. Jg. (1983), S. 295-312.

HERR 1989 = Herr, Theodor: Der „rote Pastor“ Wilhelm Hohoff (1848-1923) bewirbt sich um eine Berufung an die Paderborner Universität. In: Theologie und Glaube 79. Jg. (1989), S. 446-459.

HITZE 1877* = Hitze, Franz: Die sociale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung – mit besonderer Berücksichtigung der verschiedenen socialen Parteien in Deutschland. Drei Vorträge. Paderborn: Bonifacius 1877. http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/urn/urn:nbn:de:hbz:6:1-74423

HOBERG 1915* = Hoberg, Gottfried: Der Krieg Deutschlands gegen Frankreich und die katholische Religion. Ein Vortrag zur Beleuchtung des Buches „La Guerre Allemande et le Catholicisme“. Freiburg: Herder 1915. Internet-Ressource: http://digital.staatsbibliothek-berlin.de/werkansicht/?PPN=PPN7159366 11&PHYSID=PHYS_0003

JUCHHOFF 1969 = Juchhoff, Rudolf: Ein soestisches Weihnachtsgedicht von 1449. In: Soester Zeitschrift 91. Jg. (1969), S. 28-35.

KLUETING/FOKEN 2009 = Klueting, Harm / Foken, Jens (Hg.): Das Herzogtum Westfalen. Band 1. Das kurkölnische Herzogtum Westfalen von den Anfängen der kölnischen Herrschaft im südlichen Westfalen bis zur Säkularisation 1803. Münster: Aschendorff 2009.

KLUETING/FOKEN 2012 = Klueting, Harm / Foken, Jens (Hg.): Das Herzogtum Westfalen. Doppel-Band 2.1./2.2: Das ehemalige kurkölnische Herzogtum Westfalen im Bereich der heutigen Kreise Hochsauerland, Olpe, Soest und Märkischer Kreis (19. und 20. Jahrhundert). Münster: Aschendorff 2012.

KORTENKAMP 2013 = Kortenkamp, Ludwig: Remblinghausen. Beiträge zur Geschichte der Gemeinde. Meschede-Remblinghausen: Selbstverlag 2013.

KRAUSE 1989 = Krause, Jochen: Menschen der Heimat. Teil III. Kirchhundem: AK-Verlag 1989.

KREPPEL 1973 = Kreppel, Klaus: Entscheidung für den Sozialismus. Die politische Biographie Pastor Wilhelm Hohoffs 1848-1913. Mit einem Vorwort Walter Dirks. (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich Ebert Stiftung Band 114). Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft GmbH 1974.

KURFÜRST UND BAUER 1957 = Kurfürst – Erzbischof und Bauer. Aus der Zeit der kurkölnischen Herrschaft im Herzogtum Westfalen. In: Sauerländer – Arnsberger Hinkende Bote 1957, S. 55.

LIENKAMP 2000* = Lienkamp, Andreas: Theodor Steinbüchels Sozialismusrezeption. Eine christlich-sozialethische Relecture. Paderborn [u.a.]: Schöningh 2000. [Online-Zugang http://digi20.digitale-sammlungen.de/de/fs1/object/display/bsb00044932_00001.html]

LUDWIG/SCHROEDER 1990 = Ludwig, Heiner / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Sozial- und Linkskatholizismus. Erinnerung – Orientierung – Befreiung. Frankfurt: Josef Knecht 1990.

MÜLLER 2013 = Müller, Torsten W.: „Es wird Laiengottesdienst daselbst gehalten.“ Priesterlose Gottesdienste während des Kulturkampfes in den eichsfeldischen Gemeinden der Bistümer Paderborn und Hildesheim. In: Eichsfeld-Jahrbuch 21. Jg. (2013), S. 229-248.

NEUHAUS 2008* = Neuhaus, Werner: Lokalgeschichte als Mentalitätsgeschichte. – Die Herausbildung eines katholisch-nationalistischen Milieus in Sundern im Kaiserreich 1871-1914. In: Sauerland Nr. 2/2008, S. 183-189. [www.sauerlaender-heimatbund.de/html/zeitschrift_archiv]

NEUHAUS 2019 = Werner Neuhaus: Armut – Auswanderung – Aufruhr. Studien zur Sozialgeschichte des Sauerlandes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Norderstedt: BoD 2019.

PADBERG 1987 = Padberg, Ursula: Erinnerungs-Blätter an Pfarrer Philipp Hille, Doktor der Theologie, gestorben am 28. Mai 1915 zu Eslohe. Eslohe: Pfarrgemeinde St. Peter und Paul 1987.

PAX CHRISTI ESSEN 2015* = pax christi Bistum Essen: Frieden(s)gestalten zwischen Niederrhein, Ruhr und Sauerland. Essen, 24. Januar 2015. http://essen.paxchristi.de/file/download/ [PDF mit allen Ausstellungstafeln]

PETERS 1914 = Peters, Norbert: Heldentod – Trostgedanken für schwere Tage in großer Zeit. Paderborn: Bonifacius-Verlag 1914. [Weitere Auflagen, 6. und 7. Tausend 1916.]

PETERS 1926 = Peters, Norbert: Norbert Peters [autobiographischer Text]. In: Stange, Erich (Hg.): Die Religionswissenschaft der Gegenwart in Selbstdarstellungen. Leipzig: Felix Meiner 1927, S. 91-126.

PETERS 2009 = Peters, Michael: Franz Hitze und die Sozialpolitik des politischen Katholizismus im Deutschen Kaiserreich. Münster 2009.

PRÖPPER 1949 = Pröpper, Theodor: Franz Hoffmeister, der Wächter sauerländischen Volkstums. Leben und Werk. Paderborn: Bonifacius-Druckerei 1949.

RIESENBERGER 2008 = Dieter Riesenberger: Den Krieg überwinden. Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung. (= Geschichte & Frieden 14). Bremen: Donat Verlag 2008.

SCHERER 1998 = Scherer, Wingolf: Peter Joseph Hesse, „Weltpriester und Rektor an der Lateinschule zu Olpe“, und die Märzrevolution 1848. In: Heimatstimmen aus dem Kreisen Olpe Folge 191 (Nr. 2/1998), S. 109-116.

SCHMALOR/HÄGER 1999 = Schmalor, Hermann-Josef / Häger, Peter (Hg.): In Wahrheit und Gerechtigkeit. Bischof Wilhelm Schneider von Paderborn 1900 – 1909. (= Festgabe für Karl Hengst). Paderborn: Bonifatius-Verlag 1999.

SCHÖNE 1966 = Schöne, Manfred: Das Herzogtum Westfalen unter hessen-darmstädtischer Herrschaft 1802 – 1816. (= Landeskundliche Schriftenreihe für das kölnische Sauerland Band 1). Olpe 1966.

SCHULTE 1875* = [Schulte, J. (?)]: Gemeinden ohne Seelsorger. Der Tod ohne Priester. Die vollkommene Reue. – Mit kirchlicher Approbation [1874]. Vierte Auflage. Paderborn: Bonifacius-Druckerei 1875. [Internetauszug: http://www.einsicht-aktuell.de/index.php?svar=2&ausgabe_id=311&artikel_id=3689]

SCHUMACHER 1967 = Schumacher, Elisabeth: Das kölnische Westfalen im Zeitalter der Aufklärung – unter besonderer Berücksichtigung der Reformen des letzten Kurfürsten von Köln, Max Franz von Österreich. (= Landeskundliche Schriftenreihe für das kölnische Sauerland Band 2). Olpe 1967.

SÖMER 1892* = Sömer, Peter: Hageröschen aus dem Herzogtum Westfalen. Erste Auflage. Paderborn: Bonifacius-Druckerei 1892. [Digitale Sammlungen der Universitäts- und Landesbibliothek Münster: http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de]

SPD-UNTERBEZIRK 2013 = SPD-Unterbezirk Hochsauerlandkreis (Hg.): Sauerländer heben die Sozialdemokratie mit aus der Taufe. Die Geschichte der SPD im Hochsauerlandkreis und in seinen Städten und Gemeinden. 150 Jahre SPD 1863 bis 2013. Meschede: SPD-Unterbezirk HSK 2013.

STAMBOLIS 2003* = Stambolis, Barbara: Jugendbewegt-christliche Völkerverständigung der Zwischenkriegszeit und ihr Nachwirken: „Wir, die Jugend aller Völker, wir glauben an den Frieden ..., allen zum Trotz." = Vortrag im Jugendhaus des Erzbistums Paderborn in Hardehausen, 10.10.2003. http://www.barbara-stambolis.de/PDFs/Biervill_Vortrag.pdf

VERSÖHNUNGSBUND 2015 = Bürger, Eberhard: Befreit zum Widerstehen. Friedens-Bewegungen in der Ökumene um die Zeit des Ersten Weltkrieges. [Minden: Selbstverlag Internationaler Versöhnungsbund / deutsche Sektion] 2015.

VOLLMAR 1909 = Feldpropst H. Vollmar: Wie sind die jungen Männer von ihren Seelsorgern auf den Eintritt in die Militärzeit vorzubereiten? Theologie und Glaube 1. Jg. (1909), S. 249f.

WEBER 1972 = Weber, Wilhelm: Wilhelm Hohoff (1848-1923). Leben und nationalökonomische Ideen eines sozialengagierten Paderborner Priester[s]. In: Scheele, Paul-Werner (Hg.): Paderbornensis Ecclesia. Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Paderborn. München/Paderborn/Wien: Schöningh 1972, S. 569-589.

WESTPHALUS EREMITA 1819* = [Sommer, Johann Friedrich Joseph]: Von der Kirche in dieser Zeit. Betrachtungen von Westphalus Eremita. Münster: Aschendorff 1819. [Als Internet-Ressource: http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/content/titleinfo/2192190]

WIESE 1932* = Wiese, Peter: Aus Meschedes Vergangenheit. Hg. F. Wagener. Meschede 1932. [http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de]

WIEST 2015 = Karl-Heinz Wiest: Vergessene Anfänge – Alfred Vanderpol [1854-1915] und die katholische Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. In: pax christi Rundbrief Rottenburg-Stuttgart Nr. 56 (Juni 2015), S. 6-9.

WOLF 1979 = Wolf, Manfred: Dr. Joseph Sommer, der erste Abgeordnete des Kreises Olpe für den Westfälischen Provinziallandtag. In: Heimatstimmen aus dem Kreise Olpe 115. Folge (Nr. 2/1979), S. 57-70.

Und endlich ist kein andrer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt."

FRIEDRICH ENGELS
Niederschrift vom 19. Dezember 1887
(MEW, Bd. 21, S. 350f.)

Revolte in der Sauerländer Zentrumspartei

Der Streit um die Besetzung des Reichstagsmandates im Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe 1893[1]

JENS HAHNWALD

Nur selten standen politische Ereignisse in den vier Kreisen des kölnischen Sauerlandes während des 19. und 20. Jahrhunderts im Zentrum der reichsweiten Aufmerksamkeit. Eine dieser Ausnahmen war die Bestimmung der Nachfolge des langjährigen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Peter Reichensperger nach dessen Tod im Jahr 1893. Der Kampf um das Reichstagsmandat wurde dabei mit einer ungewöhnlichen Intensität ausgetragen. Bemerkenswert daran ist, dass der Streit nicht zwischen unterschiedlichen Parteien stattfand. Vielmehr standen sich mehrere Kandidaten der Zentrumspartei gegenüber. Nicht nur die regionalen Zeitungen berichteten ungewöhnlich ausführlich über die Vorgänge, sondern die Angelegenheit wurde auch überregional aufmerksam registriert. Ein Autor der Zeitschrift „Historisch-politische Blätter für das katholische Deutschland", der möglicherweise mit dem katholischen Publizisten und Politiker Julius Bachem identisch ist, meinte: „So lange zum deutschen Reichstage gewählt wird, hat in einem Centrumswahlkreis keine Reichstagswahl so viel Staub aufgewirbelt, wie die am 20. März betätigte Wahl im zweiten Wahlkreise des Regierungsbe-

[1] Textquelle | Kleiner Auszug aus: Jens HAHNWALD, Revolte in der Sauerländer Zentrumspartei. Der Streit um die Besetzung des Reichstagsmandates im Wahlkreis Arnsberg – Meschede – Olpe zwischen 1893 und 1907. In: SüdWestfalenArchiv 11. Jg. (2011), S. 231-261. – Erneute Darbietung mit freundlichem Einverständnis des Verfassers. Der gesamte Beitrag ist ungekürzt auch im Netz aufrufbar (www.sauerlandmundart.de: daunlots nr. 77, S. 445-466).

zirks Arnsberg.[2] Selbst im fernen British Columbia und in San Francisco war die Wahl ein Thema in der Presse. Die Zeitung „The Morning Call" titelte etwa nach der Wahl: „A new and dangerous Element in the Kaiser's Empire".[3] Der Konflikt blieb keine Episode, sondern bei allen Reichstagswahlen bis 1907 standen sich stets mehrere Kandidaten aus der Zentrumspartei gegenüber.

Für die Geschichte der Zentrumspartei insgesamt von Bedeutung war die Wahl von Johannes Fusangel im Jahr 1893 auch deshalb, weil er damit nach der Wahl von Gerhard Stötzel im Jahr 1877 erst der zweite ausgesprochene Arbeitervertreter des Zentrums im Reichstag war. Für einen doch vermeintlich eher kleinstädtisch und ländlich geprägten Wahlkreis bemerkenswert, wurde diese Tradition durch die Person von Johannes Becker bis zum Ende der Weimarer Republik fortgesetzt.[4]

Der Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe und Peter Reichensperger

Spätestens seit dem Kulturkampf begann die Zentrumspartei die politische Landschaft im kölnischen Sauerland eindeutig zu dominieren. Alle anderen politischen Strömungen, die es noch in den 1860er Jahren in Form von Konservativen, Liberalen und Demokraten gegeben hatte, wurden marginalisiert. Standen der neugegründeten Zentrumspartei bei der ersten Reichstagswahl des Kaiserreichs im Wahlkreis Lippstadt-Brilon im Jahr 1871 immerhin fast 50% Gegenstimmen gegenüber, sank dieser Anteil im Jahr 1874 auf etwa 10% ab. Daran änderte sich auch in den folgenden Jahrzehnten kaum etwas. Noch erfolgreicher war die katholische Partei im Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe. Bereits im Jahr 1871 kam sie auf über 80% der Stimmen und steigerte ihren Stimmenanteil bis 1881 auf über 97%. Kaum niedriger fiel ihr Ergebnis auch in den folgenden Jahrzehnten aus. Nur bei einigen Wahlen, wie in den Jahren 1890 und 1903, lag sie deutlich unter diesen Werten. Während in anderen

---

[2] *Reichstagswahl in Olpe-Meschede-Arnsberg*. In: Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland Jg. 1893 Bd. 1 S. 564.

[3] The Daily Colonist 22. März 1893, The Morning Call 22. März 1893.

[4] Wilfried LOTH: Katholiken im Kaiserreich. Der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland. Düsseldorf, 1984 S. 82.

Traditionsgebieten des Zentrums nach dem Ende des Kulturkampfs die Bindekraft der Partei bereits nachzulassen begann, konnte sich die Partei im Sauerland fast unangefochten als die alles beherrschende politische Kraft behaupten. In beiden Wahlkreisen machten sich die allgemeinen Bindungsprobleme des Zentrums erst ab 1912, freilich noch immer in begrenzten Ausmaß bemerkbar, als sie deutlich weniger als 90% der Stimmen bekam. Wie sich nach 1918 zeigen sollte, setzte damit ein schleichender Bindungsverlust der Partei ein, ohne dass das Zentrum bis 1933 seine Führungsrolle verloren hätte.[5]

Auch personell war die Kontinuität groß. Immerhin wurde der Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe seit der Reichsgründung für über zwanzig Jahre im Reichstag von dem Rheinländer Peter Reichensperger vertreten. Dieser war bereits 1848 in der preußischen Nationalversammlung an führender Stelle im Sinne eines gemäßigten Konstitutionalismus aktiv, war in den 1850er Jahren zusammen mit seinem Bruder August Reichensperger Mitbegründer der Katholischen Fraktion im preußischen Abgeordnetenhaus und 1869/70 ebenso Mitbegründer der Zentrumspartei. Auch später gehörte er zu den Führungspersönlichkeiten der Partei. Er war kein Ultramontaner, sondern eher ein Verfechter vergleichsweise liberaler Positionen. Er war aber auch einer der gouvernementalsten Politiker des Zentrums. Als solcher stimmte er nicht immer mit der Mehrheit seiner Fraktion überein. So stimmte er 1884 der Verlängerung des Sozialistengesetzes zu, war ein Befürworter des Septennats[6] und später der Bismarckschen Sozialversicherung. Zwar ließ er sich im Sauerland immer wieder wählen, aber die Beziehung zu seinen Wählern blieb gering. Als er 1893 starb, hatte er seinen Wahlkreis bereits seit Jahren nicht mehr persönlich besucht. Angesichts der unerschütterlichen Zentrums-

---

[5] Fritz SPECHT/Paul SCHWABE, Die Reichstagswahlen von 1867-1907, Berlin 1908; Karl ROHE, Die Vorgeschichte: Das Parteisystem in den preußischen Westprovinzen und in Lippe-Detmold 1871-1933, in: Parteien und Wahlen in Nordrhein-Westfalen. Köln, 1985, S. 22-47 hier: S. 32; Thomas KÜHNE, Handbuch der Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus 1867-1918. Düsseldorf, 615-617; Statistik des deutschen Reiches Bd.250,1 Die Reichstagswahlen von 1912, Berlin, 1912.

[6] [Anm. pb.: *Septennat* = das durch den Reichstag für einen Zeitraum von *sieben* Jahren bewilligte Militärbudget im Deutschen Kaiserreich, welches von Kritikern auch als Aushebelung des parlamentarischen Haushaltsrechts bewertet wird.]

treue seiner Wähler war dies auch nicht notwendig. Allerdings hatte es bei den ‚Septennats-Wahlen' von 1887 Unstimmigkeiten zwischen Reichensperger und Teilen seiner Wählerschaft in Bezug auf die langfristige Festlegung der Militärausgaben gegeben. Auch 1890 war ein Teil der Wähler mit dem betont regierungsnahen Kurs Reichenspergers nicht einverstanden.[7]

Die Parteiorganisation des Zentrums war insgesamt nur wenig ausgeprägt. Dies galt nach Einschätzung von Karl Bachem für die „bombensicheren" Sauerländer Kreise in besonderem Maß, bestand doch an der Wahl der katholischen Kandidaten kein Zweifel. Durch die Praxis der Kooptation neuer Mitglieder in die Parteigremien wurde der politische Einfluss des Klerus, des Adel, einiger größerer Landwirte und bürgerlicher Honoratioren wirkungsvoll ge-schützt. Bis zum Tod von Reichensperger wurde die politische Führungsrolle dieser Gruppen von der Masse der Wähler freilich auch nicht in Frage gestellt.

Eine allgemeine reichsweite Entwicklung war aber, dass diese Honoratiorenpolitik seit den 1890er Jahren in die Krise geriet. Viele Wähler waren nicht mehr bereit, für einen für sie von einer kleinen Gruppe ausgewählten Kandidaten zu stimmen. Immer stärker spielten Interessen insbesondere wirtschaftlicher Art für die Wähler eine Rolle. Die Parteien sahen sich gezwungen, Kandidaten aufzustellen, von denen sie annahmen, dass sie diese Erwartungen erfüllen würden. Dies galt auch für die Hochburgen der jeweiligen Parteien. Wurde dem nicht Rechnung getragen, konnte es zum Aufstand gegen die Entscheidung der Honoratioren kommen. Als ein Beispiel gilt in der Forschung die „Affäre Fusangel" im Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe.[8]

---

[7] Thomas MERGEL: Peter Reichensperger. Der katholische Liberale. In: Sabine Freitag (Hrsg.): Die Achtundvierziger. Lebensbilder aus der deutschen Revolution von 1848/49. München, 1998. S. 185-189; vergl. DERS: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794-1914. Göttingen, 1994. S. 155f.; Bernd HAUNFELDER: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien. Düsseldorf, 1999. S. 240; Reichstagswahl in Olpe-Meschede-Arnsberg, S. 564; Karl BACHEM: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei. Bd. 9. Köln, 1932 S. 42.

[8] Jacob BORUT: „Das ungewohnte Bild jüdischer Wahlversammlungen." Zum Stilwandel innerjüdischer Wahlkämpfe in der Weimarer Republik. In: AfS 37/1997 S. 99; BACHEM, Vorgeschichte, S. 42.

Eine Besonderheit der Zentrumspartei war, dass sie von jeher Anhänger und Wähler aus allen sozialen Schichten umfasste. Solange die Erinnerung an den Kulturkampf noch präsent war, hielt dies die Partei bei allen Unterschieden nach außen und nach innen zusammen. Am Ende des 19. Jahrhunderts begannen dann die verschiedenen Gruppen innerhalb der Partei ihre Interessen zu artikulieren und es kam innerhalb des politischen Katholizismus zu einer ausgeprägten Flügelbildung. Folgt man Wilfried Loth, meldeten neben dem bisher tonangebenden Adel und Klerus drei gesellschaftliche Großgruppen verstärkt politische Mitspracherechte in der Partei an. Dazu gehörten eine bürgerliche Emanzipationsbewegung, eine populistisch gefärbte Bewegung ländlicher und kleinbürgerlicher Schichten und schließlich die Arbeiterbewegung. Angesichts eines nur schwachen Bürgertums spielte der bürgerliche Flügel im Sauerland nur eine untergeordnete Rolle. Wesentlich bedeutender waren die ländlich-populistische Strömung und der Arbeiterflügel. Dabei war der Populismus, getragen von kleineren Bauern und Handwerkern, nicht zuletzt Ausdruck eines Gefühls der Verunsicherung und Deklassierung im Zuge der Industrialisierung und des allgemeinen Modernisierungsprozesses. Auf der anderen Seite war der politische Partizipationsanspruch der Arbeiter, wie sich auch an der parallelen Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zeigen lässt, ein Ausdruck für das Entstehen einer entstehenden Gruppenidentität. Auf den ersten Blick konnten die Unterschiede zwischen Arbeitern und ländlicher Protestbewegung kaum größer sein. Allerdings sorgte nicht zuletzt die agrarisch-gewerbliche Verflechtung vieler Arbeiter im Sauerland für eine gewisse Annäherung. Auch gab es gewisse inhaltliche Übereinstimmungen wie die Kritik an der liberalen Wirtschaftsordnung und der Wunsch nach mehr politischen Mitsprachemöglichkeiten.[9]

---

[9] Centralvolksblatt 32/1893 9.2., 48/1899 28.2.; Stefan RÜPING: Parteisystem und Sozialstruktur in zwei dominant katholischen und überwiegend ländlichen Regionen 1912-1972 Münster, 1990 S. 173-175; LOTH, Katholiken im Kaiserreich, S. 42, S. 44, S. 82, S. 95, S. 124; DERS., Soziale Bewegungen im Katholizismus des Kaiserreichs In: Geschichte und Gesellschaft 17/1991 S. 284-287, 289; Friedrich HARTMANNSGRUBER: Die christlichen Volksparteien 1848-1933. Idee und Wirklichkeit. In: Geschichte der christlich-demokratischen und christlich-sozialen Bewegungen in Deutschland. Bonn, 1984. S. 255f.

Zum ersten Mal seit der Gründung des Kaiserreichs wurde nach dem Tod Reichenspergers im Jahr 1893 die Neubesetzung sowohl des Landtagsmandats für den Wahlkreis Olpe-Meschede wie auch des Reichstagswahlkreises Arnsberg-Meschede-Olpe nötig. Nur wenige Tage nach dem Tod Reichenspergers wurde eine baldige Zusammenkunft der Vertrauensmänner der Kreise Meschede, Arnsberg und Olpe angekündigt. Schon zu diesem Zeitpunkt gab es drei Interessenten. Die Tagung der Vertrauensmänner fand in Fröndenberg unter dem Vorsitz von Carl-Hubert von Wendt statt. Diese ausgewählte und nicht gewählte Honoratiorengruppe nominierte Friedrich Boese sowohl für das Landtags- wie für das Reichstagsmandat. Boese war Amtmann in Freienohl, Bürgermeister in Brilon und zuletzt Oberrentmeister für den Grafen von Westphalen zu Laer gewesen. Später lebte er in Münster und soll selbst Rittergutsbesitzer gewesen sein. Einen Zweifel an der Person Boeses hatte man offenbar nicht: „Herr Boese vereinigt alle die Eigenschaften, welche einen wirklich guten katholischen Volksvertreter ausmachen, in sich, und ist es sicher, dass er demnächst mit großer Majorität gewählt werden wird." Man verwies auch auf seine beruflichen Erfahrungen in der Verwaltung.[10] Dass eben der berufliche Hintergrund als Oberrentmeister für einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung insbesondere der Kleinbauern alles andere als eine Wahlempfehlung war, haben die Honoratioren offenbar gar nicht ins Kalkül gezogen. Der Drang zur Vergrößerung des großen Grundbesitzes seines Dienstherren dürfte verschiedentlich zu Konflikten zwischen Boese als Oberrentmeister und kleinen Grundbesitzern geführt haben, wie zeitgenössische Beobachter vermuteten.[11]

Nur wenige Tage nach Bekanntwerden der Nominierung gab es erste Hinweise auf Kritik. Zunächst spielten dabei vor allem lokalpatriotische Gründe eine Rolle. So wurde aus Olpe berichtet, dass niemand aus der Stadt bei der Vertrauensmännersitzung anwesend gewesen wäre. Man warf den Organisatoren vor, dass als Tagungsort mit Absicht das ungünstig gelegenen Fröndenberg gewählt worden wäre. Im Kreis Olpe

[10] Centralvolksblatt 10/1893 13.1., 19/1893 24.1., 21/1893 26.1.

[11] Reichstagswahl in Olpe-Meschede-Arnsberg, S. 567.

wurde lebhaft über die Kandidatenaufstellung debattiert. Dabei wurde für eine Trennung von Reichstags- und Landtagsmandat plädiert. Man dachte dort daran den aus Olpe stammenden Oberlandesgerichtsrat Zeppenfeld aus Hamm als Landtagskandidat zu nominieren, während Boese nur für den Reichstag kandidieren sollte. Über eine Trennung der Mandate war auch in Fröndenberg schon diskutiert worden, aber diese Position war in der Minderheit geblieben. Wichtiger als die konkreten Vorschläge war, dass sich die Zentrumspartei im Kreis Olpe nicht mit den Entscheidungen in Fröndenberg abfinden wollte und eine Vertrauensmännerkonferenz nach Finnentrop einberief. Schon zu diesem Zeitpunkt wurde auch darauf verwiesen, dass im Kreis bereits zwei Aufrufe kursierten, die sich für Johannes Fusangel aussprachen. „Derselbe erfreut sich im Kreis Olpe großer Beliebtheit und es ist wahrscheinlich, dass er bei der der nächsten Wahl eine bedeutende Stimmenzahl erhalten würde."[12]

Der „Volkstribun" Johannes Fusangel

Der hier angesprochene Fusangel musste als junger Journalist während des Kulturkampfes vor drohenden Verfolgungen aus dem Rheinland nach Süddeutschland ausweichen. Aber es war nicht seine ultramontane Vergangenheit, die ihn auch im Sauerland populär gemacht hatte. Vielmehr geht dies auf seine journalistische und politische Tätigkeit im Ruhrgebiet zurück. Als Redakteur der Westfälischen Volkszeitung in Bochum hatte er die Zustände im Ruhrbergbau scharf angegriffen. Im Jahr 1884 war Fusangel dann maßgeblich an der Gründung des sogenannten „Rechtsschutzvereins" beteiligt. Dieser Verein widmete sich vor allem der Reform des Knappschaftswesens und war eine der ersten Interessenorganisationen für die katholischen Bergleute im Ruhrgebiet. Auch wenn sich der Verein auf Dauer nicht behaupten konnte, brachte er „frischen Wind in die christlich-soziale Bergarbeiterbewegung", wie Klaus Tenfelde urteilte. Seine Tätigkeit hatte ihn als „roter Johannes" auf Seiten der Grubenbarone zum „bestgehassten Mann" und unter den

[12] Centralvolksblatt 21/1893 26.1.; Reichstagswahl in Olpe-Meschede-Arnsberg, S. 565.

Bergleuten für einige Zeit zum „Abgott“ gemacht. Bereits im Ruhrgebiet hatte er vergeblich für ein Reichstagsmandat kandidiert. Fusangel griff in seiner Zeitung mit Vorliebe die im Revier übermächtigen, meist nationalliberal gesinnten Großindustriellen an. Er führte unter anderem einen aufsehenerregenden Prozess, der von dem Direktor des Bochumer Vereins Fritz Baare, dem Fusangel Steuerhinterziehung vorgeworfen hatte, angestrengt worden war. Als Folge seiner aggressiven Kritik wurde Fusangel häufig wegen Preßvergehen verurteilt. Im Jahr 1893 siedelte er auch im Zusammenhang mit der Kandidatur im Sauerland nach Hagen um und gründete dort die „Westdeutsche Volkszeitung“. Diese stieg in der Folge zu einer der meist gelesenen katholischen Blätter in Südwestfalen auf und hatte auch Redaktionen in Arnsberg und Bochum. Das bisherige Verhältnis Fusangels zum Zentrum war nicht ganz ohne Probleme. So hat er in seiner Zeit in Bayern die Partei teilweise scharf kritisiert. Aber zerrüttet war das Verhältnis nicht, hatte doch der Parteivorsitzende Ludwig Windthorts zu Gunsten Fusangels bei einer früheren Reichstagswahl auf eine Kandidatur im Wahlkreis Bochum verzichtet.[13]

Formierung der gegnerischen Lager

Unter dem Vorsitz des Pfarrers Feldmann aus Wenden kam die angekündigte Versammlung in Finnentrop mit 200 Teilnehmern zustande. Sie sollte die Frage klären, ob die Wähler des Kreises Olpe an die Beschlüsse von Fröndenberg gebunden seien oder ob sie eine Trennung der Mandate befürworten würden. Weil die Entscheidungen von Frönden-

---

[13] Westdeutsche Volkszeitung 179/1910. 9.8.1910; Otto HUE: Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit. Bd. 2. Stuttgart, 1913 [ND Bonn, 1981] S. 330-333; Heinrich IMBUSCH: Arbeitsverhältnis und Arbeiterorganisation im deutschen Bergbau. Essen, 1908 S. 267-277; Klaus TENFELDE: Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert Bonn, 1977 S. 551-559, S. 585; HAUNFELDER, Zentrumsabgeordnete, S. 159f.; Paul MAJUNKE: Der Zerfall der alten Parteien In: Historisch-Politische Blätter für das katholische Deutschland. Jg. 1893 Bd.1 S. 159f.; Reichstagswahl in Olpe-Meschede-Arnsberg, S. 565f.; Alfred FINKE: Die Stadt Hagen (Westf.). Berlin, 1928 S. 179.

berg nur von speziell eingeladenen Herren getroffen worden seien, wurde die Versammlung als nicht legitim abgelehnt. Weitgehend einig war sich die Versammlung in der Forderung nach einer Trennung der Mandate. Uneins war sie sich jedoch über den weiteren Kurs. In der Debatte zum Reichstagsmandat wurde eingewandt, dass Boese mit seinen 65 Jahren zu alt sei. Arbeiter und Handwerker aus Attendorn sprachen sich für Fusangel aus. Die Abstimmung fiel zu Gunsten Boeses aus. In der Frage des Landtagsmandats sprach sich die Mehrheit für Zeppenfeld aus. Eine Minderheit aus Arbeitern und Handwerkern hielt an der Kandidatur Fusangels fest: *„Bleiben Sie uns fort mit den Beamten und Oberrentmeistern, es geht nicht, wir Arbeiter sind unverbesserlich."*[14]

Die Sache wurde noch komplizierter, weil sich eine ähnliche Versammlung im Kreis Meschede zwar auch gegen die Beschlüsse von Fröndenberg wandte und sich für eine Trennung der Mandate aussprach. Aber dort wollte man anstelle Zeppenfelds Fusangel als Mitglied im Abgeordnetenhaus sehen. „Handwerker, Kleinbürger und Arbeiter sind der Ansicht, dass Niemand besser ihre Sache im Landtage vertreten werde, als Herr Fusangel." Außerdem meldeten mit dem Unternehmer Otto Schütte aus Oberkirchen und dem Pfarrer Julius Falter aus Freienohl weitere Kandidaten ihr Interesse an. Aus dem Kreis Arnsberg trat als Kandidat der Landwirte zudem noch Engelbert Egon von Fürstenberg hinzu. Laut einer etwas später veröffentlichten Wahlanzeige wurde er von Mitgliedern der landwirtschaftlichen Kreis- und Lokalvereine, aber auch von Vertretern der Industrie aus dem Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe unterstützt. Relativ bald wurden indes Zweifel daran angemeldet, dass von Fürstenberg überhaupt dem katholischen Lager zuzurechnen sei. Er stünde nur in kirchenpolitischer Hinsicht auf dem Boden des Zentrums. In anderen Feldern würde er eher Positionen der Konservativen vertreten. Der im Kreis Olpe für das Landtagsmandat ins Gespräch gebrachte Landgerichtsrat Zeppenfeld zog seine Kandidatur zurück.[15]

---

[14] Centralvolksblatt 29/1893 6.2.

[15] Centralvolksblatt 29/1893 6.2., 32/1893 9.2., 41/1893 20.2., 50/1893 2.3., 58/1893 11.3.; Arnsberger Zeitung 17/1893 26.2.

Bereits zu diesem Zeitpunkt wird zweierlei deutlich: Ein beträchtlicher Teil der Wähler war mit der Honoratiorenpolitik, wie sie die Versammlung in Fröndenberg repräsentierte, nicht einverstanden und verlangte Mitsprachemöglichkeiten. Zum anderen zeichnete sich ab, dass die unterschiedlichen sozialen Gruppen versuchten, ihre Interessen in der Kandidatenfrage durchzusetzen. Dies haben auch die Zeitgenossen so gesehen. Das Centralvolksblatt warnte vor einer einseitigen Interessenvertretung und plädierte für die Suche nach einem Kandidaten, der alle Interessen repräsentieren könne. Es war klar, dass die Entscheidung von Fröndenberg nicht zu halten sei. Das Blatt warb für einen breiten demokratischen Meinungsfindungsprozess. Zunächst sollten danach Volksversammlungen zur Kandidatenfrage in den drei Kreisen stattfinden, auf denen dann Delegierte bestimmt würden, die ihrerseits in einer Ver-sammlung eine Entscheidung herbeiführen sollten.

Als strukturelle Ursache machte das Blatt die Parteiorganisation des Zentrums aus. Insbesondere die Kooption der Vertrauensmänner, dass heißt die Selbstergänzung ohne demokratische Legitimation, wurde kritisiert. Die Zeitung schlug daher eine grundlegende Modernisierung der Parteistruktur vor. An jedem größeren Ort sollte ein Wahlverein mit einem geschäftsführenden Ausschuss gebildet werden. Bei Wahlen sollten Delegierte in die Vertrauensmännerversammlungen entsandt werden und dort nach Maßgabe ihrer Vereine entscheiden. Man erhoffte sich dadurch, dass Meinungsverschiedenheiten ausgeschlossen oder ausgeglichen werden könnten. Gleichzeitig könnten Wahlvereine vor Ort Wahlkampfgelder ansammeln und zur Bindung an die Partei beitragen. Damit sollte an die Stelle der bisherigen Honoratiorenpartei mit ihren undemokratischen Praktiken der Selbstergänzung fast so etwas wie eine demokratisch orientierte Mitgliederpartei treten. Diese Vorschläge wurden zunächst nicht umgesetzt, spielten aber nach der Jahrhundertwende erneut eine Rolle.[16]

Inzwischen hatte sich auch Fusangel zu Wort gemeldet. Zunächst zitierte dieser aus dem Schreiben, mit dem ihm eine Kandidatur angetragen worden war. Darin soll es geheißen haben, dass die „ungeheure Mehrzahl der Wähler“ eine weitere „Verstärkung des juristisch bürokra-

[16] Centralvolksblatt 32/1893 9.2.

tischen Elements“ in der Zentrumsfraktion ablehne und stattdessen eine Persönlichkeit wünsche, „welche in den breiten Schichten des Volkes wurzele, welche mitten aus dem praktischen Leben heraus sich ein hinreichendes Verständnis für die unbefriedigende Lage des kleinen Mannes, des Handwerkers, des Arbeiters und Landwirts erworben habe, welche endlich durch ihre Vergangenheit die Bürgschaft dafür biete, dass sie mit Umsicht und Energie für die wichtigsten Interessen der Wähler einzutreten entschlossen sei.“ Fusangel machte eine Kandidatur zu diesem Zeitpunkt noch von der Wiederherstellung der Einigkeit abhängig, denn „ich hielt und halte es nicht für angängig, dass man Zentrum gegen Zentrum und linken gegen den rechten Flügel der Partei ausspiele.“ Er hoffte darauf, dass in der laufenden Debatte sich die Einigkeit von selbst ergeben würde. Fusangel wandte sich gegen Berichte in der liberalen Presse, die offenbar gemeldet hatte, dass die Geistlichkeit sich gegen seine Kandidatur ausgesprochen hätte. „Wer in meiner Eigenschaft als linksstehender Zentrumsmann eine Nötigung für die Geistlichkeit findet, mir entgegen zu sein, der vergisst, dass durch unsere den Volke entsprossene und mitten im Volke lebende Geistlichkeit ein entschieden demokratischer Zug geht, ohne welchen die Zentrumspartei niemals das geworden wäre, was sie ist und immer sein soll, eine echte und rechte Volkspartei.“[17]

Konfrontation der Lager und Wahlkampf

Die Suche nach einem Konsens wurde dadurch erschwert, dass eine Wählerversammlung im Kreis Arnsberg die Ergebnisse von Fröndenberg ausdrücklich anerkannte und an der Kandidatur von Boese festhielt. Man schuf insofern Fakten, als dass ein geschäftsführender Wahlausschuss mit Sitz in Arnsberg geschaffen und Wahlversammlungen angekündigt wurden.[18] Die Gegenseite reagierte prompt. Ebenfalls in Arnsberg hatte sich ein Wahlkomittee zu Gunsten Fusangels gebildet,

[17] Centralvolksblatt 40/1893 18.2.

[18] Centralvolksblatt 49/1893 1.3.

das vor allem von Handwerkern und Arbeitern getragen wurde und in einer Anzeige zur Wahl des „Volksmannes“ Fusangel aufrief.[19]

In der Folge war von der Suche nach einem gemeinsamen Kandidaten kaum noch die Rede. Vielmehr begann nun eine offene Auseinandersetzung der Kandidaten und ihrer jeweiligen Unterstützer. Der Wahlkampf zwischen den Anhängern Fusangels und Boeses verlief stark emotionalisiert, und die Angelegenheit führte zu einer politischen Erregung „wie man sie in unserem treu zum Zentrum haltenden biederen sauerländischen Volke bis dahin nicht gekannt hat“.[20]

Vor allem die Äußerungen Fusangels, in denen er von Flügeln innerhalb der Partei gesprochen hatte, sich als linken Zentrumsmann bezeichnet hatte und in denen er in der Geistlichkeit einen demokratischen Zug zu erkennen glaubte, stieß auf massiven Widerspruch. In einer Zuschrift eines Klerikers an das zentrale Organ des Zentrums „Germania“ wollte man aus katholisch-konservativer Sicht für die Geistlichkeit zwar den Begriff „volkstümlich“, nicht aber „demokratisch“ verwandt wissen. „Denn im Ernstfall soll und darf man alle Worte nur in der Bedeutung benutzen, wie sie bei uns im Lande und in der Gegenwart besitzen. Dann aber schließt das Wort ‚demokratisch‘ seit Jahrzehnten einen Gegensatz ein gegen konservative Gesinnung und Haltung, gegen jede Aristokratie und zuletzt sogar gegen das monarchische System und das Königtum von Gottes Gnaden. Unser Klerus verdient diese Charakterisierung nicht.“[21]

Die Ablehnung der Kandidatur Fusangels war im Zentrum weit verbreitet. Eine zeitgenössische Wochenschrift schrieb über die Hintergründe: „Er gilt den Arbeitern und Bauern als ein sozialpolitischer Drachentöter und schlägt nicht ohne Erfolg antisemitische Töne an. Nicht diese Tendenzen Fusangels erregen Widerspruch im Centrum, sondern die Art seiner Agitation, der exzentrische Demagogenton und die leichtherzige Art, in welcher er sich Verleumdungsklagen aussetzt.“[22] Die

---

[19] Centralvolksblatt 52/1893 4.3.

[20] Centralvolksblatt 55/1893 8.3.

[21] Centralvolksblatt 53/1893 6.3.

[22] *Das Echo*. Wochenschrift für Politik, Literatur, Kunst und Wissenschaft Bd. 22 Januar bis Juni 1893 S. 356. – In der Wiedergabe der Äußerungen Fusangels in der Region ist von antisemitischen Äußerungen nichts zu finden.

Fraktionsvorstände des Zentrums im Reichs- und Landtag nahmen Fusangels Äußerungen zum Anlass, ein gemeinsames Rundschreiben herauszugeben, womit sie ihm seine Zentrumseigenschaft absprachen. Die Vorstände wandten sich mit Entschiedenheit gegen die Vorstellung eines linken oder rechten Flügels in Partei oder Fraktion. „Wer eine andere Stellung nimmt, tritt damit außerhalb des Zentrums und kann als Kandidat des Zentrums unsererseits nicht anerkannt werden." Es wurde die Parole ausgegeben: „hie Fusangel, hie Zentrum."[23]

Diese Verlautbarung hatte keine erkennbare Wirkung. Die Lokalpresse wurde vielmehr überschwemmt mit Zuschriften insbesondere von Arbeitern, Handwerkern, anderen Gewerbetreibenden und Landwirten, die sich für die Wahl Fusangels einsetzten. Sie verbreiteten Flugblätter, die offenbar teilweise persönliche Angriffe und Verschwörungstheorien über die Hintergründe der Kandidatur von Boese enthielten. Auf Wahlversammlungen wurde Fusangel wie ein Volksheld gefeiert. In Fredeburg sollen an einer Versammlung 4.000 Zuschauer teilgenommen haben. Den Vorwurf außerhalb des Zentrums zu stehen, wies Fusangel mit Nachdruck zurück und fasste dies als eine direkte Beleidigung seiner Person auf. Seit 20 Jahren stehe er im Dienst der katholischen Presse; er habe auf diesem Gebiet unentwegt und ohne Furcht gewirkt, ja selbst längere Gefängnisstrafen im Interesse der von ihm vertretenen Sache erduldet und wolle diesen Standpunkt auch immer einnehmen. Er wandte sich dagegen, dass die Geistlichen sich gegen ihn aussprechen würden. „In der Kirche allerdings hätte der Geistliche allein das Wort, hinsichtlich der Politik aber sagt das Volk: ‚Wir sprechen auch ein Wörtchen mit.' Die deutschen Zentrumswähler seien treue Kinder des heiligen Vaters, aber auch diesem gegenüber würden sie in Sachen der Politik sich ihre eigene Meinung nicht nehmen lassen." Die Versammlung legte Protest gegen die Bevormundung durch die Fraktionen ein. Fusangel wurde zum alleinigen Kandidaten proklamiert und die Fraktionen darüber in einem Telegramm informiert.[24]

---

[23] Reichstagswahl in Olpe-Meschede-Arnsberg, S. 566; Deutscher Geschichtskalender Jg. 1893 Bd.1 Leipzig, 1893 S. 158; Arnsberger Zeitung 18/1893 2.3.

[24] Centralvolksblatt 55/1893 8.3.

Von den überregionalen Parteiinstanzen wurden führende Zentrumspolitiker wie Dr. Ernst Lieber ins Sauerland entsandt, um gegen Fusangel Stellung zu nehmen. Paul Majunke urteilte: „Die Ehre ist noch niemals einem Abgeordneten des Centrums zu Theil geworden, dass die bekanntesten und gewandtesten Redner der Fraktion in seinen Wahlkreis gekommen und sich Tage lang für ihn bis zur Heiserkeit verwendet hätten."[25]

Lieber beteuerte, dass die Fraktionen nicht in das Wahlrecht des katholischen Volkes eingreifen wollten. Aber er betonte auch, dass sie das Recht hätten, zu entscheiden, wer ins Zentrum gehört. „Und nicht ins Zentrum gehöre Kaufmann Schütte, nicht Fürstenberg, nicht Fusangel. Nun und nimmer mehr wird Fusangel ins Zentrum kommen. Das sei einstimmiger Fraktionsbeschluss." Der Landtagsabgeordnete Eduard Fuchs aus Köln warnte in mehreren Versammlungen vor reiner Interessenpolitik, die angesichts der sozialen Heterogenität des Zentrums die Partei auseinander sprengen müsste. Er betonte stattdessen das Gemeinsame und beschwor die Zeit des Kulturkampfes. Gewissermaßen als letztes und nicht widerlegbares Argument berief er sich auf eine angebliche Äußerung des Papstes, der die Sauerländer zur Einigkeit aufgerufen hätte. All dies half den Vertretern der offiziellen Parteilinie nichts. Sämtliche Veranstaltungen für Boese verwandelten sich durch massive Unmutsbekundungen, Unruhe und Hochrufe zu eindeutigen Vertrauenskundgebungen für Fusangel. Die Versammlungen von Fusangel etwa in Attendorn und Hüsten zogen, wie schon in Fredeburg, zahlreiche Anhänger an. In Hüsten wurde ein Protesttelegramm an Franz von Ballestrem im Namen von 5.000 anwesenden Wählern abgesandt. Ein Beobachter berichtete vor der Wahl in der Presse, dass nach seinen Beobachtungen, Fusangel zweifellos die meisten Sympathien für sich verbuchen konnte. Nach seinem Eindruck erwarteten die Wähler, dass er „recht scharf im Parlament auftrete", sie unterstützen ihn aber auch, „um ihre Opposition gegen die Kandidatur Boese, die sie als Volkskandidatur nicht anerkennen, zu bekunden. [...] Das Volk befindet sich in einer hochgradigen Erregung, in einer sehr gereizten Stimmung, es ist erbittert darüber, dass man es bei der Auswahl der Kandidaten nicht in

[25] MAJUNKE, Zerfall der alten Parteien, S. 632.

dem Maße hat mitsprechen lassen, wie es ihn nach seiner Auffassung [...] zukam."[26]

Wahlergebnis und Einschätzungen

Die Wahlbeteiligung war mit 82,8% für die Region ungewöhnlich hoch und das Ergebnis war bei der Reichstagswahl eindeutig. Auf Fusangel entfiel mit 15.131 Wählern ein Stimmenanteil von mehr als 70%. Boese erhielt mit 4.729 nur knapp 20%. Außer in der Stadt Arnsberg mit ihrer konservativen Beamtenschaft blieb die Unterstützung für von Fürstenberg marginal. Er erhielt mit 417 Stimmen nur 2%, und die übrigen lokalen Kandidaten erhielten nur knapp 1,5% der Stimmen. Bei der Landtagswahl mit ihrem Dreiklassenwahlrecht setzte sich dagegen Boese mit 78,8% gegen Fusangel mit 20,4% durch. Während die Region im Reichstag also von einem Vertreter des Sozialkatholizismus vertreten wurde, wurde das Landtagsmandat weiterhin von einem Vertreter der Honoratioren besetzt.[27]

Die *Germania* hat den Ausgang am 24. März in Zusammenhang mit anderen Nachwahlen betrachtet. Die Zeitung ahnte, dass die politischen Gegner den Ausgang als ersten Riss im bisher unerschütterlichen „Zentrumsturm" interpretieren würden, und bezeichnete den Ausgang als unerfreulich. Sie verweist dann darauf, dass der Konflikt um die Militärvorlage dabei eine zentrale Rolle gespielt hätte. Diese Zusammenhänge gehen zwar aus den regionalen Quellen so nicht hervor, sie verweisen aber darauf, dass die Wahl in einem für die Zentrumspartei schwierigen Umfeld stattgefunden hatte, war doch die Vorlage in der Partei umstritten. Tatsächlich wurde Fusangel zumindest überregional als ein Streiter gegen die Militärvorlage wahrgenommen. Andere Zeitungen wie die Münchener Volkszeitung wiesen im Zusammenhang mit der Wahl darauf hin, dass die Partei nach dem Tod von Ludwig Windthorst dessen

---

[26] Deutscher Geschichtskalender Jg. 1893, S. 159, Centralvolksblatt 60/1893 14.3., 62/1893 16.3., 63/1893 17.3., 66/1893 21.3.; Arnsberger Zeitung 22/1893 16.3., 23/1893 19.3.

[27] Centralvolksblatt 136/1893 16.6., 139/1893 20.6.; KÜHNE, Handbuch, S. 617; SPECHT/SCHWABE, Reichstagswahlen, S. 140f.

Integrationskraft fehle. Bei einem Besuch von Franz von Ballestrem bei Leo XIII. soll der Papst mit Blick auf das Zentrum zur Einheit gemahnt haben. Das Blatt stellt fest, dass Personen wie Ballestrem und Lieber oder gar Fusangel sehr unterschiedliche Richtungen repräsentieren würden.[28]

In den politisch-historischen Blättern für das katholische Deutschland beschäftigte sich der Kaplan und Publizist Paul Majunke mit dem Zustand der Zentrumspartei und sah in den Vorgängen im Sauerland ein Indiz für eine zurückgehende Bedeutung oder sogar für den Beginn des Zerfalls der Partei. Er verwies dabei auch auf andere Wahlen. Majunke sah dabei ein grundsätzliches Problem. Er bemerkte zu Recht, dass solche Vorgänge während des Kulturkampfes völlig unmöglich gewesen seien. Nicht mehr die grundlegenden und einheitsstiftenden kirchenpolitischen Fragen, sondern andere Fragen, in denen das Zentrum nicht in gleicher Weise einig sei, wären in den Vordergrund getreten. In den Hochburgen des Zentrums, wie eben im Wahlkreis Arnsberg-Meschede-Olpe, machten sich soziale Strömungen innerhalb des Zentrums bemerkbar. Dort wäre Fusangel mit sozialpolitischen Forderungen aufgetreten, die im Gegensatz zur Führung der Partei gestanden hätten. Gleichzeitig läge er aber in kirchenpolitischer Hinsicht auf Parteilinie. Er warnte davor, dass es ein vergebliches Mühen sei, dass Zentrum in rein politischen und sozialen Fragen unter einen Hut bringen zu wollen; selbst Windhorst habe dies nur einige Mal vermocht, und die ältere Geschichte des Zentrums in Preußen vor dem kirchenpolitischen Kampfe ergebe, dass die kirchlichen Fragen die Fraktion einigen, politische Fragen sie zerstreuen.[29] Wie es die Zentrumspresse befürchtet hatte, nutzten die politischen Konkurrenten und die regierungsnahe Presse die Angelegenheit um über eine Krise in der Zentrumspartei zu spekulieren.[30] Allerdings gab es auch Stimmen, die davor warnten aus dem Einzelfall voreilige allgemeine Schlüsse zu ziehen.[31]

---

[28] Deutscher Geschichtskalender Jg. 1893 Bd.1 S. 159; Jürgen Michael SCHULZ: Kirche im Aufbruch. Das sozialpolitische Engagement der katholischen Presse Berlins im Wilhelminischen Deutschland. Berlin, 1994 S. 226.

[29] MAJUNKE, Zerfall der alten Parteien, S. 630; Deutscher Geschichtskalender Jg. 1893 Bd.1 S. 161.

[30] Neueste Mitteilungen 19. April 1893.

[31] Allgemeine Konservative Monatsschrift für Politik, Literatur und Kunst 4/1893 S. 448.

Fusangel hat nach der Wahl unter anderem mit einem demonstrativen Bekenntnis zum Zentrum versucht, die Wogen etwas zu glätten. Die Zentrumsfraktion im Reichstag erkannte den „gemäßigten und entgegenkommenden Ton seiner Erklärung zwar an, beharrte aber mit Blick auf die Wahl, die im bewussten Gegensatz zur Fraktion stattgefunden hätte, am 15. April darauf Fusangel nicht als Mitglied aufzunehmen. Diese Entscheidung wurde von der Germania ausdrücklich begrüßt. „Es wird […] Niemand in Zweifel ziehen, dass die erfahrenen und bewährten Männer, die Erwählten des katholischen Volkes, welche jenen Beschluss einstimmig gefasst haben, das nach ruhiger, allseitiger Erwägung der Sache und ihrer Consequenzen getan haben." Es gab aber auch positive Stimmen in der Zentrumspresse. Die ebenfalls in Berlin erscheinende Märkische Volkszeitung kritisierte den innerparteilichen Streit, äußerte sich zu Fusangel aber ganz anders: „Wir haben unsererseits aus unserer Sympathie für den tapferen Vorkämpfer für Recht und Wahrheit […] niemals Hehl gemacht, und werden seine Wahl in diesem Sinne auch gerne begrüßen."[32]

Vertauschung der Fronten – Allgemeine Reichstagswahl 1893

Noch im Jahr 1893 kam es nach der Auflösung des Reichstages erneut zu einem Urnengang, der ganz im Zeichen der Militärvorlage stand. Dabei ging es um die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um rund 80.000 Mann. Die Frage ob das Parlament dem zustimmen sollte, wurde innerhalb der Zentrumspartei von den verschiedenen Flügeln unterschiedlich beurteilt. Die Mehrheit der Partei hatte jedenfalls zusammen mit der SPD und einem Teil der freisinnigen Partei die entsprechende Regierungsvorlage abgelehnt, was eben die Auflösung des Reichstages zur Folge hatte. Ein Teil der Zentrumspartei hatte dagegen der Vorlage zugestimmt. Vor allem in Süddeutschland meldete sich im katholischen Lager eine populistische Protestbewegung zu Wort, die die Zentrums-

[32] Centralvolksblatt 89/1893 19.4.; Deutscher Geschichtskalender Jg. 1893 Bd.1 S. 159; Jürgen Michael SCHULZ: Kirche im Aufbruch. Das sozialpolitische Engagement der katholischen Presse Berlins im Wilhelminischen Deutschland. Berlin, 1994 S. 225f.

führer mit Mandatsentzug drohten, sollten diese dem preußischen Militarismus erneut Tribut zollen. Die Vorgänge im Sauerland waren vergleichbar.[33]

In der Region sammelten sich die Anhänger der Regierung wie auch deren Gegner aus den Reihen der Zentrumspartei in zwei Lagern. Die Gegner der Militärvorlage hoben Fusangel auf den Schild. Die Presse war sich im Vorfeld sicher, dass dessen Haltung sich durchsetzen werde, und meinte, nur derjenige könnte im Wahlkreis Erfolg haben, dessen Parole lautet *„Keine neuen Steuern, keine neuen Soldaten"*. Die Gegner der [militarismuskritischen] Parteilinie trafen sich auf Einladung des dortigen Bürgermeisters in Olpe. Die Versammlung wurde vom Arnsberger Bürgermeister Max Löcke geleitet. Der Rechtsanwalt Carl Scheele aus Arnsberg erklärte sich zur Kandidatur bereit. Er bekannte sich zum Zentrum, erklärte aber auch, gegen die Mehrheitslinie stimmen zu wollen. In gewisser Weise kam es zu einer Verkehrung der Fronten, stand doch Fusangel nun auf dem Boden der Parteimehrheit, während sich staatsnahe Personen wie die Bürgermeister von Arnsberg und Olpe in der Opposition wiederfanden. Aus diesem Grund verweigerte die zentrumsnahe Regionalpresse Scheele auch die Unterstützung. Dagegen stand die Arnsberger Zeitung erkennbar auf dessen Seite.[34]

Das politisch Trennende wurde durch die soziale Dimension noch verstärkt, indem aus Arbeiterkreisen Vorwürfe kamen, dass die Anhänger Scheeles keine Arbeiter zu den Nominierungstreffen eingeladen hätten. „Jetzt seht ihr alle deutlich, was die Gegner des Herrn Fusangel von dem Arbeiterstand halten." Auf der anderen Seite berichtete die Arnsberger Zeitung über eine sinkende Zustimmung zu Fusangel in Kreisen der Landbevölkerung. „Was haben wir davon, wenn nur den Arbeitern alles mögliche in Aussicht gestellt wird?"[35]

Wieder gelang es Fusangel, seine Anhänger in großen Versammlungen zu mobilisieren. In Meschede sollen daran bis zu tausend Personen teilgenommen haben. In Altenhundem beteiligten sich 1.500 bis 1.800

---

[33] Wilfried LOTH: Das Kaiserreich. Obrigkeitsstaat und politische Mobilisierung. München, 1996 S. 96.

[34] Centralvolksblatt 112/1893 15.5., 122/1893 30.5., 126/1893 5.6.; Arnsberger Zeitung 45/1893.

[35] Centralvolksblatt 130/1893 9.6.; Arnsberger Zeitung 46/1893 10.6.

Besucher. Für die Verkehrung der Fronten bezeichnet war, dass in Warstein selbst der dortige Vikar Strausberg, der bei der vorigen Wahl sich noch vehement gegen Fusangel ausgesprochen hatte, diesen nun zum „einzig legitimen Zentrumskandidaten" erklärte. Auch Scheele hielt Versammlungen ab. In Meschede zog er immerhin 600 Zuhörer an. Er verteidigte sich gegen den Vorwurf, nicht mehr auf Seiten der Zentrumspartei zu stehen, und verwies darauf, dass ja früher Reichensperger etwa in der Septennatsfrage auch schon gegen die Parteimehrheit gestimmt hätte. Die Anhänger Scheeles versuchten ihrerseits, Fusangels politische Haltung in Zweifel zu ziehen, indem behauptet wurde, dass Sozialdemokraten aus Arnsberg, Neheim und Attendorn sich aktiv für Fusangel einsetzen würden. In Warstein hätten die Mitglieder des dortigen Gewerkvereins der Metallarbeiter sich für Fusangel ausgesprochen. Natürlich unterließen sie es nicht, darauf hinzuweisen, dass Fusangel nicht im offiziellen Verzeichnis der Zentrumskandidaten auftauchen würde und dass dieser noch immer „keine Gnade bei der Parteileitung" gefunden hätte. Dagegen hätte die westfälische Parteileitung beschlossen, weder für noch gegen Scheele Stellung zu nehmen.[36]

Die Beteiligung an der Wahl war mit 74% geringer als bei der zurückliegenden Ersatzwahl. Als Vertreter der Parteilinie konnte Fusangel offenbar auch solche Wähler gewinnen, die zuvor gegen ihn gestimmt hatten. Er kam mit 15.434 Stimmen und einem Anteil von fast 85% auf sein bestes Ergebnis überhaupt. Dagegen erhielt Scheele nur 2.652 Stimmen. Dies entsprach 14,5%. Nicht verwunderlich ist, dass letzterer eine Hochburg in seiner Heimatstadt Arnsberg hatte. Dort stimmten 552 für ihn und 587 für Fusangel. Auch in Meschede hatte Scheele mit 112 zu 348 Stimmen noch einen vergleichsweise großen Erfolg. Anderswo hatte, soweit Zahlen bekannt sind, seine Kandidatur kaum eine Bedeutung. In Neheim stimmten etwa nur 22 Wähler für Scheele, während sich 1.104 für Fusangel entschieden. Einige Monate später fand auch eine allgemeine preußische Landtagswahl statt. Boese kandidierte nicht mehr für den Wahlkreis Meschede-Olpe. Stattdessen trat Georg von Detten gegen Fusangel an. Auch von Detten war ein ausgesprochener Vertreter land-

[36] Centralvolksblatt 133/1893 13.6.; Arnsberger Zeitung 47/1893 11.6., 48/1893 15.6., 50/1893 22.9.

wirtschaftlicher Interessen. Obwohl Fusangel mit 44,3% ein beachtliches Ergebnis erzielte und gegenüber der Ersatzwahl deutlich zulegen konnte, profitierte auch Detten vom Dreiklassenwahlrecht und setzte sich mit 54,2% durch. Auf Dauer hielt die Reichstagsfraktion den Ausschluss Fusangels nicht durch. Karl Bachem berichtet, dass sie ihn nach „einer kurzen Anstandsfrist" aufgenommen hätte. Dabei spielte aber auch eine Rolle, dass sich nach der Reichstagswahl in der Zentrumspartei eine bürgerliche Führungsgruppe um Ernst Lieber durchsetzte, die verstärkt Rücksicht auf die populistischen Bewegungen der kleinen Leute zu nehmen hatte.[37]

Der Konflikt zwischen den Anhängern Fusangels und den Honoratioren erwies sich nicht als Ausnahmeerscheinung, sondern prägte in den folgenden Jahren weiterhin die politische Kultur des Sauerlandes. Im Rückblick schrieb ein Zentrumspolitiker aus Meschede: „Da durch diese Wahlen die Bundesgegensätze in Erscheinung traten, in dem besonders die wenig bemittelten Arbeiter, Handwerker usw. den wohlhabenden Kreisen gegenüberstanden, wurde hierdurch viele Gegensätze, sogar Feindschaft in Stadt und Land geschaffen, die bei jeder Neuwahl erneut sich bemerkbar machte."[38] […]

[37] SPECHT/SCHWABE, Reichstagswahlen, S. 141; Kühne, Handbuch, S. 617; Centralvolksblatt 136/1893 16.6., 130/1898 10.6.; LOTH, Kaiserreich, S. 96f.

[38] Chronik der Stadt Meschede, S. 38.

Lokalgeschichte als Mentalitätsgeschichte

Die Herausbildung eines katholisch-nationalistischen Milieus in Sundern / Sauerland im Kaiserreich 1871 – 1914[1]

WERNER NEUHAUS

Die Geschichtswissenschaft ist eine revisionistische Wissenschaft schlechthin. Durch Erschließung neuer Quellen sowie durch Konzentration auf bis dahin vernachlässigte Bereiche der Gesamtgeschichte kommt sie zu immer neuen Erkenntnissen und revidiert dabei pausenlos das Bild, das Historiker vorher als für ihre Zeit gültig herausgearbeitet hatten. Diesen Prozess kann man auch anhand der Historiographie zum Deutschen Kaiserreich beobachten. Während seit den 1960er Jahren Vertreter der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftsgeschichte Methoden und Ziele eher traditioneller Historiker, die sich weitgehend auf die „Große Politik" von Militär-, Geistes- und Diplomatiegeschichte spezialisiert hatten, angriffen, sind seit etwa 20 Jahren eben diese Sozialhistoriker das Ziel teilweise heftiger Kritik von Fachkollegen. Diese behaupten u. a., dass nur durch eine stärker kultur- und mentalitätsgeschichtlich ausgerichtete Forschung Phänomene wie „Nationalismus" oder „Militarismus", aber auch Milieus, Mentalitäten und Aspekte der Alltagsgeschichte in den Griff zu bekommen seien. Dabei wenden sich diese Historiker verstärkt überschaubaren Einheiten wie Regionen, Städten und Gemeinden zu, da man dort konkreter und anschaulicher Wandel

[1] Textquelle | Dieser Beitrag ist eine vom Verfasser im April 2015 umgearbeitete und erweiterte Fassung folgender Veröffentlichung: Werner NEUHAUS, Lokalgeschichte als Mentalitätsgeschichte. – Die Herausbildung eines katholisch-nationalistischen Milieus in Sundern im Kaiserreich 1871-1914. In: Sauerland Nr. 4/2008, S. 183-189. (Neufassung zuerst in: daunlots nr. 77 auf www.sauerlandmundart.de)

und Beharrung von politischen, religiösen, sozialen und kulturellen Einstellungen untersuchen kann.

Der folgende Beitrag geht davon aus, dass Gesellschafts- und Kulturgeschichte sehr wohl miteinander verknüpft werden können, und versucht, anhand einer Analyse von Schul-, Vereins- und Pfarrchroniken der Freiheit Sundern wesentliche mentalitätsgeschichtliche Aspekte, die auch für andere Gemeinden des ehemaligen kurkölnischen Sauerlandes von Bedeutung sein könnten, zu erschließen.

1. Der Kulturkampf

Die neu gegründete Zentrumspartei als Vertreterin des politischen Katholizismus hatte die Annahme der in ihren Augen zu „preußischen" Reichsverfassung zwar abgelehnt, aber dennoch befürwortete der kirchenpolitische Wortführer des katholischen Deutschland, Bischof Emmanuel von Ketteler, auf dem Mainzer Katholikentag von 1871 die Mitarbeit der katholischen Staatsbürger im neu gegründeten Kaiserreich: „An Vaterlandsliebe wollen wir Katholiken wirklich keinem nachstehen."[2]

Dieses Bekenntnis galt zunächst auch für Sundern, denn obwohl fünf Sunderaner „Krieger" im deutsch-französischen Krieg von 1870/71 gefallen waren, stand auch dort das Kaiserreich zunächst hoch im Kurs. So notierte Pfarrer Kleff wenige Wochen nach der Reichsgründung in seiner Pfarrchronik:

„Kaisers, Königs Geburtstag. Am 22. März 1871 wurde am Geburtstagsfeste Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm I. nicht nur von Pfarrer Joseph Kleff ein Hochamt gehalten, sondern derselbe ließ auch nach dem Hochamte eine große Pause mit allen Glocken läuten."[3]

---

[2] Zitiert nach Rudolf MORSEY: Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und Erstem Weltkrieg, in: Gerhard A. Ritter, Hg., Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 270-298, S. 271.

[3] Archiv der Pfarrgemeinde St. Johannes Evangelist, Sundern (=PASu), Pfarrchronik, Eintragung Pfarrer Kleffs, § 120. Zur Stellung des politischen Katholizismus zur Reichsgründung vergl. allgemein Christoph WEBER, „Eine starke, enggeschlossene Phalanx". Der politische Katholizismus und die erste deutsche Reichstagswahl 1871, Essen 1992.

Dies wäre seinem Nachfolger Christian Mittrop, der von 1873 bis 1885 in Sundern wirkte, vermutlich nicht im Traum eingefallen, denn in seine Amtszeit fällt das Ereignis, das die politische und mentale Entfaltung des vorherrschenden Milieus in Sundern fundamental prägte: der Kulturkampf. Als im Bistum Paderborn die Verurteilung und Ausweisung des ultramontanen Bischofs Konrad Martin[4] bei der katholischen Bevölkerung helle Empörung auslöste, reagierten die Behörden mit Verboten gegen das Verlesen des bischöflichen Abschiedsbriefes in den Kirchen. Ganz offensichtlich haben sich hiesige Geistliche nicht daran gehalten, denn am 30. Mai 1874 meldete der Allendorfer Amtmann Thüsing dem Oberstaatsanwalt in Arnsberg, dass „der Pfarrer Schwickardi zu Hagen das Verlesen des genannten Hirtenschreibens zugestanden" habe, „die Pfarrer Mittrop zu Sundern, Schulte zu Stockum und Volmar hier [d. h. in Allendorf] aber die Aussage darüber verweigert" hätten.[5] Die beteiligten Priester wurden am 14. Juli 1874 wegen ungesetzlicher politischer Stellungnahme vor das Gericht in Arnsberg geladen, welches sie jedoch freisprach.

Dennoch ging der Konflikt zunächst mit unverminderter Härte weiter, denn im Frühjahr 1875 fragte Landrat von Lilien beim Allendorfer Amtmann Thüsing nach, „welche von den 4 Pfarrern des dortigen Amtsbezirks durch ihr bisheriges Auftreten in kirchenpolitischer Beziehung […] von dem Amte als Schulinspektor zu entbinden sein werden."[6]

Thüsing konnte nur wahrheitsgemäß antworten, dass „die Pfarrer des hiesigen Amtes […] sämmtlich, so wie die meisten Geistlichen des Sauerlandes, der ultramontanen, regierungsfeindlichen Partei" angehörten und dieses durch ihr Verhalten auch öffentlich dokumentierten.

Daraufhin schärfte der Landrat ihm ein, die betreffenden Priester „in Bezug auf ihr Verhalten als Lokal-Schulinspektoren scharf zu überwa-

---

[4] Zu Bischof Konrad Martin vgl. die Ausführungen von Matthias PAPE: Die Säkularisation im Herzogtum Westfalen – Tor für den Ultramontanismus, in: Sauerland, Nr. 2/2003, S. 61-66, hier S. 66. Vgl. dagegen die apologetische Darstellung bei Hans Jürgen BRANDT, Karl HENGST, Geschichte des Erzbistums Paderborn, Bd. 3. Das Bistum Paderborn im Industriezeitalter 1821-1930, Paderborn 1997, S. 131 ff.

[5] Stadtarchiv Sundern (=StASu), Stufe 1, B 780, 30.5.1874.

[6] StASu, Stufe 1, B 516, 19.3.1875. Die im Text folgenden Zitate sind der gleichen Akte, 21.3.1875 und 27.3.1875 entnommen.

chen und von jedem Falle der Renitenz gegen die kirchenpolitischen Gesetze oder eines regierungsfeindlichen Einwirkens auf die Lehrer oder den Geist der Schüler" Anzeige zu erstatten.

Insgesamt sorgte dieses rechtsstaatswidrige Vorgehen der Behörden für viel böses Blut in den katholischen Regionen, und auch im Kreis Arnsberg meldeten die lokalen Behörden dem Landrat, dass die staatlichen Schikanen nur zu einer Solidarisierungswelle der katholischen Landbevölkerung mit ihren „Hirten" geführt hatten.[7]

Daher hatte, wie auch in anderen katholischen Regionen, der Kulturkampf das Ergebnis, dass sich viele Katholiken nur noch fester „ihrer" Kirche verbunden fühlten und mit dem Zentrum die Partei wählten, die die Interessen der katholischen Kirche rückhaltlos unterstützte.

So hielt Pfarrer Mittrop am 14.1.1885 rückblickend auf seine Zeit in Sundern fest: „Vor meiner Zeit (d. h. vor 1873) wurde nur liberal, seit ich hier bin, nur für's Zentrum gewählt." Erbittert hatte er hinzugefügt: „Ein Dutzend wählt auch jetzt noch lieber einen Sauhirten als einen Reichensperger."[8] Diese Bemerkungen des Pfarrers werden durch den Blick auf einige Wahlergebnisse in Sundern belegt. Hatten vor und unmittelbar nach der Reichsgründung die Sunderaner ganz überwiegend liberale Kandidaten gewählt, so stimmten sie seit Beginn des Kulturkampfes immer mit großer Mehrheit für das Zentrum und seine Kandidaten. Wie intensiv die Einmischung der Pfarrer in die politischen Wahlen zur Zeit des Kulturkampfes war, kann man daraus ersehen, dass sich die Geistlichen von Hagen, Allendorf, Endorf, Stockum und Sundern bei der Wahl zum preußischen Abgeordnetenhaus im Jahre 1873 als Wahlmänner aufstellen ließen – und alle gewählt worden waren.[9]

---

[7] Vgl. Bernhard RIERING, Chronik der Stadt Allendorf, Dortmund 1972, S. 109. Zum Kulturkampf im kölnischen Sauerland vgl. allgemein Jens HAHNWALD: Tagelöhner, Arbeiter und soziale Bewegung in der katholischen Provinz. Phil. Diss. Bochum 2002 (Typoskript), S. 179-201.

[8] PASu, Pfarrchronik, Eintragung Pfarrer Christian Mittrops vom 14.1.1885. – Der bekannte Zentrumspolitiker Peter Reichensperger war der langjährige Reichstagsabgeordnete des hiesigen Wahlkreises.

[9] StASu, St. 1, B 484, 29.10.1873. – Zur klerikalen Wahlbeeinflussung bei preußischen Landtagswahlen vergl. Thomas KÜHNE: Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867 – 1914, Düsseldorf 1994, S.93 ff.

Auch als die katholische Geistlichkeit nach dem Abklingen des Kulturkampfes nicht mehr so direkt in die Politik eingriff, blieb das Zentrum über ein halbes Jahrhundert hinweg unangefochten die einflussreichste politische Partei des kurkölnischen Sauerlandes. Als wichtigste Ursache für diese erstaunliche Kontinuität ist die durch den Kulturkampf beschleunigte Entstehung eines bestimmten „soziokulturellen Milieus" (M. Rainer Lepsius) zu nennen, das auch nach Abebben des Kulturkampfes prägend für die Mentalität der hiesigen Bevölkerung war. Mit Herbert Kühr werden hier drei Faktoren als typisch für dieses „traditionale soziokulturelle katholische Milieu" angesehen: Erstens das seit Jahrhunderten tief eingeschliffene „katholische Wert und Normensystem", zweitens eine „totale Ritualisierung des Alltagslebens", und drittens ein vom lokalen Klerus gesteuertes „Netzwerk katholischer Suborganisationen".[10] Alle drei Aspekte lassen sich für Sundern und das kölnische Sauerland im Kaiserreich nachweisen, aber im Folgenden soll besonders der letztgenannte Aspekt, das von der katholischen Kirche und ihren Geistlichen geprägte Vereinsleben, untersucht werden.

2. Das Vereinsleben und seine Nähe zur katholischen Kirche

Dies gilt zunächst einmal selbstverständlich für die kirchlichen Vereine, obwohl solche häufig in der Euphorie von Volksmissionen gegründeten Vereine wie Jungfrauenvereine, Jünglingssodalitäten, Mäßigkeitsvereine u. ä. manchmal nach kurzer Zeit „einschliefen" und in Vergessenheit gerieten oder neu gegründet werden mussten. Andere dagegen, wie die bereits 1716 gegründete Jesus-Maria-Josef-Bruderschaft, waren noch um 1870 in Sundern aktiv.[11] Gerade die Marienverehrung scheint in der Freiheit Sundern äußerst wichtig geworden zu sein, denn neben den ab 1862 häufig stattfindenden Wallfahrten zum Gnadenbild nach Werl und

---

[10] Herbert KÜHR: Katholische und evangelische Milieus. Vermittlungsinstanzen und Wirkungsmuster, in: Dieter Oberndörfer u. a., Hg., Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertewandel. Folgen für das politische Verhalten in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1985, S. 245-261, S. 249.

[11] Paul FIEBIG, Chronik der Freiheit Sundern, Sundern 1954, S. 147.

den Mai- und Rosenkranzandachten zeugten auch Bildstöcke von der wachsenden Verehrung der Gottesmutter.[12] Auch die von den jeweiligen Vikaren betreute Borromäus-Bücherei vertrat durch Bereitstellung kirchentreuer Literatur aller Art zielgerichtet den Standpunkt der Kirche in religiösen, politischen, gesellschaftlichen und schulischen Fragen[13], und natürlich wirkte auch die gegen Ende des I. Weltkrieges gegründete Niederlassung der Olper Missionsschwestern in diese Richtung.

Vielleicht noch wichtiger in ihrer Breitenwirkung waren die nicht direkt von der Kirche gegründeten Vereine, die jedoch häufig eine enge weltanschauliche und personelle Affinität zum Katholizismus aufwiesen. Bei der Lektüre der Protokollbücher fast aller weltlichen Vereine fällt auf, dass die Mitglieder durch Statuten bzw. Generalversammlungsbeschlüsse verpflichtet waren, regelmäßig an Kirchgang und Kommunion, Prozessionen und sonstigen kirchlichen Ritualen teilzunehmen. Dies gilt besonders für die Schützen, die Handwerker, die Turner, die Sänger des MGV „Cäcilia" sowie den Kriegerverein.[14] Viele Mitglieder dieser Vereine gehörten darüber hinaus dem Kirchenvorstand an, und umgekehrt war Pfarrer Schwickardi Präses der Schützenbruderschaft, Ehrenpräses des Kriegervereins, des MGV „Cäcilia" sowie Ehrenmitglied im Handwerkerverein.

Dies machte sich im wahrsten Sinne des Wortes bezahlt, denn die Vereine erwiesen sich beim Neubau der Pfarrkirche um die Jahrhundertwende als generöse Spender und stifteten Kirchenglocken (Schützen),

---

[12] Vgl. allgemein hierzu WESTFÄLISCHES SCHIEFERBERGBAU- UND HEIMATMUSEUM HOLTHAUSEN e.V., Hg., Marienverehrung im Sauerland, Brilon 2004; speziell zu Sundern: Michael Schmitt, Geschichte und Gegenwart der Sunderner Wallfahrt zur Gottesmutter von Werl, in: ebda., S. 111 – 130.

[13] Zwar teilte der Allendorfer Amtmann Thüsing dem Arnsberger Landrat auf dessen Anfrage über Aktivitäten des Borromäus-Vereins, dessen Bestrebungen „vorzugsweise auf Verbreitung reichsfeindlicher Schriften gerichtet" sei, am 14.11.1874 mit, der Verein habe „im hiesigen Amte wegen Mangel an Mitgliedern aufgehört zu existieren" (StASu, St. 1, B 787), aber später wurde der Verein in Sundern mehrfach erwähnt, wobei die Gemeindevertretung u. a. Geld für die Anschaffung von Büchern zur Verfügung stellte.

[14] Dies geht aus den Protokollbüchern der genannten Vereine hervor, die sich in den jeweiligen Vereinsarchiven befinden. Für genauere Belege vgl. Werner Neuhaus: Wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Wandel in Sundern von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik, in: VEREIN 700 JAHRE SUNDERN – FREIHEIT UND KIRCHE, Hg. 700 Jahre Sundern - Freiheit und Kirche, Sundern 2009, S. 149-191, bes. S. 155ff.

eine Josephsstatue (Handwerker), Teile der Muttergotteskapelle (Cäcilia) und ein Chorfenster (Kriegerverein).

Auch die Fahnen der weltlichen Vereine zeigten häufig Schutzpatrone wie z. B. die heiligen Hubertus (Schützen), Josef (Handwerker), Cäcilia (Sänger) oder Martin (Krieger). Dieser Hinweis auf Fahnen und auf ihnen dargestellte Symbole und Figuren zeigt jedoch, dass es im Kaiserreich außer der katholischen Kirche noch weitere Kräfte gab, die das kulturelle Milieu in Sundern beeinflussten. So wiesen viele Fahnen in jener Zeit neben den jeweiligen Schutzpatronen auch nationale Symbole wie Eichenlaub, Kaiserkrone, den „Deutschen Rhein" oder den preußischen Adler sowie die Figur der Germania auf.

3. Katholisches Vereinswesen, Nationalismus und Militarismus

Nach der Reichsgründung – und teilweise erst durch diese – waren auch im katholischen Sauerland Nationalismus und Militarismus mentalitätsprägende Kräfte geworden, auch wenn der Annäherungsprozess zwischen beiden nicht ohne Probleme vonstatten gegangen war. Auch hier marschierten die Schützen vorneweg, hatten sie doch nach Entstehung, Organisation, Titeln, Orden und Uniformen von Anfang an eine gewisse Nähe zum Militärischen. So hielten die Statuten von 1867, also nach dem preußischen Sieg gegen das katholische Österreich, ausdrücklich fest, der Zweck des Schützenfestes liege darin, „insbesondere die heranwachsende Jugend im Gebrauch der Waffen, namentlich des Schießgewehres, auszubilden und auf die bevorstehende Militärzeit vorzubereiten, sowie diejenigen, welche der Militärpflicht bereits Genüge getan haben, in der Übung zu halten". Diese strafferen Anforderungen, so wurde ausdrücklich betont, sollten die alten Statuten, die in dieser Hinsicht „zu mangelhaft" erschienen, ersetzen.[15]

---

[15] Vgl. Paul FIEBIG, Berthold SCHRÖDER, „Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Nazi-Diktatur, in: Michael Schmitt, Hg., Über 375 Jahre Schützenwesen in Sundern, Sundern 2006, S. 84-131, S. 98.

Ähnlich wie bei den Schützen konnte man bei dem 1872 zum ersten Mal gründeten Kriegerverein die Pflege militärischen Brauchtums und nationaler Feiertage erwarten. Zunächst setzte sich der Verein für Mitgliederbegräbnisse mit militärischen Ehren sowie den Bau einer Gedenkstätte für die im deutsch-französischen Krieg Gefallenen ein, wobei er von einzelnen Bürgern und der politischen Gemeinde finanziell unterstützt wurde. Darüber hinaus organisierten gerade die Kriegervereine Treuebekundungen zum Monarchen, zu Preußen und zum Reich: „Statutenmäßig kümmerten sich die Kriegervereine vornehmlich um die „Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, zu Landesherrn und engerem Vaterland" sowie um die „Stärkung und Hebung des Nationalbewusstseins".[16] Gerade durch diese Aktivitäten wurde der Kriegerverein zum Einfallstor für den „Militarismus der kleinen Leute".[17]

Dass es dabei zu Konflikten mit dem in Sundern vorherrschenden katholischen Milieu kommen konnte, zeigte sich zu Beginn der 1890er Jahre, als der Verein neu gegründet werden sollte. Das preußische Innenministerium bestand darauf, alle Statuten vor Genehmigung zu kontrollieren, und die Abbildung des auf der ersten Fahne von 1872 abgebildeten Schutzpatrons, des Hl. Martin, wurde vom Polizeidiener Bruder als „nicht gerade der Vorschrift" entsprechend bezeichnet, da Kriegervereinsfahnen keine Heiligenbilder mehr enthalten durften. Allerdings war man durch die schlechten Erfahrungen aus der Zeit des Kulturkampfes so klug geworden, dass man von der Behörde ausdrücklich darauf hinwies, dies sei „nicht als Verletzung konfessioneller Anschauungen" anzusehen. Jedenfalls enthielt die neue Fahne des Kriegervereins von 1893 als Abbildung den preußischen Adler mit den Worten: „Gehorsam, Treue, Tapferkeit – Des deutschen Kriegers Ehrenkleid."[18]

---

[16] Ute FREVERT, Die kasernierte Nation. Militärdienst und Zivilgesellschaft in Deutschland, München 2001, S. 276.

[17] Thomas ROHKRÄMER, Der Militarismus der „kleinen Leute". Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1914, München 1990; kritisch dazu: Benjamin ZIEMANN, Sozialmilitarismus und militärische Sozialisation im deutschen Kaiserreich 1870 – 1914. Desiderate und Perspektiven in der Revision eines Geschichtsbildes, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 53, 2002, S. 148-164, bes. 159 ff.

[18] Vgl. die Unterlagen im StASu, St. 1. B 787 u. 788.

Eine weitere Aufgabe des Kriegervereins bestand in der Vorbereitung und Durchführung „Vaterländischer Feiern“ und der Gedenktage an große Schlachten und Kriege. So wurde im Jahre 1910 zum 40. Jahrestag des deutsch – französischen Krieges ein Fest gefeiert „zur Ehrung der noch lebenden Veteranen aus den Feldzügen 1866/70 – 71“, und das Protokoll der Gemeindeversammlung hielt die Namen der Veteranen der Reichseinigungskriege am 13.9.1910 fest.[19]

Auch in dem 1876 errichteten Kriegerdenkmal[20] wurde u. a. eine Urkunde eingemauert, „auf welcher alle Krieger v. 1870/71 aus der Gemeinde Sundern u. alle diejenigen, welche zur Errichtung dieses Denkmals ihr Schärflein beitrugen, verzeichnet“ waren. Dieses Denkmal wurde nebst der 1872 gepflanzten „Friedenseiche“ vom ‚Denkmalscomité‘, das Spenden für das Denkmal gesammelt sowie den Bau initiiert und begleitet hatte, und dem neben dem Gemeindevorsteher Scheffer mit den Herren F. Linneborn, F.W. Schröder, J. Widekind und T. Fischer bekannte katholische Kaufleute und Unternehmer angehörten, im Jahre 1882 der Gemeinde Sundern geschenkt. Als Motive für die Denkmalserrichtung wurden dabei angegeben, es diene „Gott zur Ehre“ und sei „aus wahrer Treue u. Liebe zum Vaterlande“ entstanden. Ganz offensichtlich waren die Auswirkungen des Kulturkampfes in den 1880er Jahren nicht mehr so prägend, dass ein gemeinsamer Nenner von Katholizismus und preußisch-kleindeutschem Patriotismus unmöglich war.

Manchmal beließ man es nicht bei bloßen Erinnerungsfeiern mit Reden und Heldengedenken, sondern plante etwas Praxisrelevantes. So wurde 1912 „beschlossen, am 18. August nachmittags eine kleine militärische Übung auf der Linne zu veranstalten“,[21] und ein Jahr später richtete man einen Antrag an den Turnverein „Sauerlandia“ zu gemeinsamen „Manöverspielen“, und dessen Protokollbuch hielt fest: „Einem vorliegenden Antrage des Kriegervereins auf Teilnahme an den beabsichtigten Manöverspielen wurde zugesagt.“[22]

---

[19] StASu, St. 3, 4 – 7, 13.9.1910.

[20] Vgl. hierzu die Akte im StaSu K. 361, B. 65.3/01, Best.-Nr. 2.257.

[21] Pb Kriegerverein, 21.7.1912.

[22] Pb „Sauerlandia“, 6.9.1913.

Mit den Turnern ist ein weiterer Verein benannt, dessen Geschichte vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Reichsgründungszeit durch ein betont nationales Auftreten gekennzeichnet war.[23] Tatsächlich belegt das Protokollbuch des Turnvereins „Sauerlandia", dass in jedem Jahr der „Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm II." mit Freibier gefeiert wurde.

Anhand eines weiteren nationalen Feiertages lässt sich der Wandel der Einstellung der katholischen Bevölkerung des Sauerlandes zu Reich und Nation zwischen den Zeiten des Kulturkampfes und dem Ende des 19. Jahrhunderts gut belegen. Am 30.8.1873 hatte das zentrumsnahe Arnsberger „Central-Volksblatt" unter dem Titel *„Zur Sedanfeier"* heftig geklagt, die liberale und protestantische Öffentlichkeit könne von den Katholiken nicht verlangen, diesen Tag freudig zu begehen, solange die „heilige Kirche in eiserne Fesseln geschlagen" und Katholiken „als staatsgefährlich, Reichsfeinde, Verräter des Vaterlandes" diffamiert würden. Erst wenn diese Missstände beseitigt würden, würden auch die Katholiken freudig „Sedan feiern".

Einige Jahre später war es offensichtlich so weit, denn die Turner beschlossen Mitte der 1890er Jahre gemeinsam mit dem Kriegerverein, „eine gemeinschaftliche 25-jährige Jubelfeier der Schlacht bei *Sedan* mit dem hiesigen Krieger-Verein auf der sg. Kaiser-Höhe zu feiern. Und zu welchem Zwecke von unserem Verein den gefallenen Kriegern zu Ehren ein Kranz gewidmet wird".[24]

Während der Generalversammlung von 1911 hielt Vikar Franz Schiller eine längere Ansprache, in welcher er „der Zeiten vor 100 Jahren"

---

[23] Vgl. Dietmar KLENKE: Nationalkriegerisches Gemeinschaftsideal als politische Religion. Zum Vereinsnationalismus der Sänger, Schützen und Turner am Vorabend der Einigungskriege, in: Historische Zeitschrift 260 (1990), S. 595 – 630; Hans-Georg JOHN, Politik und Turnen. Die Deutsche Turnerschaft als nationale Bewegung im deutschen Kaiserreich von 1871-1914, Ahrensburg 1976.

[24] Pb „Sauerlandia", 30.8.1895. – Zum Sedansfest vgl. allgemein Fritz SCHELLACK, Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste, in: Dieter DÜDING u. a., Hg., Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek b. Hamburg 1988, S. 278 297; Jakob VOGEL, Nationen im Gleichschritt. Der Kult der „Nation in Waffen" in Deutschland und Frankreich, 1871-1914, Göttingen 1997, bes. S. 144 ff.; 148 ff.

gedachte, als „sich um die Erhebung des deutschen Volkes auch der Turner-Organisator Jahn verdienstlich gemacht habe“.[25]

Auch bei anderen nationalen Feier und Gedenktagen gaben sich die Turner stramm national. So wurde das 25-jährige Regierungsjubiläum Kaiser Wilhelms II. im Jahre 1913 mehrfach durch „Ansprache & Kaisertoast“ sowie „mit „begeisterten Worten“ und „dreifachem Hoch“ gefeiert,[26] und im gleichen Jahr beschlossen die Turner, „aus Anlass der 100-jährigen Wiederkehr der Schlacht bei Leipzig am 18. Oktober 1812 ein Freudenfeuer am Sonnabend, dem 18. Oktober ds. J. auf dem Franziskus abzubrennen“.[27] Während sich also nach Ausbruch des Kulturkampfes in Sundern und im kölnischen Sauerland das weitgehend katholische Milieu und der neu gegründete preußisch-deutsche Nationalstaat zunächst ablehnend gegenüber gestanden hatten, war mit dem Abklingen der Auseinandersetzungen eine deutliche Annäherung zwischen katholisch geprägten Vereinen und nationalem Staat zu konstatieren. Drei Beispiele sollen diesen Wandel abschließend dokumentieren. Hatte der Klerus in Sundern in den 1870 er Jahren noch Papstjubiläen ausdrücklich gegen den protestantisch monarchischen Kult organisiert,[28] so fand Pfarrer Joseph Schwickardi im Jahr 1893 offensichtlich nichts dabei, aus Anlass der Geburtstagsfeier des Kriegervereins für Kaiser Wilhelm II. die Festrede zu halten.[29] Auch die national eingestellten Turner hatten zu Beginn des neuen Jahrhunderts keinerlei Probleme, „am 1. März das 25-jährige Papstjubiläum unseres hl. Vaters zu feiern“.[30]

---

[25] Pb „Sauerlandia“, 30.5.1911. – Zu Jahns Aktivitäten vgl. Christiane EISENBERG, „English Sports“ und deutsche Bürger. Eine Gesellschaftsgeschichte 1800 – 1939, Paderborn 1999, S. 105 ff.

[26] Pb „Sauerlandia“, 28.6.1913.

[27] Ebda., 10.10.1913. – Zur Bedeutung der Gedenkfeiern anlässlich der „Völkerschlacht“ bei Leipzig vgl. allgemein Wolfram SIEMANN: Krieg und Frieden in historischen Gedenkfeiern des Jahres 1913, in: Dieter Düding u. a., Hg., Öffentliche Festkultur, S. 298 – 320; Jakob VOGEL, Nationen im Gleichschritt, S. 171 ff.

[28] Zu den Papstfeiern in Sundern vgl. die Bemerkungen Pfarrer Kleffs in der Pfarrchronik, §. 83. – Vgl. allgemein zu diesem Problembereich Barbara STAMBOLIS, Nationalisierung trotz Ultramontanisierung oder: „Alles für Deutschland. Deutschland aber für Christus“. Mentalitätsleitende Wertorientierung deutscher Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift 269 (1999), S. 57-97.

[29] Pb Kriegerverein, 9.11.1893, S. 9.

[30] Pb „Sauerlandia“, 25.2.1903.

Ebenso schafften die Handwerker vor Ausbruch des I. Weltkrieges mühelos den Spagat zwischen katholischem Glauben und Kaisertreue, denn laut Protokollbuch hielt der Vorstand im Sommer 1913 fest, „am Jubiläumstage seiner Majestät des Kaisers im geschlossenen Zuge die hl. Messe zu besuchen".[31]

Am deutlichsten wird diese Verherrlichung der vermeintlichen militärischen Glanzleistungen der Hohenzollern bei der Lektüre von Schulchroniken verschiedener Sunderner Volksschulen.[32] Natürlich galten auch für die katholischen Lehrer im Sauerland die Erlasse und Verfügungen des preußischen Schulministeriums, nach welchen die Lehrer die Schulkinder durch Unterricht, Ansprachen und Schulfeiern über preußisch-deutsche militärische Siege (z.B. den „Sedanstag"), die Geschichte der Reichsgründung von 1870/71 sowie die vermeintliche Friedenspolitik Wilhelms II. unterweisen sollten. Aber die Berichte in den Schulchroniken legen den Schluss nahe, dass viele katholische Lehrer zu Beginn des 20. Jahrhunderts mehr als ihre Pflicht taten und freiwillig und ausgiebig patriotische Feiern, Fackelumzüge und Schulgottesdienste organisierten. Fragt man nach den Motiven für diese nun auch in katholischen Kreisen weit verbreitete Begeisterung für das protestantische dominierte Hohenzollernreich, so könnte man sozialpsychologisch argumentieren, dass die Zentrumspartei und viele Katholiken nach dem Kulturkampf beweisen wollten, dass auch sie ‚gute' patriotisch gesinnte Deutsche waren, die den Vergleich mit den Protestanten in Sachen Vaterlandsliebe nicht zu scheuen brauchten. Wahrscheinlich versprachen sich viele Katholiken von einer solchen Unterstützung von Kaiser und Reich eine Überwindung ihrer Außenseiterstellung als Bürger zweiter Klasse, in welche sie seit der Zeit des Kulturkampfes geraten waren. Hier erwies sich, besonders seit dem Sieg der SPD bei den Reichstagswahlen vom Januar 1912, der Antisozialismus als ideologische Klammer zwischen Rechtskatholizismus und protestantisch eingefärbtem Reichsnationalismus. So führte der Sunderner Kaufmann, Unter-

---

[31] Pb Handwerkerverein, 13.6.1913.

[32] Vgl. hierzu die Ausführungen bei Werner NEUHAUS, Weltkrieg und Heimatfront: Auswirkungen des Ersten Weltkrieges in den Gemeinden der heutigen Stadt Sundern, in: Süd-Westfalen Archiv 14/2014, S. 337-377, bes. S. 338ff.

nehmer und katholische Kirchenvorstand Hermann Niemeyer in einer Rede in Sundern im Jahre 1912 aus, dass „in einer Zeit, wo die Sturmflut des Sozialismus die Wogen immer höher schnellen lässt, wo Kronen fallen und Throne wanken“, der Katholizismus in Sundern „in punkto vaterländischer Gesinnung seinen Mann“ stehe.[33]

Diese und ähnliche Formulierungen lenken unser Augenmerk auf bisher kaum berücksichtigte gesellschaftliche und politische Randgruppen in Sundern, denen wir uns nun zuwenden.

4. Die Einstellung gegenüber Sozialdemokratie und Juden

Waren Kriegervereine und sonstige nationale und quasimilitärische Verbände einerseits darauf ausgerichtet, die national gesinnten Teile der Bevölkerung hinter der Fahne von Kaiser und Reich zu integrieren, sollten umgekehrt andere Gruppen ausdrücklich ausgeschlossen werden. Dies waren nach Abklingen des Kulturkampfes nicht mehr die katholische Kirche und ihr nahestehende Organisationen, sondern die politische Arbeiterbewegung, die sich in der sozialdemokratischen Partei organisierte.

Auch nach dem Auslaufen des so genannten Sozialistengesetzes (1878-90) ging der Kampf gegen die als „vaterlandslose Gesellen“ verunglimpften Sozialdemokraten weiter. So informierte der Regierungspräsident in Arnsberg am 24.1.1891 alle Landräte über „Maßregeln zur Abwehr des Eindringens socialdemokratischer Elemente in die Kriegervereine“: „Mitglieder, welche […] der Anforderung der Pflege und Bestätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich nicht entsprechen, sind aus dem Vereine auszuschließen.“[34] Dazu bestand in Sundern keine Notwendigkeit, denn Polizeidiener Müller meldete: „Haltung und politische Gesinnung der Mitglieder ist gut“.[35]

---

[33] Zit. nach der katholischen Dortmunder Zeitung Tremonia, Nr. 320, 19.11.1912, II. Blatt.- Zu den Entwicklungen im Zentrum nach den Wahlen von 1912 vgl. Christoph HÜBNER, Die Rechtskatholiken, die Zentrumspartei und die katholische Kirche in Deutschland bis zum Reichskonkordat von 1933, Münster 2014, S. 70-74.

[34] StASu, St. 1, B 788, 24.1.1891.

[35] Ebda., 8.6.1894.

Ähnliches ließ sich aus der Sicht der Behörden ganz sicher auch von den Mitgliedern des Turnvereins „Sauerlandia“ sagen, denn auf der Hauptversammlung des Jahres 1912 wurde im Protokollbuch festgehalten: „Infolge Beschlussfassung der deutschen Turnerschaft, nahm auch die heutige Generalversammlung einstimmig den Antrag an, die Mitglieder nicht wie bisher mit „Genossen“ anzureden. Die Bezeichnung wurde deshalb geändert, [weil] die Mitglieder der socialdem.- Partei mit Genossen angeredet werden“.[36]

Ein dritter „Verein“ kam hinzu, und es ist mit großer Sicherheit anzunehmen, dass dies den Ausschlag gab für die Entwicklung eines strikt antisozialdemokratischen Milieus in Sundern.[37] Ganz offensichtlich sorgte Pfarrer Joseph Schwickardi, der von 1885 bis 1916 in Sundern tätig war, dafür, dass seine Schäfchen dem Zentrum treu ergeben blieben. So lobte Pfarrer Franz Vollmer in der Pfarrchronik die Ergebnisse der Arbeit seines Vorgängers: „Während seiner Zeit wurden im Industrieorte Sundern bei den Wahlen keine roten Stimmen abgegeben.“[38] Während in anderen von der Industrialisierung erfassten Gemeinden auch des Sauerlandes „rote Kapläne“ Verständnis für die soziale Not der Arbeiter aufbrachten und angesichts des häufig sturen Verhaltens der Unternehmer vor der Gefahr des Abwanderns zu den Sozialdemokraten warnten[39], blieb eine mögliche Hinwendung zur SPD für die Geistlichkeit in Sundern Teufelswerk.

Dies soll hier anhand eines weiteren Beispiels belegt werden. Der Borromäus-Verein war zwar seit der Zeit des Kulturkampfes nicht mehr aktiv gewesen, aber später wurde in Sundern wieder eine „Volksbibliothek“ eingerichtet, die von der katholischen Kirche und der politischen Gemeinde finanziert und von dem jeweiligen Vikar geleitet wurde.

---

[36] Pb „Sauerlandia“, 24.11.1912.

[37] Vgl. hierzu Werner NEUHAUS, Zur Geschichte von Arbeiterbewegung und SPD in Sundern bis 1945, in: Sunderner Heimatblätter, 21. Folge (2013), S. 7-13.

[38] PASu, Pfarrchronik, Eintragung Pfarrer Franz Vollmers (ohne Datum, ohne Seitenzahl).

[39] Vgl. Werner NEUHAUS, Der Metallarbeiterstreik in Sundern im Jahre 1910: Ursachen – Verlauf – Folgen, in: Sauerland, H. 4/2010, S. 194-200. Zur allgemeinen Entwicklung im Sauerland vgl. Jens HAHNWALD, Tagelöhner, S. 198 ff.; ders., „Schwarze Brüder in rotem Unterzeug …“ Arbeiter und Arbeiterbewegung in den Kreisen Arnsberg, Brilon und Meschede 1889 – 1914, in: Karl-Peter ELLERBROCK, Tanja BESSLER-WORBS, Hg., Wirtschaft und Gesellschaft im südöstlichen Westfalen, Dortmund 2001, S. 224 – 275, S. 256 ff.

In unserem Zusammenhang ist ein Bericht von Amtmann Claesgens an den Landrat in Arnsberg aus dem Jahre 1908 aufschlussreich. Nach dem obligaten Hinweis: „Die Sozialdemokratie hat sich im hiesigen Amte in keiner Weise bemerkbar gemacht“ führt der Sunderner Amtmann weiter aus:

„Eine gemeinnützige Einrichtung im Sinne der Bekämpfung der Sozialdemokratie ist hier durch die Einrichtung einer Volksbibliothek, in welcher hauptsächlich den Arbeitern gute Bücher patriotischen Inhalts zugänglich gemacht werden, getroffen worden. Die Arbeiter machen von dieser Einrichtung sehr vielfachen Gebrauch und ist deshalb an der sehr nützlichen Einrichtung auf die Fernhaltung der Leute von der Sozialdemokratie nicht zu zweifeln. […] Eine Beteiligung der Sozialdemokraten […] an kommunal- und kirchlichen Wahlen hat nicht stattgefunden. Socialdemokratische Jugendorganisationen sind im hiesigen Amte nicht vorhanden.“[40]

Auch bei dem einzigen großen Streik in Sundern vor 1914, dem Metallarbeiterstreik von 1910, ging es nicht etwa um die Gründung einer sozialistischen Gewerkschaft, sondern um die Frage, ob sich die Arbeiter unter Führung des Pfarrers im Christlichen Metallarbeiterverband organisieren dürften. Erst als die Arbeitgeber selbst dies verweigerten und zu Aussperrungen griffen, kam es zum Streik.[41]

Allerdings zeigt dieses Beispiel, dass auch das scheinbar fest gefügte katholische Milieu Sunderns bereits vor dem Ersten Weltkrieg Erosionsprozessen ausgesetzt war, die unter dem Dach eines noch immer einflussreichen Gesamtmilieus unterschiedliche katholische Teilmilieus entstehen ließen, die im Krieg noch schärferen Belastungsproben ausgesetzt werden sollten.[42]

Während wir die Namen der wenigen Anhänger der Sozialdemokratie in Sundern während des Kaiserreichs nicht kennen, ist eine andere Minderheit genau bekannt. Es handelt sich um die Mitglieder der einzi-

---

[40] Staatsarchiv Münster, Kreis Arnsberg, Landratsamt Nr. 665, 14.8.1908.

[41] Vgl. HAHNWALD, Tagelöhner, S. 269 ff.

[42] Zur Forschungslage über den politischen Katholizismus im Kaiserreich vgl. Benjamin ZIEMANN: Der deutsche Katholizismus im späten 19. und im 20. Jahrhundert. Forschungstendenzen auf dem Weg zu sozialgeschichtlicher Fundierung und Erweiterung, in: Archiv für Sozialgeschichte 40, 2000, S. 402-422, bes. 404 ff.

gen jüdischen Familie am Ort, die Familie des Metzgermeisters Moses Klein. Wirtschaftlich waren die Kleins nicht auf Rosen gebettet, denn bei der ersten überlieferten Wählerliste für die Kommunalwahlen, die auf der Steuerleistung der Wähler beruhte, nahm Moses Klein den letzten Platz der III. (und damit untersten) Steuerklasse ein. Auch wenn er seine Position bei den darauf folgenden Kommunalwahlen stetig verbesserte, blieb er doch immer in der niedrigsten Steuerklasse, wobei allerdings zu betonen ist, dass er dieses Los mit der überwältigenden Mehrheit der Sunderner Männer im Kaiserreich teilte.[43]

Im Hinblick auf die Vereinsmitgliedschaft des Moses Klein ist es selbstverständlich, dass er und seine Söhne nicht Mitglieder religiöser katholischer Vereine sein konnten. Dagegen waren Moses Klein und sein jüdischer Verwandter Julius Stern ebenso wie etwa weitere 160 Sunderner Männer Mitglieder einer sogenannten „Geschlossenen Gesellschaft", deren Hauptzweck der Konsum ‚geistiger Getränke' gewesen zu sein scheint, denn diese Vereine, die es auch in einigen Nachbarorten gab, wurden von realistischen Zeitgenossen als „Sauf-Clubs" bezeichnet, und Amtmann Mauve fürchtete, „namentlich in Sundern" käme „die Moralität noch in weiteren Verfall, wie sie dort leider schon ist".[44] Auch im Schützenverein waren Moses Klein und sein Sohn Levi Mitglieder, und dieser war sogar eines der Gründungsmitglieder des Turnvereins „Sauerlandia" von 1886 und wurde bei mehreren Festen wie alle anderen Jubilare auch entsprechend geehrt.[45] Ebenso hatte er im Jahre 1890, wie viele Sunderner Handwerker, Bauern und Fabrikanten, das Recht, seine Unterschrift unter eine Petition, die den Bau der Eisenbahn von Hüsten über Hachen, Sundern und Allendorf nach Rönkhausen forderte, zu setzen. Offensichtlich stand dieses Privileg nur Selbstständigen

---

[43] Vgl. die Wählerlisten im StASu, St. 1, B. 484, B 487, B 488, B 489. Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Familie Klein vgl. Irmgard HARMANN-SCHÜTZ, Franz BLOME-DREES, Geschichte der Familie Klein in Sundern, Sundern 1988, S. 19-23.

[44] StASu, St. 1, B. 786, Antrag vom 7.7.1883; vgl. auch das Mitgliederverzeichnis vom 6.7.1883, wo der Jude Julius Stern als Mitglied aufgeführt wird. Mauves Einschätzung stammt vom 23.8.1883.

[45] Pb „Sauerlandia", begonnen 1894, 19.8.1921; Pb „Sauerlandia", begonnen 6.12.1925, S. 6, Vorstandssitzung vom 28.7.1926: Bei beiden Anlässen wird Levi Klein als „Gründer" des Vereins namentlich genannt.

zu, denn kein Arbeiter gehörte zu den Unterzeichnern.[46] Soweit die bekannten Akten dies zulassen, wird man also nicht behaupten können, die Kleins seien damals in Sundern gesellschaftlich diskriminiert gewesen, und von einem „eliminatorischen Antisemitismus" (Daniel J. Goldhagen) zu sprechen führt gänzlich an der Realität vorbei. Zugespitzt könnte man formulieren: Nicht Juden, sondern Sozialdemokraten waren die Außenseiter in Sundern während des Kaiserreichs.

5. Ausblick

Zum Abschluss der hier gemachten Beobachtungen möchte ich einige Vorschläge machen, wie bei der Erforschung der Mentalitätsgeschichte Sunderns im Kaiserreich gemachte Erfahrungen sich eventuell auch bei der weiteren Beschäftigung mit der Geschichte des kölnischen Sauerlandes als lohnend erweisen könnten:

1. Mit der leider noch immer unveröffentlichten Dissertation von Jens Hahnwald aus dem Jahre 2002 liegt endlich eine den Anforderungen einer modernen Gesellschaftsgeschichte entsprechende Untersuchung über den hiesigen Raum vor, die durch lokalgeschichtliche Untersuchungen sinnvoll ergänzt werden kann, soweit dies in jüngster Zeit nicht bereits geschehen ist.

2. Dabei könnten folgende inhaltliche Schwerpunkte gesetzt werden, wobei sich natürlich weitere Themen je nach Quellenlage und örtlichen Gegebenheiten anbieten können:
2.1 Reichsgründung, Zentrumspartei und Kulturkampf sowie deren Auswirkungen auf das katholische Milieu;
2.2 Weltliche Vereine und ihr Verhältnis zur katholischen Kirche (Abbau des Kulturkampfes; Rolle der Geistlichen als „Milieumanager" [Olaf Blaschke]);

---

[46] Ein gedrucktes Exemplar dieser Eingabe befindet sich im StASu, St. 2, rot, C 4, Fach 12. Vgl. auch Jens HAHNWALD: Tagelöhner, Arbeiter und Arbeiterbewegung im kölnischen Sauerland des 19. und 20. Jahrhunderts. In: Harm KLUETING / Jens FOKEN (Hg.): Das Herzogtum Westfalen. Band 2. Teilband 1. Münster 2012, S. 539-589.

2.3 Das Vordringen nationalistischer und militärischer Ideen im Vereinswesen (Fahnen; Feiern; Denkmäler; soziale Militarisierung);
2.4 Die Bedingungen und Auswirkungen der Industrialisierung auf Parteien, christliche Gewerkschaften, katholische Kirche und Mentalitäten;
2.5 Zur Rolle von Außenseitern (Sozialdemokraten; Freie Gewerkschaften; Juden);
2.6 Der Erste Weltkrieg (das „Augusterlebnis"; das Verschwinden der Kriegsbegeisterung; soziale Polarisierung; Kinder-, Frauen- und Ausländerarbeit; Kriegsende)[47];

3. Manche der hier ins Auge gefassten Prozesse wird man nur untersuchen können, wenn man die entsprechenden Quellen zur Verfügung hat. Neben gedruckten Quellen wie Zeitungsberichten und Vereinschroniken enthalten vor allen Dingen die handschriftlichen Pfarr- und Schulchroniken sowie die Protokollbücher der Gemeinderäte, der gesellschaftlichen Vereine und politischen Parteien lokalgeschichtliche Schätze, die noch gehoben werden könnten. Gerade hier verspricht die eingangs erwähnte Hinwendung zu mentalitätsgeschichtlichen Fragestellungen lohnende Ergebnisse.

[47] Vgl. hierzu Jens HAHNWALD: Die „Heimatfront" während des Ersten Weltkrieges im Sauerland, in: SüdWestfalenArchiv 14 (2014), S. 275-335.

Vergessene Anfänge in Frankreich

Alfred Vanderpol (1854-1915) und die katholische Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg[1]

KARL-HEINZ WIEST

Die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, hundert Jahre nach dieser Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, nimmt in diesen Tagen einen breiten Raum ein. Dabei tritt uns auch das schmerzliche Versagen der Kirchen vor Augen: Hundertausende Soldaten, christlich geprägt und erzogen, die doch alle an den einen Gott glaubten und zu ihm beteten, wurden mit dem Segen ihrer Kirchen gegeneinander in den Krieg geschickt. Deutsche und französische Katholiken lagen einander in den Schützengräben gegenüber – die Erinnerungstafeln auf unseren Friedhöfen und an unseren Kirchen legen davon auch heute noch ein erschütterndes Zeugnis ab.

In Deutschland, wo die anfängliche Zustimmung zum Krieg unter den katholischen Theologen und Würdenträgern beinahe erdrückend war[2], bedurfte es zusätzlich zu den Schrecken des Krieges eines Impulses von außen, damit einige Katholiken ihre grundsätzliche Einstellung zum Krieg überdachten und veränderten. Es waren die eindringlichen Friedensappelle Papst Benedikts XV. während des Krieges, die den Anstoß für die ersten Ansätze einer katholischen Friedensbewegung in Deutsch-

---

[1] Textquelle | Karl-Heinz WIEST: Vergessene Anfänge – Alfred Vanderpol und die katholische Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. In: pax christi Rundbrief Rottenburg-Stuttgart Nr. 56 (Juni 2015), S. 6-9. – Aufnahme in diese Sammlung mit freundlichem Einverständnis des Verfassers.

[2] Vgl. zahlreiche Belege bei Martin LÄTZEL, Die katholische Kirche im Ersten Weltkrieg, Regensburg 2014; Heinrich MISSALLA, Gott mit uns. Die deutsche katholische Kriegspredigt 1914-1918, München 1968.

land gaben, aufgenommen von Männern, die zu Beginn des Krieges meist noch von dessen Berechtigung überzeugt gewesen waren.[3]

Umso wichtiger ist es, daran zu erinnern, dass es insbesondere in Frankreich schon vor dem Ersten Weltkrieg organisierte Initiativen unter Katholiken gab, die sich – die drohende Gefahr vor Augen – für eine friedliche Lösung internationaler Konflikte einsetzten. Besonders hervorzuheben ist hier das heute fast vergessene Wirken Alfred Vanderpols.

Alfred Vanderpol, geboren 1854 in der nordfranzösischen Stadt Tourcoing, ließ sich aus beruflichen Gründen 1877 in Lyon nieder. Als Ingenieur zeigte er sich interessiert an allen technischen Neuerungen seiner Zeit, was eine ganze Reihe fachlicher Publikationen aus seiner Feder bezeugt. Zusätzlich erwarb er an der Universität Lyon einen juristischen Abschluss. Als ehrenamtlicher Generalsekretär der *Societe d' agriculture, sciences et industrie de Lyon* genoss er hohes Ansehen in seiner Heimatstadt. Seine Stellung als Geschäftsführer einer florierenden Fabrik für Gaszähler machte ihn wirtschaftlich unabhängig.

Sein Freund, der Juraprofessor Emile Chenon, der 1918 einen biografischen Aufsatz über Vanderpol verfasst hat[4], beschreibt ihn als leidenschaftlichen Katholiken, persönlich bescheiden, aber hartnäckig und in der Lage, ein immenses Arbeitspensum zu bewältigen. Mit seinem Organisationstalent war Vanderpol die treibende Kraft hinter einer caritativen Einrichtung für vernachlässigte Kinder, die im Laufe ihres Bestehens vielen bedürftigen Kindern in Lyon Zuflucht und Unterstützung gewährte.

Bereits seit dem deutsch-französische Krieg 1870/71 hatte Vanderpol sich für die Problematik von Krieg und Frieden interessiert. Während einer schweren Erkrankung im Jahr 1900, die ihn über Monate ans Bett fesselte und in seiner Beweglichkeit einschränkte, begann er damit, sich diesen Fragen systematisch zuzuwenden. Er studierte die pazifistische Literatur seiner Zeit und befasste sich in den folgenden Jahren intensiv

---

[3] Später führende Mitglieder des Friedensbundes Deutscher Katholiken wie Max Josef Metzger, Magnus Jocham und Heinrich Hoffmann wirkten als Militärgeistliche.

[4] Auf diesen Aufsatz stützen sich auch die biographischen Informationen in diesem Artikel: Emile CHENON, Alfred Vanderpol, in: Alfred Vanderpol, La doctrine scolastique du droit du guerre, Paris 1919, S. VII - XXVIII.

mit der kirchlichen Tradition und ihren Aussagen über Krieg und Frieden.

Das Resultat dieser akribischen Arbeit an den Quellen legte er in Zeitschriftenartikeln und Büchern der Öffentlichkeit vor. Nach seinem Tode wurden diese Schriften in einem voluminösen Band mit dem Titel *La doctrine scolastique du droit du guerre*[5] gemeinsam ediert. Vanderpol spannte den Bogen von den Kirchenvätern bis zu den Theologen des 17. Jahrhunderts und führte mit ins Französische übersetzten und zurückhaltend kommentierten Quellenauszügen den Nachweis, dass das moderne Völkerrecht Wurzeln in dieser Tradition hat. Dieser Rückgriff auf die traditionelle kirchliche Lehre vom gerechten Krieg mag in unseren heutigen Augen nichts Spektakuläres an sich haben, denken wir doch eher in Kategorien des gerechten Friedens. In der damaligen Situation hieß dieser Rückgriff jedoch angesichts der imperialistischen Politik der europäischen Mächte, der stets gespannten internationalen Lage und der militaristisch aufgeladenen Stimmung eine verschüttete und von vielen Zeitgenossen vergessene Tradition der Kriegsbegrenzung freizulegen, die die Legitimität eines Krieges an eng gefasste Bedingungen knüpft. So schrieb Vanderpol in seinem Vorwort, es wäre für den Stand der internationalen Beziehungen seiner Zeit ein „immenser Fortschritt"[6], wenn die Prinzipien dieser Tradition zur Geltung kämen. Im Einklang mit den zeitgenössischen Ideen des völkerrechtlich ausgerichteten Pazifismus setzte sich Vanderpol konsequent für die Lösung internationaler Streitigkeiten durch Verhandlungen und Schiedsgerichte ein.[7]

Als Teilnehmer des Internationalen Friedenskongresses von Mailand 1906 bat er gemeinsam mit anderen anwesenden Katholiken in einem Telegramm Papst Pius X. um ein Zeichen der Sympathie. Dies führte sofort zu einer anerkennenden Antwort des Papstes. In einem daraus erwachsenen Schriftwechsel äußerte Pius X. deutlich seine Unterstützung für die Aktivitäten der internationalen Friedensbewegung. Für Vanderpol war das wiederum ein weiterer Anstoß, eine intensive Vortrags-

---

[5] Vgl. Anm. 4.

[6] VANDERPOL, Avant Propos, ebd. S. 2.

[7] M. BODET, Alfred Vanderpol, La doctrine scholastique du droit du guerre, in: Revue d´histoire de l´Église de France, 1921, 7/34, S. 62.

tätigkeit in ganz Frankreich zu entfalten, um insbesondere die katholische Öffentlichkeit für die Friedensfrage zu sensibilisieren.[8]

Aus diesen Bemühungen ergab sich nach mehreren Zwischenschritten 1909 die Gründung der *Ligue des catholiques francais pour la paix.* Sie zählte etwa 700 Mitglieder, vorwiegend wohl aus dem akademischen Milieu. Schwestergesellschaften, auch hier wieder unter tatkräftiger organisatorischer und publizistischer Mithilfe Vanderpols, bildeten sich in der Schweiz, in Belgien, in Spanien und in England.[9] Somit liegen hier die Anfänge einer organisierten katholischen Friedensbewegung in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Mit der Gründung der *Ligue Internationale des pacifistes catholiques* im Jahre 1911 wurde bereits ein erster Schritt zur internationalen Vernetzung gemacht. Als Präsident dieser Liga konnte der ehemalige belgische Premierminister Auguste Beernaert, Friedensnobelpreisträger des Jahres 1909, gewonnen werden.[10] In Deutschland aber hatte diese Initiative, soweit zu sehen, keine Resonanz.

Interessant ist die enge personelle Verbindung dieser jungen Friedensbewegung mit der französischen Reformbewegung Sillon[11], die seit 1894 bestand und zeitweise eine sehr breite Unterstützung genoss. Diese verstand sich als eigenständige katholische, aber von der kirchlichen Hierarchie unabhängige Bewegung mit dem Ziel, soziale Reformen in einem demokratischen Staat zu unterstützen und damit auch die traditionell gespannten Beziehungen zwischen dem konservativen französischen Katholizismus und der französischen Republik zu verbessern. Viele, nicht nur Vanderpol selbst und der Gründer des Sillon, MARC SANGNIER, engagierten sich in beiden Bewegungen.

Allerdings geriet die Reformbewegung des Sillon in die Mühlen des Modernismusstreites und der Auseinandersetzungen nach der gesetzli-

---

[8] Vgl. Jean-Marie MAYEUR, Les catholiques francais et la paix du debut du XXe siecle a la veille de la Deuxieme Guerre mondiale, in: Les Internationales et le probleme de la guerre au XXe siecle. Actes du colloque de Rome (22-24 novembre 1984), Rom 1987, S. 152 f.

[9] EBD. S. 154.

[10] Vgl. Maurizio RUSSO, Benoit XV: Le pape de la paix. Aux raciness du pacifism catholique, in: Maria Petricioli/Donatella Cherubini (Hg.), Pour la paix in Europe. Institutions et societe civile dans l´entre-deux guerres, Brüssel 2007, S. 287.

[11] Vgl. dazu allgemein: Hubert JEDIN (Hg.), Die Kirche zwischen Anpassung und Widerstand (1878 bis 1914), Handbuch der Kirchengeschichte Bd. VI/2, Freiburg 1973, S. 494-496.

chen Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Nach anfänglich durchaus positiven Signalen aus Rom wurde der Sillon 1910 von Pius X. offiziell als modernistisch verurteilt. Vorbehalte gegenüber den eigenständigen Reformkatholiken scheinen auch das Verhältnis der kirchlichen Hierarchie zu der jungen katholischen Friedensbewegung geprägt zu haben. Zu einer Anerkennung seitens des Vatikan kam es nicht.[12] Unter den französischen Bischöfen gab es nur wenige Unterstützer. Vanderpols friedenspolitische Arbeit geriet in dieser Zeit ins Visier konservativer französischer Katholiken und sah sich öffentlichen Angriffen von dieser Seite ausgesetzt.[13]

Das mag mit ein Grund dafür gewesen sein, warum Vanderpol sein nächstes Projekt, das auf der internationalen Ebene angesiedelt war, in Belgien verwirklichen wollte.[14] 1912 gründete er mit Katholiken aus verschiedenen europäischen Ländern ein christliches Institut zum Studium des Völkerrechts, benannt *Union internationale pour l´étude du droit des gens d´après les principes chrétiens.* Sitz des Instituts sollte die katholische Universität in Löwen werden. Das Projekt genoss die Unterstützung großzügiger Spender, mehrerer Kardinäle und der amerikanischen Carnegie-Stiftung. Erstmals nahmen jetzt einzelne Katholiken aus dem Deutschen Reich an den Gründungstreffen teil, darunter der Moraltheologe Lehmkuhl und ein junger Rechtsanwalt aus Lothringen namens Robert Schuman[15], der später als französischer Außenminister nach dem Zweiten Weltkrieg Grundsteine für die deutsch-französische Aussöhnung und die europäische Einigung legte.

Der Weltkrieg setzte der Idee ein Ende, noch bevor das Institut seine Arbeit richtig aufnehmen konnte. Der Bruch der belgischen Neutralität durch deutsche Truppen auf ihrem Marsch nach Frankreich setzte gleich im August 1914 ein Zeichen für eine Kriegführung, die sich um Völkerrecht und Humanität nicht scherte. Die Stadt Löwen wurde durch

---

[12] Vgl. RUSSO, S. 285 f.

[13] Jacques G. PETIT, La jeunesse de Monchanin 1895-1925, Paris 1983, S. 110.

[14] So auch Genevieve DUCHENNE/Gaelle COURTOIS, Pardon du passe. Europe unie et defense de L´Occident: Adenauer et Schuman docteurs honoris causa de l´Universite catholique de Louvain en 1958, Bern 2009, S. 46 f.

[15] Vgl. MAYEUR, S. 154.

deutsche Soldaten teilweise niedergebrannt, dabei wurde auch die komplette Universitätsbibliothek vernichtet.[16]

Auch der Plan, angesichts der Julikrise 1914 in Absprache mit den Organisatoren des Konstanzer Friedenskongresses protestantischer Christen (1.-3.8.1914) ein entsprechendes Treffen europäischer Katholiken zu veranstalten, konnte nicht mehr umgesetzt werden. Diese Konferenz war für den 10.8.1914 in Lüttich geplant. Sie konnte wegen des deutschen Überfalls auf Belgien nicht mehr stattfinden.[17]

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Belgien und der Besetzung französischer Gebiete durch deutsche Truppen stellte die katholische Friedensbewegung in Frankreich ihre politischen Aktivitäten ein.[18] Vanderpol konzentrierte sich nach Kriegsbeginn auf die Hilfe für Kriegsverletzte und richtete in Lyon ein Hospital ein, für dessen Betrieb er bis zur Erschöpfung seine ganze Arbeitskraft einsetzte. Im März 1915 ereilte ihn dann noch ein ganz persönlicher Schicksalsschlag: Einer seiner Söhne erlag in diesem Hospital seinen schweren Kriegsverletzungen. Wenige Wochen später, am 17. Juni 1915, brach Alfred Vanderpol auf dem Weg in sein Landhaus zusammen und verstarb.

Als sein Vermächtnis bleibt zunächst seine umfangreiche Quellensammlung zur Tradition der kirchlichen Friedenslehre. Sie wurde immer wieder als Grundlage für Forschungen zur historischen Entwicklung des Völkerrechts herangezogen und ist heute auch im Internet verfügbar.[19] Vanderpols Einschätzung, dass bereits Augustinus die entscheidende Grundlage für die kirchliche Lehre vom gerechten Krieg gelegt habe, prägte über Jahrzehnte die Einschätzung der Fachwissenschaft, wird allerdings in jüngster Zeit etwas relativiert. [20]

---

[16] Vgl. dazu Jörn LEONHARD, Die Büchse der Pandora. Geschichte des Ersten Weltkrieges, München 2014, S. 173.

[17] Daniel GORMAN, The emergence of international society in the 1920s, Cambridge 2012, S. 221.

[18] So PETIT, S. 110 mit Bezug auf Vanderpol selbst, in Übereinstimmung mit CHENON, S. XXVIII.

[19] Unter: https://archive.org/details/ladoctrinescola00vand [zuletzt abgerufen am 10. November 2020]

[20] Philipp WYNN, The modern Construction of an Augustinian Just War, in: Augustine on war and military service, 2013, S. 9-31, www.augsburgfortress.org/media/downloads/9781451464933Chapter1.pdf (9.8.2014).

Auf Vanderpols Ansätzen zur internationalen Vernetzung der katholischen Friedensbewegung konnten in der Spätphase des Krieges und vor allem nach dem Ersten Weltkrieg weitere Schritte, z.B. betrieben durch Max Josef Metzger, aufbauen. Vanderpols Mitstreiter Marc Sangnier wurde nach dem Krieg mit seinen Bemühungen um deutsch-französische Verständigung zu einem der wichtigsten Impulsgeber für den neu gegründeten Friedensbund Deutscher Katholiken.[21]

Am Beginn des 21. Jahrhunderts wird das Völkerrecht, das in den Anfängen nicht nur der katholischen Friedensbewegung ein zentraler Bezugspunkt friedensethischen und friedenspolitischen Denkens war, in seiner Bedeutung wieder neu bewusst. Zahlreiche Beispiele von Missachtung des Völkerrechts, die in den vergangenen Jahren zu beobachten waren, haben die Welt alles andere als sicherer gemacht. Und vielleicht können wir den Wert eines geregelten und sogar manchmal freundschaftlichen Miteinanders in Europa neu schätzen, wenn wir uns daran erinnern, unter welchen Bedingungen Vanderpol und andere erste Schritte dazu unternommen haben.

[21] Vgl. Dieter RIESENBERGER, Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1976, S. 1-20.

Der Gedanke geht der Tat voraus, wie der Blitz dem Donner. Der deutsche Donner ist freilich auch ein Deutscher und ist nicht sehr gelenkig und kommt etwas langsam herangerollt; aber kommen wird er, und wenn Ihr es einst krachen hört, wie es noch niemals in der Weltgeschichte gekracht hat, so wißt, der deutsche Donner hat endlich sein Ziel erreicht. Bei diesem Geräusche werden die Adler aus der Luft tot niederfallen, und die Löwen in der fernsten Wüste Afrikas werden die Schwänze einkneifen und sich in ihren königlichen Höhlen verkriechen. Es wird ein Stück aufgeführt werden in Deutschland, wogegen die französische Revolution nur wie eine harmlose Idylle erscheinen möchte. Jetzt ist es freilich ziemlich still; und gebärdet sich auch dort der eine oder der andre etwas lebhaft, so glaubt nur nicht, diese würden einst als wirkliche Akteure auftreten. Es sind nur die kleinen Hunde, die in der leeren Arena herumlaufen und einander anbellen und beißen, ehe die Stunde erscheint, wo dort die Schar der Gladiatoren anlangt, die auf Tod und Leben kämpfen sollen. – Und die Stunde wird kommen. Wie auf den Stufen eines Amphitheaters werden die Völker sich um Deutschland herumgruppieren, um das große Kampfspiel zu betrachten."[22]

HEINRICH HEINE
(1834)

[22] Heinrich HEINE: Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland. Zuerst in: „Revue des deux Mondes", „De L'Allemagne depuis Luther" (Première Partie: März, Deuxième Partie: November, Troisième Partie: Dezember 1834). In: Der Salon Bd. II (1835). https://www.projekt-gutenberg.org/heine/religion/religion.html

Ausgewählte Quellentexte 1867 – 1914

Der sogenannte „Beruf Preußens“

Auszüge aus der Schrift:
„Deutschland nach dem Kriege von 1866“[1]
(1867)

WILHELM EMMANUEL VON KETTELER

V. Der sogenannte „Beruf Preußens“

Wenn aber auch die innere Lage Preußens wohl die Hauptursache des Krieges [1866] war, welche namentlich auf die maßgebenden Kreise bestimmend einwirkte, so wirkte doch noch ein drittes Element mächtig mit, nämlich alle jene Richtungen in und außer Preußen, die wir der Kürze wegen Borussianismus nennen wollen. Es hat den Krieg mit Oesterreich von lange her vorbereitet und hat ihn allein möglich gemacht. Die inneren Zerwürfnisse lähmten die Macht Preußens, der Geist des Borussianismus, der sich des Krieges bemächtigte, hob diese innere Schwäche auf und gab zum Kriege die nöthige Actionskraft.

Wir müssen zunächst den Begriff dessen, was wir Borussianismus nennen, näher ins Auge fassen. Es wäre weit gefehlt, ihn für identisch zu nehmen mit dem Geist [//30//] der preußischen Könige oder mit der Gesinnung aller jener Männer, die auf die Geschicke Preußens einen maßgebenden Einfluß geübt haben. Der Vater des jetzigen Königs, der auf dem Todesbette seinen Kindern vor Allem eine innige Verbindung mit Oesterreich anempfohlen hat, nachdem er in den furchtbarsten Welter-

[1] Textquelle (Auszüge) | Wilhelm Emmanuel von KETTELER: Deutschland nach dem Kriege von 1866. Sechste Auflage. Mainz: Verlag Kirchheim 1867. [231.S.] [Als Digitale Ressource: Bayerische StaatsBibliothek MDZ. http://mdz-nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bvb:12-bsb10 771662-5] Die ursprünglichen Seitenzahlen sind den nachfolgenden Kapitelauszügen eingefügt. – Eine kommentierte Edition der Schrift ist enthalten in: Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER: Sämtliche Werke und Briefe. Abteilung I, Band 2: Schriften, Aufsätze und Reden 1867-1870. Mainz 1978, S. 1-127.

eignissen die Wichtigkeit dieses Bündnisses für Deutschland und Preußen kennen gelernt hatte; der Bruder und Vorgänger desselben, der die deutsche Kaiserkrone ablehnte, weil er sie nicht von der Hand des Unrechtes annehmen, weil er sich nicht auf Kosten Oesterreichs erheben wollte, waren gewiß weit von jenem Geiste entfernt. Wir glauben, daß selbst der jetzige König, wenn auch von ihm beeinflußt, doch in seiner tieferen Gesinnung ihm ferne steht. Vielen der besten und edelsten preußischen Staatsmänner, der treuesten Diener ihrer Könige, war diese Denkweise gänzlich fremd. Selbst FRIEDRICH DER GROßE, obwohl seine Tendenz mit dem Borussianismus in ursachlicher Verbindung steht, war doch nicht im vollen Sinne das, was wir mit dem Namen Borussianismus bezeichnen. Dieser ist vielmehr ein System, das sich erst nach und nach ausgebildet und allmälig zu seiner vollen Klarheit entwickelt hat. Er ist mehr aus der Schule, als aus dem practischen Leben hervorgegangen und hat eigentlich den Höhepunkt seiner Entwickelung erst in unseren Tagen gefunden.

Unter Borussianismus verstehen wir nämlich eine fixe Idee über den Beruf Preußens, eine unklare Vorstellung [//31//] einer Preußen gestellten Weltaufgabe, verbunden mit der Ueberzeugung, daß dieser Beruf und diese Aufgabe eine absolut nothwendige sei, die sich mit derselben Nothwendigkeit erfüllen müsse, wie der losgelöste Fels herabrollt, und daß es daher unstatthaft sei, diesem Weltberufe sich im Namen des Rechtes oder der Geschichte entgegenzustellen. Bei den Anhängern des Borussianismus steht dieser Beruf Preußens obenan, höher als alle Rechte[,] und Alles, was sich ihm entgegenstellt, ist deßhalb Unrecht. Er vollzieht sich mit absoluter innerer Nothwendigkeit. Der Inhalt dieses Berufes Preußens ist nach der Stellung der Anhänger dieser Richtung sehr verschieden. Ist der Mann dieser Richtung ein begeisterter Diener seines Königs, so denkt er dabei an die Oberherrschaft eines absoluten preußischen Königthums; ist er Soldat, an einen preußischen Militärstaat mit seinem Kriegsherrn; ist er Büreaukrat, an eine Glorificirung des preußischen Büreaukratismus; ist er Prediger, an die Verbreitung des Protestantismus unter Führung des preußischen Königthums; ist er endlich ein Fortschrittsmann, an den Sieg seiner Partei unter der preußischen Spitze, wo dann die königliche Spitze natürlich nur so lange benutzt werden soll, als sie ein Mittel für die Parteizwecke ist; sie alle aber,

so verschieden im übrigen ihre Ansichten sind, machen daraus eine fixe Idee, einen Beruf Preußens, der sich erfüllen müsse und mehr als alles andere berechtigt sei, sich zu erfüllen. Der Borussianismus ist daher Doctrinarismus [//32//] im höchsten Grade; er ist ein abstractes System; er ist deßhalb auch im eigentlichsten Sinne ein willkürliches Phantasiegebilde. Seinen dankbarsten Boden hat er dieser seiner Natur nach auch bei den Professoren und in den Logen.

Um aber dem Verdachte zu entgehen, als ob ich bei Schilderung dieses Borussianismus selbst einer fixen Idee und einem trügerischen Phantasiebilde verfallen wäre, will ich über dessen Wesen einige Anhänger desselben selbst reden lassen. Der bekannte J. G. DROYSEN sagt über die Aufgabe Preußens: „Die vierhundertjährige Geschichte dieses Staates zeigt eine Stätigkeit des Wachsens, eine Bestimmtheit der Richtungen, einen geschichtlichen Charakter, wie immer nur die lebensvollsten staatlichen Bildungen haben; Vorzüge, die in dem Glück und Geschick ausgezeichneter Regenten mehr ihren Ausdruck als ihre Erklärung finden. Was diesen Staat gegründet hat, was ihn trägt und leitet, ist, wenn ich so sagen darf, eine geschichtliche Nothwendigkeit." Dieses letzte Wort, das Herr DROYSEN ausspricht, obwohl er selbst zweifelt, ob er so sagen darf, ist der eigentliche Kern seines Gedankens. Welcher doctrinäre Schwindel liegt doch in einer solchen Auffassung, wenn man beliebige Thatsachen in der Geschichte, die dem subjectiven Systeme zusagen, „geschichtliche Nothwendigkeiten" nennt. Da hört natürlich jeder rechtliche und jeder sittliche Maßstab bei Beurtheilung der Thatsachen [//33//] gänzlich auf; alles wird geschichtlich nothwendig und deßwegen auch rechtlich und sittlich. Die Folgen dieser Anschauungen zeigen sich gleich weiter in den nächsten Sätzen. Herr DROYSEN fährt nämlich fort: „Preußen umfaßt nur Bruchtheile deutschen Landes und Volkes. Aber zum Wesen und Bestand dieses Staates gehört jener Beruf für das Ganze, dessen er fort und fort weitere Theile sich angegliedert hat. In diesem Berufe hat er seine Rechtfertigung und seine Stärke. Er würde aufhören nothwendig zu sein, wenn er ihn vergessen könnte[2]." Da haben wir den besten Commentar zu den Ereignissen der letzten Tage, die man ganz und gar nach diesem Droysen'schen Principe öffentlich zu rechtfertigen

[2] [1] Geschichte der preußischen Politik von J. G. DROYSEN. Berlin 1855. Erster Theil. S. 4.

sucht. Ganz ähnlich spricht ein anderer ebenso unverdächtiger und competenter Zeuge den Gedanken des Borussianismus aus. Der bekannte Professor HÄUSSER in Heidelberg sagt: „Aus der Lage der Dinge entsprang nicht nur die Berechtigung, sondern die Nothwendigkeit eines Staates wie Preußen. Das Bedürfniß, das in dem Leben der Nation unbefriedigt war, mußte ausgefüllt werden. In der kraftlosen Anarchie des Reiches mußten, wenn die Nation nicht zu Grunde gehen sollte, festere Staatsbildungen entstehen, getragen vom Landesfürstenthum und dem Protestantismus[3].“ Wir wollen hier diesen offenbaren sophistischen Trugschluß des [//34//] Herrn HÄUSSER nicht weiter verfolgen, der ganz übersieht, daß eben diese „festeren Staatsbildungen,“ die sich nicht mehr als feste Glieder des Organismus des deutschen Reiches erkennen wollten, sondern nach souveräner Selbstständigkeit strebten, der Grund „der kraftlosen Anarchie des Reiches“ waren, und daß es deßhalb eine große Unwahrheit ist, dafür das Reichsregiment verantwortlich zu machen, statt der Reichsfürsten selbst, die das Reich ruinirten; wir wollen uns vielmehr darauf beschränken, hervorzuheben, wie Herr DROYSEN und Herr HÄUSSER alles Das vollkommen bestätigen, was wir vom Borussianismus gesagt haben. Diese Herren bilden sich beliebig einen Gedanken, eine Phantasie, machen ihn zu einem absoluten Gedanken, zu einem Götzen, den sie anbeten, oder richtiger, in dem sie sich selbst anbeten, und diese doctrinäre Phantasie ist dann das Alleinberechtigte, das absolut Berechtigte, das an sich Nothwendige, vor dem sich Alles, Recht, Sittlichkeit und Geschichte beugen muß. Deutschland ist das wahre Heimathsland dieser gefährlichen Phantasten. Es erhellt daraus aber auch, daß diese Geistesrichtung nicht lokal ist; es können auch in anderen Ländern ähnliche Systeme aufgestellt werden, die dort eine andere Bezeichnung haben werden, aber alle darin zusammentreffen, daß sie ohne Rücksicht auf Gott, ohne Rücksicht auf Recht und Geschichte, ihre Interessen für die allein berechtigten halten und sie mit allen Mitteln durchführen wollen. [//35//]

Dieses verderbliche System, wie es sich in Deutschland in Bezug auf den Beruf Preußens ausgebildet hat nun schon lange auf ein Zerwürfniß mit Oesterreich hingearbeitet. Nach demselben hat Oesterreich begreif-

[3] [2] Preußische Jahrbücher, Aprilheft 1862.

lich keinen Platz mehr in Deutschland; es steht dem Berufe Preußens, der sich mit Naturnothwendigkeit vollzieht, hindernd entgegen; und ebenso ist, um mit Herrn DROYSEN zu sprechen, das „Angliedern weiterer Theile“ für Preußen auf Kosten der übrigen deutschen Staaten lediglich wieder eine Naturnothwendigkeit, sowie es für die Gestirne Naturnothwendigkeit ist, sich in ihren eigenen Bahnen zu bewegen. Zum ersten Male begegnete mir im Leben dieser Borussianismus in seiner naturnothwendigen Angliederungsrichtung im Jahre 1848. Das war überhaupt ein Angliederungsjahr; freilich nicht für das preußische Königthum, sondern für die Revolution, die damals das Angliedern und die Naturnothwendigkeit anders deutete, aber gewiß mit demselben Rechte, wie Herr Professor DROYSEN für seine Ansicht. Man gestatte mir, dieses persönliche Erlebniß meiner ersten Begegnung mit dieser Angliederungstheorie hier kurz zu erwähnen; es ist nicht ohne allgemeines Interesse. Ich war damals Pfarrer zu Hopsten, in meiner Heimath Westphalen. Das Vertrauen der Bewohner der dortigen Gegend nöthigte mich im vollen Gegensatze zu allen meinen Wünschen, eine Wahl für das deutsche Parlament in Frankfurt anzunehmen. Zum dortigen Wahlbezirke [//36//] gehörte auch die Grafschaft Tecklenburg, ein altpreußisches Land und protestantisch. Bei einer Versammlung aller Wahlmänner, die damals in Tecklenburg gehalten wurde, wurde insbesondere die Aufgabe des Deputirten in Frankfurt bezüglich der deutschen Verfassungsfrage besprochen, und bei dieser Gelegenheit trat ein im übrigen höchst achtungswerther Mann mit der Ansicht auf, es sei vor Allem Beruf des Parlamentes, die Grenzen Preußens bis an den Main zu erweitern und so ein norddeutsches Königthum unter Preußens Krone zu constituiren, und es sei meine Pflicht als Deputirter, in dieser Richtung zu wirken. Damals hörte ich zum ersten Male die Idee aussprechen, die sich jetzt, zwanzig Jahre später, verwirklicht hat. Ich war ganz erstaunt, in einer Zeit, wo ohnehin alles Recht erschüttert war, aus einem solchen Munde eine neue colossale Rechtsverletzung als Heilmittel anpreisen zu hören und lehnte natürlich mit aller Entschiedenheit die Zumuthung ab, an einem solchen Plane der Zerreißung Deutschlands mitzuarbeiten. Wie hätte ich damals daran denken können, daß ich später als Bischof von Mainz Augenzeuge der Verwirklichung dieses Planes und der Ausdehnung der preußischen Grenzen bis an den Main sein würde? Wie oft

habe ich seitdem an diesen Herrn in Tecklenburg zurückgedacht, dessen Aeußerung mir ein Beweis geworden ist, wie allgemein und von wie lange her das vorbereitet war, was jetzt geschehen. Ich zweifle jetzt nicht mehr, daß [//37//] dieser Herr nicht eigentlich seinen Privatgedanken ausgesprochen, sondern ihn in jener geheimen Gesellschaft sich angeeignet hat, in der namentlich das, was wir Borussianismus nennen, seinen Sitz hat. Diese Ansicht von einem ungemessenen Berufe Preußens hat den Krieg vorbereitet; sie ist im Verlaufe des Krieges eine starke Macht geworden, um denselben zu führen; sie hat nach den großen Siegen Alles in Preußen mit sich fortgerissen, selbst jene Kreise, die ihr ganzes Leben der Vertheidigung des Rechtes gewidmet haben; sie hat endlich die Bedingungen des Friedens dictirt und herrscht augenblicklich fast ohne Widerspruch in Preußen.

Welche Gefahren liegen aber in einer solchen Anschauung für den Frieden Europa's überhaupt und auch für Preußen insbesondere. Sie ist ihrer ganzen Natur nach aggressiv gegen Alles, eine Art Kriegserklärung an Alles, was sich diesem naturnothwendigen Berufe entgegenstellt. Diese Kriegserklärung ist aber um so gefährlicher, weil der Inhalt dieses Berufes ein ganz willkürlicher ist. Das Recht, welches Herr DROYSEN und Herr HÄUSSER hat, sich einen beliebigen doctrinären Gedanken von dem Berufe Preußens auszubilden, hat auch jeder Andere; und das Recht, welches diese Herren haben, ihren angeblich naturnothwendigen Gedanken durch naturnothwendige Angliederungen zu verwirklichen, hat auch jeder Andere für seine Doctrinen. Wo ist bei solcher Willkür noch eine Grenze? [//38//] Solchen Theorien gegenüber ist kein Recht und kein Staat mehr gesichert. Warum soll dieser naturnothwendige Gedanke am Main stehen bleiben, warum an der Donau u.s.f.?

Diese Anschauungen sind aber auch überaus gefährlich für Preußen. Wenn gleich das Bemühen, einen beliebigen doctrinären Parteigedanken als die geschichtliche Nothwendigkeit eines Landes mit dem absoluten Rechte der Angliederung hinzustellen und dadurch jede Rechtsverletzung zu sanktioniren, in dieser Art noch nicht dagewesen ist, so finden sich doch Anklänge dazu in anderen Ländern reichlich vor. Nicht Preußen allein mit seiner Geschichte ist in der Welt; es gibt auch noch andere Völker mit Selbstbewußtsein und älterer Geschichte. Wer will es ihnen wehren, daß auch sie unter einem anderen Namen eine gleiche Theorie

ausbilden? Wenn es einmal darauf ankömmt, ohne Rücksicht auf Recht und Geschichte einem Volke einen naturnothwendigen Weltberuf mit absolutem Angliederungsrechte zu stellen, so wird ohne Zweifel Frankreich auch bald seine DROYSEN und HÄUSSER finden, die in der französischen Eitelkeit nicht weniger Anhaltspunkte finden werden. Wer weiß, welchen Weltberuf sich Rußland, welchen die nordamerikanischen Staaten sich einmal beilegen werden? Jeder falsche Grundsatz, den man zu seinem Vortheil ausbeutet, wird unfehlbar sich später gegen den wenden, der ihm huldiget. Nur die äußerste Verblendung kann es verkennen, wie gefährlich solche Theorien für Preußen selbst bei veränderten [//39//] Verhältnissen werden können. Es ist eine wahre Thorheit, zu glauben, daß vor einem solchen doctrinären Hirngespinnst von Weltberuf die ganze Welt stehen bleiben und sich willenlos angliedern lassen werde. Je aufrichtiger wir das Beste Preußens wollen, desto mehr können wir in solchen Richtungen nur die Wege zum Verderben erkennen.

VI. Der Zweck heiligt die Mittel

[//40//] Wir haben die Gründe des Krieges betrachtet; wir müssen jetzt die Mittel, ihn zu führen, ins Auge fassen. […]

Was naturnothwendig ist, ist nicht nur an sich berechtigt, sondern es sind auch alle Bedingungen und Voraussetzungen seiner Verwirklichung, alle nothwendigen Mittel dazu berechtigt. Eine Theorie, eine Doctrin, die ihre beliebigen Hirngespinnste für naturnothwendig hält, muß daher auch alle Mittel für erlaubt halten, die zu ihrem naturnothwendigen Ziele führen. Wenn Preußens Beruf naturnothwendig Angliederung ist, so ist auch kein Mittel mehr schlecht, das ihm dient, diese Angliederung zu vollziehen. So grundverkehrt nun eine solche Anschauung auch sein mag, so ist sie doch vorhanden, und wenn auch nicht überall mit voller innerer Erkenntniß, dennoch weit verbreitet. […]

[//45//] Wir haben hier eine unselige Wirkung jener verderblichen Richtung vor uns, welche die höhere Politik von ihrer wahren Grundlage trennt. Wenn man für den Verkehr der Völker und Staaten einen exemptionellen Maßstab anlegt, als ob hiefür andere Gesetze bestünden, als die der gewöhnlichen Sittlichkeit und des gewöhnlichen Rechtes; wenn man

sich der Täuschung hingibt, daß im Privatleben schlecht, unrecht und verwerflich sein könne, was in der höheren Politik recht, gut, ja nothwendig sei; wenn man mit einem Worte von den Geboten Gottes absieht und für so hohe Dinge andere Gebote, die gewissermaßen höher liegen sollen, aufstellt, so müssen solche Folgen nothwendig eintreten. Dadurch verfällt die hohe Politik sofort lediglich der Menschenklugheit, der Menschenwillkür, sie wird eine niedere Nützlichkeitspolitik, eine Politik der Intrigue, kurz eine Politik, bei welcher der Egoismus das einzige und maßgebende Gesetz ist. Sie wählt sich dann beliebige Ziele, die von der göttlichen Ordnung abweichen, und sie verfolgt diese Ziele mit allen Mitteln nach dem Grundsatze: Der Zweck heiligt die Mittel. Es ist eine große Selbsttäuschung, wenn die Welt den Jesuiten diesen Grundsatz vorwirft, gleichsam als ob sie durch diese ungerechte Anklage den Beweis führe, daß sie selbst diesem Grundsatze nie und nimmer huldige. Allein dieser Grundsatz gehört nicht einem Stande oder einer Klasse von Menschen an, sondern er ist ein Grundsatz der verdorbenen Menschennatur, welcher [//46//] überall und in jedem Menschen auftritt, der sich nicht dem Sittengesetze unbedingt unterwirft. Er herrscht namentlich unbeschränkt in jenem von der Religion abgetrennten Völkerrechte. Die Beziehungen der Völker ruhen wesentlich auf denselben Grundlagen, wie die Beziehungen der einzelnen Menschen unter einander, auf der Verwirklichung und gegenseitigen Anerkennung der von Gott in uns gelegten Gesetze der Sittlichkeit, des gegenseitigen Wohlwollens, des Gebotes: Was du nicht willst, daß dir geschehe, das thue auch einem anderen nicht. Alle diese Gesetze, die Gott für den Verkehr der Menschen und der Völker in unser Gewissen gelegt hat, finden ihre höchste und erhabenste Erklärung in dem Christenthum. Das idealste Völkerrecht wäre eine Verwirklichung der Gesetze des Christenthums in den Beziehungen der Völker unter einander; die idealste Diplomatie und Politik wäre die Diplomatie und Politik nach den Grundsätzen des Christenthums. Eine höhere Klugheit gibt es für den Völkerverkehr nicht, als jene, die das schlichteste Christenkind in seinem einfachen Privatleben befolgt. Man glaubte, die hohe Politik zu erheben, als man sie lostrennte von dieser wahren Grundlage des Sittengesetzes, und man hat sie dadurch unaussprechlich erniedrigt. Die hohe Politik ist nach ihren Gesichtspunkten und Motiven wahrlich nicht mehr hoch, sondern sehr

niedrig. Nachdem man die ewigen Grundsätze der Sittlichkeit und der Gebote Gottes verlassen hat, hat man [//47//] an deren Stelle seit den letzten Jahrhunderten jene todte Form gesetzt, die von der Wage, auf der die Waaren gewogen werden, hergenommen ist, das sogenannte Gleichgewichtssystem. An Stelle der ewigen Gesetze der Sittlichkeit und der Religion sollte der Kaufmannsladen den Maßstab für den Völkerverkehr abgeben, und damit glaubte man für diese hohen Regionen einen höheren Maßstab gefunden zu haben. Hinter dieser leeren Form der Gleichgewichtstheorie verbarg sich aber der rohe Egoismus der Völker, und die Diplomatie ist seitdem die Wissenschaft geworden, die Eifersucht und den Neid der Nationen, den Völker-Egoismus hinter glatten äußeren Formen zu verstecken und alle Fäden zu spinnen, um diesen Egoismus geltend zu machen. In dieser Lostrennung des Völkerrechtes von dem Gesetze Gottes, in dieser Fiction, als ob die hohe Politik in ihren Zielen und Mitteln auf einem höheren Standpunkt stünde, als dem der gewöhnlichen Sittlichkeit und Gerechtigkeit liegt eine unermeßliche Gefahr für den Frieden der Welt. Wer die Revolution in der niederen Politik nicht will, darf sie auch in der höheren nicht wollen. Ein Völkerrecht ohne Gottes-Recht ist ein permanenter Kriegszustand oder nur eine Waffenruhe, die dem Kriege Aller gegen Alle vorausgeht. Dem Princip nach ist es Krieg, weil es kein Moment in sich trägt, das in seiner Ausgestaltung Frieden unter den Völkern gründen könnte. [//48//]

Diese Anschauung führt denn auch nothwendig zu jener unbedingten Huldigung dem Erfolge gegenüber, die wir in so großer Ausdehnung vor uns sehen. Unrecht im Großen ist ganz gewiß nicht weniger ungerecht, als Unrecht im Kleinen[,] und die Größe des Erfolges hebt die Größe des Unrechtes nicht auf. Gerade umgekehrt: der Arme, der ein Stück Brod stiehlt, ist weit minder strafbar, als der Reiche, der durch Unredlichkeit ein immenses Vermögen sich erworben hat. Aber so sehr ist unser sittliches Gefühl beschädigt, daß in der hohen Politik nur mehr der Erfolg entscheidet, mag auch das Ziel an sich unberechtigt und mögen die Mittel dazu verwerflich gewesen sein. Welche Verwirrung der Geister und der Gewissen! Im einzelnen Menschen besteht das wurzelhaft Böse darin, daß er Ziel und Mittel ohne Rücksicht auf Gott und Gottes Gebot, ohne Rücksicht auf Sitte und Sittengesetz bestimmt; ganz so und aus denselben Gründen ist es wurzelhaft bös im Völkerleben, wenn die

Völker ihre Ziele und die Mittel zu deren Erreichung ohne Gott und Gottes Gesetz, ohne Sitte und Sittengesetz wählen und verfolgen. Das ist die Revolution in der höheren Politik, das ist die „Politik der Interessen“ statt der der Wahrheit und Gerechtigkeit.

Wir können es daher auch nur tief beklagen, wenn die Religion für solche von Gott und Gottes Gebot losgetrennte hohe Politik und ihre Zwecke in Mitleidenschaft und Mitverantwortung gezogen wird. Das stärkt nicht die Religion, [//49//] das schwächt sie. Das ist auch eine beklagenswerthe Richtung der letzten drei Jahrhunderte, der Religion und den Dienern der Religion zuzumuthen, allen Gewaltthaten der Politik gewissermaßen eine religiöse Weihe zu geben. Für wie viele Siege sind schon Dankgottesdienste gefeiert worden von den ungerechten Kriegen Ludwigs XIV. bis zu denen Napoleons, die nicht zum Lobe Gottes waren, die vielmehr Gott im Himmel verabscheut hat. Wie muß Gott in seiner ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit den Versuch verabscheuen, ihn gewissermaßen zum Mitschuldigen solcher Menschenthaten zu machen, die mit seinem ewigen Gesetze, mit seinem heiligen Gebote, mit seinem göttlichen Willen im Widerspruch stehen! Je erhabener die Religion dasteht, desto mehr kann sie der Welt, desto mehr auch den Staaten nutzen. Selbst in eigenem Interesse sollte der Staat der Religion nicht diese Stellung zumuthen. Diese öffentlichen Gebete, diese kirchlichen Dank- und Freudenfeste, diese ewigen neuen Eide sind nicht vom Guten.

XIII. Die Lage der katholischen Kirche

[…] [//191//] Wenn aber zu jeder Zeit die siegende Kraft der Kirche wesentlich von der Heiligkeit der Priester abhängt oder, was dasselbe ist, von der Aehnlichkeit mit Christus selbst, der ein sich ähnliches Werkzeug fordert, um durch dasselbe selbst zu wirken, so ist das insbesondere der Fall in unserer Zeit, dem Geiste gegenüber, den wir zu bekämpfen haben. Nicht durch äußeren Glanz, nicht durch eine mächtige äußere Stellung, sondern nur durch die Heiligkeit des Priesterthums kann der antichristliche Geist überwunden werden, der jetzt in der Welt herrscht. Die Kirche hat sich in manchen Gegenden Norddeutschlands eine ehrenvolle Anerkennung erworben; wo das geschehen ist, da lag der

Grund in dem Wirken geheiligter Priester. Weil es in den norddeutschen [//192//] Diöcesen viele sehr würdige Priester gegeben hat, hat die Kirche sich Anerkennung erworben; das wird auch für die Zukunft das einzige Mittel sein. Unsere Aufgabe ist die Wiederaussöhnung der Protestanten mit der Kirche; dieser große Zweck wird aber nicht durch äußere Mittel erreicht, sondern durch die Heiligkeit des katholischen Priesterthums. Die dogmatischen Differenzen müssen vor Allem durch die Heiligkeit entschieden werden.

Man hat in letzter Zeit oft von der Errichtung eines Bisthums in Berlin gesprochen. Wir würden uns unendlich mehr freuen, wenn in Berlin ein Haus geheiligter Priester gegründet würde, als ein Bisthum. Thiers hat im vorigen Jahre im Parlament gesagt, er habe im Laufe seines Lebens schon viele ausgezeichnete Erzbischöfe von Paris kennen gelernt; sie alle seien sehr verdienstvolle Männer gewesen, alle hätten aber einen sehr fühlbaren Fehler gehabt, daß nämlich Notre-Dame zu nahe bei den Tuilerien liege – St. Hedwig liegt noch viel näher beim königlichen Schlosse in Berlin. Ein Hofbischof in Berlin, der mehr Werth auf äußere Etiquette als auf Heiligkeit legte, könnte vielleicht der Kirche mehr schaden, als alle Feinde der Kirche in Preußen zusammengenommen. Wir würden ein Bisthum in Berlin für ein Unglück halten.

Eine andere große Gefahr finden wir in der Militärseelsorge[4], die wir grundsätzlich für schädlich halten, sobald sie von der ordentlichen bischöflichen Jurisdiction eximirt [//193//] ist. Die Folgen davon können sich in Preußen noch nicht zeigen. Jene vortreffliche Militärgeistlichen der preußischen Armee, welche der Kirche durch ihr Wirken mancherlei Anerkennung erwarben, haben in dem ordentlichen Diöcesanverbande ihren Geist geschöpft und besteht daher die abgesonderte Militärseelsorge zwar thatsächlich, aber noch nicht in den Wirkungen als Institution mit einem eigenen Geiste. Erst in der Zukunft, wenn diese Institution älter ist, kann sie ihre Früchte zeigen. Gott bewahre Preußen vor den

---

[4] [Zur Militärseelsorge hat der Mainzer Bischof zwei Jahre später eine eigenständige Schrift vorgelegt: Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER, Die Gefahren der exemten Militärseelsorge. (Zuerst als Manuskript gedruckt im Jahr 1869). In: Archiv für katholisches Kirchenrecht. Band 58 (Neue Folge, Band 52). Mainz: Verlag von Franz Kirchheim 1887, S. 434-457. (Kommentierte Edition: W.E. Freiherr von KETTELER, Sämtliche Werke und Briefe. Abteilung I, Band 2: Schriften, Aufsätze und Reden 1867-1870. Mainz 1978, S. 318-343.)]

Folgen, die sie in anderen Ländern gehabt hat. Wir halten die Stellung, welche diese Militärpriester haben, für äußerst gefährlich für die Heiligung des Priesterstandes und wir sind doch zugleich überzeugt, daß kein Stand mehr Heiligung bedarf, um wahrhaft zu wirken, als der Militärpriester. Wenn der Militärgeistliche der preußischen Armee mehr Einfluß übt, als der Militärseelsorger in der österreichischen Armee, so hängt das, wie wir glauben, mit den besprochenen Verhältnissen zusammen.

Sind die Katholiken schlechte Patrioten?

Broschüren-Cyclus für das katholische Deutschland[1]

ANONYMUS [1866] / SOEST: NASSE 1870

[*Über „die patriotische Gesinnung der Katholiken"*]

Lange genug haben wir geschwiegen zu den gegen uns Katholiken in Preußen systematisch ausgesponnenen und mit unerhörter Unverschämtheit und Hetzwuth ausposaunten Verdächtigungen und Verläumdungen in Absicht auf unsere patriotische oder unpatriotische Gesinnung vor und während des deutschen Bundeskrieges von 1866. Lange genug haben wir auf ein hohes oder Allerhöchstes Wort der Anerkennung, der Rechtfertigung und der Vertheidigung der katholischen Unterthanen Preußens gewartet und gehofft. Das Höchste, was man uns bis jetzt hat angedeihen lassen, ist das, daß man thut, als sei gar Nichts vorgefallen, als habe man gar Nichts gesehen und gehört von den unerhörten Dingen, wovon mehrere Monate hindurch alle katholischen Tagesblätter zu berichten hatten. Deshalb mag es an der Zeit sein, die Thatsache der im Verlaufe des letzten Sommers gegen uns Katholiken losgelassenen Hetzerei nochmals öffentlich in Erinnerung zu bringen, theils um sie der Vergessenheit zu entziehen, und theils, um uns über die patriotische Gesinnung der Katholiken und über die Art und Weise, wie sich dieselbe kund zu geben pflegt und auch heuer wieder kund gegeben hat, das Nähere auszusprechen. Zunächst fragt es sich: Was ist nach christkatholischen Grundsätzen Patriotismus, Vaterlandsliebe? Die

[1] Textquelle | *Sind die Katholiken schlechte Patrioten?* 6. Auflage. (= Broschüren-Cyclus für das katholische Deutschland. Erster Jahrgang, Elftes Heft). Soest: Nasse 1870. [20 Seiten] Internet-Ressource: http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/content/titleinfo/2547265. (Erstauflage bzw. Herkunft des Textes [von 1866] bislang nicht ermittelt, pb.)

katholische Sittenlehre antwortet: „Eine Pflicht und eine Tugend.“ Der Katholik als solcher verehrt in dem Staate, dem er angehört, eine von Gott angeordnete Gewalt, der er sich unterwerfen für [//4//] deren Wohlfahrt er Interesse hegen und das Seinige beitragen muß, gegen die jede Auflehnung und verrätherische Handlung er als eine Uebertretung des göttlichen Gesetzes ansieht. Der Katholik lässt sich leiten durch das Wort des Apostels: „Jedermann unterwerfe sich der obrigkeitlichen Gewalt; denn es gibt keine Gewalt, außer von Gott, und die, welche besteht, ist von Gott angeordnet. Wer demnach sich der obrigkeitlichen Gewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes.“ (Röm. 13.) In Uebereinstimmung damit anerkennt und ehrt er in dem Staatsoberhaupte seinen von Gott ihm gesetzten Kaiser oder König, dem er nach Christi Worten Zins und Steuer (Matth. 22, 21.) und nach dem Ausspruch seines Stellvertreters (l. Petr. 2, 17.) Ehre geben soll. Nicht allein aber die Lehre Christi und seiner Apostel, sondern auch ihr Beispiel bilden für den Katholiken den immer glänzenden und nie untergehenden Leitstern rücksichtlich seines Verhaltens dem Staate und der Obrigkeit gegenüber.

Der menschgewordene König der Könige verschmäht es nicht, uns zum Vorbilde Unterthan zu werden und Unterthanenpflichten zu erfüllen. Er schleudert keine Blitze auf das Haupt des Herodes, sondern er flüchtet vor seinen Nachstellungen. Er zahlt Zins an den römischen Kaiser und um es zu können, beruft er einen Fisch mit Münze aus der Tiefe des Meeres; er heilt dem Diener der Obrigkeit durch Wunderkraft das Ohr, das sein Jünger bei so verstandener Notwehr ihm abgehauen; Er öffnet vor den Tribunalen der zustehenden Behörden seinen Mund zur Antwort und gehorcht und fügt sich ihren Anordnungen. Und Christi Jünger, welche Menschen waren ihre Kaiser und Statthalter? Vom Reiche der Finsterniß und von [//5//] unersättlichen Leidenschaften aufgestachelte Ungeheuer – solche waren es, gegen die sie den Christen Gehorsam und Unterwürfigkeit predigten, die sie selber am ersten und vollkommensten leisteten. Das sind unsre Vorbilder, darnach hegen wir die Ueberzeugung, daß der Patriotismus für uns eine Pflicht, eine Religions- und Glaubens-Pflicht und ihre Erfüllung ein, gutes Werk, eine Tugend bildet. Hieraus ist aber ersichtlich, daß bei keinem Unterthan der Patriotismus fester, edler und kräftiger sein kann als bei den echt christ-

katholischen Unterthanen, weil er nirgends auf festerer Grundlage ruht, aus edleren, erhabneren und heiligeren Beweggründen entspringt und eine höhere Weihe hat als eben hier. Sollen wir Beispiele und Belege bringen, daß die Katholiken Patrioten sind und wie? Will man, daß wir hinweisen auf die katholischen Legionen der römischen Kaiser, die für ihren hl. Glauben bis auf den letzten Mann ihr Blut vergessen, von denen uns aber die Geschichte zugleich überliefert hat, daß eben sie die geschätztesten, angesehensten, tapfersten und treuesten Kämpferschaaren für ihre Kaiser und ihr Vaterland gewesen sind? Will man, daß wir zum Zeugnisse ausrufen jene Sebastine, Mauritius, Theodore zusammt ihren Heldenpatrioten? Oder sollen wir hinweisen auf die alten katholischen Meßbücher aus den Zeiten der Christenverfolgungen, laut denen die Christen bei der Feier der hl. Geheimnisse für jene Tyrannen-Kaiser beteten, vor denen sie sich in unterirdische Gänge flüchten mußten, um den Sieg jener Waffen mit Gott rangen, die über Kurz in ihr eigenes Blut sollten getaucht werden, für jenes Vaterland und seine Wohlfahrt ihre Hände zum Lamme Gottes erhoben, das ihnen auf seiner Oberfläche kein Plätzchen vergönnte, dessen Verbannte sie waren, während sie für sein Glück beteten? Sollen [//6//] wir verweisen auf die großen Bischöfe und Lichter der Kirche, im Morgen- und Abendland, die in demselben Maße das wahre Wohl ihrer Kaiser besorgten, das Heil des Staates beriethen und im Herzen trugen, für das Vaterland und ihre Mitbürger ihre goldenen Zungen schlagen ließen, ihre weltdurchtönenden Stimmen erhoben und ihre begeisterten Federn in Bewegung setzten, als sie das Reich Gottes zu verbreiten, die ewigen Grundsätze der göttlichen Offenbarung zur Geltung zu bringen und alle Menschen zu seligen Himmelsbürgern heranzuziehen bemüht waren? Von jenen Athanasius, Chrysostomus, Gregorius, Ambrosius, Augustinus angefangen bis hinab zu einem Bischof Hosius, Ximenes, Carl Borromäus, Bourdalvne, d'Afre, Diepenbrock: wir fragen, wo sind denn die wahren Patrioten, wenn sie es nicht sind? Oder müssen wir die Geschichte der Verbreitung und Befestigung des Christenthums und der Gesittung, der Civilsation und Bildung in Deutschlands Urwäldern, in Preußen und Polen, in Böhmen und Mähren, in Ungarn und Croatien aufschlagen, um unsern Zeitgenossen zu beweisen, wo die wahren Patrioten sind? Müssen wir noch mehr als die Namen eines Bonifacius, Ansgar, Adalbert, Methodius, Cyrillus,

Severin, Columban, Kilian und Emmeran erwähnen? Haben diese Helden im katholischen Missionswesen weniger Mühe und Schweiß aufgeboten, um die wilden Völkerstämme gesittet und cultivirt, als um sie christlich zu machen? weniger Fleiß und Anstrengung angewandt, um die umhersch[w]eifenden Bergbewohner an ein stätiges Zusammenwohnen, an ein gemeinsames Leben und Zusammenwirken in Städten und Dörfern, an Betreibung des Ackerbaues und edler Gewerbe, an die Pflege der Künste und Wissenschaften, an ein geordnetes Bürgerthum und Staatsleben zu [//7//] gewöhnen, als um sie beten zu lehren? Und wer ist es denn, der die Urwälder ausgerottet, die Sümpfe ausgetrocknet, die wilden Thiere verscheucht, die Wüsteneien in üppige Fluren und lachende Gefilde verwandelt, den Segen der Civilisation, die materielle Wohlfahrt unserer Provinzen zuerst begründet, die Liebe zum eigenen Heerde, den Gemeinsinn und das Interesse für das Vaterland eingeflößt hat? Sind es nicht die Jünger eines hl. Benedict, Bruno, Bernhard, Franz und Dominikus? Wem hat das Vaterland denn mehr zu verdanken, als diesen katholischen Mönchsschaaren, die uns das Vaterland erst geschaffen haben? Wer hat mehr Patriotismus bewiesen, als jene katholischen Bischöfe und Priester, die zu allen Zeiten der Revolution und ihrer Mutter, der Irrlehre, mit dem Schwerte des göttlichen Wortes und mit der Begeisterung für Wahrheit und Recht kämpfender Helden entgegengetreten sind, als ein hl. Dominikus mit seinen Jüngern, die gegen jene revolutionären, Staat und Ordnung umstürzenden Katharer, Albigenser und Waldenser einen Kreuzzug eröffneten, ohne Schwert und Waffen zwar, aber wirksamer und kräftiger, als die Kriege der Kreuzfahrer um das hl. Land? Wer hat denn echten Patriotismus bewiesen: Huß und seine Anbeter, die da Sturm und Empörung gegen Staat und Verfassung predigten, oder die katholischen Bischöfe, die jene dem Arm der Obrigkeit überlieferten? Wer hat rechten und wahren Patriotismus bewiesen: jene revolutionären Staaten, die im dreißigjährigen Kriege im Bunde mit einem nordischen Mordbrenner und Blutkönig gegen ihren rechtmäßgen Kaiser Schlachten schlugen und das deutsche Vaterland zertraten, oder die katholischen Mächte, die treu ihrem Kaiser wie ihrem Glauben dreißig Jahre lang ihren Wohlstand und ihren Frieden, ihr Leben und ihr Blut [//8//] zum Opfer brachten? Man schreit so oft, die Katholiken seien keine Patrioten. Aber was waren es denn für Leute, die im Jahre 1848

von den Kanzeln und in Hirtenbriefen, in Zeitungen und Volksblättern den Ruf der Revolutionäre: „Freiheit, Gleichheit, Republik!“ übertönten und zum Schweigen brachten, die hochklingenden Phrasen stürmischer Volksaufwiegler zugleich mit ihren rothen Mützen beleuchteten, den Völkern ob dem Barrikadenbauer die Augen öffneten, das Recht der legitimen Fürsten, ihre Autorität, ihre Sendung „von Gottes Gnaden“ sonder Furcht und sonder Scheu vertheidigten und in Schutz nahmen? Was waren es denn für Leute, die sich dadurch zur Zielscheibe alles Hasses, aller Verlästerung, alles Ingrimms der Radikalen, der Umstürzmänner machten? Waren es nicht katholische Bischöfe und Priester, katholische Laien von echtem Schrot und Korn? – Man schreit so oft, die Katholiken seien keine Patrioten. Aber man zeige uns die katholischen Regimenter, die sich geweigert hätten, 1849 nach Holstein, 1850 nach Hessen, 1864 nach Schleswig, 1866 nach Böhmen, Darmstadt, Baiern ihrem König zu folgen. Man zeige uns ein katholische Bataillon, das den Gehorsam gekündigt, daß [sic] sich weniger als brav geschlagen, daß [sic] sich des Lobes seiner Führer nicht höchst würdig gemacht hätte. Oder sind unsere katholischen Soldaten vielleicht *deshalb* weniger patriotisch, weil sie vor dem Ausrücken ins Feld erst die hl. Sakramente zu empfangen pflegten, weil sie in Sachsen, Baiern und Oesterreich als brave Söhne der Kirche auffielen? Jawohl, das hat gar manchen „Patrioten“ nicht gefallen, und möchten letztere gerade aus diesem Grunde jenen den Lorbeer am liebsten wieder vom Haupte reißen. Wir haben keinen Patriotismus? Nachdem über 400 barmherzige Schwestern und Brüder 1864 auf den Schlachtfeldern und in den Lazarethen Schleswigs und Alsens für die verwundeten [//9//] und kranken Söhne des Vaterlands Schweiß und Gesundheit geopfert und ihr Leben auf's Spiel gesetzt; nachdem über 600 katholische Ordensleute den preußischen Kriegsfahnen nach Langensalza und Kissingen, nach Gitschin und Königsgrätz gefolgt sind und Nachts bis zur Erschöpfung ihrer Kräfte, theilweise bis zum Aufgeben ihres Odems zwischen den Blutlachen und Todesscenen, zwischen dem Stöhnen der Verwundeten und dem krampfhaften Winden der Cholerakranken Monate lang heldenmüthig ausgeharret und durch ihre Pflege Tausende dem Vaterlande erhalten und gerettet haben: nach allem dem sind die Katholiken noch immer keine Patrioten? Und haben die Bürger daheim, die katholisch sind, haben sie sich weniger Entbehrungen

auferlegt, weniger Opfer gebracht inmitten einer schweren, arbeits- und verdienstlosen, geschäfts- und geldlosen Zeit, um die vaterländischen Krieger zu unterstützen, ihre Frauen und ihre Kinder zu unterhalten, ihre Wittwen und Waisen zu ernähren, als man dieses von den protestantischen rühmt? Sind die heimkehrenden Sieger in den katholischen Städten und Gemeinden weniger enthusiastisch, weniger ehrenvoll empfangen worden als in den protestantischen? Und welches sind denn zumeist jene Leute, die jetzt den Katholiken unpatriotische Gesinnungen und Bestrebungen zuschieben, die heuer Preußens Katholiken beschimpften, schmäheten und in ebenso perfider als kläglicher Weise mit dem Beinamen „Oesterreicher" belegten? Sind es denn nicht dieselben, die 1848 die Steuern verweigerten, Volksaufläufe organisirten, Barrikaden bauten, Revolution predigten und das ganze Land in Sturm setzten? Ist denn nicht die ganze abgefeimte und systematisch angelegte Katholikenhetze von 1866 von jenen unterirdischen Wühlerrotten ausgegangen, deren Programme die Entthronung der rechtmäßigen Fürsten und der Sturz der Throne so gut [//10//] wie der Altäre ist? die da alle Mittel für gleich halten und alle Hebel in Bewegung setzten, um die Revolution zum Siege zu bringen, entchristlichte und rechtslose Republiken an die Stelle der christlichen Staaten zu setzen? Jene Menschen, die einen Staat im Staate bilden und deren Bund alle Staaten gleichsam mit seinen mörderischen Armen umschlingt; jene Menschen, die kein Vaterland haben als ihre verpestete und verpestende Gesellschaft, die keine Ehre, keine Pflicht, kein Gewissen, keinen Eid kennen, wo es gilt, für die schwarzen Pläne ihres Bundes zu arbeiten; jene Menschen, denen die Satzungen ihres Ordens Landes- und Fürstenverrath zur Pflicht machen, wenn der Plan ihrer Genossenschaft es also fordert: diese Menschen schleudern uns den Vorwurf ins Gesicht, wir verriethen das Vaterland?! O, was für ein Gericht wird die Weltgeschichte dereinst über unsere Zeiten fällen und über das Alles, was heute geschieht!

Wir Katholiken aber, Ein Recht wenigstens haben wir noch, und von diesem machen wir Gebrauch: wir protestiren gegen jene intriguenhafte, perfide Verdächtigung und Verläumdung, als liebten wir unser Vaterland nicht, als hielten wir zu mit dem Ausland, oder gar als seien wir Landesverräther. Nein, ob wir unsere Rechte respectirt sehen oder nicht; ob wir die uns zustehende Freiheit genießen oder nicht; ob wir zu Klagen

berechtigt sind oder nicht: wir wissen, was uns unsere hl. Kirche, was uns unser Glaube lehrt: „Jedermann unterwerfe sich der obrigkeitlichen Gewalt; denn es gibt keine Gewalt, außer von Gott.“ Wir zahlen unsere Steuern, wir haben Ruhe und Frieden im Lande, wir wählen Abgeordnete, die strenge Gerechtigkeit mit der einem Christen gebührlichen Ehrfurcht gegen den Landesvater verbinden, wir halten unsere Kinder und Brüder an, dem Rufe des Königs unter die Waffen zu folgen und ihre Pflicht zu tun. [//11//] Nicht wir sind Verräther, sondern diejenigen, die zwei Fünftel der Staatsangehörigen als Verräther schmähen, beschimpfen und verläumden. –

[*„wozu wir Katholiken durch den Patriotismus uns n i c h t verpflichtet halten*!“]

Um unser Bekenntniß vollständig zu geben, erübrigt nur noch zu sagen, was nach unserer katholischen Ueberzeugung der wahre und christliche Patriotismus *nicht* ist, wozu wir Katholiken durch den Patriotismus uns *nicht* verpflichtet halten! Patrioten sind wir, aber was wir nicht sind und was wir *nicht* für Patriotismus halten, soll das Folgende zeigen.

1) Wir erkennen keinen wahren Patrioten in Demjenigen, für den sich rein Alles in Patriotismus auflöst. Patriot ist der Katholik und muß es sein. Aber ein Patriot, der *nur* Patriot wäre und keine *höheren* Pflichten kennte, als Vaterlandsliebe – ein solcher Patriot ist der grundsätzliche Katholik nicht und *darf* es nicht sein. Es gibt noch ein höheres und erhabeneres Gebiet, als das des natürlichen Lebens. Es gibt noch ein anderes Vaterland für uns auch auf dieser Welt, ein viel wichtigeres, größeres, erhabeneres, heiligeres und heilbringenderes. Dieses ist die Kirche. In diesem geistlichen Verbande kennen wir weder „Juden noch Nationen, weder Griechen noch Barbaren“, weder Deutsche noch Italiener noch Franzosen noch Polen. In diesem Vaterlande ruhen unsere *höchsten Güter*, unsere *ewigen Interessen*, unsere *letzten* und *unzerstörbaren* Hoffnungen. In diesem „Staate“ ist unser Oberhaupt Christus, der Gottmensch, und sein sichtbarer Stellvertreter, der Papst. Um so viel das geistliche Wohl wichtiger ist als das leibliche, der Himmel erhabener als die Erde, die Ewigkeit bedeutsamer als die Zeit und Gott souveräner als ein

irdischer König: um so viel höher muß uns die Kirche stehen als der Staat, dem wir in irdischer Beziehung angehören. Mag man uns deshalb [//12//] „Ultramontane“ schimpfen, zur Bezeichnung, daß uns Rom d.h. die heilige römisch-katholische Kirche über Alles gehe: gut, wir erkennen darin nicht einen Schimpf, sondern eine Ehre, weil ein Zeugniß, daß wir recht thun. Wir *können*, wir *dürfen* nicht anders. Zuerst sind wir *Katholiken* und dann erst Bürger eines irdischen Staates. Einen Staatscultus kennen wir nicht, eine Staatskirche haben wir nicht. Pflichten, die wir der Kirche schulden, können wir nicht auf den Staat übertragen, und durch keine Staatsgewalt, durch keine Gesetzgebung, durch keinen fürstlichen Willen können wir uns jemals in der Ausübung unserer kirchlichen Pflichten behindern und hemmen lassen. Versucht man das, so protestiren wir und rufen: Das ist die Gewalt. Das heißt aber nicht, die Kirche sei ein Staat im Staate. Nein, sondern der Staat ist in der Kirche, daraus folgt auch, daß unsere gerechten Proteste gegen Ein- und Uebergriffe der Staatsgewalt in unsere Gewissen, in die Erfüllung unserer kirchl. Pflichten keine Empörung, keine Revolution ist. Denn fordern, was Rechtens ist, das ist keine Revolution. Gut katholisch sein aber, wie die „aufgeklärten und fortgeschrittenen“ Zeitgenossen sagen, ultramontan sein, das heißt nicht unpatriotisch sein. Aber uns in Erfüllung unserer kirchl. Pflichten stören und behindern, das heißt *revolutionär* sein.

2) Unter Patriotismus verstehen wir Katholiken nicht Staatsvergötterung, d.h. jene götzendienerische Praxis, die nicht Gott gibt, was Gottes ist und dem Kaiser, was des Kaisers ist, sondern die *Alles* dem *Kaiser* gibt, auch das, was Gottes ist. Einen falschen Götzendienst verlangte der hohe Rath zu Jerusalem von den Aposteln, als er ihnen die Predigt des Evangeliums untersagte. Einen falschen Staatsgötzendienst verlangten auch alle Despoten und Tyrannen, die uns in die Menschenrechte, in die Gewissen ihrer [//13//] Unterthanen einzugreifen sich vermaßen. Auf dieses System läuft hinaus die sogen. Staatsallmacht einerseits und die feige und feile Staats-Anbetung der Ketzer andererseits. Nicht umsonst hat uns die hl. Schrift die Antwort der Apostel aufbewahrt: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen.“ Aber nur der wahre Diener Gottes ist auch der wahre Patriot. –

3) Unter Patriotismus versteht der Katholik nicht jene Gesinnung und Handlungsweise, welche die Staatsleitung für unfehlbar hält, jeder

Staatsmaßregel Beifall kla[t]scht, vor den Paragraphen der Staatsgesetze und vor den Verordnungen und Handlungen der Fürsten Kopf und Urtheil verliert und charakterlos wird. Das ist es aber, was eine große Klasse für ein unbedingtes Erforderniß wahrer Vaterlandsliebe hält. Der ächte Katholik kennt die ewigen Grundsätze und Grundgesetze der von Gott geoffenbarten Religion, kennt die unwandelbaren Normen und Grundrechte der ewigen Wahrheit und Gerechtigkeit. Wo immer die Leiter und Lenker der Staatsmaschine gegen diese ewigen und unwandelbaren Gesetze der Wahrheit und Gerechtigkeit verstoßen, da vermag der Katholik wohl, wenn es sein muß und Reden nichts helfen kann, zu schweigen, aber *nur mit blutendem Herzen*: aber zustimmen, Beifall zu zollen, „bravo" zu rufen, das vermag er *nun und nimmer*. Zum Tadel, zum Protest mag ihm der Mund verschlossen werden: zur Billigung aber, zum Lobe wird er ihm nie und nimmer können erschlossen werden. Der Katholik ehrt seinen König, aber er schwört nicht auf dessen Unfehlbarkeit. Er zahlt auch dem ungerechten Fürsten seine Abgaben, aber er läßt sich nicht dazu herbei, das Unrecht gut zu heißen. Wir Katholiken lieben unser Vaterland und vertheidigen es, aber nicht auf Kosten der Rechte Anderer. Rechtsverletzungen gelten bei uns als Unrecht, als Revolution, mögen sie ausgehen von [//14//] gekrönten oder von ungekrönten Gewaltthätern. Länderraub und ungerechter Krieg gilt bei uns eben so frevelhaft und schlecht, als Straßenraub und Meuchelmord, nur daß der erstere viel schlimmer ist, weil er mehr Unheil anrichtet und mehr Personen in ihren Rechten beeinträchtigt. Alle jene Phrasen von „nationaler Einigung", „nationaler Idee", „nationalem Bedürfnisse" u.s.w., wie sie bekanntlich in der neuen Geschichte landläufig geworden sind: der Katholik kann sie für nichts halten als für leere Redensarten, um das allgemeine menschliche Urtheil über das „Mein und Dein" zu bestechen und zu verwirren oder um das Gewissen zu beschwichtigen. Auch der Privat-Annektant hat seine „Einigungs Ideen" und „Einigungs-Bedürfnisse". Auch er annektirt fremde Habe nur, um sie mit der seinigen oder mit seiner Person zu vereinigen! Als in Italien rechtmäßige Fürsten entthront, ihre Länder vom Räuber angegliedert waren, da beugten sich alsbald ganze Völker und Staaten vor den „vollbrachten Thatsachen" und anerkannten das durch Raub groß gewordenene Reich. Und wir sind der Ueberzeugung, wenn noch mehrere derartige Annex-

ionen durch die Gewalt des Stärkern vorgenommen würden: Tausende und aber Tausende, die vorher an das 7. Gebot geglaubt und appellirt hatten, nach vollbrachter That würden sie wie geblendet da stehen, Kopf und Verstand verlieren, und grundsatz- und charakterlos genug sein, nunmehr zu *billigen*, was sie vorhin *verdammt* hatten, und bei einem ganzen Reiche *anzuerkennen*, wogegen sie bei einem Versuche im Kleinen, z.B. bei ihrer eigenen Geldbörse, energischen Protest erheben würden. Dazu aber ist der Katholik als solcher nicht fähig. Mag er bei dem geistlosen Pöbel den Ruf seiner patriotischen Gesinnung einbüßen: er wird nie daran glauben, daß unrecht Gut Gedeihen bringe, daß des Vaterlandes [//15//] Wohlfahrt durch gewaltsame Ungerechtigkeit, durch unrechtmäßige Angliederungen könne gefördert werden, und daß das siebente Gebot Gottes für die Gewalten weniger gelte, als für die Privatleute.

4) Durch die Pflicht des Patriotismus erachtet sich der Katholik nicht gehalten, die Einrichtungen seines Vaterlandes für die *besten*, die Leitung *seines* Staates für die unübertrefflichste anzusehen und jeden Wunsch nach Besserung in dieser Beziehung zu unterdrücken. Der Katholik darf ohne Verrath ein freies Urtheil haben über Zustände und Verhältnisse daheim wie draußen. Der Katholik darf sogar ihm besser scheinende Regierungsmaximen fremder Staaten für sein eigenes Vaterland herbeiwünschen, ohne dadurch unpatriotisch zu werden. Auch ein freies Wort zur Anerkennung des Guten und Besseren in benachbarten Staaten kann er sich nicht abschneiden lassen, und doch ist er deshalb nicht unpatriotisch. Ja, selbst den Wunsch und das Gebet zum Himmel, von einer *ungerechten* Regierung an eine andere *gerechte und Gottes Gesetzen entsprechendere* gebracht zu werden, wird kein Mensch dem Katholiken als Verrath auslegen können. Steuern und Abgaben bin ich jeder Regierung schuldig, deren Unterthan ich bin, aber Liebe und Verehrung nur *derjenigen*, die solche *verdient*. Und wenn die katholischen Polen keine Liebe empfinden zu ihrer russischen Staatsregierung, so gehört entweder Dummheit oder Unverschämtheit dazu, ihnen das zu verüblen. Wir Katholiken kennen unsere Pflichten und wissen wohl zu unterscheiden zwischen *ruhiger Duldung* und warmer *Begeisterung*. Erstere übten die ersten Christen, die Apostel an ihrer Spitze, gegen die heidnischen Despoten und Bluttyrannen Roms und seiner Provinzen. Sie kennen keinen

Aufruhr, sie predigen keine Empörung und Revolution. Die Anstifter der [//16//] Revolutionen mußte man allzeit und muß man noch heute anderswo suchen, als in den Reichen der braven Katholiken. Aber warme Begeisterung für die ungerechten Gesetze und Verordnungen jener Bluttyrannen finden wir *nicht* bei den Aposteln und ersten Christen. Für das Unrecht Begeisterung hegen oder heucheln ist selbst Unrecht, ist Charakterlosigkeit, ist Unsittlichkeit.

5) Als Patriotismus vermag der Katholik nicht jene feige und feile, pharisäische oder bübische Verkleinerungssucht zu bezeichnen, die da dem eigenen Vaterlande keine besseren Dienste zu leisten weiß, als daß sie auswärtige Völker und fremde Staaten beschimpft, verläumdet und verlästert. Jawohl, wenn das Patriotismus wäre, Nachbarstaaten durch Rede und Schrift, in öffentlichen Kundgebungen, wie in privaten Alltagsklatschereien zu verläumden; ihnen böswillige Tendenzen und Absichten unterzuschieben, wovon sie das Gegentheil darthun; ihre Bevölkerungen herabzuziehen und ihnen alle Bildung, Gesittung und Menschlichkeit abzusprechen; ihren Unterthanen lügnerischer und perfider Weise Handlungen und Bestrebungen der Grausamkeit, Rohheit und Unmenschlichkeit anzudichten, für welche sich nachher bei amtlicher Untersuchung keine Anhaltspunkte finden lassen: wenn das Patriotismus wäre, ja dann wüßten wir ein Land, wo die Patrioten nach *Legionen* zählten. Wir Katholi[k]en aber haben in unseren Katechismen ganz andere Wörter, um eine solche Handlungsweise zu benutzen. Wir bedanken uns höflichst für solchen „*Patriotismus*!"

6) Auch das ist nach unseren Begriffen kein Patriotismus, daß die Unterthanen eines früher selbstständigen und nun annektirten Staates von dem Tage der Angliederung an ihre früheren Nationalfarben mit Koth bewerfen, ihre abgesetzten Fürsten, denen sie [//17//] früher vielleicht den Speichel vom Munde leckten, nunmehr verlästern und herabwürdigen, um sich bei der neuen Krone in ein gutes Licht zu setzen. Ein ehrlicher Katholik hat einen Namen für ein solches Gebahren, *aber nicht den des Patriotismus*.

7) Endlich ist dem Katholiken *kein* Patriotismus jene altheidnische Auffassung und Gewohnheit, wonach schlechtweg jeder Ausländer als Feind behandelt wurde. Der Katholik erkennt in jedem Menschenkinde seinen Nächsten, seinen Mitbruder, mag er wohnen, wo er will, und

welchem Staate auch immer angehören. Demgemäß faßt der Katholik den Kriegsfeind im Felde herzhaft an, ohne zu vergessen, daß unnöthiges Blutvergießen, Vandalismus gegen Kinder, Weiber, Greise und Unbewaffnete Mord und Gräuelthat ist; ohne zu vergessen, daß Sengen und Brennen, Plündern und Verheeren aus Rache, Zerstörungslust und Unmenschlichkeit den Gesetzten [sic] der Vernunft, der Moral, des Rechtes zuwiderläuft; ohne zu vergessen, daß er dem verwundeten, hülfsbedürftigen Feinde Mitleid, Erbarmen und Hülfe schuldig ist, wie seinem Kameraden. Daher auch eilen die Ordensmänner und Ordensfrauen in Schaaren auf die Kriegsschauplätze der eigenen wie der feindlichen Truppen, verbinden den Einen wie den Andern die Wunden, bringen Arznei in ihre Adern und Trost in ihre Herzen, ohne zu fragen: Gehört Ihr zur freundlichen oder zur feindlichen Armee? Katholische Liebe und Opferwilligkeit kehrt nicht um vor den Gränzpfählen und Marksteinen der Länder und Staaten; sie kehrt nur um, wenn und wo sie keine Leiden mehr findet. „Sieh", sprach eine barmherzige Schwester im deutsch-dänischen Kriege von 1864 zu einem verwundeten Dänen, der bei Vertheilung von Baumfrüchten und Erfrischungen an die blessierten Krieger der preußischen Pflegerin ehrlich und aufrichtig gestand: „Aber, Schwester, ich bin ein Däne", [//18//] „ich habe weder Dänen noch Preußen um mich herum, sondern nur Brüder in Christo." Höher als jede Nationalität steht uns das Gebot der christlichen Bruderliebe; ihr Band ist enger und zugleich weiter als das des Patriotismus. Vor ihrer Stimme schweigt jede nationale Zänkerei.

Schließlich sei noch bemerkt, daß die eben dargelegte *katholische* Auffassung von Patriotismus und Nichtpatriotismus sich mit der *christlichen* und juristisch haltbaren genau deckt, wie überhaupt Recht, Christenthum und Katholizismus immer und überall zusammenfallen, zum Beweise, daß alle drei die Wahrheit vertr[e]ten. Um weitläufige Beweisführungen zu vermeiden und das Heftchen nicht zu lang zu machen, beschränken wir uns darauf, eine im September d. J. [1866, Anm. pb] zu Berlin (bei Stilke und van Muyden) erschienene Broschüre von dem Ober-Appellationsgerichts-Präsidenten v. Gerlach zu Magdeburg anzurufen. Herr v. Gerlach ist Jurist, Conservativer und streng gläubiger Protestant. Seine Broschüre ist betitelt: *„Die Annexion und der Norddeutsche Bund."* In der Einleitung schreibt der Verfasser wie folgt: „Der Verfasser

geht davon aus, daß *Gottes Gesetz* nicht neben oder gar unter, sondern *über* den Gebieten der Diplomatie, der Politik und des Krieges stehe, und diese Gebiete gleich denen des Privatlebens mit souveräner Autorität umfasse, sodaß es auch ihre oberste Richtschnur sei. Er warnt vor der Irrlehre, als hätten Staatsmänner kein höheres Gesetz, als patriotischen Egoismus. ‚Nationale Bedürfnisse und Forderungen' – ‚welthistorische Momente und Missionen' – ‚providenzieller Beruf und providenzielle Ziele' – diese und ähnliche Ideen haben sich tief unterzuordnen unter die heilige Majestät der Gebote Gottes, derselben Gebote, die das Dorfkind in der Schule lernt, deren Tiefe aber und Höhe kein menschlicher Geist zu erfassen ausreicht. Die französische Revolution von 1789 und die Hinrichtung des Königs waren gewiß welthistorische Momente. Eine imposante ‚Machtentfaltung und Machterweiterung' errang die ‚große französische Nation' durch erstaunliche Waffenthaten. Große ‚Ziele' hatte die ‚Providenz' zu erreichen und hat sie erreicht durch Napoleons ‚geschichtliche Mission'. Unzählig waren die Geister, namentlich in Deutschland, welche Napoleon an seinen Siegeswagen band. Aber Moskau, Leipzig, Elba und Waterloo waren nicht minder ‚welthistorische Momente'. Die siegenden Alliirten haben ebensowohl eine ‚welthistorische Mission' und ‚providenzielle Ziele' auf *ihrer* Seite. Wir stellen in Demuth das Endurtheil über alle Thaten der Menschen, auch über die weltgeschichtlichen, dem jüngsten Gerichte anheim, dem Gerichte, in welchem nicht menschliche große Ideen, sondern Gottes Gebote der endgültige Maßstab sein werden. Gerechtigkeit und Wahrheit sind die weiseste Politik; und der *beste Patriotismus* ist der, welcher spricht: *‚Was hälfe es meinem Vaterlande, wenn es die ganze Welt gewänne, und nähme doch Schaden an seiner Seele?'* Eine ‚Realpolitik' oder ‚Politik der Thatsachen', die sich losmacht von den Geboten Gottes, – also von der Quelle alles Rechtes und von der Wurzel des Staats –, ist eine geistlose Politik im eigentlichsten Sinne des Wortes."

Alle diese Sätze, die ein Rechtsgelehrter und Rechtsfreund, ein warmer Verehrer christlicher Grundsätze und Rechtsanschauungen in seiner vollen Ueberzeugung ausgesprochen, *alle* muß und wird jeder Katholik unterschreiben, wenn er noch etwas auf seinen Namen gibt. Welcher Mensch aber will [//20//] befugt fein, uns Katholiken deshalb unpatriotisch zu schelten, weil wir die Anschauungen eines Mannes uns aus

der Seele genommen finden, der in ganz Preußen als einer der besten Patrioten bekannt ist? Auch wird dieses Schriftchen dem *Herrn von Gerlach* schwerlich einen Verdacht erwecken, als habe er aufgehört, ein guter Patriot zu sein. Wir hören eben nichts davon. Wir *Katholiken* aber, wenn wir solche Grundsätze hegen und aussprechen, wir sind unpatriotisch! Doch so wunderlich das ist, wir können uns über nichts mehr wundern. Wir sind eben Katholiken, – darum können und dürfen wir auch *Alles* leicht sein,·was nicht taugt! Wir sind *Katholiken* – darum hatten wir im Vorsommer [1866; Anm. pb] für den Sieg der Kriegsfeinde Preußens „öffentlich gebetet." – (Freilich vor zwei Jahren hatten *alle* Preußen für sie wie für sich gebetet!) Wir sind *Katholiken* – darum hatten katholische Bischöfe und Priester für Oesterreich „Geldsammlungen abgehalten." Wir sind *Katholiken* – darum war auf unsern Kanzeln „zum Gebete für Oesterreichs Sieg aufgefordert worden." Wir sind *Katholiken* – darum schrie man auf der Straße hinter uns her: „Diese verfl ….. Oesterreicher!" Wir sind – *Katholiken* – darum sind wir „*keine Patrioten*". Wir sind **Katholiken** – da liegt der Hase im Pfeffer! –

Der Krieg und die sociale Frage

Aphorismen[1]

HISTORISCH-POLITISCHE BLÄTTER 1871

[//279//] Wir leben im Zeitalter der Enttäuschungen. Alle Hoffnungen, welche die jetzt allenthalben vorherrschende Schule des Liberalismus gepflegt, alle Versprechungen mit denen die rationalistisch-volkswirthschaftlichen Politiker die Völker seit Jahrzehnten gängeln, erweisen sich heute als bodenlose Voraussetzungen ohne den geringsten Anhalt. Wie laut hat es nicht die liberale Presse aller Schattirungen verkündet, in wie vielen Tonarten hat sie es nicht erläutert, der Krieg sei in unserem fortgeschrittenen Jahrhundert eine Unmöglichkeit, [//280//] Krieg und Societät ein Unding, die friedlichen Künste seien nunmehr die einzigen Waffen, mittelst deren sich der Wetteifer und der Ehrgeiz der Nationen geltend machen werde! Die Weltausstellungen wurden als die einzig wahren Tempel des Weltfriedens, als Bürgschaften der Völkerverbrüderung gepriesen. Das bloße Beschauen dieser friedlichen Kampfesstätten sollte schon alle kriegerischen Gedanken von der Erde verscheuchen. Wenn die so außerordentlich entwickelte Kunst- und Gewerbthätigkeit nicht bloß jegliches Bedürfniß ausgiebig befriedigt, sondern sogar auch dem Aermsten einen gewissen Lebensgenuß verschaffen kann, wie sollte da noch ein Volk sich für einen Krieg begeistern, der einem Jeden Opfer auferlegt und namentlich den Genuß und das Reichwerden – diese höchsten Ziele aller neuzeitlichen Bestrebungen – so empfindlich stört? Im Zeitalter der Eisenbahnen und Dampfschiffe, der Telegraphen und des allgemeinen Volksunterrichts durch Schulzwang, kann es keine

[1] Textquelle | ANONYMUS 1871* = Der Krieg und die sociale Frage [Krieg und Societät]. Aphorismen. In. Historisch-politische Blätter Bd. 67 (1871), S. 279-295. [Internetzugang: https://opacplus.bsb-muenchen.de]

Kriege, wenigstens keine großen und langdauernden mehr geben. Wenn die Menschen durch die Verkehrseinrichtungen so leicht und schnell sich verständigen und zusammenfinden, sich persönlich kennen und schätzen lernen, müssen die nationalen Vorurtheile und Abneigungen schwinden wie Schnee an der Sonne.

Wer hat nicht diese und ähnliche Redensarten hundertfach gehört! Auch die auf religiösem und geistigem Gebiete von denselben Leuten angestrebte Versöhnung und Ausgleichung schien Einigen schon weit genug gediehen, um eine Aufregung der Völker gegeneinander unmöglich zu machen. Wurde[n] nicht die Verwischung aller religiösen Unterschiede, die Verflachung aller sittlichen Begriffe, deren Unterordnung unter das verstandesmäßige Nützlichkeitsprincip als die höchsten Errungenschaften unseres Jahrhunderts gepriesen, die allen Streit und Hader beseitigen müßten? Man bemerkte nicht, daß gerade durch diese Bestrebungen ein unleidlicher Druck auf Alle ausgeübt und deßhalb überall die Gegensätze nur um so schärfer entzündet werden mußten.

[//281//] Schon der große amerikanische Krieg hätte über diese Täuschungen belehren können. Heute aber wirft der deutsch-französische Riesen- und Racenkampf alle Berechnungen des Fortschritts über den Haufen. Das liberale Phrasenthum erscheint nunmehr in seiner ganzen Hohlheit und Haltlosigkeit. – Der Krieg, so bedauerlich er ist, hat doch das Gute, daß er die Menschen in ihrer ganzen Nacktheit mit all ihren Gebrechen und Leidenschaften zeigt und die Welt wiederum vor die rauhe Wirklichkeit stellt. Alle liberalen Theorien und Pläne zur Heilung der Schäden der menschlichen Gesellschaft beruhen ja bekanntlich auf der Voraussetzung der natürlichen Unschuld und Fehlerlosigkeit des Menschen.

Heute dienen gerade die auf allen übrigen Gebieten gemachten Fortschritte in der ausgedehntesten Weise dem Kriege. Die Heere sind bewaffnete Völker, die mit allen Einrichtungen und Erfordernissen des bürgerlichen Lebens auf das vortrefflichste ausgerüstet erscheinen. Die Eisenbahnen, anstatt den Krieg zu hindern, machen allein den jetzigen Massenkampf mit seinen schnellen Bewegungen und Zuzügen an Menschen und Vorräthen jeder Art möglich. Die Heeresleitung, das Zusammenwirken der auf großen Flächen zerstreuten Abtheilungen, der nothwendige Verkehr mit der Heimath und die Beschaffung gar vieler

Bedürfnisse sind nur durch gute Telegraphen- und Posteinrichtungen zu erreichen. Deßhalb besitzt das Heer im Felde, das wandernde Volk, seine Eisenbahnabtheilungen, seine Feldtelegraphen und Feldpost, und dazu noch seine bürgerlichen Beamten, um die besetzten Länder zu verwalten. Selbst bedeutende Bahnstrecken, Brücken ec[t]. sind während dieses Krieges und zum ausschließlichen Zwecke des Kriegs in überraschend kurzer Zeit gebaut worden. Kunst, Wissenschaft und Gewerbe dienen mehr als je dem mordenden Völkerkampfe. Wie könnte man die meilenweittragenden furchtbaren Geschütze mit Sicherheit auf ein Ziel richten ohne die trefflichen Fernrohre, die wir den Fortschritten der Optik verdanken? Die Vervollkommnung der Stahlerzeugung hat eigentlich [//282//] nur der Geschützkunst wesentlich genützt; den Gußstahlgeschützen kann keine Festung, sei sie auch noch so stark, widerstehen. Selbst die Fortschritte der Heilkunde und ihrer Hülfsmittel dienen der Kriegführung. Die Kochkunst macht sogar eigene Erfindungen zum Zweck der Ernährung des Kriegs. Die von allen Regierungen so gern und so kostspielig geförderte Veredlung der Pferdezucht geschieht viel weniger zu Gunsten der Landwirthschaft, als in der Absicht Thiere zu erzeugen, welche die Ueberanstrengungen und Entbehrungen des Feldzugs besser ertragen. Wo ist überhaupt ein Zweig der menschlichen Thätigkeit welcher nicht mittelbar oder unmittelbar dem Kriege dienstbar gemacht worden wäre?

Diese Dienstbarmachung aller friedlichen Thätigkeit für den Krieg bringt es mit sich, daß der Krieg in einer früher nie geahnten Weise in alle Verhältnisse eingreift. Als unentbehrliche Voraussetzung und Grundlage erscheint die allgemeine Wehrpflicht oder, besser gesagt, der Wehrzwang. Allgemeiner oder beschränkter Wehrzwang hat aber nur in denjenigen Ländern dauernd eingeführt werden können, wo er seinerseits an der Staatserziehung mit oder ohne Zwang, und an einer Alles umfassenden Verwaltung seine natürlichen Vorbedingungen findet. Preußen besitzt die ausgedehnteste Wehrpflicht und die mit der gescheidesten Berechnung eingerichtete und mit Zwang ausgerüstete Staatserziehung. Da Süddeutschland letztere ebenfalls besitzt, so mußte auch nothwendig mit der Zeit dieselbe Heereseinrichtung es ereilen. Schulzwang und Wehrzwang: da haben wir die bedeutendsten Grundlagen des neuen Kaiserreichs. Wie die Griechen und Römer werden auch wir

ein Volk von Schulmeistern (Rhetoren) und Kriegern werden, ja wir sind es schon. Alles andere fließt in diesen beiden nationalen Einrichtungen zusammen.

Schul- und Wehrzwang haben sich auch bis jetzt als das beste Gegengewicht für den modernen Parlamentarismus bewährt, dessen Entfaltung und Herrschaft gerade dadurch in [//283//] Preußen in einer so nachdrücklichen Weise beschränkt worden ist. – Wer in der Jugend schon die Zuchtruthe des Staates fühlen gelernt und daher alle Begriffe und Kenntnisse beziehen muß, wird sich später ohne Schwierigkeit dem Wehrzwang fügen. Durch diesen doppelten Zwang ist der preußische Staatsgedanke allen unter der Hohenzollern-Krone vereinigten Stämmen in Fleisch und Blut übergegangen. Daher das eigenthümliche Selbstbewußtseyn, das jeden Preußen, sei er vom Rhein oder aus der Altmark, so scharf von den übrigen Deutschen scheidet. Das natürliche Ergebniß welches die Ausdehnung dieser Einrichtungen auf ganz Deutschland herbeiführen muß, mag jeder nun selbst ermessen. Auch in Frankreich wären ohne Staatserziehung und die centralisirte Verwaltungsmaschine die Gambetta'schen Heere nie möglich gewesen.

Diese Inanspruchnahme aller lebenden und todten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges und den entsprechenden Staatsgedanken fällt gerade in eine Zeit, wo alle Regierungen sich mehr oder weniger von jedem höhern Princip losgesagt, wo sie die gefährlichsten Lehren und Grundsätze lieber dulden, ja fördern und beschützen, als die freie Entwickelung und Thätigkeit der Einen unwandelbaren Kirche, der allein sie die Grundlage, ja die Möglichkeit ihres Bestehens verdanken. Seitdem die Völker sich von ihrer höhern geistigen Einheit, von der gemeinsamen Kirche abgetrennt oder entfernt haben und die Religion nicht mehr das Höchste für Alle ist, hat sich die materielle Einheit der Staaten durch Zusammenfassen und wohlgeordnete Ausnützung aller Kräfte zu dem Kriegszweck in der überraschendsten Weise entwickelt. Der vielgepriesene moderne Staat ist weiter nichts als das vollkommenste Kriegswerkzeug, das es geben kann. Alle Ergebnisse des Arbeitens und Denkens dienen Zwecken der Vernichtung. Früher zerstörte und plünderte jeder Soldat auf eigene Faust, jetzt ist beides in Regeln und Formen gebracht und wird mit gründlicher Bedachtsamkeit auf Befehl [//284//] bewerkstelligt. Die hohe Bildung, deren unsere Zeitgenos-

sen sich rühmen, gipfelt schließlich in der ordnungsmäßig und mit den vollkommensten Mitteln ausgeführten Zerstörung.

Die sociale Frage wird sich um so mehr zu den kriegführenden Mächten in Beziehung setzen müssen. Insoweit haben die liberalen Verkünder des Weltfriedens Recht, als bei der jetzigen Ausdehnung der Gewerbthätigkeit und der dadurch auf das unbedingt Nothwendige beschränkten Produktion der Landwirthschaft der Krieg sehr schnell alle Hülfsmittel an Vieh und Getreide aufzehrt und somit in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit Verheerungen und Verluste herbeiführt, welche nur sehr langsam wieder ausgeglichen werden können. Das bewegt aber die Kriegführenden keineswegs, früher Frieden zu machen. Die Leiden der Völker empfinden sie wenig, der Ernährung der Soldaten wird alles Andere untergeordnet, und Dank dem ‚leichten Schulden machen' fehlt es ja auch nie an Geld. In den liberalen Kammern finden gerade die Kriegsanleihen und Kriegsausgaben den geringsten Widerstand, man bemängelt dieselben nicht einmal der Form nach; denn die Hand welche gibt, empfängt ja auch wieder.

Die so schwer zu ersetzenden Verluste des Ackerbaues sind ganz ungeheuerlich in diesem Kriege. Er hat allein schon 4 bis 500.000 Pferden das Leben gekostet. In Metz wurden über 40.000 Pferde gegessen oder kamen durch Hunger um. Der Pferdebestand des Mac-Mahon'schen Heeres bei Sedan genügte gerade, um den der Deutschen zu ergänzen, so große Lücken hatte der Krieg auch auf der andern Seite schon verursacht. Als die Eisenbahn von Straßburg nach Paris noch nicht ganz in deutschen Händen war, da mußten wiederum viele Tausende von Arbeitspferden dem Heere seine Vorräthe nachfahren und gingen meist dabei durch Ueberanstrengung und Entbehrung zu Grunde. Später mußten, wegen des von den Franzosen gesprengten Tunnels bei Nanteuil, alle Nachsendungen von 14 bis 20 Meilen mit gewöhnlichen [//285//] Fuhrwerken fortgeschafft werden, um zu den betreffenden Truppentheilen zu gelangen: wiederum wurden tausende und aber tausende einheimischer Pferde hiezu aufgeboten und meistens zu Tode getrieben, so daß man jetzt Bauerngespanne zu hunderten und tausenden aus dem Innern Deutschlands kommen lassen muß, um nur die nöthigen Fuhren bewerkstelligen zu können. In Paris werden ebenfalls 60 bis 80.000 Pferde dem Kriege geopfert. Die zahllosen Rosse die auf den Schlacht-

feldern umkommen oder unter ihren Reitern auf dem Marsche erliegen, werden wiederum meistens auf Kosten des Ackerbaues ersetzt. Ueberall wo die Truppen, sei es Freund oder Feind, hinkommen, müssen Pferde weggenommen werden, um den täglichen Abgang zu ersetzen.

Ebenso empfindlich für den Ackerbau und die Volksernährung ist die Einbuße an Rindvieh, welche sowohl durch die Verpflegung der Truppen als auch durch die mit russischem Schlachtvieh für das Heer eingeschleppte Rinderpest verursacht wird. Wie lange wird es dauern, bis überall wieder der zum Ackerbau und sonstiger Benützung erforderliche Viehbestand erreicht werden kann, namentlich in Frankreich, wo die erschreckliche Trockenheit schon vor dem Krieg den Viehstand auf die Hälfte und noch weniger vermindert hatte. Nur die Verluste an Schaf- und anderm Kleinvieh sind leichter zu ersetzen und berühren nicht so sehr die Lebensbedingungen des Ackerbaus, der Ernährung und des Verkehrs.

Die verheerten Fruchtfelder und die unterbliebenen Saaten, die vernichteten Gärten und Obstbäume, die verwüsteten und verbrannten Städte und Dörfer, die zerstörten Wege und Brücken sind gar nicht abzuschätzen. In der Umgebung von Paris sind allein für mehrere hundert Millionen Franken Werth an Straßen, Brücken, Landhäusern, Getreide und andern Vorräthen, Wäldern u.s.w. vor Ankunft der feindlichen Truppen zerstört worden. Dieß mag einen Begriff geben von den Verheerungen welche durch die mehrmonatliche Belagerung und Beschießung in und außerhalb der Stadt [//286//] angerichtet worden sind. Doch alle die Schäden wären noch nicht so schlimm, wenn nicht die Vorräthe aller besetzten Provinzen so stark angegriffen wären, daß für das Frühjahr eine Hungersnoth bevorsteht, die in manchen Gegenden (bei Mezieres, Sedan, Metz, Orleans) sogar schon eingetreten ist, so daß die einheimische Bevölkerung durch die deutsche Militär Verwaltung unterstützt werden muß.

Die einzige Partei in Deutschland welche sich entschieden auf die Seite Frankreichs gestellt, ist diejenige der sogenannten Socialdemokraten und der Republikaner. Der Beweggrund ist dabei viel weniger in der socialen Frage als darin zu suchen, daß diese Leute in der Niederlage der neuen Republik den schwersten Schlag erblicken, welcher gegenwärtig die von ihnen vertretene Sache treffen kann. Die Socialdemokraten

bekämpfen ohnedieß alle Formen der jetzt bestehenden, besonders der monarchischen Ordnung; sie gehen bekanntlich so weit, die Pflichten gegen Vaterland, Familie und Obrigkeit als Vorurtheil und schmähliche Sklaverei darzustellen. Sie würden sich vielleicht weniger ereifern, wenn sie bedächten, daß der jetzige Massenkrieg an sich der Verbreitung ihrer Grundsätze sehr wesentlichen Vorschub leistet. Die allgemeine Wehrpflicht ist durch das Princip völliger Gleichstellung Aller vor dem Kriegsdienst nicht frei von Socialismus und Communismus. Im Kriege selbst wird die Tendenz sogar noch weiter ausgeprägt, indem der Staat nicht nur die Ernährung und Bekleidung der Krieger, sondern auch ihrer Angehörigen übernimmt. Größere Massen Menschen sind noch niemals durch den Staat erhalten worden, als jetzt in Preußen bei seinen 8 bis 900.000 Soldaten mit etwa ebenso viel Frauen und Kindern. Mit den Beamten und ihren Angehörigen, welche eine Gesammtzahl von sicher einer Million ergeben, lebt augenblicklich wohl ein Zehntel aller Staatsangehörigen ganz oder theilweise auf Kosten des Staates und der Gemeinden. Wohin müßte ein solcher Zustand bei öftern und längern Kriegen führen? Würde nicht dadurch das ganze Volk [//287//] allmählig an die Alles vermögende Staatsfürsorge gewöhnt, seine Thatkraft gelähmt, alle wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse verrückt und somit der Grund zu ungeahnten Entwicklungen gelegt?

In viel größerem Maßstabe und greifbarerer Gestalt ist der Socialismus und Communismus bei der eingeschlossenen Pariser Bevölkerung zur Wirklichkeit geworden. Der Wehrzwang wurde dort bis zur letzten Grenze des Möglichen ausgedehnt, indem alle Bürger, gleichviel welchen Alters, zum Gewehr greifen mußten, sofern sie nur irgendwie als waffenfähig betrachtet werden konnten. Ueber 2 Millionen Menschen bekamen täglich ihren Antheil an Fleisch und andern Nahrungsmitteln von der Regierung zugemessen. Die Wehr- und die Nährfrage fielen durchaus zusammen. Jeder, der ein Gewehr tragen oder sonst auf irgend eine Art der Vertheidigung nützen konnte, erhielt den allgemeinen Sold, seine Familie die üblichen Unterstützungen. Daher kam es auch, daß ein sehr großer Theil der ärmeren Bevölkerung, vielleicht ein Viertheil der ganzen Einwohnerschaft, während der größern Zeit der Belagerung reichlicher und sorgloser lebte als je zuvor. Soweit hat es der wirthschaftliche Fortschritt schon gebracht, daß in allen großen Städten viele tausen-

de von Arbeiterfamilien sich glücklich schätzen müssen, wenn sie Brod, etwas Kartoffeln oder Hülsenfrüchte und Kaffee haben, um höchstens einmal des Tages sich halb satt essen zu können. Die Belagerung aber gab ihnen Brod nach Belieben, dazu etwas Fleisch und viel Wein, dann Kaffee und dergleichen. Der Staat war die Vorsehung Aller geworden, er deckte für Alle den Tisch. Gar mancher Pariser dürfte sich noch bis in sein hohes Alter mit Vergnügen der „guten Zeit" während der Belagerung erinnern. Der kräftige andauernde Widerstand, der sich ja hauptsächlich auf die niedern Classen stützte, ist zum großen Theile diesen Umständen zuzuschreiben. Von da bis zu dem Gedanken, auch in Friedenszeiten den Staat mit der Zufuhr genügender [//288//] Mundvorräthe und der Ernährung der Arbeiter zu beauftragen, ist nur ein Schritt, zu dem die Betheiligten sicher hindrängen werden. Schon längst spukt der Gedanken in den Köpfen der socialistisch angefressenen Arbeiter, der Staat schulde ihnen einen auskömmlichen Verdienst und habe die Nahrungsfrage in die Hand zu nehmen.

Unmittelbar nach der Uebergabe muß nun an Freund und Feind die Nothwendigkeit herantreten, die Pariser Bevölkerung zu ernähren. Nur ungewöhnliche Veranstaltungen können eine genügende Zufuhr von Lebensmitteln ermöglichen. Um aber die Bahnen nur irgendwie zu diesem Zwecke benützen zu können, muß sogleich Frieden oder wenigstens Waffenstillstand geschlossen werden. Denn selbst wenn die deutschen und französischen Behörden den Willen und die Mittel hätten, nach Aufzehrung aller Vorräthe durch die Belagerung, die Pariser zu ernähren, so vermöchten sie es nicht wegen jenes einzigen Umstandes, so sehr dienen alle modernen Verkehrsmittel dem Krieg.

Eine fast ausschließlich auf Gewerbthätigkeit angewiesene Bevölkerung wie die Pariser, für welche nicht einmal der nöthige Bedarf an Gemüse und Milch in dem dreimeiligen Umkreise erzeugt wird, muß aber auch Absatz für ihre Erzeugnisse haben, und dieß kann nur im Frieden der Fall seyn. Paris einmal in deutscher Gewalt, und der Krieg kann unmöglich noch lange dauern. Die Seinestadt macht ihr Hauptgeschäft in den vielen Mode- und Luxusartikeln, Kunstwaaren und Nippsachen, womit sie die ganze Welt versieht und die auch sehr viel durch die zahllosen Fremden gekauft werden. In fast all diesen Gegenständen sind der Spätsommer und Herbst die beste Verkaufszeit. Diesesmal aber konnten

schon vom Juli 1870 ab keine Waaren mehr verschickt werden, vom 19. September an war die Stadt von dem deutschen Eisengürtel umschlungen. Die meisten Gewerbtreibenden verloren dadurch ihre ganze Jahreseinnahme, was Manchen völlig zu Grunde richten muß. Die [//289//] Modeartikel die im Herbst und Winter nicht verkauft wurden, haben im Frühjahr fast keinen Werth mehr. Verzögert sich nun der Friede, dann wird auch nichts aus dem Frühjahrs Geschäft, indem dann die für den Sommer bestimmten Artikel nicht versandt werden können. Wie zerrüttend dieß auf alle wirthschaftlichen Verhältnisse der ganzen Bevölkerung einwirken muß, mag man sich denken. Fehlt derselben ja ohnedieß schon ein wichtiger Theil ihrer gewöhnlichen Hilfsquellen, nämlich die hunderte von Millionen, welche Staat, Stadt und Hof alljährlich für Bauten und Verschönerungen in Paris ausgaben. Nach der Belagerung haben wir deßhalb eine ihrer Hilfsmittel fast gänzlich beraubte städtische Bevölkerung von zwei Millionen Menschen vor uns, also die sociale Frage in ihrer erschreckendsten Gestalt. Wahrlich, ein furchtbares Verhängniß für die Stadt, welche der Mittelpunkt, die Spitze der Civilisation zu seyn vorgab!

Früher schon ist in diesen Blättern zu schildern versucht worden, welche Ausdehnung der Börsenschwindel unter dem Kaiserreich genommen, wie unendlich die Summe der sogenannten Werthpapiere gestiegen, und wie die meisten derselben schon vor dem Kriege in ihrem auf dem Zinserträgniß und der Sicherheit beruhenden marktgängigen Kaufwerth ungemein zurückgegangen waren. Tausende, ja hunderttausende von Familien waren dadurch schon empfindlich an ihrer Habe geschädigt worden. Jedes Jahr wurden, wie nachgewiesen, dem arbeitenden Volke mehr als 1000 Millionen Franken von den Börsenleuten abgeschwindelt. Für das Jahr 1870, und wahrscheinlich auch für das laufende, wird dieser Verlust sich verdoppeln, ja verzehnfachen, wie es aus einem Vergleich des Cursstandes hervorgeht. Ende 1869 stand die 3 ½ procentige Rente 72,50, Ende 1870 51,80; die französische Bank fiel von 2,830 auf 2,260; der Credit-foncier von 1,730 auf 950; die Paris-Lyoner Bahn von 980 auf 810; Nordbahn von 1,135 auf 980; und sofort auf der ganzen Linie. Dieß sind aber gerade die Papiere, welche stets als die [//290//] bestgesicherten angesehen wurden. Wie mag es da bei den zweifelhaften aussehen? Da nun für 10,867 Millionen französische Renten-

briefe im Umlaufe sind, so berechnet sich an diesem Papiere allein ein Verlust von etwa 2000 Millionen, der sich durch die ungeheuren Kosten des Krieges noch sehr bedeutend steigern dürfte. An den andern Papieren geht vielleicht das Vier- bis Fünffache verloren. Namentlich dürften manche Bahnaktien auf ein Drittel oder noch weniger ihres Nennwerthes fallen, andere werden gar nichts mehr werth seyn.

Freilich haben unsere Oeconomisten stets zu beweisen gesucht, das jetzige Creditwesen verhindere den Krieg. Trotzdem haben die mit Werthpapieren am meisten gesegneten beiden großen Völker des europäischen Festlandes sich für diesen mörderischen Kampf begeistert. Das zeitliche Interesse allein vermag es also nicht den großen Leidenschaften einen Zügel anzulegen. Viel eher ist zu hoffen, daß der Krieg der bisherigen Papierwirthschaft einen tüchtigen Stoß versetzt, von dem sie sich sobald nicht erheben wird. Das wäre ein Gewinn, der uns vielfach für die Leiden des Krieges entschädigen würde, wenn die jetzige Erfahrung die Societät vor künftigen thörichten Sprüngen zu warnen vermöchte, welche die sociale Lage nur immer mehr verschlimmern müßten.

Auch in anderer Hinsicht bringt der Krieg Bewegung in die wirthschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Während eine so unendlich große Zahl von Leuten das Ihrige ganz oder theilweise einbüßen, gelangen viele Andere durch die mit dem Massenkrieg verbundenen oft außerordentlich großartigen Unternehmungen und Lieferungen in kurzer Zeit zu ganz ungewöhnlichem Reichthume. Die unvermeidlichen Kriegsanleihen, selbst der bestgestellten Staaten, sind immer das gewinnreichste Geschäft für alle Geldleute gewesen. Vollends ungeheuerliche Thatsachen sind schon hinsichtlich der enormen Lieferungs-Geschäfte an den Tag getreten. Gegenstände sind zum drei- oder vierfachen Ankaufspreise für das Heer geliefert worden; die mit theurem Geld bezahlten [//291//] „Vorposten-“ oder „Liebes-Cigarren“ haben schon einen so üblen Ruf, daß der Name allein genügt, um etwas recht Schlechtes zu bezeichnen. Auch im gewöhnlichen Verkehr machen die Gelddarleiher die ergiebigsten Profite, während des Krieges ist der Wucher so gut wie gesetzlich erlaubt. Der Ackerbauer und Gewerbtreibende aber, der allein fortfährt Nothwendiges zu schaffen, büßt bei ohnedieß geschmälertem Ertrag um so viel mehr ein. Tiefe Verschuldung des Bauern- und Gewerbstandes, und somit für die nächsten Jahre ein empfindlicher

Rückschlag im Erwerb, ist immer die Folge des Kriegs gewesen. Eine große Zunahme der mittellosen Bevölkerung ist unvermeidlich und wird gerade durch das plötzliche Reichwerden einiger Wenigen um so empfindlicher in die gesellschaftlichen Verhältnisse einschneiden. Die Scheidung nach dem Besitz wird klaffender, die Abneigung der verschiedenen Schichten wird bitterer werden.

Neben den vom Kirchenraub des 16., 18. und 19. Jahrhunderts sich herleitenden Reichthümern gewisser Bevölkerungstheile ist keine Classe von Geldleuten zahlreicher vertreten als diejenige, welche sich durch Kriegsanleihen, Lieferungen und Wucher während der Kriegszeit bereichert hat. Der Reichthum der Rothschilde und vieler ähnlichen Namen hat keinen andern Ursprung als die Kriege zu Ende des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts. Oesterreich, das seit jener Zeit und bei geringen Einkünften die meisten Feldzüge zu bestreiten gehabt, weist bekanntlich auch die meisten im Umsehen erwachsenen Crösusse auf, deren unheilvolle Einwirkung auf Staat und Gesellschaft kaum erwähnt zu werden braucht. Bis jetzt haben alle Kriege den Juden immer am meisten genützt, namentlich seitdem, Dank dem Fortschritt, die „mittelalterlichen Vorurtheile“ gegen die gepriesene Geldwirthschaft glücklich überwunden worden sind.

Blicken wir auf die jüngste Zeit zurück, so finden wir, daß der jetzige Kampf die natürliche Folge der seit 1859 in Italien eingeleiteten Ereignisse ist, die sich durch den [//292//] ungeheuren Kirchenraub und die fast noch ungeheuerlicheren Staatsanlehen-Geschäfte als das großartigste Ausplünderungs-Unternehmen bewährt haben, das die Welt je gesehen. Dadurch ist die sociale Frage binnen wenigen Jahren in einem großen Lande zur erschreckenden Wirklichkeit geworden, in dem sie bis dahin durch die mütterlich sorgende Kirche unbekannt gewesen.

So nachtheilig nun auch der Krieg auf die wirthschaftlichen Verhältnisse wirken mag, so wenig ist daran zu zweifeln, daß auch er das Seinige zu der Neugestaltung der Gesellschaft beitragen muß. Wir haben bereits gesehen, daß die leibliche Noth dem Kampf ein Ende bereiten muß. Werden nun aber die mit so viel Scharfsinn und Vorsicht für den Krieg dienstbar gemachten Gesammtkräfte der Völker etwa für die Lösung der socialen Frage aufgeboten werden? Den Regierungen dürfte so

etwas kaum möglich seyn. Aber auch ohne sie wird der Krieg seinen Rückschlag auf diese größte Frage ausüben.

Der Krieg fördert das Bewußtseyn der Zusammengehörigkeit und Gemeinsamkeit aller Stände des Volkes, was nicht ermangeln kann, auf die gesellschaftlichen und somit auch auf die wirthschaftlichen Zustände einzuwirken. Und hierin bethätigt sich die allgemeine Wehrpflicht sittlicher, erhebender und kräftiger als jede andere Wehreinrichtung. Daher auch in Deutschland eine Opferwilligkeit und Freigebigkeit für Verwundete, Kranke und Hinterlassene des Heeres wie nie bei einem andern Anlaß und bei einem andern Volke. Geschieht auch Vieles dabei aus andern Beweggründen und nicht ganz lauteren Absichten, so ist doch der tiefernste Zug christlicher Nächstenliebe nicht zu verkennen, der durch das Ganze weht. Hierin liegt aber ein wichtiger Fortschritt der Gesittung und zeigen sich nicht zu unterschätzende Anknüpfungspunkte für die gemeinsame Aufgabe nach dem Frieden. Die für den Krieg geweckte Werkthätigkeit wird und muß den selben überdauern und weiterhin Früchte bringen. [//293//]

In Frankreich hat sich während des Kampfes eine in diesem Sinne günstige Umwälzung vollzogen. Bis 1870 war das französische Heer die Prätorianerschaar nicht bloß des Kaisers, sondern fast noch mehr der Bourgeoisie, welche aus deren Heldenthaten und tollen Soldatenstreichen die zur Verdauung nöthige kleine Aufregung sich erholte. Die Siege des mit seinem Gelde bezahlten Heeres machte er zu den seinigen, was ihm erlaubte sich über alle andern Nationen erhaben zu dünken. Nach der Vernichtung des Prätorianerheeres aber mußten alle Bürger ihr Vergnügen an dem blutigen Spiel dadurch büßen, daß sie es mit der eigenen Person fortzusetzen gezwungen waren. Den gewitzigten Bourgeois wird es künftig nicht mehr einfallen, so bodenlos leichtsinnig zu dem Kriege zu drängen. Er ist jetzt zu der Ueberzeugung gebracht, daß sein Leben vor dem Feinde nicht mehr gilt als dasjenige seines frühern Söldlings. Der französische Bürgerstand mußte durch den Krieg zu dem Bewußtseyn seines Zusammenhangs und seiner gemeinsamen Verantwortlichkeit mit den übrigen Ständen gebracht werden. Die so tief eingewurzelte Scheidung nach dem Besitz dürfte der Ueberwindung nahe gebracht seyn. Für das französische Volk ist dieß eine gewichtige Errungenschaft. So sehr auch über den Militarismus geklagt wird, so darf man

doch die Rückwirkung desselben auf die gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse nicht ungünstiger beurtheilen als sie es in der That ist. Der Militärdienst entzieht freilich dem Volke bedeutende Kräfte, aber er thut es nicht ganz ohne Entgelt. Wie mancher durch Stubenarbeit verzärtelte und schwächlich gewordene Städter ist nicht schon durch die militärischen Uebungen körperlich erstarkt und tüchtig geworden. Wie viele andere sind auf dem nämlichen Wege an die für alle Berufsarten so vortheilhafte Ordnung und Pünktlichkeit gewöhnt worden! Gleichwie die edelsten Seelen durch die klösterliche Strenge stets zu einer höhern Vollkommenheit gelangten, ebenso sehr gewinnt mancher sonst treffliche Charakter [//294//] durch eine zeitweilige Beugung unter die fast keine mildernden Umstände kennende militärische Disciplin. Die Beispiele sind häufig, daß junge Leute niedern Standes Unbotmäßigkeit, Untreue und sonstige Untugenden erst beim Militär ablegten und bis zu einem gewissen Grade gebessert davon zurückkehrten. Ein Gewinn der gerade in unsern die Zuchtlosigkeit fördernden Zuständen gar nicht zu verachten ist. Neben dem Ehrgefühl pflegen Heer und Krieg auch das Selbstbewußtseyn und die Thatkraft des Einzelnen, der so oft gezwungen ist all sein geistiges und leibliches Vermögen zur Vertheidigung seines Lebens oder zur Erreichung eines andern wichtigen Zieles einzusetzen. Militärische Disciplin, Ordnung, Thatkraft und Kameradschaftlichkeit übertragen sich theilweise in das bürgerliche Leben, wo sie namentlich dem Vereinswesen zu gute kommen. Preußen, der Militärstaat, besitzt so zahlreiche und so thätige Vereine und Gesellschaften aller Art als irgend ein Staat; die Strebsamkeit und vielseitigen Leistungen übertreffen sogar nicht selten diejenigen anderer Länder. Alle Parteien aber sind darüber einig, daß nur auf dem Wege der Association und Corporation diese Frage zu lösen ist.

Wenn, wie im Eingang dargethan, die gesammten so allseitig entwickelten Kräfte der Völker dem Kriege dienstbar gemacht sind, so liegt die Ursache davon darin, daß die Staaten sich selbst Zweck geworden, sich selbst als höchstes Princip hinstellen und vom Rechte, vom Ewigen absehen. Ihre Sicherheit liegt fast nur mehr in den Waffen. Die Macht hat das Recht im Völkerleben ersetzt, ebenso wie die Selbstsucht die christliche Nächstenliebe aus dem gesellschaftlichen Leben verdrängt hat. Daher die großen Rüstungen und Heere, hiedurch die sociale Frage. Hier

fallen die Staats- oder völkerrechtliche und die sociale oder privatrechtliche Frage eng zusammen. Ihre Lösung kann nur gemeinsam erreicht werden. Werden die alten und unveränderlichen Gesetze des Christenthums wieder in Staat und Gesellschaft vorherrschend, [//295//] dann werden alle jetzt auf die Wehrkraft verwendeten Kräfte für das Wohl der Gesellschaft und die Heilung ihrer Schäden verwendbar und fruchtbringend werden. Mit den großen Heeren, den großen Anleihen und Geldgeschäften, dem ungeheuerlichen Börsen- und ähnlichem Schwindel, den abenteuerlichen wirthschaftlichen Unternehmungen müßten auch die bedrohlichen Proletarier-Massen allmählig verschwinden.

Die wahre Bedeutung des Culturkampfes

Aufsatz-Entwurf (nach dem 16. März 1875)[1]

WILHELM EMMANUEL FREIHERR VON KETTELER

Am Culturkampfe betheiligen sich die verschiedensten Partheien, deren letzte Ziele weit auseinandergehen. Die jüngste Rede des Abgeordneten Franz Duncker im Borsigschen Saale und seine verschämte zweideutige Antwort auf die an ihn gerichtete Frage: „Hat das legitime Königthum von Gottes Gnaden bei dem von dem Herrn Abgeordneten erläuterten Standpunkte noch Platz? Ja oder Nein?“ beweisen hinreichend, daß unter den jetzigen Verbündeten des Herrn Reichskanzlers sich auch Männer befinden, in deren System die Monarchie ebenso wenig paßt wie die christliche Kirche. Nur „gegenwärtig“ erklärt er den Kampf gegen die Monarchie für einen Fehler und versichert, daß es Fragen gebe, über die sich „öffentlich“ nicht gut reden lasse. Das ist deutlich genug. Wir wollen uns aber mit den Plänen der anderen Partheien hier nicht weiter beschäftigen, sondern nur unsere Ansicht über die Ziele jenes Mannes beim Kulturkampfe aussprechend, auf dessen Willen, wenigstens für die nächste Zukunft, Alles ankommt.

Um deutlich zu sein, wollen wir unseren leitenden Gedanken gleich an die Spitze unserer Ausführung stellen. Wir zweifeln nämlich nicht, daß das letzte Ziel des Fürsten Bismar[c]k nur darauf gerichtet ist, die Preußische Staatsverfassung und das innere Preußische Staatsrecht wieder von allen freiheitlichen Elementen, welche sich seit den Jahren 1837 und 1848 eingeschlichen haben, vollständig zu säubern und das alte monarchisch-absolutistisch-militärische Preußenthum, wie es vor jener

[1] Textquelle | Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER: Sämtliche Werke und Briefe. Abteilung I, Band 5: Nachgelassene und anonyme Schriften. Mainz 1985, S. 438-447. (Dort mit kritischem Anmerkungsapparat.)

Periode bestand, in seiner ganzen Integrität wieder herzustellen. Wenn der Abgeordnete Duncker versichert, es sei „gegenwärtig“ nicht gerathen, „öffentlich“ von Abschaffung der Monarchie zu sprechen, so hält er es gewiß auch „gegenwärtig“ nicht für angemessen, „öffentlich“ davon zu reden, daß der Constitutionalismus sich auch nicht mit dem rechten Preußenthum verträgt. Dieses altpreußische monarchische System, wie es in seiner vollen Reinheit im „Allgemeinen Landrecht“ durchgeführt ist, soll aber nicht nur in verbesserter Gestalt, namentlich bezüglich der militärischen Organisation, wiederhergestellt, sonderen auch auf ganz Deutschland ausgedehnt werden. Das ist der Schlüssel zum Verständnis der Politik des Reichskanzlers und zur Erklärung des Beifalles, welchen dieselbe an höchster Stelle trotz mancher Wagehalsigkeiten findet. Diesem absolutistisch-monarchistischem [!] System verdankt unzweifelhaft Preußen seine Entstehung, sein Wachsthum und seine gegenwärtige Macht. Jede Verkümmerung derselben muß daher dem echten Preußen als staatsgefährlich erscheinen.

Deßhalb muß das Preußische Staatswesen wieder von allen fremden Elementen gereinigt werden, welche in den letzten 30 Jahren eingedrungen sind.

Diesen Reinigungsproceß leitet nun der Culturkampf ein. Das ist seine wahre Bedeutung. Zuerst muß das Preußische Staatswesen wieder von allen Freiheiten und Rechten befreit werden, welche die katholische Kirche seit dem Jahre 1837 errungen hat; zuerst muß das Verhältniß von Kirche und Staat wieder in den Stand zurückversetzt werden, wie es in dem Preußischen Landrechte normirt ist.

Alles sprach dafür, mit dieser Purificirung auf kirchlichem Boden zu beginnen. Zunächst schon die tiefe Mißstimmung, welche noch aus der Kölner Conflictszeit in weiten Kreisen zurückgeblieben ist. Die innere Kräftigung, welche aus diesem Friedensstande zwischen Kirche und Staat in dieser langen Periode erwachsen ist, konnte den bornirten Groll darüber nie ganz verwischen, daß das alte Preußische System durch die katholische Kirche damals eine Niederlage erlitten habe. Alle seitdem durch die Verfassung der Kirche gewährten Freiheiten waren dieser Parthei verhaßt, weil sie darin eine Niederlage ihres Systems, einen Sieg der Kirche erblickten. Ebenso verhaßt war ihnen die billige und gerechte Handhabung der Verfassungsbestimmungen durch die Staatsregierung.

Dadurch erklärt sich auch der bei jeder Gelegenheit hervorbrechende Unmuth gegen die katholische Abtheilung im Cultusministerium. Sie hat an den Verbrechen Antheil genommen, die mißliebigen verfassungsmäßigen Rechte der Kirche ehrlich auszuführen; sie hat es verschmäht, die klaren Worte der Verfassung im Verwaltungswege in ihr gerades Gegentheil umzudeuten. Auf Unterstützung dieser Elemente konnte man rechnen, wenn es sich darum handelte, die Preußische Verfassung von diesen Rechten der Kirche zu säubern. Für sie ist diese Purificirung zugleich eine Satisfaction für die damals erlittene Niederlage.

Ferner mußte aber dieser Reinigungsprozeß mit der Kirche beginnen, weil so in der einfachsten Weise der Weg geebnet wurde, um das Preußische Staatswesen zur rechten Zeit auch von allen anderen seit dem Jahre 1848 eingedrungenen politischen Freiheiten zu säubern. Diese widersprachen dem militärischen Absolutismus der Preußischen Monarchie noch weit mehr wie die kirchlichen Freiheiten und sind ihm überdieß noch weit gefährlicher. Das wird auch ohne Zweifel in den maßgebenden Kreisen vollkommen anerkannt. Das Schreckbild, welches denselben seit den Freiheitskriegens ununterbrochen vorschwebten [!], waren ja die fortschreitenden liberalen Ideen in Europa. Was konnte also dem Reichskanzler erwünschter sein, als im Kirchenstreit ein Mittel zu finden, um das Ziel, welches er in der Conflictszeit nicht erreichen konnte, nunmehr auf einem Umweg zu erlangen. Dieses Mittel war um so schätzenswerther, als es dem Reichskanzler Gelegenheit bot, sein Werk mit Beihilfe derselben Parthei zu Stande zu bringen, welche damals bis auf den Tod wider ihn kämpfte. In diesem Lichte werden die Kämpfe der Gegenwart im Inneren Deutschlands unseren Nachkommen erscheinen.

Nichts ist überraschender als diese Wendung der Dinge.

In den 60er Jahren kämpfte Fürst Bismar[c]k für die Allgewalt des Preußischen Königthumes. Als er auf dem eingeschlagenen Wege nicht durchdringen konnte, verlegte er plötzlich den Kampfplatz. Das altpreußische Königthum hat neben dem monarchischen Absolutismus im Innern noch einen zweiten Bestandtheil, nämlich das Bestreben nach der Oberherrschaft in Deutschland. Hier bot sich ihm aber nicht nur ein Berührungspunkt mit seinen liberalen Erzfeinden, sondern auch mit so vielen patriotischen Männeren in Deutschland, welche selbst ein mächtiges

Kleindeutschland unter der Führung Preußens dem damaligen Zustande der Zersplitterung vorzogen. Diese Lage übersah Bismar[c]k mit voller Klarheit. Im Bewußtsein nun, daß keine Macht in Europa der Preußischen Heeresorganisation gewachsen sei, und mit genauester Kenntniß der seinen Plänen günstigen Phantastereien Napoleon's, begann er die großen Kriege von 1866 und 1870. Ein beispielloses Glück begünstigte sein Unternehmen, und so gelang es ihm, den ganzen liberalen Troß in seine Heeresfolge und unter seine leitende Führung zu nehmen. Das war wohl eines der kühnsten und vom Erfolge begünstig[t]sten Unternehmungen [!], welches je ein Staatsmann gewagt hat.

Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Was im Jahre 1866 unterbrochen worden, wird zu seiner Zeit wieder gründlicher und vollständiger aufgenommen werden. Wir befinden uns derzeit im Stadium der fortgeschrittenen, nahezu vollendeten Vorbereitung dazu. Es wird vielfach die Meinung ausgesprochen, Fürst Bismar[c]k habe sich geändert; er sei seit 1866 ein anderer geworden. Nichts ist irriger als das. Seit jener Zeit hat er dem einen ächt Preußischen Gedanken gedient, nämlich dem der Oberherrschaft Preußens über Deutschland. Nachdem er ihn durchgeführt hat, wird er die Gegner des anderen Preußischen Gedankens, nämlich des monarchisch-militärischen Absolutismus, nicht minder niederzuwerfen suchen. Nicht Bismar[c]k hat sich geändert; er ist vielmehr ganz und gar heute derselbe wie damals, sondern der Liberalismus hat sich geändert. Was an ihm anders geworden ist, war von Anfang an nur nebensächlich.

Man sage dagegen nicht, Bismar[c]k sei doch vor 1866 ein hervorragender Vertreter der christlichen Weltanschauung gewesen. Sein berühmter Ausspruch von dem Scheitern des Narrenschiffes der Zeit an dem Felsen der christlichen Kirche ist allerdings sprichwörtlich geworden. Aehnliche ließen sich viele auffinden. Dennoch ist es nur scheinbar, daß er sich jetzt, wo er im Culturkampfe gegen die katholische Kirche kämpft und damit die christliche Gesinnung des ganzen Volkes, dem er angehört, tief beschädigt, in seiner Grundanschauung wesentlich verändert habe. Wir sind weit entfernt, ihm deßhalb Heuchelei mit christlichen Gedanken vorzuwerfen. Die Sache liegt vielmehr anders. Fürst Bismar[c]k ist zuerst Preuße und dann erst Christ. Er hat kürzlich mit Beziehung auf den Ausspruch, man müsse Gott mehr gehorchen als den

Menschen [Apg 5,29], gesagt, daß ihm der Gehorsam gegen seinen König Gehorsam gegen Gott sei. Das kann nun einen sehr richtigen und einen ganz unrichtigen Sinn haben. Auch wir leisten dem König Gehorsam wegen Gottes, d.h. weil Gott es will; wir bestimmen aber den Umfang des Gehorsams gegen den König nach dem Willen Gottes, nicht umgekehrt den Umfang des Gehorsams gegen Gott nach dem Willen des Königs. Das Letztere thut aber das echte Preußthum [!]. Von einem Conflicte zwischen Gott und dem Könige kann da nie die Rede sein; denn der absolute Monarch dictirt dem lieben Herrgott seine Rechte. Außerdem hat ja auch der Fridericianismus, welcher das innerste Wesen des Preußischen Königthums in sich schließt, hinreichend bewiesen, daß das Letztere seiner ganzen Substanz nach ohne Christenthum bestehen kann und daß es deßhalb zeitweise mit den antireligiösen Zeitströmungen, selbst mit dem Voltairianismus, sich verträgt. Die christliche Weltanschauung des echten Preußthums [!] kann daher nie mit den Interessen des monarchischen Absolutismus in Widerstreit gerathen. Das christliche Element wird in ihr mehr hervortreten oder abnehmen, ja zeitweise verschwinden, je nachdem der Königsdienst es erfordert. Wir sind daher über die Redensart vom Narrenschiffe der Zeit nicht verwundert und auch nicht sehr gerührt; sie kann sogar später unter veränderten Verhältnissen wiederholt werden. Das sind, wenn auch nicht reine Ornamente, doch jedenfalls Begriffe, welche sich nach dem Interesse des Königsdienstes richten.

Man sage auch nicht, Fürst Bismar[c]k sei früher ein Führer der conservativen Partheih gewesen, während er jetzt mit allen seinen damaligen Antipoden als Partheigenossen Hand in Hand geht. Auch das ist nur scheinbar. Als Vertreter des Preußischen Absolutismus ist Bismar[c]k zuerst wieder Preuße und dann erst conservativ; dann erst ein Anhänger conservativer Grundsätze. Er ist ein Anhänger des Preußischen Königthums, aber conservativ nur insoweit, als conservative Grundsätze dem Königsdienst nützlich sein können. Unter conservativen Männern denkt man sich solche, bei denen gewisse Grundsätze oben anstehen und alle Interessen und Handlungen sich nach ihnen richten. Bei dem ächten conservativen Preußen ist es umgekehrt; da stehen die Interessen des Preußenthums oben an, und alle politischen und religiösen Grundsätze richten sich darnach. Diese Königstreue ist aber nicht eine selbstlose, denn

die Interessen des Preußischen Königthums und Junkerthums sind immer dieselben, weil dieser Stand der erstberufene für alle hohen Stellen in allen Länderen ist, über die sich die Macht des Preußischen Königthums ausbreiten mag.

Ueberhaupt ist es mit dem Begriffe „conservativ“ eine eigene Sache. Kein Wort ist mehr mißbraucht worden. In Preußen gibt es ohne Zweifel Männer mit tiefen conservativen Lebensanschauungen; aber ein conservatives Preußenthum oder einen conservativen Adel als Stand gibt es in dem alten Preußen nicht. Das Preußische monarchische Absolutismus [!] ist nicht aus conservativen Prinzipien hervorgega[n]gen, sondern aus dem Kampfe gegen dieselben. Nicht das Jahr 1789 hat die revolutionären Prinzipien erzeugt, sondern die Periode der Revolution vor der Revolution unter der Führung der damaligen Monarchien. Auf den Trümmern des geschichtlichen Rechtes, mit Hilfe aller jener Grundsätze, welche später seit 1789 die Männer der Revolution adoptirt haben, sind die Verfassungen jener absoluten Monarchien aufgebaut worden. Damals, unter den Monarchen des 17. und 18. Jahrhunderts, wurde die moderne Staatsidee in dem Sinne einer schrankenlosen Machtfülle entwickelt und nirgends vollständiger als in Preußen. In dieser Staatsidee wurzeln alle Revolutionen; aus ihr entspringt der specifische Geist der Revolution wie aus seiner eigentlichen Brutstätte; aus jener trügerische Liberalismus [!], welcher die politische Gesinnung des Volkes vergiftet und ihm den Begriff wahrer Freiheit raubt. Der Staat ist nach ihr nicht mehr der Beschützer des Rechtes, sondern einzige Quelle desselben. Damit wird die große Idee des Rechtes vernichtet und an ihre Stelle die Willkühr [!] der jeweilig herrschenden Partei gesetzt. Aus der Hand jener so genannten legitimen Monarchie des 18. Jahrhundert[s] ist diese Staatsidee übergegangen auf die französische Revolution, auf die Anhänger des modernen Staates ebenso wie auf die Anhänger des Sozialismus. Der Gegensatz aller dieser Richtungen liegt nur in der Antwort auf die Frage, wer diese Gewalt handhaben soll. Das alte echte Preußenthum ruht nun ganz auf dieser Staatsidee; selbst [Friedrich Julius] Stahl [1802-1861] huldigt ihr. Er war aber zugleich ein Feind des parlamentarischen Systems, weil das ächte Preußenthum nur den Preußischen Monarchen als den Träger aller Rechte des Staates anerkennt. Dies spricht das Landrecht mit den Worten aus: „alle Rechte und Pflichten des Staates gegen seine Bürger und

Schutzverwandten vereinigen sich in dem Oberhaupte desselben". 13. Tit[el], § 11. So ist also aller Preußischer Conservativismus behaftet mit dem inneren Widerspruch der Staatsidee der Revolution, und wie sich daher das monarchische Preußenthum je nach Umständen mit dem Voltairianismus verbinden konnte, so konnte es sich abermals nach Umständen mit allen liberalen Zeitrichtungen vereinigen. So verhält es sich denn auch mit dem Conservativismus des Fürsten Bismar[c]k. Wesentlich an seiner Weltanschauung ist nur die absolute Staatsidee und der Preußische Monarch der einzige Träger derselben. Alles andere ist, wie eben gesagt, nebensächlich. Unter dieser Voraussetzung kann er auch gelegentlich von der Majestät des Gesetzes reden oder sich anderer liberalen Redensarten bedienen, um seinem lieberalen [!] Anhang eine unschuldige Freude und zu weiteren Staatsdiensten geneigt zu machen. Aus Nützlichkeitsgründen würde er vielleicht sich dazu bestimmen, wenn auch ungerne, den König als obersten Beamten des Staates [zu] bezeichnen, immer mit dem Hintergedanken, daß in ihm allein „alle Rechte und Pflichten des Staates beruhen".

Weder der Kampf gegen die katholische Kirche noch die Freundschaft mit dem Liberalismus steht also unserer Behauptung entgegen, daß Fürst Bismar[c]k noch heute wesentlich auf demselben Standpunkte steht wie in der Conflictszeit. Die Richtigkeit unserer Behauptung wird erst dann eine Probe zu bestehen haben, wenn der Liberalismus gezwungen sein wird, aus seinem Dienstverhältniß herauszutreten. Ohne Zweifel ahnt er selbst mehr und mehr das Schicksal, welches ihm dann bevorsteht. Wenn man seine verzweifelten Anstrengungen sieht, sich den Schein einer Parthei zu erhalten, welche freiheitliche Prinzipien vertritt und deßhalb den Peitschenhieben, welche ihm bei jeder Gelegenheit versetzt werden, eine ganz gemüthliche und harmlose Seite abzugewinnen, so kann man sich eines gewissen Mitleides nicht entschlagen. Aber dieses trügerische Bemühen wird schließlich ein Ende nehmen. Der Augenblick rückt immer näher, wo dem Liberalismus zugemuthet werden wird, dazu mit zu wirken, das Preußische Staatswesen ebenso von allen politischen Freiheiten zu säubern wie von den kirchlichen. Wenn dieser Zeitpunkt eintritt und der Liberalismus den ersten Schritt zur Opposition wagt, dann wird er erfahren, daß Fürst Bismar[c]k noch derselbe ist wie damals, als er ihm in den 60er Jahren gegenüberstand, daß er

demselben aber durch die Unterstützung seiner Kirchenpolitik alle Mittel in die Hand gegeben hat, um ihn wehrlos nieder zu werfen. Im Kirchenconflicte sind die Waffen geschmiedet nicht nur zum Kampfe gegen den Liberalismus, sondern auch gegen jede Regung wahrer Freiheit. Er hat eine Art Kriegsbereitschaft geschaffen, um den Liberalismus in den Käfig zu setzen, wenn er widerspänstig wird. Dann wird vollendet werden, was 1866 unterbrochen worden. Nur wenn wir der Illusion entsagen, daß Fürst Bismar[c]k sich seit jener Zeit wesentlich geändert habe, können wir zwei Dinge begreifen, die sonst unlösliche Räthsel wären. Einmal, daß es ihm gelungen ist, seine Politik auch in den höchsten Kreisen zur Annahme zu bringen, und zweitens, daß durch dieselbe die Innigkeit des Verhältnisses mit Rußland nicht im Mindesten gestört wurde; daß man sich an diesen beiden Stellen plötzlich jugendlicher Schwärmerei für liberale Weltanschauung hingegeben habe, ist gewiß nicht zu denken. Es muß also die innere Politik des Reichskanzlers noch eine ganz andere Seite haben, und das ist eben jene, welche wir hier hervorgehoben haben. Sie dient dem monarchisch-militärischen Absolutismus.

Das ist also die wahre Bedeutung des Culturkampfes. Von diesem Standpunkte aus gewinnen wir das rechte Licht, um sein Wesen zu erkennen. Er bedroht nicht nur den schlechten Liberalismus in seiner jetzigen Entartung, – das würden wir ihm nicht übel nehmen; er bedroht aber im höchsten Grade die wahre, persönliche Freiheit im deutschen Volke. An die Stelle deutscher Freiheit soll die Herrschaft der Allgewalt des militärischen Preußenthums treten. Das ist die große Gefahr, der das deutsche Volk jetzt durch den blödsinnigen, boshaften Liberalismus entgegengeführt wird.

Ob diese gefahrdrohende Entwickelung ohne ernste Störung bis zu ihrer vollen Ausgestaltung fortschreiten wird, können wir nicht wissen. Es kracht derart an allen Ecken im alten Europa, daß man nicht berechnen kann, wann innere Entwickelungen durch äußere Ereignisse gestört werden. Wenn aber das, was jetzt im Werden ist, bis zur letzten Consequenz fortschreiten sollte, dann wird es in nicht gar ferner Zeit geschehen, daß diese innere deutsche Politik mit allen wahren und echten Freiheitsbestrebungen aller Völker der Gegenwart in Conflict gerathen, daß sie als die Feindin aller echten Freiheit erkannt werden würde. Die Folge

davon wäre, daß, wie man jetzt bereits die Forderung auf Unterdrückung der religiösen Freiheit in anderen Ländern als ein Gebot der Selbsterhaltung geltend macht, man ebenso die Unterdrückung aller politischen Freiheiten bei allen Nachbarländern unter demselben Gesichtspunkt fordern würde.

Man stelle uns nicht die neuen Organisationen im inneren Staatswesen, die Provinzial- und Kreis-Verfassung u.s.w. als Zeichen freiheitlicher Bestrebungen entgegen. Wer noch so blind ist, den Geist wahrer Freiheit darin zu finden, dem können wir nicht helfen. Wir erkennen in diesen Einrichtungen nur eine veränderte Form für die Handhabung des Staatsabsolutismus, hauptsächlich aber ein Mittel, die Staatskasse zu entlasten und dem Volke neue Bürden unter verändertem Namen aufzulegen. Zu den Gemeinde-Umlagen und Staatssteuern kommen so Provinzial-Lasten noch hinzu. Das ist die Quintessenz dieses Danaer-Geschenkes – wahre Freiheit gewinnt durch sie nichts.

Wohin gehen wir?

Aufsatz-Skizze aus der Kulturkampfzeit[1]

WILHELM EMMANUEL FREIHERR VON KETTELER

Wohin gehen wir? | Um das zu beurtheilen, müssen wir zuerst wissen, 1. wohin Bis[marck] will; die Ziele seiner Politik.

2. Was wir von der Partei zu denken haben, die den größten Einfluß auf das öffentl[iche] Leben hat – die liberale Partei nach ihren zwei Richtungen:

a) was von dem Nationalliberalismus, die Partei des angeblichen Liberalismus, der die Kinderschuhe ausgezogen. Er verdankt seine Popularität seinem Namen liberal, national. Im Grunde aber reiner Parteiegoismus. Die Gründer, die Juden, die Streber etc. etc. Sie wird jeder Regierung dienen, die ihnen [!] nützt. Ein Widerstand gegen Gesetze der Freiheit, um zu erwerben.

b) Was von der Fortschrittspartei? Die Partei doctrinärer Schwärmer für freiheitliche Redensarten, ohne tiefen Begriff von Freiheit. Ihr dogmatisches Maß für Freiheit Brocken der französischen Revolution. Nie ehrlich.

3. Wohin gehen wir – zunächst auf dem Wege der Zerstörung der deutschen Freiheit.

4. Wohin gehen wir? Einem militärischen Despotismus entgegen, unterstützt von einem Scheinchristenthum, unter dem sich eine confessionslose Staatskirche, ein serviles Pfaffenthum, mit allem äußeren Glanz ausgestattet, verstecken würde als Polizei-Ventil. Das antike Heidenthum mit christlichem Flitter.

5. Werden wir dahin kommen? Nein, weil Gott lenkt, weil seine Kirche und Christus in ihr es verhindern wird. Es sind aber diese Gefahren, welche in der Entwickelung unserer Verhältnisse liegen. Diese Gefahren, welche in der Entwickelung unserer Verhältnisse [liegen], sind aber vorhanden.

---

[1] Textquelle | Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER: Sämtliche Werke und Briefe. Abteilung I, Band 5: Nachgelassene und anonyme Schriften. Mainz 1985, S. 448-449.

Der europäische Militarismus

(Auszüge aus der ersten Auflage des Buches[1], 1876)

ANNUARIUS OSSEG
(GEORG MICHAEL PACHTLER SJ)

Unde bella et lites in vobis? Nonne hinc?
Ex concupiscentiis vestris.[2]
Jac. 4, 1.

EINLEITUNG

[//III//] Als im Beginne der vierziger Jahre, unter dem Bürgerkönige Ludwig Philipp, die orientalische Frage den Diplomaten einige Verdauungen störte, besonders weil der in jeder Beziehung kleine Thiers gar kriegswüthig that, jubelte man nach friedlicher Beilegung des Zwistes, daß bei dem heutigen Stande der Bildung ein Krieg unter den europäischen Kulturvölkern nicht mehr möglich sei. Es saß sich eben auch gar so behaglich unter dem Schatten des oberflächlichen Altliberalismus, besonders wenn man kein Freund der Fernsicht war und sich mit einer hausbackenen Umsicht im eigenen kleinen Anwesen begnügte. Wohl störten die Ereignisse von 1848 ein wenig die süße Phäakenruhe, aber die Gewässer glätteten sich bald wieder, und obenan schwamm wieder die schwefelgelbe Blume des Liberalismus und überdeckte mit breitem Nymphäenblatte den Schlamm der Gewässer, über welche die Staatskünstler den gebrechlichen Nachen steuerten. Auch als der dritte Bona-

[1] Textquelle | PACHTLER 1876* = Annuarius Osseg (= Georg Michael Pachtler SJ): Der europäische Militarismus. Amberg: Verlag J. Habbel 1876. [336.S.] [Als Digitale Ressource: Bayerische StaatsBibliothek MDZ.] Seitenzahlen d. Originals in Textdarbietung integriert. pb

[2] [Jakobus-Brief 4,1: Woher Kriege und Streitigkeiten unter euch? Nicht daher? Aus euren Begierden …]

parte nach vierjähriger Präsidentschaft große Lust hatte, gallischer Cäsar zu werden, ließ [//IV//] er vor und nach der Novemberwahl von 1852 wiederholt das Friedenslied anheben, daß das „Kaiserthum der Friede sei“. L’empire c’est la paix.

Um dieselbe Zeit hatte die Periode der großen Weltausstellungen begonnen, und vor jedem der ungeheueren „Krystallpaläste“ stand das liebe Philisterthum in frommer Verzückung über diese modernen Friedenstempel, über den unkriegerischen Wettstreit einzig in der Industrie, über die moderne Völkerverbrüderung, vor welcher der böse Krieg nach Hinterindien und Umgegend in die Verbannung gegangen sei, über die Genüsse der Gegenwart, über die gute Gelegenheit zur Ansammlung großer Reichthümer, über den lohnenden Verdienst, daher auch behaglichen Lebensgenuß, welcher selbst dem armen Arbeiter, der kein Tagedieb sei, winke. Allerdings rollten die Kanonendonner am schwarzen Meere, aber die Krim ist weit weg, und die Zeitungen wurden dadurch etwas pikanter; wohl bleichten die Gebeine der Gefallenen im Jahre 1859 auf den Ebenen der Lombardei, aber der Krieg war ja schnell vorbei, und Bonaparte zeigte sich sehr gemäßigt und schon damit zufrieden, daß seine Prätorianer sich „mit Ruhm überdeckt hatten“.

Aber die Kriege wurden immer häufiger. Wir können die mißglückte mejikanische Expedition Bonaparte’s übergehen; aber der schleswig-holstein’sche Feldzug 1864 zog [//V//] unser ganzes Deutschland in Mitleidenschaft, das Jahr darauf war schon die Lunte am Pulverfasse, der Gasteiner Vertrag löschte sie auf wenige Monate aus; aber kaum war der Sommer von 1866 angebrochen, so ging der blutige Waffentanz wieder los. Der deutsche Bund, das letzte Werk des Friedens von 1815, und die letzte Spur einer reinen Defensive im Herzen Europa’s, war verwischt, und das kriegerische Preußen trat an die Spitze Deutschlands, ja, weil Bonapartes Stern täglich mehr erblaßte, an die Spitze der Weltpolitik. Die Luxemburger Frage drohte unmittelbar darauf, aber die vom letzten Kriege herrührenden Lücken in den Regimentern mußten erst mit frischem Nachwuchse ausgefüllt, die Rüstungen noch konsequenter durchgeführt, die stille Allianz mit Rußland noch inniger geknüpft werden, damit sich Österreich nicht rege; dann endlich konnte mit Frankreich der fast seit zwei Menschenaltern systematisch vorbereitete Krieg begonnen werden. Wir sagen: seit fast zwei Menschenaltern. Denn man

glaube doch ja nicht, daß der verblendende Haß gegen die westlichen Nachbarn aus unschuldigem Patriotismus an vielen norddeutschen Gymnasien und in einem großen Theile unserer Literatur gepredigt worden sei.

Und das Auffallende bei diesen Kriegen war, daß mit jedem verhältnißmäßig größere Massen von Soldaten ins Feld geführt wurden, daß man nach jedem die [//VI//] Heere neu organisirte oder, um das Ding beim rechten Namen zu nennen, *vergrößerte*, daß die preußische Heereseinrichtung, der allgemeine Heerzwang, fast überall eingeführt wurde, und so eine der gefährlichsten Krankheiten unserer Zeit heraufzog, nämlich der *Militarismus*, welcher ganze Völker in Waffen rüstet, den Staat zu einer großen Kriegsmaschine, jeden gesunden Bürger zum Soldaten macht, welcher die öffentlichen Auslagen und Lasten namenlos steigert, eine beständige Kriegsgefahr heraufbeschwört, die socialen Verhältnisse zerrüttet und eine Katastrophe herbeiführt, an welche man ohne Bangen nicht denken kann.

Das wichtigste, höchste und allgemeinste Gewerbe der Gegenwart ist das Waffenhandwerk geworden. Die Bewaffnung selbst ist so vervollkommnet, die Vernichtungsmittel zu Wasser und zu Lande so gesteigert, daß vielfach die früheren Festungen und Schiffe kaum noch brauchbar sind, ein ganz neues Exercitium eingeführt werden mußte.

Nur durch Nachgiebigkeit kann der Schwächere sich einige Tage weiteren Friedens erkaufen. Kein sittliches Bedenken schreckt mehr den Starken vor dem schauerlichen eisernen Würfelspiele zurück. Die politische Atmosphäre riecht nach Pulverdampf, der Handel und die Industrie können kein Vertrauen fassen. Das einzige Hinderniß des Krieges ist noch die öffentliche Meinung; denn die Völker sind des Kampfes müde. Gelingt es, [//VII//] diese sogenannte öffentliche Meinung für Etwas zu erwärmen, so rollt sicher wieder der Donner der Schlachten. Und wirklich bemerken wir Einen Punkt, für welchen der liberale Haufen gewaltig Feuer gefangen hat: es ist der Kampf gegen Rom und Ultramontanismus, für moderne Ideen und Kultur. Dieß scheint der tiefere Sinn des betäubenden, nun schon vierjährigen Lärmens der Journalistik und der endliche Zweck des Kulturkampfes zu sein. Gebe Gott, daß wir uns täuschen, und daß uns das Schauspiel des allerscheußlichsten Krieges erspart bleibe! Aber fast scheint es, als ob unsere Befürchtung begründet

sei. In diesem Falle gälte es die Vernichtung aller jener Staaten, also vor Allem der katholischen, welche noch nicht offen dem antitheistischen Programme der Geheimbünde Heerfolge leisten. Das wäre ein Weltkampf, ein würdiges Nachspiel des Geisterkrieges vor Beginn dieser sichtbaren Schöpfung.

Doch lassen wir vorderhand die Zukunft ruhen; eine *gütige* Hand, sagt Horaz, hat sie uns zum Glücke verhüllt; bleiben wir bei der Gegenwart und ihrer groteskesten Erscheinung, dem *Militarismus*. Wir werden im Folgenden seinen Begriff feststellen, dann seinen äußeren geschichtlichen Ursprung zeigen, seinen inneren Zusammenhang mit den sogenannten modernen Ideen nachweisen und endlich auf die Folgen hindeuten, [//VIII//] die er auf allen Lebensgebieten der menschlichen Gesellschaft mit innerer Nothwendigkeit hervorbringen muß. Wir wissen es wohl, daß uns diese Arbeit wenige Rosen und viele Dornen tragen wird. Einzig die Rücksicht auf das ewige Wohl des Menschen hat uns zur Abfassung der vorliegenden Schrift bewogen; wer dieses Ziel fest im Auge hat, bangt nicht vor Klippen und Gefahren.

Von der Elbe, 23. Mai 1875.

Erster Abschnitt.
Der Begriff des Militarismus.

I. Was versteht man unter Militarismus?

In den Zeiten der gemüthlichen Patrimonialherrschaft sprach man von dem Militarismus des einen oder anderen Fürsten, und verstand darunter eine gewisse *Vorliebe für die bewaffnete* Macht, wobei man zugleich an Vergeudung der Privat- oder Staatsmittel zu Gunsten des Heeres, an Unterschätzung der übrigen Faktoren des gesellschaftlichen Lebens und an stramme Härte der ganzen Regierungsweise dachte. Man könnte ihn etwa den *patrimonialen* oder *adeligen* Militarismus nennen.

Sodann bezeichnet man mit demselben Namen jene heillose Erscheinung des *Prätorianerthums*, welches nach den Zügeln der Staats-Oberleitung greift und je nach Laune oder niedrigem Geldgewinne den Thron

umstürzt oder neu vergibt, überhaupt einen übergroßen Einfluß auf die Staatsgeschäfte hat. Diese Krankheit, die stete Begleiterin niedergehender Reiche, zeigte sich in gewissen Perioden der römischen Cäsaren, besonders seit dem Tode Mark Aurel's, und tritt in jenen modernen Staaten auf, wo der Liberalismus die Geister bethört, die Einheit [//10//] der Überzeugungen in tausendfältiges Meinen zersplittert, die alten Stände aufgelöst und die erhaltenden Kräfte lahm gelegt hat. Bei dem Eigennutze und der Überzeugungslosigkeit der herrschenden liberalen Partei ist dann eine allgemeine Auflösung der staatlichen Gesellschaft unvermeidlich, die bewaffnete Macht noch das Einzige, was Einfluß hat und einigen Halt verleiht. Daher entscheidet das Heer, oder besser einige Generäle, über die Regierungsweise, über Monarchie oder Republik, über Anarchie oder Cäsarismus. Man blicke nur auf Spanien und seine Militär-Pronunciamiento's. Dieß ist der *revolutionäre* Militarismus.

Aber einen ganz eigenen Sinn hat das Wort seit dem preußisch-österreichischen Kriege von 1866 bekommen. Infolge der damals gemachten Erfahrungen beeilten sich die europäischen Mächte, die sogenannte Wehrkraft des Volkes bis zur äußersten Grenze anzuspannen, so daß der moderne Staat streng genommen nur mehr das möglichst vollkommene Kriegswerkzeug ist. Somit ist der Militarismus im engsten Sinne *die Beanspruchung aller lebenden und todten Kräfte des Volkes für den einzigen Zweck des Krieges*.

Die lebenden Kräfte des Volkes, die kriegsfähige Mannschaft, werden in immer größerem Umfange und bis in immer höhere Lebensjahre hinauf zum Waffenhandwerke verpflichtet. Jeder wehrfähige Deutsche gehört in der Regel vom vollendeten zwanzigsten Jahre an volle drei Jahre zur Kaserne, weitere vier Jahre zur Reserve, also sieben Jahre lang zum stehenden Heere. Dann tritt er auf fünf Jahre in die Reihen der Landwehr, die ihrerseits zum Ersatze des stehenden Heeres in Kriegszeiten herangezogen wird; und gehört schließlich bis zum 42. Lebensjahre dem Landsturme an, der wiederum zur Vervollständigung der [//11//] Landwehr im Kriegsfalle gebraucht wird und zu Allem hin die Jünglinge vom 17. bis 20. Jahre unter die Fahne ruft. Die Befreiung vom Kriegsdienste wird fast überall von Jahr zu Jahr mehr eingeschränkt, ja sogar dem Priesterstande verweigert. So erhalten wir das *ganze Volk in Waffen*, nicht etwa als Ausnahmefall, weil es sich um Vertreibung eines fremden

Eroberers handelte, sondern als *bleibenden Zustand* im tiefsten Frieden. Die Ergebnisse der geistigen Arbeit dienen den Zwecken der Vernichtung; das bestcivilisirte Volk wird jenes sein, welches die meisten und passendsten Kriegsmittel zur Zerstörung hat. Die höchste Bürgerpflicht, ja der Endzweck des bürgerlichen Lebens wird der Kriegsdienst, vor welchem das Familienleben, der Ackerbau, die Industrie, Kunst und Wissenschaft, das ganze Geistesleben eines Volkes in den Hintergrund tritt. Die Hauptkraft des Staates wird auf den Krieg hingelenkt, das Soldatenhandwerk steigt an Werthschätzung ungebührlich auf Unkosten anderer Berufsarten; die kriegerische Tüchtigkeit und Tapferkeit gilt als höchste, wo nicht als einzige Tugend, zum unermeßlichen Schaden für die höchsten und eigentlichen Güter der Menschheit, für das letzte Endziel des Menschen. So aber muß unser Geschlecht systematisch materialisirt werden.

Das lohnendste und gründlichste Studium gilt der Kriegstechnik und der Vervollkommnung der Waffen. Die Erfindungen in Betreff der Stahlerzeugung dienten vorherrschend der Geschützkunst; um die meilenweit tragenden Kanonen sicher zu richten, wurden die Fortschritte der Optik, unsere herrlichen Fernrohre, zu Hilfe gerufen. Die seit Jahren so eifrig getriebene Veredelung der Pferdezucht lief darauf hinaus, ein Kriegsroß zu erzielen, welches den Strapazen und Entbehrungen eines Feldzuges trotzt. Die Fortschritte der Heilkunde dienen dem Kriege. Sogar [//12//] die Kochkunst macht eigene Erfindungen, um dem Krieger die nahrhaftesten und dauerhaftesten Speisen im kleinstmöglichen Umfange zu liefern. Kurz, wo gibt es eine geistige Thätigkeit, welche nicht mittelbar oder unmittelbar dem höchsten Zwecke des modernen Staates, der Militärmacht, dienstbar geworden wäre? Selbst der Diener der Religion hat nur noch insofern Bedeutung, als er zur patriotischen Entflammung der Soldatenherzen gebraucht werden kann.[3]

Die *todten Kräfte* des Volkes dienen dem nämlichen Zwecke. Vor Allem wird die Steuerkraft übermäßig angespannt, der Nationalreichthum für den Unterhalt der bewaffneten Massen verwendet. Jede neue Erfindung auf dem Gebiete der Zerstörungskunst führt zu namenlosen Ausgaben, weil alsbald die gesammte europäische Bewaffnung verändert,

[3] [1] „Historisch-polit. Blätter," 1871 a, S. 280 ff.

die Festungen umgebaut oder vergrößert, die Kriegsschiffe noch dicker gepanzert werden müssen. Die Eisenbahnen, das vorzüglichste Verkehrsmittel der Gegenwart, werden nicht mehr sowohl im Interesse des Handels und Ackerbaues, als des Krieges gebaut; die strategischen Linien sind die Hauptsache, der Handel muß sich mit Zweigbahnen begnügen. Möglichst viele Bahnstränge an die feindlichen Grenzen befördern den Transport der bewaffneten Massen und des ungeheuren Materials: sie ermöglichen erst den nie gesehenen Umfang heutiger Kriege, den Kampf ganzer bewaffneter Völker. Telegraph, Post, Wissenschaft, Gewerbe dienen dem mörderischen Völkerkampfe. Und auch während des Kriegstanzes selbst hat das „Volk in Waffen" seine Eisenbahnbataillone, Feldtelegraphen, Feldpost, kurz Alles, was die nachdrücklichste Kriegsführung und schleunigste Bewegung der vielgegliederten Heere ermöglicht. [//13//]

Bis an die Zähne bewaffnet stehen sich die Völker gegenüber. Das Gefühl der Unsicherheit spukt nicht blos im Inneren des Staates, sondern auch in den gegenseitigen Beziehungen der Staaten, da nur jenes Volk, welchem das größte, bestgeübte und bestbewaffnete Heer zu Gebote steht, noch einiges Vertrauen auf seinen ferneren politischen Bestand hegen kann. So aber wird das materialistische Faustrecht oberste internationale Rechtsnorm; der Stärkste hat Recht, der Schwächere Unrecht. Dieß ist der Tod des Völkerrechtes, welches man höchstens durch besondere Verträge zu einem künstlichen Scheinleben galvanisiren kann.

So hört der alte und friedliche Patrimonialstaat auf, der eroberungssüchtige Militärstaat wird das Musterbild, welchem man entgegen strebt. Dieser aber muß seinem innersten Wesen nach das Gebiet, die Einwohnerzahl, die Reihen und Hilfsmittel seiner Heere immer vergrößern. Schließlich werden nur noch ungeheure Nationalreiche bestehen und der unentbehrlich gewordene Krieg zum Racenkampfe ausarten, wenn nicht vorher die allgemeine Ermattung und die Erschöpfung aller Hilfsmittel dem unseligen Zustande ein Ende gemacht hat.

Für diesen modernen Militarismus war nach Plutarch's Berichte schon der alte Spartanerkönig Agesilaos begeistert, indem er jenes Land für das glücklichste hielt, welches durch Schwert und Lanze die Nachbarvölker in Schrecken halte. Der billiger denkende Pompejus erwiderte ihm, er halte jenes Land für das glücklichste, welches die Gerechtigkeit

zu Grenzen habe, d.h. welches mehr auf Fug und Recht, als auf brutale Waffenmacht halte. Möchte die letztere Meinung bald wieder allgemein werden! [//14//]

II. Die Merkmale des Militarismus

Unsere alten Logiker unterschieden konstitutive, wesentliche und zufällige Merkmale eines Begriffes. Unter den *konstitutiven* verstanden sie jene Eigenschaften, wodurch das Ding Dasjenige wird, was es ist, den innersten Kern oder das Grundmerkmal des Begriffes. *Wesentliche* Merkmale sind jene, welche aus der Natur des Dinges hervorgehen, daher *stets* bei ihm gefunden werden; *zufällige* jene, welche nicht gerade bei dem Dinge vorkommen müssen, aber thatsächlich entweder meistens oder immer sich einstellen. Wenden wir diese Unterscheidung auf den Militarismus an.

1. Das *konstitutive Merkmal* der krankhaften Militärwirthschaft ist, daß das Kriegswesen *oberster Staatszweck* wird, daher auch der Kriegsdienst oder Wehrzwang *als erste und allgemeine Bürgerpflicht* gilt. Was den letzteren betrifft, so ist es durchaus nicht nöthig, daß er *direkt* und *thatsächlich* jeden einzelnen Bürger treffe; es genügt vielmehr, daß der Wehrzwang selbst als *unfreiwilliger Beruf* bestehe und wenigstens *indirekt* sich auf Alle erstrecke, wie es bei der Konskription, der Einstellung in die Reserve, die Landwehr oder den Landsturm der Fall ist. Die Erfahrung lehrt, daß die Progression immer stärker wird, sobald einmal der Kriegsdienst in *Friedenszeiten* im Princip als Pflicht angenommen, und als *allgemeine* Pflicht auf die dienstfähigen Männer ausgedehnt ist, somit der Soldatenstand nicht mehr als Sache freier Wahl, wie bei Freiwilligen-Korps oder dem Werbesystem, sondern als Zwang von [//15//] Oben gilt, und in diesem Sinne gesetzlich geregelt ist. Man könnte deßhalb die Konskription den Militarismus in der Möglichkeit (in actu primo), die allgemeine Wehrpflicht den Militarismus in der Wirklichkeit (in actu secundo) nennen.

2. *Die wesentlichen Merkmale des Militarismus sind*:

Eine *übergroße Friedensstärke des Heeres*; denn sind alle oder fast alle waffenfähigen Männer des Staates im Kriegsfalle zur Heerfolge gezwun-

gen, so ergibt sich mit Nothwendigkeit, daß die ganze Nation militärisch geschult werde, was nur oder fast nur im *stehenden Heere* möglich ist, welch' letzteres darum zu einer ungewöhnlichen Größe anwächst. Als Bonaparte I. im Juni 1812 über den Niemen ging, zählte sein Heer, bis dahin das größte im civilisirten Abendlande, im Ganzen 578.844 Mann, Alles in Allem gerechnet. Wer sollte es glauben? Die Friedensstärke des deutschen Reichsheeres ist nicht viel kleiner, sie beträgt 19.752 Officiere, 401.659 Mann, 96.158 Pferde; also eine Armee im Frieden, die selbst für den korsischen Eroberer ein Kriegsheer ersten Ranges gewesen wäre.

Die Beiziehung aller nur irgend wie Tauglichen zur Heerfolge im *Kriegsfalle* ist ein weiteres wesentliches Merkmal. Man wird und muß steigern, bis man endlich an der Grenze der Möglichkeit angekommen ist, d.h. die Geldmittel zur Kleidung, Ernährung, Bewaffnung und Beherbergung der Millionen Krieger nicht mehr aufbringen kann.

Der Hauptnachdruck des politischen Lebens fällt auf den Krieg, welcher folgerichtig jedes Jahr den größten Theil des Staatseinkommens verschlingt. Daraus ergibt sich die Überbürdung des Volkes mit [//16//] Steuern, stiefmütterliche Behandlung der übrigen Gebiete des staatlichen Wesens, während die militärische Organisation bis in's Einzelste herab als die vorzüglichste Geistesthätigkeit gilt. So aber wird mit der Zeit der Schwerpunkt des ganzen gesellschaftlichen Lebens der Völker verschoben und auf den Krieg mit seinen Zerstörungsmitteln hingelenkt.

Die *ganze Staatsverwaltung neigt* zum Centralismus hin, welcher der militärischen Organisation am meisten entspricht, und nimmt den Charakter der herrischen Rücksichtslosigkeit und Härte an.[4] [//17//]

---

[4] [1] C. L. VON HALLER, „Restauration der Staats-Wissenschaft," 2. Aufl., Winterthur 1821, B. III., S. 235 f., schreibt über diese stramm-centralisirende Organisation des Militärstaates in der Napoleonischen Zeit: „Die nämliche Organisation sahen wir in unseren Tagen bei allen militärischen Staaten, welche die französische Revolution zu Tage gefördert hat, und wo die unabhängig gewordene und nachher erobernde Sekte (die Geheimbünde) überall anfing, in gänzlicher Beiseitesetzung aller sonst bestandenen Verhältnisse und eigenthümlichen Besitzungen, selbst ohne Rücksicht auf vorhandene Güter, Gebäude und die zur Erhebung der Grundgefälle nothwendigen Hilfsmittel, das ganze Land blos geographisch oder nach der Menschenzahl in Departements, Distrikte und Municipalbezirke, mit Präfekten, Unterpräfekten und Agenten einzutheilen, theils um das Andenken aller früheren geselligen Verhältnisse zu vertilgen, das ganze Volk in seine Atome aufzulösen und da-

3. Als *zufällige Merkmale des Militarismus* stellen sich ein:

Der Geist des *cäsaristischen Absolutismus*, sei es unter einem Militär-Diktator, oder in Gestalt des modernen Konstitutionalismus. Die Gewalt geht vor Recht. Darum wird man sich gewöhnen, immer mehr die politischen und internationalen Fragen nicht sowohl vom Standpunkte der Sittlichkeit und des Rechtes, sondern vielmehr als Machtfragen zu behandeln und zufolge der physischen Übergewalt zu entscheiden. Der Stärkste hat Recht. Dieser Zug haftet überhaupt dem ganzen modernen Staate an, wie schon C. L. v. HALLER (a.a.O. S. 228) richtig bemerkte: „Damals – im alten grundherrlichen Staate – hatte wenigstens jede Abgabe ihren natürlichen Grund, der Leibeigene genoß ein Gut zu seinem Unterhalte, der Sklave selbst fand Nahrung und Kleidung, es war doch ein Verhältniß von Mensch zu Mensch, und die Liebe milderte Manches; während man hingegen nach den neueren liberalen Grundsätzen, wo man gegen jede natürliche Abhängigkeit und freiwillige Dienstbarkeit deklamirt, gleichwohl alle Menschen durch Auswanderungsverbote, durch Konskription, Dienstrequisitionen aller Art der unbeschränkten Disposition eines sogenannten Vernunft-Staates preisgibt, sie Alle zu vollkommenen Sklaven eines Gedankenwesens macht, dessen Wille stets der nämliche bleibt, aus welchem alle Liebe verbannt ist, das man nie erweichen, von dem man sich nie wieder zur Freiheit erheben kann."

Die schneidend-harte Ausdehnung der Militärpflicht auf Familienväter, einzige Söhne, Priester, Lehrer, öffentliche Beamte und auf Personen, welchen diese Pflicht zur doppelten und dreifachen Last wird, liegt nur allzu nahe und tritt meist als unausbleibliche Folge ein. Wo soll man, vollends im herzlosen [//18//] modernen Staate, aufhören, wenn einmal die „allgemeine Wehrpflicht" als Dogma proklamirt ist?

---

durch jeden Widerstand unmöglich zu machen, theils um die Menschen gleichsam bis in ihre geringsten Verzweigungen zu bewachen und Alles der herrschenden Sophistenzunft, die sich nunmehr Regierung nannte, zu unterwerfen. Ja, es war die Verblendung so groß, daß diese revolutionäre Einrichtung sogar von uralten Patrimonialfürsten nachgeahmt wurde, die gar keinen Grund zu einer solchen Eintheilung hatten, vielmehr mit eigenem Schaden und unter Beleidigung mannigfaltiger Privatrechte, ihre angestammten eigenen Güter gleich einer eroberten Provinz organisirten, und ihre natürlichen Freunde und freien Untergebenen gleich überwundenen Feinden bewachen, oder wie man sich jetzt ausdrückt, *administriren* ließen."

Die ideale Richtung der Völker, Kunst und Wissenschaft gehen nieder, der Kultus der rohen Kraft, kriegerischen Tüchtigkeit und des physischen Muthes steigt.

Mißbehagen über Kriegspflicht und hohe Besteuerung bemächtigt sich der Bürger, *Mißtrauen* vor einander beherrscht die Völker in ihrem gegenseitigen Verkehre.

Handel, Industrie und Ackerbau leiden, weil ihnen zu viele und gerade die kräftigsten Arme entzogen werden, und das Vertrauen auf dauernden Frieden, demnach die Grundlage jeder größeren Unternehmung, erlahmt.

Die edlere Civilität, feiner Umgangston, die bürgerliche Höflichkeit, die Herzlichkeit im *Umgange* weichen täglich mehr; an ihre Stelle tritt ein barscher Kasernenton, Kommandir- und Kritisirsucht gegen Seinesgleichen und Untergebene, Servilismus gegen alle Gewaltsbefehle, und Rebellirsucht, wo es an genügender Macht von Oben gebricht.

Der Militärstaat dauert desto kürzer, je gewaltiger er auftrat und je schneller er wuchs. Das liegt in der Natur der Sache; denn das bescheidene Glück ist sicherer, das größere unbeständiger. Patriarchalische Privat-Herrschaften dauern oft länger, als die Staaten, besonders als Militärstaaten, die zu viel stets auf Einen Wurf setzen. Alexanders Militärreich währte vierzehn, das des ersten Bonaparte fünfzehn Jahre.[5] Der Militarismus scheint [//19//] stark und ist schwach; der alte christliche Staat schien schwach und war stark. Das dauerhafteste Band unter Menschen ist die Liebe, von ihr aber kann der Militarismus Nichts wissen.

---

[5] [1] Selten steigt das Alter eines Staates über 500–600 Jahre; die meisten haben eine kürzere Dauer. Einige Beispiele: *Troja* dauerte (wahrscheinlich) von 1482–1184 v. Chr. = 296 Jahre. – *Medien* von 876–559 v. Chr. = 317 Jahre. – *Neu-Assyrien* von 824–625 v. Chr. = 199 Jahre. – *Neu-Babylonien* von 625–537 v. Chr. = 88 Jahre. – *Persien* von 560–331 v. Chr. = 229 Jahre. – *Macedonien* von 814–322 v. Chr. = 492 Jahre. (Einschließl. der 14jährigen Monarchie Alexanders d. Gr.) – *Ägypten* von der äthiopischen Eroberung 750 v. Chr. bis zur persischen 225 v. Chr. = 525 Jahre. – Das *Zwölf-Stämme-Reich* bis zur Zweitheilung von 1531–975 v. Chr. = 556 Jahre. – Das Reich *Israel* bis zur assyr. Gefangenschaft 253 J. – Das Reich *Juda* bis zur babyl. Gefangenschaft 387 J.; im Ganzen 943 Jahre. – *Parthien* von 250 v. Chr. bis 226 n. Chr. =476 J. – Das *Römerreich* 506 Jahre. – Das *byzantinische Reich*, unter vielen Dynastieen, 337–1473 n. Chr. = 1136 Jahre. – Das *arabische Kalifat* 636 Jahre. – *Ungarn*, Arpad'scher Stamm, 887–1087 = 200 J. – Das *Mongolenreich* ungefähr 100 Jahre. – Das *deutsche Reich* von 843–1806 = 936 Jahre.

„Ein Volk in Waffen," schreibt der hochw. Bischof v. Ketteler, „und zugleich Beibehaltung des Systems der stehenden Heere, heißt eigentlich – ein ganzes Volk in ein stehendes Heer verwandeln, und noch näher, ein ganzes Volk in steter Kriegsbereitschaft halten. *Das sind aber krankhafte und auf die Dauer unerträgliche Zustände*. Was die jetzigen Heere wirklich dem Volke kosten, ist nicht zu berechnen, da der schon an sich enorme Militäretat doch nur einen Theil der Unkosten des Heeres repräsentirt, indem noch viele Leistungen der Einwohner [//20//] und der Gemeinden nebenher gehen, welche nicht mit in Rechnung kommen. Noch weniger aber läßt sich berechnen, was in Zukunft solche Heere kosten werden, da ja bezüglich der Rüstungen eine Art Wettrennen unter den großen Nationen Europas stattfindet. Jede Verbesserung einer Waffe macht sofort alle Waffen in Europa derselben Art unbrauchbar. Solche Lasten an Menschen und Geld überschreiten weit Alles, was der Staat von seinen Angehörigen zu fordern berechtigt ist." [//21//]

[…]

Achter Abschnitt.
Die einzige Hilfe

I. Ein oberstes Völkertribunal

[//269//] Wir zweifeln keinen Augenblick, daß die Vorschläge, welche wir dem Leser im Folgenden vorlegen, vielfach ein spöttisches Lächeln erwecken werden; aber wir wissen auch, daß, wer zuletzt lacht, am besten lacht. Man hat gar keine Prophetengabe nöthig; ein ruhiger Überblick über die gegenwärtige Lage der Völker und Staaten genügt, um zu erkennen, daß es so nicht bleiben kann. Nach schrecklichen Racenkämpfen und gesellschaftlichen Zuckungen wird man des Massenmordes nach Außen und Innen müde werden. Dann kehren die reuig-zerknirschten Völker zum einzigen Horte des europäischen Friedens zurück und flehen aus der Tiefe um Verwirklichung dessen, was wir in diesem Abschnitte kurz andeuten werden. Ja, wir maßen uns gar nicht die Ehre der Priorität an; bessere und erleuchtetere Männer haben schon seit Jahren das Nämliche als einzige Rettung aus den Gräueln des Militarismus empfohlen.

Obenan steht das Projekt eines *obersten Völkertribunals zur Entscheidung der internationalen Händel*. Aber ein solcher Gerichtshof muß auch einen *Kodex* haben als Norm für seine Entscheidungen. Somit [//270//] ist in dem Vorschlage der doppelte Gedanke enthalten: *Wiedereinführung des Völkerrechtes* und Errichtung eines *internationalen Gerichtshofes*.

1. Das *zerrissene Völkerrecht* muß wieder zu Ehren kommen. Der redliche Guizot sagt mit Recht: „Ohne Völkerrecht gibt es nur einen revolutionären Zustand, welcher nichts Anderes ist, als die mitten in die *Civilisation hineingeworfene Barbarei*."[6] Die Gewalt vor dem Rechte ist ja der konkreteste Ausdruck der Barbarei, und die Civilisation besteht nicht sowohl in Kunst und Wissenschaft, die zunächst nur *Zierden* derselben sind, sondern vielmehr in der *Herrschaft der Gerechtigkeit und gegenseitigen Liebe unter den Menschen und Staaten*. Das Völkerrecht aber ist nichts Anderes, als die zehn Gebote Gottes in ihrer Anwendung auf das gegenseitige Verhältniß der Staaten. Die Eroberungspolitik ist ein Verbrechen,

---

[6] [1] L'Eglise et la Société chrétienne en 1861, chap. 15: „Hors du droit des gens, il n'y a que l'état révolutionaire, qui est la barbarie jetée au travers de la civilisation."

wie der Straßenraub; der Mörder von hunderttausend Menschen ist hunderttausend Mal schuldhafter, als der Eines Menschen. Es gibt keine andere Moral für die Staaten als für die Individuen; und wer ein ganzes Volk mit Meineid, Vertragsbruch, Verrath, offener Gewalt ohne Weiteres in's Elend stürzt, ist ebenso wenig ein Ehrenmann, als der Einzelmensch, welcher sich ähnliche Verbrechen gegen seinen Mitbürger erlaubt. Als einst Cavour zu Massimo d'Azeglio sagte: „Wenn wir für uns thäten, was wir für Italien thun, so wären wir große Schurken,"[7] [//271//] mußte ihm der Gesinnungsgenosse einwerfen: „Dennoch ist es nicht sehr ausgemacht, daß es zweierlei Moral gebe, eine für den öffentlichen, und eine zweite für den Privatgebrauch." Ja, vielmehr ist es unbestreitbar sicher, daß es nur Eine Sittenlehre gibt für den internationalen, für den staatlichen und den Privatgebrauch. Und eben aus diesem schnöden Macchiavellismus einer doppelten Moral stammt größtentheils das Elend unserer Tage, insbesondere die Schrecken der Massenbewaffnung und des Völkermordes. Leute, die sich zu Tode schämten, wenn man sie in ihrem Privatleben auch nur einer Lüge überführte, erlauben sich als Staatsmänner himmelschreiende Verbrechen, wenn es nur zur Vergrößerung ihres Staates dient; und sie thun dieß kaltblütig, weil sie keine öffentliche Moral, kein Völkerrecht anerkennen. Das ist die Wurzel unaufhörlicher Kriege, die Beschönigung und Rechtfertigung des erdrückenden Militarismus.

Den ersten Stoß erhielt das ehemals heilig gehaltene Völkerrecht in der Glaubensspaltung des sechzehnten Jahrhunderts, weil die Abgefallenen im Bewußtsein ihrer Minderheit und Gewaltthätigkeit, insbesondere in ihrem Hasse gegen die alte Kirche, Manches entschuldigten, was sie im Gewissen als Verbrechen gegen den Dekalog verurtheilen mußten. Während daher früher meistens die verletzte Ehre oder Habe den Grund zum Kriege abgegeben hatte, wurde fortan das *rohe Interesse* die oberste Staatsmaxime und die Ursache der blutigen Kämpfe. Und weil die Einheit der religiösen Überzeugung und kirchlichen Leitung zerrissen war, mußte man statt der internationalen Rechtsmoral ein Surrogat erfinden: das berüchtigte *europäische Gleichgewicht*. Die Könige Europas

[7] [2] „Se facessimo per noi quel che facciamo per l'Italia, saremmo gran balossi." Im piemontesischen Dialekte ist balosso = birbante, furfante.

hatten sich gleichsam gesagt: „Wir wollen nicht mehr, daß Christus über uns herrsche; und wir wollen ebenso wenig, [//272//] daß Einer aus uns sich über die Anderen erhebe; verbinden wir uns also, um den Ehrgeiz jedes Einzelnen im Zaume zu halten; bilden wir ein Gleichgewicht, damit wir nicht über einander herfallen und uns gegenseitig vernichten."

So geistreich dieses Völkerrechts-Surrogat in die Welt sah, hatte es doch den großen Mangel ankleben, daß es in Jedem seiner Vertheidiger auch seinen Feind hatte, und daß die nämliche Eifersucht der Könige, welche diesen Bastard in die Welt setzte, auch einen Jeden von ihnen reizte, das dumme Ding auf einige Rechnung aus der Welt zu schaffen.[8] Sein Dasein verdankte es nämlich der französischen Eifersucht auf das Übergewicht Habsburgs; bald aber wurde es durch die Eroberungen Ludwigs XIV. stark erschüttert, durch die Theilung Polens erhielt es einen weiteren Puff, durch die Eroberungen des ersten Bonaparte den Todesstoß. Auf dem Wiener Kongresse brachte man es wieder auf die Beine, aber der kurzsichtige dritte Bonaparte arbeitete unausgesetzt an der Zerreißung aller alten Verträge und Staatenordnungen, nicht ahnend, daß er sich eben damit sein ehrloses Grab von Sedan ausschaufle. Jetzt spricht Niemand mehr vom Gleichgewichte. An der Spitze Europa's steht das neu-deutsche Reich, weil ihm das schlagfertigste, bestgeübte und größte Heer zur Verfügung steht. So ist die Welt, seitdem sie ihren Gott und Sein Gesetz vom Sinai verlassen, im Finstern herumgetappt, bis sie das Eisen zum Heilande, den Säbel zu ihrem Kreuze gemacht hat. Sie fühlt es aber bis in's Innerste hinein, daß sie in diesem Kreuze nicht siegen kann; entwaffnen, hieße die Sicherheit des Staates bloßstellen [//273//]; die schauerliche Waffenmacht beibehalten, heißt dem Bankerotte entgegengehen. Dieß ist die gerechte Strafe für die Verwerfung des göttlichen Gesetzes. Weder die Politik eines Richelieu, noch die Königspracht eines vierzehnten Ludwig, noch Napoleonisches Militär-Genie, noch preußische Armee-Organisation können den Herrn und Sein Gebot bei den modernen Völkern ersetzen; heute, wie immer, ist die Gerechtigkeit die Grundlage der Reiche, und Christus der ewige Herrscher aller Zeiten und aller Könige. Die Welt muß sich wieder beugen

---

[8] [1] Études religieuses, philosophiques ..; 17. année, 1873[a], „Restauration du droit des gens," p. 5 et suivv.

unter den Dekalog, muß die Gottesleugnung und Gotteslästerung, die Sonntagsentheiligung, die Rebellion, den Mord, die Entweihung des Weibes, den Raub und die Habsucht, die Verleumdung und den Vertragsbruch als Laster des Einzelnen, *wie der Staaten*, erkennen und verabscheuen; dann erst läßt sich von einem obersten Völkertribunale sprechen, dann kann man die ungeheuren Heere vermindern, die Steuern ermäßigen, die öffentlichen Gelder für Besseres, als Zerstörungsmittel, verwenden.

2. Darum ist die *Errichtung eines obersten Völkertribunals* unserem Geschlechte so nothwendig, als das tägliche Brod.

Nicht umsonst hat einmal Lord Russel gesagt: „Wenn man die Kriege betrachtet, von welchen Europa im letztverflossenen Jahrhunderte verheert wurde, und wenn man die Ursache ihrer Entstehung erforscht, *so findet man keinen einzigen, den man nicht leicht hätte vermeiden können, wenn sich die Hadernden nicht von der Leidenschaft hätten hinreißen lassen*." So ist es. Desto erklärlicher wird das Verlangen nach einem höchsten internationalen Gerichtshofe, vor welchen die Klagen der Staaten gegen einander gebracht werden, damit die Entscheidung im Frieden und nach der Gerechtigkeit, nicht durch Blut und brutale Waffengewalt gegeben [//274//] werde. Es gibt wohl in unserem Erdtheile keinen Redlichen, welcher den Wunsch nicht unterschriebe.

Kein Wunder, daß auch die Partei der Weltrevolution den edlen Gedanken für *ihre* Zwecke ausbeutet. Ganz natürlich! Denn stände das Völkertribunal unter dem Einflusse der Geheimbünde und, was dasselbe heißt, des Socialismus, dann wäre die Abschaffung der stehenden Heere und die Einführung der Volkswehr einfach der Triumph der letzten und größten Umwälzung. Weiß man doch, wie gerne die Nationalgarde mit der Rebellion fraternisirt. Darum machte sich auch der alte Freibeuter Garibaldi über den Plan her, wie die Wespe über die Feige, wurde plötzlich ein Bote des Friedens und beantragte Nizza als Residenz des Gerichtshofes, der aus den erwählten Schiedsrichtern aller europäischen Staaten bestehen und die internationalen Streitigkeiten ausgleichen sollte. – In dieselbe Rubrik muß man die berüchtigte freimaurerische *„Friedensliga"* rechnen, die jeden Monat September einen Saal vollspricht und ein Stück Papier vollschreibt. Nicht Frieden suchen sie, sondern Unterdrückung der Heere, damit die Vereinigten Staaten Europas desto

schneller das socialistische Sternenbanner der antitheistischen Humanität entfalten und erst recht den Cäsarismus bringen im Namen der Massen. – In gleich eigennütziger Absicht wollte der dritte *Bonaparte* im Pariser Kongresse 1856 den Artikel eingeschaltet wissen, daß fortan die internationalen Händel erst einem diplomatischen Schiedsgerichte unterbreitet werden müßten, bevor man sie auf dem Schlachtfelde entscheide. Zum nämlichen Zwecke arbeitete er Jahre lang für seinen „Kongreß-Gedanken". Aber die europäischen Regierungen wollten den Bock nicht zum Gärtner machen, und wußten nur zu gut, daß der Emporkömmling auf Schleichwegen nach Verwirklichung der „Napoleonischen Gedanken" und [//275//] nach Sanktionirung der Revolution auf einem europäischen Areopage unter dem Drucke eines Bonaparte trachte. Darum lockte die Friedensschalmei des Wolfes im Schäferkleide Niemanden an; die Schlinge war allzu sichtbar, der alte Verschwörer wollte nur das Programm der Carbonaria zum Völkerrechts-Kodex machen und die europäische Karte revidiren.

Am aufrichtigsten wurde der Vorschlag eines internationalen Gerichtshofes von den *Briten* gemacht, von ihnen am geistreichsten begründet. Das britische Reich kann nämlich von dem großen Glücke sprechen, daß es die unsinnigen Revolutionsgedanken von 1789 wenig oder gar nicht in sein Inneres zugelassen hat, und daß es, nebst dem Baskenlande und Canada, noch die meisten Einrichtungen aus dem vernünftigeren Mittelalter und mit ihnen die *Freiheit* in die neuere Zeit herübergerettet hat. Unter den englischen Vorkämpfern gegen den unsinnigen Militarismus ragen besonders zwei Männer empor, der Protestant DAVID URQUHART, auf den wir noch zu sprechen kommen, und der Katholik Lord ROBERT MONTAGU. Letzterer, im Protestantismus geboren, war durch Studien über unser sociales Elend zur Erkenntniß der katholischen Wahrheit gelangt und wurde ein glaubenseifriger Konvertit. Seine socialen Studien führten ihn besonders auf das Krebsübel der modernen Gesellschaft, die Überanspannung der Waffenmacht, und so veröffentlichte er 1870 in der trefflichen Zeitschrift *„The Tablet"* eine Reihe von Artikeln über ein *„Schiedsgericht anstatt des Krieges"* (Arbitration instead of war), die er später in einem kleinen Bande gesammelt bei Burns in London herausgab. Darin beweist er, daß das einzige Mittel, um die Christenheit aus der drohenden politischen Anarchie emporzuheben, in

der Errichtung eines internationalen [//276//] Schiedsgerichtes bestehe, das ganz dieselbe Stellung einnehme, wie der Papst im Mittelalter, und unter Berücksichtigung der modernen Formen und Bedürfnisse über die internationalen Händel entscheide, also die wahnsinnigen Heere der Gegenwart überflüssig mache. Zahlreiche Vereine, die vom unermüdlichen Urquhart unter den höheren Ständen und in der Arbeiterwelt für „Socialwissenschaft", für „die ausländischen Interessen" ec[t]. gestiftet worden waren, arbeiteten unablässig für Ausbreitung der leider *neuen* Idee, daß der Krieg nur dann erlaubt sei, wenn er eine gerechte Sache vertrete, und wenn alle anderen Mittel augenscheinlich versucht, aber als nutzlos bewährt worden seien; daß man aber den Krieg ganz aus der Welt schaffen könne, sobald ein von allen Staaten beschicktes Völkertribunal als bleibender Gerichtshof tage und die Händel schlichte.[9] Noch am 23. Februar 1872 überreichte eine Deputation solcher englischer *Arbeiter*-Vereine eine Bittschrift an die Deputirten-Kammer zu Versailles.[10] Einer, der Deputirte von Preston, fragte die von der Assemblee zur Entgegennahme der Bittschrift abgeordnete Kommission: „Was thun Sie in Frankreich, wenn Jemand einen Frank stiehlt?" „Wir rekurriren auf das Gesetz und strafen den Dieb," erwiderte das Kommissions-Mitglied Benoist d'Azy. Hierauf sagte der englische Arbeiter: „Wenn ein Gesetz sogar so kleine Interessen schützt, warum sollten Sie nicht auch eines haben zur Regelung viel wichtigerer Interessen, zur Verhütung viel schwererer Verbrechen, wo es sich nicht blos um Sicherung des Eigenthumes handelt, sondern um das Leben von Millionen Unschuldiger, um die Bewahrung vor unsäglichen Unglücksfällen, [//277//] wie man sie eben jetzt in Frankreich erlebt hat?" Und im Tone tiefster Überzeugung, mit wunderbarer Kraft des Ausdruckes zeigte dann der einfache englische Arbeiter, daß Frankreichs Unglück nur die unvermeidliche Folge der Übertretung des göttlichen Gesetzes sei, und darum müsse Frankreich der ganzen Welt ein gutes Beispiel geben, indem es zur Verhütung socialer Verbrechen seinen Einfluß aufbiete, ein Völkertribunal zu stiften.

---

[9] [1] Das Nähere über diese wohlthätigen Vereine siehe in „Études religieuses," année 1872[b], p. 883 et suivv.

[10] [2] Études a.a.O. p. 874.

Ähnliche Bestrebungen verfolgt die französische *„Vereinigung vom socialen Frieden“* (Union de la paix sociale), an deren Spitze der verdiente Socialpolitiker Le Play steht.[11] Richtet sie auch ihr Hauptaugenmerk auf die innere Gesellschaft – Familie, Werkstätte, Gemeinde, Provinz –, so vergißt sie doch auch die auswärtigen Angelegenheiten und die Propaganda gegen den heutigen Militarismus nicht. Allerdings kann Frankreich in seiner jetzigen Lage Nichts thun für Verwirklichung des edlen Planes, obgleich wir seinen Edelmuth in derartigen Dingen anerkennen müssen.

Soviel steht fest: zur Auferstehung unseres Erdtheiles ist ein oberstes Tribunal sämmtlicher europäischer Staaten nothwendig. So evident aber das Bedürfniß ist, so schwierig wird die Ausführung des Planes. Soll das Tribunal [//278//] etwa von Abgeordneten aller Staaten beschickt werden? Aber dann entsteht die ungeheure Frage, ob die Richter auch alle unparteiisch sein werden und sich gegen jede Bestechung unzugänglich bewähren; eine desto begründetere Frage, seitdem David Urquhart dem Lord Palmerston („Feuerbrand“) nachgewiesen hatte, daß derselbe um eine halbe Million Franken in russischem Interesse arbeitete.[12] Und wird sich der im Unrechte gebliebene Staat dem Urtheilsspruche fügen? Thut er es aber nicht, was dann? Sollen und werden die übrigen Staaten ihm für diesen Fall den Krieg erklären? Aber dann wird das Blutvergießen erst recht generalisirt. Bleibt jedoch die Sentenz ohne Sanktion, so ist das Tribunal ruinirt und kann abtreten. Endlich liegt das größte Hinderniß im modernen oder liberalen Staate selbst, der in sich absolut sein will, also keine höhere Behörde außer sich anerkennen will und darf. Immerhin jedoch haben die Bemühungen der Wackeren in England einige Frucht getragen. Schon zwei Mal hat Großbritannien sich einem Schieds-

---

[11] [1] Er gibt zu diesem Zwecke kleine (bisher fünf) Broschüren mit dem Haupttitel: „L'Union de la paix sociale,“ Tours, Mame 1871, ff, heraus. Im Jahre 1867 war er Präsident der Pariser Industrie-Ausstellung. Sein Hauptwerk ist: „Les ouvrier es européens,“ Paris 1855, Anfangs 60, nun 100 Franken; mit dem Preise gekrönt 1856. – „Monographies d'ouvriers des deux mondes,“ 4 vol 8", 1858 ff. – „La réforme sociale“ 3 vol., 4e éd. Paris 1871. – „L'organisation du travail,“ 3e éd. Tours 1871. – „L'organisation de la famille,“ Paris 1871.

[12] [1] „Études relig.“ Lyon 1872 f. p. 881, note. – Dasselbe gilt vom Socialisten Bakunin, eigentlich einem russischen Emissär zur Revolutionirung Frankreichs und Deutschlands. „Études rel,“ a. a. O. p. 877, note. – „Revue diplomatique,“ Paris, avril 1872.

gerichte unterworfen, in der Alabama-Angelegenheit dem zu Genf, in der Differenz wegen der Insel St. Juan dem des preußischen Königs. Wir untersuchen nicht, wie weit die Merkantil-Politik influirte, weil nach einfachster kaufmännischer Berechnung eine Indemnitätsbezahlung stets weniger kostspielig ist, als der glorreichste Krieg; das aber ist sicher, daß die öffentliche Meinung einem Schiedsgerichte günstig gestimmt, daher jener Rückzug mit Schaden für die englische Politik in den Augen des Volkes nicht ehrlos war.

[//279//] Während die bisher genannten Bemühungen für ein oberstes Friedenstribunal auf *sittlicher Grundlage*, dem Glauben an die göttliche Gesetzgebung, ruhten, erhob sich ein anderer Plan für die Pacificirung Europas, welcher ganz aus dem *realistischen Materialismus* erwachsen war.

In der Sitzung des norddeutschen Reichstages vom 15. Juni 1868 sprach man von der Absicht einiger Kabinette, eine allgemeine Entwaffnung zwischen den Mächten Europas zu verabreden. Da erhob sich der Abgeordnete Graf Moltke, der geniale Heerführer im nachherigen deutsch-französischen Kriege, und sprach: „Welcher vernünftige Mensch würde nicht wünschen, die ungeheuren Ausgaben, die in Europa in Voraussicht des Krieges gemacht werden, für Werke des Friedens verwendet zu sehen? Aber es ist gewiß, daß man nie auf dem Wege internationaler Unterhandlungen zu diesem friedlichen Ergebnisse gelangen wird. Ich sehe, um den erwähnten Zweck zu erreichen, nur ein einziges Mittel, und dieses ist, *daß sich im Herzen Europa's eine Macht bilde, welche, ohne selbst erobernd zu sein, stark genug sei, um ihren Nachbarn den Krieg zu verbieten*. Auch habe ich den Glauben, daß, wenn dieses segensreiche Werk erfüllt werden soll, es von Deutschland ausgehen muß, aber nur dann, wenn Deutschland genügend stark, d. h. *einig sein wird*." – Da haben wir den Plan. Der europäische Militarismus kann nur dadurch bewältigt werden, daß Deutschland an Heeresorganisation und Schlagfertigkeit den ganzen Erdtheil überbietet, somit jedem anderen kriegslustigen Staate im Kommando-Tone zuherrschen kann: „Stecke dein Schwert in die Scheide; denn wenn du dein Schwert gebrauchst, so wirst du durch das *meinige* zu Grunde gehen." Nach Außen ist dieser Plan seit dem Frühlinge 1871 volle [//280//] Wahrheit geworden; das „europäische Gleichgewicht" ist in bester Form zu Grabe getragen, und Preußen an

der Spitze des Erdtheiles. Aber Niemand glaubt uns, daß wir „selbst nicht erobernd“ seien; ja man traut dem neuen Kaiserreiche in diesem Punkte alles Mögliche zu. Und so wenig der Teufel durch Beelzebub, so wenig wird der Militarismus durch den Militarismus ausgetrieben. Das zeigt sich eben in dem Augenblicke, da wir diese Zeilen schreiben. Das übermächtige deutsche Militärreich stößt überall auf Mißtrauen, es ist isolirt, ohne Freunde. Wohl stark genug gegen jeden Staat im disjunktiven Sinne, muß es dennoch vor einer Kollektiv-Allianz gegen sich bange sein. Durch seine übermäßige Heeresmacht hat es allen Mächten den Anstoß gegeben, auch ihrerseits das Heer zu vergrößern und besser zu bewaffnen; durch sein barsches Auftreten hat es seine etwaigen Freunde entfremdet und im Grunde des Herzens sagt zu ihm jeder auswärtige Staat, was Göthe's Prometheus zum alten Zeus spricht: „Ich – dir dienen!“

Also stehen wir vor dem allseitigen Wunsche nach einem allgebietenden obersten Völkertribunale. Wir *müssen* es haben, sonst gehen wir Alle am Militarismus zu Grunde. Aber dasselbe von Abgesandten der Mächte beschicken zu lassen, ist verfänglich, ja am Ende gefährlicher, als der bisherige Zustand; ein übermächtiges Militärreich an der Spitze Europas dagegen führt zum Universalkriege und schließlich auf dem Ruinenhaufen zu einer asiatischen Universal-Monarchie und dem Despotismus des Säbels. Demnach müssen wir ein anderes Rettungsmittel suchen, aber zuvor noch von der *Wiedergeburt unserer Staaten im Inneren* ein Wort sprechen. [//281//]

II. Die Rückkehr des Staates zum christlichen Charakter

Die Krankheit unserer modernen Staaten ist *innerlich*; erst infolge derselben ist die brutale Macht des Eisens die oberste Norm des internationalen Verkehres geworden. Dreifach ist das Übel der modernen Gesellschaft: *die Emancipation von Gott, die Herrschaft der menschlichen Leidenschaften, die Tyrannei der physischen Gewalt oder der thörichten Kopfzahl*. Aus dieser dreifachen Quelle ist unser ganzes gesellschaftliches Elend emporgesprudelt. Wir dürfen in Ewigkeit keine Besserung hoffen, wenn

der Staat den drei Idolen nicht den Rücken kehrt und sich nicht zur *Anerkennung Gottes, zur Herrschaft der Gerechtigkeit, zur Hochschätzung der idealen Güter* zurückwendet. Dann erst können die in Eisen starrenden Nationen entwaffnen, wieder eine Völkerfamilie unter einem väterlichen Oberhaupte bilden, die Gefahren einer neuen und zwar der schrecklichsten Barbarei abwenden und in friedlichem Wetteifer die sittlichen Tugenden, Kunst und Wissenschaft, Landbau und Gewerbe pflegen.

1. *Der Staat muß Gott als höchsten Gesetzgeber und Urquell des Rechtes, als den obersten Herrn des Menschenlebens wieder anerkennen.*

Ein „Staat ohne Gott" ist ein Unsinn und eine Blasphemie; ein Unsinn, weil ja gerade das Volk den Staat ausmacht, unsere Völker aber zum Glücke in ihrer übergroßen Mehrheit noch an Gott glauben. So wenig man den paar Hunderten von Geisteskranken zulieb unser [//282//] Gemeinwesen zum Narrenhause machen darf, ebenso wenig darf man im Interesse der wenigen atheistischen Bramarbasse die Gott–losigkeit in den ersten Paragraph einer Verfassungsurkunde einschmuggeln. Der Staat ohne Gott ist eine *Blasphemie* gegen den wirklichen Gott, wie der Ausdruck „die preußische Republik" ein Majestätsverbrechen gegen die Dynastie Hohenzollern wäre. Durch die Leugnung Gottes im Staatsleben sind wir um Sonnenfernen hinter die Kultur des Mittelalters zurückgeschleudert und zu Anbetern des Fetisches *Eisen* geworden. Unsere mittelalterlichen Ahnen hatten ein heißeres Blut und kriegerischere Sitten, als wir, ihre verweichlichten Nachkommen; aber ihr Glaube war lebendiger, die Hochachtung vor Gott und Seiner Offenbarung war allgemein. Oft allerdings gewann die plötzliche Hitze den Sieg über die Lebendigkeit des Glaubens, aber schließlich siegte doch immer die Religion über die Leidenschaft und vereinigte die Gegner auf dem Schlachtfelde als Brüder in dem Einen Glauben an den Stufen des Altares. Der damalige Staat war nicht stark genug, um die tausend kleinen Fehden hintanzuhalten; aber dieselben waren nur kleine Schlägereien zwischen Kriegsknechten im Vergleiche zu unseren heutigen Racenkriegen; ein einziger Schlachttag der Neuzeit schafft mehr Krüppel in die Welt und Todte aus der Welt, als im Mittelalter die Fehden eines halben Jahrhunderts. Und endlich wurde doch immer das Christenthum mit seiner sittigenden Kraft wieder Meister über die wilden Kameraden; während man es jetzt aus dem großen Völkerleben zu verbannen sucht, jeden Staat zu seinem

eigenen obersten Gesetzgeber, zur obersten Quelle jeglichen Rechtes erklärt und die geistige Einheit und jedes gemeinsame rechtliche Band mit anderen Staaten verloren hat, also noch einzig sein Heil im Militarismus findet. Der alte Grieche hatte doch wenigstens [//283//] einen Zeus, der auch den Fremdling schützte (Ζεὺς ξένιος); wir haben nicht einmal den mehr.

Unser Staat muß Gott wieder als obersten Gesetzgeber, den Dekalog wieder als internationales Gesetzbuch anerkennen. Von unersetzlicher Wichtigkeit sind besonders das fünfte, siebente, achte und zehnte Gebot: *„Du sollst nicht tödten;“ „du sollst nicht stehlen* (rauben);“ *„du sollst* (auch als Diplomat und Staatsmann) *kein falsches Zeugniß geben gegen deinen Nächsten;“ „du sollst nicht begehren deines Nächsten Gut*.“ Durch diese vier Grundgesetze ist der Massenmord ohne zwingenden Grund, Raub und Plünderung im sogenannten Feindeslande, die Ränkesucht der um einen Kriegsvorwand verlegenen Diplomatie und die Eroberungssucht, im Namen des Allerhöchsten den menschlichen Individuen und Gesellschaften verboten. Ganz besonders aber ist der Mord als himmelschreiendes Vergehen gebrandmarkt. *Nur Gott ist der Herr über das Leben des Menschen*. Blos in ganz bestimmten Fällen darf die Obrigkeit im Namen Gottes einem Verbrecher das Leben aberkennen durch die Todesstrafe; aber sie thut es einzig bei den schauerlichsten Missethaten und unter tausend Vorsichtsmaßregeln, weil sie lieber hundert Schuldige freilassen, als einen einzigen Unschuldigen durch Justizmord in's Grab bringen will. Aber wo es sich um das Leben und Glück von Hunderttausenden handelt, im Kriege, fühlt man mit Einem Schlage keine Skrupel mehr. Und doch kann der einzelne Krieger, welcher mitmorden muß, im Namen seines persönlichen Gewissens Beruhigung fordern. Der edle David Urquhart erzählt hierüber einen rührenden Zug aus seinem Leben. Rußland hatte im Kriege gegen die Türkei 1828 sich über die bisherigen Regeln des Völkerrechtes weggesetzt und so das erste Beispiel unserer jetzigen internationalen Anarchie [//284//] gegeben; denn am nämlichen Tage, als in St. Petersburg die Kriegserklärung veröffentlicht worden war, hatte es, ohne das vorschriftsmäßige Interstitium, die Feindseligkeiten an der unteren Donau begonnen. Statt den Angriff zurückzuweisen, blieb die türkische Armee unbeweglich; so bemächtigten sich die Russen mühelos der befestigten Stadt Kiliah. Bald nachher hörte

Urquhart diesen Vorfall aus dem Munde ottomanischer Soldaten und fragte sie nach dem Grunde ihrer damaligen Unthätigkeit. Sie erwiderten ihm: „Wie hätten wir Feuer geben können? Das ‚Fetwa' war noch nicht verkündigt!" Als das Erstaunen des Engländers bei diesen Worten nur noch größer wurde, faßte einer der türkischen Soldaten die Muskete, küßte den Kolben und rief: „Wenn ich diese Waffe gebrauche, bevor sie den Segen Gottes erhalten, so hat sie mir der Teufel in die Hand gegeben." Da begriff Urquhart, daß nur ein Skrupel in Betreff der socialen Gerechtigkeit an der Unthätigkeit der Türken vor Kiliah Schuld war: sie wollten lieber den feindlichen Russen einen großen Vortheil lassen, als ohne höhere Bevollmächtigung den Angriff abwehren. Das ‚Fetva' nämlich, ohne welches der türkische Soldat weder den Säbel zieht noch Feuer gibt, ist nicht etwa eine bloße Kriegserklärung, nicht einmal ein Akt der staatlichen Behörde, sondern vielmehr ein *religiöses Urtheil*, wodurch der Ulema[13], die höchste sittliche und religiöse Auktorität des Türken, erklärt, daß der Krieg *gesetzlich* und *nothwendig* sei. Also kann in der Türkei weder der Staat [//285//] den Beginn der Feindseligkeiten anordnen, noch der Militär-Befehlshaber den Angriff kommandiren, *wenn nicht erst das Gewissen der Officiere und Soldaten durch die religiöse Behörde beruhigt ist*. Man muß darüber den Engländer selbst hören. Urquhart schrieb an den anglikanischen Bischof von Oxford: „Ich schämte mich bis ins Herz hinein, und es kam mir vor, als schaute ich zum ersten Male das Licht der Vernunft. Ich erblickte, in Betreff der großen Kämpfe menschlicher Leidenschaften, in Menschen ohne Erziehung einen Sinn für Recht und Unrecht, den mir meine Religion, die in diesem Punkte auf ihren Einfluß und ihre Pflicht vergessen, niemals mitgetheilt hatte. Ich hatte eben (als Philhellene) im Kriege zwischen der Türkei und Griechenland mitgefochten; also bin ich ein Straßenräuber gewesen, ja, ich war es noch; und ich hatte gar keine Gewissensbedenken empfunden! Ich kann meine Gemüthsbewegung nicht besser beschreiben, als indem ich gestehe: Wenn es ein Tribunal zur Bestrafung meines Vergehens gegeben hätte, ich

[13] [1] Ulema ist in der Türkei eine zugleich gerichtliche und priesterliche Körperschaft. Ihr Chef ist der Scheich ül Islam = „das Haupt (der Alte) des Islam", die zweithöchste Würde des Reiches, mit dem Titel „Hoheit" wie der Vezir. Derselbe ist weder Priester noch Gerichtsperson, seine eigentliche und wesentlichste Befugniß ist Auslegung des moslemischen Gesetzes.

wäre damals vor es hingetreten und hätte mich seinem Gerichte überliefert. Nach einer schlaflosen Nacht wurde ich von dem Gedanken betroffen, daß meine Landsleute nicht besser daran seien, als ich, ja, daß ganz Europa in dem Irrthume, über welchen ich mich so schämte, verstrickt liege. Damals faßte ich den Entschluß, mein Leben zur Befreiung der Mitmenschen aus jenem Irrwahne zu verwenden."[14] – Und der Mann hat Wort gehalten. Aber in einem Punkte hat [//286//] er sich getäuscht, nicht die christliche Religion trägt die Schuld an unserer militaristischen Gewissenlosigkeit, sondern die liberale Gleichgiltigkeit in Sachen des Christenthumes, das schweifwedelnde Byzantinerthum und die Luft der antitheistischen Humanität, die wir Alle athmen.

Gott ist nach der Lehre der heiligen Schrift ein strenger Rächer jeglicher bösen That; Er verabscheut die Habsucht des Einzelnen und die Eroberungssucht eines Staates. Die Eroberer sind nie glücklich gestorben, ihre Reiche entweder bald zerfallen oder beständigen Kriegen und inneren Kämpfen ausgesetzt gewesen. Unsere Staaten müssen wieder an Gott und Sein Gesetz glauben, unsere Herrscher wieder den Grundsatz Friedrich Wilhelm's IV. von Preußen bekennen: „Ich und mein Haus, wir wollen dem Herrn dienen." Dann gibt es wieder ein internationales Gesetz, dann einen Gesetzgeber über *allen* Staaten, wieder eine Stimme des Gewissens in den Herzen unserer Staatsmänner, welche sich für desto größer halten, je burschikoser sie sich über Gott, Gewissen und Recht wegsetzen. Und wenn es von Oben nicht gehen will, so wird das *Volk* desto dringender nach Wiedereinsetzung des Christenthumes in das tausendjährige Recht verlangen. Nach dem Sturze des Korsen gelobten die drei Souveräne, künftig die innere und äußere Politik nach den Grundsätzen des Christenthumes einzurichten; die Meinung war gut, wenn auch das angebliche „Christenthum" jener Tage ein ausgelaugter Rationalismus war. So wird es auch infolge der Lasten und Schrecken unseres Militarismus gehen. Ist der Dekalog und Jener, Der ihn gegeben, wieder an der Spitze der Staaten, dann kann man entwaffnen; und

---

[14] [1] „Études religieuses," 1872, b. p. 877 et suivv. – Der nämliche Urquhart, der sich während des vatikanischen Koncils in Rom aufhielt, benützte seinen Kredit bei den Orientalen und seine Kenntniß der türkischen Zustände dazu, um die morgenländischen Bischöfe vor den Schlingen der Napoleonischen Diplomatie zu warnen.

sobald sich diese Erkenntniß Bahn gebrochen, werden auch die servilen Volksvertreter so sprechen müssen.

2. *Statt der menschlichen Leidenschaften muß die Gerechtigkeit herrschen.* Die allgemeinste [//287//] Regel für unser Verhalten zu anderen Menschen ist: „Was du nicht willst, daß man dir thue, das thue auch keinem Anderen.“ Was dem Privatmanne nicht gestattet ist, darf auch der Staatsmann nicht thun; was der Bürger dem Bürger nicht zufügen soll, soll auch der Staat dem Staate nicht anthun. Es gibt nur eine einzige Moral für Alle.

Durch den Liberalismus ist unser moderner Staat in eine schauerliche Ungerechtigkeit hineingerathen, ist über den Bürger eine Sklaverei gekommen, welche wir nur darum weniger empfinden, weil wir sie von Kindheit an getragen haben.[15] Eine Bekehrung des Gemeinwesens von dieser Ungerechtigkeit nach Innen und Außen ist nun zugleich der Tod des Liberalismus.

[//288//] Vor Allem muß die berechtigte *persönliche Freiheit des Menschen* wieder zu Ehren kommen gegen die liberale Tyrannei.

Der Einzelne hat gegenüber von Jedem, auch dem Staate, das *Recht auf das Leben*; ein Recht, das sogar von der primitivsten Gerechtigkeit

---

[15] [1] Auch billige Protestanten erkennen es. So sagt E. Graf *Baudissin-Dreikronen* in seinem *„Schleswig-Holstein'schen Landeskalender für das Jahr 1875“* unter Anderem: „Aber wir wollen doch frei sein, und die Liberalen versprechen uns Freiheit! so sagt wohl der Eine und der Andere. Freiheit ist etwas Herrliches und Hohes, wer wollte die nicht? Unsere Vorfahren haben mehr als einmal das Leben für die Freiheit eingesetzt, und zuletzt thaten es noch mit allen Ehren unsere Kampfgenossen von 1848. Wenn nun unsere Väter und Brüder so oft schon für die Freiheit geblutet haben, so ist wohl anzunehmen, daß man hier im Lande schon seit ziemlich langer Zeit etwas von Freiheit gewußt hat, und daß es nicht nöthig ist, sich darüber durch eingewanderte Professoren und Zeitungsschreiber belehren zu lassen. – Vielleicht aber wäre doch die neumodische ‚liberale' Freiheit besser als unsere alte schleswig-holsteinische; wer wollte sich nicht gerne von der geistigen Strömung tragen lassen, die ganz Deutschland durchzieht! Aber: an ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen! Und welches sind *denn die Früchte unseres Liberalismus? Doktrinäre Experimente und Gewaltthätigkeiten*. Doktrinäre Experimente auf den Gebieten des Staates und der Gemeinde, des ländlichen und des städtischen Gewerbes, der Schule und der Kirche. Gewaltsame Annexionen haben die Bewunderung der ‚liberalen' Erfinder des Selbstbestimmungsrechtes gefunden und nie sind in rascherer Folge polizeiliche Ausnahmegesetze votirt, als von den ‚liberalen' Schwärmern für Freiheit und Gleichheit. Es ist kein Wunder, daß diese Früchte nicht nach dem Geschmacke des Schleswig-Holsteiners sind; auf die Länge wird sich Jeder den Magen daran verderben müssen.“

anerkannt werden muß. Nur der Sklave hatte im heidnischen Griechenlande und Rom vor seinem Herrn kein Recht auf das Leben, er war Sache, die vom Besitzer je nach Bedürfniß oder Laune konnte vernichtet werden. Aber mit dem Siege des Christenthumes wurde diese sociale Ungerechtigkeit nebst der Sklaverei aus der Welt geschafft; selbst der mittelalterliche Leibeigene hatte sein jus vitae. Aber siehe da, der moderne Staat hat die alte Barbarei wieder auferstehen lassen und übt sie sogar gegen *freie Bürger*; er macht sich zum Herrn über ihr Leben, indem er nicht blos Einen oder Zwei, sondern viele Tausende in den Tod schickt, oft ohne sittlichen und zwingenden Grund. Denn was für unverantwortliche Kriege haben wir seit achtzig Jahren gehabt! Was ist aber der Krieg Anderes, als ein Todesurtheil gegen unbestimmt viele freie Bürger, die man erst unter die Fahne *gepreßt* hat und dann zum Tode oder zur Verstümmelung führt? Das ist eine schauerliche Allmacht über Leben und Tod, die sich der moderne Staat zuschreibt. Und wenn gar ein Krieg aus Bosheit, Eroberungssucht, Zorn und Rachsucht unternommen ist, oder, wie der dritte Bonaparte that, um die innere Unzufriedenheit über *seine* [//289//] *eigenen Thorheiten* auf schuldlose Völker nach Außen abzuladen: welch ein Meer der Schuld an fremdem Glücke, Wohlstand, Leben und Freiheit fließt dann zusammen! Ist das nicht die schauerlichste Tyrannei, d.h. ein Mißbrauch der obersten Staatsgewalt zum Nachtheile der Gesellschaft, deren Wohlergehen man von Gottes- und Rechtswegen befördern müßte? Die souveräne Gewalt, mag sie von einem Monarchen oder einer republikanischen Mehrheit ausgeübt werden, hat nie und nimmer solche Gewalt über das *Leben* des Bürgers oder des Ausländers. Es geht mit dem Kriege, wie mit der Nothwehr; beide sind nur im Falle eines *thatsächlichen, nicht anders abzuwehrenden Angriffes* sittlich erlaubt; ja, der Krieg ist nur die Nothwehr eines ganzen Volkes gegen ein feindlich einfallendes Volk. Die moderne Politik weiß das sehr gut, bemüht sich daher, das Gehässige der Offensive auf das fremde Opfer abzuladen, das man so lange quält und chikanirt, bis es endlich ehrenhalber zum Säbel greift. Diese Diplomatie ist aber um kein Haar besser, als die Handlungsweise eines altbayerischen Raufboldes, der mit dem ausdrücklichen Vorsatze auf den Kirchweihtanz geht, daß es „heute Etwas absetzen“ müsse. Will sie in ihrer bisherigen Bahn beharren, so muß sie sich mit Geworbenen und Freiwilligen begnügen, welche ja zum

Voraus den Kontrakt aus eigenster Selbstbestimmung abschlossen, aber sie darf nicht den Bürger zum Opfer seines Lebens zwingen. Diese barbarische Mißachtung des Menschenlebens muß aus unserem liberalisirten Staate verschwinden, sie ist ein schreiendes Vergehen gegen die Gerechtigkeit. Dann ist dem Militarismus der Lebensnerv abgeschnitten, und kann erst ein höchstes Völkertribunal Recht sprechen.

Aus Gerechtigkeit muß der Staat ferner die *persönliche Freiheit* wieder zu Ehren bringen und anerkennen. [//290//] Der Bürger ist frei in seiner *Berufswahl*, frei in seinem *Gewissen*, kann also nicht so ohne Weiteres zu einem bestimmten Berufe gezwungen, kann nicht in einen Krieg geführt werden, von dessen Gerechtigkeit und Nothwendigkeit er nicht selbst überzeugt ist; denn Niemand hat ein Recht, ihm einen Mord aufzutragen.[16] Wer aber soll entscheiden, ob der Krieg, dessen schwarze Wolken am Himmel sichtbar werden, nothwendig und sittlich sei? Etwa der erste Minister des Landes? Aber Niemand ist Richter in eigener Sache! Oder ein anderer Staat? Aber dem Staate kommt ein solches Urtheil über Sittlichkeit nicht zu, was auch der Pantheist Hegel dagegen fabeln mag. Oder ein inländisches Tribunal unabhängiger Richter? Aber diese können nur bestimmen, was bei inneren Angelegenheiten Recht oder Unrecht sei, haben keinen Einfluß auf das Gewissen des Menschen, sind der Pression von Oben jederzeit ausgesetzt; schon viele Justizmorde sind von Richterkollegien ausgegangen, und eben jetzt hat man kein zu großes Vertrauen mehr zu Menschen, die einer Partei oder gar einem Geheimbunde angehören, die eine höhere Stufe in der Beamten-Hierarchie erklimmen möchten. Das Urtheil über die Sittlichkeit oder Unsittlichkeit eines Krieges kann nur von einer *unabhängigen religiösen Behörde* ausgehen; sonst ist das Gewissen des Einzelnen nicht beruhigt.

Der Staat hat die Gerechtigkeitspflicht, das *Recht der Familie* anzuerkennen. Die Familie aber hat *vor* [//291//] *allen Anderen* einen unleugbaren Anspruch auf ihr Haupt und ihren Ernährer, auf den Familienvater! Wer wollte es wagen, ihn vom Herde wegzurufen und in einen aus-

---

[16] [1] Im Testamente des heil. Königs Ludwig von Frankreich an seinen Sohn lesen wir die schönen Worte: „Hüte dich, gegen einen christlichen Fürsten Krieg zu führen, außer nach dem Rathe Vieler, und *nur dann, wenn der Krieg unvermeidlich ist.*“ Cave bellum geras adversus christianum quemquam, nisi ex consilio multorum, *et ita, si bellum evitare non possis.*

wärtigen Krieg zu führen? Ja, der Staat hat die heilige Pflicht, den Familienvater in diesem seinem Rechte zu schützen. Ist diese Erkenntniß wieder in die Völker eingedrungen, so ist ein Militarismus nicht mehr möglich.

Es liegt endlich dem Staate ob, den *Wohlstand* der Familien zu fördern, allerwenigstens nicht *selbst* Etwas zu thun, wodurch Tausende von Haushaltungen in die Gefahr des Bankerottes gerathen. Aber gerade dieser Eingriff in's Privatvermögen geschieht vom modernen Staate durch seine Übersteuerung und ganz besonders durch die Blutsteuer. Eine einzige Mobilisirung im Militärstaate ist ein Todesurtheil gegen das Vermögen sehr vieler Familien, somit zugleich ein Schlag auf die Lebensader des Staatswohles.

Der christliche Staat achtet die *Selbstregierung der einzelnen Körperschaften*, überhaupt das korporative Leben der Gesellschaft. Je enger in sich gegliedert, je freier und daher regierungsfähiger die einzelnen Korporationen, weltliche und geistliche, gewerbliche und wissenschaftliche, sind; je unabhängiger man die Gemeinden und Provinzen stellt, desto mehr regiert und schützt sich die Gesellschaft selbst.[17] Erst seitdem der

---

[17] [1] Der obengenannte Graf E. *Baudissin-Dreikronen* macht a.a.O. Vorschläge zur Besserung der vom Liberalismus gebrachten Schäden. Nachdem er vor Allem einer „Wiederbelebung des Christenthumes" das Wort geredet, fährt er fort: „Das Zweite ist die Erhaltung, Umbildung oder Neubildung kleinerer Organismen innerhalb des Staates oder Reiches. Der Liberalismus hat diese Organismen, welche eine frühere Zeit in reicher Fülle hervorgebracht hatte, zum großen Theile vernichtet oder zu vernichten gestrebt und uns statt dessen mit der nichtssagenden Würde des Staatsbürgers beschenkt, die für Alle so gleich ist, daß jetzt sogar daran gedacht wird, in dieser Beziehung den Unterschied der Geschlechter fallen zu lassen. Aus diesem allgemeinen Staatsbürgerbrei müssen wir, anknüpfend an unsere bisherige Geschichte, wieder zu organischen Gestaltungen gelangen. Dafür kann man Das, was der ‚Liberalismus' in oft wiederholten Redensarten Gemeinde, Kreis, Provinz nennt, nicht halten, denn wenn der Liberalismus dabei auch mitunter von Selbstverwaltung spricht, so versteht er unter jenen Bezeichnungen doch nur kleinere Abtheilungen des Staates, die ohne eigenes Leben ihr schablonenhaftes Dasein vom Staate empfangen. Daß diese Auffassung der historischen Wahrheit widerspricht, daß sie zur Verkrüppelung lebensfähiger Volksorgane und zur Verkümmerung gesunder Freiheit geführt hat, das Alles kümmert den ‚Liberalismus' sehr wenig, zeigt aber, wie nothwendig es ist, der liberalen Verwüstung entgegenzutreten. Wer hier meint, sich zurückziehen zu dürfen, der ladet unter allen Umständen eine schwere Verantwortung auf sich. Denn diese kleineren Organismen sind ganz unentbehrlich für wahre politische Freiheit. Sie allein geben in Wahrheit Jedem Gelegenheit, an seinem Orte und nach seinen Kräften an der Ausgestal-

liberale Staat alles korporative Leben zerstört und darum Alles in das Ressort [//292//] der obersten Regierung gezogen hat, infolge der socialen Atomisirung und der kopflosen Centralisirung, muß auch er allein für die öffentliche Sicherheit sorgen und an tausend Plätzen seine Gensdarmen aufstellen, wo eine freiere und selbstbewußtere Zeit keinen einzigen bedurfte.

Ganz vorzüglich aber müssen wir zur *Gerechtigkeit im internationalen Völkerleben* zurückkehren. Der jetzige Zustand ist eine wahre Anarchie: man zwingt und zerrt einen friedlichen Nachbarstaat zum Kriege; man spricht von Annexionen, als wären sie so unschuldig, wie die Jagd [//293//] auf einen Sperling. Das ist unchristlich, unmenschlich, barbarisch. – Während der Minderjährigkeit Karl's VIII. von Frankreich hatte der Herzog der Bretagne, Franz II., Krieg gegen seinen Oberlehensherrn begonnen, war aber in der Schlacht bei St. Aubin-du-Cormier geschlagen worden und bat um Frieden. Was lag nach modernen Begriffen dem französischen Könige näher, als eine Annexion des bretonischen Herzogthumes? Und wirklich riethen einige königliche Hofräthe dazu. Als aber die Reihe an den Hofrath Wilhelm von Rochefort kam, sagte derselbe: „Meine Vorredner zeigten, daß die Eroberung der Bretagne leicht sei; aber noch Niemand hat untersucht, *ob sie auch gerecht sei.* Und doch mußte man damit beginnen. Ohne Zweifel ist es einem *religionslosen Fürsten* genug, daß ihm ein Nachbarland gut anstehe, damit er sich zu dessen Wegnahme berechtigt glaube; aber ein christlicher Fürst muß im Benehmen anderen Regeln folgen. *Er ist der Welt das Beispiel der Gerechtigkeit schuldig*. Der König beruft sich, das weiß ich, auf gewisse Rechte in Betreff der Bretagne; aber dieselben sind noch keiner rechtlichen Prüfung unterzogen worden. Also ernenne man schleunigst wohlunterrichtete und ehrliche Kommissäre, man übergebe ihnen die betreffenden Urkunden und lasse ihnen volle Freiheit der Entscheidung. Werden nach einer ernstlichen Untersuchung die Ansprüche des Königs als ungerecht, oder *auch nur als zweifelhaft erfunden*, so bedürfen wir keine Bera-

---

tung des gegliederten Volksleibes mitzuwirken. Das bloße Wählen zu einer Versammlung, in der Gesetze beschlossen werden, die für ein so großes Gebiet gelten sollen, daß sie meistens, wenn sie an einem Orte passen, für den anderen unpassend sind, macht die Freiheit nicht aus."

thung mehr. Und wäre die Eroberung der Bretagne auch nochmal so leicht, so muß man darauf verzichten." Der ganze Staatsrath trat dieser Ansicht bei. So redete und handelte man in einer Zeit, als die christliche Gerechtigkeit noch die Grundlage der Staaten war, nicht aber der völkervernichtende Militarismus, der Diener der niedrigsten Leidenschaften.

[//294//] Wir wissen allerdings, daß der Krieg solange in der Weltgeschichte auftreten wird, als es gefallene, sündhafte Menschen gibt, welche im Kampfe gegen das Böse im eigenen Herzen nicht immer siegen; aber es ist ein ungeheurer Unterschied, ob das Böse nur zeitweilig und ausnahmsweise auf die Oberfläche dringt und schließlich dem Guten die Ehre läßt, oder ob es die *ständige Norm* im internationalen Verkehre, ob es im höllischen Mißbrauche *das allgemeine Völkerrecht* wird. So wie die Sachen jetzt stehen, ist die Leidenschaft die Lehrmeisterin der Diplomatie, der Appell an's rohe Eisen der erste und der letzte Beweisgrund, der Krieg gerade dasjenige, wonach der Stärkste verlangt, wie das Kind nach dem Christfeste. Der Überstarke mag ein Heer bereit halten, das wirklich eine *europäische Gefahr ist*, und Niemand darf dagegen mucksen, man darf sehen und doch Nichts sehen; der Minderstarke mag nur die klaffendsten Lücken seiner Armee nothdürftig ausfüllen, und man herrscht ihn barsch an: „Du rüstest zum Kriege gegen mich; beuge dich, oder du wirst vernichtet!" Fast jedes Halbjahr taucht ein Kriegslärm auf, welcher Handel und Gewerbe lähmt und die Völker mit bangen Sorgen erfüllt, Hunderttausende zum Pauperismus verurtheilt; nur die selbstlose Erniedrigung des Bedrohten besänftigt den Zorn des gewaltigen Polyphem, daß er nicht alsbald einige Tausende der kleinen Menschlein an dem nächsten besten Felsen zerschellt. So ist die Ausnahme, der Krieg, zur Regel, die Regel aber, der Friede, zur Ausnahme geworden. Das ist die Folge der Abkehr von Gott und von Seiner Gerechtigkeit: der Mensch ist seiner Leidenschaft überantwortet und in ihrer Sklaverei namenlos unglücklich.

Der liberale Militärstaat ohne Gott, ein Riese an Kraft und Wuth, aber ohne Licht, ist nichts Anderes, als Virgil's Polyphem, welchen Ulysses geblendet. hat, ein [//295//]

Monstrum horrendum, informe, ingens,
cui lumen ademtum.[18]

Er kann schrecken und durch materielle Masse imponiren, aber lange bestehen nimmermehr. Nur geistige, nach der göttlichen Gerechtigkeit ringende Mächte *bleiben* und werden trotz aller Schläge endlich *siegen*. Will der Staat nicht das Loos jeder Materie theilen, d.h. sich zersetzen und vermodern, so muß er wieder eine Seele erhalten; die Seele des Staates aber ist die christliche Gerechtigkeit nach Innen und Außen. Sie kostet kein Geld, nur Selbstüberwindung, und reducirt die größte Ausgabe der Gegenwart, das Militärbudget, um zwei Drittel.

3. *Statt der Tyrannei der physischen Macht muß der Staat wieder den Ehrenplatz den idealen Gütern einräumen*.

Der menschliche Staat ist ja nur berufen, das Ideal des Menschen zu erstreben, ein möglichst vollkommener *Kollektiv-Mensch* zu werden. So wenig nun herkulische Kraft, Wildheit eines Nimrod oder die Schätze eines Nabob den edlen Menschen konstituiren, ebenso wenig kann der Militarismus, allseitiges Gefürchtetsein und fette Kriegsbeute, die Idole des Materialismus, einen Staat zieren. Der Krieg insbesondere ist allerdings die erste Sorge einer Indianerhorde, aber die letzte eines gesitteten Staates. So sehen wir, daß unser materialiastischer [sic] Staat wohl mit dem Worte „Kultur“ sehr freigebig umgeht, aber im Grunde ein Barbarei-Staat ist und seine ganze Bildung einzig den von ihm als feindlich verfolgten Oppositions-Elementen verdankt, ohne welche er jählings der Verwilderung anheimfiele. Ebendarum findet er seinen einzigen Trost und Halt in der brutalen Waffenmacht, die natürlich [//296//] aus seinem innersten Wesen herausgewachsen ist, wie der Apfel aus der Blüthe.

Wollen wir daher des leidigen Militarismus los werden, so muß der Staat seinen rohen materialistischen Charakter ablegen und die idealen Güter hochschätzen.

Unter ihnen nimmt den obersten Rang die *christliche Religion und deren Organisation in der Kirche* ein. Die Kirche ist nicht blos die Wegweiserin des Menschen zu seinem ewigen Endziele, sondern auch eine Bürgschaft des Friedens unter den Völkern, der bürgerlichen Freiheit gegen

[18] [1] Aeneid. III, 658.

die Tyrannei, der Gesittung gegen die Gefahr einer neuen Barbarei. Ihren Einfluß hemmen, ist nichts Anderes, als die Verewigung des Krieges, die Erdrückung der Völker durch die Militärlast, der Freiheit durch eine tyrannische Partei, der Gewissen durch gottlose Gesetze, der Gesittung durch die Barbarei des neuen Heidenthumes.[19] Der Kirche als einer *höheren Lebensordnung* gebührt nicht blos gleichgiltige Duldung, sondern auch Hochschätzung von Seiten des Staates. Sie muß die höchste sittliche Macht unter den Völkern, die Lehrmeisterin des individuellen und des öffentlichen Gewissens, des Staats- und Völkerrechtes sein. [//297//] Denn ihrem Stifter ist „*alle* Gewalt gegeben im Himmel und *auf Erden*"; und wie Er gesendet war, mit derselben Vollmacht hat Er Seine Apostel ausgeschickt. Dieß raubt dem Staate kein Jota von seiner Herrlichkeit, sondern umkleidet ihn erst mit himmlischem Glanze, gibt ihm höhere *sittliche* Macht, so daß er der rohen *physischen* größtentheils entrathen kann, entreißt ihn den Umarmungen der Revolutionspartei und stiftet Frieden zwischen Kaiserthum und Priesterthum. Und ist die christliche Religion wieder die weltgebietende Macht unter den Völkern, so ersteht auch das Völkerrecht wieder als Garantie des Friedens und der Gerechtigkeit gegen die Wildheit des ewigen Krieges und der gierigen Eroberungssucht. Dann läßt sich entwaffnen, weil über Alle eine höhere, gemeinsame, göttliche Rechtsordnung gebietet, welche den Schwachen

---

[19] [1] Graf E. *Baudissin-Dreikronen* schreibt a.a.O.: „Aber der ‚*Kulturkampf*!' Was ist denn der ‚Kulturkampf'? Ist es ein Kampf gegen die Centrumsfraktion im Reichstage oder gegen das Unfehlbarkeitsdogma, gegen den katholischen Klerus oder gegen die katholische Kirche, gegen die lutherische Bekenntnißkirche oder gegen jede Kirche und gegen das Christenthum überhaupt? Der eine ‚Kulturkämpfer' gibt uns hierauf diese, der andere jene Antwort. Wie aber auch die Antworten der einzelnen Generäle dieser ‚Kultur'-Armee ausfallen mögen, der Thatsache wird man sich nicht verschließen können, daß das Korps der Officiere und Unterofficiere dieser Armee mit *jeder* christlichen Konfession auf sehr gespanntem Fuße lebt. Hier ist auch der Punkt, wo ‚Liberalismus' und Socialdemokratie sich am nächsten berühren. Wenn die ‚Liberalen' gewählt sein wollen, schelten sie freilich sehr auf die Socialdemokraten, bezeichnen sie als Reichsfeinde und belegen sie so mit dem neumodischen großen Banne. Hat man aber erst den ruhigen Bürger und Bauer glücklich mit dem ‚liberalen' Wahlzettel in der Hand an die Urne gebracht, und ist das Publikum dann bei einigen nichtssagenden Zeitungsartikeln über die sociale Frage wieder eingeschlafen, so finden sich im ‚Kulturkampfe', der nach ‚liberaler' Auffassung die Hauptaufgabe des Reiches ist, ‚*Liberale' und Socialdemokraten* sehr bald wieder *Schulter an Schulter gegenüber dem gemeinsamen Feinde, der Kirche*."

schützt, den Starken schreckt, Alle zur Gerechtigkeit verpflichtet, gegen den Übermüthigen eine Welt in Waffen aufbietet.

Dann werden die Staaten und die Völker wieder Hochachtung vor der *Tugend* zeigen, Lust und Mittel für Pflege der *Wissenschaft* und *Kunst* gewinnen, auch ein *Herz für die Armuth der Massen* haben. Kurz, der Staat wird wieder, was er sein soll, nicht ein Arsenal, welches die Millionen verschlingt, nicht eine enorme [//298//] National-Kaserne, in welcher die besten Volkskräfte brach liegen, sondern der Förderer der zeitlichen Wohlfahrt des Menschen.

III. Wiederherstellung der christlichen Völkerfamilie

Der Friede ist für die modernen Staaten ebenso kostspielig, wie früher der Krieg. Die einzelnen Völker, die keiner höheren Auktorität mehr unterstehen wollen, haben sich bis an die Zähne bewaffnet und sind in ihren gegenseitigen Beziehungen zu dem nämlichen Zustande der Barbarei gekommen, wie die verschiedenen Indianerstämme der Urwälder Amerika's, nur mit dem Unterschiede, daß unsere materielle Civilisation auch unsere Kriege unendlich verheerender macht, als die Kämpfe der Barbaren, die keine Wissenschaften und keine Industrie kennen. Angesichts der Moral sind unsere internationalen Verhältnisse im Zustande der Anarchie und der Verwilderung.

Welche Völker nennt man denn wilde? Nicht jene, in deren Mitte Verbrechen gegen das Gesetz und die Gerechtigkeit vorkommen, denn sie findet man überall unter Menschen, sondern jene, welche *gar keine Gesetze* gegen internationale Verbrechen, *gar keine Tribunale* zur Bestrafung derselben haben. Nun, gerade in diesem Zustande befinden sich die Völker Europas unter einander. Sie übertreten nicht blos die Vorschriften des Völkerrechtes – Solches ist zu allen Zeiten vorgekommen –, sondern sie haben das *Völkerrecht selbst* zerrissen und die einzelnen Fetzen desselben als nutzloses Papier mit Füßen getreten, und sind auf solche Weise genöthigt, über die alltäglichsten [//299//] und sonnenklarsten Dinge auktoritätslose Stipulationen zu vereinbaren, Übereinkünfte ohne jede Grundlage abzuschließen, obgleich sie im Herzen versichert sind, daß man morgen ohne sonderliche Reklamationen wieder brechen kann,

was man heute als hochheilig unterzeichnet hat. Hat man denn überhaupt noch ein Mittel, den Rechtsbruch und den Mißbrauch der Gewalt zu verhindern? Ja, man hat eines! Den *Krieg*; – also gerade jenes Mittel, dessen gewaltthätige Benützung man verhindern wollte. Im Schooße unserer hochgepriesenen modernen Civilisation bietet die christliche Völkerfamilie des Abendlandes dem Schwachen keine andere Garantie mehr gegen die Ungerechtigkeit des Mächtigeren, als jenes blutige Völkerduell, in welchem, ohne ein Wunder Gottes, der Sieg immer dem Stärkeren zufällt. Mit anderen Worten: die abendländische Völkerfamilie ist in einzelne Fragmente zersprengt, von welchen das kleinere stets fürchten muß, vom größeren zu Staub zerrieben zu werden.

Diese Zerreißung der christlichen Völkerfamilie und ihres gemeinsamen Rechtes stammt aus drei unglückseligen Ursachen, von welchen die nächstfolgende stets die logische Entwickelung der vorhergegangenen war: 1. aus der *Häresie des sechzehnten Jahrhunderts*; 2. aus dem *Naturalismus des liberalen Humanitäts- oder Kulturstaates*, der sich als absolutes Wesen in sich selbst abschließt, also ächt-barbarisch den Auswärtigen als Feind ansieht (hostis = Fremdling, Feind); 3. aus der *gewaltsamen Änderung der europäischen Karte* seit dem Emporkommen des dritten Bonaparte und infolge der drei letzten Kriege; eine Änderung, die letzten Ortes nur im Interesse der Geheimbünde war und den schauerlichsten Militarismus im Gefolge hatte. Um nun diesen letztgenannten Vampyr abzuschütteln, muß sich die [//300//] abendländische Menschheit zur *Wiederherstellung der christlichen Völkerfamilie* bequemen.

Vielleicht scheint unser Vorschlag dem Einen und Anderen phantastisch, ja in der Gegenwart unmöglich. Thut Nichts zur Sache! Schon Manches erschien als Traum, was nachher Wirklichkeit wurde; gerade die Völkerfamilie des Abendlandes war Jahrhunderte hindurch eine Thatsache. Was aber heute unmöglich scheint, ist morgen nicht blos möglich, sondern ein schreiendes Bedürfniß, ja die einzige Rettung. Kein Land der Erde, und weniger, als andere, unser in seiner Agrikultur und Industrie schwerverwundetes Deutschland, kann die unerschwinglichen Heereskosten auf längere Zeit aufbringen. Nach schweren und vernichtenden Kämpfen, zu denen noch schauerliche sociale Zuckungen kommen werden, *muß* man zum rettenden Brette im Schiffbruche greifen, *müssen* sich die hadernden und auf den Tod gehetzten Völker die

Hand reichen unter dem Bekenntnisse: „Wir sind ja eigentlich Brüder und Glieder Einer Familie; warum sollten wir uns gegenseitig aufzehren?“

Und die Wiederherstellung der christlichen Völkerfamilie ist nicht so schwierig, als man meint.

1. *Trotz der religiösen Spaltung ist doch eine hübsche Summe von Wahrheiten noch Gemeingut aller europäischen Staaten.*

Im Nordosten Europas sitzt allerdings das schismatische Rußland, das den Haß des Byzantiners Photios gegen den Papst geerbt und aus politischen Gründen unsäglich verschärft hat, das wohl ostensibel eine erhaltende und ehrliche Politik verfolgt, aber im Stillen auf Schwächung Englands und Frankreichs hinarbeitet und zu diesem Zwecke nicht einmal vor den verwerflichsten Mitteln, wie Unterstützung von Verschwörern und Bestechung von Parteihäuptern, [//301//] zurückschreckt.[20] Der übrige Norden unseres Erdtheiles ist der kirchlichen Revolution des sechzehnten Jahrhunderts, einer unermeßlichen geistigen Zersplitterung, der religiösen Kälte, dem Nihilismus und instinktiven Hasse Roms verfallen. Die katholischen Länder sind von Außen herein durch die Freimaurerei unterwühlt, großen Theiles zerrüttet und der Revolution dienstpflichtig. Wir können die geistige Zerrissenheit unseres Erdtheiles in den allerwichtigsten Grundwahrheiten des Menschen, in der Religion, nie genug beklagen; und es ist schwer, von einem gemeinsamen Familiengeiste zu sprechen, wenn jedes einzelne Mitglied in den wichtigsten Dingen, der Religion, seine verschiedenen Grundsätze hat. – Aber auf der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß die Nothwendigkeit des Friedens zu nahe liegt, daß man doch wenigstens christlich sein will, und daß die Völkerfamilie schon auf dem Grunde der oben angeführten vier Gebote des Dekalogs sich herstellen läßt. Über diese vier Gebote aber ist die ganze Menschheit einig, höchstens die Karaiben ausgenommen; sie sind ja die Grundlagen der Moral und sogar dem ungebildeten Menschen einleuchtend. Nur die verheerendsten Leidenschaften und die verächtlichste Eroberungssucht unter dem beschönigenden Nationalitätsprincip der Weltverschwörung konnten unseren Erdtheil bis zur öffent-

[20] [1] So benutzte es die Verschwörung der englischen Chartisten, der Socialisten, den elenden Palmerston. S. Études 1872 b., p. 876 et suivv.

lichen Räubermoral erniedrigen. Brächte nun diese letztere nationalen Reichthum, so könnte sie vielleicht noch länger vorhalten, aber die Erfahrung hat bewiesen, daß nicht blos der Besiegte, sondern auch der beutebeladene Sieger dadurch unglücklich wird; daß, wenn das historische Recht der kleineren Staaten geleugnet wird, überhaupt jedes Recht hinfällig [//302//] ist; daß die bürgerliche Freiheit in den ungeheuren Militärkolossen kein Plätzchen mehr hat, und nur die kleineren Staaten noch eine traute Wohnstätte wahrer Sittigung, daher ein Menschheits-Bedürfniß sind.

Je mehr sich nun die primitivsten Regeln der Moral als *nothwendiges Hausrecht* der europäischen Familie in den Geistern festsetzen, je kindischer und lächerlicher die Phantome blutiger Siege und vermeintlicher nationaler Größe erscheinen, je mehr die Geister nach dem tollen Rausche künstlicher Erregung ernüchtern, je drückender die Opfer des *realen* Patriotismus werden: desto mehr müssen auch unsere Staatsmänner der öffentlichen Strömung Rechnung tragen. Und wir wollten sehen, wer noch einen Krieg wagt, wenn die Völker sagen: „Wir sind des Krieges müde." Dann aber ist der Militarismus gegenstandslos geworden, der Racenhaß gilt als Ausgeburt der Hölle, der patriotische Kriegs-Paroxysmus als chinesischer Zopf, die allgemeine Wehrpflicht in Friedenszeiten als finanzieller Ruin der Einzelnen und der Staaten, der Friede als die eigentliche Aufgabe der auswärtigen Politik. Dann mag man sagen, was man will; Niemand glaubt mehr an Erbfeinde und verachtet den von käuflichen Federn gepredigten Haß als Dasjenige, was er ist, als ein Verbrechen gegen die einfachste Moral und gegen die Möglichkeit menschlichen Zusammenlebens. Ist aber dieß einmal öffentliche Meinung geworden, so haben wir auch wieder eine europäische Völkerfamilie.

2. *Dieselbe läßt sich desto leichter herstellen, weil ihre äußere Form bis heute bewahrt worden ist.*

Wir hören noch allgemein von „befreundeten Mächten" sprechen, der diplomatische Verkehr und die Vertretung durch Gesandte ist nicht nur europäische, sondern Weltsitte, [//303//] die gegenseitigen Besuche der Herrscher häufig und erfolgreich. Handel und Industrie sind kosmopolitisch geworden, der Völkerverkehr äußerst lebhaft, die geographischen Entfernungen durch Dampf und Elektro-Magnetismus verringert oder ganz aufgehoben. Bis zu den alltäglichsten Lebensgewohnheiten

herab strebt die moderne Menschheit nach inniger Durchdringung, nach Einheit. Unser Erdtheil insbesondere bildet durch Handels-, Post-, Telegraphen-, Maß-, Münz-, Gewichts-Verträge wenigstens für *materielle* Dinge eine viel inniger geschlossene Familie, als je im Mittelalter. Und gerade der materialistische Zug unserer Zeit trägt, so verwerflich er an sich ist, doch auf der anderen Seite zum brüderlichen Neben-Einander-Wohnen der Völker bei, weil auch der kürzeste Verstand einsieht, daß der Unfriede zehrt, der Friede nährt.

3. *Die Grundregeln der Völkerfamilie müssen von der Kirche aufgestellt werden.*

Daß Mord, Verleumdung und Haß, Raub und Jagen nach fremdem Gute unsittlich sind, ob sie im Kleinen oder Großen, von Privaten oder Königreichen begangen werden, das weiß und bekennt die ganze Welt. Die Staaten machen es aber bei der einzelnen Sünde genau, wie jeder Sünder: sie entschuldigen ihre Handlungsweise so, daß dieselbe nicht unter eine der vier genannten Rubriken fallen soll. Der Angriffskrieg wird Nothwehr, die Verleumdung diplomatischer Scharfsinn, der Haß Patriotismus, der Raub gerechte Vergeltung, die Eroberungssucht providentielle Mission. Deßhalb ist es für Wiederherstellung der europäischen Völkerfamilie unerläßliche Bedingung, daß die Grundregeln des Völkerrechtes von einer *neutralen, sittlich-religiösen Behörde*, d.h. von der Kirche, aufgestellt werden. Wir sagen: von der Kirche; denn bei dem gegenseitigen Mißtrauen der Regierungen ist von einem Kongresse Nichts [//304//] zu hoffen, wie die jüngste Vergangenheit bei dem russischen Projekte über Kriegsrecht wieder einmal gelehrt hat; sodann fallen die Grundregeln der menschlichen *Sittlichkeit* in das Ressort der Kirche, nicht aber des Staates; endlich ist nur die Kirche eine *Menschheits*-Anstalt, als geistige Macht vollkommen neutral, uneigennützig, auf das Wohl Aller bedacht, von der Vorsehung zur Lehrmeisterin aller Völker bestellt.

Dieser Plan war bei der ersten Ankündigung des vatikanischen Koncils von Engländern, vorzüglich Protestanten, mit allem Feuer der aufrichtigsten Überzeugung gefaßt und den Bischöfen unterbreitet worden. Ein dahin gehendes Postulatum war zuerst vom Patriarchen und den Bischöfen des armenischen Ritus, dann von allen Bischöfen, welche in Kommissionen saßen, und einer großen Zahl anderer Prälaten unter-

zeichnet, von der Kommission für Vorschläge (Postulata) genehmigt und dem Papste vorgelegt worden, welcher die Mittheilung des Antrages an die Kirchen-Versammlung verordnete.[21] Das Postulatum ging dahin: *Die heilige Kirchenversammlung möge feierlich die großen Grundsätze des Völkerrechtes verkündigen und die Nationen wieder an die unerläßlichen Bedingungen erinnern, wodurch der Vergießung von Menschenblut der Charakter des verbrecherischen Mordes genommen werde*.[22] Zwar wurden die Koncils-Arbeiten durch rohe Waffengewalt unterbrochen, und damit auch die Wiedereinführung der internationalen Gerechtigkeit verzögert; aber die Kirche dauert länger, als das Leben der Gewaltthätigen; wo sie [//305//] im Juli 1870 den Pflug hat stehen lassen, kann sie in späteren Jahren die Furche weiterziehen.

Hat die Kirche einmal die nothwendigsten Grundsätze des Völkerrechtes ausgesprochen und die dringendsten Formalitäten vor Ausbruch eines Krieges, wie z.B. Ultimatum unter genauester Formulirung des Streit-Objektes, Interstitium zwischen Kriegserklärung und Beginn der Feindseligkeiten, festgesetzt, so wird sich keine europäische Macht auf die Länge den allzu evidenten Sätzen verschließen können; halb gern, halb ungern werden sich schließlich alle beugen. Wir haben ja seit der Apostasie des sechzehnten Jahrhunderts bereits einen Präcedenzfall an der Einführung des gregorianischen Kalenders durch Papst Gregor XIII. im Jahre 1582, also in einer Zeit, da noch die Leidenschaften des Hasses gegen Rom so äußerst erregt waren. Und doch blieb allein Rußland bei seinem lächerlichen „alten Stile", die übrigen Mächte führten den verbesserten Kalender ein. Noch viel leichter wird die Einführung des vom Koncile zu erlassenden internationalen Völkerrechtes werden.

Es ist ein wahres Glück, daß diese Bewegung von *protestantischen* Engländern ausging, an deren Spitze Urquhart steht; ferner, daß die Friedens-Idee sogar von den revolutionären Bünden eifrigst verbreitet wird.[23] Die [//306//] Letzteren haben dabei allerdings bitterböse Hinter-

---

[21] [1] Nur zwei Herren von der Minorität, ein Kroate und ein Franzose, waren auch gegen dieses Postulatum.

[22] [2] Études, 1873 ap. 17.

[23] [1] Natürlich mußte sich die allezeit geschäftige Freimaurerei, wie in Alles, so auch in den Plan einer *Wiederherstellung des Völkerrechtes* einmengen. Das Genfer *„Institut für internationales Völkerrecht"* ist eine freimaurerische Stiftung. Zur Orientirung des Lesers entneh-

gedanken, aber das thut Nichts zur Sache, sie machen immerhin Propaganda für die Entwaffnung und sind schließlich doch nur

– – – – ein Theil von jener Kraft,
Die stets das Böse will, und stets das Gute schafft.

Infolge dieser allseitigen Propaganda bleibt dem modernen Staate nur die Wahl, das Völkergesetz des Friedens *entweder* aus der Hand der Kirche und der unter ihrer Fahne geeinigten guten Elemente, *oder* aus der drohenden Faust der Revolution anzunehmen. Im ersteren Falle gibt [//307//] es einen dauerhaften Frieden, im zweiten Falle inneren Umsturz und nach Außen einen höchst problematischen Frieden.

---

men wir der ‚*Freimaurer-Zeitung*' v. 27. März 1875, S. 102, die folgende Korrespondenz aus Ungarn: „An alle unter dem Schutze der St. Johannis-Großloge stehenden Logen hat letztere am 20. Jan. 1875 folgendes Kreisschreiben erlassen: „„Kurz nachdem zu Genf das Institut für internationales Völkerrecht gegründet worden, erging im December 1873 ein Aufruf an alle ungarischen Freimaurer, sie mögen zur Verbreitung dieser dem internationalen Rechtsbewußtsein in freimaurerischer Weise Ausdruck verleihenden Idee beitragen. Wir theilten sowohl das Programm des Institutes, als dessen Statuten im ‚Orient' vollinhaltlich mit, und der Aufruf schloß mit dem Wunsche: Jeder möge nach bestem Dafürhalten auf seine Weise für die Angelegenheit thätig sein."" – „„Die Zwecke des Instituts für Völkerrecht scheinen bei den meisten Brüdern großen Anklang gefunden zu haben, indem sich mehrere Logen bereit erklärten, mit einem größeren Geldbetrage zu einer Sammlung beizutragen, welche es der St. Johannis-Freimaurerei in Ungarn möglich machen soll, dem Institute korporativ als Ehrenmitglied beizutreten."" – „„Das Institut, welches zu wirklichen Mitgliedern Männer verschiedener Nationalitäten erwählt – nicht über fünfzig an der Zahl – die sich durch bedeutende Verdienste in der Theorie oder Praxis des Völkerrechtes ausgezeichnet haben, verleiht auch Gesellschaften, Städten oder Körperschaften, welche *dem Institute einen Betrag von mindestens 3000 Franken zuwenden*, die Ehrenmitgliedschaft."" – „„Daß es ehrenhaft und wünschenswerth ist, einem humanitären Institute als Mitglied anzugehören, daß insbesondere die ungarische Freimaurerei durch ihren Beitritt sich in der Achtung der ganzen Freimaurerwelt heben würde, möge Sie, ehrwürdiger Meister und geliebter Bruder, veranlassen, eine Sammlung im Bruderkreise zur Kompletirung der 3000 Franken einzuleiten, und deren Ergebniß der Großloge von Ungarn einzusenden, damit diese die ungarische Johannis-Maurerei repräsentirende Körperschaft die Ehrenmitgliedschaft im Institute für Völkerrecht erwerbe, und wir bei dessen nächster Jahresversammlung vertreten seien."" – Soweit der maurerische Erlaß. Er beweist uns, daß die von England und Frankreich ausgegangene Bewegung für Restauration des *christlichen* Völkerrechtes bereits einen großen Einfluß gewonnen hat, weil der nächtliche Bund sich bestrebt, dieselbe „*in freimaurerischer Weise*" zu verdrehen und zu vergiften. Die Maurerei weiß nämlich gar zu gut, daß der Urquhart'sche Plan für sie keine Rosen trägt, darum baut der Teufel alsbald neben eine Kirche seine Kapelle.

Sobald aber das gemeinsame Völkerrecht wieder aufgerichtet ist, so feiern wir auch die Wiederauferstehung der europäischen Völkerfamilie. Nicht als ob dann ein ewiger Friede komme, aber die Kriege werden seltener erklärt und menschlicher geführt werden, insbesondere die gewaltsamen Eroberungen nicht mehr Tagesordnung bleiben. Dann ist der stärkste Sohn nicht mehr der tyrannische Würger des schwächeren Bruders, der händelsüchtige Kain nicht der Mörder des friedfertigen Abel; der Kleine und Schwache hat dasselbe Recht wie der Große und Überstarke. So muß es in einer geordneten Familie sein.

Schon haben wir ein Zeichen, daß in den Höhen der Wind aus der genannten Richtung weht. Als im April 1875 von Berlin aus wieder einige Stöße in die Kriegstrompete geschahen, erschien in der Wiener „Tagespresse" vom 16. April ein energischer (officiöser) Artikel gegen die stete Beunruhigung des friedlichen Frankreich und anderer Mächte; der Schluß lautete[24]: „Der europäische Tagesbefehl [//308//] lautet: Man wird weder die Franzosen, noch die Preußen mit dem europäischen Frieden spielen lassen, wie seiner Zeit Napoleon III. that und nach ihm sein würdiger Nachtreter Bismarck. *Die Ära der lokalisirten Kriege ist unwiederbringlich vorüber*. Der europäische Friede darf von gar Niemanden mehr gestört werden; und wenn eine der Mächte ihn zu brechen versuchte, wohlan, so würde man nochmal eine Völkerschlacht wie bei Leipzig und Waterloo schlagen. *Der nächste Krieg wird ein Krieg der europäischen Koalition gegen den friedenstörenden Staat sein*. Das ist der genaue und ächte Sinn des Drei-Kaiser-Bundes, welcher durch den Besuch (des österreichischen Kaisers) zu Venedig vervollständigt oder vielmehr amendirt worden ist."

IV. Anerkennung des Papstes als Hauptes der christlichen Völkerfamilie

Jede Familie, auch die der europäischen Völker, muß ein Haupt haben. Aber ein *weltlicher* Staat darf nicht an der Spitze stehen, die europäische

[24] Da uns die „Tagespr." nicht zu Gebote steht, retrovertiren wir aus der französischen Übersetzung im „Univers" vom 21. April 1875.

Koalition gegen denselben und die Völkerschlacht wäre dann unvermeidlich, die Eifersucht aller übrigen Mächte zu schroff herausgefordert, der Mißbrauch der Hegemonie eine traurige Thatsache. Sagen wir es deßhalb nur rund heraus: *An der Spitze der christlichen Völkerfamilie Europa's kann nur der Papst stehen.*

Niemand werfe uns vor, daß wir einer Herrschaft des Papstes über die Fürsten hier das Wort reden. Dieser [//309//] Punkt geht uns in der vorliegenden Schrift gar Nichts an. Das Haupt der internationalen Beziehungen und der auswärtigen Politik in ihren *rechtlichen* Grundlagen ist ja himmelweit nicht das Haupt der inneren Politik oder ein Suzerain der einzelnen Herrscher. Um aber allen bösen Unterstellungen vorzubeugen, wollen wir im Folgenden vorherrschend protestantische Stimmen sprechen lassen[25] und erst am Schlusse unsererseits einige Gründe beifügen.

Der große Philosoph *Leibnitz* schreibt (Oeuvres t. IV, p. 3): „Die Gründe, durch welche Bellarmin aus der geistlichen Gewalt der Päpste eine wenigstens indirekte Jurisdiktion derselben über die weltlichen Mächte beweist, erscheinen sogar einem Hobbes als zwingend." Und noch deutlicher spricht der nämliche Mann, zugleich ein gründlicher Kenner der Rechtswissenschaft, die Worte: „Nach meinem Dafürhalten müßte man in Rom selbst einen obersten Gerichtshof für die Streithändel der Fürsten unter dem Vorsitze des Papstes haben." (Oeuvres t. V, p. 65.)

Der Kanzler *Kent* in seinen „Kommentaren zum amerikanischen Gesetze" (B. I, Lekt. 1, p. 9) spricht in folgenden Ausdrücken über das schiedsrichterliche Amt der Päpste: „Unter allen Instituten, die im Mittelalter zur Vervollkommnung des Völkerrechtes beitrugen, war am wirksamsten jene Allianz, die aus allen Staaten Europa's Eine Familie bildete. Die ersten Perioden der neuen Geschichte bieten uns zahlreiche und interessante Belege für die Auktorität, welche von der Kirche über die mächtigsten Fürsten und gefürchtetsten Krieger geübt wurde; [//310//] eine Auktorität, welche zur Milderung der Sitten, Bezähmung

[25] [1] Wir entnehmen sie dem *Lord Montagu'schen* Schriftchen „Arbitration instead of war", besonders n. VIII. – S. „Études religieuses", 1873. a, p. 20. et suivv. – „The Tablet," nov. 1870.

der Gewaltthätigkeit, Geltendmachung der Sittlichkeit, Einschärfung der Friedfertigkeit, Mäßigung und Gerechtigkeit gewaltig beitrug."

Der große englische Staatsmann Pitt, welchen das *„Tablet"* (nov. 1870) den ruhmreichsten und am *meisten protestantischen* Politiker Englands nennt, schrieb im Jahre 1794, also in einem Augenblicke, als der ganze Sturm der Revolution gegen Papstthum und Kirchenstaat losbrach, in einem Briefe an Franz von Conzié, Bischof von Arras, die Worte: „Bei mehr als Einer Gelegenheit mußte ich erleben, daß die Kontinental-Mächte nur deßhalb nicht mit uns Eins werden konnten, weil die uns zersplitternde Verschiedenheit der Meinungen und der Religion im Wege stand. Man müßte ein Band finden, welches uns wieder Einheit gäbe. *Der Papst allein kann dieses Band sein*. Während politische Interessen und Ansichten uns in entgegengesetzter Richtung auseinander stoßen, kann Rom *allein* eine unparteiische, von jedem fremdartigen Vorurtheile freie Stimme hören lassen. Die Rechtlichkeit seiner Absichten wird von Niemanden bezweifelt; es spreche also mit dem vollen Freimuthe, welchen ihm das Bewußtsein seiner erhabenen Pflichten auferlegt."

Der französische Protestant *Guizot* gesteht: „Alles in Allem genommen ist es das Papstthum, *und es allein*, das im Namen der Religion, der Moral, der natürlichen Rechte der Menschheit oder der allgemeinen Rechte des Christenthumes, zwischen den verschiedenen Staaten, den Fürsten und Völkern, den Starken und Schwachen versöhnend vermittelte, um Gerechtigkeit, Friede, Heilighaltung der übernommenen Verpflichtungen, der gegenseitigen Pflichten und schonenden Rücksichten in's Gedächtniß zurückzurufen und zu empfehlen. Hierdurch hat es gegen die [//311//] Anmaßungen und Leidenschaften der Gewalt die Grundsteine zum Baue des internationalen Rechtes gelegt."[26]

Am eifrigsten hat sich in neuerer Zeit der edle englische Lord *David Urquhart*, Herausgeber der Zeitschrift „Diplomatic Review" zu London, für den Gedanken bemüht, daß der Papst das Haupt der europäischen Völkerfamilie werden müsse. Er war Einer der wenigen Protestanten, welche dem hochherzigen Aufrufe unseres heiligen Vaters Pius IX. folgten und zum vatikanischen Koncile nach Rom kamen. Gerade für diese erhabene Versammlung hatte er die seit Jahren in seiner Zeitschrift

[26] [1] *Guizot*, „L'Église et la société chrétienne En 1861," ch. 14.

vertretenen Gedanken in dem herrlichen Schriftchen „*Appell eines Protestanten an den Papst um Wiederherstellung des Völkerrechtes*“[27] zusammengestellt. Darin behandelt er folgende sechs Punkte:

1. Die allgemeine Beobachtung des Völkerrechtes in der Vergangenheit.
2. Sein gänzlicher Verfall in der Gegenwart.
3. Absolute Nothwendigkeit der Wiederherstellung des Völkerrechtes, wenn die Gesellschaft nicht zu Grunde gehen soll.
4. Diese Wiederherstellung kann allein durch die katholische Kirche mit dem Papste an der Spitze geschehen.
5. Das bevorstehende Koncil bietet eine günstige Gelegenheit zu diesem Zwecke.
6. Ein diplomatisches Kollegium zu Rom wäre ein theilweises Mittel dazu.

[//312//] Es ist ein Glück, daß gerade ein Protestant, und zwar ein Mann von jener zähen angelsächsischen Ausdauer, wie der edle Urquhart, von der Vorsehung ausersehen wurde, der Apostel dieser Restaurations-Idee zu werden. Um die ungerechten und unaufhörlichen Kriege zu hintertreiben, dem Ruine der Finanzen und der Sitten durch den Militarismus vorzubeugen, ja den schrecklichen Heerbann zweck- und nutzlos zu machen, um einer neuen internationalen Barbarei zuvor zu kommen, müssen wir das Völkerrecht, die europäische Völkerfamilie, ein internationales Schiedsgericht zu Rom unter dem Vorsitze des Papstes wieder in's Leben rufen. Wie spielt doch die Vorsehung auf dem Erdkreise! (*Ludit in orbeterrarum*. Prov. 8, 31.) Aus dem Lande des *Nopopery* kommt die Propaganda für eine der großartigsten Missionen der Kirche und des Papstthumes; und sie wird mit glühendem Feuereifer beharrlich ins Werk gesetzt, zählt gerade die besten Männer aller Parteien unter ihren Anhängern, wird von jenen Völkern unterhalten, welche den weitesten Gesichtskreis und den größten moralischen Einfluß haben, den Engländern und Franzosen ! Je toller der Militarismus wirthschaftet, je häufiger und

[27] „Appeal of a protestant to the Pope to restore the law of nations.“ London 1869, 8°, 56. SS. – Civiltà cattol. vol. 6. della serie VII. 1869, p. 485.

allgemeiner die Kriegsfurie rast, desto rascher, nachhaltiger, umfassender verbreitet sich die neue Idee, bis ihr am Ende Niemand mehr widerstehen kann. Ist sie aber einmal durchgedrungen, dann kann Europa abrüsten und aufathmen.

Man werfe uns nicht das Ereigniß vom 20. Sept. 1870 ein. Der Kirchenstaat ist eben aufs Neue, wie schon so oft im Laufe der Zeiten, in die unrechten Hände gerathen; er wird auch wieder unter seinen legitimen Herrn zurückkommen und ihm desto sicherer *bleiben*. Denn was noch in den sechziger Jahren selbst manchem braven Christen fraglich schien, ob das Oberhaupt der Christenheit einer [//313//] weltlichen Herrschaft zu seiner vollen Unabhängigkeit bedürfe, ist durch die seitherigen Ereignisse so evident geworden, *daß kein Vernünftiger mehr daran zweifelt*. Und weil die Gewaltigen nie ewig leben, darf man die Hoffnung auf eine Restauration jetzt am wenigsten aufgeben, da die öffentliche Meinung aller erhaltenden Elemente in unserem Erdtheile gewonnen ist. Übrigens mag man über den ganzen Erdball Umschau halten, so wird man keinen passenderen Präsidenten eines Völkertribunals finden, als den Papst zu Rom.

1. Schon die *äußere Etiquette erkennt ihm sogar noch in unseren Tagen ein Ehren-Präsidium unter allen Souveränen zu*. Wenn einmal die sämmtlichen Herrscher zusammenkämen und den hl. Vater in ihrer Mitte hätten, so würde er und kein Anderer der unbestrittene Vorsitzende sein, wie ja auch seine diplomatischen Repräsentanten den Vortritt vor den Übrigen haben. Dieß Alles ist wohl vorderhand Ceremoniell, aber nicht ohne tiefe, ernstliche Bedeutung. Wie der Dogmatiker aus der Liturgie eine Reihe der schlagendsten Beweise holt, so ist der Gebrauch und das Herkommen in den höchsten Kreisen für den Politiker die Schale eines kostbaren Kernes.[28]

2. *Der Papst allein vereinigt die Doppel-Eigenschaft eines weltlichen Souveräns und des geistlichen Oberhauptes der sichtbaren sittlichen Welt*. Hierdurch aber ist er der geborene Präsident des Völkertribunals, in weltlicher Beziehung jedem Herrscher ebenbürtig, als geistliches Haupt weit

[28] [1] Auch in der Heraldik hat der Papst die zwei nobelsten Farben, Gold und Silber, *zusammen*. Die Guelfen haben ihr Gelb-Weiß (Gold-Silber) bekanntlich als Ehrengabe vom Papste erhalten.

über sie [//314//] erhaben. Dieß fühlte schon der große Konstantin und verlegte darum seine Residenz nach dem alten Byzanz oder „Neu-Rom“; und auch nach der Theilung in ein ost- und weströmisches Reich wohnte der weströmische Kaiser nicht zu Rom, sondern zu Ravenna, Mailand oder in anderen Städten; dieß fühlt der piemontesische König Viktor Emmanuel sogar gegenüber dem erhabenen Gefangenen des Vatikans; die Tiara des Letzteren verdunkelt den Glanz der Königskrone. In dieser Stellung nun als Oberhaupt der sichtbaren sittlichen Welt ist der Papst die höchste Appellations-Instanz in Fragen des Sittlich-Erlaubten oder Verbotenen, also gerade in den Grundlagen des Völkerrechtes und den internationalen Schwierigkeiten, aus denen so leicht Kriege und Gewaltthaten der Völker unter einander entstehen.

3. *Der Papst allein bietet die Garantie einer gerechten Entscheidung*. Er ist ein uneigennütziger Richter, denn ihm liegt jede Eroberungssucht, das gewöhnliche Erbübel weltlicher Herrschaften, ganz und gar fern; er ist *unparteiisch*, denn zufolge seiner erhabenen Mission muß er Frieden mit *Allen* halten, Alle gleichmäßig an sich ziehen und mit Vertrauen erfüllen, auch die im *Glauben Irrenden*; ja gerade sie haben am mindesten zu fürchten, weil der oberste Hirte den verirrten Schafen eine noch zartere Rücksicht schenken muß, als den bei der Heerde gehenden. Ja der Papst ist bei Streitigkeiten zwischen Staaten der *einzige* unparteiische Schiedsmann; denn die Hadernden selbst können nicht Richter in eigener Sache sein (*nemo judex in propria causa*); bei einem anderen weltlichen Schiedsrichter aber können leicht politische Rücksichten *neben*, ja *vor* der Moral herlaufen, was dem Urtheilsspruche empfindlich schadet. Der oberste Priester des Neuen Bundes ist von Gott berufen, bei den folgenschweren Differenzen der Völker [//315//] das Für und Wider mit der Wage des Heiligthumes abzuwägen, die auf ihr vermeintliches Recht pochende Leidenschaft mit väterlicher Stimme zu warnen, dem Trotzigen Mäßigung und Gerechtigkeit zu predigen, den Schwachen zu schirmen, dem Verstockten die göttlichen Strafgerichte vorzuhalten, überall auszugleichen, zu versöhnen, zu segnen. Sein Wort macht sogar in der Gegenwart den tiefsten Eindruck in allen Kreisen, selbst bei Jenen, die ihm den Krieg erklärt haben, und ihn desto abergläubischer fürchten, je weniger sie ihn kindlich verehren.

4. Endlich sind die Päpste, selbst in ihrem *persönlichen Charakter* betrachtet, die berufensten internationalen Schiedsrichter. Sie sind nicht in ihre hohe Würde hineingeboren, sondern gewählt aus dem würdigsten Kollegium der Erde; nicht von meuternden Generälen auf den Schild gehoben, sondern meist gegen ihren eigenen Wunsch in legalster Weise aus den Besten ausgesucht; nicht von Kindheit an durch Hoheitsschwindel und höfische Schmeicheleien bethört, sondern in der Schule des Gebetes, der Selbstverleugnung und Aufopferung zu Männern im Sinne des Christenthumes herangewachsen; sie sind nicht stürmende Jünglinge, sondern gesetzte Männer in reifen Jahren, näher dem bedächtigen Greisenalter als den egoistischen Mannesjahren; ihr Blick ist auf die nahende Ewigkeit und die strenge Abrechnung des Weltenrichters gekehrt; sie haben auf der Erde Nichts mehr zu suchen, als was die Probe des Jenseits besteht. Und in der That bietet kein Regenten-Stammbaum eine solche Reihe heiliger und verehrungswürdiger Charaktere, als die Reihenfolge der Päpste; selbst aus einem unwürdigeren Pontifex Marimus ließe sich noch ein weltlicher Souverän ersten Ranges machen. Wenn aber einige Wenige unter ihnen Fehler aufweisen, so muß man bedenken, daß auf die [//316//] Höchsten die meisten Blicke gerichtet sind, und daß auch ein kleiner Flecken desto mehr auffällt, je glänzender weiß das Gewand ist, und daß gerade in Sachen der *Gerechtigkeit* sogar die mindest würdigen Päpste noch Heroen der Tugend waren.

So sprechen alle Gründe für das kosmopolitische Schiedsrichteramt Roms. In ihrer erhabenen Weltstellung sehen die Päpste nicht blos bis an die Grenzpfähle ihres eigenen Landes, sondern in universellster Weise hin über den ganzen Erdball, seine Leiden und Bedürfnisse, seine Interessen und treibenden Kräfte. Wer eine Geisterwelt regieren kann, entscheidet doppelt gut die niedrigeren weltlichen Dinge.

Ob diese Erkenntniß bald durchdringen wird? Ideen reifen allerdings langsam und bohren sich erst allmälig in die widerstrebenden Geister ein. Aber auf der anderen Seite sind die Leiden der Gegenwart und die Schrecken der Zukunft infolge des unseligen Militarismus die besten Apostel für das oberste Schiedsrichteramt der römischen Päpste. Ist dieses aber einmal zur Thatsache geworden, dann erst ist dem Gebäude der christlichen Civilisation der Giebel aufgesetzt. Künste, Wissenschaften und Industrie sind nicht die Kultur, sondern nur äußere Ornamente

derselben. An und für sich besteht die Sittigung in der *Vereinigung der Menschen durch das Band der Gerechtigkeit und der sittlichen Liebe*; die Barbarei zerreißt dieses Band und substituirt der Gewalt des Rechtes das Recht der Gewalt. Die elementärste Form der Civilisation ist die Familie, welche eine kleinere Gruppe von Einzelwesen des nämlichen Ursprunges sammelt und aus der Noth eines ganz isolirten Lebens reißt. Aber diese unterste Grundform von Vereinigung ist unzureichend; um dem Rechte den Sieg über die rohe Gewalt zu sichern. [//317//] Um die menschliche Bildung gegen das Vordringen der Barbarei zu bewahren, muß die *Gemeinde* und der *Staat* als zweite und dritte Stufe menschlichen Vereinslebens hinzukommen. Die Familien wachsen zu Gemeinden, die Gemeinden zum Staate aus. Aber bei dem in sich selbst abgeschlossenen Staate darf die Menschheit nicht stehen bleiben. Wie sollte die Barbarei der rohen Macht zwischen *Staat* und *Staat* walten, nachdem man sie aus den beiden unteren Stufen ausgetrieben hat? Darum muß sich auch ein Familienband um die Staaten schlingen, damit nicht das Recht und die Herrschaft der Liebe von niedriger Übermacht zertreten werde. Aber wer soll dieses Band der internationalen Gerechtigkeit liefern? Nur eine Anstalt, die in sich selbst *höherer Ordnung* ist und den *Weltberuf* am Giebelfelde trägt. Das ist die Kirche als geistiges und kosmopolitisches Institut, und an ihrer Spitze der römische Papst. Nun erst begreifen wir, warum die Apostel in die gesammte Welt ausgehen und alle Völker lehren sollten, dasjenige heilig zu beobachten, was der Erlöser befohlen hat. Die Kirche muß den ungeheuren Staatenbau krönen, während ihre Hand zugleich die tieferschütterten untersten Grundlagen der menschlichen Gesellschaft festigt. Sie ist die *Seele der Menschheit*, nicht blos von Gott berufen, die Sterblichen zum ewigen Glücke zu führen, sondern auch von Oben gekräftigt, um auf Erden den Frieden in den Herzen und unter den Völkern zu erhalten, das kostbare Band der Nationenfamilie zu hüten, und so die Schätze der christlichen Kultur den Nachkommen zu übermitteln. Lange genug haben wir diese providentielle Gottesgabe mißkannt; es ist Zeit, daß wir die Augen öffnen, um in unseren Händen den Schatz zu sehen, welchen wir im Reiche der Chimären vergeblich gesucht haben.

[//318//] Beim Niederschreiben des vorigen Kapitels zweifelten wir keinen Augenblick daran, daß mancher Leser uns den Vorwurf eines phantasiereichen Optimismus machen werde. Jedoch wir selbst glauben auch nicht, daß der Papst sein erhabenes Amt als Schiedsrichter der Völker-Streitigkeiten so ohne Weiteres antreten werde. Zuerst droht uns eine furchtbare Zeit der Thränen, des Blutes und des Hasses. Wir stehen vor einem Weltkampfe gegen das Papstthum und die von ihm regierte Kirche; einem Kampfe, dessen Centrum leider unser deutsches Vaterland ist, und dessen Vorposten bis Mejico, Guatemala und Brasilien stehen. Man nennt dieses Ding gemeiniglich den Kulturkampf und man hat Recht; denn es ist der Kampf der rohen Gewalt und des Hasses gegen die Macht des Rechtes, des Geistes und des Gewissens, der Kampf der Barbarei gegen die christliche Kultur. Die schauerliche Tragödie wird nochmal die Völker durch ein Meer des Blutes schleppen; das Völkerrecht wird wieder mit Füßen getreten werden, und zwar in einer Weise, wie vielleicht noch niemals. Der Schlag gilt den Hirten und der Heerde, und allen Jenen, die nicht mitschlagen wollen.

Kenner der Zeit ahnten diese Entwickelung der Dinge schon seit vier Jahren, und richtig bemerkten die „Historisch-politischen Blätter“ (1873 a, S. 969): „Wir stehen nahe daran, daß der Racenkampf auch noch in den Religionskrieg ausarte. Ja, man kann der Meinung sein, daß eben diese Entwickelung aus den gegebenen Prämissen mit Nothwendigkeit [//319//] erfolgen müsse, und daß gerade das noch dazu gehöre, um das Maß der Sünden der modernen Gesellschaft zum Überlaufen zu bringen … Man sagt immer, der Katholicismus sei ebenso der Lebensnerv der romanischen, wie der Protestantismus der der germanischen Völker; aber jener Lebensnerv muß eben entzwei geschnitten werden, wenn das deutsche Reich ruhig schlafen soll.“

Bald nach dem Frieden mit Frankreich erschien in den verschiedenen liberalen Blättern des In- und Auslandes eine Reihe von Kukukseiern: man schrieb den Sieg Deutschlands über Frankreich der Superiorität des Protestantismus über die Kirche zu; die praktische Folgerung daraus lag auf der Hand; nur wußte man nicht, wie weit dieß der unfromme

Wunsch häretischer Intoleranz und freimaurerischer Wühlerei, *oder* fester Entschluß maßgebender Kreise sei.

Aber seit der Sitzung des preußischen Herrenhauses vom 14. April 1875 ist auch dieser Zweifel geschwunden.

Daß der Kampf dem Christenthume, also zuvörderst dem Papstthume gilt, und mit allen Mitteln des modernen Militärstaates geführt werden soll, ist von der liberalen Partei eingestanden. *Ed. von Hartmann* schrieb hierüber sein Buch: *„Das Christenthum in seiner Selbstzerstörung,"*[29] und darin das Kapitel: „Christenthum und moderne Kultur," das mit den Worten schließt: „Nur ein hoher Glaube an die Entwickelung der Ideen in der Geschichte konnte vor den Tagen von Königgrätz und Sedan die Zuversicht auf den Sieg der modernen Kultur festhalten. Erst nachdem Preußen das deutsche Reich gegründet *und seine große geschichtliche Aufgabe in der Wiederaufnahme* [//320//] *des tausendjährigen Kampfes gegen Rom erkannt hat*, – erst jetzt ist ein fester Punkt gegeben, der das Krystallisations-Centrum für alle modernen Kulturbestrebungen im Kampfe um ihre vom Christenthume bedrohte Existenz werden kann." … „Es schreiben und sprechen Viele von dem gegenwärtigen Kulturkampfe, aber wohl nur Wenige von diesen haben sich klar gemacht, daß es der letzte Verzweiflungskampf der christlichen Idee vor ihrem Abtreten von der Bühne der Geschichte ist, *gegen welchen die moderne Kultur ihre großen Errungenschaften mit Aufbietung der äußersten Kräfte auf Tod und Leben zu vertheidigen hat*."

Die Männer des systematischen Militarismus fühlen es eben, daß die brutale Macht des Cäsarismus und der Eroberungssucht, die moderne Barbarei, in diametralem Gegensatze zur Kirche ist; man vermummt den häßlichen Molch mit dem patriotischen Mantel und verkündet es als Beruf des preußischen Staates, die *Macht des Papstes zu brechen*.[30] So ist man

---

[29] [1] Berlin, Verlag von K. Duncker, 2. Auflage 1874. Das Buch ist freimaurerisch. S., *Bauhütte* vom 2. Jan. 1875, S. 8.

[30] [1] Wir entnehmen der *„Germania"* vom 16. April 1875 den folgenden Auszug aus der officiösen „Post": „Wohl damit es Allen klar werde, welchem Zwecke der Kulturkampf speciell in Preußen dienen soll, läßt sich die Post aus Westpreußen ‚eine historische Erinnerung' mittheilen. Sie lautet: ‚Am 8. April, an demselben Tage, an welchem das Haus der Abgeordneten über die Theilung der Provinz Preußen verhandelte, waren es 350 Jahre, daß durch den Vertrag zu Krakau (1525) der Markgraf Albrecht von Hohenzollern als

des Beistandes der geheimen [//321//] Gesellschaften, der kurzsichtigen Andersgläubigen, der Revolutions-Partei, aller schlechten Elemente in der modernen Gesellschaft versichert.

Der Militarismus erklärt der katholischen Kirche und dem nur durch sie gehaltenen Christenthume den Krieg; es ist der Kampf der Barbarei des Eisens gegen die christliche Kultur und die Freiheit.[31] So spielt der

---

weltlicher Herzog in Preußen mit Ostpreußen belehnt wurde. Dieser Tag ist also der eigentliche Geburtstag unseres Vaterlandes. Der deutsche Ritterorden, welcher sich von der Lehnshoheit Polens frei zu machen bestrebte, hatte Albrecht die Würde eines Großmeisters übertragen, weil er in ihm den Mann der That erkannt hatte und außerdem durch seine verwandtschaftlichen Beziehungen mit dem Churfürsten Joachim von Brandenburg und König Sigismund von Polen den in der Auflösung befindlichen Orden wieder auf die Beine zu bringen hoffte. Albrecht gerieth mit Polen in Streit und wandte sich an verschiedene deutsche Häuser, jedoch vergebens, um Hilfe. Auf *den Rath Luthers beschloß Albrecht die geistliche Ordensherrschaft überhaupt in ein weltliches Fürstenthum umzuwandeln*, und trotz der ‚Anathema' des Papstes geschah dieses, um so mehr, als das Volk, welches der Reformation zugethan war (?), diesen Schritt billigte. 175 Jahre später (1701) setzte sich Friedrich III. als Friedrich I. die Königskrone von Preußen in Königsberg auf. Von diesem Augenblicke an erkannte das preußische Königshaus auch, daß die Macht seines Hauses nur wachsen könne, wenn die Macht des Papstes gebrochen würde. *Das wird auch ferner die Richtschnur für die Hohenzollern bleiben'*."

[31] [1] Auch bessere Protestanten erkennen dieß, z. B. der Graf E. *Baudissin-Dreikronen*, der in seinem „Schleswig-Holst. Landeskal. f. 1875" schreibt: „Fragt man sich nun, wohin die große Menge der „Kulturkämpfer drängt, so kann durch die Beantwortung dieser Frage die Besorgniß nur wachsen. Mit wenigen Ausnahmen drängen sie vom gelehrten Darwinisten bis zu dem letzten des Lesens und Schreibens unkundigen Kommunisten auf die *Ausrottung des Christenthumes* hin. Wer dieß Ziel nicht will, gleichwohl aber mit den Kulturkämpfern läuft und stimmt, der gleicht jenen Vögeln, von denen es heißt, daß sie sich von dem Anblicke der Schlange so lange bestricken lassen, bis sie ihr wider Willen in den Rachen fliegen. Und was wollen diese „Kulturkämpfer vernichten? Mit dem Christenthume würden sie eine achtzehnhundertjährige Kultur vernichten, die auf dem Boden dieses Christenthumes sich entwickelt hat und z.B. schon dadurch von aller heidnischen Kultur sich unterscheidet, daß sie allein es ist, welche die Sklaverei überwunden hat. Soll uns für diese Geistesarbeit von achtzehn Jahrhunderten das Geschwätz des Tages entschädigen, welches in der Behauptung gipfelt, der Mensch sei nicht von Gott nach Dessen Bilde erschaffen, sondern stamme vom Affen ab? Oder sollte nicht vielmehr die gerechte Ironie, wonach dem Menschen, der sich in seinem Hochmuthe gegen Gottes Wort auflehnt, nichts Anderes übrig bleibt, als sich zum Abkömmlinge eines Viehes zu degradiren, für uns eine dringende Warnung und ein Spiegel der Zukunft sein, die wir uns selbst bereiten? Und fragen wir, handelt es sich blos um eine mögliche Zukunft oder schon um eine wirkliche Gegenwart? Man vergleiche doch nur die Behandlung, welche der Börse, und die, welche der Kirche zu Theil wird; man betrachte doch nur etwas genauer, was Gründerfreiheit und

Liberalismus [//322//] und sein allgemeiner Heerzwang die letzte Karte aus; und ein Kampf, vergleichbar dem des hl. Erzengels Michael gegen den ersten Apostaten, wirft seine schwarzen Schatten voraus in die Gegenwart.[32]

Kanzelparagraph zu bedeuten haben. Wenn die liberalen Kulturkämpfer das Christenthum verachten, so läßt es sich damit sehr wohl vereinigen, daß den unordentlichen Begierden Raum zur Entfaltung gegeben wird, wahre Freiheit aber ist außerhalb des Christenthumes nicht möglich. Die wahre politische Freiheit setzt voraus, daß Regierer und Regierte über sich ein höheres unabänderliches Gesetz anerkennen, dem sie Beide unbedingte Geltung einräumen. Dieses Gesetz kann kein anderes sein, als das göttliche Gesetz, dessen kurze Summa schon vorhin angegeben ist. Die Liberalen aber wollen dieses Gesetz gerade nicht als höchstes Gesetz anerkennen. Wenn man das aber nicht thut, so macht man menschliche Willkür zum höchsten Gesetze; die Unterwerfung unter menschliche Willkür ist aber nicht Freiheit, sondern das Gegentheil von Freiheit."

[32] [1] Wir entnehmen der *„Deutschen Reichszeitung"* vom 27. März 1875 das folgende wichtige Citat: „Ein hochofficiöser Artikel der ‚Post', welcher die Frage der internationalen Bedeutung des italienischen Garantieengesetzes erläutert, erblickt dieselbe darin, daß der italienische Staat, indem er einen seiner Gäste oder Unterthanen (sic!) unnahbar macht für sein eigenes Gesetz, damit nothwendig die völkerrechtliche Verantwortung übernimmt für die Handlungen eben dieses Gastes oder solcher Unterthanen. Der Artikel will die apostolischen Paläste nicht vor dieser völkerrechtlichen Verantwortung geschützt wissen und weist auf die Verlegenheiten für die italienische Regierung hin, die daraus entstehen möchten, daß ein Souverain oder ein Gast, den sie aufgenommen, feindselige Handlungen gegen einen dritten Souverain übernimmt, mit welchem sie sich in Frieden befindet. Dann heißt es zum Schlusse: ‚Es drängt sich daher der Gedanke auf, daß die italienische Regierung ihrerseits die Initiative ergreifen sollte, um die Folgen eines Verhältnisses abzuwenden, die weder für sie noch für ihr Volk erträglich sind. Die italienische Regierung sollte beantragen, daß die europäischen Mächte gemeinsam eine Konstitution des Papstthumes festsetzen; eine Konstitution, welche dem Papste alle erforderlichen Rechte sichert, aber auch die nothwendigen Schranken zieht in Bezug auf die Bedingungen der Papstwahl, in Bezug auf die Giltigkeit der päpstlichen Akte den Staaten gegenüber, und in Bezug auf die Verantwortlichkeit des Papstes und ihre Verwirkung bei Überschreitung der in der Konstitution gezogenen Schranken. Alle Staaten, so sollte man meinen, haben an einer solchen Konstitution des Papstthumes ein unmittelbares und dringendes Interesse. Die Initiative gebührt aber der italienischen Regierung, weil dieselbe in der Lage ist, so lange der jetzige ungeregelte Zustand dauert, die Last der päpstlichen Verantwortlichkeit auf ihre Schultern fallen zu sehen. Man kann das von den Großstaaten der christlichen Civilisation zu unternehmende Werk einer päpstlichen Konstitution für sehr angezeigt halten, und doch entschiedene Zweifel hegen, ob die Aussichten für das Gelingen eines solchen Werkes bereits vorhanden sind. So, scheint es, findet man sich zurückgeworfen auf die Forderung des völkerrechtlichen Charakters der Paläste des Vatikans und Laterans und etwa noch der Villa von Castel Gandolfo, welche sämmtlich das italienische Garantieengesetz als apostolisch

[//323//] Nur zwei Möglichkeiten gibt es in diesem Entscheidungskampfe: endlichen Sieg oder endliche Niederlage des Militarismus. *Siegt* er, so zieht eine Weltmonarchie des Eisens, der Gewalt und des Zwanges herauf; aber diesen Zustand kann die Menschheit nicht lange ertragen, eine schreckliche Reaktion aus dem Schooße der Gesellschaft selbst müßte ausbrechen, und nach einer Ära der wildesten Kämpfe würden die verzweifelnden Völker auf den Knieen den Statthalter Christi anflehen, ihre unaufhörlichen Zwistigkeiten als oberster Schiedsrichter zu schlichten.

[//324//] Wenn aber der cäsaristische Militarismus *unterliegt*, dann ist auch sein Vater, der kopflose Liberalismus, geschlagen, dann triumphirt desto früher das Gute und die Civilisation, die Freiheit und das Christenthum. – Auch *E. von Hartmann* gesteht (a.a.O. S. 31): „Der Widerstreit – zwischen Christenthum und moderner Kultur – muß nothwendig entweder mit einer siegreichen Reaktion des Christenthumes oder mit einer völligen Überwindung desselben durch die unchristliche moderne Kultur endigen.“ In beiden Fällen werden unsere Vorschläge für die Zukunft praktisch werden: die Restauration des Völkerrechtes, der christlichen Völkerfamilie, des päpstlichen Schiedsrichter-Amtes.

Wie die See, so haben auch die menschlichen Meinungen ihre Ebbe und Fluth. So lange die Fluth des Irrthumes währt, scheint die Macht desselben unwiderstehlich und steigt über alle Dämme, reißt die weniger soliden Geister mit und überfluthet weite Länder. Kaum aber hat der Irrthum seine höchste Kraft erlangt, so beginnt seine Abnahme, [//325//] die Ebbe tritt ebenso schnell ein, als die Fluth gestiegen. Der Reiz der Neuheit verschwindet, die Anfangs überhörten Einreden verschaffen sich Gehör, die sichtbaren und schmerzlich gefühlten Folgen des Bösen bekehren rasch den bethörten Menschen; und allmälig steigt die Sonne der Wahrheit nach der Finsterniß der Lüge über den Gesichtskreis. So ist

---

bezeichnet. Welchen der möglichen Wege wird zunächst Europa und wird weiterhin Deutschland gegenüber dem Papstthume einschlagen? Dieß vorauszusagen, kann heute noch Niemand unternehmen. Aber zur Klarheit zu bringen, welche Wege möglich sind, während der augenblicklich noch bestehende Zustand unmöglich ist, wird der Versuch gemacht werden müssen.‘ – „Es ist nur gut, daß man in Berlin nur denkt, während man im Himmel allein lenkt. Das Steinchen, das Steinchen! Man hat schon wieder ganz darauf vergessen.“

es mit allen Häresieen gegangen, so geht es auch mit der liberalen Humanität und ihrem Militarismus. Die Sonnenhöhe der liberalen Ideen ist erreicht, ihr Abend naht. Diese schlammige Fluth der menschlichen Emancipation von Gott und Seinem Gesalbten wird rasch zurücktreten. Das System ist seit Jahren bankerott, seine Gewaltthätigkeit macht es verhaßt, sein Militarismus im Bunde mit der Tyrannei unerträglich.

Wir verzweifeln weder an der Gegenwart, noch an der Zukunft. Ein christlicher Geisterfrühling weckt die hoffnungsvollsten Keime, der Geist Gottes wehet über den Erdball hin, hier stärkend und läuternd, dort bethörend und das Gefaulte wegwerfend. Die Vergangenheit gehörte dem Liberalismus und seinem Faustrechte, die Zukunft lächelt dem Christenthume und der Völker – einigenden Menschenliebe.

Der Hintergrund der Heeresvorlage

(Zuschrift[1])

HISTORISCH-POLITISCHE BLÄTTER 1893

Wenn man sich in einer schwierigen Lage befindet, muß zuerst deren Umfang und Ursache genau festgestellt werden, bevor an Rettung aus derselben gedacht werden kann. Seit 1873 sind alle Heeresvorlagen vom deutschen Reichstage angenommen worden. Jedesmal wurde versichert, nun sei alles besorgt, nichts weiter mehr nöthig. Windthorst hat einmal, nach ausgiebigen Bewilligungen, auf eine Anfrage eine solche Versicherung in bündigster Form erhalten. Aber auch dies verhinderte nicht, daß bei der nächsten Tagung wiederum eine neue Militärvorlage auf dem Tisch des Reichstags sich vorfand. Wäre die letzte Vorlage angenommen, die·70.000 Mann bewilligt worden, dann würde mit einer weiteren Heeresmehrung höchstens eine größere Spanne Zeit gewartet worden sein. Genehmigt der neue Reichstag nur einen Theil derselben, dann folgt der andere um so eher und sicherer nach. Es gibt keinen Halt auf dieser schiefen Ebene. Der Kriegsminister Verdy du Vernois·hat (1891) sich entschlüpfen lassen, es handle sich darum, den Scharnhorst'schen Plan, die Einstellung aller Waffenfähigen, in vollem Umfange durchzuführen. Da er zu früh gesprochen, aus der Schule geplaudert hat, wurde er entlassen. Seine Nachfolger sind zu dem bis dahin bewährten Verfahren der stückweisen Durchführung zurückgekehrt, bestehen aber um so hartnäckiger auf dem Plan.

Die Einstellung aller Wehrfähigen liegt eben in der Natur·der Dinge. Sie ist unveräußerlich mit dem preußischen Staatsgedanken verbunden und folgt mit Nothwendigkeit aus den öffentlichen Einrichtungen, welche auch schon größtentheils auf alle deutschen Staaten übergegangen sind. Wie alle Lobredner desselben unaufhörlich wiederholen, ist

[1] Textquelle | ANONYMUS 1893 = Der Hintergrund der Heeresvorlage (Zuschrift). In. Historisch-politische Blätter Bd. 112 (1893), S. 120-130.

Preußen die wahrhafte Verkörperung des Protestantismus. Hierin bestehe seine Macht, sein Vorzug, sein Beruf. Und Preußen ist wirklich der vollkommenste protestantische Staat, den es geben kann.

Der protestantische Staat ist die Aufsaugung und Zusammenfassung aller geistigen, sittlichen und sonstigen Kräfte eines Volkes, um sie für den Staatszweck zu schulen und auszunützen.·Hierin besitzt Preußen unzweifelhaft die größte Meisterschaft. Der Protestantismus macht die Religion zur ausschließlichen Staatssache. Preußen hat es verstanden, die verschiedenen sich gegenseitig ausschließenden protestantischen Bekenntnisse zu einer Staatskirche zusammenzuschweißen. Es hält dieselben um so fester in der Hand, gebraucht sie um so unbeschränkter, als die Uneinigkeit in der Lehre jede Fähigkeit des Widerstandes ausschließt. Wie schnell sind einst die Lutheraner, Calviner,·Altlutheraner, in unseren Tagen die Landeskirchen der 1864-66 angegliederten Staaten zerrieben worden? Die vom Staate bezahlten Gottesgelehrten haben zum Zweck dieser Zermalmung·eine Unionstheologie zustande gebracht, sogar in mehreren, den verschiedenen Bedürfnissen entsprechenden Ausgaben, so daß von positiver, rationalistischer und mittlerer Unionstheologie gesprochen wird. Diese ganz aus den preußischen Staatsgedanken zugeschnittene Theologie hat denn auch schon die übrigen protestantischen Landeskirchen Deutschlands an das preußische Staatskirchenthum angegliedert, trotzdem die betreffenden Staatsoberhäupter noch, dem Namen nach, Landesbischöfe sind.

Dieses preußisch-deutsche Staatskirchenthum geht ganz im preußischen Staatsgedanken auf, und aus dieser Verschmelzung von Staat und Kirche ergibt sich alles Uebrige von selbst. Das Recht und die Pflicht, alle Kräfte des Volkes dem Staatszweck dienstbar zu machen, brauchen gar nicht bewiesen zu werden. Denn es ist selbstverständlich, daß der Staat alle Machtmittel in den Dienst des ihn belebenden Grundgedankens stellt. Die materiellen Machtmittel müssen um so straffer zusammengefaßt, um so fester eingeordnet werden, als die geistigen Machtmittel d.h. die protestantische·Lehre, uneiniger und zerrütteter sind. Da die Kirche nicht einigt, muß der Staat umsomehr einigen, wenn auch nur äußerlich und mit Gewalt. Der preußisch-protestantische Staat kann keinen seiner Angehörigen außerhalb seines Triebwerkes lassen. Deßhalb muß auch jeder Waffenfähige eingestellt, dem Staatszweck zugeführt werden. Der

Wehrdienst,·die militärische Drillung sind nothwendig zur staatlichen Einheit, sie müssen die fehlende moralisch-religiöse Einheit ersetzen, sind eine Staatsnothwendigkeit: die unentbehrliche – „Erziehungsanstalt“.

Ebenso nothwendig sind dem Preußischen Staatsthum das Beamtenthum und die Großgeldmacht. Bismarck war die·leibhaftige Verkörperung des preußischen Staaststhumes, weil er diese drei Machtmittel am erfolgreichsten zu gebrauchen verstand. Er hat die Zahl und die Macht der Beamten ungemein vermehrt, jeden Anlaß in diesem Sinne ausgenützt. Durch den Culturkampf wurden neue Beamtengattungen geschaffen, alle Beamten aber an rücksichtsloses Eingreifen gewöhnt. Die sociale Gesetzgebung war für ihn nur ein neues Mittel, weitere Beamtenklassen zu schaffen, welche der Staatsgewalt als Werkzeuge und Handhaben zu all ihren Zwecken zu dienen haben. Die Mitglieder des Centrums, welche in guter Absicht dem Klebegesetz zustimmten, kannten den preußischen Staatsgedanken nicht. Bismarck sah in diesen Gesetzen nur den Zweck: Mehrung der Staatsallmacht. Deshalb fielen dieselben so ächt bureaukratisch aus. Bei Haftpflicht und Altersversorgung kostet die Verwaltung, d.h die Beamten, nicht viel weniger, als der Ruhesold der Arbeiter. Bei der Fuhrwerksgenossenschaft der Provinz Sachsen z.B. wurden in einem Jahre 72.000 Mark für Verwaltung und 600 Mark für einen einzigen Unfall ausgegeben. Ueber Einrichtungen, welche zu solchen Ergebnissen führen, ist jeder weitere Streit überflüssig. Die Regierung aber und ihre Beamten haben nur Lobeserhebungen für dieselben, denn ihr Zweck, Mehrung der Machtmittel des Staates, ist trefflich erreicht.

Bei·der Verstaatlichung der Eisenbahnen hatte Bismarck ganz denselben Zweck. Deßhalb sollten alle Bahnen in den Besitz des Reiches gebracht werden, weil die Reichsregierung dadurch zugleich ein weiteres Mittel hatte, die anderen Staaten Preußen anzuschließen und unterzuordnen. In den Ausständen der Bergleute sah Bismarck nur Gefahr einer Lahmlegung der staatlichen Machtmittel durch Kohlenmangel. Sein erster Gedanke war, die Bergleute alle zu Staatsbeamten zu machen, um dadurch Ausstände unmöglich zu machen. Dadurch hat er den Grundgedanken seiner socialen Politik, seine Auffassung von einer Lösung der socialen Frage verrathen. Daß dieselbe nur noch um einige Striche von

derjenigen der Socialdemokraten·geschieden ist,·leuchtet ein. Bismarck kennt, wie diese, nur Zwang und Beamte, Soldaten, Geldmacht und Polizei, um etwas auf socialem Gebiet auszurichten. Bei ihm heißt es, wie bei Bebel: „Wer sich nicht unterwirft, fliegt hinaus!“ Es ist bemerkenswerth, daß in Berlin seit Abgang des Altreichskanzlers unentwegt nach Bismarck'schem Leisten fortgearbeitet wird. Eine Anzahl Vorarbeiter, Werk- oder Rottenführer bei den Eisenbahnen und in den Staatsbergwerken sind zu Staatsbeamten befördert worden. Sie werden sich schnell mehren und erhöht werden, wie alle neugeschaffenen Beamtenklassen der Gegenwart. Die übrigen Arbeiter werden dann schon folgen. Namentlich in den Kohlengruben des Saarbeckens sind die Bergleute durch scharfe Polizeimaßnahmen, Verurtheilungen, Verabschiedungen (es sollen 25.000 Mann in härtester Weise abgelegt worden sein) und ähnliche Mittel sehr eingeschüchtert worden.

In diesen Blättern (Bd. 111 S. 913 ff.) ist nachgewiesen worden, wie die Regierung den „Ordnungs“-Parteien zur Seite gestanden, als dieselben die Reform des Gemeindewahlrechtes in das Gegentheil umkehrten, der Geldmacht noch mehr Rechte auf Kosten der mittleren und kleineren Leute verschafften. Ausschlaggebend für dieselben war, daß durch Minderung der Mißstände der Dreiklassenwahl das Centrum in einigen Städten das Uebergewicht in deren Verwaltung erlangt haben würde. Also der Widerwille gegen die Katholiken ist bei der Regierung und den ihr nahestehenden Parteien maßgebend! Dies konnten wir übrigens schon aus dem plötzlichen Fall des Schulgesetzes erfahren. Dabei war dieses Gesetz durchaus nicht günstig für unsere Rechte, es bot nur den Vortheil, die Errichtung freier d.h. Privatschulen zu erleichtern.

Bei den Bochumer Enthüllungen traten alle der Regierung nahestehenden Blätter mit Berserkerwuth gegen Fusangel ein, Behörden und Gerichte bethätigten eine ungewöhnliche Strenge gegen ihn, während Baare und Genossen sich aller Rücksichten und Schonung zu erfreuen hatten, und ihre Freisprechung in sorgsamster Weise erzielt werden konnte. Die Bochumer Millionäre waren überführt, nur für ein Drittel oder noch weniger ihres Einkommens Steuer zu zahlen, während kleine Leute, welche sich mühsam durchbringen, über ihr Vermögen steuern mußten. Die Behörden und Gerichte billigten Fusangel, welcher doch die Sache der Armen und Kleinen vertreten, schreiende Mißstände aufge-

deckt hatte, nicht einmal mildernde Umstände zu. Daß die Art und Weise, wie die Dinge amtlich in Bochum behandelt wurden, nur Unzufriedenheit, Förderung der Socialdemokratie zur Folge haben konnte, liegt auf der Hand.

Die Staatsbürgerzeitung[2] berichtet: „Mit dem System Douglas-Lucanus muß gebrochen werden, sagte Herr Stöcker in einer Versammlung des zweiten Berliner Wahlkreises am Wahltage (15. Juni). Dies System besteht darin, die Mittelparteien um jeden Preis zu fördern, dagegen die christlich-conservative Richtung zurückzudrängen und zu beseitigen. Jenes System führt nur den glorreichen Siegeswagen der deutschen Nation in den mittelparteilichen Sumpf. Ich bin überzeugt, daß wenn unser junger Kaiser sich an die Spitze der christlichen Bewegung stellen wollte, in einem Vierteljahr wäre die Mehrheit des Reiches auch reichstreu".

Nun, in gewisser Beziehung steht der Kaiser an der Spitze dieser Bewegung. Sind nicht durch seine Bemühungen jetzt 26 protestantische Kirchen zu Berlin im Bau und dazu 15 bis 16 Millionen aufgebracht worden? Man wunderte sich dabei, daß so viele Gleichgültige und selbst Juden, freilich alle gute Mittelparteiler, reichliche Beiträge leisteten. Der Graf Douglas aber ist ein bei Hofe sehr einflußreicher freikonservativer Abgeordneter. Lucanus ist Chef des Civilkabinetes des Kaisers, und durch Bismarck in diese Stellung gebracht worden. Während des Culturkampfes war er im Cultusministerium, die rechte Hand des Ministers Falk. So erklärt sich·gar Vieles, besonders auch die auffallende Thatsache, daß seit dem Abgange Bismarcks noch weniger Katholiken zu Beamten und Richtern ernannt werden, namentlich in den höhern Stellen fast gar nicht mehr vertreten sind.

Diese mittelparteiliche Richtung erklärt es auch, warum die Behörden so wenig Verständniß für sociale Fragen, für die Bedürfnisse des Volkes zeigen. Von der jetzigen Regierung ist ebensowenig in socialer Hinsicht zu erwarten, als von Bismarck. Sie sieht den Staat und seine Aufgaben·auch nur in Gestalt des Heeres, der Beamten und der Geldmacht.·Solange man ihr Soldaten, neue Beamtenstellen und neue Steuern bewilligt, ist für sie Alles besorgt, das Uebrige nur Nebensache. Daß Ausnahmegesetze eine Schwäche des Staatswesens sind, besonders in

---

[2] [1] Vgl. „Kölnische Volkszeitung" [Jg. 1893?] Nr. 342.

den Augen des Auslandes, dafür fehlt es·Mittelparteilern und selbst den sogenannten Ordnungsparteien ebenso an Verständnis wie der Regierung selbst. Sie bleiben immerhin in Sicht.

Uns Katholiken hat bei Errichtung des Neuen Reiches gar zu sehr das Bild des alten Reiches vorgeschwebt, trotz aller Verschiedenheit der Zeiten und Umstände. Dies ist eine, ja die Hauptursache unserer Enttäuschungen. Das alte Reich war eine Schöpfung der Kirche, hatte deren Glaubenseinheit zur Grundlage, den Schutz der Christenheit und ihres Oberhauptes,·die Wahrung des Rechtes in Europa zum Zwecke.·Diese erhabene Aufgabe hat es zwar nicht immer in vollem Umfange erfüllt, aber auf dieser katholischen Grundlage hat das alte Reich doch tausend Jahre bestanden, unsterblichen Ruhm und Verdienste erworben. Der Protestantismus ist die vollständige Verneinung alles dessen, was den Ruhm und die Größe des alten Reiches ausmacht. Er ist die schlimmste Empörung gegen das Kaiserthum, die es je gegeben; er zielte unablässig auf dessen Vernichtung, ebenso wie er in seinem Bereich die Papstgewalt vernichtet hatte. Der Protestantismus war die Sache der Fürsten gegen die Sache des Kaisers und Papstes; er war Zersplitterung in kirchlicher wie in politischer Hinsicht. Welche Grundlage, welchen Einheitsgedanken soll nun das neue Reich haben? Der Protestantismus ist in nichts einig – umschließt gleichmäßig Gottesläugner und Gottesgläubige – als im Haß gegen die Kirche. Deßhalb ergab sich die Verfolgung der Kirche mit Naturnothwendigkeit aus der Herstellung des neuen Reiches. Der Culturkampf ist keine That der Ueberzeugung, sondern des innewohnenden,·oft ganz unbewußten Katholikenhasses. Die Protestanten insgemein sind in gröblichen Vorurtheilen gegen die Kirche auferzogen, von der sie nur ein häßliches Zerrbild kennen. Bekämpfung, Ausrottung der Kirche erscheint ihnen als eine selbstverständliche, ächt protestantische Pflicht, als Gewissenssache. Die Geschichte wird so dargestellt, daß die Kirche ihnen als Feind Deutschlands erscheinen muß, der Protestantismus dagegen als die größte That der Menschheit, als das verdienstlichste Werk Deutschlands insbesondere, dessen Ruhm er für alle Ewigkeit bleibt.

Durch den Culturkampf und die anderen·Ausnahmegesetze wurde eine furchtbare Saat des Hasses ausgestreut, Uneinigkeit und Gegensätze gefördert und neu hervorgerufen. Nach einander haben Bismarck

und seine Mameluken im Reichstag wie in amtlichen Schriftstücken, in Presse und Versammlungen, fast alle Parteien, zwei Drittel Deutschlands, als Reichsfeinde gebrandmarkt und in bitterster Weise angegriffen. Statt gefördert, ist dadurch die moralische Einheit zerstört worden, soweit dieselbe noch vorhanden sein mochte. Der Parteikampf nahm eine Bitterkeit an, wie nie zuvor, es entstand eine allgemeine moralische Zerrüttung im Volksleben. Derselben mußte ein Gegengewicht geschaffen werden. Dies besteht in dem einheitlichen Heer, in dem Beamtenthum, welche beides vermehrt werden müssen, um keinen Deutschen außerhalb ihres Rahmens zu lassen.

„Armee und Marine sind die Grundpfeiler des Reiches", sagte der Kaiser kürzlich in Danzig. Er wiederholte damit nur, was die preußischen Staatsgelehrten, Beamten, Junker und deren Presse seit mehr als Menschengedenken täglich betheuern. Man rechnet nur auf die äußere Gewalt. Von der *justitia fundamentum regnorum* des alten Reiches entschwindet der Begriff.

Wundern darf es da nicht, wenn unter dem „neuen Curs" die Socialdemokratie mindestens ebenso stark gewachsen ist, als vorher, wie die neuen Reichswahlen bewiesen haben. Ebenso haben dieselben von Neuem dargethan, daß bei allen anderen Parteien, selbst unter den als gläubige Christen geltenden Conservativen, sowie bei den Regierungen, Abneigung und Haß gegen das Centrum, die Katholiken, noch größer sind, als ihre unverständige Furcht vor den Socialdemokraten. Es ist immer dieselbe Grundursache, welche schon mehrfach von den liberalen Rednern öffentlich eingestanden wurde: „Von dem Centrum, dem Ultramontanismus, sind wir durch Alles geschieden; mit den Socialdemokraten aber haben wir die ganze Weltanschauung, das moderne Denken, gemein". Man lese doch die nichtkatholischen Blätter, um in allen diese Grundanschauung wiederzufinden. Deshalb sollte man doch einmal mit dieser Thatsache rechnen, daß wir stets und auf allen Gebieten „Feinde ringsum" haben.

Während der Wahlbewegung standen die Behörden überall auf Seiten der Gegner des Centrums. Die der Berliner und auch den andern Regierungen genehmen Parteien dachten noch mehr an Sprengung des Centrums, als an Bekämpfung der Socialdemokratie. Ganz besonders lag dergleichen den der Reichsregierung nahestehenden Berliner Blättern,

wie der Kölnischen Zeitung, am Herzen. In vielen Stadien, sogar in Straßburg und Mülhausen, gaben Nationalliberale, Protestanten und Beamte in Wort und Schrift die Losung aus, lieber für den Socialdemokraten zu stimmen, als einen Ultramontanen durchkommen zu lassen, obgleich Bebel, wie bekannt, des öftern die·Rücknahme Elsaß-Lothringens in schärfster Weise verurtheilt hat, die beiden ultramontanen Candidaten aber auf dem Boden der gesetzlichen Ordnung standen. Die Militärvorlage war dabei ganz Nebensache, da die Socialdemokraten·dieselbe mindestens ebenso scharf bekämpfen als das Centrum.

Zu den Stichwahlen empfahl die Kreuzzeitung, die „Ordnungsparteien" müßten lieber für Socialdemokraten stimmen, als „Freisinnige" durchkommen lassen. Die mittelparteiliche Schlesische Zeitung schrieb: „Wir halten es für ganz selbstverständlich, daß Wähler der staatserhaltenden Parteien dem Socialdemokraten gegen Richter zum Siege verhelfen; denn Eugen Richter ist der böswilligste Irreleiter der öffentlichen Meinung, der hartnäckigste Neinsager in allen Fragen, in welchen es sich um die Ehre Deutschlands und Sicherung seiner Wehrhaftigkeit und Machtstellung handelt." Freilich, Richter kennt die Finanzverhältnisse Deutschlands und Preußens besser als irgend Jemand, hat daher der Regierung stets in die Karten geschaut, und noch jedem Finanzminister am Zeuge geflickt.

Als das Schulgesetz den Mittelparteien geopfert wurde, Graf Caprivi ohne Anlaß im Reichstag erklärte, die Reichsregierung werde nie in die Aufhebung des Jesuitengesetzes willigen, nahm man Anstand, dies als eine Kriegeserklärung anzunehmen. Seitdem ist kein Zweifel mehr gestattet. Die Wahlen haben klärend gewirkt. Das Centrum geht einiger aus dem Wahlkampf hervor, die Abgesonderten haben keinen Erfolg beim katholischen Volke gehabt. Dieses wird um so fester zu dem Centrum stehen, als dasselbe unabhängiger und in steter Kampfesstellung sich befinden wird. Sagte doch der Culturkampfminister Falk: „Man (das katholische Volk) glaubt uns nicht". Das soll man nie vergessen; darin besteht die Stärke des Centrums. Selbst wenn es der Regierung gelingen sollte, die Militärvorlage ganz oder theilweise durchzusetzen, ist das Centrum noch nicht überwunden, nicht machtlos. Dann müßten die 80 bis 100 Millionen neue Steuern zur Deckung der Mehrausgaben bewilligt werden. Steuerfreudig ist aber keine Partei. Sogar die Parteien,

welche so begeistert für Mehrung des Heeres stimmen, zeichnen sich durch Eifer und Geschick aus, mit denen sie die Lasten auf Andere abzuwälzen suchen. Da ist das Centrum immer noch mächtig genug, um solche Steuerpläne zu vereiteln, was ihm seine Wähler Dank wissen werden.

Auf Verhandlungen und Ausgleich darf es sich erst einlassen, wenn die Regierungen ihre Stellung ändern und alle die Kirche an ihren Lebensäußerungen hindernden Gesetze abschaffen. Dann, aber nur dann kann ein anderes Verhältniß zu den Parteien eintreten, und ein maßvolles Zusammengehen mit den Conservativen ermöglicht werden. Unter den Conservativen sind genug Leute, mit denen auszukommen wäre. Ja, mit allen, selbst Freiconservativen, wäre dies möglich sofern die Regierung will. Denn diese ist für die Conservativen durchweg maßgebend. Stellt sich die Regierung gut zu dem Centrum, so werden es auch die Conservativen thun. Mit diesen anbinden und sich verständigen wollen, bevor die Regierung ihre Stellung ändert, ist verlorene Mühe und Schuld an den Enttäuschungen, welche das Centrum erlebt hat.

Die begehrte Mehrung des Heeres würde am empfindlichsten·auf dem Bauern lasten, ihn noch mehr seiner Arbeitskräfte berauben, ihm höhere Steuern auflegen, dabei der Socialdemokratie noch weitere Schaaren in die Arme treiben.·Denn die städtische und Fabrikbevölkerung würde sich des·Weitern auf Kosten der Ackerbaubevölkerung mehren. Dies allein hätte den Urhebern der Militärvorlage Bedenken einflößen müssen.·Aber sie stehen auf einem andern Standpunkt, glauben den Teufel durch Belzebub austreiben zu können. Für sie ist die Mehrung des Heeres ein·Mittel, weitere Massen in die Staatsmaschine einzufügen, zu Werkzeugen des Staates zu pressen. Der Militarismus ist nach ihren Begriffen das beste Mittel zur Abhaltung der Socialdemokratie. Der Militarismus·ist·ein Stück des Staatssocialismus, durch den der wilde demokratische Socialismus ausgetrieben werden soll. Deshalb verdienen diejenigen, welche sich als Ordnungs- und staatserhaltende Parteien benennen, fast eher den Namen Unheilsparteien. Für sie sind Soldaten, Beamte, Steuern – die meist auf den Schwächeren lasten – der Inbegriff aller Staatsweisheit. Das riesige Anwachsen der Socialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen hat ihnen die Augen nicht geöffnet, die·Verblendung eher noch gesteigert. Ueberhaupt zeigt sich bei

diesen Parteien wenig Verständniß für die Grundursachen der Socialdemokratie. Niemand hat sich gefragt, warum gerade die durch ihr neuzeitliches, liberales, confessions-, vielfach thatsächlich religionsloses Schulwesen berühmten Städte Berlin, Hamburg, Leipzig, Breslau, Dresden, Königsberg, Nürnberg, Mainz auch die Hochburgen der Socialdemokratie sind. Wer hier die Wechselwirkung nicht sieht, dem ist der Staar nicht zu stechen.

Die Reichsregierung wird sich wahrscheinlich auf's Drohen verlegen; aber eine Regierung, welche schon mehrere Male (siehe Schulgesetz, Wahlreform) vor einer Handvoll Schreier die Segel gestrichen hat, kann weder Furcht noch Vertrauen einflößen. Bei den letzten Reichstagswahlen sind unzweifelhaft Tausende von Stimmen für die regierungsfreundlichen Parteien gepreßt worden. Trotzdem hat sich die Mehrheit der Wähler gegen die Reichsregierung ausgesprochen. Diese hat nur, was ihr sicher war: die sogenannten Mittelparteien, die Börse, die Gutsbesitzer der alten Provinzen, welche ihre Söhne als Offiziere und Beamten durch den Staat versorgen lassen, die Beamten, die Abhängigen und Mantelträger aller·Art. Die große Mehrheit hängt noch an der deutschen Einheit, aber sie ist durchaus unzufrieden mit der Reichs- wie mit den Landesregierungen. Ein um so undankbareres Geschäft würde es sein, sich·da unbesehen in den zugemutheten Dienst stellen zu wollen.

Das sittliche Recht und die Pflicht des Krieges

Lehrbuch der Moraltheologie[1], dritte Auflage 1910

ANTON KOCH

1. Begriff und Erlaubtheit des Krieges

[//487//] Was für den einzelnen die Notwehr, das ist für die Gesellschaft oder den Staat der Krieg, nämlich ein Akt der Notwehr eines Volkes gegen unbefugte Eingriffe äußerer Feinde in seine Existenz, um entweder ein Unrecht abzuwehren oder ein wichtiges Recht zu behaupten.[2] Der Krieg ist somit dazu bestimmt, alle materiellen und geistig-sittlichen Güter zu schützen, wie Religion, Freiheit oder Unabhängigkeit, Ehre und guten Namen, das Recht und die Fähigkeit, [//488//] Verträge zu schließen, kurz *pro aris et focis*, für Haus und Hof, Altar und Herd zu kämpfen. Wo immer der Fall der sozialen Notwehr vorliegt und zugleich die Grenzen der gerechten Notwehr eingehalten werden, d.h. alle friedlichen Versuche[3], z.B. diplomatische Verhandlungen, Vermittlung durch einen

---

[1] Textquelle | Anton KOCH: Lehrbuch der Moraltheologie. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Freiburg i. Br.: Herdersche Verlagshandlung 1910, S. 487-493. („§ 136. Das sittliche Recht und die Pflicht des Krieges".) Die Erstauflage erschien 1905.

[2] [3] GURY I n. 418: Bellum est pugna multitudinis contra multitudjnem extraneam reipublicae defendendae aut vindicandae causa. Hinc differt: 1. A rixa quae est pugna paucorum contra paucos; 2. A seditione quae est tumultus vel conflictus multitudinis contra politicam societatem.

[3] [1] Vgl. Dt 20, 10. GURY I n. 419: Ad bellum iustum et licitum sequentia requiruntur: 1. Auctoritas publica, id est suprema, nullum alium superiorem in civilibus agnoscens Ratio est, quia ubi maior auctoritas habetur, haec de lite iudicare debet; 2. Causa justa et gravis, quae sit praeponderans incommodis ex bello secuturis, v. g. regnum vel provincia recuperanda aut iniuria gravis reipublicae facta propulsanda vel subditorum rebellio reprimenda etc.; 3. Debitus bellandi modus, scilicet ut ante bellum a parte adversa condigna requiratur satisfactio, quae si offeratur, ex iustitia acceptari debet; ubi enim bellum desinit esse

dritten unparteiischen Staat, Schiedsrichteramt, Repressalien, Blo[c]kaden erfolglos geblieben sind, der Krieg sich als das letzte oder unvermeidliche Auskunftsmittel herausstellt und das *moderamen inculpatae tutelae* bewahrt wird, ist er nicht bloß sittlich erlaubt, sondern eine sozialethische Pflicht, und die Teilnahme an demselben kann zu hohem sittlichen Verdienst werden[4]. Es gibt also neben einem ungerechten auch einen gerechten und darum erlaubten Krieg[5]. So hat Gott seinem auserwählten Volke wiederholt befohlen, gegen seine Feinde Krieg zu führen, und ihm dazu seinen besondern Beistand verliehen[6]. Johannes sodann taufte auch die Soldaten, weder er noch Christus befahl ihnen, ihrem Stande zu entsagen, vielmehr nur, vor Unrecht gegen andere sich zu hüten, und Paulus spricht der Obrigkeit in ihrer Eigenschaft als Stellvertreterin Gottes ausdrücklich das Recht des Schwertes zu, um die staatliche Rechtsordnung gegen alle, die Böses tun, wie gegen innere so auch gegen äußere Feinde zu schützen[7]. [//489//]

---

necessarium, desinit quoque esse iustum; n. 424: Princeps perspecta belli iustitia eam proponere debet parti adversae nec bellum inchoare potest, si satisfactio competens ei offeratur, immo etiam incoeptum bellum oblata satisfactione adaequata relinquere tenetur, sin minus ex rigore justitiae, saltem plerumque ex caritate, modo pars altera omnes expensas iam factas compensare velit nec ad bonum publicum necesse sit, ut ea retundatur.

[4] [2] Vgl. Hebr 11, 34.

[5] [3] Vgl. Richt 11,27. GURY I n. 419: Bellum per se licitum est sive ad iniuriam repellendam sive ad ius suum vindicandum. Ratio est, quia societas quaelibet independens ab alia societate habere debet medium se tuendi contra iniuriam et ius suum vindicandi. Interdum vero non suppetit aliud medium ad hunc finem obtinendum nisi bellum. Etenim cum altiora desint ad quae nationes seu principes recurrere queant, bellare possunt ad satisfactionem ab alia societate obtinendam.

[6] [4] Ex 14,13f. Dt 1,29 f; 3, 21f. F. SCHWALLY, Semitische Kriegsaltertümer, Leipzig 1901, l. Heft 3 ff. KL VII 1191 ff.

[7] [5] Mt 8,8ff. Lk 2,14. Apg 10,l ff; 25,11. Röm 13, 1-5. Vgl. Jo 19,10 ff. S. AUGUST., Contra Faust. Manich. I. 22 c. 74: Alioquin Ioannes, cum ad eum baptizandi milites venirent dicentes: Et nos quid faciemus? responderet eis: Arma abicite, militiam istam deserite, neminem percutite vulnerate prosternite. Sed quia sciebat eos, cum haec militando facerent, non esse homicidas, sed ministros legis, et non ultores iniuriarum suarum, sed salutis publicae defensores, respondit eis: Neminem concutiatis etc. (M., P. l. 42, 447); Epist. 189 (al. 205) n. 4: Noli existimare, neminem Deo placere posse qui in armis bellicis militat. In his erat sanctus David, cui Dominus tam magnum perhibuit testimonium; in his etiam plurimi illius temporis iusti … Non eos (milites) utique (Ioannes) sub armis militare prohibuit quibus suum stipendium sufficere debere praecepit (ebd. 33, 855); Epist. 138 (al. 5) c. 2 n. 15(ebd. 531).

Wenn manche Kirchenväter den Christen die Übernahme des Kriegsdienstes verboten, so hatte dies seinen Grund in den besondern sittlichen Gefahren des damaligen Soldatenlebens für den Glauben oder die Sittlichkeit und namentlich in dem heidnischen christenfeindlichen Wesen des antiken Staates (Cäsarenkult). Tatsächlich haben auch die ersten Christen nach direkten Zeugnissen des Altertums rechtmäßige Kriege als sittlich berechtigt anerkannt[8]. Die Forderung des kanonischen Rechtes, daß die Kleriker von dem Kriegsdienst exemt sein sollen, ist anerkanntermaßen nur eine vernünftige und billige Würdigung der Stellung oder des Berufes der Geistlichen[9]. Die Kirche anerkennt nicht bloß, sondern muntert sogar auf zu dem gerechten Kriege, um die höchsten und heiligsten Güter zu wahren[10].

2. Die sittlichen Grundsätze,

die sich aus dem Begriff und Wesen des ethisch zulässigen oder gerechten Krieges ergeben, sind folgende:

a) Der *gerechte* Krieg (bellum justum) ist seiner Idee und seinem Wesen nach ein Notwehr- oder *Defensivkrieg* (bellum defensivum), weil der Krieg nur als äußerstes gewaltsames Mittel der Selbsthilfe oder Wahrung der eigenen berechtigten Interessen erlaubt sein kann. Daraus folgt nicht, daß der in der Notwehr befindliche Teil, ein in seinen materiellen oder geistig-sittlichen Lebensinteressen widerrechtlich bedrohter Staat, nicht auch per *modum praeventionis* von seinem Rechte der Notwehr Gebrauch machen, also formell offensiv vorgehen und einem bevorstehenden Angriffe zuvorkommen dürfte, z. B. durch Besetzung des feindlichen Gebietes, Entwaffnung der feindlichen Truppen, Wegnahme der

---

[8] [1] Ch. LUPUS, De antiqua disciplina christ. militiae XI (Op. omnia, Venetiis 1729) p. 94 ff. HEFELE, Beiträge zur KG I 20 ff. K. KÜNSTLE, Zwei Dokumente zur altchrist. Militärseelsorge, Mainz 1900, 3ff. A. BIGELMAIR, Die Beteiligung der Christen am öffentl. Leben, München 1902. A. HARNACK, Militia Christi, Tübingen 1905, 46 ff (vgl. StML LXXI [1906] 269 ff).

[9] [2] Syllab. error. n. 32 (Denz. n.1732). C. RICHERT, Die Anfänge der Irregularitäten, Freiburg 1901, 114 ff. PRE XI 110 f. ThQ 1902, 316.

[10] [3] Errores M. Lutheri damn. a Leone X n. 34 (Denz. n. 774).

feindlichen Kriegsvorräte, Abschneidung der Zufuhr, Schleifung der Festungen. Ein solcher Angriffskrieg (bellum offensivum) ist begrifflich und tatsächlich nichts anderes als ein Verteidigungskrieg, weil nicht die physische, sondern die moralische Urheberschaft über die Gerechtigkeit des Krieges entscheidet. Ebenso ist sittlich erlaubt und darum gerecht ein Krieg zur Verteidigung eines andern ungerecht angegriffenen Volkes oder Bundesgenossen, eventuell sogar eine Pflicht, denn es hat stets als eine Christenpflicht gegolten, „löschen zu helfen, wenn das Haus des Nachbars brennt". Das sog. *Nichtinterventionsprinzip* oder der „Nichteinmischungsstandpunkt", d.h. der Grundsatz, sich nur dann in die Kriegsverhältnisse zwischen andern Staaten einzumischen, wenn das eigene Staatswesen bedroht wird, läßt sich vielleicht politisch, nie aber ethisch rechtfertigen[11], weil jedes Volk durch einen ungerechten Angriff des einen auf das andere in seinem rechtlichen Bestand angegriffen wird und nach dem Kriegs- und Völkerrecht verpflichtet ist, das allgemeine Recht zu schützen. Gerade [//490//] das nach sittlichen Grundsätzen ausgeübte Interventionsrecht bewährt sich als wirksame Stütze der internationalen Rechtsordnung. Übrigens wird es sich in den allermeisten Fällen nicht um eine Beteiligung an oder eine Verwicklung in einen Krieg, sondern nur um diplomatische Interventionen handeln.

b) Auch bei dem gerechten Kriege ist das *moderamen inculpatae tutelae* unverbrüchlich zu beobachten. Es darf also zuvörderst der Krieg nicht länger fortgesetzt werden, als zu der Erreichung seines Zweckes notwendig ist, somit nur so lange, bis volle Genugtuung oder Entschädigung erlangt und der Friede hinreichend gesichert ist. Jede darüber hinausgehende Schädigung ist eine Verletzung des Naturrechtes, welche die Pflicht des Schadenersatzes nach sich zieht, und geradezu verbrecherisch wäre ein Krieg, der aus bloßer Eroberungslust oder Ruhmessucht oder sogar nur zu dem Zwecke, um innere Spannungen nach außen zu entladen, unternommen oder weitergeführt würde[12]. Sodann sind auch

---

[11] [4] Syllab. error. n. 62: Proclamandum est et observandum principium, quod vocant de non-interventu (Denz. n. 1762). M. PACHTLER, Das Prinzip der Nichtintervention, in StML I (1871) 107 ff 196 ff. A. STÖCKL Das Christentum II 353ff; III 22 ff. L. OLIVI, Du droit d'intervention armee, in CR IV 303 ff.

[12] [1] Of 5,13 (König „Kampfhahn"). s. AUGUST., De civ. Dei l. 4 c. 6: Inferre bella finitimis et inde in cetera procedere ac populos sibi non molestos sola regni cupiditate conterere et

dem Kriegführenden nicht alle Mittel erlaubt. Schon ihrer Natur nach verwerfliche und darum unerlaubte Mittel sind die Lüge, der Meineid, die absichtliche Verbreitung falscher Nachrichten, z.B. erdichteter Siege, wohl aber sind Spionage und gewisse Kunstgriffe, wie Kriegslisten, gegenseitige Täuschungen, Hinterhalte, Scheinausfälle und ähnliches erlaubt, weil sie keine direkten Lügen sind, sondern dem Gegner bloß Gelegenheit zum Irrtum geben. Ferner dürfen die Mittel des Krieges nicht grausamer sein, als zu seiner erfolgreichen Durchführung oder zur Beschleunigung seines Ausganges erforderlich ist. Durchaus verwerflich wäre selbstverständlich die direkte Hinmordung von Unschuldigen und Wehrlosen, wie Frauen, Kindern und Greisen, oder die gewaltsame Entehrung von weiblichen Personen[13]. Endlich kommt das Recht, dem Feinde wie am Leben so auch an Hab und Gut zu schaden, dem einzelnen Soldaten oder einer Truppenabteilung nur insoweit zu, als sie durch Vermittlung der autoritativen Gewalt dazu ermächtigt sind. Wenn daher ein Heer oder eine Heeresabteilung ohne ausdrückliche oder stillschweigende Ermächtigung des Befehlshabers plündernd, sengend und brennend das feindliche Land durchzieht, so sind sie einer Räuberbande gleich und zur Restitution verpflichtet. Die Parlamentäre sind unverletzlich.

c) Außer diesen in dem natürlichen Sittengesetz oder Naturrecht begründeten Grundsätzen für die ethisch erlaubte Führung eines Krieges hat das positive *Kriegs-* und *Völkerrecht* der zivilisierten Staaten noch bestimmte Gesetze aufgestellt.

Demgemäß gilt erstens das eigentliche Kriegsrecht nur gegen die Kombattanten, d.h. jene Personen, welche zum Gebrauch der Waffen verpflichtet oder berechtigt sind. [//491//] Es ist daher nur erlaubt die Tötung des unter den Waffen stehenden, nicht aber des entwaffneten oder gefangenen Feindes. Nichtkombattanten, welche zur Ausrüstung des Heeres gehören, z.B. Feldgeistliche, Ärzte, Krankenwärter, werden am

---

subdere, quid aliud quam grande latrocinium nominandum est? (M., P. l. 41, 116 f.) Contra Faust. Manich. l. 22 c. 74: Quid culpatur in bello? An quia moriuntur quandoque morituri, ut domentur in pace victuri? Hoc reprehendere timidorum est, non religiosorum. Nocendi cupiditas, ulciscendi crudelitas, impacatus atque implacabilis animus, feritas rebellandi, libido dominandi et si qua similia, haec sunt quae in bellis iure culpantur (ebd. 42, 447).

[13] [2] s. THOM., S. th. 2 2 q. 40 a. 3. GURY I n. 423-424.

Leben geschont, verfallen aber in Kriegsgefangenschaft. Die Kriegsgefangenen sollen menschenwürdig, aber auch nicht besser behandelt werden als die eigenen Soldaten, damit die Kriegsgefangenschaft feigen Soldaten nicht als etwas Begehrenswertes erscheinen könnte. Verboten sind sodann solche Arten von Waffen oder Zerstörungsmitteln, welche die Kriegführung, ohne auf sie entscheidend einzuwirken, nur grausam machen, z.B. explodierende Geschosse der Handgewehre, vergiftete Pfeile, Verbreitung von Giftstoffen, Vergiftung der Gewässer. Ferner sollen friedliche Leute im Feindesland nicht feindselig behandelt werden und das Privateigentum unangetastet bleiben, sofern nicht der Lebensunterhalt der Kriegführenden Requisitionen desselben notwendig macht. Nur in besondern Ausnahmefällen, wo die Durchführung der Kriegsoperation oder das feindliche Verhalten der Bevölkerung es erfordert, ist die Zurückbehaltung von Geiseln, Verwüstung des Gebietes, Vernichtung der Ernten, Einäscherung der Wohnungen, Zerstörung von Lebensmitteln u. dgl. gestattet. Weiterhin sind kampfunfähig gewordene Verwundete vor Angriffen auf ihre Person zu verschonen[14]. Speziell sind durch die *Genfer Konvention* vom 22. August 1864 die militärischen Spitäler und Ambulanzen und das dazugehörige Personal von Ärzten oder Krankenpflegern, welche die weiße Binde mit dem roten Kreuze tragen, sowie alle Gebäude, in denen Verwundete verpflegt werden und die durch die Flagge der Genfer Konvention signalisiert sind, für neutral erklärt. Auch soll, wer immer Kriegsverwundete bei sich aufnimmt, mit Truppeneinquartierung und teilweise mit Kriegskontributionen verschont werden[15]. Endlich ist die Verwendung wilder Völkerschaften, z.B. der Turkos und Zuaven (Kabylen, Neger), oder eigentlicher Verbrecher und Sträflinge (Zephire), selbst wenn sie nur als „Kanonenfutter" dienen sollten, sittlich bedenklich, weil sie das Kriegsrecht nicht achten, und der Versuch, die Truppen des Feindes zu Eidbruch, Insubordination oder Insurrektion zu verleiten, verwerflich.

---

[14] [1] J. PORT, Den Kriegsverwundeten ihr Recht! Stuttgart 1899.

[15] [2] H. DUNANT, Un souvenir de Solferino, Genève 1862, [2]Paris 1871; deutsch von E. R. Wagner, Stuttgart 1864. C. LUEDER, Die Genfer Konvention, Erlangen 1876. P. RESCH, Das Völkerrecht[2], Graz 1890. H. LAMMASCH, Die Fortbildung des Völkerrechts durch die Haager Konferenz, Stuttgart u. Wien 1900. A. ZORN, Das Kriegsrecht zu Lande in seiner neuesten Gestaltung, Berlin 1906.

d) Sündhaft ist die freiwillige *Teilnahme* an einem als ungerecht erkannten Kriege. Da jedoch der einzelne selten im stande ist, über Recht oder Unrecht eines Krieges sicher zu urteilen und es dem von der Staatsgewalt ausgehobenen oder militärpflichtigen Soldaten (miles subditus) auch nicht zusteht, die Gerechtigkeit oder Erlaubtheit des Krieges zu untersuchen, so hat er selbst im Falle des Zweifels an der Gerechtigkeit des Krieges einfach Folge zu leisten. Zu offenbaren Ungerechtigkeiten und verbrecherischen Gewaltakten, z.B. zur Verletzung des Kriegsrechtes durch Mißhandlung friedlicher Leute oder Tötung der Besiegten trotz ihrer Ergebung auf Gnade oder Ungnade, dürfte er unter keinerlei Umständen mitwirken. Ebenso können Mietsoldaten (miles conductus), welche *vor* der Erklärung des Krieges gedungen wurden, auch im Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Krieges an demselben teilnehmen, dagegen wenn sie sich erst nach der Kriegserklärung dingen lassen (miles nondum conductus), müssen sie, im Zweifel darüber, ob der betreffende Krieg [//492//] ein gerechter sei, sich vorerst darüber vergewissern, weil man zu einem Unrecht nicht mitwirken darf[16].

„Die Gründe, aus denen Kriege entstehen, entziehen sich in der Regel nicht nur der Einsicht der gewöhnlichen Untertanen oder Soldaten, sondern auch den scharfsichtigeren und feinfühlenderen Organen der öffentlichen Meinung. Das Urteil über die Gerechtigkeit eines Krieges wird tatsächlich vom Patriotismus diktiert. Auch die Frage, wie weit für den einzelnen Untergebenen die Pflicht der Subordination reiche und zu welchen Gewaltakten er sich gebrauchen lassen dürfe, eine Frage, welche ihre theoretische Beantwortung im bestehenden Kriegsrecht findet, hat geringe praktische Wichtigkeit, weil gerade in Zweifelfällen der Untergebene berechtigt, ja verpflichtet ist, seine subjektive Meinung dem Urteil des Befehlshabers zu unterwerfen.“[17]

---

[16] [1] Röm 13,1ff. S. AUGUST., Contra Faust. Manich. l. 22 c. 74: Et ad hoc tributa (Mt. 22,21) praestantur, ut propter bella necessario militi stipendium praebeatur (M., P. I. 42, 447); c. 75: Cum vir iustus, si forte sub rege homine etiam sacrilego militet, recte possit illo iubente bellare civicae pacis ordinem servans; cui quod iubetur, vel non esse contra Dei praeceptum certum est, vel utrum sit, certum non est, ita ut fortasse reum regem faciat iniquitas imperandi, innocentem autem militem ostendat ordo serviendi (ebd. 448). GURY I n. 421.

[17] [2] LINSENMANN 469 f. [Anm. pb.: Dieses eingeschobene Zitat aus Linsemann findet man noch nicht der Erstauflage von Kochs Lehrbuch, die 1905 erschien.]

a) Wenn der (gerechte) Krieg in dem einzelnen Fall als soziale Notwehr notwendig und deshalb ethisch zulässig ist, so kann er als Bestrafung des Unrechtes, als Wiederherstellung der gestörten Ordnung und des verletzten Rechtes, als Zuchtmittel in der Hand Gottes[18] sicherlich sozialethisch nutzbringend sein. Es ist sodann nicht zu leugnen, daß im Kriege sich edle Tugenden entfalten, z.B. Mut, Entsagung, Opferwilligkeit, Aufopferung, Tapferkeit und treue Pflichterfüllung, und daß durch einen Krieg die moralische und religiöse Kraft, namentlich der Patriotismus eines Volkes geweckt und gestählt werden kann. Ferner kann ein Krieg, welcher gegen einen den echten Kulturfortschritten hartnäckig widerstrebenden Staat oder gegen wilde Völker geführt wird, den Zwecken der wahren Zivilisation und den berechtigten Bedürfnissen der Kolonisation dienen[19].

b) Allein trotzdem daß ein gerechter Krieg ein sittlicher Segen für ein Volk oder für den Völkerverkehr sein kann, ist doch selbst der gerechteste Krieg immer von so viel Schrecken und Greuelszenen, von einem so großen materiellen und moralischen Elend (Silent leges inter arma) begleitet, daß er stets nur als ein Übel und eine entsetzliche Geißel der Menschheit bezeichnet werden kann. Wenn auch das Alte und selbst das Neue Testament das Recht des Krieges und des Kriegerberufes als ein selbstverständliches anerkennt, so wird doch das Aufhören des Krieges als das sittliche Ziel der menschlichen Geschichte betrachtet[20]. Somit entspricht der Krieg unter keinerlei Umständen dem sittlich-christlichen Idealbild von dem Zusammenleben der Völker, und seine relative Notwendigkeit ist nur ein überaus trauriger Beweis, wie wenig noch das Leben der [//493//] Völker und selbst die Christenheit von dem echt christlichen Geist der Liebe, des Friedens und der Gerechtigkeit durchdrungen ist. Das höchste Gut des Staates, den idealen politischen Zustand

---

[18] [3] Richt 2,20 ff; 3,1 ff. Js 10,5 ff. 2 Makk 5,17 f.

[19] [4] Vgl. HORAT., Epist. 2, 1, 156 f: Graecia capta ferum victorem cepit et artes intulit agresti Latio. J. H. SCHÜTZ, Die soziale Bedeutung unserer deutschen Flotte, Köln 1907; Deutscher, gedenke mehr deiner Flotte! ebd 1907.

[20] [5] Pf 67 (68), 31. Js 2,4. Mich 4,1 ff. Mt 24,6. Mk 13,7. Lk 21,9f.

eines Volkes wird immer der Friede oder „die Ruhe vor allen Feinden ringsum“ darstellen[21], und das erste Ziel jeglicher Politik muß stets die Idee des ewigen, oder für menschliche Verhältnisse besser gesagt, des dauernden oder permanenten Friedens sein. Zwar hat die Idee des *ewigen Völkerfriedens*[22] noch keine Aussicht auf eine Verwirklichung, weil sie vielfach nur auf bloß weltlichen Interessen oder auf sog. humanitären, philanthropistischen und darum utopistischen Erwägungen und Bewegungen basiert, anstatt den Frieden in jenem zu suchen, der allein „den Frieden gibt, den die Welt nicht geben kann“[23]. Trotzdem sind die Bestrebungen, die internationalen Streitigkeiten durch Schiedsgerichte zu schlichten, freudigst zu begrüßen. Allerdings würde auch ein allgemeines internationales Schiedsgericht nicht absolut jeden Krieg verhüten, aber doch den Ausbruch der Feindseligkeiten verzögern und der Vernunft Gelegenheit bieten, den erhitzten Leidenschaften gegenüber das letzte Wort zu sprechen. Überdies würden nach Beseitigung des Krieges

---

[21] [1] Dt 12,9 f; 25,19. S. AUGUST., Epist. 189 (al. 205) n. 6: Pacem habere debet voluntas, bellum necessitas, ut liberet Deus a necessitate et conservet in pace. Non enim pax quaeritur, ut bellum excitetur, sed bellum geritur, ut pax acquiratur (M., P. l. 33, 856); Epist. 229 (al. 262) n. 2: Magni quidem sunt et habent gloriam suam non solum fortissimi, sed etiam, quod verioris genus est laudis, fidelissimi bellatores, quorum laboribus atque periculis Dei protegentis atque opitulantis auxilio hostis indomitus vincitur et quies reipublicae pacatisque provinciis comparatur. Sed maioris est gloriae, ipsa bella verbo occidere quam homines ferro et acquirere vel obtinere pacem pace, non bello. Nam et hi qui pugnant, si boni sunt, procul dubio pacem, sed tamen per sanguinem quaerunt (ebd. 1020). M. RIST, Die deutschen Jesuiten auf den Schlachtfeldern und in den Lazaretten 1866 und 1870/71, Freiburg 1904. W. KREITEN, Soldat und Christ, in StML XV (1878) 493 ff.

[22] [2] I. KANT, Zum ewigen Frieden, Königsberg 1795 (herausgeg. Von K. Kehrbach, Leipzig 1881). F. v. HOLTZENDORFF, Die Idee des ewigen Völkerfriedens, Berlin 1882. L. STEIN, Das Ideal des ewigen Friedens, ebd.1896. O. UMFRIED, Friede auf Erden, Eßlingen 1897. Ch. Richet, Les guerres et la paix, Paris 1901. K.F. Küster, De treuga et pace Dei, Köln 1902. P. MEYER, Die Idee des ewigen Friedens bei Kants Zeitgenossen, Berlin 1903. M. KRONENBERG, Ethische Präludien, München 1905. K. BLUTHARSCH, Die Ursache der Völkerkriege und die Grundlage für den Weltfrieden, Stuttgart 1905. F.K. GEIßLER, Der Krieg und die sozialen Sünden, Jena 1905. A.H. FRIED, Die moderne Friedensbewegung, Leipzig 1907. H. GRAUERT, Dante und die Idee des Weltfriedens, in HPBl 141 (1908) 112 ff.

[23] [3] Jo 14,27. Vgl. Jdt 9,10; 16,3: „Gott ist es, der den Kriegen ein Ende setzt.“ S. LEO M., Serm. 82 (a1. 80) c. 1: Quamvis (urbs Roma) multis aucta victoriis ius imperii tui terra marique protuleris, minus tamen est, quod tibi bellicus labor subdidit, quam quod *pax christiana* subiecit (M., P. l. 54, 423).

die bekannten Aussprüche: *Dulce et decorum est, pro patria mori*, und Εἷς οἰωνὸς ἄριστος, ἀμύνεσθαι περί πάτρης[24], ihre volle Wahrheit behalten, denn auch ohne blutigen Kampf und Krieg wird das Leben eines jeden Bürgers Gelegenheit geben, in treuer Pflicht- und Berufserfüllung wahren Patriotismus an den Tag zu legen, „mit Gott für König und Vaterland" zu leben, zu kämpfen und zu sterben.

[24] [4] HORAT., Carm. Z, 2, 18. HOMER., II. 12, 243. [*Eis oionos aristos amynesthai peri patres*]

Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral

Eine Veröffentlichung des Verbandes
für internationale Verständigung[1]
(1914)

FRANZ XAVER EBERLE

[//3//] Jean Paul meint (Fastenpredigt): „Der Krieg ist die stärkende Eisenkur der Menschheit". Bentham sagt (Principles of international law): „Krieg ist Unheil im grössten Massstabe". Wer hat Recht? Unter gewissen Kautelen Beide. Und doch möchten wir das Wort Benthams besonders unterstreichen. Aber solche Fragen löst man nicht mit den Syllogismen des Gefühles. Sie müssen nüchtern in ihrer ganzen Tragweite erfasst und erörtert werden.

Hie Militarismus, hie Pazifismus! Auf beiden Seiten sind Tausende von Rufern im Streite. In dem immer heftiger entbrennenden Kampfe hat die „internationale Verständigung" die Mittlerrolle übernommen.

Schon an sich steht die Kriegsfrage unter sittlichen Gesichtspunkten und kann davon losgelöst gar nicht gedacht werden. Da aber auch die ganze Rechtsordnung in den Rahmen der sittlichen Ordnung eingefügt ist, erfährt der Krieg auch von diesem Standpunkte aus eine sozialethische Würdigung. Stellen wir darum die Frage: wie verhält sich die christliche Moral zu Krieg, Frieden, internationaler Verständigung?

Unter Ablehnung jener Definitionen, welche den Akzent auf den „Rechtsstreit" legen, wie Bluntschli (Das moderne Völkerrecht § 510 ss.) oder die „Selbsthilfe" besonders betonen, wie Heffter (Das europäische Völkerrecht § 113 - 192), heissen wir Krieg den mit Waffengewalt zu führenden Kampf zweier oder mehrerer Staaten. Alle anderen, manch-

[1] Textquelle | Franz Xaver EBERLE: Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral (=Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung, Heft 15). Stuttgart 1914.

mal fälschlich als Krieg bezeichneten Streitigkeiten, scheiden aus unserer Betrachtung aus. Für die Moraltheologie als Wissenschaft vom christlich sittlichen Handeln, bildet eine hervorragende Erkenntnisquelle die göttliche Offenbarung, wie sie sich in Schrift und kirchlicher Lehre ausspricht. Das alte Testament hat für die Erörterung des Krieges einen breiten Raum beansprucht. Aber er tritt uns hier doch nicht in seiner ganzen Wichtigkeit als sittliches Problem entgegen. [//4//] Wir finden im alten Bunde keine psychologische Analyse desselben. Das lag ja auch gar nicht im Charakter des alttestamentlichen Buches. Es ist Gotteswort, das nicht ein Kompendium des Völkerrechtes oder der Soziologie darstellt, sondern das als Pädagog zu Christus hin nur ein Problem kennt: Die religiöse Frage. Aber gerade die israelitische Theokratie, wenn wir die von Flavius Josephus geprägte Bezeichnung der Staatsform wählen wollen, bei der Gott als unumschränkter oberster Herr galt, brachte es mit sich, dass die religiöse Frage untrennbar war von dem rein Staatlichen. Das Religiöse und das Staatliche amalganierend kann die jüdische Theokratie am Kriege nicht vorübergehen, ohne ihn unter die religiöse Lupe zu nehmen. Jedoch, ohne den Krieg als sittliches Problem in allen seinen Teilen zu erörtern. Vielmehr nur unter dem Gesichtswinkel der diesbezüglichen allgemeinen Bestimmungen Jehovas, dessen Gesetze zugleich Staatsgesetze waren. Darum ist der besondere Einschlag des alten Testamentes in seinen Erörterungen über den Krieg die providentielle Zulassung desselben als Gottesgericht. Auf wessen Seite der Herr steht, dort ist der Sieg. „Wenn du ausziehst zum Kriege wider deine Feinde und siehst Reiter und Wagen und ein grösseres feindliches Kriegsvolk, als du hast, so fürchte sie nicht, denn der Herr, dein Gott, ist mit dir, der dich herausgeführt hat aus dem Lande Ägypten“ (Deuter. 20,1). Die ganze Schlacht geschieht unter den Auspizien des Gottes Israels; der Priester muss an der Spitze des Heeres den Mut der Kämpfenden beleben: „weiche nicht, Israel, der Herr ist unter euch und wird streiten für euch gegen eure Feinde“ (Deuter. 20,4). Der Krieg ist immer, wie es bei Samuel (1. Sam. 25,28) heisst, ein Krieg Jehovas und die Krieger sind die „Geweihten Jehovas“ (Js. 13,3). Israels Feinde sind ja Jehovas Feinde und umgekehrt. Darum spricht Saul zu David: „sei tapfer und führe die Kriege des Herrn!“ (1. Kön. 17,18). Und bei den Richtern heisst es: „eure Kriege hat der Herr erwählt“ (Iudic. 5,8). In

Israel scheinen die natürlichen Grundlagen eines siegreichen Krieges der Machtstellung und der Grössenverhältnisse der Kriegführenden nicht im mindesten oder doch nicht nur in besonderer Rechnung gebucht zu sein: „wenn [//5//] du meinst, in der Heeresmacht bestehe der Krieg, so wird dich Gott von den Feinden überwinden lassen, denn Gott ist's, zu helfen und in die Flucht zu schlagen" (2. Paral 25,8). Dabei fehlt es nicht an Stimmen, welche den Krieg als ein Übel bezeichnen und die Liebe zum Kriege als verwerflich. Da David sein Danklied für den grossen Sieg singt, klingt es von seiner Harfe: „Zerstreue, o Gott, die Völker, welche die Kriege lieben" (Ps. 67,31).

Was sich aus dem alten Testamente bezüglich der Lehre vom Kriege beweisen lässt, ist nicht mehr und nicht weniger, als der Gedanke, dass Israels, als eines theokratischen Staates, Kriege eine providentielle Führung und Fügung Jehovas sind. Dass sie an sich zu verwerfen seien, notwendig aber und erlaubt, um Jehovas Gottesvolk zu sichern und zu fördern, gottgeboten, um das Reich des semitischen Bundesgottes zu verbreiten und zu erweitern.

Begreiflicherweise hat die alttestamentliche Anschauung vom Kriege auch in die Christenheit ihre Wellen getragen. Gar oft begegnet uns im Christentum der Satz von der providentiellen Zulassung. Nun ist nach katholischer Lehre durchaus an der providentiellen Zulassung allen Erdgeschehens festzuhalten. Es wäre aber doch gänzlich verkehrt, überall Zulassung und sittliche Notwendigkeit bezw. Erlaubtheit miteinander zu verwechseln. Auch die Sünde steht insoferne unter dem Gesetze göttlicher Zulassung, als eben der Willensfreiheit des Individuums freie Bahn gelassen ist; nur dadurch wird ja die Übertretung des Gesetzes als persönliche Schuld imputierbar.

Bei den pädagogischen Entwicklungszusammenhängen zwischen Judentum und Christentum lag es nahe, dass die israelitischen Auffassungen vom Kriege mit herübergenommen wurden, da Jesus selbst keine neue Lehre über den Krieg vortrug, das Problem überhaupt als ein direktes gar nicht berührte, wohl aber die inneren Grundlagen desselben gründlichst revidierte. Fragen wir also, wie steht Jesus selbst zum Problem des Krieges?

An der Schwelle des alten und des neuen Testaments war unter den Pharisäern und Schriftgelehrten nur zu oft die Religion [//6//] als

Deckmantel für eigennützig ehrsüchtige Bestrebungen missbraucht worden. Diesen Stimmungen gegenüber, welche Jerusalem schon durch Eroberungskriege zur Welthauptstadt gemacht sahen, verhielt sich Jesus kühl und ablehnend und verweist dem gegenüber auf den Frieden des Heiles (Lc. 19,41). Man hat in der Debatte um die Anschauung Jesu vom Kriege auf Seiten der Kriegs- wie auch der Friedensfreunde allerlei Stellen des neuen Testamentes zitiert, welche jeweils die vorgetragene Anschauung erhärten sollen. Die einen sagen, Jesus hätte den Krieg als eine absolute Notwendigkeit erklärt, wenn er bei Mc. 13,7 betont, „wenn ihr von Kriegen hört, so erschrecket nicht, denn das muss geschehen". Auch auf Lc. 19,31 beruft man sich. Die anderen führen ins Feld, Christus sei der Feind jeder Gewalttat. Aus Mt. 5,40, Jo. 18,36, Mt. 26,52, Jo. 18,11, Apc. 13,10 usw. wird gefolgert, Jesus verwerfe den Krieg als sittlich unzulässig.

Beiden Anschauungen ist jedoch gegenüberzustellen, dass die diesbezügliche Exegese keineswegs zutrifft. Betrachtet man die angeführten Stellen nicht zusammenhanglos, sondern im Contexte, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Der Herr redet weder von der Zulässigkeit noch von der Unzulässigkeit des Krieges. Wovon Christus redet, das ist die Reich-Gottes-Gewinnung. Und dieses Reich ist fundiert als ein Nichtwelt-Reich auf ganz anderen Bausteinen, als die Welt. Der Weg dazu führt nicht auf der Strasse der Gewalt, sondern auf den steilen Fusspfaden der christlichen Liebe. Was mit der christlichen Gottes- und Nächstenliebe unvereinbar ist, muss als sittlich unzulässig abgewiesen werden. Diese christliche Liebe ist aber keine passive Dekadenz-Tugend, welche die Unterwertung der eigenen Persönlichkeit und der Persönlichkeitsrechte oder gar deren Unterdrückung bedeutet. Sie ist vielmehr die richtige Einstellung unser selbst gegenüber Gott und Nebenmenschen. Die beiden Pole der Lehre und des Lebens Jesu sind Liebe und die aus der Liebe geborene Gerechtigkeit. Also: Wohlwollen und Wohltun einerseits und Bereitwilligkeit, jedem sein Recht zu gewähren andererseits. Und diese Christuspflicht ist auch Christenpflicht. Sie greift aber viel weiter, als [//7//] ehedem. Die Antike ist hierin von der Schranke des Nationalismus gehalten, auch der partikularistische Mosaismus erfasst den Menschen noch vorzüglich religiös-national; in Christi Reich aber steht die Menschheitsbeziehung, zwar vaterländisch national gegliedert

und normiert, aber doch im ganzen als universal. Dabei ist die christliche Prägung der Erfassung des Verhältnisses von Mensch zu Mensch frei von dem verflachenden Kosmopolitismus der Stoa, frei von einer zeremonialgesetzlichen Regelung der Brüderzusammengehörigkeit und erhebt sich nach Inhalt, Grund und Mittel weit über die moderne allgemeine Humanität.

Christi Lehre von Krieg und Frieden kann nicht atomistisch betrachtet werden unter Loslösung aller Schrifttexte vom nährenden Mutterboden der Liebesgesinnung Christi. Wo mit und nach Jesus die Nächstenachtung und Nächstenliebe als die lex regalis (Jac. 2, 8), als die Zusammenfassung christlich sittlicher Forderungen (Röm. 13,8) betrachtet wird, da ist das Urteil über den Krieg schon gesprochen. Es ist ein Übel, ein Unding, eine Abirrung vom Königsgesetz, also im Prinzip verwerflich. Es hiesse aber Christus zu einem weltfernen Schwärmer stempeln, der nur in einer Idealwelt wohnt, wollte man verkennen, dass er überall in seinem Leben die Bedeutung der menschlichen Schwächen in der Beurteilung der Weltdinge sieht. Jesus verwirft die Schwächen, aber er rechnet damit. Zudem gehört es nach der Lehre des Meisters zum Persönlichkeitswert des Menschen, dass er jeden Eingriff in seine Rechtssphäre abweist und bei etwaiger Rechtsverletzung die legalen Rechtsmittel zur Wahrung seiner berechtigten Interessen ergreift. Jesu eigenes Benehmen im Vorhofe des Hohenpriesters (Jo. 18,23) garantiert das genannte Recht.

Wie es nun im privaten Leben solche Fälle geben kann und gibt, so auch im staatlichen Verhältnis zweier oder mehrerer öffentlicher Gemeinwesen. Bei unerlaubtem Eingriff in die staatliche Rechtssphäre ist die Ergreifung der legalen Rechtsmittel ein Gebot der Selbsterhaltung. Das bedeutet aber noch lange nicht den Krieg, sondern um [sic] Ausnützung der völkerrechtlich stipulierten Mittel. [//8//]

Somit lässt Jesu Lehre von der Liebe und von der Gerechtigkeit klar ersehen, dass ein Krieg auch moralisch ein Übel ist, dass der Eingriff in ein staatliches Recht mit allen erlaubten völkerrechtlich garantierten Mitteln auszugleichen ist und dass es keinen anderen sittlichen Rechtsgrund für den gerechten Krieg geben kann, als höchstens die Notwehr, wie sie beim Defensiv- eventuell Präventiv-Krieg in Frage steht. Direktes findet sich jedoch über diese beiden letzteren Punkte in Jesu Lehre nicht.

Auf der scharf umrissenen Lehre des Herrn bauen seine Jünger und Schüler weiter, als sich das Problem der sittlichen Erlaubtheit des Krieges in der frühen Kirche zeigt.

Jetzt war es vor allem der Begriff des „gerechten Krieges", wie auch die Bedingung der sittlich erlaubten Kriegsführung, die den besonderen Gegenstand der Untersuchung bildete.

Die Kirchenväter betonen, dass nur der gerechte Krieg überhaupt für die Beurteilung sittlicher Erlässigkeit in Frage komme. Augustinus gibt uns auch eine Umschreibung des Begriffes. Er versteht darunter die Gutmachung einer erlittenen Unbill[2]. Sein Standpunkt ist genau präzisiert in dem Worte, dass Kriegführen den Bösen als ein Glück erscheint, den Guten als Notwendigkeit[3]. In begreiflicher Anlehnung an das alte Testament betrachtet der Bischof von Hippo jeden gerechten Krieg als eine Gottesgeissel, die Sünde auszutilgen oder zu bestrafen[4]. Jede Ungerechtigkeit des Kriegsbeginnes ist nach Augustin verwerflich; wo die Herrschsucht und die Eroberungslust die Dominante sind, auf die das Kriegslied gestimmt ist, da kann man nach unserem grossen Kirchenlehrer nur mehr von Raubmord [//9//] reden[5]. Darum weist er mit Entrüstung alles ab, was als „ungerechter Krieg" zu deuten ist, wie die blosse Zerstörungslust und Eroberungssucht, unfriedlichen und unversöhnlichen Sinn und Herrschsucht[6]. Damit steht Augustin auf einer Linie mit

---

[2] [1] Justa bella definiri solent, quae ulciscuntur iniurias: si gens vel civitas plectenda est, quae vel vindicare neglexerit quod a suis improbe factum est, vel reddere, quod per iniuriam ablatum est. lib. quaest. in heptat., in Jos. qu X. Augustinus bringt die Zulässigkeit des Krieges unter den gegebenen Bedingungen in Verbindung mit der Zulässigkeit des Kriegsdienstes unter Hinweis auf den Hauptmann des Evangeliums (ep. ad Bonif. 189 (al. 205) M. 33, 855[).]

[3] [2] Belligerare et perdomitis gentibus dilatare regnum, malis videtur felicitas bonis necessitas (de civ. Dei. lib. 4 cap. 6).

[4] [3] Cum iustum geritur bellum, pro peccato contrario dimicatur; omnis victoria, cum etiam malis provenit, divino iudicio humiliat victos vel emandans peccata, vel puniens (de civ. Dei. lib. 19 cap. 15) M. 41,643.

[5] [1] Inferre bella finitimis, et inde in caetera procedere, ac populis sibi non molestos sola regni cupiditate conterere, et subdere, quid aliud, quam grande latrocinium nominandum est? (de civ. Dei. lib. 4 cap. 6) M. 41, 116.

[6] [2] Nocendi cupiditas, ulciscendi cudelitas, iinplacatus et implacabilis animus, feritas rebellandi, libido dominandi; haec sunt, quae in bellis iure culpantur. (Lib. 22 contra Faustum. cap. 74.)

Ambrosius, der Gerechtigkeit und Treue zur Kriegserklärung, wie zur Kriegführung fordert[7]. Auch er kennt nur den Defensiv- oder Notwehrkrieg[8]. Dieselben Gedanken ziehen sich durch die ganze Väterreihe.

Wenn Gregor der Grosse mehr in sozialethischer Würdigung des Krieges die im Kriege sich entwickelnden soldatischen Tugenden heraushebt[9], so stellt Johannes Chrysostomus wieder mehr die allgemeine Verwerflichkeit der Kriege in den Vordergrund. An einer Stelle bezeichnet er geradezu den Krieg als eine Teufelswaffe.[10]

Die scholastische Periode nimmt meist den Krieg als eine gegebene Notwendigkeit an und spezifiziert mehr die einzelnen Faktoren, die zur Tatsache der Gerechtigkeit eines Krieges gehören. So Bonaventura[11], Thomas v. Aquin[12], Antonin v. Florenz[13], Bernard usw.[14] Thomas v. Aquin geht von dem [//10//] Schriftsatze aus, wer das Schwert trägt, wird durch das Schwert umkommen. Er meint, die nächste Konsequenz müsse demnach sein, also ist jeder Krieg unerlaubt. In Artikel 1 seiner Secunda Secundae (qu. 40) geht er nun dieser Frage näher nach und präzisiert die scharf umrissenen Forderungen für die Gerechtigkeit und damit Erlaubtheit des Krieges. Es scheint der Scholastik besonders um das Verständnis dafür gewesen zu sein, dass auch im gerechten Kriege nicht alles erlaubt ist, sondern dass die allgemeinen ethischen Forderungen auch hier Beachtung finden müssen. Was sich gegen die ethischen Nor-

---

[7] [3] Liquet etiam in bello fidem et iustitiam servari oportere, nec ullum decorum esse posse, si violetur fides. (Ambr. lib. 1 Off. cap. 29).

[8] [4] Nunquam David, visi lacessitus, bellum intulit. (lib. 1 Off. cap. 35).

[9] [5] Si bella desunt, virtutum experimenta non prodeunt (lib. 6. Mor. cap. 18).

[10] [6] Nulla sunt arma tam valida diabolo, quam pugna, quam inimicitia, quam bellum. (hom 2 sup 2 ad Cor. in Morali).

[11] Ad iustum bellum tria spezialiter requiruntur, videlicet principis auctoritas, iusta causa, intentio recta. Bonav. in spec. animae. cap. 1.

[12] [8] Summa Theolog. II. II. qu. 40. oper. omn. Rom 1895 t VIII p. 312 ss.

[13] [9] Summa pars II tit. 1 cap. 12 qui iuiustum bellum agunt … rapinam faciunt. ibid. p. II tit. 4 cap. 8: bellum est iustum cum fit de repetendis rebus ablatis ant ulciscendis iniuriis. Jeden Eroberungskrieg verwirft er scharf: p. II tit. 7 de ira cap. 7: cum fit bellum ex ambitione vel ad dilatandum dominium suum, ad augendas divitias ad deprimendum et exterminandum alios ob odium et iuvidiam et huiusmodi, est iuiustum. Ähnlich p. III tit. 4 cap. 1 und 2.

[14] [10] Bern. Sermo. exhort ad milit. templi cap. 1.

men wendet, ist sittlich unerlaubt[15]. Dabei tritt uns hier ganz besonders klar vor Augen, ein wie fürchterliches Übel der Krieg ist und wie er entsittlichend und auch wirtschaftlich niedertretend wirkt. Es sind Sturmfanfaren gegen den Krieg, wenn uns besonders Antonin und Bernard die schrecklichen noch durch Jahre hindurch nachzitternden Wirkungen des Krieges schildern[16]. Sie waren keine Kriegsfreunde und unternahmen nichts zur Weckung der Kriegslust. Man hört später kaum je wieder so scharfe Töne über den Krieg und seine Wirkungen. Die Lehre der mittelalterlichen Kirche in Dekretalen-Rechte ist keine andere[17].

Reihen wir nun daran die Frage: wie verhält sich in der Gegenwart die christliche Moral zum Kriege?

Beginnen wir mit dem Katholizismus.

Die bedeutenderen Kompendien der Moraltheologie besprechen alle den Krieg als ein im Spannrahmen ethischer Würdigung stehendes Thema[18]. In den allgemeinen Grundzügen [//11//] halten sie sich an den hl. Alphons (lib. 3). Was wir zu hören bekommen, ist die logisch entwickelte Lehre der Kirchenväter. Die katholische Moral akzentuiert den Gedanken, dass der Krieg nur als Notwehr der Staaten zu fassen ist und dass nicht über das Mass nötiger Abwehr, bezw. Verteidigungsakte hinausgegangen werden darf. Nie können Zweckmässigkeitsgründe einen Krieg rechtfertigen. Wo das moderamen inculpatae cautelae überschritten wird, oder wo Kriegsmotive obwalten, die ausser dem Rahmen der Abwehrmassregeln liegen, ist ein Konflikt mit den ethischen Anforderungen an die Gerechtigkeit und sittliche Erlaubtheit des Krieges zu konstatieren.

---

[15] [1] Thom. v. Aqu. II. II. qu. 40 a 3.

[16] [2] Antonin l. c. p. II tit. 7 de ira cap. 7: quis posset enarrare mala (er hat eben vom gerechten Kriege geredet, fasst aber jetzt alle Kriege zusammen) quae contingunt ex bellis? … adulteria, stupra sequuntur … confessiones communiones et cultus divinus negliguntur … … agri et vineae incultae remanent, domus destruuntur … greges capiuntur, viae inviae efficiuntur, artes et nepotiationes pereunt … Bernard ep. 223 ad episcop. Suessionensem: bellum ecclesias vastat, … exaltat iniquos, bonos persequitur, perimit innocentes.

[17] [3] C. 1-3 C. XIII qu. I-2. cf. auch Foccherini, la dottrina canonica del diritto della guerra. Modena 1912.

[18] [4] Gury I u, 418ss. A. Koch 1910[3] p. 487ss. Göpfert II 1906[5] p. 221 ss. Pruner I 1902[3] p. 534ss. Schindler. 1910. II, 2 p. 775 usw.

Analog der Behandlung des Notwehrproblems erlaubt die katholische Moral, einem *absolut sicher* drohenden An- und Eingriff eines anderen Staates in die Rechtssphäre zuvorzukommen. Ehe es jedoch zum Präventivkrieg kommt, ist bei der extrema necessitas staatlicher Integritätsgefährdung kein Mittel unversucht zu lassen, um den Krieg hintanzuhalten.

Für den Präventivkrieg fordert die Moral, um alle Willkür abzuschneiden, dass ein Angriff in unmittelbarer Vorbereitung begriffen sei und mit unzweifelhaften Tendenzen (H. Pesch in Wetzer und Welte K. L. VII, 1184). Bei dem heutigen Stande des fortwährend „bis an die Zähne gewappnet seins" wird man moraltheologisch dem Präventivkrieg das Feld sittlicher Erlaubtheit immer enger stecken müssen, damit er nicht das offene Tor für die Rechtfertigung jeden Krieges wird.

Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, würde nach solchen Grundsätzen verfahren, dann wären hunderte von Kriegen unmöglich gewesen, dann hätte es nie Dynasten- und Kabinettskriege, nie Diplomatenkriege gegeben. Dann gebe es auch nur in den allerseltensten Fällen Volkskriege im Sinne einer wahnwitzig aufgestachelten Volksleidenschaft, die Krieg nur aus Rache oder aus Expansionslust verlangt.

Die katholische Moral verwirft den Krieg als solchen nicht. Das geht ja auch schon aus ihrem Verhältnis zum Kriegsdienste hervor. Beteiligten sich ja doch schon in der vorkonstantinischen [//12//] Zeit die Christen am Kriegsdienste[19]. Während einzelne Rigoristen unter den Kirchenvätern, wie beispielsweise Origenes (contr. Cels. VIII, 26. VIII, 73 ss) den Kriegsdienst verwerfen wegen der hohen Gefahren für das sittliche Leben unter der damaligen moralisch verkommenen Soldateska des Heidentums, billigt die katholischen Moral von heute schon aus dem Gedanken des Gehorsams gegen die allgemeine Wehrpflicht fixierenden Staatsgesetze den Kriegsdienst. Dazu tritt aber auch ihre prinzipielle Auffassung vom Krieg. Derselbe ist ihr ja nur Notwehr und darf auch nur unter Einhaltung der sittlichen Prinzipien geführt werden.

Der katholische Moral ist der Krieg naturrechtlich wie positivrechtlich nur mit seiner absoluten Notwendigkeit zu decken (c.3 C. XXIII qu 1

---

[19] [1] Bigelmair, A., Beteiligung der Christen am öffentlichen Leben in der vorkonstantinischen Zeit. München 1902.

bellare non voluntatis, sed necessitatis est). Dabei ist zu betonen, dass die Notwendigkeit nicht etwa utilitaristisch gefasst werden darf, sondern ausschliesslich im Sinne der Rechtskränkung (c. 1 C. XXIII qu 2 propulsandorum hostium causa). Somit fällt auch die „notwendige Staatsentwicklung", von der Bluntschli spricht (das moderne Völkerrecht § 98 p. 97. §447 p. 252) nicht mehr unter die sittlich zulässigen Kriegsmotive absoluter Notwendigkeit.

Im Urteile katholischer Moral ist es unzulässig, Kampfmittel zu wählen, die gegen die ethischen Normen gerichtet sind. Also die Bedrohung Wehrloser, das Herauslocken verräterischer Geständnisse, direkte Lüge und absichtliche Verbreitung falscher Nachrichten sind sittlich unerlaubt. Hier bewegt sich die Moral in einem scharf gezeichneten Geleise. Sie unterscheidet sich wesentlich von der Auffassung grosser Philosophen, wie Paulsen, der meint, im Kriege sei Lüge und Täuschung erlaubt, „das Simulieren und Dissimulieren gehöre zum Handwerk" der Diplomaten und Kriegführenden[20]. Er begründet seine Meinung damit, dass Täuschung nur da moralisch verwerflich sei, weil und soferne sie Vertrauen, die Grundlage menschlicher Lebensgemeinschaft, [//13//] zerstört, diese Wirkung aber könne der Natur des Verhältnisses nach im Kriege nicht eintreten. Dem gegenüber (Koch a.a.O. p. 490) hält die katholische Moral daran fest, dass alles sittlich unerlaubt ist, was schon seiner Natur nach verwerflich und unerlaubt ist. Erlaubt jedoch, was dem Gegner nur eine Möglichkeit zum Irrtum bietet.[21] Ausserdem verlangt die Moral auch die Einhaltung aller völkerrechtlichen Abmachungen, so dass also der Satz ius belli infinitum keine Geltung hat.

Wenn wir den Standpunkt der katholischen Moral kurz präzisieren, dann gruppiert er sich um die Sätze: der Krieg ist ein Übel; der Krieg ist als gerechter Krieg ein notwendiges Übel; die Kriegführung hat sich in den sittlich-völkerrechtlichen Schranken abzuwickeln; die Kriegführung ist oft Mittel zur Entwicklung wertvoller Tugenden, insbesondere im Ge-

---

[20] [2] F. Paulsen, Politik und Moral in Chr. Welt. 1899. XIII. Jahrgang, Nr. 17 p. 385 und Nr. 31 p. 726.

[21] [1] Thom. v. Aqu. II. II qu 40 a 3 l. c. t. VIII p. 316: aliquis potest falli ex eo quod ei dicitur falsum vel non servatur promissum; istud Semper est illicitum. Alio modo potest aliquis falli ex dicto vel facto nostro, quia ei propositum aut intellectum non aperimus; hoc facere non tenemus.

präge der Vaterlandsliebe. Die Notwendigkeit wird betont vom Standpunkte sozial-nationaler Notwehr, wie als göttlich-providentielles Mittel der Weltleitung. Meines Erachtens jedoch dürfte das letztgenannte Moment nicht allzusehr urgiert werden. Wenigstens mag es mehr im Sinne eines Geschehenlassens von seiten des die menschliche Willensfreiheit respektierenden Gottes, als im Sinne direkter positiver Herbeiführung aufzufassen sein. Krieg ist aus Hass geboren und besteht in der Vernichtung. Es haftet darum dem Kriege etwas Sündliches an oder sagen wir theologisch nur allzu leicht eine Übertretung des moderamen inculpatae cautelae, eine Missachtung der Liebe, wie sie sich in einer kraftvollen Verteidigung bedrohter Güter zeigt. Der Faktor der providentiellen Bedeutung der Kriege als Zucht- und Läuterungsmittel mag in der Kindheitsgeschichte der Menschheit eine grössere Rolle gespielt haben, womit aber keineswegs ausser Frage steht, dass auch unter den veränderten Verhältnissen von heute der providentielle Gesichtspunkt seine Geltung hat. Zu stark scheinen mir einzelne Moraltheologen in der sozialethischen Würdigung des Krieges die mögliche Entwicklung [//14//] der Tugenden des Mutes, der Vaterlandsliebe usw. hervorzuheben. Unsere heutigen Kulturverhältnisse lassen diese Tugenden in den Werken des Friedens wohl mindestens ebensogut und sittlich geläuterter aufkommen.

Wie stellt sich die protestantische Ethik zum Kriege?

Die Stellung Luthers kennzeichnet die Schrift an den Braunschweiger Assa von Cramm aus dem Jahre 1526: „ob Kriegsleute auch in seligem Stande sein können“ (Ed. Walch). Als Grundlage nimmt hier Luther das „gute Gewissen“[22]. Er bezeichnet den Krieg, der ihm die Tat eines Chirurgen zu sein scheint, als „Schutz für Weib und Kind und Haus und Hof und Gut und Ehre und Friede“, geradezu als ein „göttliches Werk“. Luther steht hier auf ganz katholischer Basis, wenn er meint, ein Fürst dürfe nie ohne Not, aus eitler Kriegslust oder nur zu seinem Vorteil einen Krieg beginnen. Er verficht auch den Satz, dass, wer im Heere gewiss wüsste, dass der von seinem Fürsten geführte Krieg ein ungerechter wäre, die Beteiligung am Kriege verweigern dürfe[23].

---

[22] [1] Abdruck der genannten Schrift in Luth. W. f. d. chr. H. Bd. 7 p. 383 ss.

[23] [2] cf. Köster, A., in Chr. Welt 1899 XIII. p. 920.

Wir dürfen wohl sagen, mit Ausnahme des letztgenannten Punktes steht die protestantische Ethik von heute auf Luthers Schultern und hat darum, da Luther wesentlich katholische Anschauungen hier vorträgt – die etwaige Verweigerung der Heeresfolge meinte auch Luther nur vom Söldnerheere, das gedungen wird; für die moderne Wehrpflicht ist die Frage irrelevant – lauter Berührungspunkte mit dem Katholizismus. Die modernen Kompendien protestantischer Ethik zeigen das des näheren auf[24]. Doch betonen sie, wie mir scheinen will, mehr die Stagnation langer Friedenszeiten (cf. Wuttke), den Krieg als Ausscheidungsprozess des zum Untergange Reifen (Lemme l. c.). Lemme und andere stehen aber (l. c. p. 1021) insofern auf einer ganz anderen Linie, als sie auch die Eroberungskriege gelten [//15//] lassen als gerechte. Wenn Prostitution und Neomalthusianismus als viel mehr menschenmordend angesehen werden können (l. c. 1022), so dünkt mich das keineswegs ein Argument für den Krieg. Sehr klar hebt Kattenbusch (l. c. p. I9) das christliche Empfinden heraus, wenn er sagt „der Krieg ist längst Allen erkennbar geworden als höchstens ein *letztes* Mittel". Die Begründung jedoch mit dem „Segen des Krieges, der die Menschen auf die Probe stellt, wie weit ihr religiöser Glaube ihnen Ernst ist" wird weniger Anklang finden.

Als sittlich total verwerflich wird der Krieg bezeichnet von den Mennoniten. Desgleichen lehnen den Krieg ab die Quäker, von denen nur eine spezielle Sekte, die „Fightings" eine Ausnahme machen.

So wird also das Fazit der christlichen Beurteilung des Krieges lauten: der Krieg ist ein Übel, aber er steht unter dem Gedanken der providentiellen Zulassung und ist unter den gegebenen Verhältnissen eine Unvermeidlichkeit.

So richtig diese christliche Lehre ist, so ist doch über dem Problem des Krieges das sittlich höhere echt christliche Moment des Friedens zu sehr in den Hintergrund gedrängt.

Wie sich die kirchliche Lehre zum Friedensgedanken verhält, ergibt sich eigentlich schon aus den Auffassungen vom Kriege. Es wäre Utopie,

---

[24] [3] Köstlin J., Christl. Ethik 1899 p. 473 und 482. – Luthardt, Theol. Ethik, p. 332, der die besondere Berufserfüllung Israels auf die nationale Berufserfüllung der Völker übertragen sieht. – Lemme, Chr. Ethik 1905. II, 1017 ss. Wuttke, Chr. Sitterl. 1886. II, 498. (Kattenbusch, Das sittliche Recht des Krieges 1906).

von irgend einem Staate Europas, oder überhaupt von einem Lande, sofortige Abrüstung zu verlangen. Es ist auch noch Utopie, die Gesamtabrüstung von den Kulturvölkern verlangen zu wollen. Aber es ist keine Utopie, zu verlangen, dass der christliche Geist wieder mehr die Völker durchdringe und dieser echte Christengeist ist der Geist des Friedens. Wären also Völker wahrhaft christlich, dann wären die Kriege auf dem Aussterbeetat. Darüber dürfen wir uns keiner Täuschung hingeben, dass die Kriege von heute meist direkt der Rache entstammen und darum Revanchekriege sind oder noch weit häufiger in wirtschaftlichen Verschiebungen ihren Grund haben, also eigentliche Kriege der Wirtschaftskonkurrenz sind, danach wiederum in Hass und Neid ihre Quelle haben. So spricht beispielsweise die russische Zeitschrift „Heer und Flotte" (März 1914), ähnlich, wie die Petersburger Börsenzeitung [//16//] „Birschewja Wjedomosti" (März 1914), ganz deutlich davon, dass die gegenwärtige deutsch-russische Spannung nur darin ihren Grund habe, dass die Handelsinteressen Russlands in den Dardanellen, wie in der Ostsee eine Niederhaltung deutscher Handelsinteressen verlangen und dass also ein etwaiger Krieg nur in dieser Wirtschaftskonkurrenz seinen Grund hätte.

Eines der gefährlichsten Momente wird ferner die genaue Abgrenzung dessen sein, ob wirklich ein absolut sicherer Angriff bevorsteht, weshalb die Idee des Präventivkrieges nur auf die scharfe Kante der diesbezüglichen Notwehrforderungen zu setzen ist. Betrachten wir aber den Krieg als solchen, der ja doch auf einer Seite immer mehr oder minder ein Unrecht darstellen wird, im Zusammenhange der sittlichen Anforderungen an die Menschheit überhaupt, so ist er in seiner Niedertretung von Menschenleben und Menschenglück, in seiner sittenverrohenden Art, in seinen erschreckenden Wirkungen auf physischem, psychischem, wirtschaftlichem Gebiete eine fürchterliche Geissel, ein ethisches Übel ärgsten Grades. Die Zerstörung von Individuen und Familien kann nicht zu den absichtlichen Lebenszwecken der Christenheit gerechnet werden.

Darum muss, ohne vaterlandsschädigenden Utopien das Wort zu reden, von jedem Christen verlangt werden, dass er nach Kräften für die Erhaltung des Friedens wirkt. Wir werden keineswegs Carlyle zustim-

men[25], der Nationalgefühl und Vaterlandsliebe ausschaltet und das Wesen des Krieges verkennt, wenn er diesen wie einen Streit zweier Individuen betrachtet. Wir sagen vielmehr, er ist das Spiel grosser Kräfte und die christliche Moral sieht in dem Aneinanderprallen gewaltiger Kräfte solche, die nach göttlicher Providenz über die menschlichen herrschen. Und trotzdem gehört es zu unseren ethischen Pflichten dieses Aneinanderprallen nicht unsererseits herbeizuführen, sondern der grösseren Idee des Friedens zu dienen. Es ist wahr, es ist überall Kampf im Leben und Kriegsfreunde begründen damit das sittliche Recht des Krieges. Aber es ist irreführend, daraus ein Recht ableiten zu wollen. Es ist ebenso [//17//] wahr, dass überall die Sünde ihre Macht behauptet, und dennoch wird kein verständiger Christ sagen, daraus sei ein Recht für sie herzuleiten. Der christliche Gedanke steht und muss stehen unter der Devise des betlehemitischen Engelwortes „Friede den Menschen auf Erden". Aber freilich der Friede wird nur derer sein, die guten Willen haben. Und daran mangelt es unserer Zeit. „Friede Gottes über das Angesicht der Erde". Dieser Satz aus Eccl. 38,8 heisst in der Sprache des neuen Testaments: „Lasst uns dem nachtrachten, was den Frieden fördert und das gegen einander beobachten, was zur Erbauung dient". (Röm. 14,19). Das Wort Christi, „ich bin nicht gekommen, den Frieden zu bringen, sondern das Schwert" (Mt. 10, 34) steht damit nicht im Widerspruch, da es sich ja zusammenhanggemäss und nach der verbürgten Auffassung der Exegese auf den Widerspruch bezieht, den die Lehre Christi in allen Kreisen finden wird. Gott selbst ist der Friedefürst, wie Paulus im zweiten Corintherbrief (13,11) betont, „der Gott des Friedens". Wer die ganze Lehre Jesu Christi in ihren grossen und tiefen inneren Gedankengängen und ihrer nachhaltigen Bedeutung für die Menschheitsgeschichte betrachtet, kann sich des Gedankens nicht entschlagen, dass sie Liebe und Friede zur Grundlage hat und zur Wirkung. Sie will nicht einen faulen Frieden, der das Gerechtigkeitsmoment ausschaltet, und erlaubt darum den absolut notwendigen Abwehrkrieg. Zugleich wirkt sie aber darauf hin, dass die Liebesgesinnung unter den Völkern ihres Szepters wachse, bis der Friede wird: „habt Salz in euch und Friede unter euch" (Mc. 9,49). Durch das Salz der Weisheit und Heiligkeit wird Friede, denn diese

[25] [1] Carlyle, sartor resartus. cf. John Borroughs in Nat. u. Kult. 1913, X. Jhrg. H. 7 p. 194.

schliessen die Menschen enger aneinander. Das Salz ist ja in der Schrift oft das Bild der Verbindung (3. Mos. 2,13; 4. Mos. 18,19 usw.). Die Weisheit ist nach Jakobus (3,17) friedsam, liebt und gibt Frieden. „Die Frucht der Gerechtigkeit wird in Friede gesät denen, die Frieden halten" (Jac. 3,18).

Bei aller ruhig vernünftigen Würdigung des erlaubten gerechten Krieges, bei aller Abweisung weltferner Schwärmereien dringt die christliche Moral doch immer und muss dringen, will sie sich ihrer ganzen Tragweite bewusst bleiben, auf die friedliche [//18//] Gestaltung der Dinge, denn wie Ambrosius sagt[26], wo Friede, da ist Christus. Der christlichen Moral ist und bleibt im Gegensatze zu der alten an Hobbes sich anschliessenden Naturrechtslehre nicht der Krieg, sondern der Friede der Normalzustand, wie der natura integra so der natura lapsa. Der Friede ist ihr die gegebene Basis (Theodor Meyer, Grundzüge der Sittlichkeit und des Rechtes 1868 § 30 ss), er ist ihr Grund, Anfang und Ende der Menschheitsgeschichte.

Die Friedensidee ist an sich gar nicht neu, sie ist so alt wie das Christentum. Besonders war es der grosse Augustin, der die hohe Wertung des Friedens erkannt, aber auch mit allen Mitteln nach dessen Erreichung im Staatsganzen gestrebt hat. Er weiss recht wohl, dass der Friede auf Erden eine starke Konkurrentin hat, die Gerechtigkeit, er betont auch, dass der Friede oft nur eine Frucht von Kampf und Sieg sein kann[27]. Das hindert ihn aber nicht an der Akzentuierung des Gedankens[28], die Staaten sollen erkennen, ihr Glück sei nicht gleichbedeutend mit Ausdehnung, grossen Schlachten, Eroberungen und Ländermassen, sondern „hänge von der Qualität des Gemeinwesens ab". Augustin hat gegenüber der Glorifizierung staatlichen Machthungers und einer skrupellosen Erfolgspolitik der Gerechtigkeit im Staatsganzen ihre präponderierende Stellung zugewiesen und „das christliche Ideal des Völkerfriedens" gezeichnet. Der grosse Bischof erkennt die Staatsaufgabe im „irdischen Frieden". Ihn bezeichnet er als die grosse Gotteswohltat,

---

[26] [1] Ambr. ubi pax, ibi Christus, quia pax Christus est lib 10 ep 82 ad Vercellens. eccl.

[27] [2] C. Adim c. 20 M. 41, 115.

[28] [3] De civ. Dei 4 c 4. Von Sommerlad (Wirtschaftsprogramm der Kirche des Mittelalters p. 211 bekämpft. cf. Mausbach, Ethik des heiligen Augustin 1909 1 p. 336).

welche andere Güter weit überbietet[29]. Die Augustinische Auffassung vom Frieden [//19//] kann auch die eines Gregor des Grossen (p. 3 Past. cap. 1 ad mon 23. – ep 31 ad Felic. episc. Sicil.), eines Gregor v. Nazianz (or 20. – ep 2 ad Clidonium) und vieler anderer genannt werden. Eine vernünftige Friedensidee durchläuft auch die ganze Scholastik von Bonaventura und Thomas v. Aquin bis Gabriel Biel, welche uns neuerdings aufzeigt, dass der Friede, wie es in den Evangelien heisst (Mt. 24,6. Mc. 13,7 Lc. 21,9), das sittliche Ziel der Menschheitsgeschichte ist.

Auch dürfte in unsere Kategorie bis zu einem gewissen Grade die mittelalterliche treuga Dei, empfohlen durch Raginbald v. Arles, die Bischöfe von Avignon und Nizza, wie den Abt Odilo von Cluny zu zählen sein. War damit auch nicht allzuviel erreicht, so leuchtet doch der Gedanke durch, dass der Unfriede, die Fehde, etwas dem christlich sittlichen Ideal nur Peripheres sein kann. Übrigens waren die Versuche der damaligen südfranzösischen Bischöfe weiter gegangen, als sich wirklich erreichen liess[30]. Kräftige Ansätze einer Friedensidee finden sich bei Suarez, dem „doctor eximius" aus der Gesellschaft Jesu († 1617)[31].

Auch heute sind sich katholische und protestantische Moralkompendien darin einig, dass der Friede das Erstrebenswerte sei, nur entfernen sie sich oft sehr weit von der Hoffnung auf dessen Ermöglichung. Das Christentum ist nicht nur für den privaten Gebrauch vorhanden, es soll und muss sich auch immer mehr betätigen im grossen Völkerleben, in den Verhältnissen der Völker untereinander. Was uns Görres von der heiligen Alliance erzählt[32], die sich Beförderung der Künste des Friedens, Erhöhung der inneren Wohlfahrt der Staaten, Wiedererwecken jener religiösen und sittlichen Gefühle, deren Herrschaft unter dem Unglück

---

[29] [4] Magnum beneficium est pax, sed Dei veri beneficium est. lib 3 de civ. Die c 9. M. 41, 84. – Tantum est pacis bonum, ut etiam in rebus terrenis atque mortalibus nihil gratius soleat audiri, nihil desiderabilius concupisci, nihil melius inveniri. ibid lib 19 c 11 M. 41, 637. – Der Friede ist die Sehnsucht der Menschen: pax quid est? ubi nullum bellum est … interroga omnes homines, vultis pacem? uno ore tibi respondet totum genus humanum: opto, cupio, volo, amo. Super Psalm. 84 V. 8-11. cf. auch: ep 189. und ep 219. wo Augustin davon spricht, dass es Fälle geben kann, in denen der Krieg als Abwehr notwendig sei.

[30] [1] Huberti, Studien zur Rechtsgesch. der Gottesfr. I 1892. cf. K. H. I (1907); 1784.

[31] [2] Suarez, oper. Paris 1858 XII tr. 3 disp. 13 praeamb. – XII tr. 3 disp. 13 sect 1 und 3 ss. – sect 2 und 5 ss.

[32] [3] Görres, die heilige Alliance und die Völker … Polit. Schriften V p 47.

der Zeiten nur allzusehr erschüttert wurden, das muss sich immer mehr durchsetzen. Darum hat auch Leo XIII., [//20//] der faktisch schon einmal 1885 in der Karolinensache die internationale Verständigung übernommen, dem 7. Friedenskongress zu Budapest 1896 sein volles Einverständnis mit der Friedensidee bekunden lassen[33]. Um so bedauerlicher war es, dass der römische Stuhl zur Haager Konferenz 1899 nicht zugelassen worden war, was viel beklagt wurde[34] und als eine Beiseitestellung der katholischen Weltanschauung betrachtet werden muss.

Seitdem sind aber die Bekenner des Katholizismus nicht zurückgeblieben in ihren ehrlichen Bemühungen, die Kriege immer mehr auszuschalten, die Nationen durch Rechtsbeziehungen in Frieden zu erhalten und bei aller Stärkung nationalen Geistes doch einander zu nähern. Man denke an die schweizerische (1908), die französische (1910), die britische (1911), die holländische (1912) Friedensliga der Katholiken. Man mag es mit Rade bedauern[35], dass die deutschen Katholiken noch weniger Sinn dafür entwickelt haben.

Neuestens hat der katholische Bischof Casartelli von Salford (Manchester) einen aufsehenerregenden Hirtenbrief erlassen (Fastenhirtenbrief 1914). Derselbe behandelt die Frage von Krieg und Frieden. Es sind echte Hirtenworte die den Geist des guten Hirten und Friedenskönigs atmen, wenn Casartelli frägt: wenn das 19. Jahrhundert die Abschaffung der Sklaverei gebracht hat, warum sollte das 20. nicht die Abschaffung des Krieges bringen können? In einer Besprechung der deutsch-englischen Beziehungen und Spannungen nennt er die Eifersucht die Quelle der Reibungen und schliesst sein bedeutsames Hirtenschreiben mit dem Satz: „wie der Fortschritt in der Medizin mit der Zeit schmerzvolle Operationen unnötig mache, so sollten alle dahin wirken, dass der Krieg, den man damit vergleichen könne, durch höhere christliche Kultur unnötig würde“.

Unsere deutschen protestantischen Mitbrüder besitzen eine ansehnliche Zahl mitgliedreicher diesbezüglicher Vereinigungen. [//21//] Ich er-

---

[33] [1] Die Antwort Leo XIII auf die Adresse des Kongresses bei Umfried „Friede auf Erden“ 2 p. 153.

[34] [2] Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung, Heft 4, Stuttgart 1912. (Prof. Dr. Rade) p. 6.

[35] [3] l. c. p. 6.

innere an die evangelische Allianz (1846), den Weltbund der Jünglingsvereine (1855). An internationalen Verbindungen, die auch Katholiken umfassen, ist eine stattliche Ziffer zu verzeichnen. Als eine hocherfreuliche Kundgebung kann der Aufruf protestantischer Geistlicher und Theologieprofessoren vom Mai 1913 bezeichnet werden. Sätze wie jener des Aufrufes: „wir fordern von den Völkern christlicher Kultur das sittliche Opfer, dass sie unter Zurückstellung kriegerischen Ehrgeizes einen internationalen Rechtszustand herbeiführen“ verlieren an ihrer Bedeutung auch nicht, wenn verschiedene Zeitungen, wie die Tägliche Rundschau (Berlin 1913 Nr. 215) den Aufruf eine „überflüssige Kundgebung“ von „Weltfremdheit“ nennen.

Diese Gedanken, dass die Idee des Friedens dem sittlichen Individual- und Sozialziel der Menschheit mehr entspricht, sind auch die Gedanken der katholischen Moral, wie das P. Gratry in seinem Buche „le droit de guerre d'après les théologiens et les canonistes du moyen âge“ (Paris 1911) dargelegt und jedes Lehrbuch der Moral erkennen lässt. Woran es aber faktisch fehlt, das sind die grossen ernsten Bemühungen und die tatsächliche Propagierung dieser Ideen. In früheren Zeiten, als in den internationalen Beziehungen die jetzt vorhandenen Faktoren noch nicht mitwirkten, als die Presse kaum existierte, und das allgemeine kulturelle Niveau noch äusserst niedrig war, konnte von keiner anderen Politik, als von einer dynastischen die Rede sein. Die Herrscherhäuser mögen sich heute noch so freundlich gegenüberstehen, die Kriege machen heutzutage nur zu oft die Volksleidenschaften. Gerade bei den heutigen Volkskriegen, die nicht von den zumeist friedlichen Fürsten und ihren friedlichen Regierungen gemacht werden, sondern die impulsiv aus einer künstlich geschürten Revanchelust, aus politischem Fanatismus und exaltiertem Nationalismus entstehen, die oft geradezu nur als psychopathische Erscheinung, als Massensuggestion diagnostiziert werden müssen, gerade bei den heutigen Volkskriegen tut es not, den Friedensgeist des Evangeliums, den Friedensgeist eines Augustinus und der Scholastik in die Massen hineinzulegen. Das ist keine Abschwächung nationaler Gefühle, sondern vielmehr auf christlich-religiöser Grundlage deren Veredlung und Vertiefung. [//22//] Träte an die Stelle der politisch nationalen „Gleichgewichtssysteme“, die im Grunde doch nur Egoismussysteme sind, eine christlich-religiöse Unterlage, träte an

die Stelle eines völkerverhetzenden Chauvinismus[36] jener wahre Patriotismus, der sein Auge fest auf die Hebung der inneren Wohlfahrt, auf die Kulturwerte gerichtet hat und in unerschütterlicher Liebe am angestammten Fürstenhause und am Vaterlande hängt, der aber, von aussen gezwungen, auch das gottgegebene Schwert zu führen weiss, dann gebe es in unserer Zeit nahezu keine Kriege mehr. Dann stünde zu erhoffen, dass der Bogen zerbrochen und das Schwert in eine Pflugschar verwandelt wird (Js. 2,4. Mich. 4,3).

Die christliche Moral wird unter den obwaltenden Verhältnissen ihre ganze Bedeutung einsetzen müssen, um dem Gedanken internationaler Rechtsbeziehungen der Völker zum Siege zu verhelfen. Die Moral hat sich nicht mit der Frage zu befassen, welches Ende die andauernden Rüstungen der Völker nehmen werden und wieviel finanzielle Mittel dem Volkswohlstand entzogen werden, aber sie hat der Frage nahe zu treten, wie dem sittlichen Menschheitsziele am besten in die Hände zu arbeiten ist. Die christliche Moral wird sich frei halten müssen von utopistischen Schwärmereien, sie wird auf realem Boden stehend das Recht des gerechten Krieges anerkennen müssen und doch mit allen erlaubten Mitteln unter wahrer und warmer Pflege des Patriotismus dem Ideale des Friedens zustreben, das sich zur Zeit wohl einzig in der Idee der internationalen Verständigung zur Geltung bringen kann.

---

[36] [1] cf. NIPPOLD, Der deutsche Chauvinismus in V.d.V.f.i.V., Heft 9, Berlin und Stuttgart 1913.

Nachweise zu allen Beiträgen & Quellentexten

ANONYMUS 1871* = Der Krieg und die sociale Frage [Krieg und Societät]. Aphorismen. In. Historisch-politische Blätter Bd. 67 (1871), S. 279-295. [Internetzugang: https://opacplus.bsb-muenchen.de]

ANONYMUS 1893 = Der Hintergrund der Heeresvorlage (Zuschrift). In. Historisch-politische Blätter Bd. 112 (1893), S. 120-130.

BROSCHÜREN-CYCLUS 1870* = Sind die Katholiken schlechte Patrioten? 6. Auflage. (= Broschüren-Cyclus für das katholische Deutschland. Erster Jahrgang, Elftes Heft). Soest: Nasse 1870. [20 Seiten] [Internet-Ressource: http://sammlungen.ulb.uni-muenster.de/hd/content/titleinfo/2547265]

BÜRGER 2016 = Peter Bürger: Friedenslandschaft Sauerland. Antimilitarismus und Pazifismus in einer katholischen Region. Ein Überblick – Geschichte und Geschichten (= edition leutekirche sauerland 1). Norderstedt: BoD 2016.

DAUNLOTS NR. 77 = Peter Bürger (Hg.): Friedenslandschaft Sauerland. Beiträge zur Geschichte von Pazifismus und Antimilitarismus in einer katholischen Region. = daunlots. internetbeiträge des christine-koch-mundartarchivs am museum eslohe. nr. 77. Eslohe 2015. http://www.sauerlandmundart.de/pdfs/daunlots%2077.pdf

EBERLE 1914 = Franz Xaver Eberle: Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral (=Veröffentlichungen des Verbandes für internationale Verständigung, Heft 15). Stuttgart 1914.

FRIEDRICH 1883 = Johann Friedrich: Geschichte des Vatikanischen Konzils. Zweiter Band. Die Geschichte des Konzils. Bonn: Verlag von P. Neusser 1883.

GRIESBAUER o.J. = Josef Griesbauer (Pfarrer in Großalfalterbach): „Christentum und Militarismus. Was sagt Domkapitular Dr. Albert Stöckl zu diesem Thema?“ – Als Manuskript gedruckt für den Friedensbund deutscher Katholiken. Vertrieb: Pfarramt Großalfalterbach (Landkreis Neumarkt/Oberpfalz), Post Batzhausen. Ohne Jahresangabe [ca. 1948-1950?] [Faltblatt, 4 Seiten; benutzt: Exemplar aus dem Nachlass des Publizisten Georg D. Heidingsfelder in der „Sammlung Stankowski“ – Archiv der Friedrich Ebert-Stiftung, Bonn.]

HAHNWALD 2011 = Jens Hahnwald: Revolte in der Sauerländer Zentrumspartei. Der Streit um die Besetzung des Reichstagsmandates im Wahlkreis Arnsberg – Meschede – Olpe zwischen 1893 und 1907. In: SüdWestfalenArchiv 11. Jg. (2011), S. 231-261.

KETTELER 1867* = Wilhelm Emmanuel von Ketteler. Deutschland nach dem Kriege von 1866. Mainz: Verlag Kirchheim 1867. [231.S.] [Als Digitale Ressource: Bayerische StaatsBibliothek MDZ. http://mdz-nbn-resolving.de/urn: nbn:de:bvb:12-bsb10771662-5]

KETTELER 1978 = Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER: Sämtliche Werke und Briefe. Abteilung I, Band 2: Schriften, Aufsätze und Reden 1867-1870. Mainz 1978.

KETTELER 1985 = Wilhelm Emmanuel Freiherr von KETTELER: Sämtliche Werke und Briefe. Abteilung I, Band 5: Nachgelassene und anonyme Schriften. Mainz 1985.

KOCH 1905 = Anton Koch: Lehrbuch der Moraltheologie (1. Auflage). Freiburg im Breisgau: Herdersche Verlagshandlung 1905.

KOCH 1910 = Anton Koch: Lehrbuch der Moraltheologie. Dritte, vermehrte und verbesserte Auflage. Freiburg i. Br.: Herdersche Verlagshandlung 1910.

LEUGERS 1986 = August-Hermann Leugers: Einstellungen zu Krieg und Frieden im deutschen Katholizismus vor 1914. In: Jost Dülffer / Karl Holl (Hg.): Bereit zum Krieg. Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Beiträge zur historischen Kriegsforschung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1986, S. 56-73.

NEUHAUS 2008 = Werner Neuhaus: Lokalgeschichte als Mentalitätsgeschichte. – Die Herausbildung eines katholisch-nationalistischen Milieus in Sundern im Kaiserreich 1871-1914. In: Sauerland Nr. 4/2008, S. 183-189.

PACHTLER 1876* = Annuarius Osseg (= Georg Michael Pachtler SJ): Der europäische Militarismus. Amberg: Verlag J. Habbel 1876. [336.S.] [Als Digitale Ressource: Bayerische StaatsBibliothek MDZ. http://mdz-nbn-resolving.de/urn: nbn:de:bvb:12-bsb11127445-2]

RIESENBERGER 1983 = Dieter Riesenberger: Katholische Militarismuskritik im Kaiserreich. In: Dieter Riesenberger: Den Krieg überwinden. Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung. (= Geschichte & Frieden 14). Bremen: Donat Verlag 2008, S. 44-58, 372-375.

WIEST 2015 = Karl-Heinz Wiest: Vergessene Anfänge – Alfred Vanderpol [1854-1915] und die katholische Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg. In: pax christi Rundbrief Rottenburg-Stuttgart Nr. 56 (Juni 2015), S. 6-9.

Zu den Autoren der Aufsätze und Quellentexte

PETER BÜRGER, geb. 1961 (Eslohe/Sauerland), Kriegsdienstverweigerer (Zivildienst), Theologiestudium in Bonn, Paderborn, Tübingen (Diplom 1987), examinierter Krankenpfleger, psycho-soziale Berufsfelder, ab 2003 freier Publizist (Düsseldorf, www.friedensbilder.de). Seit dem 18. Lebensjahr Mitglied der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi, später auch: Versöhnungsbund, DFG-VK, Solidarische Kirche im Rheinland. Mitarbeit im Ökumenischen Institut für Friedenstheologie. – Zahlreiche Veröffentlichungen u.a. zu: „Krieg & Massenkultur"; christliche Friedensdiskurse. Initiator des Editionsprojektes „kirche & weltkrieg" (https://kircheundweltkrieg.wordpress.com/).

FRANZ XAVER EBERLE, geb. 4. Juli 1874 in Augsburg, gest. 18.11.1951. „18.7.1897 Priesterweihe, 26.8.1897 Stadtkaplan in Neu-Ulm, 16.8.1898 Stadtkaplan bei Sankt Peter in Neuburg an der Donau, 9.5.1903 Hofprediger bei Sankt Kajetan in München, 6.8.1907 Kanonikus am Hofstift Sankt Kajetan in München, 1910 Dr. oec. publ., 1912 Dr. theol., 12.10.1912 [ao] Hochschulprofessor in Passau [Moraltheologie], 1914-1916 Feldgeistlicher, 26.3.1916 Domkapitular in Augsburg, 1.11.1927 - 1942 Generalvikar in Augsburg, 1.6. - 27.10.1930 Bistumsverweser, 15.5.1933 Dompropst, 2.6.1934 Titularbischof von Zalike und Weihbischof von Augsburg, 25.7.1934 Konsekration" (Kurzbiographie: www.faulhaber-edition.de). 1914 veröffentlicht F.X. Eberle seine in diesem Band dokumentierte Schrift „Krieg und Frieden im Urteile christlicher Moral", noch im gleichen Jahr wird er Feldprediger und leidenschaftlicher nationaler Kriegstheologe. Am 18.3.1938 schreibt F.X. Eberle, inzwischen Weibischof von Augsburg, als überzeugter Sympathisant des NS-Regimes an Adolf Hitler: „Ich liebe mein Vaterland glühend und stelle mich meinem Führer jederzeit zur Verfügung. Es ist mir eine herzliche Freude, daß es mir am 6.12.1937 vergönnt war, Aug in Aug mit dem Mann zu stehen, dem das größer gewordene Deutschland so viel verdankt. Nehmen Sie, mein Führer, die Versicherung meiner größten Verehrung" (Zit. G. Denzler: Widerstand ist nicht das richtige Wort. Zürich 2003, S. 174). Eberle zog sich ab 1945 aus naheliegenden Gründen aus der Öffentlichkeit zurück.

JOHANN FRIEDRICH (1836-1917), „studierte in Bamberg und München Philosophie und Theologie und wurde am 4. Mai 1859 zum Priester geweiht. 1859/60 kam er zu Döllinger nach München, wo er zum Dr. theol. promovierte. Nach mehrjähriger Seelsorgstätigkeit wurde er 1862 Privatdozent, 1865 ao., 1872 o. Prof. der Kirchengeschichtlichen Hilfswissenschaften an der theologischen Fakultät der Universität München; 1882 wurde er in die Philosophische Fakultät versetzt. Von 1869-1870 weilte er als theologischer Berater des Kardinals Gustav Adolf von Hohenlohe-Schillingsfürst (1823-1896) in Rom. Sein ‚Tagebuch, während des vatikanischen Konzils geführt' (Nördlingen 1871, 2. Auflage 1873) und seine dreibändige ‚Geschichte des Vatikanischen Konzils' (Bonn 1877-1887, Neudruck Hildesheim 1971) sind wertvolle Urkunden. Er war der erste Seelsorger der altkatholischen Gemeinde München […]. An der 1874 erfolgten Gründung der (Alt-)Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Bern war er maßgeblich beteiligt; zwei Semester lang (1874/75) hielt er dort Vorlesungen über Kirchengeschichte. 1869 wurde er außerordentliches, 1880 ordentliches Mitglied der Königl. Bayerischen Akademie der Wissenschaften, seit 1898 war er Sekretär der historischen Klasse der Akademie" (Angela Berlis: Frauen im Prozeß der Kirchwerdung. Eine historisch-theologische Studie zur Anfangsphase des deutschen Altkatholizismus. Frankfurt 1998, S. 111).

JOSEF GRIESBAUER, geb. 20.5.1892 in Röttenbach, war Pfarrer in Großalfalterbach/ Landkreis Neumarkt (Oberpfalz). Etwa 1948-1950 hat er einen Beitrag „Christentum und Militarismus. Was sagt Domkapitular Dr. Albert Stöckl zu diesem Thema?" für den in Bayern nach dem zweiten Weltkrieg wiedergegründeten Friedensbund deutscher Katholiken veröffentlicht.

JENS HAHNWALD, geb. 1967 in Bielefeld, wohnt in Arnsberg. Studium der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und der Soziologie an der Universität Bielefeld und der Ruhruniversität, Bochum. – Historisches Forschungsprojekt: „Tagelöhner, Arbeiter und soziale Bewegungen in der katholischen Provinz. Das Beispiel des (kölnischen) Sauerlandes 1830-1933" (2002). – Veröffentlichungen zu sozial-, wirtschafts- und politikgeschichtlichen Themen, regelmäßig auch im Jahrbuch „SüdWestfalen Archiv". – Fraktionsgeschäftsführer der SPD im Stadtrat von Arnsberg.

WILHELM EMMANUEL FREIHERR VON KETTELER, geb. am 25. Dezember 1811 in Münster/Westfalen. „1824-28: Schulausbildung im Internat der Jesuiten in Brigg/ Wallis in der Schweiz; 1829-33: Jurastudium in Göttingen, Berlin, Heidelberg und München; 1833-1835: Referendariat in München und Münster; ab 1841: Theologiestudium in Eichstätt und München; 1844: Priesterweihe in Münster; 1844-

46: Kaplan in Beckum; 1847-49: Pfarrer in Hopsten; 1848-49: Abgeordneter der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche; 1849-50: Propst an St. Hedwig in Berlin; 1850: am 25. Juli: Weihe zum Bischof von Mainz; 1851: Wiedereröffnung des Mainzer Priesterseminars; 1869-70: Teilnahme am I. Vatikanischen Konzil in Rom; 1871-72: Abgeordneter des 1. Deutschen Reichstages; 1877: am 13. Juli stirbt Bischof Ketteler auf einer Reise und wird am 19. Juli in der Marienkapelle im Mainzer Dom beigesetzt" (https://bistummainz.de). Gemeinhin wird vorgetragen, Ketteler habe die neuen Papstdogmen von 1870 (Unfehlbarkeit, universale Befehlsgewalt in allen Bistümern der Erde) lediglich wegen evtl. ungünstiger Folgen (aus rein pragmatischen Gründen) abgelehnt; schon aus dem Vatikanum-Band der ‚Gesammelten Schriften' des Bischofs ergibt sich jedoch ein anderes Bild. Nach dem Krieg gegen Österreich von 1866 plädiert Ketteler zwar für eine – realpolitisch motivierte – Anerkennung von Preußens starker Rolle (‚kleindeutsche' Einigungslösung), nimmt aber mitnichten Abstand von seiner Kritik an preußischem Großmachtstreben und Militarismus.

ANTON KOCH, katholischer Theologe, geb. 17.4.1859 Pfronstetten bei Münsingen, gest. 24.5.1915 Tübingen. „K. studierte Theologie in Tübingen (1884 Priesterweihe). Nach Verwendung in der Seelsorge wurde K. 1886 Repetent am Wilhelmsstift in Tübingen, 1891 Kaplan in Stuttgart. 1894 wurde er außerordentlicher, 1896 ordentlicher Professor der Moral- und Pastoraltheologie in Tübingen. 1900 lehnte er einen Ruf an die Theologische Fakultät Prag ab. Als Wissenschaftler und Hochschullehrer stand K. im Schatten von F.X. Linsenmann. Ähnlich war das Verhältnis seines ‚Lehrbuchs der Moraltheologie' (1905, [3]1910) zum gleichnamigen Werk des Lehrers (1878). Doch bemühte sich K., festgefahrene Probleme aufzulockern und alte Fragen selbständig zu durchdenken; er scheint aber nicht entscheidend über Linsenmann hinausgekommen zu sein. Mit Vehemenz verwahrte er sich gegen die Überbetonung der Kasuistik (‚pharisäisch-judaistisch-rabbinistisch-talmudistische Apothekertheologie') in der Moraltheologie. Eine Auseinandersetzung mit den angegriffenen Jesuiten und ihrem Lehrsystem war deshalb nicht zu vermeiden. K. war engagierter Anhänger des ‚Reformkatholizismus'. Verschiedentlich veröffentlichte er Beiträge in den Organen dieser Bewegung. In der Tübinger Fakultät gehörte er zur ‚liberalen' Gruppe; dadurch geriet er auch in Gegensatz zu Bischof Keppler von Rottenburg" (Rudolf Reinhardt: „Koch, Anton". In: Neue Deutsche Biographie 12 (1979), S. 257 [Online-Version: https://www.deutsche-biographie.de]). Nach Beginn des 1. Weltkrieges gehörte Anton Koch zu den Unterzeichnern des *„Aufrufes der 93 an die Kulturwelt"* vom 4. Oktober 1914, in dem der deutsche Militarismus ausdrücklich verteidigt wurde.

PD Dr. AUGUST HERMANN LEUGERS-SCHERZBERG, geb. 1958 in Freren (Emsland). „Studium der Pädagogik, Geschichte und Katholischen Theologie an der Universität Münster, 1983 Diplom in Katholischer Theologie, 1984-1987 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, 1990 Promotion zum Dr. theol., 1988-1993 Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fach Geschichte an der Universität/Gesamthochschule Essen, 1993-1996 Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft, 2001 Habilitation im Fach Geschichte an der Universität Essen, Privatdozent für Neuere Geschichte" (www.uni-due.de). Forschungsschwerpunkte: Politischer Katholizismus, Geschichte der SPD nach 1945.

WERNER NEUHAUS, geb. 1947 in Wickede (Ruhr), Studium der Anglistik und Geschichte in Münster und Sheffield, von 1976 bis 2009 Lehrer am Städtischen Gymnasium Sundern. – Mitherausgeber der dreibändigen Chronik „700 Jahre Sundern – Freiheit und Kirche" (2010-2012). In Veröffentlichungen zur Sozial- und Kulturgeschichte des Sauerlandes im 19. und 20. Jahrhundert untersucht er u.a. die Revolution von 1848, die nationalistische Aufladung des katholischen Milieus ab Ende 19. Jh., die sogenannte Heimatfront und das Los der Kriegsgefangenen im Sauerland während des 1. Weltkrieges sowie regionale Erscheinungen der völkischen Bewegung zur Zeit der Weimarer Republik. Jüngere Buchveröffentlichungen: „Armut - Auswanderung – Aufruhr. Studien zur Sozialgeschichte des Sauerlandes in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts" (edition leutekirche sauerland, 2019); „Belgische Zwangsarbeiter im Kriegsgefangenenlager Meschede im Ersten Weltkrieg" (Verlag Waxmann, 2020).

GEORG MICHAEL PACHTLER SJ, „Jesuit, pädagogischer und socialpolitischer Schriftsteller, geboren am 14. September 1825 zu Mergentheim, † am 12. August 1889 zu Exaeten in Holland. P. machte seine Gymnasialstudien zu Mergentheim und Rottweil, studierte vier Jahre in Tübingen Theologie und Philologie und wurde am 4. September 1848 in Rottenburg zum Priester geweiht. Später setzte er seine philologischen Studien noch ein halbes Jahr in München fort, machte das philologische Staatsexamen und wirkte mehrere Jahre im Weltpriesterstande im höheren Lehramt und in der Seelsorge, seit 1850 als Präceptoratsverweser in Weilderstadt, 1854 in Ellwangen, 1855 in Riedlingen, bis er […] 1856 zu Gorheim bei Sigmaringen in das Noviziat der Gesellschaft Jesu eintrat. Nach Vollendung des im Orden vorgeschriebenen philosophischen und theologischen Studienganges wirkte er 1864-1869 als Professor am Jesuiten-Gymnasium in Feldkirch. 1866 begleitete er als Feldgeistlicher die Vorarlberger Landesschützen in den Kampf gegen die Garibaldianer. 1869/70 war er als Feldgeistlicher bei einer deutschen Truppenabtheilung des päpstlichen Heeres in Rom. Nach seiner Rückkehr nach

Deutschland führte er 1871 zuerst eine Zeit lang die Redaction der damals in eine regelmäßige Zeitschrift umgewandelten ‚Stimmen aus Maria-Laach' als erster Hauptredakteur derselben; dann wirkte er bis zur Verbannung 1872 seelsorgerisch unter den katholischen Fabrikarbeitern in Essen. Nachher lebte er theils in Oesterreich, theils und meist in den Häusern der deutschen Ordensprovinz im holländischen Limburg, neben gelegentlicher Aushülfe in der Seelsorge hauptsächlich schriftstellerisch thätig" (J. Lauchert: „Pachtler, Georg Michael". In: Allgemeine Deutsche Biographie 53 [1907], S. 166-167 [www.deutsche-biographie.de]). In politischen Traktaten, z.T. unter dem Pseudonym „Annuarius Osseg" veröffentlicht, wendet sich M. Pachtler gegen die Sozialdemokratie, liberale Ideen und (verschwörungstheoretisch, zugleich antisemitisch) gegen die Freimaurerei. Seine 1876 erschienene Schrift „Der europäische Militarismus" enthält die vermutlich schärfste katholische Militarismuskritik der Kulturkampfjahre.

Prof. Dr. DIETER RIESENBERGER, geb. 1938, war nach dem Studium der Geschichte, Germanistik und Latinistik in Freiburg i. Br., Basel und Rom, dem Staatsexamen und der Promotion (1966) zunächst als Gymnasiallehrer (1967-1971) tätig, danach von 1972 bis 1980 am Seminar für Geschichte und Politische Bildung der Pädagogischen Hochschule Rheinland, Abteilung Neuß, wo er sich 1976 habilitierte. Von 1981 bis 1998 lehrte er als Professor für Zeitgeschichte und Didaktik der Geschichte an der Universität-Gesamthochschule Paderborn. Neben Aufsätzen zur Fachdidaktik und Fachwissenschaft in Zeitschriften und Sammelwerken befassen sich seine zahlreichen Veröffentlichungen insbesondere mit der Geschichte des Nationalsozialismus, der DDR, der Friedensbewegung sowie des Internationalen und des Deutschen Roten Kreuzes. (Text nach: D. Riesenberger: Den Krieg überwinden – Geschichtsschreibung im Dienste des Friedens und der Aufklärung. Bremen 2008.) – Weitere Bücher: Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik (Düsseldorf 1976); Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland. Von den Anfängen bis 1933 (Göttingen 1985); Mitherausgeber: Wider den Krieg. Große Pazifisten von Kant bis Böll (München 1987).

KARL-HEINZ WIEST (Jg. 1957), wohnt in Kirchheim/Teck; er ist Historiker und Germanist, Lehrer für Deutsch und Geschichte / Gemeinschaftskunde; Mitglied im erweiterten Vorstand pax christi Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart und der pax christi Kommission Rüstungsexport. Zuletzt erschienen zur Friedensgeschichtsschreibung: K.-H. Wiest: Pax Christi: Seit 70 Jahren Arbeit für den Frieden. In: J. Bielefeld, T. Broch & H.D. Stäps (Hg.): Eine.Welt.Kirche - 50 Jahre weltkirchliche Solidarität in der Diözese Rottenburg-Stuttgart. Ostfildern: Schwabenverlag 2017, S. 385-392.